CHRISTOF AICHNER

DIE UNIVERSITÄT INNSBRUCK IN DER ÄRA DER THUN-HOHENSTEIN'SCHEN REFORMEN 1848–1860

Aufbruch in eine neue Zeit



böhlau


böhlau

VERÖFFENTLICHUNGEN
DER KOMMISSION FÜR NEUERE GESCHICHTE ÖSTERREICHS

Band 117

Kommission für Neuere Geschichte Österreichs
Vorsitzende: Brigitte Mazohl
Stellvertretende Vorsitzende: Reinhard Stauber, Kurt Scharr

Mitglieder:
Franz Adlgasser
Peter Becker
Ernst Bruckmüller
Laurence Cole
Werner Drobesch
Margret Friedrich
Elisabeth Garms-Cornides
Michael Gehler
Andreas Gottsmann
Margarete Grandner
Hanns Haas
Wolfgang Häusler
Ernst Hanisch
Gabriele Haug-Moritz
Lothar Höbelt
Thomas Just
Katrin Keller
Grete Klingenstein
Alfred Kohler
Christopher Laferl
Wolfgang Maderthaner
Stefan Malfèr
Lorenz Mikoletzky
Gernot Obersteiner
Hans Petschar
Helmut Rumpler †
Martin Scheutz
Arno Strohmeyer
Arnold Suppan
Werner Telesko
Thomas Winkelbauer

Sekretär:
Christof Aichner

Christof Aichner

Die Universität Innsbruck in der Ära der Thun-Hohenstein'schen Reformen 1848–1860

Aufbruch in eine neue Zeit

BÖHLAU VERLAG WIEN KÖLN WEIMAR

Die in den Veröffentlichungen der Kommission für Neuere Geschichte Österreichs gemachten Aussagen sind die der jeweiligen Verfasser, nicht die der Kommission.

FWF Der Wissenschaftsfonds.

Veröffentlicht mit Unterstützung des
Austrian Science Fund (FWF): PUB 472-G28

Open Access: Wo nicht anders festgehalten, ist diese Publikation lizenziert unter der Creative-Commons-Lizenz Namensnennung 4.0; siehe http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/

Diese Publikation wurde einem anonymen, internationalen Peer-Review-Verfahren unterzogen.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:Die Deutsche Nationalbibliothek erzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über http:// dnb.de abrufbar.
© 2018 by Böhlau Verlag GmbH & Co. KG, Kölblgasse 8–10, A-1030 Wien
Alle Rechte vorbehalten. Das Werk und seine Teile sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung in anderen als den gesetzlich zugelassenen Fällen bedarf der vorherigen schriftlichen Einwilligung des Verlages.

Umschlagabbildung: Josef L. Strickner: k. k. Lyzeal-/Universitätsgebäude, Aquarell. Tiroler Landesmuseum Ferdinandeum, Bibliothek, Sign. FB1673 pag. 5r
Korrektorat: Kornelia Trinkaus, Meerbusch
Satz: Bettina Waringer, Wien

Vandenhoeck & Ruprecht Verlage | www.vandenhoeck-ruprecht-verlage.com
ISBN 978-3-205-20847-1

INHALT

1 Die Umsetzung der Thun-Hohenstein'schen Reformen an der Universität Innsbruck. Einleitung

1.1. Untersuchungsgegenstand – Fragestellung – Vorgehensweise . . . 20
1.2. Quellen. 28
1.3. Die Thun'schen Reformen in der Forschung. 34
1.3.1. Forschungen zu den Thun'schen Reformen an der Universität Innsbruck 34
1.3.2. Die Historiografie zu den Thun'schen Reformen mit besonderer Beachtung der Rezeption der Person Leo Thun-Hohenstein 42

2 Die Thun-Hohenstein'schen Reformen

2.1. Die Revolution 1848 74
2.2. Die Universitäten im Vormärz 76
2.3. „Die blühenden Hochschulen Deutschlands" 79
2.4. Die Ausarbeitung der Reformen 87
2.5. Die Grundzüge der Reform 91
2.6. Leo Thun-Hohenstein 95
2.6.1. Herkunft, Lebensweg und politische Ideen Thuns 97
2.6.2. Thun nach 1860 103
2.6.3. Thuns universitäts- und wissenschaftspolitische Leitlinien 105

3 Die Reformen an der Universität Innsbruck

3.1. Die Revolution und die Universität. 111
3.2. Rechtliche Neuerungen für die Universität 117
3.2.1. Die ersten Reformschritte in Innsbruck. 117
3.2.2. Selbstverwaltung der Universität 118
3.2.3. Die Versammlung deutscher Universitätsprofessoren in Jena 124
3.2.4. Die Reform der philosophischen Fakultät an der Universität Innsbruck. 126
3.3. Die Vervollständigung der Universität und das Gerücht um Auflösung der Universität. 130
3.4. Erste Probleme bei der Umsetzung der Reform 136
3.4.1. Gehalts- und Rangfragen 138
3.5. Resümee 148

4 Entwicklungstendenzen der Universität in der Ära Thun
4.1. Modernisierung und Probleme. Sammlungen, Infrastruktur und Diversifizierung der Fächer 150
4.2. Die Studenten an der Universität Innsbruck in der Reformära Thuns 160
4.2.1. Studentenzahlen. 160
4.2.2. Die Studenten und die Reform der Universität 163

5 Die Personalpolitik Leo Thuns an der Universität Innsbruck
5.1. Einleitung 170
5.1.1. Ausgangslage und Rechtliche Grundlagen 170
5.1.2. Der Personalstand der Universität Innsbruck 1848 174
5.2. Die ersten Ernennungen. George Phillips und Johann Schuler . . 176
5.2.1. Die Berufung von Johann Schuler 183
5.2.2. George Phillips in Tirol 185
5.3. Die Berufung von Karl Ernst Moy de Sons 188
5.3.1. Einleitung 188
5.3.2. Karl Ernst Moy de Sons 189
5.3.3. Die Berufung von Moy de Sons 193
5.3.4. Die Ernennungen von Phillips und Moy als Wegweiser für Thuns Personalpolitik 197
5.4. Carl Beidtel 200
5.5. Die Kanzel für Naturgeschichte und Landwirtschaftslehre 202
5.5.1. Das Fach Naturgeschichte bis 1848 202
5.5.2. Naturgeschichte in Innsbruck nach 1848 203
5.5.3. Die Versetzung von Joseph Köhler und dessen Nachfolge . 207
5.5.4. Die Ungleichzeitigkeiten der Reform 213
5.6. Die Schaffung eines Lehrstuhls für Chemie und die Berufung von Heinrich Hlasiwetz 215
5.7. Personalrochaden in der philosophischen Fakultät und die Berufung von Adalbert Waltenhofen 218
5.7.1. Die Berufung von Adalbert Waltenhofen 221
5.8. Die Lehrstühle für Allgemeine Geschichte und Österreichische Geschichte. Die Ernennung von Julius Ficker und Heinrich Glax 224
5.8.1. Ausgangslage: Der Lehrstuhl für Geschichte nach 1848 . . 224
5.8.2. Die Berufung von Julius Ficker 230
5.9. Der Lehrstuhl für romanische Philologie 239
5.9.1. Ausgangslage 239
5.10. Verbannt nach Tirol? Anton Małecki und Josaphat Zielonacki . . 242

5.10.1. Kurzes Tiroler Exil 246
5.11. Ein zweiter Vertreter für das Lehrfach Römisches Recht – Die Berufung von Friedrich Maassen und seiner Nachfolger . . . 247
5.11.1. Die Berufung von Friedrich Maassen 248
5.11.2. Emil Kleinschrod 255
5.11.3. Heinrich August Tewes 257
5.11.4. „Was aber vor allen Dingen nothwendig, sei die Fürsprache einflußreicher Männer“ 258
5.12. Karl Libor Kopetzky und Karl Schenkl 259
5.12.1. Die klassische Philologie in Innsbruck 259
5.12.2. Die Berufung von Karl Libor Kopetzky 261
5.12.3. Ernennung von Karl Schenkl 264
5.12.4. Fazit 273
5.13. Die Berufung von Tobias Wildauer 275
5.13.1. Ausgangslage 275
5.13.2. Berufung von Wildauer 280
5.14. Die Schaffung des Lehrstuhls für deutsche Philologie und die Berufung von Ignaz Zingerle 293
5.14.1. Einleitung 293
5.14.2. Vorgeschichte – der gescheiterte Versuch 1851 294
5.14.3. Der zweite Anlauf zur Schaffung einer Lehrkanzel 300
5.14.4. Fazit 309
5.15. Die Lehrkanzeln für Zivilrecht 311
5.15.1. Theodor Michel 311
5.15.2. Ignaz Pfaundler 312
5.15.3. Josef Oberweis 315
5.15.4. Fazit 318
5.16. Die Berufung von August Geyer nach Innsbruck 319
5.16.1. Der Tod Schulers 320
5.16.2. Die definitive Besetzung der Lehrkanzel 321
5.16.3. Fazit 326
5.17. Thuns Personalpolitik. Resümee 328

6 Die Einrichtung der theologischen Fakultät im Jahr 1857
6.1. Bitte um Vervollständigung der Universität Innsbruck und Ansiedlung der Jesuiten 337
6.2. Die Debatte um die Gründung einer katholischen Universität . . 339
6.3. Der österreichische Episkopat und der Vatikan 346
6.4. Die Konkordatsverhandlungen 350
6.5. Die Stellung der Universität Innsbruck 357

6.6. Sorgen in Tirol 364
6.6.1. Die Eröffnung der Fakultät. 370

7 Die Universität und die nationalen Auseinandersetzungen
7.1. Nationalisierungstendenzen der Studentenschaft 375
7.2. Sprachen und Sprachenfrage als Konfliktpunkt innerhalb der Universität 379
7.2.1. Grundzüge der neoabsolutistischen Sprachenpolitik 379
7.2.2. Italienisch als Prüfungssprache an der Universität Innsbruck 382
7.3. Die Universität Innsbruck als ‚deutsche Universität'?! 392

8 Die Universitätsbibliothek Innsbruck in der Reformära
8.1. Die Gründung der Universitätsbibliothek 401
8.2. Die Bibliothek nach 1848 403
8.2.1. Klagen über den schlechten Zustand 404
8.2.2. Die neue Rolle der Bibliothek. 405
8.2.3. Anwachsen des Bücherbestandes 406
8.3. Bibliothekare, Stellung und Benutzung der Bibliothek 408
8.3.1. Exkurs: Kataloge 410
8.4. Die Bibliothek als wissenschaftliches Instrument 411
8.4.1. Die Qualifikation der Bibliothekare 414
8.4.2. Die Stellung der Bibliothek. 419
8.4.3. Das Allgemeine und das Spezielle 425
8.5. Resümee 426

9 Schluss 429

10 Quellen- und Literaturverzeichnis
10.1. Archivalische Quellen 453
10.1.1. Benutzte Archive und Bibliotheken 453
10.2. Zeitgenössische Zeitungen und Zeitschriften 455
10.3. Gedruckte Quellen und Gesetzessammlungen 455
10.4. Lexika und Nachschlagewerke 456
10.5. Internetquellen 456
10.6. Literatur. 457

10.7. Abbildungsverzeichnis und Bildnachweis 495

11 Anhang

11.1. Huldigungsgedicht der Innsbrucker Studentenschaft für Leo Thun, Juli 1854. Ein Gruß aus Tirol. 496

11.2. Huldigungsgedichte der Innsbrucker Studentenschaft für Leo Thun, Juli 1854 498

11.3. Dankadresse der Innsbrucker Universität anlässlich des Rücktritts Leo Thuns 500

11.4. Übersicht über die Entwicklung der Professuren an der juridischen und an der philosophischen Fakultät der Universität Innsbruck in der Ministerschaft Thuns 502

Personenregister 505

VORWORT

Die vorliegende Arbeit stellt eine überarbeitete Version meiner Dissertation dar, die im Winter 2015 von der Universität Innsbruck angenommen worden ist. Die Arbeit an dieser Dissertation wurde von verschiedenen Institutionen und Personen maßgeblich unterstützt und gefördert.

Zunächst sei dem *Verein zur Förderung der wissenschaftlichen Ausbildung und Tätigkeit von Südtirolern an der Landesuniversität Innsbruck* gedankt, der die Arbeit an der Dissertation zu Beginn gefördert hat und am Ende noch einmal ein Stipendium zum Abschluss derselben gewährte. Dazwischen wurde die Arbeit vom *Österreichischen Wissenschaftsfonds – FWF* gefördert. Der *FWF* hat zudem die Veröffentlichung dieser Arbeit durch eine Druckkostenförderung finanziert. Außerdem ermöglichte die *Österreichische Akademie der Wissenschaften* mit einem Stipendium den Aufenthalt am *Österreichischen Historischen Institut in Rom*.

Gedankt sei den vielen Archivaren und Archivarinnen sowie den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen der unterschiedlichen Bibliotheken, die mir bei der Arbeit mit Quellen behilflich waren. Hervorheben möchte ich dabei besonders Peter Goller vom *Archiv der Universität Innsbruck,* der stets unkompliziert die Recherche im Universitätsarchiv ermöglicht hat und mit zahlreichen Hinweisen zur Hand war. Außerdem gebührt ihm als Zweitgutachter der Dissertation ein besonderer Dank.

Bedanken möchte ich mich auch bei meinen Kollegen und Kolleginnen Tanja Kraler, Joseph Wang, Christian Eugster, Matthias Egger, Peter Andorfer, Ina Friedmann, Margret Friedrich und Florian Huber, die mir mehrfach bei Fragen zur Seite standen und mich mit Hinweisen zu Quellen und Literatur versorgt haben. Gertraud Egger hatte stets ein offenes Ohr für Fragen und Sorgen.

Ganz besonderen Dank schulde ich Brigitte Mazohl, die als Projektleiterin des FWF-Projekts *Die Thun-Hohenstein'schen Reformen 1849–1860* und als Betreuerin diese Arbeit initiiert und von Anfang an gefördert hat.

Der größte Dank kommt freilich meiner Familie zu, ohne sie wäre diese Arbeit nie zustande gekommen und vollendet worden.

Innsbruck, im Herbst 2017

HINWEIS ZUR SCHREIBWEISE

Die Schreibweise der Personennamen folgt in der Regel derjenigen des Österreichischen Biographischen Lexikons (ÖBL) respektive jener der Allgemeinen Deutschen Biographie (ADB). Falls es für Personen keine Einträge gibt, wird die Schreibweise der Quellen verwendet.

Bei der ersten Erwähnung eines Namens werden jeweils auch Kurzbiografien der Personen in Fußnoten angeführt. Hierzu wurde ebenfalls auf die obigen biografischen Lexika zurückgegriffen. Falls nicht auch auf andere Quellen verwiesen wird, gelten diese Lexika daher als Referenzen.

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

ADB	Allgemeine Deutsche Biographie
ao. Prof.	außerordentlicher Professor
AVA	Allgemeines Verwaltungsarchiv
fl.	Gulden
FN	Fußnote
GUW	Gesellschaft für Wissenschafts- und Universitätsgeschichte
HHStA	Haus-, Hof- und Staatsarchiv
HOG 1955	Hochschulorganisationsgesetz 1955
IOeG	Institut für Österreichische Geschichtsforschung
LFU	Leopold-Franzens-Universität (Universität Innsbruck)
MCU	Ministerium für Cultus (Kultus) und Unterricht
MPI	Max-Planck-Institut
NDB	Neue Deutsche Biographie
OFM	Ordo Fratrum Minorum – Franziskaner Orden
o.J.	ohne Jahr
o. Prof.	ordentlicher Professor
ÖBL	Österreichisches Biographisches Lexikon
OPraem	Ordo Praemonstratensis – Prämonstratenser Orden
OSB	Ordo Sancti Benedicti – Benediktiner Orden
PD	Privatdozent
RGBl	Reichsgesetzblatt (für das Kaiserthum Österreich)
SJ	Societas Jesu – Jesuiten
TLA	Tiroler Landesarchiv
UOG 1975	Universitäts-Organisationsgesetz 1975
UOG 1993	Universitäts-Organisationsgesetz 1993

1 DIE UMSETZUNG DER THUN-HOHENSTEIN'SCHEN REFORMEN AN DER UNIVERSITÄT INNSBRUCK. EINLEITUNG

Universitäten befinden sich weltweit seit Jahren in einem Prozess der Reform. In Europa ist dies vor allem die Folge der sogenannten Bologna-Reform. Ausgehend von dem Beschluss zahlreicher europäischer Bildungsminister wurde am 19. Juni 1999 die Vereinheitlichung des europäischen Hochschulraumes beschlossen und seit Beginn der 2000er-Jahre auch ausgeführt, was besonders die Studienorganisation und die Einführung europaweit gültiger und aufeinander abgestimmter Abschlüsse betraf. Parallel dazu wurden die Universitäten in zahlreichen europäischen Ländern neu organisiert, um – im Diskurs der Reformer zu bleiben – die Hochschulen wettbewerbsfähig für die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zu machen. Österreich vollzog diesen Prozess mit dem Universitätsgesetz 2002 (UG 2002).[1] Seither reißen die Diskussionen um die Zweckmäßigkeit all dieser Reformen nicht ab und verdeutlichen letztlich die unterschiedlichen Vorstellungen der *Idee der Universität.*

Eine ähnlich folgenschwere Reform, wie wir sie derzeit erleben, vollzog sich in Österreich nach der Revolution von 1848. Damals wurde das österreichische Bildungssystem tiefgreifend reformiert und erhielt in vielen Bereichen die Form, die bis zur Reform unter Hertha Firnberg in den 1970er-Jahren (UOG 1975), ja teilweise bis vor einem Jahrzehnt noch Gültigkeit besaß. Als Idealvorstellung einer Universität lebt sie indes in den Köpfen vieler Menschen noch immer fort.[2] Mit der Reform unter dem damaligen Minister für Kultus und Unterricht Leo Thun-Hohenstein[3] wurden die Ordinarienuniversität, Lehr- und Lernfreiheit sowie die Einheit von Lehre und Forschung an den Universitäten grundgelegt. Außerdem wurden die philosophischen Fakultäten von ihrem Charakter als Vorbildungseinrichtungen für die

1 Die Anzahl an Literatur hierzu ist mittlerweile bereits Legion. Hier sei allenfalls verwiesen auf Jochen Hörisch, Die ungeliebte Universität. Rettet die Alma mater! (= Edition Akzente), München [1]2006; Ulrich Sieg (Hg.), Die Idee der Universität heute (= Academia Marburgensis 11), München 2005; Konrad Paul Liessmann, Theorie der Unbildung, Wien 2006; Jens Maesse, Die vielen Stimmen des Bologna-Prozesses. Zur diskursiven Logik eines bildungspolitischen Programms, Bielefeld 2010.

2 Als Beispiel können die zahlreichen Verweise auf die ‚Humboldt'sche Universitätsidee' während der Bildungsproteste im Herbst 2009/10 angesehen werden.

3 Leo Thun-Hohenstein (Tetschen 1811–1888 Prag), 1849–1860 Minister für Kultus und Unterricht, anschließend Mitglied des Herrenhauses und des böhmischen Landtages. Zur Biografie von Thun siehe besonders Kapitel 2.6.

Studien an den übrigen Fakultäten (Theologie, Jurisprudenz und Medizin) befreit und die dort angesiedelten Studien erhielten den Status eigenständiger Disziplinen. Dem Aufstieg der geisteswissenschaftlichen und naturwissenschaftlichen Disziplinen, die sich seit Beginn des 19. Jahrhunderts entwickelten, wurde damit der Weg geebnet. Verbunden war diese Aufwertung der philosophischen Fakultät mit einer gleichzeitigen Verlängerung des Gymnasiums auf acht Jahre. Im Jahr 1848 wurde außerdem erstmals ein Unterrichtsministerium eingerichtet, welches die Studienhofkommission ablöste, die bis dahin die zentrale Koordinationsstelle der Bildungspolitik in der Habsburgermonarchie gewesen war.

Die Thun'sche Reform[4] wurde in einem Forschungsprojekt[5] zur Edition der Korrespondenz von Minister Leo Thun[6] untersucht. Die vorliegende Dissertation ist ein Teilprojekt dieses Editionsvorhabens und untersucht die Umsetzung der genannten Reformen an der Universität Innsbruck. Sie möchte anhand dieser Fallstudien einerseits die Möglichkeiten der Nutzung der Korrespondenz für die Forschung aufzeigen und andererseits die Zielsetzung und die Universitätspolitik Thuns an einem konkreten Beispiel analysieren und ungeachtet oder vielmehr unter Betrachtung der Traditionslinien der Innsbrucker Universität Möglichkeiten und Grenzen von Thuns Politik erörtern.

Forschungen zu Universitätsreformen stehen, abgesehen vom erwähnten Projekt, derzeit vermehrt im Interesse der Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte. Die Jahreskonferenz der *Gesellschaft für Wissenschafts- und Universitätsgeschichte (GUW)* von 2013 mit dem Titel *Universität – Reform. Ein Spannungsverhältnis langer Dauer (12.–21. Jahrhundert)* widmete sich beispielsweise ausführlich der Thematik.[7] Andere Projekte untersuchten die Frage nach den ‚Humboldt'schen Reformen'[8] oder den Reformen der deutschen Universitäten nach dem Zweiten Weltkrieg.[9] Ein Grund für das Inte-

4 In der Folge wird die Reform – gemäß allgemeiner Diktion – überwiegend als Thun'sche Reform bezeichnet.

5 Für Informationen zum Projekt siehe [www.thun-korrespondenz.uibk.ac.at.], 23.09.2014.

6 Leo Thun-Hohenstein hatte selbst immer mit ‚Thun' signiert, weshalb auch in der vorliegenden Arbeit überwiegend diese kurze Form verwendet wird.

7 Zur Ausrichtung der Tagung siehe GUW, [http://guw-online.net/veranstaltungen/guw/1/], 22.09.2014. Siehe auch Rüdiger vom Bruch/Rainer Christoph Schwinges (Hgg.), Universitätsreformen vom Mittelalter bis zur Gegenwart (= Jahrbuch für Universitätsgeschichte 13), Stuttgart 2010.

8 Marc Schalenberg, Humboldt auf Reisen? Die Rezeption des ‚deutschen Universitätsmodells' in den französischen und britischen Reformdiskursen (1810–1870) (= Veröffentlichungen der Gesellschaft für Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte 4), Basel 2002. Zur Thematik der sog. ‚Humboldt'schen Reformen' ausführlich in Kapitel 2.3.

9 Anne Rohstock, Hemmschuh Humboldt oder Warum scheitert die Hochschulreform? Uni-

resse an der Thematik liegt wohl in den neuerlichen öffentlichen Debatten um die Aufgabe und die Organisation der Universitäten seit dem Ende der 1990er-Jahre. Schon eine kurze Beschäftigung mit der Geschichte verdeutlicht jedoch, dass Universitäten – obschon eine der dauerhaftesten Institutionen Europas – regelmäßig reformiert wurden. So wurde und wird der auf die Kirche bezogene Ausspruch – *ecclesia semper reformanda* – regelmäßig auch auf die Universität – *universitas semper reformanda* – bezogen.[10]

Neben dem Interesse für Universitätsreformen konstatierte Sylvia Paletschek vor wenigen Jahren allgemein einen gewissen Aufschwung der Universitätsgeschichte. Im Zuge dessen hat sich Universitätsgeschichte aus ihrer Sicht auch als eigenes Forschungsfeld etabliert, das auch abseits von Jubiläen, welche ansonsten vielfach Anlass zu Forschungen zur Geschichte von einzelnen Universitäten boten, beackert wird.[11] Zwar bieten anstehende Jubiläen auch heute noch Gelegenheit zu universitätshistorischen Forschungsprojekten[12], abgesehen davon bestehen jedoch an zahlreichen Uni-

versitäre Neuordnungsversuche zwischen Sputnik-Schock und Bologna-Prozess (1957–2009), in: Zeitschrift für historische Pädagogik (2009), S. 60–67.

10 In den letzten Jahren hat dieser Titel Konjunktur: Vgl. etwa Rüdiger vom Bruch, Universitas semper reformanda. Grundzüge deutscher Universitäten in der Neuzeit, in: Manfred Rudersdorf (Hg.), Wissen und Geist. Universitätskulturen. Symposium anlässlich des 600-jährigen Jubiläums der Universität Leipzig, Leipzig 2009, S. 19–41; Max-Emanuel Geis, Universitas Semper Reformanda. Kulturelle Verantwortung versus ökonomistische Relevanz, in: Deutscher Hochschulverband (Hg.), Glanzlichter der Wissenschaft. Ein Almanach, Saarwellingen 2009, S. 77–87; Hans Pechar, Universitas semper reformanda, in: Wiener Zeitung (05.01.2012); Erhard Busek, Universitas Semper Reformanda, in: Falter. Heureka, 4 (2012).

11 Vgl. dazu Sylvia Paletschek, Stand und Perspektiven der neueren Universitätsgeschichte, in: NTM. Zeitschrift für Geschichte der Wissenschaften, Technik und Medizin 19 (2011), S. 169–189, hier S. 169. Vgl. dort insgesamt zu Forschungsfeldern und -trends.

12 Dabei sei besonders auf die Projekte zur Geschichte der Universitäten in Leipzig und Jena hingewiesen, die methodisch und vom Umfang ihrer Forschungen Meilensteine und Orientierung für künftige Universitätsgeschichtsschreibung setzten. Siehe dazu Senatskommission zur Erforschung der Leipziger Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte (Hg.), Geschichte der Universität Leipzig 1409–2009. Ausgabe in Fünf Bänden, Leipzig 2010; Senatskommission zur Aufarbeitung der Jenaer Universitätsgeschichte im 20. Jahrhundert (Hg.), Traditionen – Brüche – Wandlungen. Die Universität Jena 1850–1995, Köln 2009. Umfangreiche Bände gingen auch aus dem Jubiläum der Universität Breslau hervor, siehe etwa für das 19. Jahrhundert: Jan Harasimowicz, Universitas litterarum Wratislaviensis 1811–1945. Commemorative Book for the 200th Anniversary of the Establishment of the State University of Wroclaw. Volume II (= Acta Universitatis Wratislaviens 3363), Wroclaw 2013. Siehe auch das Jubiläum der Humboldt-Universität in Berlin sowie das Jubiläum der Universität Wien 2015. Vgl. auch die Überlegungen von Stefan Gerber zum Verhältnis von Universitätsgeschichte und Jubiläen, vor allem die Tatsache, dass vielfach die „Relevanz von Universitätsgeschichte außerhalb des engeren wissenschaftlichen Diskussions-

versitäten Professuren und Forschungsstellen, die sich mit der Geschichte der Universität(en) befassen.

Außerdem existieren internationale Fachverbände, Zeitschriften und Jahrbücher, die ein Forum für Universitätsgeschichte ermöglichen. Paletschek glaubt, dass der Aufschwung der Universitätsgeschichte besonders auch dem *cultural turn* geschuldet war, „der wissenschaftshistorischen und selbstreflexiven Themen Vorschub leistete"[13]. Und gerade Selbstvergewisserung war im Bereich der Universitäten, die seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs von einer Reformdebatte in die nächste taumelten, ein wesentliches Desiderat. Zentrales Anliegen der neueren Universitätsgeschichte ist es, Universitäten nicht isoliert, sondern innerhalb des Spannungsfeldes von Gesellschaft, Politik und Kultur zu analysieren. Sylvia Paletschek bringt es folgendermaßen auf den Punkt:

> Universitätsgeschichte untersucht den historischen Wandel der Institution Universität und ihrer Akteure in ihrem Selbstverständnis, ihrer Aufgabenbestimmung, ihren sozialen und kulturellen Praktiken sowie ihren Modi der Wissensproduktion, Wissensvermittlung und Wissensspeicherung. Sie fragt nach der Interaktion der Institution Universität und ihrer Angehörigen mit staatlichen, politischen, sozialen und kulturellen Einrichtungen und Entwicklungen in unterschiedlichen räumlichen Dimensionen.[14]

Zuletzt haben Stefan Gerber[15] und Marian Füssel[16] diesen Ansatz noch vertieft und in zwei programmatischen Beiträgen den Anspruch einer zeitgemäßen Universitätsgeschichte akzentuiert. Gerade Marian Füssel hatte mit seiner Arbeit zu symbolischen Praktiken und zur Bedeutung von Repräsentation an der Universität der Neuzeit schon vor einem Jahrzehnt exemplarisch die Nützlichkeit eines kulturgeschichtlichen Ansatzes deutlich gemacht.[17] Zuletzt hatte er diesen Ansatz neuerlich akzentuiert und vor allem

---

zusammenhangs heute oftmals über ihre Funktion für das Hochschulmarketing definiert wird." Stefan Gerber, Wie schreibt man ,,zeitgemäße" Universitätsgeschichte?, in: NTM. Zeitschrift für Geschichte der Wissenschaften, Technik und Medizin (2015), S. 277–286.

13 Paletschek, Stand und Perspektiven der neueren Universitätsgeschichte, S. 169.

14 Paletschek, Stand und Perspektiven der neueren Universitätsgeschichte, S. 173.

15 Gerber, Wie schreibt man ,,zeitgemäße" Universitätsgeschichte?, in: NTM. Zeitschrift für Geschichte der Wissenschaften, Technik und Medizin (2015), S. 277–286.

16 Marian Füssel, Wie schreibt man Universitätsgeschichte?, in: NTM. Zeitschrift für Geschichte der Wissenschaften, Technik und Medizin (2015), S. 287–293.

17 Marian Füssel, Gelehrtenkultur als symbolische Praxis. Rang, Ritual und Konflikt an der Universität der Frühen Neuzeit, Darmstadt 2006.

auch mit Blick auf das Werk von William Clark[18] hervorgehoben, dass mit der Untersuchung neuer Quellengattungen und einer kulturwissenschaftlichen Methodik neue, spannende – teilweise auch kontroverse – Ergebnisse erzielt und fruchtbare Perspektiven in die Universitätsgeschichte eingeführt werden können. Außerdem betont er, dass gerade der Blick auf die Universität in ihrer institutionellen Verfasstheit die Verbindung zwischen der vielfach getrennten Universitätsgeschichte und der Wissenschaftsgeschichte herstellen könne, zumal die Universität einen wesentlichen institutionellen Rahmen für Wissenschaft bietet. In diesem Punkt treffen sich auch Füssel und Gerber, der Universitätsgeschichte vor allem als Institutionengeschichte begreift.

Eine solche, neuere Institutionengeschichte könne sich, so Gerbers Forderung, jedoch nicht auf normative Quellen beschränken, sondern müsse neben der Heranziehung neuer Quellen auch einen methodischen Ansatz wählen, der Universität als „kommunikative Struktur, als Geflecht von Normen, Steuerungsinstrumenten, Koordination und Motivation"[19] begreift und dementsprechend beschreibt sowie die institutionellen Praktiken in den Blick nimmt. Außerdem fordert Gerber den Blick auf das institutionelle Geflecht ein, innerhalb dessen die Universitäten arbeiten, und eine Perspektive, die die normativen und informellen Regeln, wie dieses institutionelle Geflecht, aber auch die Universität organisiert sind, als „komplementäre Aspekte der ‚Wirklichkeit' der Universität"[20] versteht.

Einen wesentlichen Teil dieses institutionellen Geflechts bilden die politischen Akteure. In diesem Sinn sei auch auf die von Mitchell Ash propagierte Perspektive verwiesen, die Wissenschaft und Politik als Ressourcen füreinander betrachtete.[21] Ash sieht beide Felder nämlich nicht getrennt, sondern als sich gegenseitig beeinflussend an, womit die auch oft künstliche Trennung zwischen wissenschaftsexternen und -internen Faktoren in der Geschichte der Entwicklung der Wissenschaften aufgehoben wird.[22] Diese vorwiegend für die Wissenschaftsgeschichte vorgeschlagene Perspektive ist

18 William Clark, Academic charisma and the origins of the research university, Chicago 2007.

19 Gerber, Wie schreibt man „zeitgemäße" Universitätsgeschichte?, S. 281.

20 Gerber, Wie schreibt man „zeitgemäße" Universitätsgeschichte?, S. 282.

21 Mitchell G. Ash, Wissenschaft und Politik als Ressourcen für einander, in: Rüdiger Vom Bruch/Brigitte Kaderas (Hgg.), Wissenschaften und Wissenschaftspolitik. Bestandsaufnahmen zu Formationen, Brüchen und Kontinuitäten im Deutschland des 20. Jahrhunderts, Stuttgart 2002, S. 32–51.

22 Vgl. dazu besonders Rudolf Stichweh, Zur Entstehung des modernen Systems wissenschaftlicher Disziplinen. Physik in Deutschland 1740–1890, Frankfurt a.M. 1984. Dieser fokussierte besonders auf interne Faktoren bei der Disziplinenentwicklung.

indes durchaus auch für die Frage des institutionellen Rahmens der Wissenschaften von Interesse, der gerade in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts in Österreich in den meisten Fällen die Universität war. Ash nennt außerdem Umbruchzeiten als lohnende Untersuchungsfelder, sodass diese Perspektive gerade auch für das Beispiel Österreich nach der Revolution von 1848, die Zeit der Ministerschaft Thuns, in Frage kommt, zumal damals – um im Bild von Ash zu bleiben – eine „Umgestaltung oder Neugestaltung von Ressourcenensembles"[23] im Wissenschaftsbetrieb vollzogen worden ist und das Verhältnis von Politik und Wissenschaft eine Neuordnung erfahren hat.[24]

Die vorliegende Arbeit ist diesen neueren Perspektiven der Universitätsgeschichte verpflichtet. Eine Verbindung von Universitätsgeschichte und Wissenschaftsgeschichte herzustellen, was auch von Paletschek als Desiderat gefordert worden ist, kann die Arbeit nur am Rande einlösen. Dies erfolgt insbesondere über die Untersuchung von institutionellen Voraussetzungen der Wissensproduktion bzw. Erwartungen und Anforderungen von Seiten der Politik im Hinblick auf einzelne Wissenschaftsbereiche. Da gerade in der europäischen Wissenschaftsgeschichte die Fokussierung auf „institutionelle und politische Untersuchungsdimensionen"[25] grundsätzlich stark ist, bietet diese somit doch einen gewissen Schnittpunkt zur Wissenschaftsgeschichte.

1.1. Untersuchungsgegenstand – Fragestellung – Vorgehensweise

Im Mittelpunkt der Dissertation steht die Untersuchung der Umsetzung der Thun'schen Reformen an der Universität Innsbruck. Dabei werden Planung, Umsetzung und Folgen der Reform am Beispiel dieser Universität untersucht. Im Zentrum der Arbeit steht der Zeitraum von der Revolution von 1848 bis zur Demission Thuns im Oktober 1860.[26] Gleichzeitig wird, für den

23 Ash, Wissenschaft und Politik als Ressourcen für einander, S. 32.

24 Vgl. dazu auch programmatisch den Beitrag von Ash im Jubiläumsband der Universität Wien, Mitchell G. Ash, Die Universität Wien in den politischen Umbrüchen des 19. und 20. Jahrhunderts, in: Mitchell Ash/Josef Ehmer (Hgg.), 650 Jahre Universität Wien – Aufbruch ins neue Jahrhundert, Bd. 2, (Universität – Politik – Gesellschaft), Göttingen 2015, S. 29–172.

25 Helmuth Trischler/Cathryn Carson/Alexei Kojevnikov, Beyond Weimar Culture – Die Bedeutung der Forman-These für eine Wissenschaftsgeschichte in kulturhistorischer Perspektive, in: Berichte zur Wissenschaftsgeschichte 31 (2008), S. 305–310, hier S. 307.

26 Vgl. dazu auch Christof Aichner, Die Umsetzung der Thun-Hohensteinschen Universitätsreform an der Universität Innsbruck (1849–1860), in: historia.scribere 5 (2013), S. 397–407, [http://historia.scribere.at], 2012–2013, 11.11.2014.

Blick auf die längerfristigen Folgen der Reform, auch regelmäßig über diesen Zeitraum hinausgeblickt. Der Untersuchungszeitraum umfasst damit einen Kernabschnitt, der von Peter Moraw mit Blick auf die deutsche Universitätslandschaft als Phase der *klassischen Universität* bezeichnet worden ist, die von Anfang des 19. Jahrhunderts bis zum Nationalsozialismus bzw. den Massenuniversitäten nach dem Zweiten Weltkrieg reichte.[27] Für Österreich kann diese Periodisierung weitgehend übernommen werden, wenngleich der Beginn auf die Mitte des 19. Jahrhunderts – eben die Ära Thun – verschoben werden muss.[28] Außerdem wurde die Epochenbildung Moraws (vorklassische, klassische und nachklassische Phase) vor allem wegen ihrer engen Perspektivenführung auf einige wenige Universitäten kritisch gesehen und selbst von Moraw relativiert.[29] Allerdings erscheint nicht zuletzt mit Blick auf die Wirkmächtigkeit dieser Zeit für die Ausbildung eines bis heute anhaltenden Ideals der Universitäten, die Bezeichnung als ‚klassisch' im Sinne eines Vorbilds durchaus gerechtfertigt.

Die Innsbrucker Universität bestand 1848 aus zwei Fakultäten: einer juridischen und einer philosophischen. Das medizinisch-chirurgische Studium war zwar „im Rahmen der Universität"[30] verankert, besaß aber nicht den Charakter einer vollwertigen Fakultät.[31] Die Aufwertung der philosophischen Fakultät zu einer vollwertigen und eigenständigen Fakultät war ein Eckpfeiler der Reform. Zunächst werden daher die bildungspolitischen und pädagogischen Vorstellungen hinter dieser Maßnahme erörtert (Kap. 3.2.4.). In diesem Kontext wird auch auf Konzepte bzw. Idealvorstellungen von einer Universität eingegangen, die Innsbrucker Professoren im Rahmen der Implementation der Reformen an der philosophischen Fakultät diskutierten. Damals berieten die beteiligten Professoren auch bildungspolitische Ziele und Fragen nach der erzieherischen Funktion von Universitäten

27 Vgl. dazu Peter Moraw, Aspekte und Dimensionen älterer deutscher Universitätsgeschichte, in: Gesammelte Beiträge zur deutschen und europäischen Universitätsgeschichte. Strukturen, Personen, Entwicklungen, Leiden 2008, S. 4–54, hier S. 11–12. Vgl. auch Senatskommission zur Aufarbeitung der Jenaer Universitätsgeschichte im 20. Jahrhundert (Hg.), Traditionen - Brüche - Wandlungen. Die Universität Jena 1850–1995, Köln 2009, S. 31–33.

28 Vgl. dazu auch Walter Höflechner, Österreich: eine verspätete Wissenschaftsnation?, in: Karl Acham (Hg.), Geschichte der österreichischen Humanwissenschaften, Wien 1999, S. 93–114.

29 Vgl. bei Füssel, Wie schreibt man Universitätsgeschichte?, S. 288.

30 Franz Huter, Hundert Jahre Medizinische Fakultät Innsbruck 1869 bis 1969 (= Forschungen zur Innsbrucker Universitätsgeschichte 7), Innsbruck 1969, S. 8.

31 Vgl. insgesamt zur Geschichte des medizinischen Studiums bei Heinz Huber, Geschichte der Medizinischen Fakultät Innsbruck und der medizinisch-chirurgischen Studienanstalt, Wien 2010.

und Gymnasien, deren Reformen sich gerade in der Neuausrichtung der philosophischen Fakultät verbanden. Denn die Aufgabe der alten philosophischen Fakultät, bzw. des philosophischen Kurses, wie diese zweijährige Vorbereitung auf das eigentliche Studium an den Fakultäten der Theologie, Jurisprudenz und Medizin auch genannt wurde, sollte nun an das um zwei Jahre verlängerte Gymnasium abgetreten werden. Die Debatten um die Idealvorstellungen der Universität werden in der Arbeit auch mit der Beschreibung der „Realgestalt"[32] der Universität kontrastiert. Damit wird die oben erwähnte Hinwendung zur „institutionellen Praxis"[33] vollzogen und das Spannungsfeld von normativen Anforderungen und deren lokalen Umsetzung ausgelotet. Außerdem wird mit diesem Vorgehen auch dahingehend ein Perspektivenwandel ermöglicht, als die Reform bisher in der Regel von der Perspektive des Ministeriums betrachtet wurde.

Im Kontext der Diskussion um Funktion und Aufgabe der Universität werden besonders auch die Vorbilder der Reform besprochen. An erster Stelle steht dabei das Verhältnis zu den preußischen Universitäten und die in der Forschung diskutierte[34] – und meist unreflektiert angenommene – Übernahme des sogenannten Humboldt'schen Universitätsmodells in Österreich (Kap. 2.3.). Davon ausgehend wird auch gefragt, welche Vorstellungen von einem ‚preußischen Modell' in Österreich überhaupt vorhanden waren. Letztlich – und damit seien zumindest in Teilen Ergebnisse vorweggenommen – lässt sich eine Orientierung an preußischen Universitäten feststellen und daher wird weiterführend auch untersucht, inwieweit sich mit einer solchen Übernahme nicht nur universitäts- und wissenschaftspolitische Überlegungen verbanden, sondern diese auch politische und ideologische Implikationen besaß. Gerade in diesem Zusammenhang ist auch die Frage nach Widerständen gegen die Reform von Interesse, zumal im Mittelpunkt der Kritik an den Reformen immer auch die Diskussion um den Verlust der eigenen, österreichischen Universitätstradition stand.

---

32 Sylvia Paletschek, Die permanente Erfindung einer Tradition. Die Universität Tübingen im Kaiserreich und in der Weimarer Republik (= Contubernium 53), Stuttgart 2001, S. 1.

33 Gerber, Wie schreibt man „zeitgemäße" Universitätsgeschichte?, S. 281.

34 Vgl. dazu Walter Höflechner, Nachholende Eigenentwicklung? Der Umbau des habsburgischen Universitätssystems nach der Mitte des 19. Jahrhunderts, in: Rüdiger vom Bruch (Hg.), Die Berliner Universität im Kontext der deutschen Universitätslandschaft um 1800, um 1860 und um 1910, München 2010, S. 93–108; zuletzt Mitchell G. Ash, Wurde ein „deutsches Universitätsmodell" nach Österreich importiert? Offene Forschungsfragen und Thesen, in: Christof Aichner/Brigitte Mazohl (Hgg.), Die Thun-Hohenstein'schen Universitätsreformen 1849–1860. Konzeption – Umsetzung – Nachwirkungen, Wien, Köln, Weimar 2017, S. 76–98.

Den Hauptteil der Arbeit bildet eine Analyse der Personalpolitik Leo Thuns an der Universität Innsbruck (Kap. 5). Thun selbst hatte im Jahr 1853[35] die wichtige Rolle der Personalpolitik für seine Reformen hervorgehoben. Auch in der Forschung zur Thun'schen Reform wird stets betont, dass Thun große Energie darauf verwendete, möglichst konservative, zugleich aber wissenschaftlich hervorragende Professoren für die österreichischen Universitäten zu gewinnen.[36] Durch die Berufung von konservativen, katholischen Professoren, so die heute weitgehend anerkannte These von Hans Lentze[37], wollte Thun der Lehrfreiheit, einer zentralen Errungenschaft der Revolution von 1848, die Spitze nehmen. In diesem Sinn beschnitt der Minister allerdings eine andere Errungenschaft der Revolution, nämlich das Recht der Universitäten bzw. Fakultäten, selbst die Professoren zu wählen.

Am Beispiel der Innsbrucker Universität wird die Berufungspolitik Thuns daher eingehend analysiert. Dabei wird untersucht, wie stark Leo Thun tatsächlich in die Berufungspolitik an den Universitäten eingegriffen hat und inwieweit sich die bisherigen Urteile der Forschung, welche sich überwiegend aus den Untersuchungen einiger prominenter Beispiele ableiteten, für eine gesamte Universität bestätigen lassen bzw. revidiert oder modifiziert werden müssen. Im Hinblick auf Thuns Personalpolitik ist stets auch auf das Netzwerk hingewiesen worden, das Thun für seine Berufung nutzte. Lentze hatte dies bereits auf Grundlage der Korrespondenz Thuns in Teilen erörtert.[38] In der vorliegenden Arbeit wird dieser Ansatz ausgebaut, indem insbesondere die Quellenbasis erweitert und zahlreiche neue Quellen ausgewertet wurden.

Die Fokussierung auf die Universität Innsbruck bietet gleichzeitig die Möglichkeit zu untersuchen, inwieweit anhand der Berufungspolitik des Ministers auch Rückschlüsse auf den Stellenwert und die Position der Innsbrucker Universität im System der österreichischen Universitäten gezogen werden können, frei nach dem Urteil des Schriftstellers Karl Emil Franzos, der – freilich zu einer späteren Zeit – schrieb, dass viele junge Gelehrte zu-

35 Die Neugestaltung der österreichischen Universitäten über Allerhöchsten Befehl dargestellt von dem k.k. Ministerium für Kultus und Unterricht, Wien 1853.

36 Vgl. besonders bei Hans Lentze, Die Universitätsreform des Ministers Graf Leo Thun-Hohenstein, in: Österreichische Akademie der Wissenschaften (Hg.), Sitzungsberichte, Wien 1962, S. 1–372, hier S. 114; zuletzt Elmar Schübl/Johannes Uray, Auf der Suche nach geeigneten Kräften: Aktivitäten, Strategien und Kriterien in Berufungsverfahren, in: Christian Hesse/Rainer Christoph Schwinges/Melanie Kellermüller (Hgg.), Professorinnen und Professoren gewinnen. Zur Geschichte des Berufungswesens an den Universitäten Mitteleuropas, Basel 2012, S. 415–440, hier S. 419–423.

37 Vgl. Lentze, Die Universitätsreform des Ministers Graf Leo Thun-Hohenstein, S. 88–90.

38 Vgl. Lentze, Die Universitätsreform des Ministers Graf Leo Thun-Hohenstein, 117–123.

nächst „zu einigen Jahren Czernowitz verurteilt und dann zu Innsbruck begnadigt“[39] werden würden. Daher werden Vergleiche zu anderen Universitäten – nicht nur in diesem Kontext – regelmäßig herangezogen. So wird gleichzeitig eine Verortung der Universität Innsbruck in der „Bildungslandschaft“[40] und dem Hochschulraum der Habsburgermonarchie ermöglicht und damit auch ein räumlicher Bezug ermöglicht. In diesem Sinne lassen sich auch Fragen nach dem Spannungsverhältnis von einem einheitlichen universitären Raum in der Habsburgermonarchie und der regionalen Verortung der Universität stellen. Gerade Thuns Personalpolitik, die gelenkte Mobilität der Professoren erscheint hierbei ein brauchbares Instrumentarium zur Untersuchung, denn sie stellte für Thun ein Mittel dar, um einen einheitlichen universitären Raum innerhalb der Monarchie zu schaffen, indem die Ernennung und Versetzung von Professoren durch die Eingriffe des Ministeriums zentral gesteuert wurde. In diesem Sinn erscheint die Mobilität von Professoren, die Untersuchung der Fluktuation zwischen den Universitäten und die leitenden Überlegungen dahinter auch als Möglichkeit der Untersuchung und Rekonstruktion von Teilen des universitären Raums der Habsburgermonarchie.[41]

Nicht zuletzt bietet sich auch ein Vergleich zur Personalpolitik des preußischen Ministerialbeamten Friedrich Althoff[42] (System Althoff) am Ende des 19. Jahrhunderts an.[43]

Eine Untersuchung der Berufungspolitik an der Innsbrucker Universität ist darüber hinaus lohnend, da sich – ausgehend von einem Memorandum von Karl Ernst Jarcke[44] – in der Forschungsliteratur mehrfach der Hinweis

39 Karl Emil FRANZOS, Erinnerungen an Mommsen, in: Deutsche Dichtung 35, 1903–1904, S. 174.

40 Zum Begriff zuletzt bei Thomas TÖPFER, „Bildungsräume“ und „Bildungslandschaften“ – Raumbezogene Forschungskategorien aus Sicht der Bildungsgeschichte Konzeptionelle und methodische Perspektiven, in: Zeitschrift für Erziehungswissenschaft 19 (2016), S. 83–99.

41 Hier sei vor allem auch auf die Forschungen von Jan Surman verwiesen: Jan SURMAN, Habsburg Universities 1848–1918. Biography of a Space. phil. Diss., Wien 2012.

42 Friedrich Althoff (Dinslaken 1839–1908 Steglitz), ab 1882 Universitätsreferent im preußischen Ministerium der geistlichen-, Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten, ab 1897 Ministerialdirektor der I. Unterrichtsabteilung.

43 Vgl. dazu Bernhard BROCKE, Von der Wissenschaftsverwaltung zur Wissenschaftspolitik. Friedrich Althoff (19.2.1839–20.10.1908), in: Berichte zur Wissenschaftsgeschichte 11 (1988), S. 1–26; Stefan REBENICH/Gisa FRANKE, Theodor Mommsen und Friedrich Althoff. Briefwechsel 1882–1903 (= Deutsche Geschichtsquellen des 19. und 20. Jahrhunderts 67), München 2012.

44 Vgl. Memorandum von Karl Ernst Jarcke, Welholzen bei Traunstein 5.08.1849, Nachlass Leo Thun-Hohenstein, A3 XXI C133, Staatliches Gebietsarchiv Leitmeritz, Zweigstelle Tetschen-Bodenbach.

findet,[45] es hätte Pläne gegeben, der Universität Innsbruck eine herausragende Position als besonders katholische Universität zu verschaffen. Innsbruck sollte so zu einem Zentrum und Anziehungspunkt für katholische Studenten und Professoren aus dem ganzen deutschsprachigen Raum werden. In der Arbeit wird der Frage nachgegangen, inwieweit dieser Plan wirklich verfolgt wurde und welche Rolle Thun und seine Berater in dieser Debatte spielten (Kap. 6.5.). Eine Untersuchung der Diskurse über den Sinn und die Aufgabe einer solchen Universität bietet außerdem die Möglichkeit zu fragen, welche Vorstellungen einer katholischen Wissenschaft bzw. umgekehrt einer wertfreien Wissenschaft in dieser Zeit existierten. Für diesen Gesichtspunkt ist auch die Frage nach Leo Thuns politischen und religiösen Vorstellungen von Interesse, die in der Historiografie durchaus zu unterschiedlichen Auffassungen geführt haben. Dabei wurde mehrfach Thuns widersprüchlich wirkende Politik hervorgehoben. Am Beispiel der Universität Innsbruck werden die Politik des Ministers und seine Vorstellungen einer katholisch geprägten Wissenschaft an einem konkreten Beispiel untersucht.

Außerdem wird bereits zu Beginn in einem ausführlichen Kapitel die Historiografie zu den Reformen und zu Thun selbst nachgezeichnet. Dabei werden auch verschiedene Deutungsmuster der Thun'schen Reformen herausgearbeitet und damit auch Fragen nach ‚ideologischen Scheuklappen' und verschiedenen Traditionslinien der Historiografie erörtert werden (Kap. 1.3.2.). Darüber hinaus bietet die Beschäftigung mit der Historiografie zu Thun und den Reformen auch Einblicke in die Instrumentalisierung der Reformen für universitätspolitische Debatten bis weit in das 20. Jahrhundert. Die Frage nach einem spezifisch katholischen Universitätsmodell ist auch deshalb relevant, weil gerade in der jüngeren Universitätsgeschichte die Forschung zu Universitäten in protestantisch geprägten Gebieten des Reichs bzw. des Deutschen Bundes dominierend ist und damit auch eine Perspektivenerweiterung innerhalb der Universitätsgeschichte erfolgen kann.

Nicht zuletzt muss die Universitätsreform auch im Rahmen des Neoabsolutismus verortet werden. Die Reformen waren zwar zunächst ein Erfolg der Revolution von 1848, doch fallen wesentliche Aspekte ihrer Umsetzung in die Phase nach der Suspendierung der Verfassung vom März 1849. In den letzten Jahren ist zunehmend die Perspektive diskutiert worden,[46] diese

45 Zuerst bei Armand Freiherr v. Dumreicher, Die Verwaltung der Universitäten seit dem letzten politischen Systemwechsel in Österreich, Wien 1873, S. 40–41; in der Folge etwa bei Lentze, Die Universitätsreform des Ministers Graf Leo Thun-Hohenstein, S. 87.

46 Zuletzt grundsätzlich Harm-Hinrich Brandt (Hg.), Der österreichische Neoabsolutismus als Verfassungs- und Verwaltungsproblem. Diskussionen über einen strittigen Epochenbegriff (= Veröffentlichungen der Kommission für Neuere Geschichte Österreichs 108), Wien, Köln, Weimar 2014; auch Helmut Rumpler, Der österreichische Neoabsolutismus als

Epoche[47] nicht nur als reaktionäre Phase nach 1848 zu sehen, sondern auch als eine staatlich gesteuerte Reformära, oder wie Lothar Höbelt es zugespitzt formuliert, als eine „Modernisierungsdiktatur"[48]. Das Stichwort der Diktatur stellt gleichzeitig den Bezug zu Thun her, dessen Amtsstil, wie es Gary B. Cohen formulierte, einer „virtually dictatorial authority"[49] ähnelte, die Thun besonders für seine Personalentscheidungen nutzte. Die Dominanz der Verwaltung gegenüber der Verfassung im Neoabsolutismus wurde mehrfach – zuletzt von Waltraud Heindl – thematisiert[50] und führt somit zu den Universitätsreformen, zumal Thun die Ausbildung von loyalen Beamten und Verwaltungsjuristen an den juridischen Fakultäten als zentrales Ziel der Universitäten definierte. Zudem wurden Universitäten und die daraus hervorgehenden Absolventen zunehmend als Produktivkraft angesehen, die der Monarchie einen Modernisierungsschub geben sollten. Inwieweit dieser Prozess auch im vorliegenden Fall der Universität Innsbruck diskursiven Widerhall gefunden hat und wenn ja, wie dieser Prozess bewertet wurde, wird ebenfalls in der Arbeit untersucht.

Die Perspektive, den Neoabsolutismus auch als Modernisierungsphase zu betrachten, soll indes nicht den Blick auf die Konflikte verstellen, die in der Revolution von 1848 aufgebrochen sind, damals aber nicht gelöst wurden. Im Kontext der Universität Innsbruck spielt hier besonders die Frage der Unterrichtssprache und des nach und nach in die Universität getragenen Nationalitätenkonflikts eine zentrale Rolle, gerade weil ein großer Teil der Studenten in Innsbruck aus dem heutigen Trentino[51] stammte (Kap. 7). Eine Untersuchung der Sprachenpolitik Thuns an der Universität Innsbruck er-

---

Herrschafts- und Regierungssystem, in: Dusan Kovác (Hg.), Die Habsburgermonarchie und die Slowaken. 1849–1867, Bratislava 2001, S. 9–20; Georg Christoph Berger Waldenegg, Mit vereinten Kräften! Zum Verhältnis von Herrschaftspraxis und Systemkonsolidierung im Neoabsolutismus am Beispiel der Nationalanleihe von 1854 (= Veröffentlichungen der Kommission für Neuere Geschichte Österreichs 94), Wien 2002.

47 Zur Frage der Tauglichkeit dieses Epochenbegriffs Rumpler, Der österreichische Neoabsolutismus als Herrschafts- und Regierungssystem.

48 Lothar Höbelt, Graf Karl Wolkenstein (1802–1875). Der Alte vom Berg oder das Gewissen der Rechtspartei, in: Robert Rebitsch/Elena Taddei (Hgg.), Innsbrucker Historische Studien. Politik – Konflikt – Gewalt, Innsbruck, Wien, Bozen 2007, S. 221–231, hier S. 223.

49 Gary B. Cohen, Education and Middle-Class Society in Imperial Austria 1848–1918, West Lafayette 1996, S. 26.

50 Vgl. Waltraud Heindl, Josephinische Mandarine. Bürokratie und Beamte in Österreich, Bd. 2 1848–1914 (= Studien zu Politik und Verwaltung 107), Wien, Köln, Graz 2013, hier S. 48ff.

51 In den Quellen ist dabei meist von Studenten aus „Südtirol/Südtyrol" die Rede, was nicht mit dem heutigen Südtirol verwechselt werden darf. Siehe zur Begrifflichkeit auch Hermann J. W. Kuprian, „Ein rauher Alpenwind, wie der Scheidegruss Nord-Tyrol's, weht aus den Felsklüften des Brenner". Zur Geschichte des Begriffes „Nordtirol", in: Geschichte und Region. Storia e Regione 9 (2000), S. 171–190.

scheint daher sinnvoll, auch deshalb, weil Thun von Zeitgenossen und in der Historiografie mehrfach das Etikett des ‚Germanisators' erhalten hatte.[52]

Neben der Umsetzung der Reform in der Ära Thun werden auch die längerfristigen Folgen der Reform auf die Entwicklung der Universität Innsbruck in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts untersucht. Prägend für diese Periode waren einerseits die zunehmenden nationalen Konflikte an der Universität und eine Nationalisierung der Wissenschaft,[53] andererseits die erwähnten Debatten um die Rechte der katholischen Kirche und die Freiheit der Wissenschaften. Die zentrale These dabei lautet, dass diese beiden Entwicklungen letztlich auch durch die Reform befördert worden sind. In diesem Sinn besaß die Orientierung am preußischen Universitätsmodell durch die Reformen politische Implikationen und führte dazu, dass die Universität Innsbruck zunehmend als ‚deutsche Universität' tituliert worden ist. Damit wurde die Universität, der traditionell eine verbindende Rolle zwischen dem italienischen und dem deutschen Kulturkreis zugeschrieben worden war, neu definiert. Die Universität wurde so zu einem Kampfplatz für die nationalen Konflikte zwischen italienischsprachigen und deutschsprachigen Studenten und Professoren. Neben der zunehmenden ‚Nationalisierung' der Universität ergab sich mit dem erwähnten Projekt der Errichtung einer katholischen Universität in Innsbruck eine teilweise parallel, teilweise entgegengesetzt verlaufende Diskussion über die Frage des Verhältnisses von Universität und Religion. Diskurse und vage Konzepte von ‚katholischer Wissenschaft' und ‚deutscher Wissenschaft', deren Beziehung zueinander sowie deren Instrumentalisierung in der Debatte um die Rolle der Universität werden hierzu untersucht.

Abgesehen von der zunehmenden nationalistischen Vereinnahmung und den Debatten um die Wertefreiheit von Wissenschaft gilt die Integration der Forschung in die Universitäten als eine zentrale Entwicklung des 19. Jahrhunderts. In diesem Sinne wird in der vorliegenden Arbeit auch danach gefragt, ob oder inwieweit sich Ansätze eines neuen Wissenschaftsverständnisses in der Ära Thun nachweisen lassen und wenn ja, wie sich diese äußern. Als Untersuchungsobjekt hierzu wurde die Universitätsbibliothek, als zentrales Werkzeug der Forschung, gewählt (Kap. 8.).

Die im Zuge der Frauenforschung auch in der Universitätsgeschichte vollzogene Einbeziehung der Geschichte des weiblichen Unterrichts und die Geschichte der Frauen in der Wissenschafts- und Universitätsgeschichte sind für die vorliegende Arbeit von geringerer Relevanz, da etwa das Thema Frau-

52 Vgl. dazu Kapitel 1.3.2.1.

53 Vgl. dazu besonders Mitchell G. Ash/Jan Surman (Hgg.), The Nationalization of Scientific Knowledge in Nineteenth-Century Central Europe, New York 2012.

enstudium zu dieser Zeit nicht einmal in Ansätzen thematisiert worden ist. Frauen kommen – wenn überhaupt – nur im Zuge von Gehaltsverhandlungen vor, wenn etwa ein Kandidat die Versorgung der Familie und der Kinder als Argument in die Waagschale bei Verhandlungen warf. Diese Arbeit ist daher weitgehend eine Geschichte von Männern. Eine Geschichte einer Universität sollte alle Mitglieder einer Universität umfassen. Diesen Anspruch verfolgt auch die vorliegende Arbeit. Gleichzeitig gab es Gruppen an der Universität, denen in dieser Arbeit weniger Aufmerksamkeit geschenkt wird. Hierzu zählen etwa das Kanzleipersonal oder die Hilfskräfte (etwa Pedell) der Universität, die für die Thematik von nachrangiger Bedeutung waren.

1.2. Quellen

Die Quellen für die Dissertation lassen sich im Wesentlichen zwei Gruppen zuordnen. Die erste Gruppe wird überwiegend von Briefen gebildet.[54] Davon lässt sich die zweite Gruppe des amtlichen Schriftgutes scheiden, die Quellen aus dem Unterrichtsministerium, der Innsbrucker Statthalterei und der Universität enthält. Zu der zweiten Gruppe lassen sich überdies die in edierter Form vorliegenden Ministerratsprotokolle[55] rechnen. Darüber hinaus wurden gedruckte Quellen wie Zeitungen, Gesetzesblätter und Veröffentlichungen des Ministeriums für Kultus und Unterricht verwendet.

Innerhalb der Privatbriefe bilden die Briefe aus dem Nachlass von Leo Thun die größte Einheit. Der Nachlass aus seiner Ministerzeit umfasst ca. 650 Einzelsignaturen. Durch das Ablegen von mehreren Dokumenten unter einer Signatur kommt man allerdings auf etwa 1000 Einzeldokumente, davon sind etwa zwei Drittel Briefe. Zwar steht nur ein Bruchteil davon in direkter Beziehung zur Reform an der Universität Innsbruck, die gesamte Korrespondenz bietet jedoch einen umfassenden Einblick in Thuns Universitätspolitik. Ergänzt wird der Nachlass durch etwa 150 Autographen Thuns, die im Rahmen des Editionsprojekts der Thun-Korrespondenz aus mehr als 20 verschiedenen Archiven zusammengetragen wurden. Gerade letztere Quellen wurden von der Forschung bisher vernachlässigt.[56] Ergänzt wird die Thun-Korrespondenz durch zahlreiche andere Briefe von unterschiedlichen Personen und Adressaten, die aus verschiedenen Archiven im In- und Aus-

54 Hierzu können auch gedruckte Briefeditionen gerechnet werden.

55 Die Protokolle des österreichischen Ministerrates 1848–1867, Wien 1970–2014.

56 Siehe zur Zusammensetzung des Bestandes der Thun-Korrespondenz sowie zu den Autographen Thuns die Einleitung in der Edition der Thun-Korrespondenz. Diese erscheint voraussichtlich 2019.

land stammen. Diese letztere Gruppe von Briefen verdeutlicht auch das weit verzweigte Netzwerk, das sich Thun aufgebaut hat und das zum Verständnis seiner Amtsführung und Berufungspraxis notwendig ist. Als besonders ergiebig hervorgehoben seien innerhalb dieser Gruppe die Nachlässe von Julius Ficker[57] und Josef Fessler, mit einigen Abstrichen auch jener von Joseph Feil[58]. Letzterer war Ministerialsekretär im Unterrichtsministerium und hatte sich durch seine historischen Forschungen einen guten Ruf innerhalb der Historikerzunft erarbeitet. Vor allem durch seine Tätigkeit als Historiker stand er mit einer Vielzahl von Kollegen im In- und Ausland in Kontakt. Diese Verbindungen nutzte er auch als Ministerialbeamter und fungierte so oft als Vermittler bei der Berufung von Professoren in den historischen Fächern. Einer der ersten Fälle, in denen sich sein Einfluss zeigte, war die Berufung des Historikers Julius Ficker[59], der 1852 nach langen Verhandlungen an die Universität Innsbruck berufen wurde und sich rasch zu einem zentralen Berater Thuns und einem eifrigen Berichterstatter zur Situation an der Innsbrucker Universität entwickelte. Neben den Briefen von Thun und mehreren Konzepten für Briefe an Thun enthält der Nachlass jedoch noch eine ganze Reihe von anderen Briefen, die in direkter Beziehung zu den Reformen der Universität stehen und besonders für Personalfragen wichtige Informationen liefern. Einen weiteren wertvollen Fundus bietet der Nachlass von Josef Fessler[60]. Dieser war seit 1841 Dozent, später Professor für Kirchenrecht und Kirchengeschichte am Seminar in Brixen und wurde 1852 von Thun an die Universität Wien berufen: zunächst als Professor für Kirchengeschichte, ab 1856 als Professor des Kirchenrechts. Im

57 Der Nachlass von Ficker befindet sich im *Institut für Österreichische Geschichtsforschung* in Wien. Den besten Überblick zum Nachlass gibt das Verzeichnis von Karl F. M. von Schabinger Frhr. Schowingen, Julius Ficker's Briefnachlass. Ein Bericht, in: Clemens Bauer (Hg.), Geschichte im Spiegel von Geschichtsschreibung und Geschichtsdeutung, Freiburg im Breisgau 1965, S. 736–748. Ein kleinerer Teil von Fickers Nachlass, der besonders Briefe von seinen nächsten Verwandten sowie persönliche Dokumente enthält, wird im Brennerarchiv in Innsbruck verwahrt.

58 Joseph Feil (Schottenfeld 1811–1862 Wien), Historiker und Verwaltungsjurist, 1851 Ministerialkonzipist im Unterrichtsministerium, an 1854 Ministerialsekretär, Mitglied der Akademie der Wissenschaften.

59 Julius Ficker (Paderborn 1826–1902 Innsbruck), ab 1852 Prof. der Geschichte an der Universität Innsbruck, ab 1863 Prof. für deutsche Reichs- und Rechtsgeschichte an der Universität Innsbruck.

60 Josef Fessler (Lochau 1813–1872 St. Pölten), ab 1841 Dozent des Kirchenrechts und der Kirchengeschichte am Priesterseminar in Brixen, ab 1852 Prof. der Kirchengeschichte an der Universität Wien, ab 1856 Prof. des Kirchenrechts an der Universität Wien, ab 1862 Generalvikar und Weihbischof von Vorarlberg, ab 1864 Bischof von St. Pölten. Zur Biografie Fesslers siehe Anton Erdinger, Dr. Joseph Fessler. Bischof von St. Pölten und Sekretär des vaticanischen Concils. Ein Lebensbild, Brixen 1874.

Jahr 1865 wurde er schließlich zum Bischof von St. Pölten geweiht. In St. Pölten wirkte er bis 1872 und im dortigen Diözesanarchiv liegt auch sein Nachlass.[61] Briefe zwischen Fessler und Thun gibt es zwar nur wenige, jedoch birgt der Nachlass eine Vielzahl von Briefen, die für die Universitätsreform von Interesse sind, denn Fessler stand mit mehreren seiner Freunde und Bekannten aus Tirol in brieflichem Kontakt, die ihn regelmäßig auch über die Vorgänge an der Innsbrucker Universität informierten. Da Fessler offenbar den Ruf besaß, Einfluss bei Leo Thun zu besitzen, wurde er mehrfach mit Anliegen konfrontiert, die die Universität Innsbruck betrafen. Von anderen, teils prominenten Beratern Thuns von der Innsbrucker Universität fehlen indes Nachlässe. Von Karl Ernst Moy de Sons[62], der mehrfach an Thun geschrieben hat und auch sonst umtriebig die Belange der Universität vertreten hat, existiert lediglich ein wissenschaftlicher Nachlass, der in der Universitätsbibliothek von Innsbruck aufbewahrt wird.[63] Auch die Suche nach einem Nachlass von George Phillips[64], der kurz in Innsbruck gewirkt hat, blieb ohne Erfolg. Phillips war nach der Ansicht von Lentze zeitweise einer der einflussreichsten Berater Thuns gewesen. Der Nachlass eines weiteren Beraters, Karl Ernst Jarcke, muss ebenfalls als verloren gelten.[65]

Für die Arbeit wurden auch diverse Briefeditionen verwendet. Vor allen anderen sei auf die Edition der Briefe von Alois Flir[66], Professor für klassi-

61 Der Nachlass wurde bisher wenig, hauptsächlich von Gottfried Mayer verwendet. Vgl. Gottfried Mayer, Österreich als „katholische Großmacht". Ein Traum zwischen Revolution und liberaler Ära (= Studien zur Geschichte der österreichisch-ungarischen Monarchie 24), Wien 1989.

62 Karl Ernst Moy de Sons (München 1799–1867 Innsbruck), ab 1832 Prof. für Natur- und Staatsrecht an der Universität Würzburg, 1837–1847 Prof. für Staatsrecht an der Universität München, ab 1851 Prof. für Kirchenrecht und Deutsche Reichs- und Rechtsgeschichte an der Universität Innsbruck.

63 Über einen privaten Nachlass von Moy gibt es keine Informationen. Einzig Peter Leisching erwähnt einen Nachlass von Moy, den er verwenden durfte, aber dort fanden sich offenbar nur Dokumente, die insbesondere für die Biografie Moys relevant sind, jedoch keine Briefe. Vgl. Peter Leisching, Aus der Zeit des Aufstiegs der österreichischen Kirchenrechtswissenschaft, in: Kurt Ebert (Hg.), Festschrift Nikolaus Grass. Zum 70. Geburtstag dargebracht von Fachkollegen und Freunden, Innsbruck 1986, S. 303–316. Auf mehrfache Anfragen bei den Nachfahren von Karl Ernst Moy de Sons, konnte allerdings nicht einmal mehr dieser Teil des Nachlasses aufgefunden werden.

64 George Phillips (Königsberg 1804–1872 Aigen bei Salzburg), ab 1827 Prof. an der Universität Berlin, 1834 Prof. für Kirchen- und Privatrecht an der Universität München, 1850 Prof. an der Universität Innsbruck, 1851–1860 Prof. für deutsche Reichs- und Rechtsgeschichte an der Universität Wien.

65 Siehe zur Geschichte des Jarcke-Nachlasses Ewald Reinhard, Joseph von Eichendorff und Karl Ernst Jarcke, in: Aurora – Ein romantischer Almanach (1934), S. 88–92.

66 Alois Flir (Landeck 1805–1859 Rom), 1835–1854 Prof. der klassischen Literatur und Ästhetik an der Universität Innsbruck, 1853–1859 Prediger und Rektor der Santa Maria dell'-

sche Philologie und Ästhetik an der Universität Innsbruck bis 1853, verwiesen.[67] Außerdem arbeitete Flir auf Wunsch von Thun für einige Monate als außerordentlicher Mitarbeiter im Ministerium für Kultus und Unterricht. In dieser Funktion verfolgte er die Umsetzung der Reformen an den Universitäten in Wien und Prag und unterstützte den Minister bei der Abfassung des offiziellen Berichts *Die Neugestaltung der österreichischen Universitäten*[68], der als Thuns universitätspolitisches Manifest gelten kann.[69] Den Reformen grundsätzlich zugetan, war Flir doch mit vielen Maßnahmen – etwa mit der ersatzlosen Abschaffung der Studiendirektoren[70] oder der Lernfreiheit – nicht einverstanden[71] und steht damit auch exemplarisch für die vielen Skeptiker der Universitätsreform in den Reihen der Professoren.

Die Verwaltungsquellen bilden die zweite große Gruppe. Diese Quellen stammen mehrheitlich aus dem Universitätsarchiv Innsbruck, dem Tiroler Landesarchiv sowie dem Allgemeinen Verwaltungsarchiv (AVA) des Österreichischen Staatsarchivs. Einen kleinen Bestand bilden die Quellen aus dem Archiv der Universitätsbibliothek Innsbruck. Aus dem Universitätsarchiv wurden besonders die Akten der juridischen und der philosophischen Fakultät sowie die Rektoratsakten verwendet.[72] Diese beiden Aktengruppen sind ohne große Verluste erhalten. Mit Beginn der Reform wurden die

---

Anima in Rom, ab 1858 päpstlicher Hausprälat und Auditor der Sacra Rota Romana.

67 Alois Flir, Briefe aus Innsbruck, Frankfurt und Wien. Geschrieben in den Jahren 1825 bis 1853, Innsbruck 1865; Ludwig Rapp, Alois Flir. Briefe aus Rom. Mit einem kurzem Lebensumriß des Verfassers, Innsbruck 1864. Die Originale der Briefe konnten nicht mehr gefunden werden. Ein Teil von Flirs Nachlass befindet sich im Brennerarchiv. Einige Briefe von Flir an seinen Kollegen Johann Schuler befinden sich in der Bibliothek des *Tiroler Landesmuseums Ferdinandeum*, die teilweise auch in den Editionen enthalten sind. Ein Teil des Nachlasses von Flir befindet sich im Archiv von *Santa Maria dell'Anima* in Rom, wo Flir zuletzt als Rektor wirkte. Die Recherche zeigte jedoch, dass die meisten dort enthaltenen Archivalien sich mit Flirs Tätigkeit bei der Reorganisation der Kirche und des Kollegs von Santa Maria dell'Anima beschäftigten. Ein von Josef Lenzenweger, Sancta Maria de Anima. Erste und zweite Gründung, Wien 1959 mehrfach erwähntes Tagebuch von Flir war zum Zeitpunkt der Recherche im Herbst 2010 nicht mehr auffindbar und der Archivar Johan Ickx konnte nichts über den Verbleib des Tagebuchs berichten. Johan Ickx und Andrea Pagano sei an dieser Stelle herzlich für ihre Hilfe gedankt.

68 Die Neugestaltung der österreichischen Universitäten über Allerhöchsten Befehl dargestellt von dem k.k. Ministerium für Kultus und Unterricht.

69 Zur Urheberschaft siehe bei Lentze, Die Universitätsreform des Ministers Graf Leo Thun-Hohenstein, S. 198–200.

70 Vgl. Rapp, Alois Flir, S. 115.

71 Vgl. auch Kapitel 3.2.4.

72 Zu den Beständen des Archivs siehe Gerhard Oberkofler, Geschichte und Bestände des Universitätsarchivs Innsbruck (= Forschungen zur Innsbrucker Universitätsgeschichte 8), Innsbruck 1970.

Universitäten direkt dem neu geschaffenen Unterrichtsministerium unterstellt und dieses war somit die zentrale Anlaufstelle für alle Anliegen der Universität. Das Archiv des Unterrichtsministeriums im AVA stellt damit einen wichtigen Quellenkorpus dar. Die Bestände des Ministeriums im Allgemeinen Verwaltungsarchiv, Abteilung Ministerium Cultus und Unterricht (MCU) gliedern sich grob in zwei Gruppen. Zunächst sind dies die Akten des Präsidiums: Diese sind chronologisch geordnet und umfassen das gesamte Themenspektrum der Agenden des Ministeriums für Kultus und Unterricht. Daneben gibt es mit der Allgemeinen Reihe eine thematisch geordnete Abteilung, die einerseits über das zeitgenössische Protokollbuch, andererseits über einen modernen Findbehelf zugänglich ist. Die Faszikel 1047–1183 umfassen dabei Quellen zur Universität Innsbruck. Von besonderem Interesse innerhalb der Allgemeinen Reihe sind die Personalakten der Lehrenden sowie Archivalien zur Einrichtung und der Situation von Lehrstühlen und Instituten/Seminaren. Die Bestände des Staatsarchivs ermöglichen es auch, Lücken in der Überlieferung des Universitätsarchivs zu schließen. Dies gilt außerdem im Hinblick auf die Korrespondenz des Ministers, zumal vielfach Konzepte für Antwortschreiben auf Briefe, die sich im Nachlass von Thun überliefert haben, in den Beständen des AVA zu finden sind. Umgekehrt findet sich mancher Brief, den man eigentlich im privaten Nachlass vermuten würde, ebenfalls in den Beständen des MCU im Staatsarchiv. Die Arbeit mit den Beständen des AVA ermöglicht außerdem Einblicke in die Arbeitsweise und das Amtsverständnis Thuns und verwischt gleichzeitig auch die Trennlinie zwischen dessen privatem Nachlass und den amtlichen Papieren.[73]

Die Kommunikation zwischen der Universität und dem Ministerium erfolgte über die Zentralbehörden der Tiroler Landesverwaltung, das Jüngere Gubernium bis 1850 und seither über die Statthalterei von Tirol und Vorarlberg. Ihren Niederschlag fand diese Kommunikation in den Akten des Guberniums bzw. jenen der Statthalterei/Abteilung Studien sowie in den Präsidialakten, die im Tiroler Landesarchiv (TLA) aufbewahrt werden. Die Archivalien aus dem Landesarchiv bieten nicht nur eine weitere Parallelüberlieferung, sie gewähren auch interessante Einblicke in die Universitätspolitik auf Landesebene. Die Arbeit mit den Quellen sowohl der Universität als auch des Ministeriums und der Tiroler Zentralbehörde liefert wertvolle Erkenntnisse zum Beziehungsgeflecht dieser drei Akteure. Das Gubernium bzw. die Statthalterei wurde durch die Einrichtung des Unterrichtsministeriums 1848 gewissermaßen entmachtet, zumal die Universitäten nun direkt dem Ministerium unterstellt wurden. Gleichzeitig blieb das Land für

73 Ausführlich dazu auch in der Einleitung der Korrespondenz von Leo Thun. Erscheint voraussichtlich 2019.

die Finanzierung und die Erhaltung der Infrastruktur der Universitäten zuständig. Da das Land die Universität außerdem als wichtige Bildungseinrichtung und als Prestigeinstitution betrachtete, überrascht es nicht, dass die jeweiligen Statthalter durchaus auch versuchten, eine aktive Rolle in der Universitätspolitik zu behalten bzw. wieder zu erlangen. Dies wird sowohl unter der Statthalterschaft von Cajetan Bissingen (1848–1855) als auch – und hier noch deutlicher – jener von Erzherzog Karl Ludwig (1855–1861) erkennbar. Gerade Letzterer, ein Bruder des Kaisers, versuchte sich durchaus zu profilieren, indem er unter anderem eine rege Universitätspolitik betrieb und sich mehrfach für die Belange der Universität einsetzte. Dabei zeigen sich – auch im Hinblick auf das Verständnis des Neoabsolutismus – aufschlussreiche Mechanismen und das taktische Geschick Thuns, der auch das Verhältnis der beiden Brüder zu nutzen wusste.[74]

Innerhalb der gedruckten Quellen sind besonders verschiedene Tageszeitungen zu erwähnen, wobei besonders das Digitalisierungsprojekt *ANNO der Österreichischen Nationalbibliothek* und die Möglichkeit zur Suche im Volltext die Arbeit enorm erleichterten. Während der *Wiener Zeitung* als offizielle Regierungszeitung bzw. dem *Bothe für Tirol und Vorarlberg* als Amtsblatt für Tirol, vor allem ein allgemeiner Informationswert zukommt, bieten die lokalen Innsbrucker Zeitungen darüber hinaus einen Mehrwert, indem sie teilweise die Situation der Universität kommentierten. Dies gilt besonders für die Jahre 1848 bis 1852. In diesem letztgenannten Jahr musste die liberale *Innsbrucker Zeitung* ihr Erscheinen einstellen. Mit ihr zog sich auch die *Tiroler Zeitung* zurück, die bis dahin als konservatives Gegenstück zur Innsbrucker Zeitung waltete und die im Übrigen vom späteren Innsbrucker Professor Karl Ernst Moy de Sons redigiert wurde.[75] Der Kampf um die Deutungshoheit in der öffentlichen Meinung zwischen diesen beiden Zeitungen erstreckte sich dabei auch auf die Universität und bietet daher wertvolle Einblicke in die Wahrnehmung der Universität als Institution bzw. die Vorstellung von deren Aufgaben im Allgemeinen und in Tirol im Besonderen. In der Folge bieten besonders die *Schützenzeitung* sowie die *Katholischen Blätter aus Tirol* wertvolle Quellen von konservativer Warte aus zur Wahrnehmung der Universität. Daneben trat umgekehrt besonders die liberale *Die Presse* gelegentlich mit Kommentaren zur Innsbrucker Universität hervor.

74 Vgl. hierzu besonders die Frage der Unterrichtssprache in Kapitel 7.2. sowie die Einrichtung der theologischen Fakultät Kapitel 6.

75 Vgl. Lothar Höbelt, Die deutsche Presselandschaft, in: Helmut Rumpler/Peter Urbanitsch (Hgg.), Die Habsburgermonarchie 1848–1918. Politische Öffentlichkeit und Zivilgesellschaft. Teil 2: Die Presse als Faktor der politischen Mobilisierung, Wien 2003, S. 1819–1894, hier S. 1827–1828.

1.3. Die Thun'schen Reformen in der Forschung

1.3.1. Forschungen zu den Thun'schen Reformen an der Universität Innsbruck

Die erste umfangreiche Darstellung der Geschichte der Universität Innsbruck stammt von Ignaz De Luca[76], Professor der Statistik an der philosophischen Fakultät der Universität Innsbruck von 1780 bis 1784.[77] Der Arbeit kommt zwar als Quelle großer Wert zu, da sie systematisch und umfangreich Fakten zur Geschichte der Universität, insbesondere aber zur Situation der Universität in den 1780er-Jahren liefert.[78] Da das Werk jedoch schon 1782 erschienen ist, dient es für die vorliegende Arbeit lediglich als Quelle für die Vorgeschichte der Reform.

Anders ist dies bei der Darstellung der Universität von Jakob Probst[79], welche sich der Geschichte der Universität von ihrer Gründung 1669 bis in die 1860er-Jahre widmet und damit auch die Reformen unter Thun behandelt. Jakob Probst (1791–1870) hatte selbst an der Universität Innsbruck Theologie studiert. Nach seiner Priesterweihe lehrte er zunächst als Supplent an der Universität Innsbruck, mit der Aufhebung der Universität wurde er an das Seminar in Brixen versetzt und wechselte schließlich 1832 als Professor an die Universität Graz. Von 1837 an wirkte er als Gubernialrat in Innsbruck und war dort zuständig für das gesamte Schul- und Studienwesen und konnte so die Umsetzung der Reformen aus nächster Nähe verfolgen. Probst war außerdem Zensor. Nach seiner Versetzung in den Ruhestand 1856 widmete er sich Forschungen zur Geschichte des Bildungswesens in

76 Ignaz de Luca (Wien 1746–1799 Wien), Jurist und politischer Schriftsteller, 1780–1784 Professor der Statistik an der Universität Innsbruck, 1795 Professor der allgemeinen europäischen und österreichischen Staatskunde in Wien. Die Schreibweise von de Lucas Vornamen variiert zwischen Ignaz/Ignatz. Im Text wurde hier auf die vom ÖBL verwendete Schreibweise Ignaz zurückgegriffen, in den Zitaten und bibliografischen Angaben die Schreibweise der Quelle beibehalten.

77 Ignatz de Luca, Versuch einer akademischen gelehrten Geschichte von der Kaiserl. Königl. Leopoldinischen Universität zu Insbruck (= Journal der Literatur und Statistik 1), Innsbruck 1782.

78 Vgl. auch Universitätsarchiv Innsbruck, Caesarea Archiducalis Universitas Oenipontana. Archivalische Miniaturen zur Geschichte der Universität Innsbruck (1669–1800), Innsbruck 1990.

79 Jacob Probst, Geschichte der Universität Innsbruck seit ihrer Entstehung bis zum Jahre 1860, Innsbruck 1869. Die Schreibweise von Probsts Vorname variiert stark – auch in seinen eigenen Werken. Hier wird im Text die Schreibeweise Jakob (wie vom ÖBL benutzt) gebraucht, in Zitaten und bibliografischen Angaben die Schreibweise der Quelle beibehalten.

Tirol[80] und verfasste unter anderem die besagte Geschichte der Universität.[81] Der Rechtshistoriker Nikolaus Grass schreibt über das Buch:

> Probst Werk ist erfüllt von der Liebe zur vaterländischen Hochschule, an der der Verfasser seine wissenschaftliche Ausbildung genossen, an der er sein erstes akademisches Lehramt bekleidet und die er dann in seiner Stellung als Studienreferent durch rund zwei Jahrzehnte zu betreuen hatte.[82]

Diese Liebe zur Universität war gepaart mit einer Hochachtung vor der österreichischen Bildungstradition. So überrascht es nicht, dass Probst gleich zu Beginn des Abschnitts über die Reformphase nach 1848 bedauernd darauf hinweist, dass die Revolution abrupt mit dieser Tradition gebrochen hatte („tabula rasa"[83]) und „statt der spezifisch österreichischen Bildung eine allgemeine nach dem Muster der deutschen Universitäten anstrebte"[84]. Für Probst waren die Reformen eine Frucht der Revolution, die meisten Maßnahmen unausgegoren und auch bei Vollendung seines Werkes 1869 noch nicht abgeschlossen und daher letztlich den Studienbetrieb lähmend.[85] Besonders die Abschaffung der philosophischen Kurse und damit die Möglichkeit zur „Erlernung der jedem gebildeten Mann zustehenden Kenntnisse"[86] schmerzte Probst offenbar. Neben all dieser Kritik scheint er allerdings den Reformen nicht vollkommen abgeneigt gewesen zu sein. So fand Probst eben auch, dass die Reform die Universität wieder etwas näher an den „ursprünglichen Zustand" zurückgeführt hatte und meinte damit wohl die Wiederherstellung der akademischen Selbstverwaltung. Gerade die zeitliche Nähe zur Ära Thun macht das Werk zu einer hervorragenden Quelle zur Umsetzung der Reformen und zur Wahrnehmung derselben durch einen Zeitgenossen. Nicht zuletzt der mehrfache Hinweis auf das deutsche Vorbild verdeutlicht die vielfach auch in anderen Quellen geäußerte Sorge vor dem Verlust der eigenen, österreichischen Bildungstradition.[87] Weitgehend auf Probst

80 Jakob Probst, Beiträge zur Geschichte der Gymnasien in Tirol, in: Zeitschrift des Ferdinandeums für Tirol und Vorarlberg (1858), S. 1–168.

81 Zur Biografie Probst siehe Nikolaus Grass, Österreichische Historiker-Biographien. Beiträge zur Geschichte der historischen Forschung in Österreich, Innsbruck 1957.

82 Grass, Österreichische Historiker-Biographien, S. 77.

83 Probst, Geschichte der Universität Innsbruck seit ihrer Entstehung bis zum Jahre 1860, S. 341.

84 Probst, Geschichte der Universität Innsbruck seit ihrer Entstehung bis zum Jahre 1860, S. 341.

85 Vgl. Probst, Geschichte der Universität Innsbruck seit ihrer Entstehung bis zum Jahre 1860, S. 361.

86 Probst, Geschichte der Universität Innsbruck seit ihrer Entstehung bis zum Jahre 1860, S. 346.

87 Vgl. auch Kapitel 1.3.2.

aufbauend verfasste der Jurist Alfred Wretschko (1869–1941) anlässlich des in Innsbruck zusammenkommenden *Deutschen Juristentags* 1904 ein Bändchen zur Geschichte der juridischen Fakultät.[88] Obschon im Vergleich zu Probst keine neuen Erkenntnisse zu finden sind, so zeigt sich doch ein grundsätzlicher Stimmungswandel an der Universität. Während Probst als treuer Josephiner noch vor dem Verlust der österreichischen Bildungstradition warnte, verkündete Wretschko feierlich:

> Seinem [Thuns, C.A.] Walten [...] verdanken wir es, daß wir österreichische Forscher trotz der bestehenden staatlichen Grenzscheide uns mit den Fachgenossen im deutschen Reiche als wissenschaftliche Arbeiter eins fühlen, daß wir mit ihnen ein gemeinsames Ziel vor Augen haben dürfen, in gemeinsamer Arbeit einzutreten für das Erblühen und die Macht der deutschen Wissenschaft.[89]

Wretschko hatte außerdem die Ordnung und Inventarisierung des Universitätsarchivs angestoßen und sogar Sondermittel aus dem Ministerium hierzu akquiriert, was aber letztlich ohne bleibenden Erfolg geblieben war.[90]

Nach Probst dauerte es fast ein Jahrhundert, bis wieder ein verstärktes Interesse an der Geschichte der Leopold-Franzens-Universität (LFU) einsetzte, das aber bis heute andauert und eine Reihe von Veröffentlichungen zur Folge hatte. Impuls für das neu erwachte Interesse war die tatsächliche Ordnung des Archivs der Universität unter Franz Huter[91] (1899–1997) seit Beginn der 1950er-Jahre, die erst eine eingehende und quellenbasierte Forschung zur Geschichte der Universität erlaubte.[92] Huter selbst hat in der Folge auch einige Arbeiten zur Geschichte der Universität vorgelegt, darunter eine Geschichte der medizinischen Fakultät[93], oder – für die aktuelle Arbeit von Interesse – einen Aufsatz zur befürchteten Auflösung der Inns-

88 Alfred Wretschko, Die Geschichte der juristischen Fakultät an der Universität Innsbruck 1671–1904, Innsbruck 1904.

89 Wretschko, Die Geschichte der juristischen Fakultät an der Universität Innsbruck 1671–1904, S. 40.

90 Siehe dazu bei Oberkofler, Geschichte und Bestände des Universitätsarchivs Innsbruck, S. 22–25.

91 Zu Franz Huter siehe Gerhard Oberkofler, Franz Huter (1899–1997). Soldat und Historiker Tirols, Innsbruck, Wien 1999; Michael Wedekind, Franz Huter (1899–1997). „Verfügen sie über mich, wann immer sie im Kampfe um die Heimat im Gedränge sind", in: Karel Hruza (Hg.), Österreichische Historiker. Lebensläufe und Karrieren 1900–1945, Wien, Köln, Weimar 2012, S. 591–614.

92 Vgl. zur Geschichte des Universitätsarchivs bei Oberkofler, Geschichte und Bestände des Universitätsarchivs Innsbruck, S. 7–26.

93 Huter, Hundert Jahre Medizinische Fakultät Innsbruck 1869 bis 1969.

brucker Universität im Jahr 1848.[94] Als Leiter des Universitätsarchivs (seit 1950) hat er indes zahlreiche Forschungen zur Geschichte der Universität angeregt. Darunter besonders die Edition der Matrikel der Universität, ein Projekt, das bis in die Gegenwart reicht.[95] Mit der Etablierung des Universitätsarchivs folgten dann zahlreiche weitere Darstellungen zur Geschichte der Universität. Zunächst war es Gerhard Oberkofler[96], der seit dem Ende der 1960er-Jahre bis heute mit einer Fülle von Werken über die Geschichte der Universität in unterschiedlichen Aspekten nicht ohne Widerspruch und Kritik geblieben ist – dies allerdings auch für seine engagierte Geschichtsschreibung und seine klare Positionierung als Historiker. Für die vorliegende Arbeit waren besonders seine Arbeiten zur Geschichte einzelner Disziplinen von großem Nutzen.[97] Gemeinsam mit Peter Goller, der ihn 2002 als Leiter des Universitätsarchivs ablöste, verfasste Oberkofler auch eine Geschichte der Universität bis zum Jahr 1945[98], die als unverzichtbares Überblickswerk zur Geschichte der Universität angesehen werden kann. Die Autoren zeichnen darin die Meilensteine der Geschichte der Universität mit ihren vielfältigen Beziehungen zur Gesellschaft, aber auch die Geschichte der Studentenschaft und die Entwicklung einzelner Disziplinen nach. Peter Goller hat daneben (vielfach auch gemeinsam mit Oberkofler) zahlreiche Arbeiten zu einzelnen Aspekten der Universitätsgeschichte bearbeitet, die auch die Zeit der Thun'schen Reformen betreffen. Hervorzuheben sind dabei seine Arbeit zur Geschichte der Philosophie[99] und der Rechtsphilosophie[100] an der Universität Innsbruck sowie seine Arbeiten zur Theologischen Fakultät. Besonders

94 Franz Huter, Salzburg oder Innsbruck? Ein Gerücht von der Verlegung der Universität aus der Inn- in die Salzachstadt, in: Tiroler Heimat (1969), S. 33–51.

95 Ein Überblick über die bisher erschienenen Bände findet sich auf der Website des Universitätsarchivs, [http://www.uibk.ac.at/universitaetsarchiv/literatur/], 05.09.2014.

96 Zu Gerhard Oberkoflers Werk siehe Hans Mikosch/Anja Oberkofler, Gegen üble Tradition, für revolutionär Neues. Festschrift für Gerhard Oberkofler, Innsbruck, Wien 2012, S. 247–268.

97 Vgl. besonders Gerhard Oberkofler, Die geschichtlichen Fächer an der philosophischen Fakultät der Universität Innsbruck 1850–1945 (= Forschungen zur Innsbrucker Universitätsgeschichte 6), Innsbruck 1969.

98 Gerhard Oberkofler/Peter Goller, Geschichte der Universität Innsbruck (1669–1945) (= Schriftenreihe des Ludwig-Boltzmann-Instituts für Internationale Kultur- und Wirtschaftsbeziehungen. Rechts- und sozialwissenschaftliche Reihe 14), Frankfurt a.M., Berlin, Bern, New York, Paris, Wien 1996.

99 Peter Goller, Die Lehrkanzeln für Philosophie an der Philosophischen Fakultät der Universität Innsbruck (= Forschungen zur Innsbrucker Universitätsgeschichte 14), Innsbruck 1989.

100 Peter Goller, Naturrecht, Rechtsphilosophie oder Rechtstheorie? Zur Geschichte der Rechtsphilosophie an Österreichs Universitäten (1848–1945), Frankfurt a.M., Berlin, Bern, New York, Paris, Wien 1997.

herauszustreichen, wenngleich nicht für vorliegendes Thema von Interesse, sind Gollers Arbeiten zur Universität während der Zeit des Nationalsozialismus und die vielfachen Kontinuitäten desselben in der Zeit nach 1945.[101]

Neben den Genannten muss auch der Rechtshistoriker Nikolaus Grass (1913–1999)[102] erwähnt werden, der vor allem mit Arbeiten zur Geschichte der Historiografie[103] und einigen Biografien Innsbrucker Professoren hervorgetreten ist, darunter Arbeiten zu Alois Flir, Rudolf Kink und Jakob Probst[104], dem Historiker Albert Jäger[105] oder dem Juristen und Thun-Vertrauten Karl Ernst Moy de Sons[106]. Gerade die Biografien der Tiroler Historiker entbehren dabei allerdings nicht einer gewissen patriotischen Note. Aufschlussreich sind daneben die Briefe und privaten Dokumente Grass'[107], wenn dort die Firnberg'schen Universitätsreformen der 1970er-Jahre nicht als Demokratisierung und Öffnung der Universitäten, sondern vielmehr als ein Bruch mit dem Erbe aus der Ära Thuns geschildert werden.

Besonders die Geschichte der theologischen Fakultät wurde mehrfach, meist von Mitgliedern derselben bearbeitet. Für die vorliegende Arbeit sind dabei insbesondere Werke von Hugo Rahner SJ[108] und Emmerich Coreth SJ[109] zu nennen, die sich besonders mit der Gründungsgeschichte bzw. den gewährten Privilegien für den Orden und dessen Leistungen an der Fakultät interessieren.

Diverse Jubiläen der Universität waren mehrfach Anlass für Forschungen zur Geschichte der Universität. Im Jahr 1899 erschien – wenngleich nicht zu einem universitären Jubiläum, sondern zur fünfzigsten Wiederkehr

101 Zuletzt Peter Goller/Georg Tidl, „Jubel ohne Ende …!". Die Universität Innsbruck im März 1938. Zur Nazifizierung der Tiroler Landesuniversität, Wien 2012.

102 Vgl. zu Grass Gerhard Oberkofler, Nikolaus Grass. Einige wissenschaftshistorische Miniaturen aus Briefen und seine Korrespondenz mit dem Prager Juden Guido Kisch, Innsbruck, Wien, Bozen 2008. Zum Verhältnis von Grass und Huter in Oberkofler, Franz Huter (1899–1997), S. 129–131.

103 Eine Bibliographie von Grass' Werken findet sich in Louis Carlen/Fritz Steinegger (Hgg.), Festschrift Nikolaus Grass. Zum 60. Geburtstag dargebracht von Fachgenossen, Freunden und Schülern, Innsbruck, München 1975.

104 Grass, Österreichische Historiker-Biographien.

105 Nikolaus Grass, Albert Jäger, in: Südtiroler Kulturinstitut (Hg.), Stifte und Klöster. Entwicklung und Bedeutung im Kulturleben Südtirols, Bozen 1962, S. 317–329.

106 Nikolaus Grass, Moy de Sons, Kraft Karl Ernst Frhr. v., in: Neue Deutsche Biographie, Berlin 1997, S. 237–238.

107 Siehe Oberkofler, Nikolaus Grass.

108 Hugo Rahner, Die Geschichte eines Jahrhunderts. Zum Jubiläum der Theologischen Fakultät der Universität Innsbruck 1857–1957, in: Hundert Jahre Theologische Fakultät Innsbruck 1857–1957 (= Zeitschrift für Katholische Theologie 80,1/1958), S. 1–65.

109 Emmerich S. J. Coreth, Das Jesuitenkolleg in Innsbruck. Grundzüge seiner Geschichte (= Sonderdruck aus Zeitschrift für Katholische Theologie 113), Salzburg 1991.

der Thronbesteigung von Kaiser Franz Joseph – ein prachtvoller Band zur Geschichte der Universität.[110] Der 50-jährige Abstand zu den Reformen gewährt dabei – im Gegensatz zu Probst – einen distanzierteren Blick auf das Reformwerk, das damals bereits voll gegriffen hatte und den wissenschaftlichen Aufschwung der Universität in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts mitbestimmt hatte. Die Thun'schen Reformen – hier freilich als die Taten des Kaisers gefeiert – werden dabei ganz klar als der Ausgangspunkt dieses Aufschwungs benannt. Der zweite, umfangreiche statistische Teil liefert wertvolle Informationen zu Studentenzahlen, Stipendien, Professoren und Preisfragen der verschiedenen Fakultäten.

Zum dreihundertjährigen Jubiläum der Universität gab die Österreichische Hochschülerschaft im Jahr 1970 einen reich bebilderten Band heraus, der sich indes an ein breiteres Publikum wandte.[111] Vor allem das zahlreiche Bildmaterial und die breitgefächerte Darstellung – von der Baugeschichte über Bibliotheken, Studenten und Studentinnen, Fächer und das universitäre Leben – machen das Werk zu einer kurzweiligen Lektüre. Gleichzeitig spiegelt die Arbeit auch die zeitgenössische Perspektive der anbrechenden Ära Firnberg und die sich ankündigenden Debatten um Funktion und Aufgabe der Universitäten wider.[112] Zu erwähnen sind außerdem mehrere kleinere Arbeiten zu Jubiläen einzelner Institute und damit teilweise nicht von Fachhistorikern verfasste Beiträge, die allerdings bezeugen, dass gerade (aber nicht nur) in den Geisteswissenschaften die Kenntnis der eigenen Fachgeschichte einen wichtigen Platz einnimmt und zur Selbstbestimmung der eigenen Position dient.[113] Gerade für diese Textsorte muss jedoch der Hinweis

110 Akademischer Senat (Hg.), Die Leopold-Franzens-Universität zu Innsbruck in den Jahren 1848–1898. Festschrift aus Anlass des 50-jährigen Regierungsjubiläums Sr. Majestät des Kaisers Franz Joseph I., Innsbruck 1899. Die Universität Wien hatte damals einen ähnlichen Jubiläumsband herausgegeben, der ob der längeren Geschichte der Universität deutlich umfangreicher ausgefallen ist, als jener der Innsbrucker Universität, was dieselbe allerdings mit einem Mehr an Pracht wettmachte.

111 Österreichische Hochschülerschaft an der Universität Innsbruck (Hg.), 300 Jahre Universitas Oenipontana. Die Leopold-Franzens-Universität zu Innsbruck und ihre Studenten, Innsbruck 1970.

112 Etwas irritierend ist indes die mehrfache Bezeichnung der Universität als ‚Alpenuniversität', ein Begriff, der besonders durch die Umbenennung der Universität während des Nationalsozialismus in ‚Deutsche Alpenuniversität' eigentlich recht deutlich besetzt war.

113 Siehe etwa Sigurd Paul Scheichl, 150 Jahre Germanistik in Innsbruck. Streiflichter zu Geschichte und Gegenwart des Instituts für Germanistik, Innsbruck 2009; Robert Muth (Hg.), Acta Philologica Aenipontana, Bd. 1, Innsbruck 1962; Heinz Janetschek, Aus der Geschichte der Zoologie in Innsbruck, in: Verhandlungen der Deutschen Zoologischen Gesellschaft in Innsbruck, Leipzig 1968, S. 56–65; Reinhold Bichler, 100 Jahre Alte Geschichte in Innsbruck. Franz Hampl zum 75. Geburtstag (= Forschungen zur Innsbrucker Universitätsgeschichte 13), Innsbruck 1985.

von Sylvia Paletschek beachtet werden: „Der wissenschaftliche Produktionskontext Universitätsjubiläum legt eher eine monumentale denn eine kritische Geschichtsbetrachtung, eher eine Erfolgs- als eine Verlustgeschichte nahe."[114] In diesem Sinn böte allein auch schon die kritische und spezifische Betrachtung von solchen Jubiläumsschriften eine lohnende Aufgabe.

Zur Geschichte der Studenten und Studentinnen an der Universität müssen besonders die Arbeiten von Michael Gehler[115] und Andreas Bösche[116] genannt werden. Beide Arbeiten fokussieren auf das 19. Jahrhundert. Dabei zeigt sich jedoch auch das, was schon Zeitgenossen im Hinblick auf die Studenten nach der Revolution von 1848 konstatiert hatten, nämlich eine „geistige Erschlaffung, welche in den ersten Reaktionsjahren unbestreitbar über die akademische Jugend Deutschlands gekommen war. An die Stelle freien wissenschaftlichen Eifers war ein ängstliches Hängen am reinen Brodstudium getreten."[117] Dies gilt auch für Innsbruck: Während im Vormärz das Ausbrechen aus der obrigkeitlichen Unterdrückung mehrfach zu kleineren und größeren Skandalen geführt hatte und die Zeit nach 1859 durch die Etablierung zahlreicher Studentenverbindungen geprägt war, blieben die Studenten während des Neoabsolutismus' merklich blass. Daher fehlen für diese Phase auch gute Quellen zur Geschichte der Studentenschaft und so behandeln auch Gehler und Bösche diese Phase nur am Rande. Für die Sozialgeschichte der Studierenden bzw. für Daten zur Entwicklung der Studierendenzahlen sei indes auf die Matrikeln der Universität Innsbruck verwiesen.[118]

Neben einigen Qualifikationsarbeiten[119] müssen für die jüngste Vergangenheit besonders zwei Werke erwähnt werden. Zunächst ist dies die Arbeit von Heinz Huber über die Geschichte der medizinischen Fakultät und der medizinisch-chirurgischen Studienanstalt[120] von 1673 bis zum Anschluss

114 Paletschek, Stand und Perspektiven der neueren Universitätsgeschichte, S. 180.

115 Michael Gehler, Entstehungs-, Organisations- und Wirkungsgeschichte österreichischer Studentenvereine unter besonderer Berücksichtigung des Vormärz (1815–1848), in: Jahrbuch der Hambach-Gesellschaft (1992/93), S. 37–67; siehe auch Michael Gehler, Studenten und Politik. Der Kampf um die Vorherrschaft an der Universität Innsbruck 1918–1938 (= Innsbrucker Forschungen zur Zeitgeschichte 6), Innsbruck 1990.

116 Andreas Bösche, Zwischen Kaiser Franz Joseph I. und Schönerer. Die Innsbrucker Universität und ihre Studentenverbindungen 1859–1918, Innsbruck 2008.

117 Heinrich Marquardsen, Universitäten, in: Johann-Caspar Bluntschli/Carl Brater (Hgg.), Deutsches Staats-Wörterbuch. In Verbindung mit deutschen Gelehrten, Stuttgart, Leipzig 1867, S. 677–728, hier S. 695.

118 Ein Überblick über die bisher erschienenen Bände findet sich auf der Website des Universitätsarchivs, [http://www.uibk.ac.at/universitaetsarchiv/literatur/], 23.10.2014.

119 Eine Liste findet sich auf der Website des Universitätsarchivs, [http://www.uibk.ac.at/universitaetsarchiv/literatur/], 23.10.2014.

120 Huber, Geschichte der Medizinischen Fakultät Innsbruck und der medizinisch-chirurgi-

1938. Das medizinisch-chirurgische Studium, das bis zur Gründung der medizinischen Fakultät im Jahr 1869 bestand, war nicht eigentlicher Teil der Universität. Da die Thun'schen Reformen überdies das medizinisch-chirurgische Studium nur am Rande berührten, wurde in der vorliegenden Dissertation dieses nicht miteinbezogen. In diesem Sinne kann das Werk von Huber diese Lücke teilweise kompensieren. Hubers Zugang zu dem Thema ist vorwiegend institutionsgeschichtlich angelegt, indem er die Geschichte der Fakultät sowohl mit den Entwicklungen der Medizin, aber auch im Hinblick auf die Ansprüche des Staates an dieselbe in Beziehung setzt. Zumal die Arbeit ausschließlich anhand von Sekundärliteratur erarbeitet worden ist, bietet sie allerdings in vielerlei Hinsicht wenig neue Erkenntnisse zu ihren Vorgängern. Ganz im Gegensatz zur Dissertation von Marina Hilber,[121] die mit neuen medizingeschichtlichen Ansätzen und der Arbeit mit Quellen zeigt, dass es gerade in der Medizingeschichte und zur Geschichte der medizinischen Fakultät noch viel unerforschtes Gebiet gibt. Dies betrifft im Übrigen nicht nur die Geschichte der medizinischen Fakultät, sondern – trotz der bisherigen Forschungen – auch andere Bereiche der Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte in Innsbruck. Für das 19. Jahrhundert gilt dies besonders für die Geschichte der Naturwissenschaften, bei denen anders als in den geisteswissenschaftlichen Fächern die eigene Fachhistorie meist weniger reflektiert wird und daher eine eigene wissenschaftshistorische Forschung notwendig ist. Dabei verdeutlichen gerade aktuelle Forschungen zur Ideologieproduktion der Naturwissenschaften in der Habsburgermonarchie[122] oder zur materiellen Kultur der Wissenschaften[123] enormes Erkenntnispotential. Ein anderes Untersuchungsfeld, das in der internationalen Forschung[124] derzeit stark verfolgt wird, sind universitäre Sammlungen, ein Feld, das – abgesehen von der anatomischen Sammlung der medizinischen

schen Studienanstalt.

121 Marina Hilber, Institutionalisierte Geburt. Eine Mikrogeschichte des Gebärhauses (= Histoire 33), Bielefeld 2012.

122 Vgl. etwa Deborah R. Coen, Climate and Circulation in Imperial Austria, in: The Journal of Modern History 82 (2010), S. 839–875, Ash et al., The Nationalization of Scientific Knowledge in Nineteenth-Century Central Europe.

123 Vgl. etwa Marianne Klemun, Introduction: 'Moved' Natural Objects – 'Spaces in Between', in: HOST. Journal of History of Science and Technology 5 (2012), S. 1–7; Marianne Klemun/Ana Carneiro (Hgg.), Seeing and Measuring, Constructing and Judging: Instruments in the History of the Earth Sciences (= Centaurus, Special Issue 53/2) 2011. Siehe dazu auch die Forschungen vom Max-Planck-Institut für Wissenschaftsgeschichte in Berlin, Abteilung Artefacts, Action, and Knowledge, [http://www.mpiwg-berlin.mpg.de/de/forschung/projects/departmentSchaefer], 23.09.2014.

124 Vgl. dazu etwa die Aktivitäten von *Universeum – European Academic Heritage Network*, bzw. *UMAC – University Museums and Collections*.

Universität und der Abgusssammlung antiker Skulpturen[125] – weitgehend vernachlässigt wurde.

1.3.2 Die Historiografie zu den Thun'schen Reformen mit besonderer Beachtung der Rezeption der Person Leo Thun-Hohenstein

„Die Universitätsreform des Grafen Thun trägt ein Janusgesicht."[126] Dieses knappe und noch heute gültige Urteil von Hans Lentze, der in den 1960er-Jahren wegweisende Werke zur Thun'schen Reform vorgelegt hat, fasst ein Jahrhundert Forschung und unzählige Versuche zusammen, die Person Thuns und die Bedeutung seiner Reformen zu bewerten.

Auf der einen Seite verknüpfen wir heute mit dem Namen des Ministers die liberalen Universitätsreformen nach preußischem Vorbild, auf der anderen Seite verband Thun mit der Universitätsreform den Plan einer konservativen geistigen Erneuerung auf katholischer Grundlage. Damit sind im Wesentlichen auch der heutige Forschungsstand und das Bild von Thun skizziert, die seit Lentze keine wesentlichen Änderungen, sondern lediglich unterschiedliche Schattierungen erfahren haben.

Bis dahin wurden die Reformen und damit verbunden Thun selbst unterschiedlichst bewertet. Lentze bezieht sich in seinem Urteil vorwiegend auf die Universitätsreform des Ministers. Die Geschichtsschreibung vor Lentze hatte allerdings regelmäßig Auffassungen zu Thuns Hochschulreformen mit Aussagen zu seinem übrigen politischen Wirken und Thuns Charakter vermischt, bzw. davon abhängig gemacht – in positiver wie in negativer Hinsicht.

Innerhalb eines breiten Spektrums waren daher die unterschiedlichsten Meinungen möglich. Der langjährige führende Mitarbeiter des Ministers, Joseph Alexander Freiherr von Helfert[127], nannte Thun in einem Nachruf eine „makellose Persönlichkeit" und einen Mann der „alles nur aus lautersten Mo-

125 Siehe Florian M. Müller, Das Archäologische Museum der Universität Innsbruck – Sammlung von Abgüssen und Originalen der Universität Innsbruck: Forschen – Lehren – Vermitteln, in: Florian M. Müller (Hg.), Archäologische Universitätsmuseen und -sammlungen im Spannungsfeld von Forschung, Lehre und Öffentlichkeit, Wien 2013, S. 289–324.

126 Hans Lentze, Graf Thun und die voraussetzungslose Wissenschaft, in: Helmut J. Mezler-Andelberg (Hg.), Festschrift Karl Eder zum siebzigsten Geburtstag, Innsbruck 1959, S. 197–209.

127 Joseph Alexander Helfert (Prag 1820–1910 Wien), 1848–1860 Unterstaatssekretär im Unterrichtsministerium, ab 1881 Mitglied des Herrenhauses, 1859–1868 Präsident des *Alterthums-Vereins*, 1863–1910 Präsident der *Central-Commission zur Erforschung und Erhaltung der Baudenkmale*, 1892–1910 Präsident der *Leo-Gesellschaft*.

tiven thut"[128]. Die liberale Tageszeitung *Die Presse* beurteilte den Minister in einem Nachruf hingegen kritischer und schrieb, Thun sei einer „der merkwürdigsten, eigenartigsten Charakterköpfe unserer Zeit"[129] gewesen, in dem sich strenge Gläubigkeit und „stupende Gelehrsamkeit"[130] miteinander vereinigt hatten. Aus der Sicht Walter Rogges[131], einer der schärfsten Kritiker Thuns, war Thun lediglich der Handlanger einer „blaublütigen Jesuitenclique"[132], der weder „staatsmännische Ideen" noch Fähigkeiten besaß. Die zitierten Passagen bilden die beiden Pole, innerhalb derer sich die Bewertung von Thun im 19. Jahrhundert bewegte und an denen sich die Geschichtsschreibung in den folgenden Jahrzehnten orientierte. Dabei kam es stets auch zu einer Vermischung von Bewertungen der Universitätsreformen mit Beurteilungen seines Charakters: Das eine ist vielfach vom anderen abhängig bzw. beeinflusst und manchmal lässt sich beides nicht voneinander trennen.

1.3.2.1 Urteile von Zeitgenossen

Der Präsident des Reichsrates Karl Friedrich Kübeck von Kübau[133] beschrieb Thun noch während dessen Amtszeit in seinem Tagebuch als „völlig unklaren Kopf"[134]. Ähnlich sah es Viktor Andrian-Werburg, der mit Thun regelmäßig um Ämter in der Hofkammer konkurrierte, als beide dort dienten, wenn er Thun als Mann von „mystisch-confusem Wesen"[135] bezeichnete. Schon 1846, nachdem Thuns Beförderung als Gubernialrat nach Galizien bekannt geworden war, bezeichnete er ihn als „eine secundaire Intelligenz mit bloß provinciellen und noch dazu undeutschen Tendenzen."[136] Jahre später, nachdem Thun bereits als Unterrichtsminister mit der Umsetzung der Reformen be-

128 Joseph Alexander Freiherr von Helfert, Graf Leo Thun +, in: Das Vaterland, 29 (19.12.1888), S. 1–2, hier S. 1. Bezugnehmend auf eine Aussage von Franz Exner.

129 o. Autor, Leo Thun +, in: Neue Freie Presse, Morgenblatt (18. 12. 1888), S. 1–2.

130 Ebenda.

131 Walter Rogge (Elbing 1822–1892 Halle a.d. Saale), Journalist und Historiker, besonders in der liberalen Ära mit großer Reichweite.

132 Walter Rogge, Österreich von Vilàgos bis zur Gegenwart, Bd. 1. Das Dezennium des Neoabsolutismus, Leipzig, Wien 1872, S. 400.

133 Karl Friedrich Kübeck von Kübau (Iglau 1780–1855 Wien), Staatsmann, seit 1848 Berater von Kaiser Franz Joseph, erster Präsident des Reichsrates.

134 Friedrich Walter (Hg.), Aus dem Nachlass des Freiherrn Carl Friedrich von Kübeck von Kübau. Tagebücher, Briefe, Aktenstücke (1841–1855) (= Veröffentlichungen der Kommission für Neuere Geschichte Österreichs 45), Graz 1960, S. 85.

135 Viktor Franz Freiherr von Andrian-Werburg, Österreich wird meine Stimme erkennen lernen wie die Stimme Gottes in der Wüste. Tagebücher 1839–1858, 3 Bände, hg. von Franz Adlgasser, Bd. I, Wien, Köln, Weimar 2011, S. 670 (Eintrag vom 18.03.1847).

136 Ebenda, Bd. I, S. 603 (Eintrag vom 20.07.1846).

gonnen hatte, gestand Andrian-Werburg aber ein, dass das akademische Studienleben „gegen meine Studienzeit ein ganz anderes und entschieden besseres [geworden war, C.A.]. Auf diesem Felde wenigstens ist seit 1849 Vieles und Gutes geleistet worden, und gerade dieses Feld ist ohne allen Zweifel das wichtigste."[137] Um allerdings sofort einzuschränken: „Thun hat einen großen Fehler, ein katholischer mystischer unklarer Schwärmer zu seyn, daher Abneigung gegen Alles protestantische und manchmal schwankende Richtung, ihn dominirt die ultramontane Partey Rauscher, Philipps, Hurter etc."[138]

Nur zwei Jahre nach der Entlassung Thuns aus dem Unterrichtsministerium und am Beginn der liberalen Ära machte Eduard Herbst[139], liberaler Abgeordneter im Reichsrat, anlässlich der Debatten des Finanzausschusses 1862 seinem Unmut über die Thun'schen Studienreformen Luft.[140] In seiner Wortmeldung machte er Thun mit seinen schwankenden Haltungen für die angeblich herrschende Misere der Universitäten verantwortlich. Thun, so Herbst weiter, habe das Bildungssystem germanisiert, zentralisiert und mehr als alles andere die Universitäten bürokratisiert und durch ständig neue Erlässe gelähmt. Das Schwanken zwischen Extremen sei typisch gewesen für sein Ministerium und habe die Jugend nachhaltig geschädigt.[141] Deutlich sagte er jedoch auch – und dies ist für das harte Urteil wohl mitverantwortlich –, dass er die von Thun verweigerte Versetzung von Prag an die Wiener Universität als persönliche Kränkung empfunden hatte.[142] Thun hatte Herbst nicht berufen, da der Minister keinen weiteren Vertreter des Naturrechts in Wien haben wollte.[143]

Joseph Winter sah in Thun unterdessen nicht den Germanisator wie Herbst, sondern vielmehr habe dessen „Liebäugelei mit den Slawen"[144] die

137 Ebenda, Bd. III, S. 150 (Eintrag vom 9.12.1854).

138 Ebenda.

139 Eduard Herbst (Wien 1820–1892 Wien), Jurist und Politiker, ab 1847 Professor an der Universität Lemberg, ab 1858 an der Karls-Universität Prag, ab 1861 Mitglied des böhmischen Landtags und des österreichischen Reichsrats, 1867–1870 Justizminister.

140 Vgl. Johann Friedrich Schulte, Herbst, Eduard, in: Allgemeine Deutsche Biographie, Leipzig 1905, S. 216–217.

141 Interessant ist, dass umgekehrt Johann Friedrich Schulte Herbst selbst ebensolches Schwanken vorwirft, wenn er schreibt: „Und nach Jahresfrist war plötzlich derselbe Mann, dem vorher jedes Hofdecret ein Heiligthum gewesen, ein enragirter Liberaler, Constitutioneller, Volksführer geworden." Schulte, Herbst, Eduard.

142 Stenographische Protokolle über die Sitzungen des Hauses der Abgeordneten des Österreichischen Reichsrates, I. Session: 29.04.1861–18.12.1862, Bd. 4, Wien 1864, S. 2994–3000. Lentze sah den Grund für Herbsts Tadel im Übrigen darin, dass die Rechtsphilosophie, also das Lehrfach von Herbst, „ständig von Thun beschimpft wurde." Lentze, Die Universitätsreform des Ministers Graf Leo Thun-Hohenstein, S. 133.

143 Siehe dazu bei Goller, Naturrecht, Rechtsphilosophie oder Rechtstheorie?, S. 72–73.

144 Joseph Winter, Das böhmische Sprachgesetz vom Jahre 1865, in: Mitteilungen des Vereins

Unterrichtsreform desavouiert und durch die Einführung von Tschechisch in den Böhmischen Gymnasien einen Samen für den nachfolgenden Nationalitätenkonflikt in der Monarchie gesät. Damit habe Thun verhindert, das Prinzip durchzusetzen, „daß ein österreichischer Einheitsstaat nur auf deutscher Grundlage gebaut werden könne."[145]

Positiver in seiner Bilanz war Emil Wahlberg[146], bedeutender Professor für Strafrecht an der Universität Wien. Ganz im Gegensatz zu Herbst lobte er die Reform der Rechtsstudien und die Förderung der Rechtsgeschichte durch Thun. Er betonte, dass Thun einer neuen Wissenschaftlichkeit Vorschub geleistet habe, die „im Einklange mit dem Geiste der katholischen Kirche und mit besonderer Rücksicht auf die Interessen des Kaiserstaates" den Anschluss an die deutsche Wissenschaft geschafft habe.[147] Wahlberg ordnete die Thun'schen Reformen auch in die gesamte österreichische Bildungspolitik ein und stellt einen Bezug bzw. eher einen Gegensatz zu den Reformen unter Maria Theresia her:

> Doch besteht zwischen beiden Reformepochen der große Unterschied, dass 1853 der Zweck der österreichischen Universitäten erblickt wurde in der Pflege der Wissenschaften im Einklange mit dem Geiste der Kirche und mit besonderer Beachtung der Interessen des Staates, während 1753 das Hauptgewicht auf der Pflege der Wissenschaften im Einklage mit dem Geiste der österreichischen Staatsregierung und den Grundsätzen des Naturrechts so wie auf gründliche Heranbildung zu öffentlichen Diensten gelegt worden ist.[148]

Ein Jahrzehnt nach der Entlassung Thuns und zu einem Zeitpunkt, als erste Auswirkungen der Reformen bereits erkennbar waren, erschienen mehrere Veröffentlichungen zur Bildungsgeschichte bzw. dem österreichischen Bildungswesen. Beer/Hochegger[149] lobten 1867 beispielsweise die

für Geschichte der Deutschen in Böhmen 6 (1868), S. 116–131, S. 120.

145 Winter, Das böhmische Sprachgesetz vom Jahre 1865, S. 120.

146 Wilhelm Emil Wahlberg (Prag 1821–1901 Wien), Strafrechtler, ab 1854 ao. Prof. an der Universität Wien, ab 1860 o. Prof. ebendort, Mitglied des Staatsgerichtshofs und der Strafgesetzkommission.

147 Vgl. Emil Wahlberg, Gesammelte kleinere Schriften und Bruchstücke über Strafrecht, Strafprocess. Gefängniskunde, Literatur und Dogmengeschichte der Rechtslehre in Österreich, Bd. 2, Wien 1877, S. 4–5 und 51.

148 Wahlberg, Gesammelte kleinere Schriften und Bruchstücke über Strafrecht, Strafprocess, S. 27.

149 Adolph Beer/Franz Hochegger, Die Fortschritte des Unterrichtswesens der Kulturstaaten Europas. Bd. 1 Frankreich und Österreich, Wien 1867. Zu den Autoren siehe: Beer, Adolph, in: Österreichische Akademie der Wissenschaften (Hg.), Österreichisches Biographisches Lexikon, Graz, Köln 1957, S. 63; Hochegger, Franz, in: Österreichisches Biographisches

Reformen der Universitäten nach 1848, die die Universitäten von Bevormundung und staatlicher Indienstnahme befreiten. Sie sprechen in diesem Zusammenhang von einer „Glanzseite des Ministers Thun"[150], um im nächsten Satz bereits zu bedauern, dass man von dem Reformkurs allzu schnell wieder abgekommen und vor Gegnern eingeknickt war.[151] Gemeint ist die neuerliche Beschränkung der Lernfreiheit im Laufe der 1850er-Jahre.

Ähnlich, allerdings ungleich kritischer, argumentiert Armand Dumreicher[152] in seiner Analyse des österreichischen Bildungssystems.[153] Der Autor war Ministerialrat im Unterrichtsministerium und liberaler Parteigänger. Im Erscheinungsjahr des Buches (1873) war die von Thun nicht bewerkstelligte neue Doktoratsordnung beschlossen und die Entmachtung der Doktorenkollegien der Universitäten in Prag und Wien vollzogen worden, vor der Thun und seine Mitarbeiter zurückgeschreckt waren. Damit war die 1848 begonnene Reform abgeschlossen und mit der Herauslösung der Doktorenkollegien aus der Universität das letzte Element der alten Universität beseitigt worden: Dumreicher feiert den damit endgültig erfolgten Anschluss an die deutsche Wissenschaft und begrüßt den nun eingekehrten Liberalismus an den österreichischen Hochschulen. Für den Reformminister Leo Thun findet er jedoch nicht dieselben überschwänglichen Worte, vielmehr kritisiert er die mangelnde Kontinuität und Ausdauer bei den Reformen und Thuns Versuch, die Wissenschaft mit den Lehren der katholischen Kirche zu versöhnen: Allein die Kraft „des modernen Geistes"[154] war stark genug, um sich der Verbindung von Wissenschaft und Offenbarung zu entziehen und damit Thuns Pläne zu durchkreuzen.

Die Kritik der liberalen Ära an Thun spricht am deutlichsten Walter Rogge aus. Nach dessen Meinung war Thun ein ultramontaner Reaktionär, der das Bildungswesen der Kirche ausgeliefert hatte, an

> jene blaublütige Jesuitenclique, die mittelalterliche Zustände zurückzuführen hofft, indem sie durch eine slawisch-ultramontane Ligue von Prag über Lai-

Lexikon 1815–1950, Bd. 2, Graz, Köln 1959, S. 343.

150 Beer et al., Die Fortschritte des Unterrichtswesens der Kulturstaaten Europas, S. 628.

151 Vgl. Beer et al., Die Fortschritte des Unterrichtswesens der Kulturstaaten Europas.

152 Armand Dumreicher (Wien 1845–1908 Meran), Ministerialbeamter im Unterrichtsministerium, zuständig für die Reformen der berufsbildenden Schulen, Mitglied der Burschenschaft Silesia Wien. Vgl. zur Person auch Gustav Strakosch-Grassmann, Geschichte des österreichischen Unterrichtswesens, Wien 1905, S. 293–294.

153 Dumreicher, Die Verwaltung der Universitäten seit dem letzten politischen Systemwechsel in Österreich.

154 Ebenda, S. 8.

> bach nach dem glaubenseinheitlichen Innsbruck das deutsche Bürgerthum, diesen bitter gehaßten Herd aller Freiheits- und Aufklärungsbestrebungen, zertritt.[155]

Mit ebenso harten Worten geißelt Rogge Thuns charakterliche Inkonsequenz, indem er diesen einerseits als Anhänger Tocquevilles und andererseits als Parteigänger „krassester jesuitischer Intoleranz"[156] beschreibt. Er sprach dem „Concordatsgrafen"[157] daher jegliche staatsmännische Fähigkeit ab und schloss mit dem Resümee, das einzig konsequente an Thun sei dessen Inkonsequenz gewesen.

Adolf Fickers[158] Bericht über das österreichische Unterrichtswesen[159] aus demselben Jahr ist in seiner Kritik zwar weniger deutlich, erwähnt allerdings mehrmals den negativen Einfluss, den „die kirchliche Tendenz des Ministeriums"[160] auf die gesamte Reform bzw. das Bildungssystem und dessen öffentliche Wahrnehmung genommen hat.

Gerade dieser letzte Punkt sowie das Mitwirken am Konkordat ließen in der liberalen Geschichtsschreibung die Bewertung von Thun zu einer Abrechnung verkommen. Für viele Klerikale hingegen war Thun nicht weit genug gegangen und die Berufung von zahlreichen Protestanten an österreichische Universitäten war wiederum für sie der Grund für den Vormarsch des Liberalismus' in den 1860er- und 70er-Jahren.[161] So ergibt sich das Bild, dass die Kritik an Thun und der Universitätsreform vielfach nicht anhand des Ergebnisses gebildet worden war, sondern (liberalen, deutschnationalen

155 Rogge, Österreich von Vilàgos bis zur Gegenwart, S. 403.

156 Ebenda, S. 400.

157 Ebenda, S. 150.

158 Adolf Ficker (Olmütz 1816–1880 Wien), Statistiker, 1840–53 Lehrer am Lyzeum Laibach, an der Universität Olmütz und am Gymnasium von Czernowitz, ab 1853 Ministerialsekretär in der Direktion für administrative Statistik, ab 1864 deren Leiter.

159 Adolf Ficker, Geschichte, Organisation und Statistik des Österreichischen Unterrichtswesens. Mit statistischen Tabellen von k.k. Hofsecretär Gustav Schimmer, I. Theil, Wien 1873.

160 Ficker, Geschichte, Organisation und Statistik des Österreichischen Unterrichtswesens, S. 243.

161 Beispielhaft kann die Wahl Hermann Bonitz zum Dekan der philosophischen Fakultät an der Wiener Universität genannt werden, die zu einer heftigen Auseinandersetzung über den katholischen Charakter der österreichischen Universitäten geführt hat. Vgl. dazu etwa Die Dekanatswahl der philosophischen Fakultät an der Universität Wien, in: Historisch-politische Blätter für das katholische Deutschland (1851), S. 327–332; Otto Weiss, Bolzanisten und Güntherianer in Wien 1848–1851, in: Helmut Rumpler (Hg.), Bernard Bolzano und die Politik. Staat, Nation und Religion als Herausforderung für die Philosophie im Kontext von Spätaufklärung, Frühnationalismus und Restauration (= Beiträge des Bolzano-Symposions der Österreichischen Forschungsgemeinschaft und der Internationalen Bolzano-Gesellschaft, 17./18. Dezember 1999, Wien), Wien 2000, S. 247–280.

oder konservativen) Einstellungen geschuldet war. Zudem trug sich Thun auch die Feindschaft der Josephiner ein.

1.3.2.2 Die Rehabilitierung von Thun

Eine Generation später urteilte man bereits milder über Thun:[162] Eduard Hanslick[163], der 1857 von Thun zum außerordentlichen Professor an der Universität Wien ernannt worden war, schildert in seinen Memoiren den Grafen zwar als ultramontan, was aber seine liberale Haltung bei der Personalpolitik keinesfalls beeinträchtigt habe.[164] Hanslick führt zur Veranschaulichung dieser gegensätzlichen Eigenschaften Thuns auch das Epigramm Grillparzers[165] an, das in beinahe keiner Arbeit zu Thun fehlt, nämlich: „Ihr Herren lasst euch sagen! Der Kultus hat den Unterricht erschlagen!"[166] Zusätzlich erwähnt Hanslick das weniger bekannte, aber umso originellere Diktum von Josef Unger[167], der den Minister mit Penelope verglich und behauptete: „Was er tagsüber als Unterrichtsminister geschaffen, trennte er nachts als Kultusminister wieder auf."[168]

Anlässlich der deutschen Philologentagung in Wien 1893 und der Enthüllung eines Standbildes des Ministers im Lichthof der Universität Wien veröffentlichte der spätere Direktor der Wiener Universitätsbibliothek Salomon

---

162 Vgl. dazu auch das Urteil von Lentze, Die Universitätsreform des Ministers Graf Leo Thun-Hohenstein, S. 291.

163 Eduard Hanslick (Prag 1825–1904 Baden bei Wien), Musikkritiker, ab 1857 ao. Prof. an der Universität Wien, ab 1861 o. Universitätsprofessur für Ästhetik und Geschichte der Musik.

164 Eduard Hanslick, Aus meinem Leben, Kassel, Basel 1987 (1894), S. 130.

165 Franz Grillparzer (Wien 1791–1872 Wien), Schriftsteller, Dichter und Dramatiker.

166 Hanslick, Aus meinem Leben, S. 130. Die Version des Epigramms bei Hanslick weicht allerdings von dem Original von Grillparzer deutlich ab. Bei Grillparzer lautet das Epigramm „Einen Selbstmord habe ich euch anzusagen/ Der Kultusminister hat den Unterrichtsminister totgeschlagen." Franz Grillparzer, Sämtliche Werke, Bd. 1 (Gedichte – Epigramme – Dramen I), München 1960, S. 550. Freien Umgang mit dem Original beweist auch Eduard Suess in seinen Memoiren, wenn er schreibt: „Hört ihre Leute und lasst euch sagen, /der Kultus hat den Unterricht erschlagen." Eduard Suess, Erinnerungen, Leipzig 1916, S. 108.

167 Joseph Unger (Wien 1828–1913 Wien), Jurist und Politiker, ab 1852 PD an der Universität Wien, 1853 ao. Prof. für Zivilrecht an der Universität Prag, ab 1857 o. Prof. an der Universität Wien, ab 1869 Mitglied des Herrenhauses, 1871–1879 Minister ohne Geschäftsbereich im Kabinett Auersperg.

168 Hanslick, Aus meinem Leben, S. 130. Vgl. dazu auch Rogge, Österreich von Világos bis zur Gegenwart, S. 150, der ebenfalls das Bild einer modernen Penelope für Thun gebraucht.

Frankfurter[169] eine Biografie[170] von Thun und seinen Mitarbeitern Franz Exner[171] und Hermann Bonitz[172]. Im zeitlichen Abstand von fast 40 Jahren zu den Reformen und zu einem Zeitpunkt, als die österreichischen Universitäten, besonders Wien, auf dem Höhepunkt ihrer Geltung waren[173], prägte Frankfurter nachhaltig das Bild von Thun und seinen Mitarbeitern als Schöpfer dieses Aufschwungs und als Begründer einer „neuen Epoche"[174] im österreichischen Bildungswesen. Der vielfach angekreidete autoritäre Führungsstil Thuns wurde dabei relativiert und als Absicherung zu den gewährten Freiheiten gewertet. Gleichzeitig blendete Frankfurter aus, dass Thun bei seiner Personalpolitik nicht allein nach wissenschaftlichen Kriterien agierte, sondern bei seinen Berufungen auch weltanschauliche Maßstäbe anlegte, und schuf damit die „‚Legende' vom objektiven Grafen Thun"[175].

1.3.2.2.1. Das Thun-Denkmal im Innenhof der Wiener Universität

Am 24. Mai 1893 wurde im Arkadenhof[176] der Universität Wien (Neubau eröffnet 1884) nach vierjähriger Vorbereitung ein Denkmal für Leo Thun-Hohenstein und seine Berater Franz Exner und Hermann Bonitz enthüllt.

169 Salomon Frankfurter (Preßburg 1856–1941 Wien), Bibliothekar und Philologe, ab 1881 Volontär in der Universitätsbibliothek Wien, 1884 Referent für Archäologie, Pädagogik und Judaismus, ab 1910 Vizedirektor, 1919–1923 Direktor der Universitätsbibliothek. Vgl. dazu auch Evelyn Adunka, Salomon Frankfurter (1856–1941), in: Stefan Alker (Hg.), Bibliotheken in der NS-Zeit. Provenienzforschung und Bibliotheksgeschichte, Wien 2008, S. 209–220.

170 Salomon Frankfurter, Graf Leo Thun-Hohenstein, Franz Exner und Hermann Bonitz, Wien 1893.

171 Franz Exner (Wien 1802–1853 Padua), Philosoph und Bildungsreformer, 1831–1848 Prof. der Philosophie an der Universität Prag, ab 1848 Ministerialrat im Unterrichtsministerium.

172 Hermann Bonitz (Langensalza 1814–1888 Berlin), Philologe und Bildungsreformer, 1842–1849 Lehrer am Gymnasium in Stettin, 1849–1867 Prof. für klass. Philologie an der Universität Wien, ab 1867 Direktor des Gymnasiums zum Grauen Kloster und Direktor des Königlichen pädagogischen Seminars für gelehrte Schulen in Berlin.

173 Vgl. Höflechner, Österreich: eine verspätete Wissenschaftsnation?

174 Frankfurter, Graf Leo Thun-Hohenstein, Franz Exner und Hermann Bonitz, S. 15.

175 Alphons Lhotsky, Das Ende des Josephinismus. Epilegomena zu Hans Lentzes Werk über die Reform des Ministers Grafen Thun, in: Hans Wagner/Heinrich Koller (Hgg.), Aufsätze und Vorträge, München 1972, S. 258–290, hier S. 289.

176 Vgl. zum Arkadenhof und dessen Funktion siehe besonders bei Julia Rüdiger, Die monumentale Universität. Funktioneller Bau und repräsentative Ausstattung des Hauptgebäudes der Universität Wien, Wien, Köln, Weimar 2015, S. 146–152 und 258–260; sowie zu den Denkmälern im Hof Thomas Maisel, Gelehrte in Stein und Bronze. Die Denkmäler im Arkadenhof der Universität Wien, Wien 2007.



Abbildung 1: Carl Kundmann, Denkmal für Leo Graf Thun und Hohenstein, Franz Exner und Hermann Bonitz, Arkadenhof der Universität Wien, Nr. 58, enthüllt 1893.

Das Denkmal zeigt Leo Thun in einer Ädikula, mit ernster Miene, flankiert von den Büsten seiner beiden Berater. Die Statue Thuns ist umrahmt von zwei Säulen, auf dem Giebel thront eine Eule – Sinnbild für die Weisheit –, in den Palmetten sehen wir Lorbeerzweige als Siegeszeichen und im Giebelfries das Wappen der Familie Thun mit dem Schriftzug „In recto decus".[177] Die Denkmalgruppe wurde von Carl Kundmann[178] geschaffen. Die Statue und die Büsten sind aus Marmor aus dem Steinbruch des Südtiroler Ortes Laas gefertigt. Ob diese Wahl bewusst getroffen wurde, konnte zwar nicht ermittelt werden, jedenfalls kann dies als Hinweis auf die Herkunft der Familie Thun aus dem Tiroler Raum gedeutet werden. Auf dem Sockel des Denkmals findet sich folgende Inschrift:

177 Vgl. für die Beschreibung des Denkmals und die kunsthistorische Deutung besonders das Projekt u:monuments, welches im Rahmen des 650-Jahr-Jubiläums der Universität Wien alle Denkmäler im Arkadenhof der Wiener Universität eingehend beschreibt: u:monuments, Denkmal Leo Graf Thun und Hohenstein, [https://monuments.univie.ac.at/index.php?title=Denkmal_Leo_Graf_Thun_und_Hohenstein], 11.11.2014.

178 Carl Kundmann (Wien 1838–1919 Wien), Bildhauer, 1872–1909 Professor der allgemeinen Bildhauerschule an der Akademie der bildenden Künste in Wien, Hauptvertreter der Wiener Ringstraßenepoche.

COMES LEO DE THVN-HOHENSTEIN
MINISTER PVBLICVS 1849–1860 QVI AVSPICIIS IMPERATORIS AVGVSTISSIMI
FRANCISCI IOSEPHI I
VNIVERSITES ET GYMNASIA NOVIS LEGIBUS INSTITVTISQVE FELICITER
REFORMAVIT
IN EA CONSILIO EXIMIORUM VIRORVM
EXNER ET BONITZ
STRENVE ADIVTVS

Mit dem Denkmal sollte der Mann geehrt werden, der zwar nicht praktisch verantwortlich war für den erst wenige Jahre zuvor eröffneten Neubau der Wiener Universität, der aber sinnbildlich den Neubau des österreichischen Universitätssystems vorangetrieben hatte. Die Enthüllung des Denkmals wurde anlässlich der *42. Versammlung deutscher Philologen und Schulmänner* vollzogen, die bereits einmal in Wien, nämlich im Jahr 1858 stattgefunden hatte. Damit ergab sich also auch in diesem Sinne ein Rückbezug auf die Amtszeit von Leo Thun. Diese große Konferenz sollte als Bühne benutzt werden, um den aus allen Teilen der Monarchie, besonders aber den aus dem Deutschen Reich herbeigeströmten Gelehrten, den Aufschwung des österreichischen Bildungswesens und der österreichischen Wissenschaften vor Augen zu führen: Leo Thun-Hohenstein und seine beiden engsten Berater, Franz Exner und Hermann Bonitz, sollten als Begründer dieses Aufschwungs gefeiert und in Stein verewigt werden. Die konservative Zeitung *Das Vaterland*, deren Herausgeber Thun nach seiner Zeit als Minister lange Jahre gewesen war, schrieb aus diesem Anlass:

> Gelegentlich des Philologentages wird auch das Denkmal eines Mannes enthüllt werden, an dessen Namen sich die Reorganisation des Unterrichtswesens in Österreich knüpft: es ist der edle und hochachtbare Graf Leo Thun. Sein Verdienst besteht nicht darin, ‚die Jesuitengrammatik' abgeschafft zu haben, wie ein Ignorant dieser Tage in einem hiesigen Blatte schrieb. Wir haben im Wesentlichen keine andere Grammatik, als die Jesuiten hatten, ja im Wesentlichen keine andere, als wie sie vor mehr als zweitausend Jahren Dionysius Thrax formulierte. Wir erblicken das Hauptverdienst Leo Thun's darin, daß er, ein Feind aller Kargheit und Kleingeisterei, bestrebt war, ein hohes Ziel mit hohen Mitteln zu erreichen. Darum Ehre und Segen seinem Andenken![179]

179 Die 42. Versammlung deutscher Philologen und Schulmänner, in: Das Vaterland, 141 (24.05.1893), S. 1.

Ähnlich formulierte es auch der Leiter der Versammlung und Direktor des Theresianums, Alois Egger-Möllwald[180], der meinte: „Unsere Versammlung wurde eröffnet durch die Enthüllung des Denkmals für Leo Grafen Thun, Bonitz und Exner; sie wurde dadurch zu einem österreichischen Schulfest, zu einer Feier der Wiedergeburt des österreichischen Mittel- und Hochschulwesens."[181] Der bereits erwähnte Salomon Frankfurter fasste die Leistung Thuns folgendermaßen zusammen:

> Für alle Zeiten knüpft sich an den Namen des Grafen Leo Thun die neue Ära des Unterrichtswesens in Österreich; ihm dankt vornehmlich das Hochschul- und Mittelschulwesen die Begründung und Ausgestaltung einer neuen Epoche, die besonders im Vergleiche mit den früheren Zuständen einen so außerordentlichen Bruch mit der Vergangenheit bedeutete.[182]

Die freudige Stimmung anlässlich der Enthüllung des Denkmals in Wien war jedoch nicht ungetrübt. Denn die liberale Zeitung *Neue Freie Presse* hatte zwar grundsätzlich Thuns Anteil am Aufschwung der österreichischen Universitäten hervorgehoben und ausdrücklich gelobt, doch sie äußerte auch einige Kritik an Thun und kehrte besonders dessen streng konservative Haltung, dessen Ergebenheit gegenüber der Kirche und dessen autoritäre Amtsführung hervor. Besonders aber blieben die widersprüchlichen Ansichten Thuns in Erinnerung:

> Es ist schon lange her, daß die 18. Versammlung deutscher Philologen und Schulmänner – im September 1858 – in Wien getagt hat. Der Minister des absolutistischen Österreich, der den Staat der Kirche ausgeliefert hatte, Graf Leo Thun, begrüßte damals den Congreß. Er, der spätere fanatische Vertheidiger des czechischen Staatsrechtes, pries die Gemeinsamkeit der wissenschaftlichen Bestrebungen in Deutschland und Österreich, deren fortschreitende Verwirklichung er freudigen Herzens beobachte. Er gab seiner Überzeugung von der speciellen Bedeutsamkeit einer besonders tüchtigen Vertretung der Philologie für Österreich Ausdruck. Der Champagner, der dem finsteren Grafen credenzt wurde, ließ ihn nicht vergessen zu sagen, daß vor Allem die Religion, in zweiter Linie aber die Philosophie und die Philologie berufen seien,

180 Alois Egger-Möllwald (Flattach 1829–1904 Lovrana), Schuldirektor und Germanist, 1855–57 Gymnasiallehrer in Laibach, 1857–1877 Prof. am akad. Gymnasium in Wien, 1869–1873 Lehrer des Kronprinzen Rudolf und der Erzherzogin Gisela, 1878–1893 Direktor des Theresianums in Wien.

181 Versammlung deutscher Philologen und Schulmänner, in: Wiener Zeitung, 121 (28.05.1893), S. 4.

182 Frankfurter, Graf Leo Thun-Hohenstein, Franz Exner und Hermann Bonitz, S. 15.

> die Geister über das Gemeine zu erheben. Wir verrathen unseren Gästen sein Geheimnis, wenn wir es aussprechen, daß die Schule, welche classische Bildung lehrt, bei uns nur allzu oft als Sturmbock gegen die staatliche Einheit wie gegen die deutsche Bildung benützt worden ist und nicht vermocht hat, die Geister über das Gemeine zu erheben.[183]

Die *Neue Freie Presse* schloss damit also an vorhandene Kritik an, die schon während seiner Amtszeit vernehmlich war. Zu diesem Zeitpunkt hatte sich aber insgesamt bereits ein positives Bild von Leo Thun durchgesetzt.

1.3.2.3 Die „‚Legende' vom objektiven Grafen Thun"?

Frankfurters Biografie[184] war bis in die 1960er-Jahre das Standardwerk zu Thun und dessen Reform und prägte so nachhaltig das Bild des Ministers. Erst nach dem Erscheinen von Hans Lentzes Arbeit zur Universitätsreform änderte sich das. Alphons Lhotsky[185] musste etwa daraufhin eingestehen, den Aussagen von Frankfurter allzu sehr Glauben geschenkt zu haben und dessen Urteil zu sehr gefolgt zu sein.[186]

Ähnlich kanonisierend war eine Festschrift der Wiener Universität zum 50-jährigen Regierungsjubiläum Kaiser Franz Josephs 1898, wo man liest:

> So lange Graf Leo Thun das Steuer des Unterrichts führte, war das Schiff des wissenschaftlichen Entdeckungsreisenden sicher, auch unter den heftigs-

183 Der Philologentag, in: Neue Freie Presse (20.05.1893), S. 1–2.

184 Von Frankfurter stammt außerdem der Artikel zu Thun in der ADB. Siehe Allgemeine Deutsche Biographie, Bd. 38, Leipzig 1894, S. 178–212.

185 Alphons Lhotsky (Wien 1903–1968 Wien), Historiker, ab 1946 ao. Prof. an der Universität Wien, ab 1951 Prof. für Österreichische Geschichte an der Universität Wien.

186 Lhotsky, Das Ende des Josephinismus, S. 258–259. Erstmals erschienen 1962 in den Mitteilungen des Österreichischen Staatsarchivs 15, S. 526–549. Im Jahr 1954 hatte Lhotsky noch geschrieben: „Gerade sein ernster Katholizismus hat ihn niemals gehindert, über kleinliche Bedenken hinwegzugehen, wo es sich um große Dinge und Ziele handelte; er sah vor allem auf das Können, er hatte NUR (Herv. durch C.A.) die Wissenschaft und ihre Förderung vor Augen und mußte darum manche Widersacherschaft auf sich nehmen." Alphons Lhotsky, Geschichte des Instituts für Österreichische Geschichtsforschung 1854–1954. Festgabe zur Hundert-Jahr-Feier des Instituts (= Mitteilungen des Instituts für Österreichische Geschichtsforschung, Ergänzungsband 17), Graz, Köln 1954, S. 19. Ähnlich auch bei Richard Meister, Die Universitätsreform des Ministers Graf Thun-Hohenstein. Inaugurationsrede gehalten am 23. November 1949, in: Die feierliche Inauguration des Rektors der Wiener Universität für das Studienjahr 1949/50, Wien 1949, S. 85–100, hier S. 96–97.

> ten Stürmen ungeschädigt zum Hafen zu gelangen. Es war die seltene Eigenschaft dieses ungewöhnlichen Charakters, eigene unerschütterliche Überzeugungstreue mit bedingungsloser Achtung der anderslautenden Überzeugung anderer zu verbinden.[187]

Zwar hatte sich schon 1905 Strakosch-Graßmann[188] gegen diese „Legendenbildung"[189] gewehrt, aber auch das Gegenbild, das er entworfen hatte, war keineswegs frei von einseitigen Urteilen. Bei ihm ist Thun ein Zauderer, der das Prinzip der Lehr- und Lernfreiheit unterwandert und gleichzeitig den Einfluss der Kirche auf das Unterrichtswesen zugelassen hatte. Die kritische Haltung von Strakosch-Graßmann gegenüber Thun speiste sich nicht zuletzt aus der „Vorliebe für das Slawentum"[190], die er bei Thun verortete. Das Bild des Zauderers Thun, der stark abhängig war von seinen Mitarbeitern und Beratern, ist hingegen ein ‚Topos', der in der Geschichtsschreibung zu Thun immer wieder auftaucht und unterschiedlich gedeutet wird. Auch Heinrich Friedjung[191] betont etwa die Abhängigkeit von seinen Mitarbeitern.[192] Er deutet diese jedoch an anderer Stelle nicht nur negativ, sondern rechnet es Thun auch an, auf andere gehört zu haben.[193] Schon Joseph Winter hatte Thun lediglich als (schlechten) Vollstrecker der Pläne Exners und Bonitz' gesehen und glaubte sogar: „Wo immer Graf Leo Thun seine eigenen Ideen walten ließ, da war es als ob ein Mehltau auf die großen Schöpfungen jener beiden Männer [Exner und Bonitz, C.A.] niederfiel."[194] Julius Jung[195] sieht gerade in der Tatsache, dass Thun die unterschiedlichsten Personen

187 Akademischer Senat der Wiener Universität (Hg.), Geschichte der Wiener Universität von 1848 bis 1898. Als Huldigungsfestschrift zum Fünfzigjährigen Regierungsjubiläum seiner K.u.K. Apostolischen Majestät des Kaisers Franz Josef I., Wien 1898, S. 45.

188 Gustav Strakosch-Graßmann (Wien 1869–1941 Wien), Historiker und Lehrer. Zu Strakosch-Graßmann als Bildungs-Historiker vgl. Elmar Lechner, Die Klassiker der österreichischen pädagogischen Historiographie - Karl Wotke und Gustav Starkosch-Graßmann, in: Elmar Lechner/Helmut Rumpler/Herbert Zdarzil (Hgg.), Zur Geschichte des österreichischen Bildungssystems. Probleme und Perspektiven der Forschung, Wien 1992, S. 117–142.

189 Strakosch-Grassmann, Geschichte des österreichischen Unterrichtswesens, S. 177.

190 Strakosch-Grassmann, Geschichte des österreichischen Unterrichtswesens, S. 177, vgl. auch S. 182–186.

191 Heinrich Friedjung (Roschti 1851–1920 Wien), Historiker und Journalist, ab 1880 zunehmend politisch aktiv und deutschnational engagiert.

192 Siehe Heinrich Friedjung, Österreich von 1848 bis 1860, Bd. 1 Die Jahre der Revolution und der Reform von 1848 bis 1851, Stuttgart, Berlin 1908, S. 329.

193 Heinrich Friedjung, Österreich von 1848 bis 1860, Bd. 2, Stuttgart, Berlin 21912, S. 481.

194 Winter, Das böhmische Sprachgesetz vom Jahre 1865, S. 119.

195 Julius Jung (Imst 1851–1910 Prag), Historiker, Schüler von Julius Ficker, ab 1877 ao. Prof. für alte Geschichte an der Universität Prag, ab 1884 o. Prof. ebendort.

für die Universitätsreform zusammengebracht hat, ein wesentliches Verdienst des Ministers.[196] Alphons Lhotsky schließlich deutet Thuns Hang, sich mit einem großen Stab von Beratern zu umgeben, gar als Folge oder Kompensation einer fehlenden Führungsperson in späten Jugendjahren.[197]

Eine ausgleichende Perspektive, die teilweise zentrale Ansichten von Lentze vorwegnimmt, sie allerdings nicht mit Quellen untermauert, hatte wenig später Eduard Sueß[198] in seinen Lebenserinnerungen vorgelegt. Sueß war 1856 von Thun zum außerordentlichen Professor ernannt worden und stieg in der Folge zu einem der prominentesten Geologen der Zeit auf. Sueß sagt in seiner Autobiografie unumwunden, dass Thun bei der Umsetzung der Reformen nicht allein nach wissenschaftlichen Kriterien vorging, sondern in weltanschaulich wichtigen Fächern nur streng katholische Professoren berief, jedoch „auf allen politisch oder kirchlich neutralen Gebieten zeigte sich Thun als ein kraftvoller Organisator und als aufrichtig bestrebt Forschung und Lehre zu fördern."[199] Auch er attestiert Thun einen radikalen Wandel in dessen politischen Ansichten (vom Zentralisten während seiner Ministerzeit zum Föderalisten in seiner restlichen politischen Laufbahn etwa[200]). Sueß sieht jedoch nicht nur bei Thun, sondern im Bildungswesen im Allgemeinen zahlreiche Widersprüche, wenn er schreibt: „Fortschritt in den Hochschulen, Verfall in der Volksschule, dazwischen Kampf in der Mittelschule."[201] Interessant ist zudem, wie er Thun in seiner Zugehörigkeit zur Aristokratie charakterisiert – als Adeligen, der wie viele seiner Standesgenossen gefangen in Vorurteilen war, „welche die damalige Erziehung der jungen Aristokraten mit sich brachte"[202]. Dass er sich dieser Vorurteile bewusst gewesen sei und auch Berater akzeptierte, beweise indes den edlen Charakter Thuns und ermöglichte die „geradezu herkulische"[203] Leistung Thuns. Die knappe Bemerkung von Sueß lässt indes auch die Vorurteile des aufstrebenden Bildungsbürgertums erahnen, die dieses gegenüber dem Adel hegte, der noch immer Großteils die Macht in der Verwaltung des Staates besaß, jedoch aus dieser Position mehr und mehr verdrängt wurde.[204]

196 Siehe Julius Jung, Julius Ficker (1826–1902). Ein Beitrag zur deutschen Gelehrtengeschichte, Innsbruck 1907, S. 306.

197 Siehe Lhotsky, Das Ende des Josephinismus, S. 261 und 278.

198 Eduard Sueß (London 1831–1914 Wien), Geologe und Politiker, ab 1857 Prof. für Paläontologie an der Universität Wien, ab 1862 Prof. für Geologie ebendort.

199 Suess, Erinnerungen, S. 116.

200 Suess, Erinnerungen, S. 122.

201 Suess, Erinnerungen, S. 119.

202 Suess, Erinnerungen, S. 118.

203 Suess, Erinnerungen, S. 110.

204 Vgl. dazu auch Brigitte Mazohl-Wallnig, Der Einfluss Bolzanos und der Bolzanisten auf

Wie schwer sich viele mit einem Urteil über Thun taten und wie sehr oft persönliche Interessen solche Kritiken beeinflussten, zeigt auch das Beispiel von Paul Molisch[205], der Thun einerseits sogar als liberaler als manchen Liberalen bezeichnete[206] und andererseits Thun vorwirft, er habe der Kirche zu viel Einfluss auf das Bildungswesen zugebilligt. Molisch war aber korporierter Student und übt deshalb Kritik an Thun, da jener das Verbindungswesen verboten hatte und so erkämpfte Freiheiten der Reaktion preisgab.[207]

1.3.2.4 Nach 1945

Eine quellenbasierte Beschäftigung mit Leo Thun-Hohenstein und den Reformen gab es erst nach 1945. Hans Lentze hat seit Mitte der 1950er-Jahre ein differenziertes Bild von Thun gezeichnet, das bis heute die Forschung dominiert. Sein Ergebnis, die Reform trüge ein „Janusgesicht", wurde bereits genannt. Lentzes Untersuchungen[208] fußten erstmals auf einer breiten Quellenbasis und schrieben nicht die überkommenen Urteile fort. Die Ansicht, dass Leo Thuns Status als Reformer der österreichischen Universitäten und Begründer des Aufschwungs des österreichischen Universitätswesens blei-

---

die österreichische Universitätsreform der Jahre 1848/49, in: Helmut Rumpler (Hg.), Bernard Bolzano und die Politik. Staat, Nation und Religion als Herausforderung für die Philosophie im Kontext von Spätaufklärung, Frühnationalismus und Restauration (= Beiträge des Bolzano-Symposions der Österreichischen Forschungsgemeinschaft und der Internationalen Bolzano-Gesellschaft, 17./18. Dezember 1999, Wien), Wien 2000, S. 221–246, hier S. 231.

205 Paul Molisch (Graz 1889–1946 Wien), 1919–1946 Bibliothekar an der UB Wien und deutschnationaler Publizist. Siehe Fritz Fellner, „… ein wahrhaft patriotisches Werk". Die Kommission für Neuere Geschichte Österreichs 1897–2000 (= Veröffentlichungen der Kommission für Neuere Geschichte Österreichs 91), Wien, Köln, Weimar 2001, S. 274.

206 Vgl. Paul Molisch, Die deutschen Hochschulen in Österreich und die politisch-nationale Entwicklung nach dem Jahre 1848. Mit besonderer Berücksichtigung der Wiener Hochschulen zumeist nach urkundlichen Quellen dargestellt, München 1922, S. 13.

207 Vgl. Molisch, Die deutschen Hochschulen in Österreich und die politisch-nationale Entwicklung nach dem Jahre 1848, S. 22–26.

208 Lentze, Die Universitätsreform des Ministers Graf Leo Thun-Hohenstein; vgl. auch die Vorarbeiten dazu: Hans Lentze, Die romantisch-konservative Richtung der deutschen Rechtsgeschichte, in: Der Geschichtsfreund. Mitteilungen des historischen Vereins der fünf Orte (1953), S. 13–37; Hans Lentze, Graf Thun und die deutsche Rechtsgeschichte, in: Mitteilungen des Instituts für österreichische Geschichtsforschung (1955), S. 500–521; Lentze, Graf Thun und die voraussetzungslose Wissenschaft; später noch einmal zusammenfassend in Hans Lentze, Die österreichischen Universitäten als Nebenschauplatz im österreichischen Kulturkampf, in: Louis Carlen/Fritz Steinegger (Hgg.), Festschrift Nikolaus Grass. Zum 60. Geburtstag dargebracht von Fachgenossen, Freunden und Schülern, Innsbruck, München 1975, S. 347–360.

bende Anerkennung zukommt, bleibt jedoch auch bei Lentze ungebrochen. Allerdings zeigt er klar, dass Thun nicht rein wissenschaftliches Interesse mit der Reform verknüpfte, sondern eine geistige Erneuerung Österreichs anstrebte. Diese Erneuerung sollte durch eine gut ausgebildete Elite erfolgen: geschult im Geiste der Wissenschaften, jedoch fest verwurzelt im katholischen Glauben. Wesentlich dabei war eine Personalpolitik, die von den Kandidaten nicht bloß wissenschaftliche Qualifikation, sondern auch das katholische Bekenntnis sowie eine konservative Grundeinstellung verlangte. Das galt besonders für weltanschaulich wichtige Fächer wie etwa die Geschichtswissenschaften oder die verschiedenen Philologien. In anderen Fächern ernannte er durchaus auch Protestanten. Auch Lentze betont den Einfluss der zahlreichen Berater von Thun, an erster Stelle die beiden Konvertiten Karl Ernst Jarcke[209] und George Phillips[210]. Lentze sieht es als großes Verdienst Thuns, dass er die Reformen, die größtenteils bereits vor seiner Ministerzeit vorbereitet worden waren, durchgesetzt und gegen die Kritiker verteidigt hat. Allerdings sei Thun im eigentlichen Sinne mit seinem Ansatz der Reform gescheitert, denn am Ende war die Kraft der liberalen Reformen zu groß und die angestrebte konservative Erneuerung war nicht erfolgt. Diesem Urteil schließt sich in der Folge auch Lhotsky an, der außerdem die Sprengkraft betonte, die den Reformen innewohnte. So war nämlich gerade die von Thun und seinem Berater George Phillips forcierte Einführung der deutschen Rechtsgeschichte kein „Erziehungsmittel zum konservativen Denken"[211], sondern diese erwies sich als Instrument der „„Propaganda für den Nationalstaatsgedanken des Liberalismus"".[212]

Lentze hat nicht die gesamte Unterrichtsreform untersucht, sondern als Rechtshistoriker seinen Blick insbesondere auf die juridischen Studien gelenkt und vorwiegend die deutschsprachigen Universitäten behandelt, was er im Vorwort auch erklärt. Somit ist seine Arbeit zwar die umfassendste, allerdings nicht vollständig. Als ein weiterer wesentlicher Aspekt, der bisher wenig beachtet wurde, ist die zeitliche Einbettung von Lentzes Beschäftigung mit dem Thema. Die 1950er- und 1960er-Jahre waren in Österreich, wie auch in anderen Staaten, Jahrzehnte der Bildungsdebatten und (zag-

209 Karl Ernst Jarcke (Danzig 1801–1852 Wien), Jurist und politischer Publizist, ab 1825 Prof. für Strafrecht an der Universität Berlin, ab 1832 Rat und Publizist der Staatskanzlei in Wien, enger Berater von Leo Thun.

210 George Phillips (Königsberg 1804–1872 Aigen bei Salzburg), 1827 Prof. an der Universität Berlin, 1834 Prof. für Kirchen- und Privatrecht an der Universität München, 1850 Prof. an der Universität Innsbruck, 1851–1860 Prof. für deutsche Reichs- und Rechtsgeschichte an der Universität Wien.

211 Lhotsky, Das Ende des Josephinismus, S. 289.

212 Lhotsky, Das Ende des Josephinismus, S. 289, insgesamt dazu S. 288–289.

haften) -reformen. Nach dem Zusammenbruch am Ende des Zweiten Weltkrieges und im beginnenden Wiederaufbau stellte sich die Frage nach den Organisationsprinzipien der Universität und dem Verhältnis von Staat und Universitäten neu. Das Interesse an den Universitätsreformen Thuns kam insofern nicht von ungefähr und die Suche nach historischen Vorbildern ist daher verständlich. In diesem Sinne ist auch Richard Meisters[213] Rektoratsrede von 1949 nicht allein dem 100-Jahr-Jubiläum der Reformen geschuldet. Meister betonte in seiner Rede die Lehr- und Lernfreiheit und die Verpflichtung der Universitäten auf Wahrheit und (reine) Wissenschaft („Reinheit des Wollens") als die wesentlichen Elemente der Universität. Thun und seine Mitarbeiter wähnte er als Vorkämpfer dieser Prinzipien in Österreich.[214] Meister vollzog damit einen Rückgriff auf ‚Tugenden' die weit entfernt von nationalsozialistischer Ideologie waren und eine Indienstnahme von Wissenschaft für irgendeinen missbräuchlichen Zweck diskreditierten.[215] Der öffentliche Rückgriff auf Thun, parallel etwa zu einem Rückgriff auf Humboldt in Deutschland[216], erscheint daher konsequent, zumal zu diesem Zeitpunkt „die ‚Legende' vom objektiven Grafen Thun" (Lhotsky) noch Geltung hatte. Dass Thun allerdings selbst eine gewisse Indienstnahme der Universitäten angestrebt hat, ist dabei die Ironie der Geschichte. Daneben kommt dem Rückgriff auf Thun und der Betonung seines Verdiensts zu diesem Zeitpunkt auch eine andere wichtige Rolle zu, nämlich der Akzentuierung eines österreichischen Modells. Nach acht Jahren der verhängnisvollen Einheit im Dritten Reich erscheint das ebenso folgerichtig wie typisch für das Nachkriegsösterreich.[217] Die selektive Darstellung Thuns von Richard Meister ist dabei vergleichbar mit seiner verzerrenden Beschreibung der Geschichte der Akademie der Wissenschaften während der Jahre des Na-

213 Richard Meister (Znaim 1881–1964 Wien), Philologe, ab 1918 ao. Prof. für klassische Philologie an der Universität Graz, ab 1920 ao. Prof. an der Universität Wien, ab 1923 o. Prof. für Pädagogik, ab 1938 wieder Prof. für klassische Philologie, ab 1945 Prof. für Pädagogik und Kulturphilosophie an der Universität Wien, 1945 Vizepräsident der Akademie der Wissenschaften, 1951 deren Präsident.

214 Meister, Die Universitätsreform des Ministers Graf Thun-Hohenstein, S. 95–98.

215 Vgl. dazu bereits Fritz Fellner, Restauration oder Fortschritt, in: Heinz Fischer (Hg.), Versäumnisse oder Chancen. Beiträge zur Hochschulfrage in Österreich, Wien, Hannover 1967, S. 11–28, hier S. 13–14.

216 Rüdiger vom Bruch, Langsamer Abschied von Humboldt? Etappen deutscher Universitätsgeschichte 1820–1945, in: Mitchell G. Ash (Hg.), Mythos Humboldt. Vergangenheit und Zukunft der deutschen Universitäten, Wien, Köln, Weimar 1999, S. 29–57, hier S. 30–31.

217 Erich Leitner, Richard Meister als Universitätshistoriker, in: Elmar Lechner/Helmut Rumpler/Herbert Zdarzil (Hgg.), Zur Geschichte des österreichischen Bildungssystems. Probleme und Perspektiven der Forschung, Wien 1992, S. 143–172, hier S. 158 und 170.

tionalsozialismus.[218] In ähnliche Richtung wie Meisters Rede zielt auch der Beitrag von Heinrich Drimmel, damals ÖVP-Unterrichtsminister und Schüler Meisters, der Thun eine kleine Arbeit widmet und dort die Kontinuitäten zu dem wenige Jahre vorher verabschiedeten Hochschulorganisationsgesetz (HOG 1955) herausstreicht und sich damit unausgesprochen vom Nationalsozialismus distanziert: Dabei hebt er das ausgewogene Verhältnis von Staat und Universität und die Autonomie der Wissenschaft besonders hervor, also genau zwei Punkte, die im Nationalsozialismus nicht gegeben waren.[219] Dieses ausgewogene Verhältnis zwischen Staat und Universitäten sollte in der Gegenwart wieder hergestellt werden und so die ‚Politisierung' der Universitäten verhindern: Letztlich war dies wohl eine Umschreibung dafür, dass die Universitäten an die konservative ÖVP und an das von der Volkspartei dominierte Unterrichtsministerium gebunden bleiben und vor dem Einfluss der SPÖ geschützt werden sollten.[220] Dass auch die Bildungsreformer der 1960er- und 1970er-Jahre das Werk von Lentze gelesen haben und es damit zumindest eine gewisse Wirkung auf die Reformgestaltung der 1960er- und 1970er-Jahre (UOG 1975) hatte, sagt Rudolf Strasser, damals Mitarbeiter der Arbeiterkammer, in seiner Autobiografie.[221]

Meister hat in einem späteren Werk zur Geschichte des österreichischen Studienwesens[222] sein früheres Urteil etwas abgeschwächt, nachdem Lentze

218 Die Rolle von Richard Meister während des Nationalsozialismus' und dessen Rolle als Wissenschaftsmanager nach dem Zweiten Weltkrieg wurde in den letzten Jahren kritisch beurteilt, etwa bei der Tagung *Die Akademie der Wissenschaften in Wien 1938 bis 1945* und der gleichnamigen Ausstellung. Siehe dazu auch den Katalog der Ausstellung: Johannes Feichtinger/Herbert Matis/Stefan Sienell/Heidemarie Uhl (Hgg.), Die Akademie der Wissenschaften in Wien 1938 bis 1945. Katalog zur Ausstellung, Wien 2013. Zu Meisters Rolle als Spin-doctor der österreichischen Wissenschaftspolitik nach 1945 und zur Indienstnahme von Thun vgl. Franz Leander Fillafer/Johannes Feichtinger, Leo Thun und die Nachwelt. Der Wissenschaftsreformer in der österreichischen Geschichts- und Kulturpolitik des 19. und 20. Jahrhunderts, in: Christof Aichner/Brigitte Mazohl (Hgg.), Die Thun-Hohenstein'schen Universitätsreformen 1849–1860. Konzeption – Umsetzung – Nachwirkungen, Wien, Köln, Weimar 2017, S. 55–75. Insgesamt kommen sie zu einem ähnlichen Ergebnis wie die vorliegende Arbeit, was die Rezeption Thuns angeht. Zu Meister als Forscher und „Wissenschaftsmanager" siehe auch Leitner, Richard Meister als Universitätshistoriker.

219 Heinrich Drimmel, Die Hochschulreform von Thun-Hohenstein, in: Österreich in Geschichte und Literatur (1959), S. 1–7.

220 Vgl. dazu besonders ausführlich und differenziert bei Fillafer/Feichtinger, Leo Thun und die Nachwelt.

221 Vgl. Rudolf Strasser, Jurist in bewegten Jahren. Erinnerungen, Wien 12007, S. 135.

222 Richard Meister, Entwicklung und Reformen des österreichischen Studienwesens. Teil I: Abhandlung (= Sitzungsberichte der Akademie der Wissenschaften, Philosophisch-Historische Klasse 239, 1. Abhandlung, Teil I), Wien 1963b.

und darauf folgend Lhotsky das Bild Thuns zurechtgerückt hatten.[223] In dieser Arbeit würdigt Meister insbesondere Franz Exner, den bereits mehrfach genannten Ministerialbeamten, auf dessen Vorarbeiten die Reformpläne im Wesentlichen beruhen. Das Verhältnis von Thun und Exner sieht er als eine Art Symbiose: Exner als der innovative Planer der Reform und Thun als derjenige, der die eingeleiteten Reformen umgesetzt und verteidigt hat.[224] Zur Leistung von Thun schreibt er daher: „Dies war seine große staatsmännische Tat und wird sein unvergänglicher Ruhmestitel bleiben."[225]

Das schon mehrfach angesprochene Bild von Thun als wenig selbstständigen Minister, als bloßen Vollstrecker der Ideen anderer hat Christoph Thienen-Adlerflycht[226] in der Folge als nicht überzeugend zu entlarven versucht.[227] Thienen-Adlerflychts Erkenntnisse prägen daher, gemeinsam mit jenen von Lentze, das heutige Bild von Leo Thun-Hohenstein in hohem Ausmaß. Die Thun-Biografie von Thienen-Adlerflycht, selbst entfernter Nachfahre[228] des Grafen, behandelt allerdings nur die Jahre des Vormärz. Der Autor will darin aber zeigen, dass Thun weder ein verwirrter noch ein unselbstständiger Geist war, sondern ein klares, geschlossenes Weltbild besaß, nach dem er seine Reformen ausrichtete.[229] Und selbst Lentze, so meint Thienen-Adlerflycht, sah in Thun „nicht eine eigenwüchsige Kraft, sondern bloß […] das konsequente Vollzugsorgan seiner überragenden Ratgeber"[230],

223 Meister, Entwicklung und Reformen des österreichischen Studienwesens, Abhandlung, S. 85–88.

224 Vgl. ebenda, S. 112–113.

225 Ebenda, S. 113; vgl. auch Drimmel, Die Hochschulreform von Thun-Hohenstein.

226 Christoph Thienen-Adlerflycht (Salzburg 1924–2010 Ainring), Publizist und Historiker.

227 Christoph Thienen-Adlerflycht, Graf Leo Thun im Vormärz. Grundlagen des böhmischen Konservativismus im Kaisertum Österreich (= Veröffentlichungen des Österreichischen Ost- und Südosteuropa-Institutes 6), Graz, Wien, Köln 1967. Vgl. auch Christoph Thienen-Adlerflycht, Grundlagen des „feudalen" Konservativismus in Altösterreich. Weltbild und Werdegang des Grafen Leo von Thun, phil. Diss. Graz 1964, später noch einmal zusammenfassend Christoph Thienen-Adlerflycht, Graf Leo Thun-Hohenstein als nachjosephinischer Vorkämpfer eines aufgeklärten Konservativismus, in: Ulrich E. Zellenberg (Hg.), Konservative Profile. Ideen & Praxis in der Politik zwischen FM Radetzky, Karl Kraus und Alois Mock, Graz, Stuttgart 2003, S. 103–168.

228 Thienens Mutter Anna war die Tochter von Leo Thuns Neffe Franz Anton von Thun-Hohenstein. Vgl. dazu Deutsches Adelsarchiv e.V. (Hg.), Genealogisches Handbuch des Adels, Bd. 109 (= Freiherrliche Häuser, Bd. 18), Limburg an den Lahn 1995, S. 509–510 und Stammtafel der Thun-Hohenstein in Constant von Wurzbach (Hg.), Biographisches Lexikon des Kaiserthums Oesterreich, Bd. 46, Wien 1882. Einen sehr guten Überblick zur Familie Thun-Hohenstein liefert seit kurzem die Website Thun-Web, [http://www.thunweb.com/], 06.08.2014.

229 Thienen-Adlerflycht, Graf Leo Thun im Vormärz, S. 16–18.

230 Thienen-Adlerflycht, Graf Leo Thun im Vormärz, S. 17.

obschon er sonst den Zusammenhang zwischen Thuns Kulturpolitik und dessen Staatsauffassung richtig gedeutet habe. Alle bisherigen Deutungen krankten aus Thienen-Adlerflychts Sicht daran, dass sie nur einen Teil von Thuns Schaffen betrachteten und daher zu einseitigen Urteilen neigten. Betrachte man aber Thuns vollständiges Werk, das die Schaffung einer föderalen, neoständischen Gesellschaft anstrebte und kulturpolitisch eine Volkserweckung im Sinn hatte, würde sich sein gesamtes Tun zu einem einheitlichen Bild zusammensetzen. Wesentlich dabei ist, dass der Autor Thun in den Spätjosephinismus des Vormärz einbettet und den Einfluss Bernard Bolzanos[231] herausstreicht.[232] Damit knüpft er direkt an die Arbeiten von Eduard Winter[233] zu Bernard Bolzano und dessen Kreis an.[234] Winter hat den Einfluss des Prager Philosophen auf Thun als Erster hervorgehoben und war überzeugt, dessen frühliberalen Neuhumanismus auch in den Reformen nach 1848 zu erkennen. Thun („dieser katholische, konservativ-aristokratische, bohemoslawische Großösterreicher"[235]) kennzeichnet er als weitsichtigen Politiker, der die Reformen von Exner und die erkämpften Freiheiten von 1848 verteidigte.[236] Einig sind sich Winter und Thienen-Adlerflycht auch darin, dass sich in Thun und seinen Reformen die Ansichten von Bolzano mit der praktischen Pädagogik von Herbart durch die Vermittlung von Exner verbanden.[237] Durch den Einfluss von Herbart sei auch der stark idealistische Zug, der die preußischen Reformen kennzeichnet, in Österreich weniger deutlich ausgeprägt, was sich etwa in einer ausgeglichenen Verteilung zwischen humanistischen und realistischen Fächern in der Gymnasialordnung

231 Bernard Bolzano (Prag 1781–1848 Prag), Priester, 1806–1820 Prof. für Religionswissenschaft an der Universität Prag.

232 Damit stellte er sich auch gegen Lhotskys Auffassung, der mit Thun das Ende des Josephinismus in Österreich ansetzt.

233 Eduard Winter (Grottau 1896–1982 Berlin), Priester und Historiker, 1919 Priesterweihe, ab 1934 o. Prof. für Kirchengeschichte an der deutschen Universität Prag, 1940 Heirat und Exkommunikation, Leiter des Instituts für osteuropäische Geistesgeschichte der Reinhard-Heydrich-Stiftung in Prag, 1945 Vertreibung aus Prag, 1947 Prof. in Wittenberg, 1951 Prof. an der Humboldt-Universität Berlin, ab 1955 Mitglied der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin.

234 Vgl. Eduard Winter (Hg.), Der Briefwechsel Bernard Bolzanos mit Franz Exner (= Bernard Bolzano's Schriften 4), Prag 1935; Eduard Winter, Bernard Bolzano und sein Kreis. Dargestellt mit erstmaliger Heranziehung der Nachlässe Bolzanos und seiner Freunde, Leipzig 1933; Eduard Winter, Graf Leo Thun, in: Erich Gierach (Hg.), Sudetendeutsche Lebensbilder, Prag 1934, S. 301–304.

235 Eduard Winter, Frühliberalismus in der Donaumonarchie. Religiöse, nationale und wissenschaftliche Strömungen von 1790–1868 (= Beiträge zur Geschichte des Religiösen und wissenschaftlichen Denkens 7), Berlin 1968, S. 261.

236 Winter, Frühliberalismus in der Donaumonarchie, S. 223–229, S. 261.

237 Vgl. Winter, Der Briefwechsel Bernard Bolzanos mit Franz Exner, S. XIX–XX.

zeige.[238] Eduard Winter sowie auch Thienen-Adlerflycht betonen die Rolle der Böhmen im Umkreis von Thun. Insbesondere Winter versuchte damit – wohl auch seiner späteren Situation als Professor in der DDR geschuldet – eine frühe Verständigung von Slawentum und Deutschtum zu zeigen.[239]

1.3.2.4.1. Srbik – Borodajkewycz – Winter

Winter hatte sich schon seit den 1930er-Jahren mit Thun beschäftigt und für diese Zeit lässt sich ein Beziehungsdreieck herausarbeiten, das für die Forschungsgeschichte und die Rezeption von Thun von Interesse ist: nämlich das Dreieck Eduard Winter – Heinrich Srbik[240] – Taras Borodajkewycz[241]. Heinrich Srbik war 1929 maßgeblich an der Wiederbelebung der *Kommission für die neuere Geschichte Österreichs* beteiligt und hat sich in der Folge besonders für Aufarbeitung und Edition des Nachlasses von Leo Thun-Hohenstein stark gemacht.[242] Für die Bearbeitung des Projekts gewann er Taras Borodajkewycz, einen seiner Schüler.[243] Die Finanzierung des Vorhabens stellte Srbik durch eine außerordentliche Dotation des Unterrichtsministers sicher. Im Jahr 1936 kamen dann 14 Kartons mit Archivalien aus dem Thun'schen Familienarchiv ins Haus-, Hof- und Staatsarchiv (HHStA) nach

238 Thienen-Adlerflycht, Graf Leo Thun im Vormärz, S. 19.

239 Vgl. etwa Winter, Frühliberalismus in der Donaumonarchie, S. 225–227; auch Jiri Nemec, Eduard Winter (1896–1982). „Eine der bedeutendsten Persönlichkeiten der österreichischen Geistesgeschichte unseres Jahrhunderts ist in Österreich nahezu unbekannt", in: Karel Hruza (Hg.), Österreichische Historiker 1900–1945. Lebensläufe und Karrieren in Österreich, Deutschland und der Tschechoslowakei in wissenschaftsgeschichtlichen Portraits, Wien, Köln, Weimar 2008, S. 619–675, hier S. 673–674.

240 Heinrich von Srbik (Wien 1878–1951 Ehrwald), Historiker und Politiker, 1912 ao. Prof. an der Universität Graz, 1917 o. Prof. für neuere Geschichte und Wirtschaftsgeschichte, 1922 o. Prof. für Geschichte der Neuzeit an die Universität Wien, 1929–1930 Unterrichtsminister, 1938–1945 Präsident der Akademie der Wissenschaften, 1945 aus Universitätsdienst entlassen.

241 Taras Borodajkewycz (Baden bei Wien 1902–1984 Wien), Archivar und Historiker, 1937 Dozent an der Univ. Wien, 1942–1945 ao. Prof. an der Univ. Prag, 1955–1966 Professor an der Hochschule für Welthandel in Wien.

242 Siehe Fellner, „… ein wahrhaft patriotisches Werk", S. 104.

243 Zur Person Borodajkewycz siehe Fritz Fellner/Doris A. Corradini, Österreichische Geschichtswissenschaft im 20. Jahrhundert. Ein biographisch-bibliographisches Lexikon (= Veröffentlichungen der Kommission für Neuere Geschichte Österreichs 99), Wien 2006; zu Borodajkewyczs Wirken nach 1945 und die Skandale um seine Person vor allem Gerald Kasemir, Spätes Ende für „wissenschaftlich" vorgetragenen Rassismus. Die Borodajkewycz-Affäre 1965, in: Michael Gehler (Hg.), Politische Affären und Skandale in Österreich. Von Mayerling bis Waldheim, Innsbruck ²2007, S. 486–501; Heinz Fischer, Einer im Vordergrund, Wien 1966.

Wien, bei dem Borodajkewycz angestellt war. Das damalige Familienoberhaupt, Franz Anton Thun-Hohenstein, fürchtete nämlich eine Beschlagnahmung des Familienarchivs durch die tschechoslowakischen Behörden. In der Folge arbeitete Borodajkewycz im HHStA an der Edition. Aus dieser Zeit stammen auch Abschriften von Briefen, die noch heute im Besitz der Kommission sind. Borodajkewycz kam auf Grund der finanziellen Not der Kommission und durch Mitarbeit an anderen Projekten jedoch nur langsam voran. Seit dem „Anschluss" 1938 und spätestens mit Kriegsbeginn verlief sich das Projekt.[244] Nach 1945 wurde eine Wiederaufnahme des Projekts in der Kommission – die Archivalien befanden sich damals noch im HHStA in Wien – zwar diskutiert, scheiterte aber an zwei Problemen. Einerseits befürchtete man, dass die Dokumente bald von der Tschechoslowakei zurückverlangt werden würden. Schwerwiegender wog aber wohl, dass „der seinerzeitige Bearbeiter", wie es beschönigend hieß „‚vermutlich beruflich verhindert' wäre"[245].

Winter und Borodajkewycz waren seit den 1930er-Jahren miteinander bekannt und sie verband in den ersten Jahren das Engagement in der katholischen Bewegung und ein gemeinsames wissenschaftliches Interesse, nämlich die „katholischen Geistesströmungen im 19. Jahrhundert in Böhmen."[246] Beide sahen in Thun damals zwar eine vermittelnde und verbindende Gestalt, jedoch mit leicht unterschiedlichen Konnotationen. Winter betonte vor allem Thuns Versuche der Vermittlung zwischen Deutschen und Tschechen und stellte Thun als einen typischen Vertreter Altösterreichs dar.[247] Hingegen fand Borodajkewycz anerkennende Worte dafür, dass er das

244 Siehe Fellner, „… ein wahrhaft patriotisches Werk", S. 108–109. Ein Ergebnis der Arbeiten ist ein Aufsatz zu Leo Thun und Onno Klopp: Taras von Borodajkewycz, Leo Thun und Onno Klopp, in: Gesamtdeutsche Vergangenheit. Festgabe für Heinrich Ritter von Srbik, München 1938, S. 319–334.

245 Fellner, „… ein wahrhaft patriotisches Werk", S. 134. Vgl. auch einen Brief an Srbik, Wien 14.04.1949, Personalakte Srbik, Archiv der Österreichischen Akademie der Wissenschaften. Für den Hinweis sei Doris Corradini gedankt.

246 Nemec, Eduard Winter (1896–1982), S. 626. Etwa Borodajkewycz Wiener Dissertation, Taras von Borodajkewycz, Deutscher Geist und Katholizismus im 19. Jahrhundert. Dargestellt am Entwicklungsgang Constantins von Höfler, Salzburg, Leipzig 1935. Beide standen auch in brieflichem Kontakt. Vgl. zu Borodajkewycz und Winters Verbindungen nach 1945 auch Michael Hochedlinger/Thomas Just, „Diese Diebstähle sind einzig in der Geschichte aller Archive der Welt". Die Affäre Grill 1951–1953. Ein Beitrag zur Personalgeschichte des Haus-, Hof- und Staatsarchivs zwischen 1. und 2. Republik, in: Mitteilungen des Instituts für österreichische Geschichtsforschung (2005), S. 362–388, hier S. 379–380.

247 Vgl. etwa Winter, Graf Leo Thun, S. 301. Winter sah sich wohl auch selbst in dieser Nachfolge, vgl. dazu Eduard Winter, Erinnerungen (1945–1976), herausgegeben von Gerhard Oberkofler, Frankfurt a.M., Berlin, Bern, New York, Paris, Wien 1994, S. 5.

„geistige Band […] zwischen dem Kaiserstaat und Deutschland"[248] erneuert habe. Eine Sichtweise, die Winter allerdings nicht gänzlich fremd war, wenn man bedenkt, dass auch er „das Sudetendeutschtum als Mittler zwischen Nord und Süd"[249] ansah und die Sudetendeutschen als „die Vorkämpfer des deutschnationalen Gedankens in Österreich" im 19. und 20. Jahrhundert bezeichnete.[250] Allerdings mischten sich bei Borodajkewycz die damaligen politischen Verhältnisse mehr als bei Winter in die Betrachtung der Vergangenheit. Das zeigt sich darin, dass Borodajkewycz Thun auf Grund von dessen Konservatismus kritisch gegenüberstand. Aus Borodajkewycz Sicht verhinderte Thuns konservative Weltanschauung nämlich „jeden ‚nationalen' Aufbruch unseres Volkes"[251], besonders durch ein „doktrinär idealisiertes Bild des Heiligen Römischen Reichs Deutscher Nation".[252] Folgenreich war diese Überzeugung, nach Ansicht von Borodajkewycz, auch für die Entwicklung der Geschichtsschreibung in Österreich: Eine politische Geschichtsschreibung, wie sie sich in Deutschland vollzogen hatte, wurde durch die konservative Weltanschauung von Thun unterdrückt:

> Die politische Unfruchtbarkeit dieses seltsamen Gemenges von mittelalterlichem Universalismus und staatlichen Ratlosigkeiten, die schließlich zu einem besonderen Vorzug des Vielvölkerstaates gestempelt wurde, konnte auch keine politische Geschichtsschreibung hervorbringen.[253]

Eine wahre politische Geschichtswissenschaft wurde in Österreich aus seiner Sicht erst durch Heinrich von Srbik begründet, – womit sich der Kreis schließt. Das Interesse Srbiks an Thun rührt wohl schon aus dem Jahr 1914, als er an einer biografischen Studie[254] seines Großvaters Wilhelm Heinrich Grauert arbeitete, der 1850 von Thun auf den Wiener Lehrstuhl für Geschichte berufen worden war.[255] Zudem mag eine persönliche Ver-

248 Borodajkewycz, Leo Thun und Onno Klopp, S. 319.

249 Eduard Winter, Das Sudetendeutschtum als Mittler zwischen Nord und Süd, in: Gesamtdeutsche Vergangenheit. Festgabe für Heinrich Ritter von Srbik, München 1938, S. 14–20.

250 Winter, Das Sudetendeutschtum als Mittler zwischen Nord und Süd, S. 20. Umgekehrt hat Srbik die Arbeiten von Winter in den MIÖG rezensiert, 1933 und 1934.

251 Borodajkewycz, Leo Thun und Onno Klopp, S. 332.

252 Borodajkewycz, Leo Thun und Onno Klopp, S. 332.

253 Borodajkewycz, Leo Thun und Onno Klopp, S. 334.

254 Heinrich Ritter von Srbik, Ein Schüler Niebuhrs: Wilhelm Heinrich Grauert (= Sitzungsberichte der Akademie der Wissenschaften, Philosophisch-Historische Klasse 176,4), Wien 1914.

255 Vgl. die Briefe von Srbik an Wilhelm Bauer vom 7. und vom 13. Januar 1914, in: Jürgen Kämmerer (Hg.), Heinrich Ritter von Srbik. Die wissenschaftliche Korrespondenz des Historikers 1912–1945 (= Deutsche Geschichtsquellen des 19. und 20. Jahrhunderts 55), Boppard am Rhein 1988, S. 20 und 22.

bundenheit zu Leo Thun auch durch die gemeinsame Herkunft gegeben gewesen sein, Srbiks Vater stammte ebenfalls aus Böhmen.[256] Daneben war Srbik, zwar nur ein knappes Jahr, selbst Unterrichtsminister gewesen und stand damit in der Nachfolge des Grafen. Dass die Arbeiten zur Thun-Edition just zu der Zeit in Angriff genommen worden sind, als Srbik an seinem viel beachteten Werk „Deutsche Einheit"[257] arbeitete,[258] mag wohl auch daran liegen, dass in der Zeit nach 1848 wesentliche Weichenstellungen für die politische Entwicklung vollzogen wurden, gleichzeitig wurde speziell in der Ära Thun die grundlegende Basis für den Aufschwung der Geschichtswissenschaft in Österreich gelegt: Damals wurde einerseits eine gewisse geistige ‚deutsche Einheit' hergestellt[259], gleichzeitig aber eine spezifisch österreichische Wissenschaftstradition zu etablieren versucht, die sich zwar mit einer gesamtdeutschen Entwicklung, wie sie Srbik damals vorschwebte, nur teilweise vertrug, aber sich dennoch anschickte, der borussischen Geschichtsschreibung etwas entgegenzusetzen.[260] Thun und sein Staatssekretär Joseph Alexander von Helfert[261] hatten dazu die Gründung eines *Instituts für Österreichische Geschichtsforschung* (IOeG) angeregt, das den Weg zu einer vaterländisch-großösterreichischen Nationalgeschichtsschreibung ebnen sollte.[262] Allerdings scheiterte der Plan Thuns zur Etablierung einer

256 Vgl. Adam Wandruzka, Einführung, in: Jürgen Kämmerer (Hg.), Heinrich Ritter von Srbik. Die wissenschaftliche Korrespondenz des Historikers 1912–1945, Boppard am Rhein 1988, S. XI–XXI, hier S. XI.

257 Heinrich Ritter von Srbik, Deutsche Einheit. Idee und Wirklichkeit vom Heiligen Reich bis Königgrätz Bd. 1–4, München 1935–1942.

258 Vgl. auch Heinrich Ritter von Srbik, Gesamtdeutsche Geschichtsauffassung. Vortrag gehalten in der allgemeinen Sitzung der 57. Versammlung deutscher Philologen und Schulmänner in Salzburg am 28. September 1929, in: Deutsche Vierteljahrsschrift für Literaturwissenschaft und Geistesgeschichte (1930), S. 1–12.

259 „Wie Oesterreich wirtschaftlich mit Deutschland eine mitteleuropäische Einheit werden sollte, so auch geistig-kulturell. Auch die Erneuerung des Unterrichtswesens ist aus dem großösterreichischen, in den mitteleuropäisch-großdeutschen überfließenden Gedanken mit zu erklären. Die Autonomie der Hochschulen und die Gelehrtenversammlungen aus dem engern Deutschland sollten den preußischen Primat der Wissenschaften einholen. Niemals hat Oesterreich eine so gewaltige Aufwärtsbewegung seiner Universitäten in Freiheit der Wissenschaft und ihrer Lehre und seines ganzen Bildungswesens auch auf den mittleren und unteren Stufen erfahren, wie durch den Unterrichtsminister Leo Thun." Heinrich Ritter von Srbik, Deutsche Einheit. Idee und Wirklichkeit vom Heiligen Reich bis Königgrätz, Bd. 2, München 1935, S. 131.

260 Vgl. dazu auch Heinrich Ritter von Srbik, Geist und Geschichte. Vom deutschen Humanismus bis zur Gegenwart, Bd. 2, Salzburg 1951, S. 92–113.

261 Joseph Alexander Freiherr von Helfert, Über Nationalgeschichte und den gegenwärtigen Stand ihrer Pflege in Österreich, Prag 1853.

262 Vgl. auch Lhotsky, Geschichte des Instituts für Österreichische Geschichtsforschung 1854–1954, S. 21–29.

Geschichtswissenschaft mit politisch-erzieherischem Charakter weitgehend und verkehrte sich im IOeG ins Gegenteil, denn dieses entwickelte sich zu einer Schule der historischen Hilfswissenschaften.[263] Damit überließ man aus der Sicht von Srbik wieder der preußischen Geschichtswissenschaft die Meinungsführerschaft, was gerade im Hinblick auf die Förderung eines gesamtdeutschen Bewusstseins verheerend war. Die ausgewogenen Arbeiten und Leistungen der österreichischen Geschichtsforschung traten darüber in den Hintergrund, „Versäumnisse, die sich auf dem wissenschaftlichen und dann politischen Feld bitter gerächt haben!"[264]

1.3.2.5. Arbeiten zu Thun nach Lentze

In der Folge von Lentze und Thienen-Adlerflycht gab es keine intensive Auseinandersetzung mehr mit den Unterrichtsreformen und Leo Thun. Besonders Lentzes Arbeit entwickelte sich zum Standardwerk über die Reformen, dem sich die meisten Forscher und Forscherinnen anschlossen, dennoch gab es weiterhin unterschiedliche Schattierungen in der Forschung. Den Einfluss Bolzanos und Herbarts betont etwa William Johnston[265] in seiner Geistesgeschichte Österreichs. Ähnlich wie Winter deutet Johnston den Josephinismus mehr als Reformkatholizismus denn als Versuch ein Staatskirchentum[266] zu errichten und Thun als Vertreter des späten Josephinismus. Er sieht diesen ganz in der geistigen Nachfolge von Leibniz, Bolzano und Herbart und schreibt ihm und seinen liberalen Reformen die geistige Wiedergeburt Österreichs zu:

263 Vgl. dazu Lhotsky, Geschichte des Instituts für Österreichische Geschichtsforschung 1854–1954, S. 4–7. Dieser zitiert auch Sigmund Herzberg-Fränkl, der meint, das Institut sei „das unpolitische Werk politischer Bestrebungen" geworden, ebenda. S. 7. Zuletzt zur Geschichte des Instituts Ernst Zehetbauer, der aber für die Gründungsgeschichte des Instituts keine neuen Erkenntnisse präsentiert. Vgl. Ernst Zehetbauer, Geschichtsforschung und Archivwissenschaft. Das Institut für Österreichische Geschichtsforschung und die wissenschaftliche Ausbildung der Archivare in Österreich, Hamburg 2014.

264 Srbik, Geist und Geschichte, S. 99, vgl. insgesamt ebenda S. 98–101.

265 William M. Johnston, Österreichische Kultur- und Geistesgeschichte. Gesellschaft und Ideen im Donauraum. 1848 bis 1938, Wien, Köln, Graz 1974.

266 Diese Ansicht wurde damals vor allem von Ferdinand Maaß vertreten: Ferdinand S. J. Maass, Der Josephinismus. Quellen zu seiner Geschichte in Österreich 1760–1790. Amtliche Dokumente aus dem Wiener Haus-, Hof- und Staatsarchiv und dem allgemeinen Verwaltungsarchiv in Wien (= Fontes rerum Austriacarum. 2. Abteilung, Diplomataria et acta), Wien 1951–1961. Siehe auch Ferdinand S. J. Maass, Der Josephinismus. Die Geschichte des österreichischen Reformkatholizismus 1740–1848 von Eduard Winter, in: Historische Zeitschrift 198 (1964), S. 682–684.

> Ausgehend von den Leibnizschen Voraussetzungen, daß Religion und Wissenschaft einander nicht widersprechen können, riskierte es Thun, die Studenten zu lehren, wie sie für sich selbst zu denken hätten, und verhalf damit österreichischer Gelehrsamkeit zu einer Wiedergeburt.[267]

Den Einfluss von Bolzano auf die Universitätsreform hat zuletzt Brigitte Mazohl konstatiert, wenngleich sie zum Schluss kommt, dass Thun und seine Mitstreiter zwar von Bolzanos Ideen beeinflusst waren, aber gerade die kritische Schulung durch das Denken Bolzanos und dessen Auseinandersetzung mit Kant eben nicht zu einer angestrebten Verbindung von Glauben und Wissenschaft geführt haben, sondern genau zu dessen Gegenteil.[268]

Robert A. Kann sprach ähnlich wie Thienen-Adlerflycht von einer „komplexen Staatsphilosophie"[269] Thuns, bei der man Thuns Haltung in Universitätsfragen nicht mit Thuns Religionspolitik vermischen dürfe. Außerdem hebt er Thun von anderen „opportunistischen Würdenträgern des neo-absolutistischen Regimes"[270] ab und dreht somit das Urteil vieler Zeitgenossen Thuns um.

Ein Beispiel dafür, dass Thun auch weiterhin negativ bewertet worden ist, bietet Sepp Domandl, der mit Thun und seinem ebenfalls schon mehrmals genannten engen Vertrauten Helfert streng ins Gericht geht:

> Die Entgleisungen Helferts und die Haltung Thuns Stifter gegenüber ist insofern erklärlich, als beide Politiker waren, die nur im Freund-Feind-Schema denken konnten; sie waren unduldsam und ungerecht gegen jeden, der zu charakterfest war, sich deutlich sichtbar ihrer Doktrin unterzuordnen[271]

Domandl rekurriert zwar auf Lentzes Arbeiten, sein eigenes Urteil leitet sich allerdings von einem speziellen Fall ab, nämlich der Ablehnung des von Adalbert Stifter konzipierten Lesebuchs und dessen spätere Entlassung als Schulrat in Oberösterreich. Domandl wirft Thun vor, sein Amt parteiisch und doktrinär geführt zu haben. Besonders kritisiert er auch Thuns

267 Johnston, Österreichische Kultur- und Geistesgeschichte, S. 283.

268 Mazohl-Wallnig, Der Einfluss Bolzanos und der Bolzanisten auf die österreichische Universitätsreform der Jahre 1848/49, S. 245–246.

269 Robert A. Kann, Hochschule und Politik im österreichischen Verfassungsstaat (1867–1918), in: Gerhard Botz/Hans Hautmann/Karl Stadler (Hgg.), Geschichte und Gesellschaft. Festschrift für Karl R. Stadler zum 60. Geburtstag, Wien 1974, S. 507–526, hier S. 513.

270 Kann, Hochschule und Politik im österreichischen Verfassungsstaat (1867–1918), S. 510.

271 Sepp Domandl, Adalbert Stifters Lesebuch und die geistigen Strömungen der Zeit (= Schriftenreihe des Adalbert Stifter-Institutes des Landes Oberösterreich 29), Linz 1976, S. 106.

Ablehnung Kants.[272] Wenngleich die Darstellung von Thuns und auch Helferts Verhalten in diesem Fall kein gutes Licht auf den Minister wirft, so erscheint die Kritik auch dem verletzten Stolz des Stifter-Forschers entsprungen.

Dagegen knüpfte Helmut Engelbrecht mehr an die Sicht von Thienen-Adlerflycht an, er erkennt in Thun das Muster „eines sich für das allgemeine Wohl verzehrenden Beamten, in seiner Gesinnung ein fortschrittlicher Konservativer. Er verstand es, einen zukunftssicheren Weg zwischen Revolution und Reaktion zu finden."[273]

Gerhard Oberkofler charakterisiert Thun als „katholisch-liberal denkenden, als Politiker aber durchaus auf dem Boden einer römisch-katholischen Restauration"[274] stehenden Minister und ist damit auf der Linie von Lentze.

Helmut Rumpler sieht in Thun schließlich einen Fachminister, der in Sachfragen mit den Liberalen sympathisierte und nach außen „als Vertreter einer streng konservativen und klerikalen Richtung scheinbar ein politisches Gegengewicht zur liberalen Kabinettsmehrheit"[275] bilden und so die konservative Hofpartei beruhigen sollte. Auch er deutet Thun als den Typus eines den liberalen Reformen aufgeschlossenen Bohemoslaven.[276]

In den 1970er- und 1980er-Jahren hat sich auch die österreichische soziologische Forschung des Themas Universitäten angenommen und damit auch den Impuls der Universitätsreformen aus den 1970er-Jahren (UOG 1975) sowie die Forderung nach der gesellschaftlichen Relevanz bzw. der gesellschaftlichen Rückbezogenheit der Universitäten reflektiert. Die Initialzündung dazu bildete die große Arbeit von Marina Fischer-Kowalski und Hermann Strasser vom *Institut für höhere Studien*, die gleichzeitig auch als geistige Unterfütterung der Universitätsdebatten und Reformen der Ära Firnberg anzusehen ist.[277] Im Zentrum ihrer Analysen stehen die

272 Siehe Domandl, Adalbert Stifters Lesebuch und die geistigen Strömungen der Zeit, S. 85 und 92–106.

273 Helmut Engelbrecht, Geschichte des österreichischen Bildungswesens. Erziehung und Unterricht auf dem Boden Österreichs, Bd. 4 (Von 1848 bis zum Ende der Monarchie), Wien 1986, S. 27–28.

274 Gerhard Oberkofler, Die Petition der drei weltlichen Fakultäten um Aufhebung der Jesuitenfakultät von Jahr 1873. Ein Beitrag zur Geschichte des Kampfes zwischen kirchlichem und freiem Denken an der Universität Innsbruck, in: Tiroler Heimat 36 (1973), S. 77–91, S. 78.

275 Helmut Rumpler, Eine Chance für Mitteleuropa. Bürgerliche Emanzipation und Staatsverfall in der Habsburgermonarchie (= Österreichische Geschichte 6), Wien 1997, S. 321.

276 Rumpler, Eine Chance für Mitteleuropa, S. 335.

277 Marina Fischer-Kowalski/Hermann Strasser, Selbstbestimmung und Fremdbestimmung der österreichischen Universität. Ein Beitrag zur Soziologie der Universität. Im Auftrag des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung, Wien September 1973.

Wechselwirkungen zwischen Universität und Gesellschaft, Fragen der Produktion von Herrschaftswissen durch die Universitäten bzw. die Frage der Steuerung von Universitäten und deren Forschung und damit letztlich die Frage nach der Autonomie der Universitäten. Kennzeichnend für die Ära Thun sehen der Soziologe und die Soziologin besonders die zunehmende Rolle der Wissenschaft/Forschung als Produktivkraft besonders der naturwissenschaftlichen und technischen Wissenschaften.[278] Gleichzeitig sollte das reformierte Bildungssystem die Binnenstabilisierung der Monarchie erhöhen, zunächst in katholisch-restaurativem Sinne und späterhin um die Abgrenzung des aufstrebenden Bildungsbürgertums von der Arbeiterschaft zu zementieren, wodurch sich die Universitäten (aber auch die Gymnasien) von großen Teilen der Gesellschaft entkoppelten und letztlich auf sich selbst reduzierten. Zumal man nach 1945 gerade an diese Entwicklung wieder anknüpfte – diesmal mit Verweis auf die bewiesene Notwendigkeit der Autonomie der Universitäten/Wissenschaften nach dem Nationalsozialismus (s.o.) – sahen sie damit die Trennung von Gesellschaft und Universität fortgesetzt. Auf dieser Arbeit aufbauend untersuchte Susanne Preglau-Hämmerle[279] zehn Jahre später ebenfalls das österreichische Universitätssystem, wobei sie – mit deutlich größerer Literaturgrundlage – zu ähnlichen Ergebnissen kommt. Die Thun'schen Reformen deutete sie dabei zunächst als Übernahme des Humboldt'schen Modells mit einer Fokussierung auf das neuhumanistische Bildungsideal und erkannte in der Abkehr vom utilitaristischen Ideal des Vormärzes einen deutlichen Funktionswandel der Universitäten. Ähnlich deutete damals auch Josef Hochgerner[280] den Reformprozess, indem er jedoch besonders die Studenten im Auge hatte.

Mehrere jüngere Arbeiten zu Thun und den Reformen stammen von Forschern der Universität Graz, wo mit der Ernennung von Walter Höflechner zum Leiter der *Abteilung für österreichische Kultur- und Wissenschaftsgeschichte* seit den späten 1970er-Jahren ein Zentrum für Universitätsgeschichte in Österreich entstanden ist. Diese neueren Arbeiten sind besonderes dem wiedererwachten Interesse an Universitätsreformen geschuldet, das

278 Vgl. Fischer-Kowalski et al., Selbstbestimmung und Fremdbestimmung der österreichischen Universität, S. 87–115.

279 Susanne Preglau-Hämmerle, Die politische und soziale Funktion der österreichischen Universität (= Vergleichende Gesellschaftsgeschichte und politische Ideengeschichte der Neuzeit 5), Innsbruck 1986; siehe auch mit Blick auf Innsbruck: Susanne Preglau-Hämmerle, Die Universität Innsbruck in der Geschichte Tirols, in: Heinz Fischer/Susanne Preglau-Hämmerle (Hgg.), Heile Welt in der Region? Beiträge zum politischen und sozialen System Tirols, Bregenz 1983, S. 108–146.

280 Josef Hochgerner, Studium und Wissenschaftsentwicklung im Habsburgerreich. Studentengeschichte seit Gründung der Universität Wien bis zum Ersten Weltkrieg, Wien 1983.

der Bologna-Prozess und die damit verbundenen Diskussionen um die Aufgabe der Universitäten und historische Vorbilder geweckt hat. Damit zeigt sich ähnlich wie in den 1950er- und 1960er-Jahren, dass aktuelle Entwicklungen auch das Interesse an historischen Reformen befeuern. Zu nennen sind dabei einerseits mehrere Arbeiten von Walter Höflechner[281] selbst. Besonders in einem 2010 erschienenen Aufsatz[282] fasst er den bisherigen Stand der Forschung zusammen und untersucht die Thun'schen Reformen insbesondere daraufhin, inwiefern sie durch die sogenannten Humboldt'schen Reformen beeinflusst worden sind, bzw. davon abhängig waren. Einen ähnlichen Ansatz wie die vorliegende Arbeit, nämlich die Umsetzung der Thun'schen Reform für die eine ganze Universität zu untersuchen, besitzt die Arbeit von Manfred Bauer, der die Reform an der Universität Graz „unter dem Mikroskop"[283] betrachtet. Sein Untersuchungszeitraum beschränkt sich jedoch auf die unmittelbaren Jahre der Reform zwischen 1846 und 1852 sowie auf die philosophische Fakultät der Grazer Universität. Dabei hat er zweifelsohne zentrale Jahre der Reform untersucht, muss jedoch selbst eingestehen, dass für eine Bewertung der Reformen dieser Zeitraum zu kurz gewählt ist, zumal sich in dieser Übergangsphase Neues und Altes vielfach ergänzten bzw. noch in Verhandlung standen. Nichtsdestotrotz verdeutlicht die Arbeit, wie schwierig die Umsetzung der Reform im Einzelnen war bzw. welch großen historischen Einschnitt sie in der Grazer Universitätsgeschichte darstellen. Dass Thun seine Kompetenzen, wie Bauer schreibt, mehrfach „übersteuerte"[284], sieht er besonders den Schwierigkeiten bei der Reform und Thuns Anspruch geschuldet, die Universität nach seinen Vorstellungen zu gestalten. Die Arbeit von Bauer ermöglicht außerdem einen Vergleich zu der Umsetzung der Reformen in Innsbruck – besonders da die beiden Universitäten in Größe und Ausstattung Ähnlichkeit besaßen – und verdeutlicht, wie in den folgenden Kapiteln mehrfach zu zeigen sein wird, sowohl Parallelen als auch Unterschiede in beiden Hochschulen.

Die zum 650-Jahr Jubiläum der Universität Wien herausgegebenen Bände geben zumindest teilweise einen Einblick in die Umsetzung der Thun'schen Reform. Allerdings findet sich dort auf Grund des längeren

281 Höflechner, Österreich: eine verspätete Wissenschaftsnation?; Walter Höflechner, Zum System Wissenschaft und seinen institutionellen Komponenten in Österreich bis zum Zweiten Weltkrieg, in: Karl Acham (Hg.), Geschichte der österreichischen Humanwissenschaften, Wien 2004, S. 481–544.

282 Höflechner, Nachholende Eigenentwicklung?

283 Manfred Bauer, Eine Reform unter dem Mikroskop. Die Umsetzung der „Thun-Hohensteinschen" Universitätsreform an der Philosophischen Fakultät der Karl-Franzens-Universität Graz, Graz 2012.

284 Bauer, Eine Reform unter dem Mikroskop, S. 28.

Zeitschnittes und der Konzeption der Bände als Übersichtswerke, gerade was die praktische Implementation der Reform betrifft, wenig Konkretes. Neben dem vierbändigen Werk[285] zur Geschichte der Universität im langen zwanzigsten Jahrhundert, das auch die Reformära Thuns einschließt, seien auch die beiden Bände erwähnt, die sich den *Stätten des Wissens*[286] und der Geschichte des neuen Hauptgebäudes[287] der Universität Wien am Ring widmen. Dieses wurde in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts errichtet, aber bereits in der Ära Thuns gab es erste Pläne und Vorarbeiten dazu.[288]

Zuletzt sei noch auf die Dissertation von Jan Surman[289] hingewiesen, die aus dem Initiativkolleg *Die Naturwissenschaften im historischen Kontext* der Universität Wien hervorgegangen ist. Surman untersucht – ausgehend vom Ansatz des *spatial turn* und diesen auf die Wissenschaftsgeschichte übertragend – die Konstruktion einer wissenschaftlichen Landschaft der Habsburgermonarchie und die Aus- und Wechselwirkungen derselben auf die Etablierung von kultureller (kulturellen) und nationaler (nationalen) Identität(en) innerhalb derselben. Dabei sieht er gerade in der Revolution von 1848 und der darauffolgenden Wissenschaftspolitik von Leo Thun die entscheidende Scheidelinie, ab welcher Wissenschaft in Österreich sowohl als universelles Projekt für die Etablierung einer gesamtstaatlichen Einheit als auch ein Mittel zur nationalen Selbstbewusstmachung der einzelnen Nationen betrieben werden konnte. Wissenschaft wurde damit zu einem (weiteren) konfliktbeladenen Feld der Habsburgermonarchie. Da Surman neben zahlreichen Quellen auch umfassend die Literatur zu den Universitäten in Krakau, Lemberg, Prag und Czernowitz aufgearbeitet hat, bietet die Arbeit zudem einen guten Zugang zur Geschichte dieser Universitäten und überbrückt damit auch die vielfach bestehenden sprachlichen Hindernisse in der Auseinandersetzung mit diesen vormals österreichischen Universitäten und der Historiografie zu denselben.

285 Friedrich Stadler (Hg.), 650 Jahr Universität Wien. Aufbruch ins neue Jahrhundert, 4 Bände, Göttingen 2015.

286 Julia Rüdiger/Dieter Schweizer (Hgg.), Stätten des Wissens: Die Universität Wien entlang ihrer Bauten 1365–2015, Wien, Köln, Weimar 2015.

287 Rüdiger, Die monumentale Universität.

288 Ebenda, S. 28–35. Als Ergänzung dazu siehe auch einen Brief der damals betrauten Projektleiter Eduard van der Nüll, August Sicard von Sicardsburg und Heinrich Ferstel an Leo Thun, Wien, April 1856, Nachlass Leo Thun, A3 XXI D171, Staatliches Gebietsarchiv Leitmeritz, Zweigstelle Tetschen-Bodenbach.

289 Surman, Habsburg Universities 1848–1918. Vgl. auch Ash et al., The Nationalization of Scientific Knowledge in Nineteenth-Century Central Europe.

1.3.2.6. Internationale Rezeption

In der internationalen Forschung fanden Thun und die Reformen, abgesehen von den bereits genannten Arbeiten von Johnston und Kann, geringes Interesse. Wenn er doch Erwähnung findet, geschieht das meist im Rahmen von Arbeiten zur österreichischen Kulturgeschichte. Die Bewertungen Thuns schließen sich dabei erwartungsgemäß dem österreichischen Forschungsstand an. In Überblickswerken begnügt man sich meist damit, die Universitätsreform mit dem Namen Thun-Hohenstein in Verbindung zu bringen und das preußische Vorbild zu benennen.[290] Hervorzuheben sind in der englischsprachigen Forschung die Arbeiten von Gary B. Cohen, Peter Wozniak und Deborah Coen. Ersterer untersuchte die Rolle von Bildung für die aufstrebende Bürgerschicht im Habsburgerreich. In Bezug auf Thun betont er vorwiegend dessen starke Hand („virtually dictatorial authority"[291]) bei der Umsetzung der Reform. Ausführlicher widmet sich Peter Wozniak Leo Thun-Hohenstein.[292] Er streicht den Einfluss von Bolzano und des böhmischen Reformkatholizismus heraus und schildert Thun als Konservativen, dessen Konservativismus zwar auf dem Festhalten am katholischen Glauben gründete, der aber sonst sehr reformorientiert war.[293] Deborah Coen behandelt die Reformen in ihrer Arbeit zur Familie Exner.[294] In der französischsprachigen Forschung ist einzig die Arbeit von Jean-Paul Bled[295] zu nennen, der Thun als Gründer des Instituts für Österreichische Geschichtsforschung behandelt, dabei aber weitgehend der österreichischen Literatur folgt. Jüngst gibt es auch von italienischen Forscherinnen erste Anläufe die Thun'schen Reformen – besonders im Königreich Lombardo-Venetien – zu untersuchen. Erwähnt seien die Forschungen von Simonetta Polenghi, die insbesondere zur Geschichte der Schulbildung forscht und sich in diesem Zusammenhang auch mit der Thun'schen Reform der Gymnasien beschäftigt hat. Jüngst ist auch ein Beitrag zur Umsetzung der Thun'schen Reformen an der Universität Pavia von Alessandra Ferraresi erschienen, der bei

290 Vgl. etwa Walter Rüegg (Hg.), Geschichte der Universität in Europa, Bd. 3 (Vom 19. Jahrhundert zum Zweiten Weltkrieg), München 2004, S. 57–59.

291 Cohen, Education and Middle-Class Society in Imperial Austria 1848–1918, S. 26.

292 Peter Wozniak, Count Leo Thun: A Conservative Savior of Educational Reform in the Decade of Neoabsolutism, in: Austrian History Yearbook 26 (1995), S. 61–81.

293 Wozniak, Count Leo Thun: A Conservative Savior of Educational Reform in the Decade of Neoabsolutism, S. 65–66.

294 Deborah R. Coen, Vienna in the age of uncertainty. Science, Liberalism, and Private Life, Chicago 2007.

295 Jean-Paul Bled, Le comte Léo Thun et l'Institut für Österreichische Geschichtsforschung, in: Austriaca. Cahiers Universitaires d'Information sur l'Autriche (1978), S. 79–93.

der Tagung *„Für Geist und Licht! … Das Dunkel schwand." Die Thun-Hohenstein'schen Universitätsreformen 1849–1860. Konzeption – Umsetzung – Nachwirkungen* im Juni 2013 an der Universität Innsbruck präsentiert worden ist.[296]

Die großen internationalen Überblickswerke zur Geschichte der Universität widmen Österreichs Universitätsreformen meist nur wenig Raum und sehen vor allem die Abhängigkeit von den preußischen Reformen. Dies gilt für Walter Rüeggs umfassendes Werk zur Geschichte der Universitäten in Europa[297] als auch für Andersons Überblicksdarstellung der europäischen Universitäten seit der Aufklärung.[298]

296 Die Beiträge sind erschienen in: Christof Aichner/Brigitte Mazohl (Hgg.), Die Thun-Hohenstein'schen Universitätsreformen 1849–1860. Konzeption – Umsetzung – Nachwirkungen, Wien, Köln, Weimar 2017.

297 Rüegg, Geschichte der Universität in Europa, S. 49.

298 Robert D. Anderson, European Universities from Enlightenment to 1914, Oxford 2004, S. 109–110.

2 DIE THUN-HOHENSTEIN'SCHEN REFORMEN

2.1. Die Revolution 1848

Als im März 1848 die revolutionäre Stimmung in Europa auch Österreich erfasste und die Wiener Bevölkerung ihren Unmut über die politische Situation des Vormärzes offen kundtat, standen die Studenten und Professoren der Wiener Universität in der ersten Reihe der Protestierenden.[1] Die Akademiker waren es auch gewesen, die als eine der ersten Gruppen klare Forderungen an den Kaiser gestellt hatten und am 12. März eine Petition an den Kaiser richteten. Dort baten sie Ferdinand I.[2] um die Gewährung von

> Preß- und Redefreiheit zur Herstellung eins gegenseitigen Verständnisses und Vertrauens zwischen Fürst und Volk; Hebung des Volksunterrichtes und insbesondere Einführung der Lehr- und Lernfreiheit; Gleichstellung der verschiedenen Glaubensgenossen in staatsbürgerlichem Rechte; Oeffentlichkeit und Mündlichkeit des Gerichtsverfahrens, allgemeine Volksvertretung in und außer dem deutschen Bundestheile beim Bunde.[3]

Die Petition wurde dem Kaiser von den Professoren Anton Hye[4] und Stephan Endlicher[5] überbracht, ohne dass dieser konkrete Zusagen gab. Der Ausbruch gewaltsamer Zusammenstöße in den folgenden Tagen zwischen der kaiserlichen Armee und der Wiener Bevölkerung ließ den Monarchen aber einlenken. Er versprach die Ausarbeitung einer Verfassung, die Einführung der Pressefreiheit und die Aufhebung der Zensur.[6] Am 23. März folgte schließlich der Erlass, mit dem zum ersten Mal in der Geschichte Öster-

---

1 Vgl. dazu grundsätzlich Thomas Maisel, Alma mater auf den Barrikaden. Die Universität Wien im Revolutionsjahr 1848, Wien 1998. Zuletzt auch Ash, Die Universität Wien in den politischen Umbrüchen des 19. und 20. Jahrhunderts, S. 33–48.

2 Ferdinand I. (Wien 1793–1875 Prag), 1835–1848 Kaiser von Österreich, König von Böhmen, als Ferdinand V. König von Ungarn und Kroatien.

3 Petition der am 12. März in der Aula der Wiener Universität versammelten Studenten, abgedruckt bei Engelbrecht, Geschichte des österreichischen Bildungswesens, Bd. 4, S. 515.

4 Anton Hye von Gluneck (Gleink 1807–1894 Wien), 1835–1854 Prof. am Theresianum in Wien, ab 1842 Prof. an der Universität Wien, 1849–1857 Ministerialrat, 1857–1867 Sektionschef im Justizministerium, Juni–Dez. 1867 Justizminister.

5 Stephan Endlicher (Pressburg 1804–1849 Wien), Botaniker und Philologe, ab 1840 Prof. der Botanik an der Universität Wien und Direktor des Botanischen Gartens, ab 1847 Regierungsrat, Mitwirkender an der Gründung der Akademie der Wissenschaften.

6 Siehe die Kaiserliche Proklamation in der Wiener Zeitung 76 (16.03.1848).

reichs ein Unterrichtsministerium eingerichtet wurde. Zum ersten Minister wurde Franz Freiherr von Sommaruga[7] ernannt.[8] Dieser erklärte kurz darauf, am 30. März 1848 in der Aula der Wiener Universität, dass die Regierung bereit sei, eine Reform der Österreichischen Universitäten in Angriff zu nehmen.[9] In der Rede vor den Studenten und Professoren mahnte Sommaruga aber auch zu Ruhe und Geduld mit den Reformern. Als Vorbild für die österreichischen Universitäten nannte Sommaruga die „blühenden Hochschulen Deutschlands“[10]. Außerdem kündigte er die Gewährung der von den Akademikern vehement geforderten Lehr- und Lernfreiheit als Grundlage der reformierten Universitäten an. Die Universitäten – angesprochen war vor allem das Wiener Universitätskonsitorium – sollten selbst Vorschläge für die Reform einreichen und an der Reform mitarbeiten.[11]

In den nächsten Wochen und Monaten folgte dann in kurzem Abstand eine Reihe von Erlässen und Verordnungen als erster Schritt der Reformen: Mit dem Ministerialerlass vom 6. April 1848 Z. 2618 wurde beispielsweise die Unterordnung der Universitäten unter die jeweilige Landesbehörde aufgehoben und die Verwaltung der Universitäten in die Hände der Professoren gelegt.[12] Tiefgreifende Reformschritte erfolgten auch für die philosophische Fakultät, denn mit Verfügung vom 10. Mai 1848 wurden die Gymnasien um eine siebente Klasse ergänzt und damit um zunächst ein Jahr verlängert. Diese Klasse sollte an Stelle des ersten philosophischen Kurses treten und eine achte Gymnasialklasse im folgenden Jahr das alte philosophische Studium vollständig ersetzen. Die Studenten, die das erste Jahr des alten philosophischen Kurses absolviert hatten, konnten direkt in die Fakultätsstudien übertreten.[13] Im Juni wurden schließlich auch die Annual- und Se-

7 Franz Seraph Sommaruga (Wien 1780–1860 Wien), von März 1848–Mai 1848 Unterrichtsminister, April 1848–Mai 1848 Justizminister.

8 Erlass abgedruckt bei Engelbrecht, Geschichte des österreichischen Bildungswesens, Bd. 4, S. 515.

9 Der Text der Rede Sommarugas findet sich in Auszügen bei Carl Heintl, Mittheilungen aus den Universitäts-Acten (vom 12. März 1848 bis 22. Juli 1848), Wien 1848, S. 10–11. Engelbrecht folgt dieser Ausgabe in seinem Werk. Vgl. bei Engelbrecht, Geschichte des österreichischen Bildungswesens, Bd. 4, S. 516.

10 Heintl, Mittheilungen aus den Universitäts-Acten, S. 10.

11 Vgl. Ebenda, S. 11.

12 Siehe Bestimmungen über die Lehr- und Lernfreiheit, in: Seiner k.k. apostolischen Majestät Ferdinand des Ersten politische Gesetze und Verordnungen, Wien 1848, S. 133–138; siehe auch den Erlass an die Universität, 1536/Praes. Brandis an das Studiendirektorat der philosophischen Fakultät, Innsbruck 11.04.1848, Akten der Philosophischen Fakultät 15, 3659/PH ex 1847/48, Universitätsarchiv Innsbruck.

13 Siehe den Text des Erlasses bei Engelbrecht, Geschichte des österreichischen Bildungswesens, Bd. 4, S. 517. Der Universität Innsbruck mitgeteilt durch 2303/Praes. Brandis an Pro-

mestralprüfungen ausgesetzt, deren Ablegung bisher für einen Übertritt in das nächste Studienjahr notwendig war.[14]

Schon am 5. April 1848 hatte Minister Sommaruga zudem einige Gelehrte ins Unterrichtsministerium berufen, die als Beiräte die Reform unterstützen sollten. Neben den bereits genannten Professoren Anton Hye und Stephan Endlicher gehörten dieser Gruppe im Besonderen zwei Professoren an, die großen Einfluss auf die Reformdebatte und die Gestaltung der Reform nehmen sollten: zum einen war dies Ernst Freiherr von Feuchtersleben[15], zum anderen Franz Seraphin Exner.[16] Letzterer hatte bereits seit Mitte der 1840er-Jahre innerhalb der Studienhofkommission an Plänen für eine Reform der Gymnasien und der Philosophischen Studien mitgewirkt.[17] Die Pläne waren damals jedoch auf Grund des Unwillens der herrschenden Kreise, eine Reform tatsächlich zu vollziehen, noch im Stadium der Planung abgebrochen worden. Erst die angestaute Unzufriedenheit und der revolutionäre Elan konnten die Voraussetzungen für eine tiefgreifende Reform des Unterrichtswesens schaffen.

2.2. Die Universitäten im Vormärz

Nachdem unter Maria Theresia und Joseph II. eine umfassende Reform der Universitäten vollzogen worden war und deren Nachfolger mehrere kleinere und größere Adaptionen im Bereich der Universitäten vorgenommen hatten, behielt man auch nach den Napoleonischen Kriegen dieses Studiensystem weitgehend bei.[18]

---

fessorenkollegium, Innsbruck 20.05.1848, Akten der Philosophischen Fakultät 15, 3679/PH ex 1847/48, Universitätsarchiv Innsbruck.

14 Vgl. Meister, Entwicklung und Reformen des österreichischen Studienwesens, Abhandlung, S. 70–71.

15 Ernst von Feuchtersleben (Wien 1806–1849 Wien), Philosoph und Arzt, ab 1844 Professor der Psychiatrie an der Universität Wien.

16 Siehe Richard Meister, Entwicklung und Reformen des österreichischen Studienwesens. Teil II: Dokumente (= Sitzungsberichte der Akademie der Wissenschaften, Philosophisch-Historische Klasse 239, 1. Abhandlung, Teil II), Wien 1963, S. 69–70. Siehe auch MCU/Präs. 14/1848, Österreichisches Staatsarchiv, Allgemeines Verwaltungsarchiv.

17 Siehe vor allem bei Meister, Entwicklung und Reformen des österreichischen Studienwesens, Abhandlung, S. 90–112. Zur Biografie von Exner siehe auch Frankfurter, Graf Leo Thun-Hohenstein, Franz Exner und Hermann Bonitz, S. 52–92; zuletzt besonders Coen, Vienna in the age of uncertainty.

18 Zur Situation im Vormärz Höflechner, Nachholende Eigenentwicklung?, S. 93–95, Helmut Engelbrecht, Geschichte des österreichischen Bildungswesens. Erziehung und Unterricht auf dem Boden Österreichs, Bd. 3 (Von der frühen Aufklärung bis zum Vormärz), Wien 1984, besonders S. 268–284; Peter Stachel, Das österreichische Bildungssystem zwischen 1749 und 1918, in: Karl Acham (Hg.), Geschichte der österreichischen Humanwissenschaften, Wien [1]1999, S. 115–146.

Die Fokussierung auf die Praxis[19], welche die aufgeklärten Reformpläne von Joseph II. geprägt hatte, sollte sich als bestimmendes Element der vormärzlichen Universitäten fortsetzen. Die meisten Universitäten blieben Ausbildungsstätten von Staatsbeamten. Das bedeutete, dass vor allem die Ausbildung an der juridischen Fakultät im Vordergrund stand. Die philosophische Fakultät als niedere Fakultät sollte die Studenten auf das Studium an den höheren Fakultäten vorbereiten. Daher waren gerade die kleineren Universitäten in dieser Zeit, so auch diejenige in Innsbruck, nur dem Namen nach Universitäten, in der Realität blieben sie die Lyzeen, zu denen sie unter Joseph II. herabgestuft worden waren.[20]

Der Unterricht an den Universitäten fand in der Regel nach vorgeschriebenen Lehrbüchern oder nach von der Studienhofkommission genehmigten eigenen Heften und Manuskripten der Professoren statt. Die Studenten mussten ihr erworbenes Wissen in Semestral- und Annualprüfungen unter Beweis stellen und konnten nur bei positivem Ergebnis in das nächste Studienjahr wechseln. Die Leitung der Universitäten und Fakultäten sowie die Überwachung der Lehre lagen in den Händen staatlich bestellter Direktoren.[21] Die Karlsbader Beschlüsse im Jahre 1819, die eine Überwachung der Universitäten erwirkten, schränkten zudem die traditionelle studentische Mobilität ein. Für Studien im Ausland war eine Sonderbewilligung notwendig. Da jedoch für den Staatsdienst in Österreich der Besuch einer österreichischen Universität vorgesehen war, verlor ein Studium im Ausland aber auch an Anziehungskraft. Nicht zuletzt war es durch die Einführung des ABGB und die Ausrichtung der Lehre an der juridischen Fakultät an demselben zu einer gewissen Auseinanderentwicklung der Studien im nunmehrigen Deutschen Bund gekommen. Auch deshalb war eine Wahl des Studienorts außerhalb der Monarchie gerade für ärmere Studenten wenig sinnvoll.[22]

19 Für einen Überblick zur allgemeinen Entwicklung in Europa zu dieser Zeit siehe Notker Hammerstein, Die Universitäten in der Aufklärung, in: Walter Rüegg (Hg.), Geschichte der Universität in Europa, München 1996, S. 495–506.

20 Vgl. Engelbrecht, Geschichte des österreichischen Bildungswesens, Bd. 3, S. 270; siehe auch das Urteil von Oberkofler et al., Geschichte der Universität Innsbruck (1669–1945), S. 101.

21 Vgl. auch eine zeitgenössische Schilderung in polemischer Form: Aus dem Hörsaal. Studienbilder aus Österreich, Leipzig 1848. Eine bezeichnende Schilderung aus der Außenperspektive eines norddeutschen Professors gibt uns Heinrich Marquardsen. Er schloss seine Schilderungen: „Darum gieng und geht aber auch Alles in Oesterreich den Krebsgang. Denn natürlich es gehörte eine besonders gesunde Natur dazu, unter dem Joche dieses Universitätssystems nicht geistig zu verkrüppeln und sittlich zu verderben.“ Marquardsen, Universitäten, S. 703–704, insgesamt S. 699–704.

22 Vgl. zu den juridischen Studien im Vormärz auch bei Lars Maximilian Graf von Thun und Hohenstein, Bildungspolitik im Kaiserreich. Die Thun-Hohenstein'sche Universitätsreform insbesondere am Beispiel der Juristenausbildung in Österreich (= Europäische Hoch-

Viktor Andrian-Werburgs Beschreibungen bieten uns ein farbenprächtiges Bild der vormärzlichen Universitäten und fassen zahlreiche Kritikpunkte von Zeitgenossen zusammen, wobei er insbesondere die fehlende Wissenschaftlichkeit der Universitäten und die dumpfe Abrichtung von Studenten sowie deren mangelnden Ehrgeiz nach eigener Bildung kritisiert.

> Da ist keine Freiheit der Diskussion und des Gedankens – für jede Wissenschaft gibt es ein vorgeschriebenes, meistens echt schulmeisterhaftes Lehrbuch, von welchem sich nie und nirgends, nicht einmal durch mündliche Commentarien, entfernt werden darf [...] Das Gedächtnis des Schülers wird auf Kosten seines Verstandes gestärkt, sein Kopf mit einer Menge unnützer, unpraktischer Dinge vollgepropft, daß in demselben kein Raum mehr zum Denken bleibt – sein Charakter, seine moralische Ausbildung werden gänzlich vernachlässigt, und ihm statt dessen ein unverdaulicher Religionsunterricht gegeben, der wenig besser ist, als des gottesfürchtigen Petri Canisii christkatholischer Katechismus. [...] Daher findet man an den österreichischen Unterrichtsanstalten wenig oder gar keine Zuhörer, welche Liebe zur Wissenschaft, Interesse an dem zu Erlernenden dahin rief, beinahe die Gesammtheit der Anwesenden betrachtet die Studien als ein nothwendiges Uebel, als ein nicht zu umgehendes Mittel, um dereinst zu jenem Amte, oder eigentlicher, zu jener Besoldung zu gelangen, welche Jedem von ihnen als das einzige Ziel seiner goldenen Träume in der Ferne vorschwebt [...].[23]

Für die Universität Innsbruck liefern die Tagebücher und Aufzeichnungen von Adolf Pichler beredtes Zeugnis von der Wahrnehmung der österreichischen Universitäten:

> Der Übergang zur Hochschule hatte damals in Österreich nicht die gleiche Bedeutung wie in Deutschland. Das philosophische Studium stand nur wenig höher als das Gymnasium und stellte uns bloß an die Schwelle einiger neuen Gegenstände: Der Geometrie, Logik, Psychologie und Metaphysik, die jedoch nur sehr oberflächlich vorgetragen wurden; die Professoren, wenn sie auch das Bessere erkannten, durften weder links noch rechts abweichen. Die Universität sollte uns nur für die verschiedenen praktischen Berufsarten dressieren; man behandelte uns nicht als junge Männer, obgleich wir den Titel ‚Herr' erhielten, sondern als halbwüchsige Knaben. Von der akademischen Freiheit war keine Rede.[24]

---

schulschriften / European University Studies / Publications Universitaires Européennes v. 5772), Frankfurt 2015, S. 53–68.

23 Viktor Andrian-Werburg, Österreich und dessen Zukunft, Hamburg 1843, S. 56–57.

24 Adolf Pichler, Zu meiner Zeit. Schattenbilder aus der Vergangenheit, München, Leipzig 1905.

Zudem wurden die Studenten argwöhnisch von den staatlichen Behörden beobachtet und gelegentlich aufkommendes studentisches Verbindungswesen wurde stets und rasch unterdrückt.[25]

Die Fokussierung auf die Ausbildungsfunktion der Universitäten verhinderte auch, dass die österreichischen Universitäten zu Stätten der Wissenschaft wurden.[26] Zwar war die österreichische Wissenschaft des Vormärz nicht in allen Fächern hinter dem damaligen neuesten Stand zurückgeblieben[27], insgesamt scheint jedoch die Apostrophierung Walter Höflechners von Österreich als „einer verspäteten Wissenschaftsnation“[28] – mit Blick auf die Universitäten – die Situation am Vorabend der Revolution recht gut zu beschreiben. Dennoch muss bedacht werden, dass die allgemein negative Bewertung der Epoche des Vormärz auch auf die Bewertung der Universitäten abgefärbt hat und ein genauer Blick auf die Universitäten im Vormärz grundsätzlich noch fehlt. Daher sind wohl noch einige Detailstudien notwendig, die ein differenziertes Bild von der universitären Realität im Vormärz zeichnen.[29]

Nicht zu leugnen ist jedoch, dass die Unzufriedenheit und die Kritik mit dem universitären System seit den 1830er-Jahren mehr und mehr zugenommen hatten, was durch die zaghaften Reformen und Reformversuche in den folgenden Jahren nicht vollends aufgelöst werden konnte.[30] Außerdem, und das scheint eine entscheidende Rolle gespielt zu haben, besaßen die deutschen Universitäten eine enorme Ausstrahlung, auf die Sommaruga in seiner Rede anspielte und die die Unzufriedenheit mit dem eigenen Hochschulwesen steigerte.

2.3. „Die blühenden Hochschulen Deutschlands“

Die Reformer betonen mehrfach, dass bei der Ausarbeitung des Reformprogramms die ‚deutschen Universitäten‘ eine maßgebliche Orientierung boten. Der erste Minister des Unterrichts Franz Sommaruga sprach, wie gesehen,

25 Siehe Oberkofler et al., Geschichte der Universität Innsbruck (1669–1945), S. 102–108.

26 Vgl. Alois Kernbauer, Wissenschaft in Österreich um 1800, in: Karl Acham (Hg.), Geschichte der österreichischen Humanwissenschaften, Wien [1]1999, S. 51–91, S. 91.

27 Vgl. Kernbauer, Wissenschaft in Österreich um 1800; Höflechner, Österreich: eine verspätete Wissenschaftsnation?, S. 149–156.

28 Vgl. Höflechner, Österreich: eine verspätete Wissenschaftsnation?.

29 Vgl. eine der wenigen Detailstudien dazu, die aber bereits etwas in die Jahre gekommen ist: Peter Barta, Die politisch verfolgten Professoren des österreichischen Vormärz, phil. Diss. Wien 1966.

30 Vgl. dazu Höflechner, Österreich: eine verspätete Wissenschaftsnation?, S. 155–156.

von einer Orientierung an den „blühenden Hochschulen Deutschlands". Ähnlich formulierte es Franz Exner, der davon sprach, dass „Deutschlands bewährteste Einrichtungen [...] zumeist als Muster zu dienen"[31] hätten, ohne diesem blind folgen zu wollen. Und so lesen wir es auch bei Leo Thun-Hohenstein, wenn er im Ministerrat vom 25. September 1849 erklärte, „daß bei diesem provisorischen Gesetze [zur Neuordnung der Universitäten, C.A.] im Wesentlichen der Typus der deutschen Universitäten im Auge behalten wurde"[32]. Karl Ernst Jarcke, Berater von Thun, diagnostizierte indes einen Mittelweg in Österreich, „der Mitte hielt zwischen den bisherigen Verhältnissen und dem protestantisch-deutschen Universitätswesen".[33] Auch die Kritik an den Reformen hängte sich vielfach an der Übernahme eines deutschen respektive eines protestantischen Modells auf.[34]

Die Geschichtswissenschaft im 20. Jahrhundert sprach daher vielfach von der Übernahme des *Humboldt'schen Modells* in Österreich, da die deutschen Universitäten des 19. Jahrhunderts zunehmend mit einem solchen Modell assoziiert worden waren.[35] Allerdings haben vor allem die Forschungen von Rüdiger vom Bruch[36] und Sylvia Paletschek[37] gezeigt, dass ein solches Modell der *Humboldt'schen Universität* im 19. Jahrhundert nicht geläufig war.[38] Beide haben darauf hingewiesen, dass die Konstruktion eines solchen Modells erst am Ende des 19. Jahrhunderts begonnen hat und dann besonders im 20. Jahrhundert Konjunktur hatte. Auch die heute so oft zitierte Denkschrift Humboldts *Über die innere und äußere Organisation der*

31 Franz Exner, Die Reformen des öffentlichen Unterrichts in Oesterreich, in: Constitutionelle Donau-Zeitung (20., 22., 26., 29.04.1848), S. 230.

32 Die Protokolle des österreichischen Ministerrates (1848–1867). II. Abteilung (Das Ministerium Schwarzenberg), Bd. 1, Wien 2002. Vgl. auch Probst, Geschichte der Universität Innsbruck seit ihrer Entstehung bis zum Jahre 1860, S. 341. Er spricht auch von einem deutschen Vorbild.

33 Jarcke an Thun, Wien 07.08.1852, Nachlass Leo Thun, A3 XXI D171, Staatliches Gebietsarchiv Leitmeritz, Zweigstelle Tetschen-Bodenbach.

34 Vgl. dazu etwa die Kritik des Innsbrucker Professors Karl Libor Kopetzky im Schlusskapitel.

35 Vgl. dazu die Anmerkungen bei Mitchell G. Ash, Wurde ein „deutsches Universitätsmodell" nach Österreich importiert? Offene Forschungsfragen und Thesen, in: Christof Aichner/Brigitte Mazohl (Hgg.), Die Thun-Hohenstein'schen Universitätsreformen 1849–1860. Konzeption – Umsetzung – Nachwirkungen, Wien, Köln, Weimar 2017, S. 76–98.

36 Bruch, Langsamer Abschied von Humboldt?

37 Sylvia Paletschek, Die Erfindung der Humboldtschen Universität, in: Historische Anthropologie 10 (2002), S. 183–205.

38 Zuletzt auch noch einmal Dieter Langewiesche, Die ‚Humboldtsche Universität' als nationaler Mythos. Zum Selbstbildnis der deutschen Universitäten in ihren Rektoratsreden im Kaiserreich und in der Weimarer Republik, in: Historische Zeitschrift 290 (2010), S. 53–91.

höheren wissenschaftlichen Anstalten in Berlin[39] wurde erst am Ende des 19. Jahrhunderts im Archiv entdeckt und konnte daher für die österreichische Diskussion nicht als Blaupause für eine Universitätsreform dienen.[40] Beide haben außerdem darauf verwiesen, dass die Rezeption dessen, was man dann als Humboldt'sches Modell konstruierte, auch vom Zustand des eigenen universitären Systems abhängig und damit zeitbedingt war sowie viele Zuschreibungen erst aus der Rückschau entstanden und vor allem dazu dienten, ein Ideal einer Universität zu schaffen.[41] Allerdings hat in rezenter Forschung Heinz-Elmar Tenorth die Dekonstruktion Paletscheks etwas relativiert und die Rolle Humboldts bei der Gründung der Berliner Universität betont,[42] und damit die Frage des ‚Mythos Humboldt' noch weiter differenziert. Festhalten kann man indes, dass der Name Humboldt in der österreichischen zeitgenössischen Debatte keine Rolle spielte, was für die hier untersuchte Frage wesentlich ist.[43]

Außerdem muss betont werden, dass die Universität Berlin, die in der Forschung mit dem Namen Wilhelm von Humboldt[44] und dem *Humboldt'schen Universitätsmodell* verknüpft worden war, nicht als DAS Modell diente. Unabhängig davon, dass die Strukturen der deutschen Universitäten und später auch die Ideen Humboldts weltweit rezipiert wurden und als Orientierung für die Gestaltung nationaler Universitätssysteme dienten[45], ist

39 Wilhelm von Humboldt, Über die innere und äußere Organisation der höheren wissenschaftlichen Anstalten in Berlin. Unvollendete Denkschrift, in: Ernst Anrich (Hg.), Die Idee der deutschen Universität. Die fünf Grundschriften aus der Zeit ihrer Neubegründung durch klassischen Idealismus und romantischen Realismus, Darmstadt 1956, S. 375–386.

40 Siehe dazu etwa bei Rüegg, Die Universität in der ‚Moderne' des 19. und 20. Jahrhunderts, S. 125.

41 Im 20. Jahrhundert wohl am einflussreichsten durch Helmut Schelsky, Einsamkeit und Freiheit. Idee und Gestalt der deutschen Universität und ihrer Reformen, Düsseldorf ^{2}1971. Vgl. dazu auch die aktuelle Forschung von Rohstock, Hemmschuh Humboldt oder Warum scheitert die Hochschulreform?

42 Vgl. Heinz-Elmar Tenorth, Wilhelm von Humboldts (1767–1835) Universitätskonzept und die Reform in Berlin – eine Tradition jenseits des Mythos, in: Zeitschrift für Germanistik NF 20 (2010), S. 15–28.

43 Vgl. dazu auch Mitchell G. Ash, Wurde ein „deutsches Universitätsmodell“ nach Österreich importiert? Offene Forschungsfragen und Thesen, in: Christof Aichner/Brigitte Mazohl (Hgg.), Die Thun-Hohenstein'schen Universitätsreformen 1849–1860. Konzeption – Umsetzung – Nachwirkungen, Wien, Köln, Weimar 2017, S. 76–98.

44 Wilhelm von Humboldt (Potsdam 1767–1835 Tegel), Gelehrter, Diplomat und Politiker.

45 Zur globalen Rezeption des deutschen Universitätssystems gibt es eine Reihe von Forschungen, zuletzt Schwinges, Humboldt international; Schalenberg, Humboldt auf Reisen?; Walter Rüegg, Die Universität in der ‚Moderne' des 19. und 20. Jahrhunderts, in: Wolfgang Mantl (Hg.), Phänomenologie des europäischen Wissenschaftssystems, Baden-Baden 2010, S. 121–143. Zuletzt auch Peter Josephson/Thomas Karlsohn/Johan Östling (Hg.), The Humboldtian Tradition: origins and legacies, Leiden 2014.

die Fokussierung auf Berlin im 19. Jahrhundert nicht gegeben. Denn diese hing gerade auch mit der Konstruktion des ‚Humboldt'schen Modells' zusammen und war, wie Sylvia Paletschek gezeigt hat, vor allem aus der historischen Perspektive erfolgt: Die Gründung der Friedrich-Wilhelm-Universität zu Berlin im Jahr 1810 wurde im Laufe des 19. Jahrhunderts zunehmend als Keimzelle einer nationalen Erhebung gedeutet.[46] So waren es weniger organisatorische Neuerungen oder Strukturen, die den wachsenden Ruhm der Universität begründeten, sondern vielmehr die Idee, die Universitätsgründung sei ein wesentlicher Ursprung eines nationalen Aufschwungs in der bitteren Stunde der Napoleonischen Kriege gewesen sowie die Tatsache, dass immer wieder die besten Gelehrten dorthin berufen wurden.[47] Außerdem stellten sich mit der Gründung bzw. der Reorganisation der Universitäten Bonn und Breslau zwei weitere Friedrich-Wilhelm-Universitäten zumindest dem Namen nach in die Nachfolge der jungen Berliner Universität, womit die Orientierung an einem Modell ausgedrückt schien.[48]

Dies im Hinterkopf sowie die Befunde der Quellen vor Augen, in denen weder die Berliner Universität noch Humboldt erwähnt werden, kann man also nicht von der Übernahme des *Humboldt'schen Modells* in Österreich sprechen. Ebenso wenig werden andere Universitäten konkret genannt, etwa die Universitäten Halle oder Göttingen, denen aus heutiger Perspektive eine zentrale Rolle bei der Wandlung zur modernen Universität zugesprochen werden muss.[49]

Vielmehr sprechen die Quellen allgemein von deutschen respektive protestantischen Universitäten. In diesem Sinn soll daher zunächst eine Annäherung an das versucht werden, was die Zeitgenossen als deutsche Universitäten verstanden und mit dem Reformprogramm in Österreich abgeglichen werden. So sei zwar auf die ‚Meistertexte' wie Kants *Streit der Fakultäten*[50],

46 Vgl. dazu auch Paletschek, Die permanente Erfindung einer Tradition, S. 27. Thomas Becker, Diversifizierung eines Modells? Friedrich-Wilhelms-Universitäten 1810, 1811, 1818, in: Rüdiger vom Bruch (Hg.), Die Berliner Universität im Kontext der deutschen Universitätslandschaft um 1800, um 1860 und um 1910, München 2010, S. 43–69.

47 Vgl. Marquardsen, Universitäten; auch bei Paletschek, Die permanente Erfindung einer Tradition, S. 27.

48 Becker, Diversifizierung eines Modells?

49 Vgl. dazu zuletzt Peter Josephson/Thomas Karlsohn/Johan Östling, Introduction: The Humboldtian Tradition and Its Transformations, in: Peter Josephson/Thomas Karlsohn/Johan Östling (Hgg.), The Humboldtian Tradition: origins and legacies, Leiden 2014, S. 1–21, hier S. 4–5, die auch darauf hinweisen, dass Friedrich Paulsen und damit zu einer Zeit, als der Mythos Humboldt noch nicht seine endgültige Prägung erhalten hatte, stärker auf diese beiden Universitäten als auf Humboldt und Berlin verwiesen hatte.

50 Immanuel Kant, Der Streit der Fakultäten, Köln 1995 (1798); vgl. dazu auch die sehr guten

Friedrich Schleiermachers Überlegungen[51], Schillers bekannte Antrittsrede in Jena[52] oder eben auch auf Humboldts[53] Vorstellungen aus den Jahren um 1800 verwiesen, vielmehr soll aber zunächst in Lexikonartikeln aus dem zeitlichen Umfeld der Thun'schen Reformen nach Hinweisen gesucht werden, was die Zeitgenossen als ‚deutsche Universitäten' verstanden. Als eine weitere mögliche Quelle, um „den Typus der deutschen Universitäten“ fassen zu können, können die Protokolle der *Verhandlungen deutscher Universitätslehrer über die Reform der deutschen Hochschulen in der Versammlung zu Jena vom 21. bis 24. September 1848*[54] dienen. Im Herbst 1848 trafen sich Vertreter von zahlreichen Universitäten des Deutschen Bundes in Jena, um eine Vereinheitlichung der Universitäten innerhalb des Bundes zu diskutieren. Aus Österreich reisten nur Vertreter der Universität Wien an. Die Debatten bei dieser Versammlung lassen ebenfalls Rückschlüsse auf das ziehen, was als typisch für die deutschen Universitäten angesehen wurde.

Schon Sylvia Paletschek hatte vor Jahren mit Hinweis auf eine Untersuchung von zeitgenössischen Lexikonartikeln zum Schlagwort Universität darauf hingewiesen, dass die deutschen Universitäten im 19. Jahrhundert besonders durch ihre akademischen Freiheiten sowie ihren allumfassenden Anspruch (universitas) definiert worden sind.[55] Letzteres wurde im Hinblick auf die Aufwertung der philosophischen Fakultät bereits angesprochen und

---

Beiträge von Jens Timmermann, Kants „Streit“ und die Universität von morgen, in: Volker Gerhardt (Hg.), Kant im Streit der Fakultäten, Berlin 2005, S. 61–83 und Jürgen Mittelstrass, Der Streit der Fakultäten und die Philosophie, in: Volker Gerhardt (Hg.), Kant im Streit der Fakultäten, Berlin 2005, S. 39–60.

51 Friedrich Schleiermacher, Gelegentliche Gedanken über Universitäten im Deutschen Sinn, in: Ernst Anrich (Hg.), Die Idee der deutschen Universität. Die fünf Grundschriften aus der Zeit ihrer Neubegründung durch klassischen Idealismus und romantischen Realismus, Darmstadt 1956, S. 219–308.

52 Friedrich Schiller, Was heisst und zu welchem Ende studiert man Universalgeschichte? Reprint des Erstdruckes der Jenaer Antrittsrede aus dem Jahre 1789, Jena 1996.

53 Etwa Wilhelm von Humboldt, Ideen zu einem Versuch, die Grenzen der Wirksamkeit des Staates zu bestimmen 1792, S. 377–378.

54 Ottomar Domrich/Heinrich Häser (Hgg.), Verhandlungen deutscher Universitätslehrer über die Reform der deutschen Hochschulen in der Versammlung zu Jena vom 21. bis 24. September 1848, Jena 1848.

55 Siehe Paletschek, Die permanente Erfindung einer Tradition, S. 22. Vgl. auch das Rotteck'sche Lexikon, wo die Berliner Universität zum Symbol des Aufbruchs, des Widerstands gegen Napoleon gemacht wird: „in der Zeit von Preußens größter politischer Ohnmacht wirkten an der 1809 eröffneten berliner Universität edle Patrioten, die den Muth hatten, einen neuen Tempel der Wissenschaft inmitten des zerrütteten Vaterlandes zu errichten.“ A. Held, Universität, in: Carl Rotteck/Karl Theodor Welcker (Hgg.), Das Staats-Lexikon: Encyklopädie der sämmtlichen Staatswissenschaften für alle Stände, Leipzig ^{3}1866, S. 776–800, S. 785.

wird uns auch bei der Umsetzung der Reformen noch mehrfach begegnen. Ersteres ist ein wichtiger Hinweis, weil die akademischen Freiheiten, Lehr- und Lernfreiheit, aber auch das Recht auf Selbstverwaltung und Selbstrekrutierung auch in der österreichischen Debatte zentrale Themen waren. Die Lehrfreiheit war ein wesentliches Versprechen Sommarugas an die Studenten und Professoren im Frühjahr 1848 gewesen und so lässt sich vermuten, dass gerade auch dieses Merkmal gemeint war, wenn man die deutschen Universitäten als Vorbild bezeichnete.

Ein weiteres Charakteristikum, welches auch die Zeitgenossen als Alleinstellungsmerkmal der deutschen Universitäten ansahen, war das Institut des Privatdozenten.[56] Auch dieses wurde in Österreich 1848 eingeführt, war Gegenstand der Nachverhandlungen, als die Reform 1853/54 neuerlich diskutiert worden war, und wurde damals allgemein als wichtige und wertvolle Einrichtung anerkannt.[57]

Schnell zeigt sich allerdings auch, dass die Lexika in ihren Definitionen und Beschreibungen rasch an ihre Grenzen stoßen und sich vielfach durch Vergleiche behelfen. Dabei werden mehrfach Vergleiche zwischen österreichischen und deutschen Universitäten gezogen. Blickt man noch einmal auf die akademischen Freiheiten, liest man folgendes im Rotteck-Welcker'schen Lexikon: „Im Laufe der Zeit entstand aber ein wesentlicher Unterschied zwischen den deutschen und österreichischen Universitäten, welchen letzteren man die Freiheit so verkümmerte, daß sie mehr Staats- und Religionsschulen als freie hohe Schulen waren."[58] An anderer Stelle liest man: „Solche blühenden Zustände hatten sich allerdings an den protestantischen Universitäten weiter entwickelt als an den katholischen, wo die akademische Lehr- und Lernfreiheit allerlei Beschränkungen unterlag"[59]. Wie sehr die akademische Freiheit als zentrales Merkmal der deutschen Universitäten angesehen wurde, wird auch deutlich, wenn man bedenkt, dass die Abschaffung der staatlichen Studiendirektoren als Inbegriff der Begrenzung akademischer Freiheit eine der wichtigsten Forderungen war.[60]

Wichtig erscheint dabei, dass man nicht nur von österreichischen und deutschen Universitäten sprach, sondern die Unterscheidung auch zwischen pro-

56 Vgl. dazu Marquardsen, Universitäten, S. 694.

57 Vgl. dazu die Protokolle des Ministerrates, in denen die Reform besprochen wurde, abgedruckt bei Lentze, Die Universitätsreform des Ministers Graf Leo Thun-Hohenstein, hier S. 308–309.

58 Held, Universität, S. 795.

59 Held, Universität, S. 785. Interessant an dem Zitat ist außerdem, dass es mit der Beschreibung der Situation der deutschen Universitäten als „blühend" dieselbe Formulierung verwendet, wie es Sommaruga in seiner Rede getan hatte.

60 Vgl. dazu exemplarisch die Auseinandersetzungen in Innsbruck, Kap. 3.2.2.

testantischen und katholischen Universitäten traf und damit eine weitere Dichotomie einführte, wobei deutsch mit protestantisch und österreichisch mit katholisch einherging. Diese Unterscheidung sollte dann auch für die österreichische Reformdiskussion von zentraler Bedeutung sein, da mit der Reduktion der deutschen Universitäten auf ihre Prägung durch den Protestantismus ein wichtiger Angriffspunkt für die Anhänger der österreichischen/katholischen Universitäten vorlag. Nicht zuletzt lag mit der Betonung des protestantischen Elements auch eine Eingrenzung auf die norddeutschen Universitäten vor. Außerdem schloss sie gleichzeitig Universitäten in anderen deutschen Bundesstaaten aus, etwa jene in Bayern. Denn gerade dort bedeutete das Jahr 1848 eine ähnliche Zäsur wie in Österreich, mit teils ähnlichen Debatten und der Frage, ob man sich an den preußischen Universitäten ausrichten solle.[61]

Zusammen mit Aussagen von Leo Thun im Hinblick auf die Lehr- und Lernfreiheit ergibt sich damit das Bild, dass mit den deutschen Universitäten letztlich vor allem jene in Preußen und dem protestantisch geprägten Norddeutschland gemeint waren. Denn wenn Thun von der Lehrfreiheit sprach, dann tat er dies meist in Abgrenzung von den protestantischen Universitäten. Er betonte, die Lehrfreiheit als zentrales Element übernehmen zu wollen, aber gleichzeitig nicht eine absolute Lehrfreiheit wie an jenen Universitäten gelten zu lassen.[62] Während etwa liberale Lexika der Zeit wie jenes von Bluntschli/Brater die Wissenschaft als „wesentlich unabhängig von der Staatsautorität“[63] definierten und in diesem Sinn auch die Lehrfreiheit als individuelles Recht eines Wissenschaftlers betrachteten, forderte Thun eine Lehrfreiheit „im Einklang mit dem Geiste der Kirche und mit besonderer Beachtung der Interessen des Staates.“[64]

In Preußen und den deutschen Bundesstaaten sah man in den Reformen in Österreich umgekehrt eine klare Orientierung an den eigenen Universitäten und damit eine Abkehr von der Sonderentwicklung Österreichs. Heinrich Marquardsen formulierte es drastisch und lässt dabei unverhohlen durchklingen, welches Universitätssystem er als das beste erachtete:

---

61 Vgl. Wolfgang König, Universitätsreform in Bayern in den Revolutionsjahren 1848/49 (= Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte Beiheft 8), München 1977, S. 28–45; Achim Sing, Die Wissenschaftspolitik Maximilians II. von Bayern (1848–1864) (= Ludovico Maximilianea. Forschungen und Quellen), Berlin 1996, S. 83, dann besonders S. 232ff.

62 Vgl. etwa Die Neugestaltung der österreichischen Universitäten über Allerhöchsten Befehl dargestellt von dem k.k. Ministerium für Kultus und Unterricht, Wien 1853, S. 18–20.

63 Johann-Caspar Bluntschli, Lehrfreiheit und Lernfreiheit, in: Johann-Caspar Bluntschli/Carl Brater (Hgg.), Deutsches Staats-Wörterbuch, Stuttgart, Leipzig 1861, S. 367–374, S. 368.

64 Die Neugestaltung der österreichischen Universitäten über Allerhöchsten Befehl dargestellt von dem k.k. Ministerium für Kultus und Unterricht, S. 23.

> Mitten in diese halbvermoderten, halbverrotteten Zustände in einem Gebiet, das bis dahin dem deutschen Universitätsleben, wenn wir von dem Besuch der österreichischen medicinischen Schulen durch unsere jungen Aerzte absehen, völlig fremd war, brauste der Sturm des Jahres 1848, [...]. Die Universitätsreform bildete eine Hauptaufgabe für die Ministerien der Neuzeit und offen erkannte man [in Österreich, C.A.] an, daß das Vorbild für die Umgestaltung in den besten Universitäten Deutschlands gesucht werden müsse.[65]

Obschon man damit einerseits auch außerhalb von Österreich die Orientierung an den deutschen Universitäten erkannte und die Übernahme zentraler Elemente derselben diagnostizierte, stand für Marquardsen andererseits fest, dass die Universitäten Österreichs zwar den „hohen Schulen Deutschland bedeutend näher gekommen sind"[66], dennoch bestünde noch immer ein großer Unterschied zwischen den beiden. Diesen erkannte er einerseits im Einfluss der Kirche und der Beschränkung der Lehr- und Lernfreiheit, andererseits aber in der Unvollständigkeit zahlreicher Universitäten: Denn in Deutschland besäßen anders als in Österreich nur Universitäten mit allen vier Fakultäten den Anspruch auf diesen Titel.[67] Ähnlich sah Friedrich Wagener zwar die grundsätzliche Befreiung der Universitäten durch die Reform, hob aber gleichzeitig hervor, dass sich die Universitäten in Preußen und jene in Österreich noch immer voneinander unterscheiden würden, indem jene eben immer noch den „Charakter einer Confession"[68] besäßen. So begegnet uns auch hier wieder die Frage der Lehrfreiheit, in der es unterschiedliche Auffassungen zwischen den deutschen (protestantischen) und den österreichischen (katholischen) Universitäten gab. Und auch das Rotteck-Welckersche Lexikon konstatiert: „Jetzt ist es wol [sic!] wieder besser geworden, noch immer aber herrscht weder für Lehrer noch für Lernende die akademische Freiheit im vollen deutschen Sinne des Wortes"[69].

An dieser Außenperspektive sind vor allem die Betonung der Unterschiede und die Abgrenzung von den Universitäten in Österreich ein interessantes Phänomen, bzw. auch ein geschicktes Mittel, um die Höherwertigkeit des eigenen Universitätswesens betonen zu können und umgekehrt die Rückständigkeit Österreichs hervorzuheben. Dies ist auch im Hinblick auf den Dualismus der beiden deutschen Großmächte von Bedeutung. Um-

65 Marquardsen, Universitäten, S. 704.
66 Marquardsen, Universitäten, S. 704.
67 Vgl. Marquardsen, Universitäten, S. 699–700.
68 Friedrich Wilhelm Hermann Wagener (Hg.), Staats- und Gesellschafts-Lexikon. Neues Conversations-Lexikon in Verbindung mit deutschen Gelehrten und Staatsmännern, Bd. 22, Berlin 1866, S. 68.
69 Held, Universität.

gekehrt ist die Verwendung der verschiedenen Chiffren (deutsch/preußisch/protestantisch sowie Humboldt'sch in der Historiografie) in der Debatte in Österreich ebenso aufschlussreich. Während die Betonung der Orientierung an einem ‚deutschen' Vorbild am wenigsten verfänglich war und auch Ausdruck einer gesamtdeutschen Vereinheitlichungsbestrebung etwa im Rahmen des Deutschen Bundes sein konnte, waren die Begriffe preußisch oder protestantisch negativ konnotiert. So werden diese letzteren beispielsweise zur Abgrenzung verwendet, wie es Leo Thun tat. Eine solche Abgrenzung wurde zwar teilweise auch schon von Exner betont, besonders deutlich erfolgte sie jedoch im Zuge des Neoabsolutismus und mit der Ministerschaft Thuns: Dabei wurden gewissermaßen die neuen Strukturen beibehalten – die Inhalte wurden angepasst. Besonders wurde die Konnotation ‚preußisch' und ‚protestantisch' aber von den Kritikern der Reform dazu benutzt, um vor dem Import eines gleichsam häretischen Universitätsmodells zu warnen und die Orientierung an Preußen und dessen protestantischem Universitätsmodell als Verrat an österreichischen Traditionen zu brandmarken.[70]

In der jüngeren Historiografie, aber auch in universitätspolitischen Sonntagsreden wurde vielfach vom Import oder der Orientierung am *Humboldt'schen Modell* gesprochen und damit ein vergleichsweise neutraler Begriff verwendet und politische Implikationen weitgehend ausgeblendet. Allerdings konnte man damit vor allem die Übernahme eines Modells diagnostizieren, das als Ideal einer Universität propagiert wurde. Besonders mit der Betonung der Freiheit der Forschung („Einsamkeit und Freiheit"[71]) und der Einheit von Lehre und Forschung konnte man damit nicht zuletzt auch ein Ideal in die Vergangenheit projizieren und gleichzeitig für die Gegenwart einmahnen.

2.4. Die Ausarbeitung der Reformen

Das preußische Vorbild sowie die Tatsache, dass Franz Exner bereits einen Reformplan, der sich in vielen Punkten an diesem Vorbild orientierte, ausgearbeitet hatte, ließ die Arbeit an der Reform im Jahr 1848 zügig voranschreiten.[72] Franz Exner war im Übrigen in den frühen 1840er-Jahren nach

70 Vgl. etwa prägnant die Aussagen des Innsbrucker Professors Karl Libor Kopetzky, in: Kopetzky an Rauscher, Innsbruck 30.12.1860, Bischofsakten Rauscher, 1860, Diözesanarchiv Wien.

71 Schelsky, Einsamkeit und Freiheit.

72 Vgl. dazu auch Thoma Maisel, Lehr- und Lernfreiheit und die ersten Schritte zu einer Universitäts- und Studienreform im Revolutionsjahr 1848, in: Christof Aichner/Brigitte Mazohl (Hgg.), Die Thun-Hohenstein'schen Universitätsreformen 1849–1860. Konzeption

Preußen gereist und hatte Kontakte zu Gelehrten (etwa Hermann Bonitz) geknüpft und eben auch das dortige Universitätssystem kennengelernt.[73] Alternativen zu Exners Plan gab es zwar, allerdings vermochten sich diese nicht durchzusetzen. Bekannt sind vor allem die Pläne Ernsts von Feuchtersleben. Dieser war im Sommer 1848 zum Unterstaatssekretär befördert worden. Er trat für eine vollständige Verstaatlichung des Bildungssektors ein. Exner hatte etwa den Bereich der Volksschulen weiterhin im Geltungsbereich der Gemeinden belassen.[74] Im Bereich der Universitäten propagierte er ein Modell, das sich an den französischen Spezialschulen orientierte und in dessen Zentrum das medizinische Studium stand.[75] Die Vorschläge von Feuchtersleben scheiterten vor allem an der Übermacht des Exner'schen Vorschlags mit dessen Bezug zu den deutschen Universitäten und daran, dass Feuchtersleben nach dem Oktoberaufstand demissionierte und damit seinen Einfluss auf die Reformdebatte verlor.[76] Herbert Egglmaier glaubt außerdem, dass die radikal-demokratischen Ansichten von Feuchtersleben seine Pläne anrüchig erscheinen ließen.[77]

Franz Exner hatte sofort nach seiner Berufung ins Ministerium die Arbeit an seinen Reformvorschlägen aus dem Jahr 1846 wieder aufgenommen und präsentierte bereits Ende April in der *Constitutionellen Donau-Zeitung* die Pläne des Unterrichtsministeriums.[78] Einleitend hielt er dabei fest, dass eine „Reform unseres Unterrichtswesens, von der Volksschule bis zur Universität, nothwendig" sei. In der Praxis stand jedoch die Reform der Universitäten im Zentrum der Debatte. Durch die Aufwertung der philosophischen Kurse zu einer vollwertigen philosophischen Fakultät und dem damit verbundenen Wegfall des propädeutischen Charakters dieser Kurse war jedoch auch eine grundlegende Reform der Gymnasien notwendig, die diese

– Umsetzung – Nachwirkungen, Wien, Köln, Weimar 2017, S. 99–117. Maisel zeigt deutlich, wie schon in den 1830er- und 1840er-Jahren zahlreiche Reformvorschläge diskutiert wurden, an die man 1848 anknüpfen konnte.

73 Vgl. Frankfurter, Graf Leo Thun-Hohenstein, Franz Exner und Hermann Bonitz, S. 72.

74 Vgl. dazu bei Richard Meister, Feuchterslebens Anteil an der Unterrichtsreform 1848 und an der Akademie der Wissenschaften, in: Anzeiger der österreichischen Akademie der Wissenschaften 87 (1950), S. 214–237, S. 217–218.

75 Siehe allgemein dazu Herbert H. Egglmaier, Reformansätze vor der Thunschen Reform, in: Mitteilungen der österreichischen Gesellschaft für Wissenschaftsgeschichte 18 (1998), S. 59–85.

76 Vgl. dazu auch bei Meister, Feuchterslebens Anteil an der Unterrichtsreform 1848 und an der Akademie der Wissenschaften.

77 Vgl. Egglmaier, Reformansätze vor der Thunschen Reform, S. 80–84.

78 Franz Exner, Die Reformen des öffentlichen Unterrichts in Österreich, in: Constitutionelle Donau-Zeitung (20., 22., 26., 29.04.1848), abgedruckt bei Meister, Entwicklung und Reformen des österreichischen Studienwesens, Dokumente, S. 228–240.

vorbildende Funktion übernehmen sollten. Der Bereich der Volksschulen, das kann an dieser Stelle bereits vorweggenommen werden, sollte während der Revolutionsphase und auch während der Amtszeit von Thun nur geringfügige Neuerungen erfahren.[79] Exner hatte an gleicher Stelle noch einmal die deutschen Universitäten und Gymnasien zum Vorbild für die Reform erklärt, allerdings mit der Einschränkung, dass man nicht blind dem Vorbild folgen wolle und das österreichische Bildungswesen nicht zu „einer völlig getreuen Copie des auswärtigen Deutschen“[80] umbauen werde. „Die Grund- und Hauptmauern“ sollten nach dem Vorbild der deutschen Universitäten errichtet werden, „was den inneren Ausbau betrifft [...] das müssen wir uns selbst vollbringen, so wie unser Bedürfniß es erheischt und die Zeit es gestatten wird.“[81]

Bereits im Juli 1848 legte Exner dann einen „Entwurf der Grundzüge des öffentlichen Unterrichtswesens in Oesterreich vor“[82], der zur Grundlage der definitiven gesetzlichen Ausarbeitung der Reform wurde und weitgehend auf seinen Vorarbeiten im Vormärz aufbaute. Allerdings ermöglichte die Revolution in einigen Punkten einen deutlich radikaleren Schnitt zum alten System, als es etwa eine sanfte Reform innerhalb des Systems während des Vormärzes ermöglicht hätte. Dies zeigt sich besonders bei der Reform der philosophischen Studien, denn während Exners Plan aus dem Jahre 1846 am Zweck der Fakultät, eine allgemeinbildende Vorstufe für die Fachstudien zu sein[83], festhielt, ging man 1848 einen anderen Weg. Zwar hatte Exner noch im April von einer „Unterstützung für gewisse Fachstudien“[84] gesprochen, allerdings sollte die Fakultät die „Pflege der allgemeinen Wissenschaf-

79 Vgl. dazu Engelbrecht, Geschichte des österreichischen Bildungswesens, Bd. 4, S. 107–111; Wolfgang Brezinka, Pädagogik in Österreich. Die Geschichte des Fachs an den Universitäten vom 18. Jahrhundert bis zum Ende des 20. Jahrhunderts, Bd. 1 (= Einleitung: Schulwesen, Universitäten und Pädagogik im Habsburger-Reich und in der Republik. Pädagogik an der Universität Wien), Wien 2000, S. 70–71.

80 Exner, Die Reformen des öffentlichen Unterrichts in Österreich, S. 231.

81 Exner, Die Reformen des öffentlichen Unterrichts in Österreich, S. 231–232.

82 Franz Exner, Bericht über die Tätigkeit des Ministeriums Sommaruga, in: Wiener Zeitung 197–200 (18.07.–21.07.1848); abgedruckt bei Meister, Entwicklung und Reformen des österreichischen Studienwesens, Dokumente.

83 Vgl. dazu den §2 im Entwurf einer Einrichtung des philosophischen Studiums an den inländischen Lehranstalten, 03.09.1846, abgedruckt bei Meister, Entwicklung und Reformen des österreichischen Studienwesens. Dokumente, S. 5. „Der Zweck der philosophischen Fakultät ist ein dreifacher: 1.) Allgemeine Bildung im Unterschiede von besondere Fachbildung. 2.) Spezielle Vorbereitung zu den theologischen, juridisch-politischen und medizinischen Fachstudien. 3.) Pflege der allgemeinen Wissenschaften um ihrer selbst willen und somit in ihrer ganzen Breite und Tiefe.“

84 Exner, Die Reformen des öffentlichen Unterrichts in Österreich, S. 234.

ten um ihrer selbst willen" zur Hauptaufgabe haben. Im Entwurf vom Juli 1848 liest man davon aber nichts mehr, es heißt lediglich:

> Die Universitäten haben die gelehrte Bildung in den allgemeinen Wissenschaften zu gewähren, sie haben ferner für jene öffentlichen Dienste vorzubereiten, welche eine Vorbildung durch specielle Fachwissenschaften auf der Grundlage der Gymnasial-Bildung erfordern, und die gelehrte Bildung in diesen Fachwissenschaften zu pflegen; [...] Die Facultäten haben alle gleichen Rang.[85]

Mit den Erlässen vom Mai 1848 (siehe oben) war dieser Weg außerdem bereits eingeschlagen worden und wurde nun bei der definitiven gesetzlichen Ausarbeitung der Reform fortbeschritten. Die Reaktionen auf den Entwurf waren durch diesen radikalen Schritt allerdings nicht nur positiv, besonders der Verlust der allgemeinen Bildung in der philosophischen Fakultät wurde dabei kritisch betrachtet, wie beispielhaft die Reaktion auf die Reform an der Innsbrucker Universität zeigen wird.[86]

Unterdessen arbeitete Exner zügig an der Reform weiter und er war es auch, der während der Ministerwechsel und Tumulte im Jahr 1848 die Kontinuität im Unterrichtsministerium sicherstellte. Gleichzeitig begann er die personelle Erneuerung des Lehrpersonals in Österreich vorzubereiten. In diese Zeit fällt auch die Berufung von Hermann Bonitz nach Österreich. Exner hatte Bonitz bereits im August um Mithilfe bei der Suche nach geeigneten Lehrern und Professoren für die klassischen Sprachen gebeten und ihm selbst eine Stelle als Professor an der Wiener Universität angeboten.[87] Zusätzlich zu diesem Amt sollte Bonitz dort ein Seminar für Lehramtskandidaten aufbauen und dem Unterrichtsministerium in Fragen der Gymnasialreform zur Verfügung stehen. [88] Bonitz willigte ein und trat, verzögert durch den Oktoberaufstand, im Frühjahr 1849 seine Stelle in Wien an. Seine Berufung sollte von nachhaltiger Wirkung sein und sie ist gleichzeitig auch symptomatisch für die Reformära im folgenden Jahrzehnt: Sie verdeutlicht die zentrale Stellung der klassischen Philologie, die zum Herzstück der gymnasialen Bildung werden sollte, denn die Lektüre antiker griechischer und lateinischer Texte, sollte in den Schülern die „schönste Frucht zur Reife bringen, welche man Humanität"[89] nennt. Gleichzeitig war es eine der ersten Be-

85 Exner, Bericht über die Tätigkeit des Ministeriums Sommaruga, § 62–63.

86 Siehe Kapitel 3.2.4.

87 Exner an Bonitz, Wien 03.08.1848, Nachlass Bonitz, Mappe 6, Archiv der Österreichischen Akademie der Wissenschaften.

88 Exner an Bonitz, Wien 20.09.1848, Nachlass Bonitz, Mappe 6, Archiv der Österreichischen Akademie der Wissenschaften.

89 Exner, Die Reformen des öffentlichen Unterrichts in Österreich. Abgedruckt bei Meister,

rufungen eines deutschen Professors auf einen österreichischen Lehrstuhl in einer langen Reihe von Berufungen, die in der Ära Thun noch folgen sollten.

Im Sommer 1849 hatten Bonitz und Exner die Arbeit an den Gesetzesentwürfen für die Neuorganisation der sekundären Schulen und Universitäten fertig gestellt.[90] Beinahe gleichzeitig wurde Leo Thun-Hohenstein am 28. Juli 1849 zum Minister für Kultus und Unterricht bestellt.[91] Bereits im folgenden September hatte Thun die Gesetzesvorlagen dem Kaiser unterbreitet und deren Bewilligung erreicht.

2.5. Die Grundzüge der Reform

Am 16. September 1849 sanktionierte der Kaiser den Entwurf für die Neuorganisation der Gymnasien und Realschulen[92], am 30. September folgte das Provisorische Gesetz über die Organisation der akademischen Behörden.[93] Die allgemeine Studienordnung und die provisorische Disziplinarordnung[94] bildeten im Oktober darauf den vorläufigen Abschluss der Reformen, die nun umgesetzt werden mussten.

Für die Universitäten ergaben sich damit zusammengefasst folgende Neuerungen:[95] Lehr- und Lernfreiheit wurden als zentrale Grundrechte der Akademiker festgeschrieben, wenngleich die Lernfreiheit später durch engere Studienpläne wieder eingegrenzt wurde. Damit verbunden war die Abschaffung der Annual- und Semestralprüfungen, die bis dahin über die Fortsetzung der Studien entschieden. Den Abschluss des Studiums bildeten sogenannte strenge Prüfungen, die von ministeriell bestellten Kommissionen abgenommen wurden. Damit wurden auch die Dissertationen und Disputationen abgeschafft. Beratungen zu einer neuen Rigorosenordnung fanden zwar während der Ära Thun statt, zu einer genauen Regelung, und damit auch Wiedereinführung von Dissertationen, kam es jedoch erst im Jahr 1872.[96]

Entwicklung und Reformen des österreichischen Studienwesens, Dokumente, S. 238.

90 Meister, Entwicklung und Reformen des österreichischen Studienwesens, Abhandlung, S. 73–77.

91 Siehe zur Ernennung Thuns bei Thienen-Adlerflycht, Graf Leo Thun-Hohenstein als nachjosephinischer Vorkämpfer eines aufgeklärten Konservativismus, S. 140–141.

92 Kaiserliche Verordnung vom 16.09.1849, RGBl 393/1848.

93 Erlass des Ministeriums für Cultus und Unterricht, 30.09.1849, RGBl 401/1848.

94 Erlass des Ministeriums für Cultus und Unterricht, 13.10.1849, RGBl 416/1848.

95 Vgl. dazu auch die Übersicht bei Meister, Entwicklung und Reformen des österreichischen Studienwesens, Abhandlung, S. 77–85.

96 Siehe ebenda, S. 109.

Die Universitäten gliederten sich demnach in vier Fakultäten, die aus Lehrenden und Studierenden bestanden. Der Lehrkörper wurde aus ordentlichen und außerordentlichen Professoren und den Privatdozenten gebildet. Die Privatdozenten als dritte Gruppe der Lehrenden waren nicht staatlich bestellte Lehrer, sondern von der Fakultät zugelassene Universitätslehrer, die sich durch die Habilitation in ihrem Fach die Erlaubnis zur Lehre erworben hatten. Das Amt des Privatdozenten wurde damals neu eingeführt, wenngleich es mit dem Adjunkten im Vormärz einen gewissen Vorläufer zu dieser Personengruppe gegeben hat.[97] Die Privatdozenten wurden durch die ebenfalls neu eingeführten Kollegiengelder bezahlt und aus dieser Gruppe sollten sich die geeigneten Kandidaten für einen Lehrstuhl rekrutieren. Die Zeit als Privatdozent stellte dabei eine Bewährungsphase dar, in der durch eigene Forschungsleistungen und erfolgreiche Lehre die Eignung für eine Professur unter Beweis gestellt werden sollte. Damit versinnbildlicht das neue Amt des Privatdozenten auch die Verbindung von Lehre und Forschung auf universitärem Boden.[98] Das Professorenkollegium hatte die Leitung der Fakultät inne und wählte zu diesem Zweck aus ihren Reihen einen Dekan. Die Privatdozenten genossen dabei nur aktives Wahlrecht. Die fakultären Rechte der Privatdozenten waren im Übrigen ein Streitthema gewesen, das nicht nur in Österreich, sondern auch auf der Versammlung der deutschen Universitätslehrer im Jahr 1848 intensiv diskutiert worden war.[99] Die Doktorenkollegien – also die Vereinigung aller Doktoren einer Universität – die damals nur in Wien und Prag noch bestanden, wurden aus der Verwaltung der Universität weitgehend ausgeschlossen, abgeschafft wurden sie auf Grund des großen Widerstands jedoch nicht. Gerade in Wien blieb das entmachtete Gremium aber noch lange ein steter Unruheherd, der sich vehement gegen die Umsetzung der Reform sträubte.[100] Die Überantwortung der

97 Im Studienhofkommissionsdekret vom 14. Februar 1817 werden die Adjunkten als „Pflanzschulen" bezeichnet, aus denen später „taugliche" Professoren hervorgehen sollten. Eine Formulierung, die ganz ähnlich bei der Rechtfertigung der Einführung der Habilitation und Privatdozentur nach 1848 gebraucht wurde. Vgl. auch bei Meister, Entwicklung und Reformen des österreichischen Studienwesens, Dokumente, S. 66.

98 Vgl. zur Entstehung und Bedeutung der Privatdozentur, besonders aber zum Einfluss der Privatdozentur auf die Entwicklung der Universitäten und Wissenschaften in Deutschland bei Paletschek, Die permanente Erfindung einer Tradition, S. 227–246; auch bei Martin Schmeiser, Akademischer Hasard. Das Berufsschicksal des Professors und das Schicksal der deutschen Universität 1870–1920, Stuttgart 1994.

99 Siehe dazu die Versammlungsprotokolle bei Ottomar Domrich/Heinrich Häser, Verhandlungen deutscher Universitätslehrer über die Reform der deutschen Hochschulen in der Versammlung zu Jena vom 21. bis 24. September 1848, Jena 1848, S. 49–57.

100 Vgl. dazu Waltraud Heindl, Universitätsreform – Gesellschaftsreform. Bemerkungen zum Plan eines „Universitätsorganisationsgesetzes" in den Jahren 1854/55, in: Mitteilungen des Österreichischen Staatsarchivs 35 (1983), S. 134–149.

Verwaltungsaufgaben der Universität an die Professorenkollegien erscheint damit zu einem gewissen Punkt auch als eine Rückkehr zur korporativen Verfassung der Universität, die Entmachtung der Doktorenkollegien hingegen spricht demgegenüber eine deutlich andere Sprache. Zudem besaßen die Universitäten nur im Bereich der Lehre, der Überwachung der Studenten und dem Recht, selbst Professoren und Privatdozenten (allerdings nur nach ministerieller Zustimmung) zu berufen, eigene Kompetenzen. Tatsächlich wurde die Entwicklung, die seit der späten Neuzeit begonnen hatte, nämlich die Universitäten zu Staatsanstalten zu machen, auch unter Thun fortgesetzt.[101] Der rechtliche Status der Universitäten wurde mit der Thun'schen Reform allerdings nicht eindeutig geklärt.[102]

Der eigentliche Kernpunkt der Reform war jedoch die Aufwertung des philosophischen Kurses zu einer den anderen drei Fakultäten gleichwertigen Fakultät. Innerhalb der Fakultät konnten sich damit die einzelnen Fächer zu eigenständigen Disziplinen entwickeln. Eine zentrale Aufgabe der Fakultät sollte die Ausbildung von Lehrern für den sekundären Bildungsbereich werden. Insgesamt war damit zwar eine Kernforderung von Kant, nämlich die Aufwertung des philosophischen Kurses zur Fakultät, umgesetzt worden, allerdings verlor die Fakultät dadurch auch ihren allgemeinbildenden Charakter sowie die Funktion eines Korrektivs für die anderen Fakultäten, was in der Konzeption des Königsberger Philosophen noch eine wichtige Rolle gespielt hatte. Die propädeutische Funktion der philosophischen Kurse wurde den Gymnasien zugeschlagen, die dazu auf acht Jahre verlängert wurden. Allerdings erhielten auch die Gymnasien einen durchgängig neuen Aufbau, was grundlegende Änderungen bei den unterrichteten Fächern und deren Verteilung nach sich zog.

Das Ziel der Gymnasien war laut Organisationsplan „eine allgemeine höhere Bildung unter wesentlicher Benützung der alten klassischen Sprachen und ihrer Literatur zu gewähren und zugleich für das Universitätsstudium vorzubereiten."[103] Der Lateinunterricht wurde stark reduziert, stattdessen die Zahl der Unterrichtsstunden in Griechisch angehoben. Der philosophische Unterricht, der in den alten philosophischen Kursen an der Universität

101 Vgl. besonders Heindl, Universitätsreform – Gesellschaftsreform, S. 138–144; zuletzt Johannes Feichtinger, Wissenschaft als reflexives Projekt. Von Bolzano über Freud zu Kelsen: Österreichische Wissenschaftsgeschichte 1848–1938 (= Science Studies), Bielefeld 2010, S. 132–133.

102 Vgl. Günther Winkler, Die Rechtspersönlichkeit der Universitäten. Rechtshistorische, rechtsdogmatische und rechtstheoretische Untersuchungen zur wissenschaftlichen Selbstverwaltung (= Forschungen aus Staat und Recht 80), Wien, New York 1988, besonders S. 15–26; Höflechner, Nachholende Eigenentwicklung?, S. 106.

103 Vgl. Organisationsentwurf §1–2.

einen zentralen Stellenwert besaß, wurde stark eingeschränkt und zu einer philosophischen Propädeutik. Philosophie im engeren Sinn sollte erst an den Universitäten unterrichtet werden. Im Gegensatz zum preußischen humanistischen Gymnasium hatte Exner auch besonders die naturwissenschaftlichen Fächer und die Mathematik in das Curriculum aufgenommen und somit einen Gegenpol zum sprachlichen Unterricht geschaffen.[104] Allgemein wird dies auf den Einfluss der Pädagogik Herbarts auf das Denken Exners zurückgeführt, der damit Einseitigkeiten verhindern sowie der wichtigen Stellung der Naturwissenschaften im realen Leben Rechnung tragen und durch die breitere Streuung der Unterrichtsgegenstände eine wechselseitig fruchtbare Beziehung stiften wollte.[105] Eine weitere wichtige Neuerung war die Abschaffung der Klassenlehrer zugunsten von Fachlehrern. Am Ende der achtklassigen Gymnasien stand die Maturitätsprüfung, deren erfolgreiche Absolvierung zum Besuch der Universität berechtigte.

Gleichzeitig mit der Neuorganisation der Gymnasien schuf man mit den Realschulen einen neuen Schultyp im sekundären Bildungsbereich. Die Realschulen sollten zwar auch allgemeine Bildung vermitteln, jedoch „ohne wesentliche Benützung der alten klassischen Sprachen und Literatur".[106] Der Abschluss der Realschulen berechtigte nicht zum Besuch der Universität, sondern sollte als „Vorbildung für die gewerblichen Beschäftigungen als auch [der] Vorbereitung zu den technischen Lehranstalten"[107] dienen.

104 Vgl. dazu besonders bei Engelbrecht, Geschichte des österreichischen Bildungswesens, Bd. 4, S. 147–149.

105 Vgl. bei Meister, Entwicklung und Reformen des österreichischen Studienwesens, Abhandlung, S. 98–101, auf S. 100–101 auch eine Auflistung der Unterrichtsfächer. Vgl. zuletzt auch bei Richard Olechowski, Zwei Forschungsparadigmen in der Pädagogik: der ‚transzendentalkritische' und der ‚empirische' Ansatz, in: Karl Fröschl/Gerd Müller/Thomas Olechowski/Brigitta Schmidt-Lauber (Hgg.), 650 Jahre Universität Wien – Aufbruch ins neue Jahrhundert, Bd. 4 (= Reflexive Innensichten aus der Universität: Disziplinengeschichten zwischen Wissenschaft, Gesellschaft und Politik), Göttingen 2015, S. 385–399, hier S. 385–386.

106 Organisationsentwurf, Plan der Realschulen §1. Hier zeigt sich auch noch einmal ein wesentlicher Unterschied zu den Vorstellungen von Feuchtersleben, der einen gemeinsamen Unterbau von Realschulen und den allgemeinen Gymnasien vorgesehen hatte. Siehe bei Meister, Feuchterslebens Anteil an der Unterrichtsreform 1848 und an der Akademie der Wissenschaften, S. 236–237.

107 Organisationsentwurf, Plan der Realschulen §1.

2.6. Leo Thun-Hohenstein

Mit der Berufung von Leo Thun-Hohenstein an die Spitze des Unterrichtsministeriums begann nach der Revolution und der damit verbundenen raschen Umsetzung erster Reformschritte sowie der gleichzeitigen Ausarbeitung einer umfassenden Bildungsreform eine neue Phase der Universitätsreform. Leo Thun fiel es zu, diese ausgearbeiteten Reformpläne dem Kaiser zur Bewilligung vorzulegen und dann deren Umsetzung zu steuern und zu begleiten.

Die Berufung von Thun in das Ministerium erfolgte überraschend, denn zuvor waren mehrere andere Kandidaten für den Posten im Gespräch gewesen. Franz Stadion[108], der seit dem Winter 1848/49 als Innenminister auch die Agenden des Unterrichts und des Kultus mitbetreut hatte, hatte den Ministerrat seit dem Frühjahr 1849 mehrfach gebeten, ihn wegen seiner angeschlagenen Gesundheit von dieser Doppelbelastung zu entbinden. Der Ministerrat konnte sich jedoch nicht auf einen Kandidaten und die Verteilung der von Stadion betrauten Agenden einigen.[109] Wenig später nahm Stadion auch nicht mehr am Ministerrat teil und Alexander Bach und der Minister für Landeskultur und Bergwesen Ferdinand Thinnfeld betreuten Stadions Agenden zusätzlich zu ihren eigenen. Aber auch sie wollten die außerordentliche Belastung nicht länger tragen und baten den Ministerrat am 18. Mai 1849, die Abteilungen Kultus und Unterricht wieder zu trennen und jeweils einem eigenen Minister zu überantworten. Als Kandidaten schlugen sie „Jósika[110] und Ürményi[111] für den Kultus, Schmerling[112] und Baumgartner[113] für den Unterricht“[114] vor. Zuvor waren sowohl die beiden Ministerialbeamten

108 Franz Seraph Stadion (Wien 1806–1853 Wien), 1827 Eintritt in den österreichischen Staatsdienst, ab 1841 kaiserlicher Statthalter des Österreichischen Küstenlandes in Triest, 1846–1848 Statthalter von Galizien, 1848–1849 Innen- und Unterrichtsminister.

109 Vgl. Die Protokolle des österreichischen Ministerrates (1848–1867). II. Abteilung (Das Ministerium Schwarzenberg), Bd. 1, S. 157–158, 182, 296, 309.

110 Samuel Jósika (Klausenburg 1805–1860 Pest), ungarischer Politiker.

111 József Ürményi (Székesfehérvár 1807–1880 Zalaegerszeg), ungarischer Politiker.

112 Anton Schmerling (Wien 1805–1893 Wien), 1849–1851 Minister des Innern, 1852–1858 Senatspräsident am obersten Gerichtshof, 1860–1865 Staatsminister in der liberalen Regierung Erzherzog Rainers.

113 Andreas Baumgartner (Friedberg 1793–1865 Wien), 1823–1833 Prof. für Physik und Angewandte Mathematik an der Universität Wien, 1842–1848 Direktor der Tabakregie, 1848 Minister für öffentliche Arbeiten und das Bergwesen, 1851–1855 Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Bauten und Finanzminister, 1851–1865 Präsident der Akademie der Wissenschaften in Wien.

114 Vgl. Die Protokolle des österreichischen Ministerrates (1848–1867). II. Abteilung (Das Ministerium Schwarzenberg), Bd. 1, S. 309.

Franz Exner als auch Joseph Alexander von Helfert zwischenzeitlich als Kandidaten für das Amt des Ministers gehandelt worden.[115] Franz Exner war als derjenige Ministerialbeamte, der die Reform großteils entworfen hatte, prädestiniert für die Übernahme des Amtes. Er lehnte jedoch ab.[116] Grund dafür war wohl seine Ansicht, dass Philosophie und Politik, Theorie und Praxis streng voneinander getrennt sein sollten.[117] Exner sah die Aufgabe des Philosophen, und somit seine Aufgabe, vielmehr darin, Ideen für die politisch Verantwortlichen zur Verfügung zu stellen. Der spätere Unterstaatssekretär von Leo Thun, Joseph Alexander Helfert (Jahrgang 1820), hatte sich zwar als umsichtiger und verantwortungsvoller Beamter während der turbulenten Zeit im Herbst 1848 und in den folgenden Monaten gezeigt, war aber für das Ministeramt wohl noch zu jung. Überraschend wurde im Ministerrat vom 28. Juli 1849 dann die Ernennung von Leo Thun-Hohenstein zum neuen Minister für Kultus und Unterricht bekannt gemacht. Genaue Hintergründe zur Berufung Thuns gibt es nicht, man kann aber mutmaßen, dass Franz Stadion Thun empfohlen hatte, zumal Thun bereits unter diesem gedient hatte, als Stadion noch Gouverneur von Galizien gewesen war. Möglich ist auch, dass es Ministerpräsident Felix Schwarzenberg[118] persönlich war, der Thun zu dem neuen Amt verholfen hatte. Das schreibt zumindest Helmut Rumpler, der glaubt, dass Thun „zur Beruhigung der konservativen Hofpartei um den entmachteten Windisch-Graetz[119]" in das Ministerium berufen wurde.[120] Thienen-Adlerflycht glaubt indessen, dass es einerseits Stadion und Exner gewesen sein könnten, die Thun empfohlen hatten, andererseits aber könne man auch aus den unveröffentlichten Tagebüchern von Anton Schmerling herauslesen, dass dieser für die Ernennung von Thun verantwortlich war.[121]

Mit dem Amtsantritt von Leo Thun am 28. Juli 1849 wurden die Agenden des Kultus mit jenen des Unterrichts in einem Ministerium zusammenge-

115 Vgl. Frankfurter, Graf Leo Thun-Hohenstein, Franz Exner und Hermann Bonitz, S. 13.

116 Vgl. dazu bei Robert Zimmermann, Franz Exner, in: Transsilvania. Beiblatt zum Siebenbürger Boten, 219 (5.11.1855), S. 73–74, hier S. 74.

117 Vgl. Franz Exner, Über die Stellung der Studierenden auf der Universität. Eine Rede, gehalten an der k.k. Universität zu Prag, vor der Immatrikulazion, den 20. Dezember 1834, in: Wilhelm Podlaha (Hg.), Muster deutscher Redekünste: mit besonderer Rücksicht auf neuere Literatur zur Bildung des Geschmacks und des Stils, Wien 1842, S. 232–241.

118 Felix Schwarzenberg (Böhmisch-Krumau 1800–1852 Wien), Diplomat und Politiker, November 1848–1852 Ministerpräsident.

119 Alfred Windisch-Graetz (Brüssel 1787–1862 Wien), Feldmarschall, führende Rolle bei der Niederschlagung der Aufstände 1848/49 in Wien und Ungarn.

120 Vgl. Rumpler, Eine Chance für Mitteleuropa, S. 321.

121 Thienen-Adlerflycht, Graf Leo Thun-Hohenstein als nachjosephinischer Vorkämpfer eines aufgeklärten Konservativismus, S. 140–141.

fasst. Salomon Frankfurter schreibt, dass dies auf ausdrücklichen Wunsch von Leo Thun geschehen war, der dies zu einer Bedingung für die Übernahme des Amtes gemacht haben soll. Dies ist zwar nirgends durch Quellen belegt, es erscheint jedoch durchaus plausibel, betrachtet man Thuns bisherigen Lebensweg und sein Amtsverständnis in den folgenden Jahren.[122]

2.6.1. Herkunft, Lebensweg und politische Ideen Thuns

Leo Thun wurde 1811 in Tetschen als drittes von fünf Kindern geboren.[123] So wie seine beiden älteren Brüder Franz[124] und Friedrich[125] wurde er zunächst von dem Hauslehrer Johann Rohrweck[126] unterrichtet und absolvierte dann das Studium der Jurisprudenz an der Prager Karls-Universität. Starken Einfluss auf seinen Charakter übten sowohl seine tief gläubige Mutter[127] als auch sein Vater aus, dessen Ansichten und Handeln sich besonders aus dem spätjosephinischen Reformkatholizismus speisten. Bei seinem Vater Franz[128] verbanden sich die „sozialethische Verpflichtungsidee

122 Frankfurter, Graf Leo Thun-Hohenstein, Franz Exner und Hermann Bonitz, S. 15. Viele Aussagen Frankfurters beziehen sich auf Informationen, die er von Joseph Alexander Helfert erhalten hatte. Man kann mutmaßen, dass dies auch für diese Aussage zutrifft, da Helfert wohl informiert über die Umstände der Ernennung Thuns gewesen war.

123 Zur Biografie von Thun siehe besonders Frankfurter, Graf Leo Thun-Hohenstein, Franz Exner und Hermann Bonitz; Ludwig Hammerstein (Hg.), Charakterbilder aus dem Leben der Kirche, vertheilt auf die Sonntage des Kirchenjahres, Trier 1897; Winter, Graf Leo Thun; Thienen-Adlerflycht, Graf Leo Thun im Vormärz; Thienen-Adlerflycht, Graf Leo Thun-Hohenstein als nachjosephinischer Vorkämpfer eines aufgeklärten Konservativismus; zuletzt besonders für die Jugend unter Auswertung von Thuns Tagebüchern: Sieglinde Kapferer, Graf Leo von Thun und Hohenstein. Ein Böhme zwischen deutschem und tschechischem Kulturkreis, Diplomarbeit, Innsbruck 2013. Außerdem auch das genealogische Projekt zur Familiengeschichte der Thun-Hohenstein mit Materialien zur Biografie von Leo Thun, Thun-Web, [http://www.thunweb.com/blog/biographien/leo-von-thun-hohenstein/], 25.08.2014.

124 Franz Anton Thun-Hohenstein (Prag 1809–1870 Prag), 1850–1861 Kunstreferent im Ministerium für Kultus und Unterricht, Präsident der Gesellschaft patriotischer Kunstfreunde für Böhmen.

125 Friedrich Thun-Hohenstein (Tetschen 1810–1881 Tetschen), 1848–1849 Gesandter in Schweden, 1849–1850 Gesandter in Bayern, 1850–1852 Präsidialgesandter am Deutschen Bundestag in Frankfurt a.M., 1852–1855 Gesandter in Preußen, 1855–1857 Civiladlatus des Generalgouverneurs für Lombardei und Venetien, 1859–1863 Gesandter in Russland.

126 Johann Rohrweck, ab 1822 Erzieher von Leo Thun und seinen Brüdern, später Schulleiter in Prag.

127 Theresia Maria Thun-Hohenstein (Pförten 1784–1844 Tetschen), geb. Gräfin Brühl, Mutter von Leo Thun.

128 Franz Anton Thun-Hohenstein (Prag 1786–1873 Tetschen), Vater von Leo Thun.

des Josephinismus mit der politischen Freiheitsidee"[129] englischer Prägung sowie die protestantische Ethik zu einem sozialen und wirtschaftlichen Reformprogramm, welches „das Volk mit dem Herren emporbilden"[130] sollte. Die Prägung durch den Vater wird hier besonders deutlich, betrachtet man Leo Thuns Ansichten zur Grundentlastung sowie zur Reform der Gemeinden in den Jahren nach der Reform von 1848 sowie seine gesellschaftspolitischen Überzeugungen. Das Eintreten für eine neo-ständische Gesellschaft und das Zurückdrängen liberal-zentralistischer Ideen in seiner zweiten Lebenshälfte zeugen von diesen Anschauungen.[131] Prägend sowohl für Vater als auch Sohn waren überdies die Ideen des Philosophen und Mathematikers Bernard Bolzano und dessen Versuch, den Rationalismus der Aufklärung mit den Glaubenssätzen der Kirche zu verbinden. Die sozial-ethischen Reformideen Leo Thuns verstärkten sich überdies bei seinen Aufenthalten in England (Oxford und London), wo er das dortige Wohlfahrtswesen kennenlernte. In der Folge engagierte sich Thun auch in seiner Heimat für die Reform des Strafvollzuges[132] und war führend bei der Gründung des *Vereins zum Wohl entlassener Züchtlinge* in Prag sowie der *Anstalt zur Erziehung verwahrloster Kinder*.

Nach seinen Lehr- und Wanderjahren trat Thun 1835 zunächst in den böhmischen Staatsdienst ein und diente als Konzeptspraktikant beim Prager Kriminal- und Zivilrecht. Nach Tätigkeiten in diversen Justizämtern Böhmens legte Thun schließlich die Richteramtsprüfungen aus dem Kriminal- und Zivilrecht ab. Bereits 1842 wechselte er in den politischen Verwaltungsdienst und war als Kreiskommissär in mehreren böhmischen Kreisen tätig, ehe er 1845 nach Wien übersiedelte und zunächst als Sekretär der niederösterreichischen Landesregierung und anschließend als Hofsekretär diente. Schließlich bewarb er sich um eine Stelle als Gubernialrat bei der galizischen Landesstelle in Lemberg. Kurz zuvor hatte er Caroline von Clam-Martinic[133] geheiratet, deren Familie wie Thun selbst dem böhmischen Hochadel entstammte. Mit Carolines Bruder Heinrich Jaroslav[134] verband Thun in der Folge eine persönliche und politische Freundschaft und das

129 Vgl. hierzu besonders Thienen-Adlerflycht, Graf Leo Thun im Vormärz, S. 47.

130 Thienen-Adlerflycht, Graf Leo Thun im Vormärz, S. 48.

131 Vgl. dazu auch besonders den Briefwechsel Thuns mit Karl Wolkenstein.

132 Leo Thun-Hohenstein, Die Notwendigkeit der moralischen Reform der Gefängnisse mit Hinweisung auf die zur Einführung derselben in einigen Ländern getroffenen Maßregeln beleuchtet, Prag 1836.

133 Caroline Clam-Martinic (1822–1898 Bad Ischl), ab 1847 Gattin von Leo Thun.

134 Heinrich Jaroslav Clam-Martinic (St. Georgen, Ungarn 1826–1887 Prag), 1853–1859 Landespräsident von Westgalizien, 1860 Mitglied des Reichsrates, Ehrenmitglied der Kgl.-Böhm. Gesellschaft der Wissenschaften.

gemeinsame Engagement für die politischen und sozialen Interessen des böhmischen Feudaladels. Die Ehe mit Caroline blieb kinderlos.

Thuns Lemberger Tätigkeit währte indes nur kurz, denn nach Ausbruch der Revolution im März 1848 wurde er auserkoren, als Gubernialpräsident in Prag die aufgewühlte Bevölkerung zu beruhigen. Zu diesem Zeitpunkt (Mai 1848) war die Stimmung in Prag bereits stark aufgeheizt und die zunehmenden Forderungen nach Gleichberechtigung der Böhmen bzw. der slawischen Völker im Allgemeinen erschwerte das Zusammenleben der Deutschen und Böhmen in wachsendem Ausmaß. Auch Thun konnte das Misstrauen zwischen den Volksgruppen nicht mildern und seine auf Entspannung und Ausgleich bedachte Amtsführung führte dazu, dass er letztlich das Vertrauen beider Gruppen verlor und als Verräter der jeweiligen nationalen Sache galt.[135] Nicht zuletzt konnte er als ständisch-konservativ denkender Politiker die national-demokratischen Revolutionäre nicht befriedigen.[136] Im Zuge des Prager Pfingstaufstandes wurde Thun sogar von der Studentenschaft kurzzeitig im Klementinum als Geisel gefangen genommen, um die Erstürmung der Stadt durch Fürst Windisch-Grätz zu verhindern. Thun wurde allerdings rasch wieder freigelassen, die Eskalation der Kämpfe konnte er jedoch nicht verhindern. Auch die Anerkennung seiner provisorischen Böhmischen Regierung durch den Kaiser war im Juni 1848 gescheitert. Erfolglos wurde Thun am 22. Juli 1848 schließlich seiner Stellung als Gubernialpräsident Böhmens enthoben.[137]

Das dramatische Erlebnis der Revolution in Prag hat Thun Zeit seines Lebens geprägt und seine Ansichten hinsichtlich der Nationalitätenfrage mitbestimmt. Thun war seit seiner Jugend ein Anhänger der slawischen Kultur, hatte selbst Tschechisch gelernt (auch wenn er im Schreiben und Sprechen Probleme hatte[138]) und war überzeugt davon, dass das Tschechische durch intensive Förderung nach und nach als Kultursprache neben dem Deutschen bestehen konnte. Im Jahr 1848 sah er diese Gleichrangigkeit jedoch

135 Vgl. dazu besonders Thuns eigene Darstellung über sein Wirken im Jahr 1848: Leo Thun und Hohenstein, Offenes Schreiben des Grafen Leo Thun an den Prager Bürger Herrn Johann Slawik, in Betreff der Ereignisse in der Pfingstwoche 1848 zu Prag. Mit urkundlichen Belegen, Prag 1849.

136 Vgl. dazu Friedrich Prinz, Prag und Wien 1848. Probleme der nationalen und sozialen Revolution im Spiegel der Wiener Ministerratsprotokolle (= Veröffentlichungen des Collegium Carolinum 21), München 1968, S. 100.

137 Vgl. zu Thuns Rolle vor, während und nach dem Aufstand bei Jiri Staif, Palackýs Partei der tschechischen Liberalen und die konservative Variante der böhmischen Politik, in: Robert Luft/Rudolf Jaworski (Hgg.), 1848/49 – Revolutionen in Ostmitteleuropa, München 1996, S. 57–74, S. 64–71.

138 Vgl. etwa Thun an Hanka, London 19.09.1834, Nachlass Vaclav Hanka, 20/H/35, Tschechisches Literaturarchiv.

noch nicht, sodass er zunächst an Deutsch als der Bildungssprache – gerade für die höheren Schulen und Universitäten – festhielt, aber eine allmähliche Einführung des Tschechischen befürwortete.[139] Während der Revolution hatte Thun auch mit dem Austroslawismus eines František Palacký[140] gebrochen, da dieser, aufbauend auf dem Nationalitätenprinzip, das Zusammenleben der Völker in der Monarchie verhindere.[141] In diesem Sinn war Thun auch als Minister durchaus darauf bedacht, die Gleichberechtigung der Völker durch gemäßigte Förderung der Nationalsprachen zu forcieren. Gleichzeitig versuchte er mit seiner Universitäts- und Wissenschaftspolitik dem Nationalismus entgegenzusteuern, indem er beispielsweise diejenigen Historiker förderte, die das historische Vermächtnis der Habsburgermonarchie herausarbeiteten und das historische Gewachsensein derselben erforschten und in den Mittelpunkt stellten.[142] Eine ähnliche Strategie verfolgte Thun auch, als er sich an der Gründung der Zeitung *Videnski denik* (Wiener Tagblatt) beteiligte und diese sowohl finanziell als auch mit Beiträgen unterstützte. Ziel der Zeitung war eine Entpolitisierung der tschechischen Öffentlichkeit und die Bekämpfung des Tschechischen Nationalismus und der Autonomiebestrebungen im Land. Die Zeitung, die nur wenige Leser hatte, erschien seit dem 9. Juli 1850 in Wien und stellte mit dem Ende der Verfassungsphase am 31. Dezember 1851 ihr Erscheinen wieder ein.[143]

Nach seinem Abgang als Gubernialpräsident in Prag schien sein rascher politischer Aufstieg bereits wieder beendet zu sein. Thun zog sich auf die Position des politischen Beobachters zurück, kommentierte das Zeitgeschehen und rechtfertigte sein Handeln zunächst schriftstellerisch.[144] Wie bereits

139 Leo Graf von Thun-Hohenstein, Betrachtungen über die Zeitverhältnisse, insbesondere im Hinblicke auf Böhmen. Aus dem Böhmischen, Prag 1849.

140 František Palacký (Hotzendorf 1798–1876 Prag), Historiker und Politiker, zentrale Figur der tschechischen Nationalbewegung.

141 Vgl. dazu Staif, Palackýs Partei der tschechischen Liberalen und die konservative Variante der böhmischen Politik, S. 71–72.

142 Vgl. dazu auch bei Surman, Habsburg Universities 1848–1918, S. 169–173.

143 Vgl. dazu Staif, Palackýs Partei der tschechischen Liberalen und die konservative Variante der böhmischen Politik, S. 72; Martin Sekera, Das Tschechische Pressewesen, in: Helmut Rumpler/Peter Urbanitsch (Hgg.), Die Habsburgermonarchie 1848–1918. Politische Öffentlichkeit und Zivilgesellschaft. Teil 2: Die Presse als Faktor der politischen Mobilisierung, Wien 2003, S. 1977–2036, hier S. 1989–1990, dort auch mit Hinweisen auf tschechischsprachige Literatur zum Thema; Johann Christoph Allmayer-Beck, Vom Gastwirtssohn zum Ministermacher. Anton Beck und seine Brüder, Wien 2008, S. 106–109. Siehe auch Thun an Unbekannt, o.O. 03.04.o.J., Slg. Darmstädter, 2 c 1850 (4), Staatsbibliothek zu Berlin, Handschriftenabteilung; Helfert an Tomek, Wien 23.06.1851, Nachlass Tomek, Tschechisches Nationalmuseum, Archiv.

144 Thun-Hohenstein, Betrachtungen über die Zeitverhältnisse, insbesondere im Hinblicke auf Böhmen.

angedeutet erfolgte die Berufung von Thun ins Ministerium dann durchaus überraschend. Doch Thun fand sich rasch in dem Amt zurecht und legte, nachdem die Vorarbeiten für die Reform von Exner bereits geleistet waren, den fertigen Gesetzesentwurf dem Kaiser zur Bewilligung vor. Exner und Thun kannten sich im Übrigen bereits aus Prag. Thun verkehrte mehrfach im Salon des um einige Jahre älteren Philosophen.[145] Dass Thun sich bereits vor seiner Berufung in das Ministeramt mit der Unterrichtsreform befasste, zeigt auch ein Brief von Thun an Exner aus dem Frühjahr 1849, als sich Thun bei Exner über das „Ziel"[146] der Unterrichtsreform erkundigte.

Mehrfach thematisiert und unterschiedlich gedeutet wurde auch Leo Thuns Hinwendung zur katholischen Restauration und dem romantisch-konservativen Milieu in den 1840er-Jahren, die in besonderem Maße seine Ministerschaft prägten. Schon Zeitgenossen und liberal orientierte Historiker sahen darin einen wunden Punkt in Thuns Politik und seiner Leistung als Universitätsreformer. Auch Hans Lentze betonte die Anlehnung Thuns an romantisch-konservative, teils ultramontane Kreise, die vielfach durch Konvertiten und/oder den Görreskreis geprägt waren.[147] Umgekehrt sah Thienen-Adlerflycht darin keinen Bruch mit den Gedanken des josephinischen Reformkatholizismus, sondern vielmehr eine Fortführung desselben, da in Böhmen die Romantik nicht so sehr ein Gegenprogramm zum Rationalismus der Aufklärung, sondern vielmehr als deren Frucht und Fortführung zu betrachten sei.[148] Franz Fillafer hat zuletzt überzeugend dargestellt, dass es gerade die unterschiedlichen Ausformungen der Aufklärung[149] in der Habsburgermonarchie waren, die es Thun ermöglichten, sowohl mit liberalen als auch mit konservativen Zeitgenossen gemeinsame Standpunkte finden zu können. Diese Mehrdeutigkeit führte dann jedoch zu dem widerspruchsvollen Bild von Thun in der Geschichtsschreibung, das weiter oben bereits beschrieben worden ist. Ähnliches zeigt sich auch im Hinblick auf das Konkordat mit dem Heiligen Stuhl, dessen Abschluss im Jahr 1855 etwa die Mitte von Thuns Amtszeit markiert. Was für die einen der größte Sündenfall Thuns war, war für die meisten Katholiken eine der größten Leistungen Thuns während seiner Mi-

145 Vgl. Frankfurter, Graf Leo Thun-Hohenstein, Franz Exner und Hermann Bonitz, S. 26–27; zu Exner in Prag auch Coen, Vienna in the age of uncertainty, S. 38–39.

146 Thun an Exner, Prag 11.04.1849, 273/47-3, Österreichische Nationalbibliothek, Handschriftensammlung.

147 Lentze, Die romantisch-konservative Richtung der deutschen Rechtsgeschichte.

148 Vgl. Thienen-Adlerflycht, Graf Leo Thun im Vormärz, S. 19.

149 Franz Leander Fillafer, Eine Gespenstergeschichte für Erwachsene. Überlegungen zu einer Geschichte des josephinischen Erbes in der Habsburgermonarchie, in: Christian Ehalt/Jean Mondodt (Hgg.), Was blieb vom Josephinismus? Zum 65. Geburtstag von Helmut Reinalter, Innsbruck ¹2010, S. 27–56.

nisterschaft. Thuns Anteil am Abschluss des Konkordats war allerdings weniger groß, als ihm vielfach ‚angelastet' wird[150] und gerade was die Universitäten anbelangt, hatte er den Einfluss der Kirche durchaus begrenzt. Dennoch war das Konkordat für Thun ein zentrales Projekt seiner Ministerschaft, zumal damit ein Bündnis von Thron und Altar festgeschrieben wurde, das langfristig für stabile gesellschaftliche Verhältnisse sorgen sollte.

Das Jahr 1855 kennzeichnet nicht nur durch den Abschluss des Konkordats eine Zäsur in Thuns Amtszeit, in dieses Jahr fällt auch die kaiserliche Sanktionierung des reformierten juridischen Studienplans und damit ein zentrales Projekt von Thun. Im Gegensatz zur grundlegenden Reform der Universitäten, bei der er die Pläne von Exner und Bonitz umgesetzt hatte, war die Reform des juridischen Studienplans hingegen weitgehend von ihm selbst ausgegangen.[151] Gleichzeitig verbesserte sich damit auch Thuns Position – bis dahin war nämlich mehrfach über eine Absetzung Thuns spekuliert worden.[152] Anlass hierzu gaben besonders die Kritik an der Unterrichtsreform durch den Reichsrat und vonseiten seiner Kollegen im Ministerrat bzw. der Widerstand mächtiger Interessengruppen gegen die Reformen, wie etwa die Doktorenkollegien der Universität Wien.[153] Nach 1855 agierte Thun wesentlich gefestigter in seinem Amt, die öffentliche Kritik wurde geringer und Thun wagte sich daher auch an schwierigere Projekte heran. Eines davon war die Ausarbeitung und Einsetzung eines neuen Status für die Wiener Universität, was aber letztlich scheiterte.[154] Ein zweites wichtiges Projekt war die Neuregelung der rechtlichen Stellung der Protestanten im Reich, die 1859 mit dem Protestantenpatent für Ungarn erfolgte (1860 allerdings wieder zurückgenommen wurde) bzw. dem Protestantenpatent von 1861.[155]

---

150 Zu den Verhandlungen zum Konkordat fehlen aktuelle Studien, daher immer noch Max Hussarek, Die Verhandlungen des Konkordats vom 18. August 1855. Ein Beitrag zur Geschichte des österreichischen Staatskirchenrechts, in: Archiv für österreichische Geschichte (1922); diesem weitgehend folgend Erika Weinzierl-Fischer, Die österreichischen Konkordate von 1855 und 1933, Wien 1960.

151 Dazu selbst siehe nach wie vor bei Lentze, Die Universitätsreform des Ministers Graf Leo Thun-Hohenstein, S. 236–249, sowie im Anhang die Dokumente dazu.

152 Vgl. dazu etwa Heinrich Suchecki an Unbekannt, Lemberg, 30. Juli 1850, Nachlass Leo Thun-Hohenstein, A3 XXI D64, Staatliches Gebietsarchiv Leitmeritz, Zweigstelle Tetschen-Bodenbach; Ficker an Feil, Innsbruck 16.03.1853, 129.621, Wienbibliothek, Handschriftenabteilung; Rapp, Alois Flir, S. 24–25.

153 Vgl. dazu bei Waltraud Heindl, Einleitung, in: Die Protokolle des österreichischen Ministerrates (1848–1867). III. Abteilung (Das Ministerium Buol-Schauenstein), Bd. 3, Wien 1984, S. IX–XXXVII, hier S. XXVII–XXVIII.

154 Vgl. dazu ausführlich in der Einleitung der Auswahledition der Thun'schen Korrespondenz. Diese erscheint voraussichtlich 2019.

155 Vgl. Friedrich Gottas, Die Frage der Protestanten in Ungarn in der Ära des Neoabsolutismus. Das ungarische Protestantenpatent vom 1. September 1859, München 1965.

Die Wende von der Verfassungsphase nach der Revolution hin zur neoabsolutistischen Politik hatten Thun sowie andere Ministerkollegen vollzogen. Nachdem der Kaiser im August 1851 diese Neuausrichtung seinen Ministern angekündigt hatte, erbat sich Thun zunächst Bedenkzeit über seinen Verbleib im Ministeramt, nicht ohne vorher die „Unausführbarkeit der Reichsverfassung vom 4. März“[156] zu betonen, aber gleichzeitig auch die zu befürchtenden Probleme des angestrebten neuen Kurses – besonders im Hinblick auf die Neuordnung des Gemeindewesens – zu kritisieren. Thun blieb letztlich im Amt. Dieser Schritt wurde ihm nach 1860, als er nach seiner Demission als Minister im böhmischen Landtag einen föderalistischen Kurs verfolgte, allerdings als Verrat an seinen politischen Ideen angelastet. Thun rechtfertigte dies damit, im Interesse der Universitätsreformen und als treuer Diener des Kaisers in dessen Sinn gehandelt zu haben.[157] Zudem sagte er, dass er nur sehr begrenzten Spielraum bei der Organisation der Unterrichtsverwaltung gehabt hätte.[158]

2.6.2. Thun nach 1860

Thuns Entlassung im Oktober 1860 war schließlich die Folge der neuerlichen Verfassungsrevision und der Reorganisation des Staatswesens, was Thun allerdings nun nicht mehr bereit war mitzutragen.[159] Schon in den Jahren vor den Verfassungskämpfen zeigen die Quellen aus der Korrespondenz Thuns sowie die Protokolle des Ministerrates Thuns Unzufriedenheit mit den Entwicklungen der staatlichen Organisation. Gemeinsam mit Karl Wolkenstein[160] und Heinrich Clam hatte er daher noch 1859, in der Krise nach der Niederlage von Solferino, dem Kaiser ein Regierungsprogramm vorgelegt und darin eine Reform des Staatswesens und der Verwaltung

156 Vgl. das Protokoll des Ministerrates vom 19. August 1851, in: Die Protokolle des österreichischen Ministerrates (1848–1867). II. Abteilung (Das Ministerium Schwarzenberg), Bd. 5, Wien 2013, S. 173–174.

157 Thienen-Adlerflycht, Graf Leo Thun-Hohenstein als nachjosephinischer Vorkämpfer eines aufgeklärten Konservativismus, S. 154–155.

158 Vgl. Salomon Frankfurter, Leo Thun-Hohenstein, in: Allgemeine Deutsche Biographie, Bd. 38, Leipzig 1894, S. 178–212, hier S. 209–210.

159 Vgl. Thienen-Adlerflycht, Graf Leo Thun-Hohenstein als nachjosephinischer Vorkämpfer eines aufgeklärten Konservativismus, S. 155–158; Stefan Malfèr, Einleitung, in: Die Protokolle des österreichischen Ministerrates (1848–1867). IV. Abteilung (Das Ministerium Rechberg) Bd. 1, Wien 2003, S. IX– LXX, hier LXX.

160 Karl Friedrich Otto Wolkenstein-Trostburg (Passau 1802–1875 Teplitz), bis 1848 Richter, zuletzt Präsident des Landrechts in Brünn, 1848 Rückzug ins Privatleben, 1860 Mitglied des verstärkten Reichsrats.

skizziert.[161] Die bisherige Verwaltung durch Beamte („bürokratische Allherrschaft")[162] sollte durch eine neofeudale Ordnung ersetzt werden, die aus einem mehrstufigen System von organisch gewachsenen Gebietskörperschaften bestehen sollte, und die über das Recht von lokalem Selfgovernment verfügten: auf der untersten Ebene die Ortsgemeinden bzw. die Güter unter der Verwaltung von Grundherren, darüber die Kreis- und Landtage.[163] Der Kaiser lehnte den Vorschlag ab, nachdem auch Ministerpräsident Rechberg gegen das Programm der böhmischen Konservativen opponiert hatte.[164]

Während die Biografie Thuns bis zum Vormärz und auch seine Ministerzeit sehr gut erforscht sind, gibt es für die Zeit danach nur wenige Arbeiten und nur versprengte Hinweise.[165] Dabei wurde Thun insbesondere als zentraler Vertreter des Konservatismus der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts gedeutet. Unter dieser Prämisse war es neuerlich Thienen-Adlerflycht, der das Fehlen einer Biografie Thuns in seiner zweiten Lebenshälfte teilweise ausgleichen konnte, und 2003 mit einem Aufsatz seine bisherigen Forschungen zu Thun zusammengefasst und auch die Zeit nach 1860 – vor allem Thuns politische Ideen – dargestellt hat.[166] Dabei steht allem voran Thuns Kampf gegen den Zentralismus, die „Omnipotenz der Staatsgewalt"[167] und gegen den Liberalismus im Zentrum, der sich bereits im gemeinsamen Programm von Wolkenstein und Clam abgezeichnet hatte. Diesen Kampf verfolgte Thun seit 1861 als lebenslängliches Mitglied des Herrenhauses des Reichsrates, welches er allerdings 1867 aus Protest gegen die liberale Politik und den Ausgleich verließ, und als Abgeordneter des Böhmischen Landtags (1861–1867, 1870 und 1883–1888). Daneben en-

161 Vgl. Malfèr, Einleitung, S. XXVIII–XXX.

162 Memorandum von Heinrich Jaroslav Clam in der Konferenz vom 3. August 1859, abgedruckt in: Die Protokolle des österreichischen Ministerrates (1848–1867). IV. Abteilung (Das Ministerium Rechberg) Bd. 1, S. 489.

163 Siehe alle Protokolle bei Die Protokolle des österreichischen Ministerrates (1848–1867). IV. Abteilung (Das Ministerium Rechberg) Bd. 1, S. 481–500; vgl. auch Höbelt, Graf Karl Wolkenstein (1802–1875), S. 223–224. In den Briefen von Wolkenstein an Thun aus den 1850er-Jahren finden sich mehrfach solche Ideen.

164 Siehe dazu Malfèr, Einleitung, S. XXX–XXXI.

165 Vgl. etwa Lothar Höbelt, Graf Leo Thun als Führer der konservativen Opposition, oder: Aufstieg und Fall der „Österreichischen Rechtspartei" (1872–74), in: Dagmar Hajkova/Lubos Velek (Hgg.), Historik na sachvini dejin. K petasedemdesatinam Jana Galandauera, Prag 2011, S. 112–133.

166 Thienen-Adlerflycht, Graf Leo Thun-Hohenstein als nachjosephinischer Vorkämpfer eines aufgeklärten Konservativismus; zuletzt auch Kapferer, Graf Leo von Thun und Hohenstein, S. 229–288.

167 Thienen-Adlerflycht, Graf Leo Thun-Hohenstein als nachjosephinischer Vorkämpfer eines aufgeklärten Konservativismus, S. 160.

gagierte sich Thun einerseits für die Gründung einer „katholisch-konservativen Rechtspartei", wenngleich er – an das Vorbild England denkend – die praktische Umsetzung dieses Vorhabens in Österreich als beinahe aussichtsloses Unterfangen ansah.[168] Wichtiger erscheint indes seine Tätigkeit als Herausgeber der Zeitung *Das Vaterland. Zeitung für die österreichische Monarchie,* die Thun von 1865 bis wenige Wochen vor seinem Tod im Jahr 1888 innehatte. Die Zeitung war eine Gründung konservativer Föderalisten, die sich überwiegend aus dem Kreis des böhmischen und mährischen Adels rekrutierten (Wolkenstein, Clam, Lobkowitz, Belcredi). Thun verfasste für die Zeitung auch zahlreiche Artikel, besonders zu innenpolitischen Themen, und propagierte so seine föderalistischen Pläne und Alternativen zum Zentralismus. Die Leitlinie der Zeitung kann als „katholisch – österreichisch – konservativ – christlichsozial"[169] bezeichnet werden. Seit 1875 prägte besonders der norddeutsche Konvertit Karl Vogelsang die Linie des Blattes, indem er die soziale Frage zunehmend in den Mittelpunkt der Berichterstattung stellte, was zahlreiche Förderer der Zeitung kritisch betrachteten. Als sich Vogelsang der antisemitischen Bewegung der *Vereinigten Christen* anschloss und auch das Blatt in diese Richtung mitzog, kam es schließlich zum Bruch mit Thun, der daraufhin die Leitung der Zeitung abgab.[170]

Leo Thun starb am 17. Dezember 1888 in Wien.

2.6.3. Thuns universitäts- und wissenschaftspolitische Leitlinien

Wie bereits erwähnt, hatte Thun sich bei der Reform der Universitäten (und Gymnasien) auf die ausgearbeiteten Reformpläne von Franz Exner verlassen und diese unterstützt. Allerdings hatte er sich kurz vor seinem Amtsantritt auch bei Karl Ernst Jarcke, einem vormaligen Mitarbeiter der Metternichschen Staatskanzlei und Herausgeber der *Historisch-politischen Blätter für das katholische Deutschland*, einige Anregungen für seine zukünftige

168 Vgl. Thienen-Adlerflycht, Graf Leo Thun-Hohenstein als nachjosephinischer Vorkämpfer eines aufgeklärten Konservativismus, S. 160.

169 Thienen-Adlerflycht, Graf Leo Thun-Hohenstein als nachjosephinischer Vorkämpfer eines aufgeklärten Konservativismus, 162.

170 Vgl. dazu besonders Höbelt, Die deutsche Presselandschaft, S. 1837–1838. Besonders aufschlussreich im Hinblick auf die Geschichte der Zeitung ist die jüngst erschienene Edition der Tagebücher von Egbert Belcredi: Lothar Höbelt/Johannes Kalwoda/Jiří Malíř (Hgg.), Die Tagebücher des Grafen Egbert Belcredi 1850–1894. Nach editorischen Vorarbeiten von Antonín Okáč, Wien, Köln, Weimar 2016.

Aufgabe als Unterrichtsminister eingeholt.[171] Die vielfach zitierten Memoranden Jarckes, eine Rede Thuns bei einer Promotion sub Auspicis an der Universität Wien, die Abhandlung des Ministeriums *Die Neugestaltung der Österreichischen Universitäten*[172] sowie einige versprengte Gedanken aus Briefen lassen auf das schließen, was man als Thuns eigene Vorstellungen zur Universitätspolitik bezeichnen könnte. Prägend waren daneben auch seine Erlebnisse als Student der Jurisprudenz an der Karls-Universität in Prag sowie, deutlich einschneidender, die Erfahrungen aus dem Jahr 1848, als die Studenten und Schüler in der ersten Reihe der Revolutionäre standen und das staatliche Gefüge der Habsburgermonarchie ins Wanken brachten. In zahlreichen Briefen der Korrespondenz Thuns schwingt diese Furcht vor einer neuerlichen Revolution der Studenten mit und das Verhindern einer solchen wurde zu einer wesentlichen Triebfeder von Thuns Handeln als Unterrichtsminister. Als das probateste Mittel hierzu sah Thun – anders als mehrere seiner Ministerkollegen – nicht eine verbesserte Überwachung der Studenten, sondern vielmehr eine Abkehr von der Gängelung der Studenten durch rigide Studienordnungen und der Überwachung durch Studiendirektoren sowie die Steigerung der wissenschaftlichen Qualität der Universitäten.[173] Ganz so hatte Karl Ernst Jarcke es ihm geraten. Jarcke sah im Studiensystem des Vormärzes lediglich eine Schule „der allen Glauben übersteigenden Plattheit und Bornirtheit der gewöhnlichen, fabriksmäßigen Durchschnittsbildung"[174], die es zu überwinden gelte. Der Minister müsse dazu „den wissenschaftlichen Sinn"[175] fördern und dabei präzisierte er:

> Unter wissenschaftlichem Sinn verstehe ich hier ganz allgemein die Lust und Freude am Studium als solchem, die Freude an jeder in die Tiefe gehenden

171 Memorandum von Karl Ernst Jarcke, Welholzen bei Traunstein 5.08.1849, Nachlass Leo Thun-Hohenstein, A3 XXI C133, Staatliches Gebietsarchiv Leitmeritz, Zweigstelle Tetschen-Bodenbach. Das Memorandum ist an Friedrich Thun, den Bruder Leos, gerichtet. Friedrich war zu dieser Zeit als Diplomat in München, wo Jarcke seit seiner Entlassung aus dem österreichischen Staatsdienst im Jahr 1848 lebte. Das Memorandum ist abgedruckt bei Lentze, Die Universitätsreform des Ministers Graf Leo Thun-Hohenstein, S. 295–300.

172 Die Neugestaltung der österreichischen Universitäten über Allerhöchsten Befehl dargestellt von dem k.k. Ministerium für Kultus und Unterricht.

173 Vgl. dazu die Diskussionen im Ministerrat im Jahr 1853, Protokolle bei Lentze, Die Universitätsreform des Ministers Graf Leo Thun-Hohenstein, S. 306–333, hier S. 312–314.

174 Vgl. Memorandum von Karl Ernst Jarcke, Welholzen bei Traunstein 5.08.1849, Nachlass Leo Thun-Hohenstein, A3 XXI C133, Staatliches Gebietsarchiv Leitmeritz, Zweigstelle Tetschen-Bodenbach.

175 Ebenda.

> geistigen Beschäftigung, die Neigung, sich an jedweder Erweiterung des Wissens zu betheiligen, rein um der geistigen Errungenschaft und nicht um irgend eines materiellen Genusses oder Gewinnes willen.[176]

Auf diesem Weg wollte Jarcke eine neue gebildete Klasse in Österreich heranziehen, eine geistige Elite, die sich eigene Urteile bildet, zu der diejenigen zählen sollten, die nicht „blindlings glauben, was im Lloyd oder in der Allgemeinen Zeitung steht"[177] und die das Grundfundament für einen Neuaufbau Österreichs bilden müssten. Jarcke lehnte damit die utilitaristischen Grundsätze im Bildungswesen ab und forderte vielmehr die Einführung eines humanistischen Prinzips, das die persönliche Bildung, die freie Entfaltung und die Ausbildung von Kritikfähigkeit in den Mittelpunkt rückte. Ähnliche Auffassungen kennen wir von den preußischen Universitätsreformen (wie bereits ausgeführt). Ansichten dieser Art vertrat auch Exner und ganz ähnlich liest man es in der Denkschrift des Ministeriums *Die Neugestaltung der österreichischen Universitäten*[178]. Auch hier wird der Zweck der Universitäten als Stätten der Wissenschaft definiert. Ein explizit erzieherisches Element der Universitäten, wie es etwa Fichte im Hinblick auf eine Nationalerziehung forderte, findet sich nicht, dieses gilt viel eher für die Gymnasien. Mit der Betonung der Wissenschaftlichkeit der Universitäten erfolgte letztlich auch die Integration der Forschung in die universitäre Bildung. Gerade Forschung war bis dahin besonders an den Hofinstituten und den verschiedenen Nationalmuseen betrieben worden.[179] Eine Akademie der Wissenschaften als erste Stätte der Wissenschaften der Monarchie war erst 1847 gegründet worden.[180] Mit der Reform der Universitäten und dem Anspruch, diese ebenfalls als Stätten der Wissenschaften zu etablieren, kam es daher auch durchaus zu kleineren Konflikten, die verdeutlichen, dass Universitäten von unterschiedlichen Politikern und Professoren lediglich als höhere Schulen, aber nicht als Forschungseinrichtungen wahrgenommen wurden. Dies zeigen etwa die Ansichten von Joseph Hammer-Purgstall, dem

176 Ebenda.

177 Ebenda.

178 Die Neugestaltung der österreichischen Universitäten über Allerhöchsten Befehl dargestellt von dem k.k. Ministerium für Kultus und Unterricht.

179 Vgl. dazu bei Höflechner, Österreich: eine verspätete Wissenschaftsnation?, S. 106.

180 Vgl. grundlegend Richard Meister, Die Geschichte der Akademie der Wissenschaften in Wien 1847–1947. Festvortrag des Vizepräsidenten in der feierlichen Sitzung der Österreichischen Akademie der Wissenschaften anläßlich ihrer Jahrhundertfeier am 14. Mai 1947, Wien 1947. Zu den wissenschaftshistorischen Implikationen besonders bei Höflechner, Zum System Wissenschaft und seinen institutionellen Komponenten in Österreich bis zum Zweiten Weltkrieg.

zentralen Proponenten der Gründung einer Akademie sowie deren erster Präsident[181], aber auch die Einsprüche von Finanzminister Philipp Krauß bei den Verhandlungen um die Etablierung des *Instituts für Österreichische Geschichtsforschung* an der Universität Wien.[182] Letztlich vollzog sich dieser Wandel, wenngleich langsam, aber ohne große Probleme, auch weil die noch junge Akademie für starke Opposition zu schwach war. Im Übrigen hatte Jarcke auch angedacht, die kaiserliche Akademie der Wissenschaften wieder aufzulassen und die jährliche Förderung derselben stattdessen in die Universitäten zu investieren.[183]

Im Sinne der Förderung der Wissenschaften verteidigte Thun – und damit folgte er auch hier Jarcke – das Prinzip der Lehrfreiheit. Allerdings vertrat er dabei die Auffassung, dass nicht wie in Preußen eine absolute Lehrfreiheit gelten dürfe, sondern eine eingeschränkte, die etwa staatsgefährdende Lehren sowie der christlichen Offenbarung widersprechende Lehren nicht zuließ.[184] Wahre Wissenschaft konnte für Thun nur im Rahmen der katholischen Religion erfolgen. Der Minister entschärfte das Prinzip der Lehrfreiheit an den Universitäten auch dadurch, dass er durch seine Personalpolitik gewisse Personen und deren Lehre von der Universität fernhielt bzw. umgekehrt Vertreter der rechtshistorischen Schule bzw. Professoren von entschieden katholischer Gesinnung besonders bevorzugte. Der Personalpolitik kam daher eine enorme Rolle zu. Dies zeigt allein schon die große Zahl an Briefen im Nachlass Thuns, die sich mit Personalfragen beschäftigt. Wenngleich das Vorbild Preußens im Hinblick auf die Lehrfreiheit zur Abgrenzung diente, so beendete Thun insgesamt doch die Abschottung von den übrigen deutschen Ländern und berief zahlreiche Professoren (und Lehrer) aus den deutschen Nachbarstaaten. Neben dieser Förderung über die Auswahl bestimmter Personen hat Thun auch auf strukturelle Weise bestimmte Fächer und Schulen bevorzugt, etwa durch die Gründung bestimmter Forschungs- und Lehreinrichtungen sowie durch die Verankerung bestimmter Fächer in den Studienplänen. Dies gilt vor allem für die Rechtsgeschichte und das Römische Recht, ja allgemein für die historische Methode innerhalb der Rechtswissenschaften.[185] Besonders

181 Josef Freiherr von Hammer-Purgstall, Erinnerungen aus meinem Leben. 1774–1852, Wien, Leipzig 1940, S. 391.

182 Vgl. dazu bei Lhotsky, Geschichte des Instituts für Österreichische Geschichtsforschung 1854–1954, S. 27–28.

183 Siehe Memorandum von Karl Ernst Jarcke, Welholzen bei Traunstein 5.08.1849, Nachlass Leo Thun-Hohenstein, A3 XXI C133, Staatliches Gebietsarchiv Leitmeritz, Zweigstelle Tetschen-Bodenbach.

184 Vgl. Die Neugestaltung der österreichischen Universitäten über Allerhöchsten Befehl dargestellt von dem k.k. Ministerium für Kultus und Unterricht, S. 24–28.

185 Vgl. Lentze, Die romantisch-konservative Richtung der deutschen Rechtsgeschichte;

durch die Begünstigung der historischen Methode in den Rechtswissenschaften sollte die Rechtswissenschaft in Österreich aus dem „Zustand des juridischen Schlafes“[186] geweckt und die Dominanz des Naturrechts gebrochen werden.[187] Die juridischen Studien nahmen insgesamt eine zentrale Rolle in Thuns Überlegungen ein, denn sie waren die Rekrutierungsstätten für die höhere Beamtenschaft, die wiederum eine Grundsäule der Monarchie bildete.

Auch der Geschichtswissenschaft schenkten Thun und sein Staatssekretär, sein enger Berater Joseph Alexander Helfert, große Aufmerksamkeit. Ihr maß Thun eine doppelte Rolle zu. Einerseits sollte sie die Studenten (besonders auch die Juristen) mit der historischen Methode vertraut machen, andererseits sollte sie in Form einer vaterländischen Geschichte, auch als staatstragende Ideologie die historische Gewachsenheit des Reichs und damit die historische Mission der Habsburger erforschen sowie herausstellen und auf diese Weise zur Stabilität des Reiches beitragen. In diesem Sinne wurde auch das Institut für österreichische Geschichtsforschung in Wien gegründet, das als erste Schule für österreichische Historiker etabliert werden und durch historische Forschungen zur Geschichte der österreichischen Monarchie herausragen sollte.[188] Nicht zuletzt waren es die klassischen Sprachen, die Thun besonders förderte. Dies war auch nötig geworden, um den Bedarf an Lehrern für die Gymnasien decken zu können, an denen Griechisch und Latein durch den neuen Lehrplan Kernelemente geworden waren. An der Personalpolitik in diesen Fächern zeigt sich besonders deutlich, wie wichtig Thun die Person des Professors und des Lehrers war.[189] Er sollte Studenten und Schülern den Weg weisen und sie vor einem falschen Verständnis der antiken Kulturen behüten.

Lentze, Graf Thun und die deutsche Rechtsgeschichte; zuletzt auch besonders Johannes Feichtinger, Positivismus in der österreichischen Philosophie. Ein historischer Blick auf die frühe Positivismusrezeption, in: Newsletter Moderne. Zeitschrift des Spezialforschungsbereichs Moderne – Wien und Zentraleuropa um 1900 7 (2004), S. 24–29.

186 Rede des Grafen Leo Thun bei der Promotion Sub Auspicis des Dr. Julius Fierlinger, 11.05.1852. Abgedruckt bei Lentze, Die Universitätsreform des Ministers Graf Leo Thun-Hohenstein, S. 304–306, hier S. 305.

187 Vgl. dazu auch Thun an Hye, Wien 03.11.1852, Nachlass Hye, Karton 23, Österreichisches Staatsarchiv, Allgemeines Verwaltungsarchiv.

188 Lhotsky, Geschichte des Instituts für Österreichische Geschichtsforschung 1854–1954, S. 7–27. Georg Christoph Berger Waldenegg, Vaterländisches Gemeingefühl und nationale Charaktere. Die kaiserliche Regierung im Neoabsolutismus und die Erfindung einer österreichischen Nationalgeschichte, in: Hans Peter Hye/Brigitte Mazohl/Jan Paul Niederkorn (Hgg.), Nationalgeschichte als Artefakt, Wien [1]2009, S. 135–178.

189 Vgl. Die Neugestaltung der österreichischen Universitäten über Allerhöchsten Befehl dargestellt von dem k.k. Ministerium für Kultus und Unterricht, S. 60–62.

Wie bereits mehrfach erwähnt lassen sich in zahlreichen Briefen von und an Thun die preußischen Universitäten implizit oder explizit als Referenzpunkte für die Reformanstrengungen in Österreich erkennen.[190] Der Kerngedanke in diesen Briefen lautet, dass die österreichischen Universitäten zwar den preußischen ähnlich werden sollten, aber gleichzeitig einen eigenen, einen österreichischen Weg finden müssten. Mit dem Versuch dieses Ziel zu erreichen, konnten die österreichischen Universitäten einerseits in einen geistigen Wettbewerb mit ihren preußischen Pendants treten, andererseits sollte damit ein österreichisches (katholisches) Gegengewicht zu diesen etabliert werden, um dadurch letztlich auch die Deutungshoheit in den Wissenschaften zurückzugewinnen. Thun verstand die österreichischen Universitäten – auch durch die oben erwähnte Einschränkung der Lehrfreiheit im Rahmen katholischer Grundsätze – als katholische Universitäten, wenngleich dies nicht ausschließen sollte, dass dort auch Protestanten lehrten. Die Errichtung einer katholischen Universität unter kirchlicher (bischöflicher) Führung, wie sie im Laufe der 1850er-Jahre von verschiedenen Seiten propagiert wurde, war hingegen kein genuines Ziel von Leo Thun.[191]

190 Vgl. Thun an Linde, Wien 17.05.1858, N 1759, 51, Bundesarchiv Koblenz.

191 Thun an Ficker, Wien 22.09.1856, Nachlass Ficker, Institut für Österreichische Geschichtsforschung; Die Neugestaltung der österreichischen Universitäten über Allerhöchsten Befehl dargestellt von dem k.k. Ministerium für Kultus und Unterricht, S. 22. Siehe auch Kapitel 6.

3 DIE REFORMEN AN DER UNIVERSITÄT INNSBRUCK

3.1. Die Revolution und die Universität

Innsbruck stand im Jahr 1848, wie es Hans Heiss und Thomas Götz im Titel ihres Buch zur Märzrevolution in Tirol prägnant benennen: „am Rande der Revolution."[1] Bei den wenigen politischen Demonstrationen spielten die Innsbrucker Studenten allerdings eine wichtige Rolle, freilich nicht zu vergleichen mit jener der Wiener Studentenschaft.[2] Denn während es in Wien unter anderem die Studenten waren, die mit ihren Forderungen die Märzproteste ausgelöst hatten und diese auch an den gewaltsamen Auseinandersetzungen beteiligt waren, beschränkte sich die Rolle der Innsbrucker Studenten auf die Abhaltung patriotischer Demonstrationen.

Die Wiener Studenten hatten am 12. März eine Petition[3] an den Kaiser verfasst, in der sie Rede- und Pressefreiheit sowie eine Reform des Unterrichtswesens und die Gewährung akademischer Freiheiten gefordert hatten. Die beiden liberalen Professoren Anton Hye und Stephan Endlicher überbrachten dem Kaiser noch am selben Tag die Petition. Tags darauf kam es zu ersten Massenaufläufen und Tumulten, die schließlich in gewaltsamen Auseinandersetzungen mit dem Militär endeten.[4] Zwei Tage später machte Kaiser Ferdinand erste Zugeständnisse und versprach die Ausarbeitung einer Verfassung und die Gewährung der Pressefreiheit, zudem billigte er die Bildung einer Nationalgarde.[5] Diese Nachricht traf spätestens am 17. März in Innsbruck ein und wurde von den Studenten freudig gefeiert.[6] Über die Stimmung in der Studentenschaft erfahren wir etwas aus einem Brief von

---

1 Hans Heiss/Thomas Götz, Am Rand der Revolution. Tirol 1848/49, Wien, Bozen 1998; vgl. dort allgemein zu den Ereignissen in Innsbruck, S. 63–66. Zur Chronologie der Ereignisse des Jahres 1848 in Innsbruck siehe bei Karl Unterkircher, Chronik von Innsbruck, Innsbruck 1897, S. 362–380.

2 Zuletzt Maisel, Alma mater auf den Barrikaden.

3 Der Text der Petition ist abgedruckt bei Engelbrecht, Geschichte des österreichischen Bildungswesens, Bd. 4, S. 515.

4 Zu den Märzereignissen und der Rolle der Studenten siehe Maisel, Alma mater auf den Barrikaden, S. 17–25.

5 Vgl. die Kaiserliche Proklamation etwa in der Wiener Zeitung, Nr. 76, vom 16.03.1848.

6 Die Nachricht von der Pressefreiheit verbreitete sich offenbar als Erstes durch Privatbriefe aus Wien und die Wiener Zeitung. Der offizielle Bothe für Tirol und Vorarlberg druckte das Patent des Kaisers erst am Montag den 20. März 1848, Gouverneur Brandis hatte die Verordnung am 18. März bekannt gemacht.

Heinrich von Giovanelli[7] an seine Eltern, der über die Ereignisse in Innsbruck aus diesen Tagen „rauschig und wonnetrunken" berichtet. Die Studenten feierten die Nachricht von der Gewährung der Pressefreiheit und der Verfassung abends im Hofgarten mit lauten Hochrufen auf „Kaiser, Deutschland, Konstitution und den edlen deutschen Studenten" und erregten damit Unmut bei Beamten und Bürgern, die aus der Sicht des Schreibers befürchteten, die Studenten würden Unruhe stiften.[8] Nach dieser Freudenkundgebung im Hofgarten

> strömten also bei 300 Studenten, in Mitten der herrliche Flir, umgeben von den anderen Professoren ins Löwenhaus, dort also großer Rummel, deutsche Lieder wurden gesungen, Prof. Flir hielt eine sehr schöne, bündige Rede, worin er uns seine Freude über unsere Begeisterung ausdrückte.[9]

Und weiter berichtet Giovanelli von Flirs Rede, in der dieser den Studenten daraufhin anbot,

> daß wir, wenn wir wollten, es erhalten könnten, bewaffnet zu werden, er schloß, daß wir dann gegen jeden Feind, wenn es sein muß, dreinschlagen sollen: Allgemeiner Applaus und Jubel, Vivat ihm und allen Professoren.[10]

Die Studenten organisierten sich in den folgenden Tagen, ermächtigt durch das kaiserliche Patent und ähnlich wie die Wiener Studentenschaft, in einer akademischen Legion. Angeführt wurden sie dabei von Vertretern der Studentenschaften und einigen Professoren.[11] Die Stimmung unter den Studenten wurde dadurch noch weiter gehoben. Unter den Studenten herrschte allgemeine Hochstimmung, von der der Brief des Heinrich Giovanelli Zeugnis liefert. Ähnliche Worte des Jubels fand auch der Student Joseph Hundegger[12]

---

7 Heinrich von Giovanelli (Bozen 1830–1883 Mils), Student der Rechte.

8 Giovanelli an seine Eltern (Abschrift in der Giovanellischen Familiengeschichte), Innsbruck 22.03.1848, Mircofilm 1231, Tiroler Landesarchiv, S. 8147. Vgl. dazu auch die Berichterstattung im Bothen für Tirol und Vorarlberg, 23 (20.03.1848), S. 105. Der Bericht stimmt im Wesentlichen mit dem überein, was Heinrich von Giovanelli seinen Eltern schrieb, auch, dass die Zusammenkunft der Studenten zu einigen „Missverständnissen über Zweck und Absicht" geführt hatte. Ebenda.

9 Giovanelli an seine Eltern (Abschrift in der Giovanellischen Familiengeschichte), Innsbruck 22.03.1848, Mircofilm 1231, Tiroler Landesarchiv, S. 8146–8147.

10 Giovanelli an seine Eltern (Abschrift in der Giovanellischen Familiengeschichte), Innsbruck 22.03.1848, Mircofilm 1231, Tiroler Landesarchiv, S. 8146–8147.

11 Vgl. auch Bothe für Tirol und Vorarlberg, 23 (20.03.1848), S. 105.

12 Joseph Hundegger (Klausen 1823–1896 Meran), Student der Rechte während der Revolution von 1848, später Advokat in Murau und Meran.

in seinen Aufzeichnungen und Briefen aus diesen Tagen.[13] Obschon die Demonstrationen der Studenten anfangs einigen Argwohn hervorgerufen hatten, gab es schließlich doch lobende Worte für deren Disziplin.[14] Ersteres ist wenig verwunderlich, zumal den Studenten allgemein „ein gruppenspezifischer Habitus der Devianz bzw. der Gewalt“[15] anhaftete, der sie und ihre Aktivitäten grundsätzlich verdächtig machte. Wenig überraschend ist es daher auch, dass sich hartnäckig das Gerücht hielt, einige Studenten hätten nach den Feierlichkeiten im Löwenhaus in einer nächtlichen Aktion einige Fenster des Jesuitenkollegs eingeworfen. Außerdem kam es am folgenden Tag auch zu einigen Wortgefechten zwischen Studenten und Bauern, die den Innsbrucker Wochenmarkt besuchten. Grund hierfür war ein Eindringen von Studenten in das Gymnasium der Jesuiten während des Unterrichts.[16] Inwieweit die Nachrichten vom Angriff der Studenten auf die Jesuiten wahr sind, lässt sich schwer beurteilen, da es widersprüchliche Informationen dazu gibt.[17] Alois Flir schrieb in einem Brief mehrere Jahre später, er hätte die Studenten von einem Angriff auf die Jesuiten abhalten können und nur eine „kleine Rotte von Wälschen“[18] sei dennoch ohne sein Wissen in das Schulhaus der Jesuiten eingebrochen. Und auch Jakob Probst schreibt, dass den Jesuiten einige Fenster eingeworfen wurden, wenn auch „vielleicht ohne Einwirkung von Akademikern.“[19] Im *Bothen für Tirol und Vorarlberg* erklärte der Präfekt des Jesuitenkollegs die Gerüchte indes

> als grundlos, durch welche so vielfältig ausgestreut wurde, daß entweder er oder Einer aus den Gymnasial-Professoren am letztverflossenen Sonnabend im Gymnasial-Gebäude durch Worte oder durch Handlungen von einigen Herren Akademikern der löblichen hiesigen k.k. Universität persönlich insultiert worden sey.[20]

13 Diese Aufzeichnungen sind ediert bei Matthias Egger, „Für Gott, Kaiser und Vaterland zu Stehen und zu Fallen…“. Die Aufzeichnungen Joseph Hundeggers aus dem Revolutionsjahr 1848 (= Erfahren – Erinnern – Bewahren 1), Innsbruck 2012, zu den Märzereignissen besonders S. 108–119; siehe ebendort auch S. 45–49.

14 Vgl. im Bothen für Tirol und Vorarlberg, 23 (20.03.1848) S. 105.

15 Marian Füssel, Gelehrtenkultur als symbolische Praxis. Rang, Ritual und Konflikt an der Universität der Frühen Neuzeit, Darmstadt 2006, S. 251.

16 Vgl. dazu Heiss et al., Am Rand der Revolution.

17 Vgl. dazu auch Egger, „Für Gott, Kaiser und Vaterland zu Stehen und zu Fallen…“, S. 47.

18 Flir, Briefe aus Innsbruck, Frankfurt und Wien, S. 194.

19 Probst, Geschichte der Universität Innsbruck seit ihrer Entstehung bis zum Jahre 1860, S. 342.

20 Bothe für Tirol und Vorarlberg, 24 (23.03.1848), S. 113.

Auch der Chronist Unterkircher, der dabei der Pusch'schen Chronik folgt, verzeichnete unter dem 17. März 1848 lediglich: „Auf das Gerücht, dass die Studenten den Jesuiten die Fenster einwerfen wollen, werden die Wachtposten verdoppelt und die Patrouillen verschärft."[21]

In der Geschichtsschreibung wurde diese Episode allerdings – teils ohne Bedachtnahme all dieser Quellen – stets angeführt, wohl auch deshalb, weil sich sonst wenig ‚Revolutionäres' aus Innsbruck berichten ließ.[22] Ob nun wahr oder nicht, die Episode zeigt, dass die Jesuiten und deren Schulsystem als Sinnbild der Rückständigkeit und der Einseitigkeit eines überkommenen Bildungssystems und der Unterdrückung des Volkes als Angriffsfläche dienten. Dass dies auch von Zeitgenossen so wahrgenommen worden ist, zeigt ein Kommentar in der *Wiener Abendzeitung* vom 29. April 1848:

> Die Austreibung der Jesuiten aus Innsbruck ging von den Studenten der Universität aus, die die Schmach ihres Vaterlandes nicht länger dulden wollten, denn wenn es eine Schmach des Vaterlandes gibt in der Unterdrückung durch einen äußeren Feind, so gibt es auch eine Schande im Innern, sobald man eine Gesellschaft im Lande duldet, die sich die Verleumdung des Volkes und Erbschleicherei unter dem Mantel geistlichen Zuspruchs zur Aufgabe stellt.[23]

Wie bereits erwähnt, beteiligten sich auch einige Professoren, besonders jene aus der philosophischen Fakultät, an den Demonstrationen der Studenten und engagierten sich politisch. Neben dem genannten Alois Flir, gab es mit Anton Baumgarten[24], Albert Jäger[25] und Johann Schuler[26] (damals noch nicht Professor) noch weitere Anhänger der konstitutionellen Partei in den Reihen der Professoren.[27] Jäger und Flir gehörten zu den Gründungsmitgliedern des konstitutionellen Vereins in Innsbruck[28]. Flir, Schuler und ein

21 Unterkircher, Chronik von Innsbruck, S. 362.

22 Zuletzt auch Heiss et al., Am Rand der Revolution, S. 17.

23 Die Jesuiten in Innsbruck, in: Wiener Abendblatt, 30 (29.04.1848), S. 124.

24 Anton Baumgarten (Wien 1817–1880), ab 1840 Prof. für Physik an der Universität Innsbruck, ab 1852 Prof. der Mathematik ebendort.

25 Albert Jäger OSB (Schwaz 1801–1891 Innsbruck), ab 1829 Lehrer am Benediktinergymnasium in Meran, ab 1846 Prof. der Universal- und österr. Staatengeschichte an der Universität Innsbruck, ab 1849 Direktor am Benediktinergymnasium in Meran, ab 1851 Prof. für österr. Geschichte an der Universität Wien, 1854–1869 Direktor des Instituts für Österreichische Geschichtsforschung.

26 Johann Schuler (Matrei in Tirol 1800–1859 Innsbruck), 1828–1848 Redakteur des *Bothen für Tirol und Vorarlberg*, 1831–1852 ständ. Archivar in Innsbruck, ab 1849 Prof. für Rechtsphilosophie an der Universität Innsbruck.

27 Heiss et al., Am Rand der Revolution, S. 65–66.

28 Vgl. auch Flir, Briefe aus Innsbruck, Frankfurt und Wien.

weiterer Professor der Universität, Johann Kerer[29], wurden außerdem als Abgeordnete in die Frankfurter Nationalversammlung gewählt. Alois Flir hatte zudem nach Verkündung der Märzverfassung in Zeitungsartikeln und Broschüren die neuen Errungenschaften für eine breite Bevölkerungsschicht erklärt und kommentiert.[30]

Von einer Protestbewegung kann man in Innsbruck also nicht sprechen, vielmehr beschränkten sich die Studenten darauf, die Errungenschaften der Wiener Studenten zu feiern und sich in patriotischen Kundgebungen zu üben. In einer Adresse der Innsbrucker Studenten an die Wiener Kommilitonen sprachen Erstere auch die Bewunderung über die Studenten der Hauptstadt aus und versicherten, gemeinsam „für Recht und Freiheit zu leben und zu sterben“[31]. Die sich äußernden deutschnationalen Gefühle der Innsbrucker Studentenschaft waren eingebettet in eine treue Haltung zum Hause Habsburg.[32] Dies zeigt sich aus der Sicht von Oberkofler/Goller auch darin, dass sich die akademische Legion an der Niederschlagung der oberitalienischen nationalen Erhebungen beteiligte. Bei der Fahnenweihe der 1. Studentenkompanie hielt der anwesende Erzherzog Johann[33] eine Rede, „in der es ihm gelang, die schwärmerischen Gefühle und Ideale der studierenden Jugend vor den Karren der im Grunde rein habsburgischen Interessen zu spannen.“[34] Der Feldzug der akademischen Kompanie verlief ohne größere Zusammenstöße und die Studenten kehrten Ende Juni 1848 wieder nach Innsbruck zurück und wurden dort als Helden gefeiert und sogar vom in Innsbruck anwesenden Kaiser empfangen.[35] Für die Oktoberereignisse in Wien fand man in Innsbruck nur ablehnende Worte und

29 Johann Kerer (Bruneck 1808–1867 Obernberg, Tirol), ab 1847 Prof. für politische Wissenschaften, österr. politische Gesetzeskunde, europäische und österr. Statistik an der Universität Innsbruck.

30 Siehe Alois Flir, Was gibt und verspricht uns die kaiserliche Proklamation?, Innsbruck 1848. Vgl. auch Franz Anton OFM Lanznaster, Alois Flir. Eine biographisch-literarische Studie, Innsbruck 1899, S. 104–107.

31 Gruß an die Studenten Wiens von den Studenten Innsbrucks, in: Bothe für Tirol und Vorarlberg, 27 (03.04.1848), S. 138.

32 Vgl. Giovanelli an seine Eltern (Abschrift in der Giovanellischen Familiengeschichte), Innsbruck 22.03.1848, Mircofilm 1231, Tiroler Landesarchiv; und die Tagebuchaufzeichnungen von Hundegger bei Egger, „Für Gott, Kaiser und Vaterland zu Stehen und zu Fallen…“.

33 Erzherzog Johann (Florenz 1782–1859 Graz), Erzherzog von Österreich.

34 Oberkofler et al., Geschichte der Universität Innsbruck (1669–1945). Die Rede Erzherzog Johanns ist bei Matthias Egger, Die I. Akademische Kompanie der k.k. Universität zu Innsbruck. Ein Beitrag zur Geschichte der Tiroler Landesverteidigung im Jahre 1848, in: Tiroler Heimat (2010), S. 181–207, FN 41 abgedruckt.

35 Zum Verlauf des Feldzuges und zur Rückkehr nach Innsbruck siehe Egger, Die I. Akademische Kompanie der k.k. Universität zu Innsbruck; Egger, „Für Gott, Kaiser und Vaterland zu Stehen und zu Fallen…“.

anders als in Wien begann in Innsbruck im Herbst, wenn auch verspätet, ein neues Semester.

Auf dem Feldzug hatten sich auch einige studentische Verbindungen konstituiert, die auch nach der Rückkehr aus dem Felde weiterbestanden und von der Tiroler Obrigkeit streng beobachtet wurden.[36] Obwohl der *Ausschuss der Studierenden* dem Rektor noch im Juli des folgenden Jahres versicherte, dass „der Zweck der Verbindungen, ferne von jeder politischen Tendenz, kein anderer als gesellige Unterhaltung sei“[37], überwachten die politischen Behörden das Treiben der Studierenden weiterhin. Im April 1849 hatte der Statthalter sogar gedroht, politisch auffällige Studenten relegieren zu lassen, und dieser Einschüchterung die Warnung des Ministeriums des Inneren angefügt, dass bei politischen Umtrieben „die Sperrung der Universität selbst und die Quieszierung der Professoren die Folge“[38] wären.

Bis in den Sommer des Jahres 1849 hinein folgten jedoch immer wieder Nachrichten über Umtriebigkeiten der Studenten, vor allem die Zurschaustellung deutschnationaler Gesinnung wurde kritisch beobachtet.[39] Die Professoren nahmen die Studenten dabei weitgehend in Schutz und sahen in den Äußerungen und Kundgebungen der Studenten weniger den Ausdruck „wirklicher staatsgefährlicher Ansichten oder Grundsätze, als vielmehr ein gedankenloses leichtsinniges Spiel mit politischen Schlagworten“[40]. Der Senat ermahnte die Studenten allerdings gleichzeitig Maß zu halten und selbst Ordnung innerhalb der eigenen Reihen zu schaffen.

Die dauernden Klagen von Seiten der Statthalterei ließen es dem Senat dann wohl doch klüger erscheinen, die Frage der Disziplinierung der Studenten beim Unterrichtsministerium zu klären. Bei der Senatssitzung vom 24. Juli 1849 beschlossen die versammelten Professoren, das Ministerium zu bitten, eine provisorische Disziplinarordnung erlassen zu dürfen. Die Professoren verfassten dazu ein Memorandum, in dem sie auch auf die Regelung der politischen Aktivitäten der Studenten zu sprechen kamen und mehr

36 Vgl. dazu bei Bösche, Zwischen Kaiser Franz Joseph I. und Schönerer, S. 47; Gehler, Entstehungs-, Organisations- und Wirkungsgeschichte österreichischer Studentenvereine unter besonderer Berücksichtigung des Vormärz (1815–1848), S. 43–44. Zur Gründung von dauerhaften Verbindungen kam es erst ab 1859. Siehe grundlegend dazu bei Bösche, Zwischen Kaiser Franz Joseph I. und Schönerer.

37 Zitiert bei Oberkofler et al., Geschichte der Universität Innsbruck (1669–1945), S. 156.

38 Zitiert bei ebenda, S. 156.

39 Vgl. ebenda, S. 155–156.

40 Böhm an die Studierenden, Innsbruck 23.06.1849, Senatssitzungsprotokolle 3, ad 278 ex 1848/49, Universitätsarchiv Innsbruck. Grund für die Ermahnung war das Tragen eines Trauerflors einiger Studenten anlässlich der Suspendierung der Verfassung und Auflösung des Reichstages im März 1849 gewesen.

Rechte verlangten, was die Überwachung der Studenten und die Bewilligung von akademischen Vereinen anbelangte. Der Lehrkörper der Universität versprach sich davon einen mäßigenden Einfluss auf die Studenten und eine Verringerung der Kluft zwischen Professoren und Studenten, die bei einer Einmischung staatlicher Behörden entstehen würde.[41] Zur Bewilligung der vorgeschlagenen Ordnung kam es jedoch nicht, da im Herbst 1849 eine provisorische Disziplinarordnung[42] – die wie andere provisorische Vorschriften[43] dauerhaft Geltung hatte – für alle Universitäten erlassen wurde. Mit dem §11 wurden Studentenverbindungen verboten und die Überwachung dieses Verbots den staatlichen Stellen übertragen.

Allerdings hatten sich die Wogen nach den Sommerferien bereits geglättet und Statthalter Cajetan Bissingen[44] konnte Innenminister Bach beruhigen, der offenbar von „Studenten-Excessen" in Innsbruck gehört hatte.[45] Bissingen tat diese Nachricht als Gerücht ab und konnte mit Sicherheit melden, nichts von studentischen Ausschweifungen gehört zu haben, zumal „in einer kleinen Stadt, wie Innsbruck, solch ein Exzess immerhin eine Art Ereignis bildet, welches in wenigen Stunden zur allgemeinen Publicität gelangt."[46]

3.2. Rechtliche Neuerungen für die Universität

3.2.1. Die ersten Reformschritte in Innsbruck

Am 31. März 1848 beschwerte sich Gouverneur Clemens Brandis[47] bei den Studiendirektoren der Universität Innsbruck, dass die Vorlesungen aus „Anlaß der neuesten politischen Ereignisse nicht durchgehend im ordentlichen

41 Böhm an die Studierenden, Innsbruck 23.06.1849, Senatssitzungsprotokolle 3, ad 278 ex 1848/49, Universitätsarchiv Innsbruck.

42 Erlaß des Ministeriums für Kultus und Unterricht vom 13. Oktober 1849, Z. 7215. Provisorische Disziplinarordnung für die Universitäten, in: Leo von Beck Mannagetta/Carl von Kelle (Hgg.), Die österreichischen Universitätsgesetze, Wien 1906, S. 633–637.

43 Vgl. etwa die provisorische Bibliotheksordnung von 1826, die beinahe ein Jahrhundert Gültigkeit besaß.

44 Cajetan Alexander Bissingen-Nippenburg (Venedig 1806–1890 Schramberg), ab 1848 Statthalter für Tirol und Vorarlberg, 1855–1860 Statthalter von Venedig.

45 Siehe Bach an Bissingen, Wien 22.10.1849, Gubernium, Geheime Präsidiale, Serie I, Sign. XXIII40, Fasz. XXV, Tiroler Landesarchiv.

46 56/Geh. Präs. Bissingen an Bach, Innsbruck 25.10.1849, Gubernium, Geheime Präsidiale, Serie I, Sign. XXIII40, Fasz. III, Tiroler Landesarchiv.

47 Clemens Brandis (Graz 1798–1863 Schleinitz), 1841–1848 Landeshauptmann von Tirol, danach auch schriftstellerische Tätigkeiten.

Gange abgehalten worden“[48] seien, was er in Zukunft nicht mehr dulden werde. In der Folge haben wir zwar keine Hinweise für weitere Beschwerden, es ist jedoch nicht sonderlich wahrscheinlich, dass sich die Situation geändert hatte, denn wie gesehen zog ein Teil der Studenten und Professoren im April mit der akademischen Kompanie an die Südgrenze Tirols, die Professoren Flir und Kerer weilten ab 13. Mai in Frankfurt.[49] Das Sommersemester des akademischen Jahres 1847/48 fand daher ein Ende, noch ehe es wirklich angefangen hatte.[50] Die Professoren waren damit beschäftigt, neben ihren unterschiedlichen Beteiligungen an Verteidigung und Reform der Monarchie, die Neuordnung der Universität in Angriff zu nehmen.

3.2.2. Selbstverwaltung der Universität

Nachdem die ersten Ankündigungen für eine Reform der Universitäten durch Minister Sommaruga zunächst vage geblieben waren, folgten schon bald die ersten Reformschritte. Am 11. April 1848 teilte Gouverneur Brandis der Universität mit, dass die Leitung der Universität nunmehr den Professoren übertragen werde und die Unterordnung unter die Landesbehörden damit aufzuhören habe. Die Universitäten sollten in Studienfragen direkt dem Unterrichtsminister unterstehen. Sommaruga äußerte aus Anlass der Übertragung der Verwaltung der Universitäten an die Fakultäten die Hoffnung, dass die Professoren

> diese hochwichtige Obsorge auch im Geiste echter wissenschaftlicher Entwicklung ausführen und mit ihrer Einsicht und Erfahrung eifrigst das aufrichtige Streben unterstützen werden, auch unseren vaterländischen Unterrichtsanstalten nach allen Richtungen hin lebhafteren Aufschwung zu geben.[51]

Der akademische Senat nahm diese Mitteilung mit Freude auf und versicherte dem Ministerium, die Innsbrucker Universität werde am Neubau der österreichischen Universitäten regen Anteil nehmen. Als ersten Schritt dazu

48 7626/1339 Studien. Gubernium an das Studiendirektorat der philosophischen Studien, Innsbruck 31.03.1848, Akten der Philosophischen Fakultät 15, 3653/PH ex 1847/48, Universitätsarchiv Innsbruck.

49 Siehe Lanznaster, Alois Flir, S. 107.

50 Vgl. dazu auch Probst, Geschichte der Universität Innsbruck seit ihrer Entstehung bis zum Jahre 1860, S. 342.

51 1536/Praes. Brandis an das Studiendirektorat der philosophischen Fakultät, Innsbruck 11.04.1848, Akten der Philosophischen Fakultät 15, 3659/PH ex 1847/48, Universitätsarchiv Innsbruck.

sah sie die erfolgte Beendigung der Bevormundung durch die Landesbehörden.

> Indem sie [die Universität, C. A.] sich durch dasselbe als eine freie selbstständige Corporation fühlt, erkennt sie in dieser Selbstständigkeit die Bedingung des günstigen Fortschrittes aller wissenschaftlichen Entwicklung, und hofft zuversichtlich, daß aus diesem ersten Keime des neuen konstitutionellen Lebens für sie die Kräfte der Gesinnungstüchtigkeit und Wissenschaft angetrieben werden.[52]

Angeregt durch die neuen Vollmachten beschloss der Senat dann auch, das Ministerium zu bitten, die Studiendirektoren als „heterogene“[53] Elemente von der Mitwirkung in den universitären Gremien auszuschließen.

Der Weg in die Selbstverwaltung der Universität war damit geebnet. Allerdings erhielt der Senat nur wenige Tage nach der erwähnten Sitzung eine weitere Mitteilung des Unterrichtsministeriums, in der die Frage der universitären Selbstverwaltung klar auf die Studienangelegenheiten begrenzt wurde. In Fragen der Verwaltung des Studienfonds, der Universitätsgebäude und des Personals sollte auch weiterhin die oberste Landesbehörde die Entscheidungsgewalt besitzen.[54] Und auch die Studiendirektoren blieben vorerst weiter im Amt, faktisch sogar bis zum Herbst 1849.[55] Der Studiendirektor der philosophischen Fakultät, Daniel Ritter von Mensi[56], hatte allerdings auf Grund von Auseinandersetzungen mit den Professoren seiner Fakultät schon im Winter zuvor resigniert, um seine Enthebung angesucht und diese auch erhalten. Der Auslöser für die Auseinandersetzung zwischen Professoren und Direktor Mensi war im Grunde genommen trivial, er berührt im Kern aber eben jene Frage der neu gewonnenen Selbstständigkeit der Fakultäten und soll daher hier Erwähnung finden. Zudem gewährt der Streit zwischen Professoren und Direktor interessante Einsichten in die Vorgänge der Fakultät in diesen Monaten.[57]

---

52 Akademischer Senat an MCU (Konzept), Innsbruck 15.04.1848, Senatssitzungsprotokolle 3, ad 134 ex 1847/48, Universitätsarchiv Innsbruck.

53 Akademischer Senat an MCU (Konzept), Innsbruck 15.04.1848, Senatssitzungsprotokolle 3, ad 134 ex 1847/48, Universitätsarchiv Innsbruck.

54 Siehe 1691/Praes. Brandis an Rektorat, Innsbruck 19.04.1848, Akten der Philosophischen Fakultät 15, 3665/PH ex 1847/48, Universitätsarchiv Innsbruck.

55 Siehe Probst, Geschichte der Universität Innsbruck seit ihrer Entstehung bis zum Jahre 1860, S. 343.

56 Daniel Mensi Ritter von Klarbach (1780–1863 Graz), Gubernialrat in Innsbruck, Direktor des philosophischen Studiums.

57 Die Angelegenheit ist kurz erwähnt bei Richard Schober, Von der Revolution zur Kons-

Im August 1848 leitete das Gubernium das Dekret des Unterrichtsministeriums über die Aussetzung der Konkursverfahren[58] an den Universitäten an die philosophische Fakultät weiter. Direktor Mensi nahm das Dekret entgegen und leitete es seinerseits weiter an die Professoren, diese jedoch weigerten sich das Dekret anzunehmen. Die anwesenden Professoren sahen darin nämlich eine unrechtmäßige Einmischung des Guberniums, da die Universität direkt dem Unterrichtsministerium unterstellt war, und ein Fehlverhalten Mensis, der das Dekret gar nicht hätte erst annehmen dürfen. Sie wiesen den Direktor daher an, das Dekret gemeinsam mit den Protestschreiben der Professoren zurückzustellen.[59] Mensi tat wie ihm beschieden worden war und schickte das Dekret zurück, er stellte sich jedoch nicht auf die Seite der Professoren, sondern bat den Gouverneur selbst zu entscheiden, wie man in der Sache zu verfahren habe. Gleichzeitig äußerte er in einem Brief an Gouverneur Brandis seinen Unmut über das Verhalten der Professoren („die übrigens – was fast traurig – unter die würdigsten und besonnensten des Lehrkörpers gehören“[60]) und glaubte, die Professoren würden damit nur einen Streit vom Zaun brechen wollen, um „die vollständige Emancipation des Lehrkörpers von Gubernium so wie von dem Studien-Direktorate zu erwirken.“[61] Dieser Anschuldigung folgte schließlich noch ein abschließender Seitenhieb und der Streit nahm seinen Lauf:

> Ich habe mittlerweile es für meine Pflicht gehalten, und mich der undankbaren Mühe unterzogen, während die Professoren seit dem April und bis zum November sich der ihnen durch die Zeitereignisse gegönnten Muße erfreuen, die schon an sie abgegebene Erledigung der vorkommenden Akten zu übernehmen, um die durch 10 Jahre glücklich bewirkte Evidenz der Direktorats-Geschäfte zu erhalten, kann aber nicht lüstern seyn, mich bey der imitatio puerilis der Wiener Aula zu betheiligen.[62]

titution. Tirol in der Ära des Neoabsolutismus (1849/51–1860) (= Veröffentlichungen des Tiroler Landesarchivs 9), Innsbruck 2000.

58 MCU an Gubernium, Wien 03.08.1848, Gubernium, Studien ad 8 F 1, 1849, Tiroler Landesarchiv.

59 Siehe Mensi an Bissingen (Konzept), Innsbruck 29.08.1848, Akten der Philosophischen Fakultät 15, 3702/PH ex 1848/49, Universitätsarchiv Innsbruck, auf dem Dekret sind die Vermerke der anwesenden Professoren notiert, aus denen sich die Empörung über Mensis Verhalten buchstäblich heraushören lässt.

60 Mensi an Bissingen (Konzept), Innsbruck 29.08.1848, Akten der Philosophischen Fakultät 15, 3702/PH ex 1848/49, Universitätsarchiv Innsbruck.

61 Ebenda.

62 Ebenda.

Das Ministerium tat die Sache, ohne jedoch die Invektiven von Mensi zu kennen, als Lappalie ab und beschied den Professoren, in Zukunft Beschwerden in einer angemessenen Form zu melden.[63] Die betroffenen Professoren – Schenach, Jäger und Böhm[64] – wollten die Anschuldigungen von Mensi jedoch nicht auf sich sitzen lassen und antworteten am 3. Oktober auf die Vorwürfe Mensis sowie des Ministeriums. Sie zeigten sich zwar anfangs reuig und gestanden auch ein, dass die Form ihrer Kritik nicht passend war, zumal das Gubernium im speziellen Fall als zuständige Behörde für die Ausschreibungen von Konkursverfahren ein Recht auf Information hatte. In weiterer Folge brachten die Professoren jedoch neuerlich Kritik am Studiendirektor und Gubernium an. Sie fürchteten nämlich, so schreiben sie, die Rückkehr zu den alten Verhältnissen und sahen darin den Versuch des Guberniums

> die alte drückende Herrschaft über die Universität wieder zu bekommen. [...] Die mannigfaltigen Unannehmlichkeiten, die sie die früheren Jahre vom Präsidium und Gubernium erhalten hatte, und wodurch die Würde der Lehranstalt, die Freude und der frische Muth am Berufe so herabgedrückt worden war, machten es ihnen obendrein zur Pflicht, sich gegen den leisesten Versuch des Guberniums, den alten bürokratischen Einfluß über sie wieder zu gewinnen, entschieden zu verwehren, und sich in der kaum von Seiner Majestät dem Kaiser gnädigst gewährten, und vom hohen Ministerium ausgesprochenen Selbstständigkeit zu behaupten. Das hohe Ministerium kann es daher den Unterzeichneten nicht verargen, wenn sie über die Gubernial-Mittheilung vom 24. September Z. 20489/3342 worin ihnen eine Art Verweis ertheilt wird, hoch erstaunt sind.[65]

Zuletzt wehrten sie sich noch gegen die Anschuldigungen, man habe im Übermut der aktuellen politischen Ereignisse ungebührliche Forderungen gestellt und konterten den impliziten Vorwurf, die Professoren übten sich im Müßiggang, mit der Aufzählung ihrer Leistungen seit den Märztagen. Sie hätten nämlich

63 20489/3342 Studien. Gubernium an philosophische Fakultät, Innsbruck 24.09.1848, Akten der Philosophischen Fakultät 15, ad 3702/PH ex 1848/49, Universitätsarchiv Innsbruck.

64 Josef Georg Böhm (Rozdialowicz 1807–1868 Prag), 1839–1852 Prof. für Mathematik an der Universität Innsbruck, ab 1852 Prof. für theoretische und praktische Astronomie an der Universität Prag, gleichzeitig Direktor der Prager Sternwarte.

65 Schenach u.a. an das Unterrichtsministerium, Innsbruck 03.10.1848, Gubernium, Studien, 8 F 1, 1849, Tiroler Landesarchiv.

> die am 17. März beginnende Aufregung der Studierenden beschwichtigt, diese durch ihre Mahnung von Exzessen abgehalten, sich dadurch nicht bloß den in der Kundmachung vom 23. März öffentlich ausgesprochenen Dank des Landes-Präsidiums, sondern auch die Anerkennung der Stadt Innsbruck und des ganzen Landes verdient; sie haben ferner ihre Studierenden zur Vertheidigung des Vaterlandes gegen die italienischen Insurgenten aufgemuntert, und während Professor Jäger als Vertreter der Innsbrucker Universität an den Verhandlungen des hiesigen Landtages Theil nahm, Professor Flir noch gegenwärtig als Deputierter zu Frankfurt sitzt, während Professor Haidegger, und nicht Herr Direktor Mensi vom Anfange der neuen Geschäftsordnung im April bis Mitte August die Leitung der Fakultätsangelegenheiten besorgte, haben 4 unter 7 philosophischen Professoren zwey Studenten-Kompagnien nach Welsch-Tirol und ins Venezianische geführt.[66]

Die Professoren forderten daher eine Entschuldigung von Direktor Mensi und glaubten empfehlen zu können, dass man dessen Bitte, ihn vom Amt zu entheben, annehmen sollte. Der Streit war damit auf seinem Höhepunkt angelangt. Im Dezember legten die Professoren noch einmal nach, indem nun auch die übrigen, im August nicht anwesenden Professoren eine sofortige Entschuldigung von Mensi forderten und zu bedenken gaben, „ob bey dieser Gegenstellung des Fakultäts-Directors und der Professoren an ein gedeihliches Zusammenwirken zu denken sey“[67] und es daher nicht besser wäre, Mensi zu entfernen. Am 17. Dezember trat der neue Statthalter Graf Bissingen[68] sein Amt an und erhielt umgehend den Auftrag, zwischen dem Professorenkollegium und Mensi zu vermitteln.[69] Vor allem aber sollte Bissingen den Professoren versichern, dass man nicht gedenke „das wissenschaftliche Leben der Hochschulen wieder der Bevormundung und Leitung irgend einer büreaukratischen Autorität unterzuordnen“[70].

66 Ebenda.

67 Baumgarten u.a. an das Unterrichtsministerium, Innsbruck 01.12.1848, Gubernium, Studien, ad 8 F 1, 1849, Tiroler Landesarchiv.

68 Siehe zu Bissingen als Statthalter Anton Bundsmann, Die Landeschefs von Tirol und Vorarlberg in der Zeit von 1815–1913 (= Schlern-Schriften 117), Innsbruck 1954, S. 30–42. In der Zwischenzeit war durch die Verwaltungsreform außerdem das Gubernium durch die Statthalterei als oberste Verwaltungsinstanz des Landes abgelöst worden, der oberste Vertreter des Kaisers im Kronland war nun der Statthalter. Vgl. dazu Schober, Von der Revolution zur Konstitution, S. 45.

69 Siehe 8274/2248. Helfert an Bissingen, Wien 27.12.1848, Gubernium, Präs. 8 F 1, 1849, Tiroler Landesarchiv.

70 Ebenda.

Eine Aussprache zwischen den Konfliktparteien endete damit, dass Direktor Mensi am 1. Februar 1849 resignierte und um seine Enthebung vom Dienst bat.[71] Die Fakultät sah damit den Streit für beendet an, schließlich hatte sie erreicht, worauf sie es angelegt hatte.[72] Nach erfolgter Entlassung von Mensi[73] übertrug das Unterrichtsministerium die Leitung der Fakultät bis zur Wahl eines Dekans dem Senior der Fakultät Alois Flir.[74] Die Wahl fiel am 11. Juli des Jahres dann auf Adalbert Fuchs[75] und damit interessanterweise auf einen Professor, der gerade erst nach Innsbruck berufen worden war. Fuchs trat zu Beginn des Wintersemesters 1849/50 am 16. Oktober sein Amt an.

Der Weg für die endgültige Übernahme der Universitätsverwaltung durch den Lehrkörper war Ende September geebnet worden, denn damals wurde das bisherige Provisorium durch ein neues Provisorium ersetzt. Am 30. September hatte nämlich der erst kurz vorher ernannte Unterrichtsminister Leo Thun-Hohenstein das *Provisorische Gesetz über die Organisation der akademischen Behörden*[76] erlassen. Mit § 6 wurde das Amt des Studiendirektors offiziell aufgehoben und dem Lehrkörper die Verwaltung der Universität übertragen.

Die geschilderte Auseinandersetzung ist so in mehrfacher Hinsicht von Bedeutung. Zunächst zeigt sie, wie argwöhnisch die Fakultät darauf bedacht war, ihre neuen Rechte zu bewahren, und offenbar auch fürchtete, die Reaktion könnte die neuen Freiheiten wieder abschaffen. Der Streit verdeutlicht zudem, dass die Professoren aus der Aufwertung ihrer Stellung auch persönliches Selbstvertrauen geschöpft haben und sich nun endlich in ihrem Amt ausreichend gewürdigt sahen. Nun konnten sie sich auch – befreit von bürokratischer Überwachung und Einengung – Luft verschaffen über die

71 Mensi an Bissingen, Innsbruck 01.02.1849, Gubernium, Präs., 8 F 1, 2263/1849, Tiroler Landesarchiv.

72 Siehe philosophische Fakultät an das Landespräsidium, Innsbruck 06.02.1849, Gubernium, Studien, ad 8 F 1, 1849, Tiroler Landesarchiv; siehe auch 1485/432, Wien 25.02.1849, Gubernium, Präs. 8 F 1, Nr. 1367/1849, Tiroler Landesarchiv.

73 Siehe Helfert an Bissingen, Wien 21.03.1849, Gubernium, Studien, ad 8 F 1, 1849, Tiroler Landesarchiv.

74 Siehe 1648/Praes. Bissingen an den Lehrkörper der philosophischen Studien, Innsbruck 03.04.1849, Akten der Philosophischen Fakultät 15, 197/PH ex 1848/49, Universitätsarchiv Innsbruck.

75 Adalbert Fuchs (Wieden b. Wien 1814–1886 Kritzendorf), Agrarwissenschaftler, ab 1844 Prof. der Naturgeschichte und Landwirtschaftslehre an der Universität Tarnow, 1849 Prof. an der Universität Innsbruck, ab 1850 Prof. für Landwirtschaft am Polytechnikum in Wien.

76 Abgedruckt bei Meister, Entwicklung und Reformen des österreichischen Studienwesens, Dokumente S. 261–281.

vormaligen „mannigfaltigen Unannehmlichkeiten, die sie die früheren Jahre vom Präsidium und Gubernium erhalten hatte[n], und wodurch die Würde der Lehranstalt, die Freude und der frische Muth am Berufe so herabgedrückt worden war“[77]. Weiter wird klar, dass die Professoren der Organisation der Universität als korporative Gemeinschaft den Vorzug gaben und darin die angemessene Form für die Institution ‚Universität‘ sahen. Nicht zuletzt verweist der Streit auf die unterschiedlichen Auffassungen über die Rolle der Professoren während der politischen Ereignisse: Während sich bei den Professoren staatsbürgerliches Selbst- und Pflichtbewusstsein zeigt, erscheint dem Studiendirektor von Mensi die Beteiligung an den Reformen des Staates als „imitatio puerilis“ der Wiener Aula. Wie wir im Folgenden sehen werden, äußerte sich ein ähnliches staatsbürgerliches Selbstbewusstsein der Professoren auch aus Anlass der Bitte um die Erlaubnis, den Kongress der deutschen Universitätslehrer in Jena besuchen zu dürfen.

3.2.3. Die Versammlung deutscher Universitätsprofessoren in Jena

Die Universität Jena hatte im Sommer des Jahres 1848 Einladungen an alle Universitäten im deutschsprachigen Raum für eine Versammlung von Professoren versendet, um eine allgemeine Reform der deutschen Universitäten zu beraten.[78] Joseph Mauermann, Professor am medizinisch-chirurgischen Studium, erkundigte sich daher am 11. August 1848 beim Ministerium, ob der Besuch von Vertretern aus Innsbruck erlaubt bzw. erwünscht sei; sollte dies gestattet werden, war die nächste Frage, welche Professoren als Vertreter der Universität nach Jena entsendet werden sollten. Das Ministerium hatte schon am 7. August per Erlass den Professoren der Universität erlaubt an der Versammlung teilzunehmen, jedoch ohne die Spesen hierfür erstatten zu können.[79] Derselbe wurde jedoch erst am 15. August von der Statthalterei weitergeleitet.

In der Zwischenzeit mussten allerdings die Professoren aus der *Wiener Zeitung* erfahren, dass den Vertretern der Wiener Hochschule eine Reisepauschale von 200 fl. bewilligt wurde.[80] Dies veranlasste die Innsbrucker

77 Schenach u.a. an das Unterrichtsministerium, Innsbruck 03.10.1848, Gubernium, Studien, 8 F 1, 1849, Tiroler Landesarchiv.

78 Die Versammlung wurde bisher nur wenig erforscht. Wichtigste Quelle sind die Protokolle der Versammlung, die einen Überblick über Teilnehmer und Einblick in die Verhandlungen bieten. Domrich et al., Verhandlungen deutscher Universitätslehrer über die Reform der deutschen Hochschulen in der Versammlung zu Jena vom 21. bis 24. September 1848.

79 5027/1350. Doblhoff an Gubernium, Wien 07.08.1848, Gubernium, Studien 17339/1848, Tiroler Landesarchiv.

80 Wiener Zeitung, 222 (13.08.1848a), S. 390.

Professoren zu einem erbosten Reaktionsschreiben, wovon uns zwei Konzepte erhalten sind, die einiges über das neue bürgerliche Selbstverständnis der Professoren aussagen. Aufgebracht schreiben die Professoren dort, dass sie die Erlaubnis als „förmliche Ironie gegen den größten Theil der hiesigen Professoren" ansähen, zumal ein Besuch der Versammlung „unter den gegenwärtigen konstitutionellen Verhältnissen ohnehin keinem Anstand unterliegen könne, daher eine derartige Bewilligung von selbst wegfalle."[81] Dennoch forderte man vom Ministerium eine finanzielle Unterstützung für die Reise, zumal man sonst die „Nichttheilnahme am Jenaer Congress durch den Mangel der Unterstützung von Seite der constitutionellen österreichischen Regierung entschuldigen müsste."[82] Hierin drückt sich auch aus, wie sehr die Professoren als gesellschaftliche Elite bereits die neue rechtliche Grundlage verinnerlicht hatten. Zudem lässt sich in der Absicht, am Kongress in Jena teilnehmen zu wollen, auch das Bewusstsein der Professoren erkennen, einer gesamtdeutschen (zumindest universitären) Gemeinschaft anzugehören und ähnlich wie in der Frankfurter Paulskirche im kleinen Rahmen die Zukunft dieser Gemeinschaft zu erörtern.

Die Wiener Universität war schließlich die einzige österreichische Hochschule, die Vertreter zu der Versammlung entsendete.[83] Sie hatte jedoch auch Vertreter der Doktorenkollegien nach Jena geschickt, was dort für einiges Stirnrunzeln sorgte. Während die deutschen (Ordinarien-)Universitäten nur Professoren und allerhöchstens Dozenten, also lediglich die Lehrenden, als anerkannte Vertreter der Universität gelten ließen, glaubte man in Wien, dass gerade die Doktorenkollegien die Universität am besten repräsentieren würden. Somit zeigt sich auch bei dieser Versammlung die unterschiedliche Wahrnehmung von der ‚Idee der Universität'. Die Themen, die auf der Versammlung diskutiert wurden, waren breit gefächert und umfassten letztlich auch all jene Themen, die für die Reformen in Österreich von Relevanz werden sollten. Daher ist es auch sehr aufschlussreich, dass sich die Vertreter der Wiener Universität zu vielen Anliegen der deutschen Kollegen kritisch äußerten, meist mit Verweis auf die österreichischen Traditionen. Deutlich zeichnet sich so schon in Jena die spätere Kritik an den Reformen ab. Dies gilt etwa für die Fragen nach der Einführung von Staatsprüfungen oder auch nach der Einführung von Kollegiengeldern.[84]

81 Sammelakt. Teilnahme am Kongress in Jena, Akten des Rektorats 17, 220/R ex 1848/1849, Universitätsarchiv Innsbruck.

82 Sammelakt. Teilnahme am Kongress in Jena, Akten des Rektorats 17, 220/R ex 1848/1849, Universitätsarchiv Innsbruck.

83 Die Vertreter von Prag, Olmütz und Graz erschienen nicht zur Versammlung.

84 Vgl. Domrich et al., Verhandlungen deutscher Universitätslehrer über die Reform der deutschen Hochschulen in der Versammlung zu Jena vom 21. bis 24. September 1848.

3.2.4. Die Reform der philosophischen Fakultät an der Universität Innsbruck

Die Aufwertung der philosophischen Fakultät war ein Kernstück der Reform und stand somit zunächst im Zentrum der Anstrengungen. Die Neuorganisation der philosophischen Fakultät war in dieser frühen Phase jedoch vor allem eine Frage der Reform der Gymnasien. Mit 20. Mai 1848 wurde den Professoren der philosophischen Fakultät mitgeteilt, dass

> der bisherige zweijährige philosophische Obligatkurs, der seiner Natur nach nur ein Vorbereitungsstudium für die übrigen Fakultäten ist, obschon nicht ohne wesentliche Modifikationen, zum Gymnasium geschlagen und dadurch ein achtjähriges Gymnasium erzielt werde.[85]

Die Schüler sollten damit die nötige Reife erhalten, die die Lehr- und Lernfreiheit erforderten. Wegen der kurzen Vorbereitungszeit sollte im folgenden Herbst der bisherige erste philosophische Kurs einfach als siebente Klasse eingeführt werden. Das Ministerium forderte das Professorenkollegium daher auf, die nötigen Schritte für eine solche Umgestaltung in die Wege zu leiten. Die erste Reaktion der Fakultät fiel allerdings verhalten aus, indem man dem Ministerium mitteilte, dass auf Grund der Abwesenheit zahlreicher Professoren ein solches Unterfangen schwierig werden würde.[86] Erst im folgenden Monat sah man sich im Stande, dem Ministerium die Mitarbeit an diesem Vorhaben versichern zu können und erklärte sich grundsätzlich bereit, die nötigen Lehrerstellen in den neuen Klassen zu übernehmen.[87] Die anwesenden Professoren hegten jedoch einige Bedenken: An erster Stelle befürchteten sie, zu Gymnasiallehrern degradiert zu werden und künftig dem Präfekten des Gymnasiums zu unterstehen.[88] Neben den Sorgen um ihre persönliche Stellung waren die Professoren skeptisch, was die Konzeption des neuen Gymnasiums betraf, und sprachen sich gegen eine Angliederung des philosophischen Kurses an das Gymnasium aus. Ihr Argument dabei

85 2303/Praes. Brandis an Professorenkollegium, Innsbruck 20.05.1848, Akten der Philosophischen Fakultät 15, 3679/PH ex 1847/48, Universitätsarchiv Innsbruck.

86 Siehe Mensi an das Unterrichtsministerium, Innsbruck 07.06.1848, Akten der Philosophischen Fakultät 15, ad 3679/PH ex 1847/48, Universitätsarchiv Innsbruck.

87 Haidegger an das Unterrichtsministerium, Innsbruck 21.07.1848, Akten der Philosophischen Fakultät 15, ad 3679/PH ex 1847/48, Universitätsarchiv Innsbruck.

88 Vgl. dazu ganz ähnlich die Situation an anderen Universitäten bzw. die Schilderung Exners zur Situation in den italienischen Gebieten, abgedruckt bei Brigitte Mazohl-Wallnig, Die Österreichische Unterrichtsreform in Lombardo-Venetien 1848–1854, in: Römische Historische Mitteilungen (1975), S. 104–138, hier S. 124–125.

war, dass ansonsten „der Sprung vom Gymnasium in die Universität immer zu groß und daher sehr gefährlich“[89] wäre, wenn man nicht für einen behutsamen Übergang vom Gymnasium zur Lernfreiheit sorge. Sie plädierten daher dafür, dass man die Kurse nicht dem Gymnasium zuschlage, sondern stattdessen zwei Lyzealklassen[90] einrichten sollte. Diese würden dann eine Mittelstellung zwischen Gymnasium und Universität, zwischen Kontrolle und Lernfreiheit, einnehmen. Auch eine räumliche Trennung vom Gymnasium empfahlen die Professoren.

An der Universität Graz gab es im Übrigen ähnliche Bedenken und auch dort formierte sich der Widerstand gegen die Vorgaben aus Wien. Bemerkenswert ist, dass die Grazer Universität sich auch an andere Universitäten wandte, um gemeinschaftlich gegen die Pläne protestieren zu können.[91] Allerdings findet sich in den Akten der Innsbrucker Fakultät kein Niederschlag, dass es sich bei dem Protest um eine direkte Folge der Grazer Initiative handelte – die Argumente ähneln sich jedoch.

Die Proteste waren jedoch wenig erfolgreich – im Herbst 1848 führte man eine erste Lyzealklasse ein, an der keine Lernfreiheit gelten sollte.[92] Der Name Lyzealklasse wurde gewählt, um den vorläufigen Übergangscharakter der Einrichtung zu verdeutlichen. De facto wurden die Kurse dem Gymnasium zugeschlagen und auch dort abgehalten. Diejenigen Studenten, die bereits ein Jahr des alten philosophischen Kurses absolviert hatten, sollten indes in den Genuss der Lernfreiheit kommen. Außerdem wurde ihnen der Übertritt in ein Fakultätsstudium mit der Auflage erlaubt, freiwillig einige fehlende Kurse zu belegen.[93] Den Professoren kam man dahingehend entgegen, dass sie in ihrer Tätigkeit nicht dem jeweiligen Gymnasialpräfekten unterstellt wurden.[94]

Die Sorge um die allzu schnelle Gewährung der Lernfreiheit für Absolventen des Gymnasiums war jedoch nicht die einzige, welche die Professoren

89 Haidegger an das Unterrichtsministerium, Innsbruck 21.07.1848, Akten der Philosophischen Fakultät 15, ad 3679/PH ex 1847/48, Universitätsarchiv Innsbruck.

90 Als Lyzeen wurden damals vorwiegend Studienanstalten bezeichnet, die an ein Gymnasium anschlossen und anders als Universitäten nicht aus allen vier Fakultäten bestanden. Darüber hinaus besaßen Lyzeen kein Promotionsrecht. Die Innsbrucker Universität war im Laufe ihrer Geschichte mehrfach zu einem Lyzeum zurückgestuft worden. Zuletzt war dies von 1814–1826 der Fall gewesen.

91 Siehe Bauer, Eine Reform unter dem Mikroskop, S. 84–86.

92 Erlass 5293/801 vom 18.08.1848, Wien 18.08.1848, Akten der Philosophischen Fakultät 15, ad 3679/PH ex 1847/48, Universitätsarchiv Innsbruck.

93 Vgl. auch 3432/Praes. Bissingen an die philosophische Fakultät, Innsbruck 14.07.1849, Akten der Philosophischen Fakultät 15 252/PH ex 1848/49, Universitätsarchiv Innsbruck.

94 Siehe 4507/Praes. Brandis an die philosophische Fakultät, Innsbruck 23.11.1848, Akten der Philosophischen Fakultät 15, 3724/PH ex 1848/49, Universitätsarchiv Innsbruck.

bewegte. Bereits im Juni 1848 fasste der Senat den Beschluss, in Wien um die Vervollständigung der Innsbrucker Universität (siehe dazu noch folgend) anzusuchen.[95] Das Rektorat verfasste hierzu ein Gesuch, in dem man mehrfach auch auf die Rolle der philosophischen Fakultät zu sprechen kam. Der Fakultät wurde dabei ein zentraler Stellenwert innerhalb der Universität eingeräumt[96] und gerade deswegen sah man auch in der Neuorganisation dieser Fakultät ein gewisses Gefahrenpotential. Denn besonders die Armut des Landes würde die meisten Studenten in die Brotstudien drängen und der philosophischen Fakultät so die Studenten entziehen. Wenn der Besuch der philosophischen Kurse nicht mehr verpflichtend sei, würden die Studenten diese Fakultät auch nicht mehr besuchen, da sie sich davon keine beruflichen Chancen erwarten könnten.[97] Bei einem Mangel an Studenten würde die Fakultät aber letztlich verkümmern. Die Studenten wiederum würden zu reinen Brotgelehrten und Spezialisten, die den „Drang nach gelehrter Bildung" einer Berufsausbildung unterordneten.[98] Gerade aber im „ausschließlich vorgesetzten Nützlichkeitsprinzip [liege] der Grund des Mangels unserer Zeit an Genialität wie an bürgerlicher Tugend"[99] schrieben die Professoren weiter. Die Schilderungen lassen erkennen, dass die grundsätzliche Freude und Hoffnung über die neuen Freiheiten und die Aufwertung der philosophischen Fakultät mit erheblichen Sorgen verbunden waren.[100] Be-

95 Siehe Senatssitzungsprotokoll, Innsbruck 23.06.1848, Senatssitzungsprotokolle 3, Nr. 179, Universitätsarchiv Innsbruck.

96 Interessant ist dabei, dass es in dem Text immer wieder Anklänge an die Gedanken von Kant in seinem Spätwerk *Der Streit der Fakultäten* gibt, hier wie dort, wird die zentrale Rolle der Philosophie und der philosophischen Fakultät betont, die dieser bei der Aufrechterhaltung der Einheit der Wissenschaft zukomme.

97 Das Argument bewahrheitete sich in der Folge jedoch nicht, da gerade in der philosophischen Fakultät mehr Vertreter unterer sozialer Schichten zu finden waren, wohingegen sich die Studenten der juridischen Fakultät vorwiegend aus höheren sozialen Schichten rekrutierten. Vgl. dazu Peter Goller, Jeder Notariat-Akt (…) Anlaß zu neuer Mißstimmung. Traditional-patrimoniale wider formal-rationalisierte Rechtspflege am Beispiel des Tiroler Notariats, in: Der Schlern 72 (1998), S. 519–533.

98 In dem Text finden sich zahlreiche Anklänge an die Meistertexte der preußischen Bildungs- und Universitätsreformen, vom bereits erwähnten Text Kants über die Antrittsrede Schillers in Jena: Schiller, Was heisst und zu welchem Ende studiert man Universalgeschichte?, bis hin zur Konzeption Humboldts: Humboldt, Ideen zu einem Versuch, die Grenzen der Wirksamkeit des Staates zu bestimmen.

99 Bitte um Wiederherstellung der Universität mit allen vier Fakultäten (Konzept), Innsbruck Juli 1848, Akten des Rektorats 17, 217/R ex 1848/49, Universitätsarchiv Innsbruck.

100 Dass die Befürchtungen nicht unbegründet waren, zeigte sich später, denn während der gesamten 1850er-Jahre gab es nur wenige Studenten an der philosophischen Fakultät. Ein Grund waren die fehlenden Berufsaussichten, denn abgesehen von Gymnasiallehrern und einer Karriere in der Wissenschaft gab es nur geringe Aussichten auf Stellen. Siehe zur

sorgt bangte man um den Verlust allgemeiner „Menschenbildung“[101], welche die philosophische Fakultät in allen Studenten fördern sollte.

Nichtsdestotrotz begann im November 1848 – verspätet zwar, aber immerhin – das neue Schuljahr mit dem angesprochenen Provisorium. Für die Professoren des philosophischen Kurses hatte sich damit, abgesehen vom Namen der Einrichtung, in welcher sie unterrichteten, wenig geändert. Die Reform der eigentlichen philosophischen Studien war zu diesem Zeitpunkt noch nicht erfolgt, was aber wenig ins Gewicht fiel, da in diesem Jahr keine Schüler aus dem Gymnasium in ein solches Studium übertreten konnten.

Nach einem Jahr mit diesem Provisorium, das die Professoren offenbar als sehr schwierig empfanden („Erfahrung eines schweren Jahres“[102]), meldeten die Professoren der philosophischen Fakultät im Juli 1849 neuerlich einige Reformvorschläge für das Gymnasium bzw. die neue philosophische Fakultät und zeigten sich ziemlich unzufrieden mit der Situation. Zwei Dinge kritisierten sie heftig: erstens die allzu schnelle Gewährung der Lernfreiheit, was aus ihrer Sicht zu teils chaotischen Zuständen geführt hatte, und zweitens die bloße Angliederung der ehemaligen philosophischen Kurse an das Gymnasium. Letztere Maßnahme führe nicht dazu, dass besser gebildete Studenten an die Universität kämen.

Außerdem erachtete die Fakultät den Sprung vom behüteten Gymnasium in die Lernfreiheit der Universität als viel zu groß. Sie wiederholten damit ihre Bedenken aus dem Vorjahr und plädierten für eine „Mittelstellung zwischen den Gimnasial- und Universitätsstudien“. Denn aus ihrer Sicht würden zu viele Argumente gegen eine Verschmelzung des ehemaligen philosophischen Kurses mit dem Gymnasium sprechen: etwa die unterschiedliche Natur der Studien. Während nämlich am Gymnasium vornehmlich das Gedächtnis geübt werde, sollten die philosophischen Studien den Verstand bilden. Die philosophischen Fächer würden auf Gymnasialniveau herabsinken und zu reinen Gedächtnisstudien verkommen, was ganz und gar dem Zweck der Philosophie zuwiderlaufe.

Als zweiten und wichtigeren Grund führten sie an, dass ein „Übertritt in eine höhere Lehranstalt und eine minder eingeschränkte Bewegung das Ehrgefühl regen und männliches Selbstgefühl erwecken“ könne und damit der Übergang vom Knaben zum jungen Mann auch äußerlich signalisiere. Aber nicht nur auf Seiten der Schüler/Studenten sahen sie Probleme, viel-

Entwicklung der Studentenzahlen in Kapitel 4.2.

101 Bitte um Wiederherstellung der Universität mit allen vier Fakultäten (Konzept), Innsbruck Juli 1848, Akten des Rektorats 17, 217/R ex 1848/49, Universitätsarchiv Innsbruck.

102 Philosophische Fakultät an MCU, Innsbruck 30.07.1849, Akten der Philosophischen Fakultät 15, 255/PH ex 1848/49, Universitätsarchiv Innsbruck.

mehr befürchteten die Professoren auch, dass viele tüchtige Lehrer weder bereit wären, sich „unter eine Gymnasial Oberaufsicht zu stellen, noch auch in eine Kategorie mit den Gymnasiallehrern gesetzt zu werden."[103] Damit wollten die Professoren wohl indirekt auch ihren eigenen Unwillen ausdrücken, zu Gymnasiallehrern degradiert zu werden. An die erwähnten Punkte, die für die ganze Monarchie Gültigkeit besäßen, schlossen sie ein weiteres Argument an, das besonders für Tirol zu beachten wäre:

> Was aber diese ganze Sachlage besonders bedenklich macht, ist der Umstand, daß hiebei der für Tirol nicht nur in religiöser und moralischer aber auch in politischer Hinsicht so wichtige Clerus in freier wissenschaftlicher Cultur wahrhaft verkümmern müsste, denn man legt es darauf an, die künftigen Theologen mit sorgfältiger Vermeidung jeder Berührung mit der Universität aus solchen Winkelanstalten unmittelbar für die Seminarien zu beziehen.[104]

Diese Aussage ist umso interessanter, wenn man bedenkt, dass drei der sechs Unterzeichner des Memorandums selbst dem geistlichen Stand entstammten.

Die Vorschläge der Innsbrucker Professoren fanden allerdings geringen Anklang bei den Reformern in Wien. Denn im *Entwurf der Organisation der Gymnasien und Realschulen in Österreich* vom 15. September 1849 wurde der eingeschlagene Weg weiterverfolgt. Die Gymnasien wurden auf acht Jahre verlängert und sollten eine „höhere allgemeine Bildung" gewähren und „zugleich für das Universitätsstudium" vorbereiten.[105]

3.3. Die Vervollständigung der Universität und das Gerücht um Auflösung der Universität

Nachdem wir in der Chronologie der Ereignisse bereits in das Jahr 1849 vorgestoßen sind, müssen wir vorerst noch einmal in das Jahr 1848 zurückkehren. Während die Studenten und einige Professoren in der Valsugana für den Fortbestand der Einheit der Monarchie kämpften, versuchten die verbliebenen Professoren in Innsbruck, den Fortbestand der Innsbrucker Universität im Tiroler Landtag zu sichern bzw. den Ausbau der Universität zu fordern. Bei zwei Senatssitzungen im Juni einigten sich die wenigen

103 Ebenda.
104 Ebenda.
105 Siehe bei Meister, Entwicklung und Reformen des österreichischen Studienwesens, Abhandlung, S 101.

anwesenden Professoren, beim sich konstituierenden Tiroler Landtag die Vervollständigung der Universität auf die Tagesordnung zu setzen.[106] Die Professoren schlugen dazu eine Aufwertung des bestehenden niederen medizinisch-chirurgischen Studiums[107] zu einer Fakultät und die Schaffung einer theologischen Fakultät vor, wenn nötig durch die Übertragung des Brixner Seminars nach Innsbruck.[108]

Auf Grund dieses Beschlusses entstand dann auch ein Entwurf für die „Bitte um Wiederherstellung der Universität mit allen vier Fakultäten", der in den Akten des Rektorats überliefert ist.[109] Nach der einleitenden Bitte um Vervollständigung der Universität führte man vier Gründe an, warum dies geschehen solle. Diese Gründe machen – wie oben bereits teilweise angedeutet – deutlich, welche Rolle die Professoren der Universität zuerkannten. Als ersten Grund führt der Schreiber das historische Recht der Universität auf alle vier Fakultäten an, zumal ihr bei der Gründung diese Privilegien zugestanden worden waren. Das zweite Argument ist aufschlussreicher, bezieht es sich doch auf die ‚Idee der Universität':

> Den Hochschulen liegt eine Idee, die Idee der Einheit aller Wissenschaften zum Grunde, denn eine Hochschule ist eine dieser Idee entsprungene Lehranstalt, ein Verein von Lehrern, unter welche das gesammte Gebieth des verschiedenen Wissens so vertheilt ist, wie es die Verschiedenheit und die Verwandtschaft unter den Wissenschaften fordert. Nach dieser Idee richten sich die Grundregeln für die Organisation solcher Lehranstalten.[110]

Daher würde auch die „Zerstückelung des Ganzen" negative Auswirkungen auf den universalen Anspruch der Universität haben und letztlich zu Kleingeistigkeit und Pedanterie führen und die Universität „auf das Nützliche" reduzieren: Und gerade in diesem „vorgesetzten Nützlichkeitsprinzip liegt der

106 Siehe Senatssitzungsprotokoll, Innsbruck 06.06.1848, Senatssitzungsprotokolle 3, Nr. 168, Universitätsarchiv Innsbruck; Senatssitzungsprotokoll, Innsbruck 23.06.1848, Senatssitzungsprotokolle 3, Nr. 179, Universitätsarchiv Innsbruck. Vgl. insgesamt zu den gesamten Vorgängen den Aufsatz von Huter, Salzburg oder Innsbruck? Huter hat allerdings die Quellen aus dem Universitätsarchiv, die hier zusätzlich verwendet wurden, nicht einbezogen.

107 Zum medizinischen Studium siehe Huber, Geschichte der Medizinischen Fakultät Innsbruck und der medizinisch-chirurgischen Studienanstalt.

108 Senatssitzungsprotokoll, Innsbruck 06.06.1848, Senatssitzungsprotokolle 3, Nr. 168, Universitätsarchiv Innsbruck.

109 Bitte um Wiederherstellung der Universität mit allen vier Fakultäten (Konzept), Innsbruck Juli 1848, Akten des Rektorats 17, 217/R ex 1848/49, Universitätsarchiv Innsbruck.

110 Ebenda.

Grund des Mangels unserer Zeit an Genialität wie an bürgerlicher Tugend."[111] Nur durch den universalen Geist der gesamten Wissenschaft ließe sich dem entgegenwirken. Der Autor scheint auch eine klare Vorstellung von der Aufgabe der philosophischen Fakultät als derjenigen Institution zu haben, welche die anderen Fakultäten zusammenhalten und einen Gegenpol zu den nützlichen Studien bilden sollte. Wie wir gesehen haben, ist die Entwicklung anders verlaufen, allerdings sind die Anklänge an die im Hinblick auf die ‚deutschen Universitäten' dargestellten Auffassungen zum Ideal einer Universität deutlich erkennbar und zeigen, dass die Professoren diese rezipiert haben.

Die weiteren Argumente beziehen sich dann weniger auf Bildungskonzepte, sondern sind vielmehr politischer Natur. Allerdings betonte man vorher, dass viele Eltern ihre Kinder bestimmt lieber an die Universität Innsbruck schicken würden als an eine Universität in einer größeren Stadt, wo allerlei Vergnügungen die Studenten vom Studium ablenken könnten.[112] Anschließend wird auf die Treue und das tadellose Verhalten der Innsbrucker Akademiker während des Jahres 1848 verwiesen. Daher wäre es nur billig, diese Treue der Akademiker und der gesamten Tiroler zu würdigen und zu belohnen.

Albert Jäger brachte schließlich am 12. Juli 1848 als Vertreter der Universität den Antrag auf Vervollständigung im Landtag ein.[113] Die Abgeordneten nahmen den Beschluss an, erklärten die Angelegenheit zu einer gemeinsamen Sache des Landes und intervenierten in Wien.[114] Minister Anton Doblhoff, der nach der Auflösung des Kabinetts Pillersdorf das Innenministerium übernommen hatte und auch für den Unterricht verantwortlich war, spielte den Ball jedoch wieder zurück nach Innsbruck, indem er erklärte, er habe grundsätzlich nichts gegen einen solchen Plan einzuwenden, gleichwohl müssten zunächst die Voraussetzungen an Ort und Stelle durch das

111 Ebenda.

112 Vgl. dazu auch die Überlegungen bei Friedrich Schleiermacher, der sich anlässlich einer möglichen Gründung einer Universität in Berlin Gedanken über die Vor- und Nachteile von kleinen bzw. großen Städten als Studienorte machte: Schleiermacher, Gelegentliche Gedanken über Universitäten im Deutschen Sinn, S. 300–304.

113 Der Universität war erst mit der Einrichtung des neuen Landtages durch den Verfassungsentwurf von Clemens Brandis ein Sitz im Landtag zugekommen. Vertreten wurde die Universität durch den Rektor (bzw. einen von der Universität bestimmten Ersatzmann) und hatte mit dem geistlichen Stand zu stimmen. Siehe dazu bei Richard Schober, Geschichte des Tiroler Landtages im 19. und 20. Jahrhundert (= Veröffentlichungen des Tiroler Landesarchivs 4), Innsbruck 1984, S. 104–105. Allerdings verlangte der Senat der Universität im Juni 1848, dass Albert Jäger als Vertreter der Universität auf der Bürgerbank Platz nehme. Vgl. Senatssitzungsprotokoll, Innsbruck 23.06.1848, Senatssitzungsprotokolle 3, Nr. 179, Universitätsarchiv Innsbruck.

114 Siehe bei Huter, Salzburg oder Innsbruck?, S. 35–36.

Gubernium, die Universität und den Brixner Bischof geklärt werden.[115] Das Gubernium leitete daher die notwendigen Prüfungen in die Wege, wobei es vor allem galt, zwei zentrale Fragen zu klären: Besitzt Innsbruck die nötigen Voraussetzungen für die Errichtung einer medizinischen Fakultät – besonders was die Situation der Krankenhäuser betraf? Und zweitens, ist der Bischof von Brixen mit einer möglichen Übersiedlung seines Seminars nach Innsbruck einverstanden?

Zur Klärung der ersten Frage entschied das Gubernium sich mit den Behörden in Prag in Verbindung zu setzten, um dort Erfahrungen und Voraussetzungen für die Erhaltung einer medizinischen Fakultät nachzufragen.[116] Außerdem bat man die Universität, das Kollegium des medizinisch-chirurgischen Studiums sowie den Stadtmagistrat um eine Stellungnahme. Dieses Vorgehen, besonders das Einholen von Informationen in Prag, verzögerte die Erstellung des Gutachtens bis zum Beginn des Jahres 1849.

In der Zwischenzeit hatte sich die Situation jedoch verkompliziert, da sich in Innsbruck das Gerücht verbreitet hatte, die Regierung plane die Errichtung einer neuen Universität für Ober- und Vorderösterreich. Genährt wurde dieses Gerücht durch einen Zeitungsartikel in der *Salzburger Zeitung,* in dem die Chancen von Innsbruck und Salzburg als Standort einer solchen Universität diskutiert wurden. Franz Huter, der die Episode untersucht hat, sah in dem Gerücht vor allem einen „Versuchsballon“[117], mit dem die Möglichkeiten einer Neugründung der Salzburger Universität geprüft werden sollten. In Innsbruck verursachte dieser Versuchsballon allerdings einigen Wirbel[118], was zahlreiche Artikel in den Innsbrucker Zeitungen bezeugen.[119] Der Innsbrucker David

115 4839/1297. Doblhoff an das Gubernium, Wien 07.08.1848, Gubernium, Studien, 17377 ad 18506/1848, Tiroler Landesarchiv.

116 Siehe 4839/1297. Doblhoff an das Gubernium, Wien 07.08.1848, Gubernium, Studien, 17377 ad 18506/1848, Tiroler Landesarchiv. Prag wurde wohl deshalb gewählt, weil es zu diesem Zeitpunkt – abgesehen von Wien – dort die einzige vollständige Universität in Österreich gab und ein Vergleich mit Wien noch unrealistischer war als jener mit Prag, das damals etwa zehnmal so viele Einwohner besaß wie Innsbruck.

117 Huter, Salzburg oder Innsbruck?, S. 35.

118 Dasselbe Gerücht hatte übrigens auch in Linz dazu geführt, dass man sich als Standort für diese geplante Universität beworben hatte. Auch hier gab das Ministerium die Erstellung eines Gutachtens in Auftrag, das jedoch auf Grund von fehlenden finanziellen Mitteln negativ ausfiel. Siehe dazu Josef Lenzenweger, Der Kampf um eine Hochschule für Linz (= Schriftenreihe des Institutes für Landeskunde von Oberösterreich 15), Linz 1963.

119 Siehe Die Universität, eine Lebensfrage für Innsbruck, in: Innsbrucker Zeitung, 62 (17.09.1848), S. 271–272; Bothe für Tirol und Vorarlberg, 123 (18.09.1848), S. 572. In Letzterem wird die Angelegenheit als eine „finanzielle, wissenschaftliche, moralische und politische Lebensfrage für die Stadt Innsbruck“ bezeichnet. Ähnlich auch in: Ein Wort zur Innsbrucker Universitätsfrage, in: Katholische Blätter aus Tirol, 50 (22.09.1848), S. 1153–1161.

Stephan Moritz[120] schrieb damals an seinen Freund, den Brixner Kirchenhistoriker Josef Fessler, über das ungewisse Schicksal der Innsbrucker Universität:

> Wann die alma Leopoldo-Franciscea anfangen oder aufhören wird, steht bei den Göttern. Sie soll, wie man sagt und hört, nach Salzburg wandern [...] Vorgestern war großer Bürgerausschuß in der aula academica, um diesen fatalen Schlag wo möglich noch abzuwenden.[121]

Das Gerücht bewirkte in der Folge eine Reihe von Gegenmaßnahmen und Erklärungen von öffentlicher und privater Seite. Bedeutsam ist etwa ein Artikel[122] des Seniors[123] des medizinischen Studiums Ignaz Laschan[124], der die Frage des Fortbestandes der Universität in Innsbruck direkt mit deren Vervollständigung verband. Dabei bezog er sich auf einen Vorschlag der Studienhofkommission aus dem Jahr 1846, der im Jahr 1848 wieder aufgegriffen worden war, dass nämlich die niederen medizinischen Studien aufgehoben werden sollten, bzw. in Zukunft nur noch vollständige Universitäten bestehen sollten.[125] Zugleich würde das Fehlen einer medizinischen Fakultät, so schrieb er weiter, auch das Ende der philosophischen Fakultät bedeuten, da beide Fakultäten eine gegenseitige Notwendigkeit besäßen, was sich vor allem auf die naturwissenschaftlichen Fächer wie Chemie, Botanik und Physik bezog. Am Ende lieferte Laschan eine Reihe von Vorschlägen, wie man das medizinisch-chirurgische Studium heben konnte. Dieselben Vorschläge werden dann im Übrigen später noch einmal auftauchen, nämlich im Gutachten des Guberniums zur Vervollständigung der Universität.

Sowohl der Stadtmagistrat als auch der Landesausschuss hatten im Laufe des Septembers Petitionen für den Fortbestand der Universität bzw. deren Vervollständigung verfasst und an das Ministerium gesandt. Zudem

120 David Stephan Moritz (Imst 1781–1860 Innsbruck), Priester und Lehrer, ab 1837 Direktor der Theresianischen Ritterakademie in Innsbruck, Zensor.

121 Moritz an Fessler, Innsbruck 15.09.1848, Nachlass Fessler 5, Diözesanarchiv St. Pölten.

122 Laschan, Lebensfrage über den Fortbestand der Innsbrucker Universität, in: Bothe für Tirol und Vorarlberg, 122 und 123 (16.09.1848), S. 566–567, 575–576.

123 Da das medizinisch-chirurgische Studium nicht den Rang einer Fakultät besaß, wurde dort lediglich ein Senior und kein Dekan gewählt, dem die Leitung des Studiums oblag.

124 Ignaz Laschan (Wien-Hernals 1802–1888 Innsbruck), 1828 Dr. med., ab 1836 Prof. am medizinisch-chirurg. Studium in Laibach, 1838–51 Prof. der prakt. Medizin am medizinisch-chirurg. Studium in Innsbruck, 1851 Kreismedizinalrat und Direktor des medizinisch-chirurg. Studiums.

125 Huter, Hundert Jahre Medizinische Fakultät Innsbruck 1869 bis 1969, S. 54–56. Vgl. auch den §93 im „Entwurf der Grundzüge des öffentlichen Unterrichtswesens in Österreich" von Franz Exner. Abgedruckt in: Wiener Zeitung, 197–200 (18.–21.07.1848), S. 169–171; 177–179; 187–189; 195–197, hier S. 196.

war eine Gruppe von Innsbrucker Honoratioren nach Wien gereist, um die Petition des Magistrats im Ministerium zu hinterlegen.[126] Bereits am 23. September ließ daher das Ministerium in der *Wiener Zeitung* verlauten, dass das Gerücht, die Innsbrucker Universität würde aufgelassen, jeglicher Grundlage entbehre und verwies auf den laufenden Prozess hinsichtlich der Vervollständigung der Tiroler Universität.[127] Das endgültige Dementi erfolgte schließlich im Oktober des Jahres durch Minister Philipp Krauß.[128]

Die Gefahr, dass die Universität aufgehoben werden würde, war damit abgewendet, der Prozess um die Vervollständigung lief allerdings noch. Während des ganzen Herbstes fanden daher regelmäßig Sitzungen und Besprechungen statt, um die Voraussetzungen dafür in Innsbruck zu klären. Dabei ging es einerseits um die Finanzierung, andererseits um die Frage, ob die nötigen räumlichen Infrastrukturen für eine medizinische Fakultät vorhanden seien.[129]

Zu Beginn des Jahres 1849 hatte das Gubernium schließlich sämtliche Berichte und Stellungnahmen in einem Abschlussbericht zusammengefasst und das Gutachten nach Wien gesandt.[130] Das Gubernium konnte allerdings kein grundlegend positives Gutachten nach Wien senden: So war etwa die Finanzierung der medizinischen Fakultät völlig ungesichert, da im tirolischen Studienfonds nicht die erforderlichen Mittel vorhanden waren. Außerdem boten die bestehenden Kliniken nicht ausreichend Voraussetzungen, die für den Betrieb einer medizinischen Fakultät notwendig waren. Und nicht zuletzt war der Bischof von Brixen nicht geneigt, sein gut funktionierendes Seminar („das theologische Studium in Brixen [gehört] durch seinen besonderen Range zu den vorzüglichsten in Österreich“[131]) für eine neue theologische Fakultät aufzugeben, die in Innsbruck außerhalb seiner unmittelbaren Kontrolle wäre. Zwar versuchte man die Einwände von Bi-

126 Vgl. hierzu Huter, Salzburg oder Innsbruck?, S. 43–46. Dort sind die Petitionen auch teilweise abgedruckt.

127 Wiener Zeitung, 257 (23.09.1848), S. 723.

128 6800/1795. Krauß an Gubernium, Wien 15.10.1848, Gubernium, Studien, 22648 ad 18506/1848, Tiroler Landesarchiv. Philipp Krauß (Lemberg 1792–1861 Wien) war eigentlich Finanzminister, er war jedoch während des Wiener Oktoberaufstandes als einziger Minister in Wien verblieben, daher hat er wohl das Dekret unterzeichnet.

129 Siehe etwa Senatssitzungsprotokoll, Innsbruck 31.10.1848, Senatssitzungsprotokolle 3, 29 ex 1848/49, Universitätsarchiv Innsbruck. Vgl. auch bei Huter, Hundert Jahre Medizinische Fakultät Innsbruck 1869 bis 1969, S. 58–61.

130 Abschrift des Berichtes des Tiroler Guberniums an das hohe Ministerium des öffentlichen Unterrichts, Innsbruck 18.01.1849, Gubernium, Studien 2446 ad 1475/1849, Tiroler Landesarchiv.

131 Ebenda.

schof Bernhard Galura[132] herunterzuspielen und schlug daher auch vor, den Bischofssitz nach Innsbruck zu verlegen, zumal eine Landeshauptstadt ohne Bischof in der ganzen Monarchie fast einzigartig sei. Auch bezüglich der anderen Punkte bot das Gubernium Lösungen an: Was beispielsweise die Kliniken betraf, glaubte man etwa durch erleichterte Aufnahme von Kranken aus niederen sozialen Schichten in die Kliniken die Zahl der Patienten derart steigern zu können, dass aus „der Krankenmenge wohl taugliche Individuen in zureichender Zahl sich finden würden."[133] Außerdem könnte man auch „interessante Kranke"[134] aus den Spitälern von Schwaz und Hall nach Innsbruck bringen, damit diese dort für die medizinische Fakultät und zu Ausbildungszwecken der Studenten ‚zur Verfügung' stehen würden. Zur Deckung der zusätzlichen Kosten für die Fakultät – 15.000 fl. – wurde vorgeschlagen, die Stiftung der Universität wiederzubeleben, schließlich wäre der Staat für die Erhaltung seiner Universitäten zuständig. Zur Bekräftigung der Argumente rief man am Ende des Gutachtens noch einmal die jüngsten Zeitläufte ins Gedächtnis und betonte: Während nämlich in Wien die Revolution tobte, blieben die Tiroler im Allgemeinen und die Tiroler Studenten und Professoren im Speziellen ruhig und bedacht. Der gute Geist der Tiroler könnte daher in einer vollständigen Universität – und nur eine solche wäre wirklich überlebensfähig – positiv auf eine größere Anzahl von Studenten wirken. Außerdem wäre dann die Gefahr gebannt, dass junge Tiroler für ein Studium ins ‚Ausland' gehen müssten, von wo sie verdorben zurückkehrten.

Letztlich konnte die Hoffnung des Guberniums auf Vervollständigung der Universität, bei all diesen unerfüllten Bedingungen jedoch nicht allzu groß sein. Und so kam es auch: All die Appelle an das Ministerium und die Verweise auf die Tiroler Verdienste wurden nicht gehört und die Universität blieb vorerst eine Rumpfuniversität mit zwei Fakultäten und einem medizinisch-chirurgischen Studium.[135]

3.4. Erste Probleme bei der Umsetzung der Reform

Der Betrieb an der Universität lief trotz alledem weiter, vor allem die neue philosophische Fakultät war jedoch ein Provisorium, das für einige Verun-

132 Bernhard Galura (Herbholzheim 1764–1856 Brixen), 1788 Priesterweihe, 1810–1815 Pfarrer an der Freiburger Martinskirche, ab 1815 Regierungsrat und geistlicher Referent in Innsbruck, 1818 Generalvikar des Brixener Fürstbischofs für Feldkirch, ab 1820 Weihbischof in Feldkirch, ab 1829 Fürstbischof von Brixen.

133 Ebenda.

134 Ebenda.

135 Siehe die knappe Mitteilung an die Universität in 860/Praes., Innsbruck 20.02.1849, Akten des Rektorats 17, 165/R ex 1848/49, Universitätsarchiv Innsbruck.

sicherung sorgte. Der Unterricht dieser Fakultät fand einerseits am Gymnasium statt, wo der ehemals erste Kurs der Fakultät abgehalten wurde, der zweite Kurs wurde an der Universität gelehrt. Teilweise konnten die Gymnasialschüler bereits Kurse der Universität besuchen, sodass insgesamt doch in den „ordentlichen Vorlesungen der Religionswissenschaft, Philosophie, Physik und Philologie" 150 Studierende anwesend waren,[136] eine Zahl, die dann in den folgenden Jahren nicht annähernd erreicht werden konnte. Denn einerseits gab es im Schuljahr 1849/50 durch die Einführung des 8. Gymnasialkurses keine Schüler, die an die Universität wechseln konnten. Andererseits hatte das Ministerium im Laufe des Semesters – nach erfolgter Berichterstattung des Professorenkollegiums – verboten, dass Gymnasiasten weiterhin parallel Kurse an der Universität besuchen durften, zumal die Schüler im Gymnasium eigentlich ausgelastet sein sollten.[137] Bei dieser Gelegenheit zeigte sich Minister Thun verärgert darüber, „wie schwer es dem Lehrkörper fällt, sich in das neue Studiensistem zu finden".[138] Diese Kritik war wohl nicht nur dem aktuellen Bericht geschuldet, sondern bezog sich wahrscheinlich auch auf die frühere kritische Haltung von einigen Professoren gegenüber der Reform. Zwei weitere Gründe, warum auch in den folgenden Jahren die Frequenz der Fakultät nicht sonderlich anstieg, waren die Unsicherheit über den Erfolg der Reform[139] und die mangelnden beruflichen Perspektiven für Absolventen der philosophischen Fakultät. Zwar beruhigte sich die Situation mit dem Amtsantritt von Thun und dem Erlass des provisorischen Organisationsgesetzes, aber die Umsetzung der Reform konnte nicht von heute auf morgen Erfolg haben. Thun war jedoch bestrebt, die Reform so rasch als möglich umzusetzen und ein formal „gleichförmiges System"[140] zwischen den Universitäten herzustellen.

136 Bericht über das Studienjahr 1848/49 (Konzept), Innsbruck 11.11.1849, Akten der Philosophischen Fakultät 16, 22/PH ex 1849/50, Universitätsarchiv Innsbruck. Was nicht heißt, dass insgesamt 150 Studenten in der philosophischen Fakultät inskribiert waren. Gemeint sind die Besucher der Vorlesungen, d.h. wenn ein Student diese vier Vorlesungen besucht hat, wurde er auch viermal gezählt.

137 8474/1246. Thun an die philosophische Fakultät, Wien 05.12.1849, Akten der Philosophischen Fakultät 16, 44/PH ex 1849/50, Universitätsarchiv Innsbruck.

138 Ebenda.

139 Hauptbericht über den Zustand der philosophischen Fakultät (Konzept), Innsbruck 06.12.1850, Akten der Philosophischen Fakultät, PH 16, 41 ex 1850/51, Universitätsarchiv Innsbruck.

140 Majestätsvortrag, abgedruckt in der Wiener Zeitung, 260 (1.11.1849), S. 3023–3025, hier S. 3024.

3.4.1. Gehalts- und Rangfragen

Eine solche Gleichförmigkeit versuchte der Minister auch bei den Gehältern der Professoren herzustellen, ein Gegenstand, den er schon bald nach Amtsantritt angegangen war, der ihn jedoch während seiner gesamten Amtszeit beschäftigen sollte. Besonders die Professoren der philosophischen Fakultät, welche dem Status der ehemals niederen Fakultät entsprechend vielfach ein niedrigeres Gehalt bezogen hatten als ihre Kollegen der juridischen Fakultät, versuchten bald nach der Reform eine Anhebung ihrer Gehälter in Wien zu erwirken.

So bat die Fakultät um eine Erhöhung des Gehalts von Albert Jäger, der damals gerade einmal 600 fl. erhielt, „eine Besoldung welche an die manches Kanzlisten nicht hinanreicht“[141]. Auch andere Professoren der Fakultät hatten um Aufbesserung des Gehalts gebeten. Thun kam diesen Ansuchen damals nicht nach, sondern bat vorerst um Geduld, da er eine grundsätzliche Regelung der Besoldung der Universitätsprofessoren anstrebte, was er dann mit der Vorlage eines Gesetzesvorschlags an den Kaiser am 21. Oktober 1849 auch tat.[142]

Das Ziel von Thun war eine Angleichung von Löhnen und Vorrückungszeiten innerhalb der Universitäten und auf gesamtstaatlicher Ebene. Besonders die Professoren der philosophischen Fakultät sollten zukünftig mit den Kollegen der anderen Fakultäten gleichgestellt sein.[143] Das Grundgehalt für die Besoldung eines Lehrstuhls sollte nach einem Stufensystem aufgebaut sein, das sich am Prestige und der Stellung der jeweiligen Universität im Gesamtsystem der österreichischen Hochschulen orientierte. Die Universität Innsbruck stand mit 1000 fl. Grundgehalt gemeinsam mit den Universitäten Graz und Olmütz auf der vierten und untersten Stufe.[144] Die Vorrückungszeit in die nächsthöhere Gehaltstufe betrug wie auch an anderen Universitäten jeweils zehn Jahre, nach dieser Zeit wurde das Grundgehalt um 200 fl. auf maximal 1400 fl. erhöht.[145] Hinzu kamen jedoch

141 Philosophische Fakultät an MCU (Konzept), Innsbruck 26.09.1849, Akten der Philosophischen Fakultät, 15, 217/PH ex 1848/49, Universitätsarchiv Innsbruck.

142 Abgedruckt in Wiener Zeitung, 260 (1.11.1849), S. 3023–3025.

143 Vgl. ebenda, S. 3024.

144 Zum Vergleich: In Wien lag das Grundgehalt bei 1600, in Prag bei 1300, in Lemberg und Krakau bei 1200 fl. Ein Lehrstuhlinhaber in Innsbruck verdiente mit seinem Grundgehalt etwa gleich viel wie ein Ministerialkonzipist im MCU, der überdies noch Quartiergeld bezog. Ein Ministerialsekretär verdiente bereits annähernd das Doppelte. Vgl. dazu das Gehaltsschema des Ministeriums in: MCU Präs 418/1858, Österreichisches Staatsarchiv, Allgemeines Verwaltungsarchiv.

145 Siehe Provisorische Vorschrift über die künftige Regulierung der Gehalte und des Vorrückungsrechtes der Facultätsprofessoren an den Universitäten Wien, Prag, Lemberg, Krakau, Olmütz, Gratz und Innsbruck 26.10.1849, § 2, RGBl 438/1848.

die Kollegiengelder, die von den Studenten an die Professoren und Dozenten zu entrichten waren.

Thun hatte allerdings in seinem Majestätsvortrag an den Kaiser auch bemerkt, dass gerade an den kleineren Universitäten die Kollegiengelder auf Grund geringerer Hörerzahlen niedriger ausfallen dürften und daher ein gewisser Ausgleich geschaffen werden müsse. Ansonsten, so glaubte Thun, würden kleinere Universitäten, die an und für sich schon benachteiligt an Mitteln und Ausstattung seien, noch mehr das Nachsehen gegenüber den großen Universitäten haben. Und obschon Thun diese Schwierigkeit erkannt hatte, fand sich wenig in der provisorischen Gehaltsvorschrift, was diesem Problem entgegenwirken konnte. Dort wurde nur erwähnt, dass die „durch die Localverhältnisse bedingten [sic!] Verschiedenheit der Lebensbedürfnisse“[146] bei der Berechnung in Betracht gezogen werden sollten. Dennoch betrug der Unterschied im Grundgehalt zwischen Wien und Innsbruck 600 Gulden.

Obschon die Professoren der philosophischen Fakultät damit nicht nur finanziell, sondern auch sozial besser gestellt wurden, blieben die Klagen in den folgenden Jahren nicht aus – worauf später noch eingegangen werden wird. So viel kann an dieser Stelle jedoch schon gesagt werden, Thun hatte in seinem Vortrag die Probleme im Grunde richtig benannt. Denn das meiste, das Thun in seiner Stellungnahme angesprochen hatte, wurde von den Innsbrucker Professoren später bemängelt: die Positionierung der Universität in der untersten Gehaltsklasse, das Fehlen von ausreichenden Kollegiengeldern und die Außerachtlassung der lokalen (Innsbrucker) Lebenshaltungskosten. Dadurch sahen einige Professoren wiederum ihre Arbeit als nicht ausreichend gewürdigt an bzw. schilderten es als unmöglich, ihrer sozialen Stellung entsprechend leben und auftreten zu können.

3.4.1.1. Exkurs: Kollegiengelder

Die Einführung der Kollegiengelder hatte das bisherige System abgelöst, wonach ein jährliches Unterrichtsgeld zu entrichten war.[147] Das reguläre Kollegiengeld belief sich auf einen Gulden pro Wochenstunde für ein Kollegium, das heißt für ein dreistündiges Kollegium waren drei Gulden fällig. Dieses reguläre Kollegiengeld war auf alle vorgeschriebenen Lehrgegenstände und die Lehrverpflichtung der besoldeten Professoren anzuwenden. Darüber hi-

146 Ebenda.

147 Vgl. dazu die Verordnung des Cultusministeriums vom 12. Juli 1850, RGBl 310/1850; außerdem Leo Thun-Hohenstein, Majestätsvortrag, in: Wiener Zeitung, 184 (03.08.1850), S. 2335–2337.

naus war es Professoren gestattet, noch andere Kollegien für ein beliebig höheres Kollegiengeld anzubieten. Mindestens alle drei Semester musste ein Professor zudem ein unentgeltliches Kollegium lesen (publicum). Privatdozenten und unbesoldete außerordentliche Professoren durften ihre Kollegien entweder zu dem gesetzlichen Minimum von einem Gulden pro Wochenstunde oder zu einem höheren Kollegiengeld anbieten.

Die Kollegiengelder waren nicht vollkommen neu. Bis zu den Reformen unter Kaiser Joseph II. waren sie verbreitet gewesen. Damals wurden sie durch ein allgemeines Unterrichtsgeld ersetzt, das zunächst 18 fl. für Lyzeen und 30 fl. für Universitäten pro Studienjahr betrug.[148] Wie die Informationen bei de Luca aber zeigen, waren diese Kosten auch sozial gestaffelt und so mussten etwa Adelige ein höheres Honorar berappen.[149] Schon wenige Jahre nach der Josephinischen Reform schlug Johann Melchior Birkenstock allerdings vor, diese Regelung wieder zu ändern und mit Kollegiengeldern eine Verbesserung der Gehälter der Professoren und damit auch eine Steigerung von deren Ansehen und Lebensbedingungen zu erreichen. Birkenstock, der dabei das Beispiel von Göttingen vor Augen hatte, wollte darüber hinaus ein Anreizsystem einführen, das herausragenden Professoren auch finanzielle Vorteile verschaffte.[150] Zuletzt hatte besonders William Clark auf dieses marktwirtschaftliche System von Angebot und Nachfrage in Göttingen hingewiesen, das Professoren und Dozenten einerseits größere Freiheit bei der Gestaltung ihrer Lehre bot, sie andererseits auch zu mehr und besserer Lehre antrieb und damit auch eine neue Dynamik in den Wissenschaftsbetrieb brachte.[151]

Bei der Einführung der Kollegiengelder in Österreich im Jahr 1849 bzw. bei der detaillierten Regelung derselben ein Jahr später wurde auf den „innigen Zusammenhange zwischen der Entrichtung von Collegiengeldern und dem ganzen Systeme der Lehr- und Lernfreiheit“[152] verwiesen. Die Kollegiengelder wurden als Instrument gesehen, die Unabhängigkeit der Lehrenden sicherzustellen: Sie boten den Professoren die Möglichkeit, unabhängig

148 Vgl. dazu bei Helmut Engelbrecht, Geschichte des österreichischen Bildungswesens. Erziehung und Unterricht auf dem Boden Österreichs, Bd. 3 (= Von der frühen Aufklärung bis zum Vormärz), Wien 1984, S. 198.

149 de Luca, Versuch einer akademischen gelehrten Geschichte, S. 105.

150 Vgl. dazu bei Johann Melchior von Birkenstock, Johann Melchior von Birkenstocks kurzgefaßte Geschichte der in den k.k. Erblanden im Schul- und Studienwesen bisher gemachten öftern neuen Einrichtungen und Versuche (= Retrospektiven in Sachen Bildung. Übersehene Quellen 4), Klagenfurt 1996, S. 27–29.

151 Siehe bei Clark, Academic charisma and the origins of the research university, S. 152–153 und S. 378–381.

152 RGBl 310/1850, § 15.

von den vorgeschriebenen Kollegien (bezahlte) Privatkollegien anzubieten, in denen sie den Inhalt frei wählen konnten. Auch sollte das neu eingeführte Amt der Privatdozenten mit den Kollegiengeldern finanziert werden, wobei auch hier auf die Lehrfreiheit verwiesen wurde. Um die Existenz der Privatdozenten aber nicht zu gefährden, war es notwendig, für alle Kollegien (mit Ausnahme der publica) ein Kollegiengeld zu entrichten. Thun war nämlich davon überzeugt, das Privatdozententum sei

> zum Voraus zu einem steten Siechtum verurtheilt, ja es wird geradezu unmöglich, wenn dadurch, daß alle wichtigeren Collegien von den angestellten ordentlichen und außerordentlichen Professoren unentgeltlich gelesen werden, den Privatdozenten die Bedingungen ihrer Existenz entzogen sind.[153]

Darüber hinaus würde ein Kollegiengeld für alle Kollegien auch die besoldeten Professoren zu höheren Leistungen anspornen.

Gleichzeitig unterstrich Thun auch die Steuerungsfunktion der Kollegiengelder sowohl für Studenten als auch für die Lehrenden. Studenten könnten so die Lernfreiheit besser nutzen: einerseits würden sie davon abgehalten, im Eifer und in Ausreizung der neuen Freiheiten zu viele Kollegien zu besuchen und dadurch den Lernerfolg zu gefährden, andererseits würde ein vorgegebener ‚Preis' für eine Lehrveranstaltung den Wert derselben ausdrücken.[154] Mit den Kollegiengeldern war aber auch ein kompetitives Element in die Universität eingeführt worden, indem nun sowohl Professoren als auch Privatdozenten um den Zuspruch der Studenten wetteiferten und dies mit einem finanziellen Anreiz verbunden worden war. Diese „geistige Concurrenz"[155], so Thun, sei ein wesentliches Element der Lehrfreiheit in seinem Majestätsvortrag.

Die Einführung der Kollegiengelder war auch bei den *Verhandlungen deutscher Universitätslehrer* in Jena im Herbst 1848 diskutiert worden. Zum damaligen Zeitpunkt – also noch vor der provisorischen Genehmigung des Reformwerks – waren vor allem die Vertreter aus Wien skeptisch gewesen, was die Einführung von Kollegiengeldern an den österreichischen Universitäten betraf, da es diese in Österreich bisher nicht gebe. Dennoch stimmten auch sie dem Argument zu, dass die Einführung der Position des Privatdozenten die Einhebung von Kollegiengeldern notwendig mache und damit eine Angleichung der Rechtslage innerhalb des Deutschen Bundes vollzogen würde. Dem Tenor der gesamten Veranstaltung entsprechend, begrüßten

153 RGBl 416/1849.

154 RGBL 416/1849, S. 754–755.

155 Thun-Hohenstein, Majestätsvortrag, S. 2336.

sie trotz der Bedenken die mögliche Vereinheitlichung des Universitätssystems.[156] Diesen Aspekt der Angleichung mit dem System an den meisten deutschen Universitäten hob auch Leo Thun in seiner Rechtfertigung hervor, mit dem Argument, dass ansonsten die „Berufung ausgezeichneter Männer an österreichische Universitäten" aus dem deutschen Ausland schwieriger werden würde. Für Leo Thun waren damit die Kollegiengelder auch ein Mittel, um ‚wettbewerbsfähig' gegenüber den übrigen deutschen Universitäten zu werden, und ein zentrales Element seiner Personalpolitik. Zuletzt haben besonders Bastian Stoppelkamp und Friedrich Stadler diesen Zusammenhang von Autonomie und Ökonomie hervorgehoben und betont, wie sehr „eine gelingende Lehr- und Lernfreiheit ohne ein ökonomisch fundiertes Anreiz- und Konkurrenzsystem" für Thun notwendig war.[157]

Dennoch waren die Kollegiengelder nicht unumstritten. Noch in der Entwurf-Phase der Reformen hatte es bereits Gegenstimmen zur geplanten Einführung der Kollegiengelder gegeben. Der *Bothe für Tirol und Vorarlberg* druckte etwa im Juni 1849 einen Artikel aus der *Grazer Zeitung* mit dem Titel *Collegiengelder, oder nicht? Eine Lebensfrage des österreichischen Universitätswesens*[158] und positionierte sich darin klar gegen die Einführung der Kollegiengelder. Der Autor befürchtet, dass die Lehrenden ihre unabhängige Stellung verlieren würden, weil sie sich von der Gunst der Studenten abhängig machten. Außerdem, so der Autor weiter, befördere das System nicht, wie die Befürworter glaubten, eine positive Konkurrenz, sondern schüre lediglich die Eifersucht im Professorenkollegium. Das Prinzip der Konkurrenz, so der Autor resümierend, sei nur im Handel gut, aber nicht in der Wissenschaft und Kunst: „Die Universitäten sollen reine unentweihte Sitze der Wissenschaft, aber nicht Anstalten sein, die der schmutzigen Geldgierde ein willkommenes Feld öffnen."[159] Ähnlich sah es auch der Mediziner Anton Jaksch in einem Brief an Leo Thun, und glaubt, die Einführung der Kollegiengelder führe „zu einer Spekulation auf den Säckel der Studierenden"[160].

156 Vgl. Domrich et al., Verhandlungen deutscher Universitätslehrer über die Reform der deutschen Hochschulen in der Versammlung zu Jena vom 21. bis 24. September 1848, S. 17–20.

157 Friedrich Stadler/Bastian Stoppelkamp, Die Universität Wien im Kontext von Wissens- und Wissenschaftsgesellschaft, in: Katharina Kniefacz/Elisabeth Nemeth/Herbert Posch/Friedrich Stadler (Hgg.), Universität–Forschung–Lehre. Themen und Perspektiven im langen 20. Jahrhundert, Göttingen 2015, S. 203–239, S. 232. Vgl. insgesamt zu diesem Abschnitt die Überlegungen ebendort.

158 Collegiengelder, oder nicht? Eine Lebensfrage des österreichischen Universitätswesens, in: Bothe für Tirol und Vorarlberg, 140 (20.06.1849), S. 625–626.

159 Ebenda.

160 Jaksch an Thun, Prag, 16. Juli 1854, Nachlass Leo Thun-Hohenstein, A3 XXI D267, Staatliches Gebietsarchiv Leitmeritz, Zweigstelle Tetschen-Bodenbach.

Mehrfach treffen wir damit wieder auf das Bild des Marktes und des Handels, das bereits im 18. Jahrhundert für die Beschreibung der Situation in Göttingen verwendet wurde, dort jedoch mit positiver Konnotation. Die Verankerung des Konkurrenzgedankens in der Universität wurde auch von anderen Kommentatoren der Reformen kritisch beurteilt, etwa in der *Wiener Zuschauer. Zeitschrift für Gebildete*[161]. Zugleich sah der Autor dort die Kollegiengelder auch als Ersatz für die abgeschafften Semestralprüfungen, da den Kollegiengeldern nun die Funktion zukäme, die Studenten zum Studieren anzuhalten:

> Man beruft sich so gerne auf das Ausland und hat oft Recht. Im Ausland nun sind freilich keine Semestralprüfungen, aber da bestehen Kollegiengelder, welche der Studirende, will er das Kollegium hören, im Vorhinein bezahlen muß. Der Mensch bedarf in der Regel eines Antriebes, um anstrengende Geschäfte zu verrichten. Bei uns war es bisher die zu einer bestimmten Zeit abzulegende Prüfung, die den Schüler in die Vorlesungen trieb; im Ausland ist es das bezahlte Kollegiengeld.[162]

Ein weiteres Argument gegen die Einführung der Kollegiengelder, das allgemein hervorgehoben wurde, war die Furcht, dass damit unbemittelten Studenten der Weg zu einem Studium verschlossen werde.[163] Um dieser Sorge zu begegnen, hatte man im Gesetz daher die Möglichkeiten der Befreiung von den Kollegiengeldern vorgegeben, allerdings mit dem Hinweis, dass – gerade bei dem „innigen Zusammenhange zwischen der Entrichtung von Collegiengeldern und dem ganzen System der Lehr- und Lernfreiheit“[164] – die Befreiung eine Ausnahme bilden sollte und nur an Studierenden „a) von tadellosem Benehmen stattfinden, welche b) ihre wahrhafte Dürftigkeit, und c) eine ausgezeichnete wissenschaftliche Verwendung nachweisen können.“[165] Ein Blick in die Matrikel der Universität Innsbruck zeigt aber für die 1850er-Jahre, dass diese Ausnahmen durchaus häufig vorkamen und etwa die Hälfte der Studenten entweder teilbefreit waren oder gar keine Kollegiengelder zahlen mussten.

Schließlich verweist die Kritik an der Einführung des Kollegiengeldes auch noch auf einen wichtigen Punkt innerhalb der Reformdebatte, nämlich

161 Auch ein Wort über die Reform des Unterrichts, in: Wiener Zuschauer. Zeitschrift für Gebildete, 180 (07.08.1849), S. 1434–1436.

162 Ebenda, S. 1435.

163 Ebenda; Collegiengelder, oder nicht?

164 RGBl 310/1850, § 15.

165 Ebenda.

die rechtliche Stellung der Universität. Durch die Einführung des Kollegiengeldes, das ja an den jeweiligen Dozenten oder Professor gezahlt wurde, entstand – so legt es etwa auch der Autor im *Bothe für Tirol und Vorarlberg*[166] nahe – der Eindruck, der Staat entziehe sich seiner Verantwortung für die ausreichende Besoldung der Professoren. Der Staat, so die Kritik des Autors, schwäche damit seinen Einfluss auf die Universität und stärke den schon als überholt gedachten, einer vergangenen Zeit angehörenden korporativen Charakter der Universität, indem der Unterricht gewissermaßen zu einem Geschäft zwischen Student und Professor werde.

In dieselbe Kerbe schlug ein gutes Jahrzehnt später auch Josef Kopp, der im Jahr 1875 den Antrag im Reichsrat stellte, die Kollegiengelder wieder abzuschaffen und dafür ein allgemeines Unterrichtsgeld einzuführen. Mit dem Vorhaben sollten die Professoren zu regulären Beamten gemacht und der Charakter der Universität als Staatsanstalt unterstrichen werden. Dagegen formierte sich jedoch rasch intensiver Widerstand der Professoren, wobei mehrfach auch auf die bekannten Argumente, die schon Thun bei der Einführung vorgebracht hatte, verwiesen wurde. Der Antrag wurde schließlich abgewehrt und die Kollegiengelder blieben bis weit ins 20. Jahrhundert bestehen.[167]

3.4.1.2. Professoren und Lehrer

Wenn wir nun wieder zurückkommen auf die Umsetzung der Reformen in Innsbruck, so zeigt sich, dass mit der Gehaltsfrage auch ein weiterer wichtiger Punkt verbunden war, der eine Rolle bei der Reorganisation der philosophischen Fakultät spielte: Nicht alle Mitglieder des Kollegiums der philosophischen Fakultät kamen nämlich in den Genuss der neuen Gehaltsvorschriften. Diejenigen Personen, die keinen Lehrstuhl besetzten, sondern lediglich eine Sprache oder eine andere Fertigkeit unterrichteten, profitierten nicht davon. Bis 1848 waren die Lehrenden der philosophischen Fakultät an Rang und Lohn untereinander mehr oder weniger gleichgestellt gewesen. Doch mit der Reform und der Höherstellung der Fakultät wurde zwischen Professoren und Lehrern nun streng unterschieden. Letztere waren schon bei der Übertragung der Leitung der Fakultäten an die jeweiligen Professorenkollegien von diesen ausgeschlossen worden.[168] Als Lehrer galten

166 Vgl. Collegiengelder, oder nicht?

167 Vgl. zu dieser Auseinandersetzung die Darstellung bei Stadler et al., Die Universität Wien im Kontext von Wissens- und Wissenschaftsgesellschaft, S. 229–232.

168 Erlaß des provisorischen Ministers des Unterrichts vom 3. Februar 1849, womit Erläuterungen der Bestimmungen hinsichtlich der vom Lehrkörper der Facultät-Studien Angehörigen gegeben werden, RGBl 114/1848. .

demnach diejenigen Lehrenden, „welche nicht eine Wissenschaft vertreten, sondern eine Kunst oder Fertigkeit. Dazu gehören auch die Lehrer lebender Sprachen, in soferne sie diese nicht vom wissenschaftlichen Standpuncte aus, sondern zunächst für den practischen Gebrauch zu lehren haben“[169].

Die Gruppe der Lehrer fühlte sich durch die Neuorganisation der akademischen Behörden um ihre bisherige Stellung gebracht. Einerseits, weil ihnen gewissermaßen der Professorentitel aberkannt worden war, sie zu Lehrern ‚degradiert‘ und damit auch ein Stück weit ihres sozialen Prestiges beraubt wurden, andererseits verloren diese auch ihren sicheren Lohn, da sie ähnlich wie die Privatdozenten forthin keinen festen Lohn mehr bezogen, sondern nur noch direkt von ihren Schülern und Hörern bezahlt wurden, was bei der geringen Zahl an Studenten oft nur ein geringes und unsicheres Einkommen bedeutete. Der ehemalige Professor für Italienisch, Josef Nowotny[170], und der Lehrer für französische Sprache, Alexandre Billaudet[171], protestierten daher gegen diese Herabsetzung.

Besonders Josef Nowotny zeigte sich dabei sehr hartnäckig und versuchte wiederholt seinen vormaligen Titel zu verteidigen, was im Laufe der Amtszeit von Thun zu mehreren Interventionen von Nowotny und der Fakultät in Wien führte. Schon 1849 hatte sich die philosophische Fakultät in Wien eine genaue Aufklärung über die Zugehörigkeit der Sprachlehrer zur Fakultät erbeten, woraufhin im April 1849 der erwähnte Erlass veröffentlicht und der Fakultät mittels Präsidialerlass der Statthalterei mitgeteilt wurde[172]. Die unmittelbare Reaktion von Nowotny darauf ist uns zwar nicht bekannt, doch rückte Nowotny nicht davon ab, seinen ehemaligen Professoren-Titel zu führen, bzw. sich im Rang eines Privatdozenten auszuweisen, was eigentlich eine Habilitierung vorausgesetzt hätte.[173] Thun sandte im November 1850 gleich zwei Stellungnahmen an die Fakultät, verbot die Einreihung Nowotnys unter die Privatdozenten[174] und betonte neuerlich, dass „der Rang eines

169 RGBl 401/1848. Siehe auch schon RGBl 217/1848.

170 Josef Nowotny (teilweise auch Novotny) (Beneschau 1806–1858 Innsbruck), Lehrer für italienische Sprache an der Universität Innsbruck.

171 Alexandre Billaudet (*Belfort 1789), 1814–1837 beim k.k. Militär, ab 1837 Lehrer für französische Sprache am Theresianum in Innsbruck, ab 1837 auch Lehrer an der Universität.

172 Vgl. 2134/Praes, Innsbruck 28.04.1849, Akten des Rektorats 17, 234/R ex 1848/49, Universitätsarchiv Innsbruck. Vgl. allgemein dazu und zu Nowotny bei Gerhard Oberkofler, Der italienische Sprachunterricht an der Philosophischen Fakultät Innsbruck im Vormärz, in: Tiroler Heimatblätter (1982/83), S. 13–20, S. 18–19.

173 Vgl. dazu das Titelblatt des Italienisch-Lehrbuchs, das Nowotny 1850 verfasst hat: Joseph Novotny, Lehrbuch der italienischen Sprachwissenschaft. Zum Gebrauche an Gymnasien und Universitäten, Innsbruck 1850.

174 7079/802. Thun an die philosophische Fakultät, Wien 08.11.1850, Akten der Philosophischen Fakultät 16, 21/PH ex 1849/50, Universitätsarchiv Innsbruck.

Universitäts-Professors nur jenen Lehrindividuen zu [komme, C.A.], die ein streng wissenschaftliches Fach auf einer Universität vertreten." Da bei Nowotny dies jedoch nicht der Fall sei, dürfe dieser auch nicht den Rang eines Professors führen, so Thun. Schließlich zeigte sich der Minister doch entgegenkommend und gewährte Nowotny, dass er den Titel eines Titularprofessors führen dürfe.[175]

Die Angelegenheit war damit jedoch noch nicht erledigt, sondern wurde neuerlich akut, als Thun 1853 einen Lehrstuhl für Italienische Sprache einrichtete und mit Onorato Occioni[176] einen neuen Professor auf diesen Lehrstuhl berief, womit Nowotny sich nicht abfinden wollte.[177] Schließlich hatte er selbst seine Stelle verloren und bekam einen jüngeren Kandidaten vor die Nase gesetzt, der nun sein Fach lehren sollte. Denn Nowotny hatte nicht bloß Sprachunterricht erteilt, sondern wie die Fakultät – die sich für seinen Verbleib im Lehramt aussprach – erklärte, auch Vorträge zu italienischer Literatur abgehalten.[178] Die Kollegen der Fakultät empfahlen dem Unterrichtsministerium daher, dass Nowotny seine Stellung behalten solle und auch weiterhin nicht nur Sprachunterricht, sondern auch Kurse zu italienischer Literatur halten dürfe. Dabei merkten sie an, dass „eine Entziehung der Erlaubnis, über italienische Sprache und Literatur vorzutragen, [...] für den ohnedies niedergedrückten Mann gewiß eine schwere Kränkung sein"[179] würde. In Wien konnte man mit den Argumenten nicht durchdringen und so verordnete Unterstaatssekretär Helfert, als Vertreter von Thun, dass Nowotny sich zukünftig auf Sprachkurse beschränken solle. Da aber nun ein eigener Professor für italienische Sprache und Literatur bestellt worden sei, beauftragte man Nowotny damit, dass er sich auf den „Unterricht im deutschen Styl für Italiener" verlege, in diesem Fall dürfe er auch weiterhin

175 7077/800. Thun an die philosophische Fakultät, Wien 08.11.1850, Akten der Philosophischen Fakultät 16, 20/PH ex 1849/50, Universitätsarchiv Innsbruck.

176 Onorato Occioni (Venedig 1830–1895 Rom), 1853–1863 Prof. für italienische Sprache und Literatur an der Universität Innsbruck, ab 1866 Prof. am italienischen Lyzeum in Triest, ab 1871 Prof. an der Universität in Rom. Vgl. Giorgio Piras, Occioni, Onorato, in: Dizionario Biografico degli Italiani, Bd. 79, Rom 2013, S. 84–86.

177 Vgl. dazu das Protokoll der Ministerkonferenz vom 24. Mai 1853 abgedruckt bei Die Protokolle des österreichischen Ministerrates (1848–1867). III. Abteilung (Das Ministerium Buol-Schauenstein) Bd. 2, Wien 1979, S. 129 und Ministerkonferenz vom 11. April 1854, in: Die Protokolle des österreichischen Ministerrates (1848–1867). III. Abteilung (Das Ministerium Buol-Schauenstein), Bd. 3, Wien 1984, S. 219.

178 Vgl. Schenach an Bissingen, Innsbruck 27.07.1853, Statthalterei Studien 7901/1855, Tiroler Landesarchiv.

179 Ebenda; vgl. auch den Aktenvermerk hierzu, Innsbruck 27/28.07.1853, Statthalterei Studien 7901 ad 7140/1853, Tiroler Landesarchiv.

den Titel eines Professors für deutsche Sprache führen.[180] Die Fakultät bat daraufhin noch einmal, dass Nowotny als Lehrer für italienische Sprache belassen werde, und bat gleichzeitig um eine Erhöhung des Gehalts auf 900 fl., was also beinahe dem Grundgehalt eines Professors entsprach.[181]

Die Entscheidung über dieses Gesuch zog sich lange hin, auch weil sich das Finanzministerium nicht bereit erklären wollte, zwei Professoren für Italienisch in Innsbruck zu finanzieren. Schließlich konnte Thun Finanzminister und Kaiser jedoch mit zwei Argumenten überzeugen: Zunächst verwies Thun auf die heikle Situation im zweisprachigen Kronland Tirol, wo „die Weckung des deutschen Elements unterstützt werden"[182] sollte. Den Finanzminister überzeugte Thun jedoch wahrscheinlich mit dem Argument, dass es keinen großen Unterschied mache, ob man Nowotny ein reguläres Gehalt bezahle und dafür eine Leistung erhalte oder eben ein „Qiueszentengehalt"[183]. Letzten Endes gewährte man Nowotny nicht das gewünschte Gehalt von 900 fl. sondern lediglich den Fortbezug der 500 fl. und 200 fl. als Remuneration für den Sprachunterricht in italienischer Sprache.[184]

Die langwierige Geschichte um die Stellung Nowotnys erweist sich daher in mehrfacher Hinsicht als symptomatisch: Zunächst ist sie Ausdruck des Versuchs, die philosophische Fakultät zu einer wissenschaftlichen Einrichtung umzugestalten. Es zeigt sich, dass man klar unterschied zwischen einem neuen wissenschaftlichen Anspruch der Fakultät und der alten rein propädeutischen Funktion der philosophischen Fakultät. Außerdem offenbart die Episode, dass altgediente Professoren den Ansprüchen, die man nun an sie stellte, vielfach nicht mehr genügten, womit der Erfolg der Reform auch ein Stück weit die Frage eines Generationenwechsels war. Während die Reform das Gesamtsystem verbessert und sich den neuen Voraussetzungen angepasst

180 Helfert an Bissingen, Wien 21.08.1853, Statthalterei Studien 9134 ad 7140/1853, Tiroler Landesarchiv.

181 Sammelakt Nowotny, Akten der Philosophischen Fakultät 16, 136/PH ex 1849/50, Universitätsarchiv Innsbruck.

182 Majestätsvortrag, Wien 30.03.1854, MCU Präs. 6126/1854, Österreichisches Staatsarchiv, Allgemeines Verwaltungsarchiv.

183 Ministerkonferenz vom 11. April 1854, in: Die Protokolle des österreichischen Ministerrates (1848–1867). III. Abteilung (Das Ministerium Buol-Schauenstein), Bd. 3, Wien 1984, S. 220. Das finanzielle Argument findet sich auch bereits in Ebner an Thun, Innsbruck 19.08.1852, MCU Allg., Sig. 5 Fasz. 1023 (Karton 1084), Österreichisches Staatsarchiv, Allgemeines Verwaltungsarchiv.

184 Vgl. Sammelakt Nowotny, Akten der Philosophischen Fakultät 16, 136/PH ex 1849/50, Universitätsarchiv Innsbruck. Siehe bei Oberkofler, Der italienische Sprachunterricht an der Philosophischen Fakultät Innsbruck im Vormärz, S. 19 zur weiteren Lehrtätigkeit von Nowotny bis zu seinem Tod 1858.

hatte, konnten Einzelne von dieser Verbesserung nicht profitieren bzw. bedeutete für diese die Reform eine Verschlechterung der eigenen Position. Das Einzelschicksal von Josef Nowotny, der sich gegen diese persönliche Degradierung zu wehren versuchte, kann damit exemplarisch für eine Generation von (älteren) Professoren und Lehrern gesehen werden, die als ‚Relikte' des vormärzlichen Unterrichtssystems die Reform nicht dauerhaft überstanden haben.

3.5. Resümee

Die Innsbrucker Studenten spielten anders als ihre Wiener Kommilitonen nur eine untergeordnete Rolle in der Revolution von 1848, allerdings begrüßten auch sie freudig die neuen Freiheiten. Die ruhige Haltung der Innsbrucker Studenten kann einerseits als Ausdruck der habsburgertreuen Gesinnung Tirols angesehen werden, andererseits ist das kaisertreue Verhalten der Studenten in den Folgejahren regelmäßig als politisches Pfand in den Verhandlungen für die Aufwertung der Innsbrucker Universität instrumentalisiert worden. Eine solche Aufwertung bzw. Vervollständigung der Hochschule war dann auch ein zentrales Projekt, das noch im Revolutionsjahr angestoßen worden ist, das allerdings vor allem auf Grund von fehlenden Infrastrukturen und mangelnden finanziellen Mitteln nicht zustande kam. So blieb die Universität vorerst auf die juridische und philosophische Fakultät beschränkt. Letztere war allerdings – als zentrale Neuerung – zu einer eigenständigen Fakultät ausgebaut worden. Gerade die Probleme bei der Umsetzung der Reform der philosophischen Fakultät bieten allerdings interessante Einblicke in die unterschiedlichen Bildungskonzepte und Vorstellungen davon, welche Rolle diese Fakultät und die Universität im Allgemeinen in Zukunft spielen sollten. Gerade die Debatten um die Reform der philosophischen Fakultät zeigen deutlich, dass auch die Innsbrucker Professoren die damaligen Diskurse rezipierten, die etwa in den liberalen deutschsprachigen Lexika der Zeit hinsichtlich des Ideals einer Universität vorhanden waren. So begrüßte man auch in Innsbruck grundsätzlich die Reform der Fakultät, man war jedoch besorgt darüber, dass mit der Aufwertung der Fakultät deren allgemeinbildender Charakter verloren ginge. Dies war ein neuralgischer Punkt, bei dem sich die Vertreter der bisherigen (österreichischen) Bildungstradition von den Anhängern der ‚deutschen Universitäten' schieden. Während die einen die allgemeinbildende Funktion derselben in den Vordergrund stellten, bedeutete dies für Letztere eine Herabwürdigung der Universität, da durch das Vorhandensein der Vorbereitungskurse Schule und Universität gleichsam vermischt und die Entwicklung von Fachwissen-

schaften gehemmt wurden.[185] Gleichzeitig empfanden die Lehrenden die Aufwertung der Fakultät auch als persönlichen ‚sozialen' Aufstieg oder Abstieg, zumal nun eine stärkere Scheidung zwischen Professoren der philosophischen Fakultät und Lehrern am Gymnasium herrschte, bzw. auch innerhalb der Fakultät zwischen Professoren einerseits und Lehrern von Fertigkeiten und Sprachen andererseits unterschieden wurde.

Die ersten Jahre der Reform zeigen außerdem, wie weit Anspruch und Wirklichkeit an Ort und Stelle oft auseinanderlagen. Die Reform war zwar beim Amtsantritt von Thun gut vorbereitet gewesen, deren Umsetzung zog sich indes seine ganze Amtszeit hin. Bereits in der ersten Phase der Reform offenbarten sich Probleme, die Thun noch beschäftigen sollten, bzw. lange nachwirkten: so z.B. die Vervollständigung der Innsbrucker Universität oder auch die Frage der Professorengehälter. Umgekehrt hatte sich der Widerstand der Professoren gegen die Aufwertung der philosophischen Fakultät relativ rasch gelegt, der Aufschwung derselben sollte indessen noch einige Jahre auf sich warten lassen.

185 Vgl. dazu bei Marquardsen, Universitäten, S. 700–701.

4 ENTWICKLUNGSTENDENZEN DER UNIVERSITÄT IN DER ÄRA THUN

4.1. Modernisierung und Probleme. Sammlungen, Infrastruktur und Diversifizierung der Fächer

Obschon die Reform auf eine qualitative Verbesserung der Universität hinzielte, entwickelte sie erst allmählich den nötigen Schwung für die Erreichung dieses Ziels. Besonders betroffen davon war die philosophische Fakultät, deren strukturelle Reform zwar rasch umgesetzt worden war, die aber einige Jahre benötigte, um den Studienbetrieb den neuen Gegebenheiten anzupassen. Das bedeutete etwa, dass die Zahl der Lehrstühle an der Fakultät nur langsam anwuchs und erst am Ende des Jahrzehnts von Thuns Wirken das Spektrum der vertretenen Disziplinen einigermaßen mit den übrigen Universitäten in Österreich und allgemein im deutschsprachigen Raum vergleichbar war. Dazu kam, dass die Studierendenzahlen während der 1850er-Jahre stagnierten.[1]

Die Klagen über den schlechten Zustand der Universität bzw. spezieller Institutionen derselben wie der Universitätsbibliothek oder einzelner Sammlungen ziehen sich wie ein roter Faden durch die Quellen dieser Jahre. Besonders die Ausstattung der Bibliothek wurde mehrfach thematisiert (siehe dazu ausführlich Kap. 8.3.1), aber auch die Situation der naturgeschichtlichen Sammlung und des botanischen Gartens werden angesprochen. Die Neuanlage des botanischen Gartens wurde 1851, nachdem zuvor schon mehrfach eine Verbesserung angeregt worden war, in Angriff genommen. Angestrebt war eine Vergrößerung durch die Einbeziehung des Gartens des Theresianums (Theresianische Ritterakademie), das im Jahr 1848 aufgelassen worden ist. Gleichzeitig versuchte das Professorenkollegium ein höheres Budget für die Pflege und bessere Ausstattung des Gartens zu erwirken. Wie bei den Anträgen, die sich auf die Verbesserung der Bibliothek bezogen, argumentierte man auch beim botanischen Garten damit, dass ohne die beantragte Verbesserung eine Steigerung der wissenschaftlichen Qualität der Universität nicht zu erreichen sei:

1 Vgl. Peter Goller, Die Matrikel der Universität Innsbruck. Abteilung: Philosophische Fakultät. Erster Band (1850/51–1904/05), Innsbruck 2012, Vorwort. Der wesentliche Grund war zunächst die Verlängerung der Gymnasien, wodurch der Übertritt in die Universität verzögert wurde. Außerdem bot der Besuch der philosophischen Fakultät, abgesehen vom Lehrerberuf, zunächst wenig Berufsaussichten.

> Bei einem solchen Zustand der Ungewißheit und des Zuwartens ist eine frische Entfaltung der vorhandenen wissenschaftlichen Kräfte beim besten Willen nicht möglich, und der Lehrkörper, der vom besten Eifer für die Hebung der Universität beseelt ist, sieht sich in seinem wissenschaftlichen Streben gelähmt. Dieser Zustand drückt schon auf das naturwissenschaftliche Studium.[2]

Diesen begrenzenden Faktoren stellten die Professoren ihre Bereitwilligkeit entgegen, den Aufschwung der Universität vorantreiben zu wollen und so auch den Fortschritt des Landes zu fördern:

> Allerdings ist die Universität klein und unansehnlich, aber zum Vorwurfe kann es ihr nicht gereichen wenn sie zu wachsen wünscht, wenn sie den Willen hat groß und stark zu werden zum Wohle des Staates, zum Vortheile der Wissenschaft und der Jugend.[3]

Jedoch kam es erst im Zuge der Neubesetzung der Lehrkanzel mit Anton Kerner von Marilaun zu einer substantiellen Verbesserung des Gartens, da Kerner ein besonderes Interesse an diesem besaß und ihn für seine umfangreichen pflanzengeografischen Forschungen nützte und dementsprechend anlegte.[4]

Ähnliche Klagen gab es auch mit Blick auf die Ausstattung, den Zustand und die Dotierung der naturgeschichtlichen Sammlung. Zunächst mussten am Beginn des Jahrzehnts Unstimmigkeiten über die Besitzansprüche und die Aufteilung der Sammlung zwischen dem Gymnasium und der Universität geklärt werden, wobei zunächst Professor Adalbert Fuchs vermitteln sollte. Dessen provisorischer Nachfolger Adolf Pichler ordnete anschließend die Sammlung neu. Als Pichler am Ende des Jahrzehnts zum zweiten Mal die Lehrkanzel für Naturgeschichte supplierte, stellte er bei der Übernahme

2 Flir an das MCU, Innsbruck 06.06.1851, Statthalterei Studien 5303 ad 198/1851, Tiroler Landesarchiv.

3 Flir an das MCU, Innsbruck 06.06.1851, Statthalterei Studien 5303 ad 198/1851, Tiroler Landesarchiv.

4 Vgl. dazu bei Georg Gärtner, Anton Kerner und die Botanik an der Universität Innsbruck in den Jahren 1860–1878, in: Maria Petz-Grabenbauer (Hg.), Anton Kerner von Marilaun. (1831–1898), Wien 2004, S. 27–36, S. 31–32; Michael Kiehn, Anton Kerner von Marilaun und seine Beschäftigung mit Botanischen Gärten, in: Maria Petz-Grabenbauer (Hg.), Anton Kerner von Marilaun. (1831–1898), Wien 2004, S. 37–47; Marianne Klemun, Space, State, Territory, Region and Habitat. Alpine Gardens in the Habsburg Countries, in: Designing Botanical Gardens: Science, Culture and Sociability (= Studies in the History of Gardens & Designed Landscapes, An International Quarterly 28) (2008), S. 414–423.

der Sammlung große Fehlbestände fest und attestierte ihr insgesamt einen schlechten Zustand, da etwa durch unsachgemäße Lagerung zahlreiche ausgestopfte Tiere von Insekten zerstört worden waren oder durch fehlende Dokumentation der Verbleib oder der Aufbewahrungsort von Sammlungsstücken nicht eruierbar war.[5]

Nicht nur die Ausstattung der Universität gab mehrfach Anlass zu Klagen. Eine weitere Ursache für die Unzufriedenheit mehrerer Professoren waren die schlechten Verdienstmöglichkeiten an der Universität. Regelmäßig beschwerten sich Professoren über das geringe Gehalt und die hohen Lebenshaltungskosten in Innsbruck. In einem ausführlichen Bericht hatte beispielsweise die philosophische Fakultät 1854 dem MCU die hohen Lebenshaltungskosten in Innsbruck aufgeschlüsselt.[6] Wie bereits geschildert, stand Innsbruck mit 1.000 fl. auf der untersten Stufe des Gehaltsschemas der Monarchie. Außerdem waren die Kollegiengelder auf Grund der niedrigen Zahl an Studenten – besonders in der philosophischen Fakultät – und der Befreiung ärmerer Studenten von den Gebühren meist gering. Die Aufnahme in die Prüfungskommission für die Staatsprüfungen sowie in jene für die Lehramtskandidaten wurde daher allgemein angestrebt, weil sie eine gute Möglichkeit des Zuverdienstes boten. Für das Jahr 1855 ergaben sich so zum Beispiel an der philosophischen Fakultät für Georg Schenach als Vorsitzenden ein Zuverdienst von 120 fl., die übrigen Professoren erhielten als einfache Mitglieder 50 fl. bzw. 60 fl.[7] Bedeutend höher war die Summe an der juridischen Fakultät, dort konnten einfache Kommissionsmitglieder durchaus zwischen 200 fl. und 400 fl. an Prüfungstaxen im Jahr erhalten.[8]

Dennoch baten mehrere Professoren Thun um die Erhöhung des Gehalts. Als Begründung wurde hierzu meist die notwendige Versorgung der Familien angeführt.[9] Außerdem zeigt sich in diesen Ansuchen auch das Standesgefühl der Professoren, die das Gehalt nicht ihrer sozialen Stellung entsprechend empfanden und daher, wie Friedrich Maassen es ausdrückte, die „Lebensweise unter das Niveau reduciere[n müssten, C. A.], welches das

5 Vgl. dazu besonders den Sammelakt zur Supplierung der naturgeschichtlichen Kanzel im Jahr 1859, Statthalterei Studien 12232/1859, Tiroler Landesarchiv; oder Pichlers Bericht in Akten des Rektorats 22, 109/R 1860/61, Universitätsarchiv Innsbruck.

6 Vgl. Philosophische Fakultät an den Senat, Innsbruck 14.06.1854, Akten des Rektorates 17, 425/R ex 1853/54, Universitätsarchiv Innsbruck.

7 Siehe Bericht über Staatsprüfungen, Statthalterei Studien 9032/1855, Tiroler Landesarchiv.

8 Vgl. Akten des Rektorats 19, 1854/55, 14/R, Universitätsarchiv Innsbruck.

9 Vgl. etwa Moy an Thun, Innsbruck 19.07.1854, Nachlass Leo Thun-Hohenstein, A3 XXI D270, Staatliches Gebietsarchiv Leitmeritz, Zweigstelle Tetschen-Bodenbach.

sociale Herkommen für einen homo literatus festgestellt hat".[10] Nicht zuletzt fügten die Professoren ihren Klagen manches Mal auch die Sorge an, dass durch das geringe Gehalt der Eifer gebremst werde, da ihre Leistungen offenbar nicht geschätzt würden, bzw. durch das geringe Gehalt der Ankauf von notwendigen Büchern nicht gewährleistet werden könne und daher letztlich auch der Unterricht bzw. die Forschungen leiden würden.[11]

Letztendlich änderte sich an den Problemen in der Ära Thun jedoch wenig. Auch wenn der Minister im Jahr 1857 Julius Ficker Hoffnung darauf machte, „in nicht gar ferner Zeit eine allgemeine Aufbesserung der wirklich erbärmlichen Gehalte erwirken zu können, welche noch für die Professoren in Inspruck und Gratz als Regel gelten"[12], kam das angestrebte neue Gehaltsschema nicht zustande. Ein Grund hierfür lag auch darin, dass sich die Monarchie während der gesamten 1850er-Jahre in einer permanenten finanziellen Krisensituation befand.[13] Thun konnte daher nur punktuell – etwa durch Gehaltserhöhungen – für Verbesserungen sorgen, was er jedoch grundsätzlich zu vermeiden suchte, weil er fürchtete, dies könne zu Neid innerhalb der Kollegien führen.[14]

Eine gewisse qualitative Aufwertung der Universität Innsbruck erfolgte durch die Bewilligung des neuen pharmazeutischen Studienplans, der ab 1854 auch zu einem Anstieg bei den Studentenzahlen führte. Die Akademisierung der pharmazeutischen Ausbildung wertete besonders die naturwissenschaftlichen Fächer an der philosophischen Fakultät auf. Die im Jahr 1851 neu errichtete Lehrkanzel der Chemie (Prof. Heinrich Hlasiwetz) erhielt damit einen bedeutenden Platz innerhalb der philosophischen Fakultät, bildete die Chemie doch eines der wichtigsten Fächer innerhalb des pharmazeutischen Studienplans.[15] In diesem Sinne ergingen in den folgen-

10 Maassen an Thun, Innsbruck 12.01.1857, Nachlass Leo Thun-Hohenstein, A3 XXI D404, Staatliches Gebietsarchiv Leitmeritz, Zweigstelle Tetschen-Bodenbach.

11 So auch in philosophische Fakultät an den Senat, Innsbruck 14.06.1854, Akten des Rektorates 17, 425/R ex 1853/54, Universitätsarchiv Innsbruck.

12 Thun an Ficker, Lungern Kanton Unterwalden 15.08.1857, Nachlass Ficker, Institut für Österreichische Geschichtsforschung.

13 Vgl. Josef Wysocki, Die österreichische Finanzpolitik, in: Alois Brusatti (Hg.), Die Habsburgermonarchie 1848–1918. Die Wirtschaftliche Entwicklung, Wien 1973, S. 68–104; besonders Harm-Hinrich Brandt, Der österreichische Neoabsolutismus. Staatsfinanzen und Politik 1848–1860 (= Schriftenreihe der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften 15), Göttingen 1978.

14 Vgl. dazu Thun an Ficker, Lungern Kanton Unterwalden 15.08.1857, Nachlass Ficker, Institut für Österreichische Geschichtsforschung.

15 Vgl. Peter Goller, Die Matrikel der Universität Innsbruck. Verzeichnis der Pharmaziestudenten an der Universität Innsbruck (1854–1918), Innsbruck 1996, S. 2–3; Christa Kletter, Pharmazie an der Universität Innsbruck, in: Peter Dilg (Hg.), Pharmazie in Innsbruck.

den Jahren auch regelmäßig Anträge von Heinrich Hlasiwetz an das Ministerium mit unterschiedlichen Forderungen zur Verbesserung der Ausstattung der chemischen Labors. Schon bei Berufung von Hlasiwetz waren der Universität 3000 fl. zur Einrichtung eines chemischen Labors bewilligt worden.[16] Im Jahr 1854 forderte Hlasiwetz dann einen Assistenten. Dieser sollte ihn einerseits bei der Lehre entlasten, damit er die notwendigen eigenen Forschungen betreiben könne[17], andererseits sollte dieser Assistent selbst wissenschaftliche Forschung betreiben, und sich so allmählich für die Übernahme einer Professur qualifizieren.[18] Die Einheit von Lehre und Forschung wird damit besonders deutlich. Dieses Beispiel des Assistenten von Hlasiwetz (Friedrich Buckeisen) macht zudem deutlich, dass Österreich im Bereich der Chemie nach wie vor Nachholbedarf hatte: Im Studienjahr 1857/58 erhielt Buckeisen ein Stipendium, um sich an den Universitäten in Gießen und München fortzubilden. Gießen war durch Justus Liebigs Forschungen zu einem Zentrum der neuen chemischen Forschung und Anziehungspunkt für zahlreiche Forscher geworden. Nach Liebigs Berufung nach München 1852 galt Ähnliches auch für die Ludwig-Maximilians-Universität.[19]

Die Institutionalisierung der Forschung an den Universitäten, die meist als wesentliche Folge der Reformen gesehen wird, lässt sich neben der Einrichtung der verschiedenen Labors insbesondere auf der individuellen Ebene der Professoren festhalten und zeigt sich etwa an deren Publikationsverhalten. Besonders deutlich wird dies an der philosophischen Fakultät: Während der überwiegende Teil der Professoren dieser Fakultät während des Vormärzes nur selten Bücher oder wissenschaftliche Aufsätze veröffentlichte, waren die Nachfolger auf den jeweiligen Kanzeln in der Regel deutlich produktiver. Alois Flirs Nachfolger Karl Schenkl publizierte mehrere Lehrbücher und zahlreiche Aufsätze in Zeitschriften, darunter viele in der österreichischen Gymnasialzeitschrift, und war Mitherausgeber der *Wiener Studien. Zeitschrift für Klassische Philologie und Patristik und lateinische Tradition,* wohingegen Flir nur ein Buch zwischen 1835 und 1848 verfasste. Der Nachfolger von Albert Jäger – der im Übrigen selbst nach 1849 zahlreiche Veröffentlichungen vorlegte – auf dem Lehrstuhl für Geschichte, Julius Ficker, publizierte ebenfalls eine ganze Reihe von Aufsätzen, Quellen-

Historische und aktuelle Aspekte, Marburg 2012, S. 33–59, hier S. 41–48.

16 Vgl. Akten des Rektorats 87 ex 1851/52, Universitätsarchiv Innsbruck.

17 Robert W. Rosner, Chemie in Österreich 1740–1914 (= Beiträge zur Wissenschaftsgeschichte und Wissenschaftsforschung 5), Wien, Köln, Graz 2004, S. 163.

18 Vgl. Akten des Rektorats 440 ex 1853/54, Universitätsarchiv Innsbruck.

19 Vgl. dazu auch bei Rosner, Chemie in Österreich 1740–1914, S. 142–143.

editionen und Monografien. Anton Kerner von Marilaun hatte bereits bei seinem Stellenantritt im Jahr 1860 mit 29 Jahren mehr Veröffentlichungen vorzuweisen als sein Vorgänger auf der Kanzel für Naturgeschichte Joseph Köhler. Onorato Occioni, Professor für italienische Sprache und Literatur, veröffentlichte mehrere umfangreiche wissenschaftliche Werke[20], während sein Vorgänger Josef Nowotny lediglich zwei kleinere Lehrbücher vorgelegt hatte. Für Lehrstühle, die erst unter Thun errichtet bzw. als eigenständige Lehrstühle etabliert wurden (Chemie, deutsche Philologie), lässt sich kein Vergleich zum Vormärz ziehen, dennoch zeigt sich, dass die – meist jungen Vertreter – der neuen Disziplinen intensiv publizierten. Freilich gab es auch Ausnahmen: Heinrich Glax, zweiter Vertreter auf einem geschichtlichen Lehrstuhl, veröffentlichte nichts während seiner Innsbrucker Zeit. Auch Tobias Wildauer veröffentlichte wenige wissenschaftliche, dafür aber einige Werke und Beiträge politischen Inhalts.

Eine zweite dezidierte Aufwertung der Universität in den 1850er-Jahren, die auch neuerlich mit einem Anstieg der Studentenzahlen verbunden war, erfolgte im Jahr 1857 mit der Eröffnung der theologischen Fakultät. Die Universität war damit zwar nicht vollständig, da das medizinisch-chirurgische Studium noch immer nicht in den Rang einer medizinischen Fakultät erhoben worden war, jedoch die Einrichtung einer medizinischen Fakultät als zwingende Voraussetzung für eine vollständige Universität galt. Doch die bis dahin regelmäßig wiederkehrenden Gerüchte über eine mögliche Auflassung der Universität bzw. deren Verlegung nach Salzburg nahmen damit ein Ende.

Am Ende des Jahrzehnts versuchte die Universität sich auch äußerlich zu erneuern, indem sie – angeregt durch den Professor für Chemie, Heinrich Hlasiwetz – beantragte, die Universität an das seit Ende der 1850er-Jahre im Aufbau befindliche Gasbeleuchtungsnetz der Stadt anzuschließen.[21] Wie schon zuvor argumentierte Hlasiwetz auch diesmal damit, dass dies für die wissenschaftliche Forschung notwendig sei: Nur mit dem Anschluss an das Gasnetz könne der Unterricht in der Chemie mit dem neuesten Stand der technologischen Entwicklungen Schritt halten. Dieses Argument wurde auch von dem Gasanbieter bereitwillig aufgegriffen: Da der Vorstand des Innsbrucker Gaswerks, Ludwig Ernst Riedinger[22], wie er schreibt, „auch

20 Piras, Occioni, Onorato.

21 Vgl. Kobler an das MCU, Innsbruck 24.10.1859, Statthalterei Studien 20699/1859, Tiroler Landesarchiv. Zur Geschichte der Gasbeleuchtung in Innsbruck vgl. zusammenfassend bei Josefine Justic, 125 Jahre Gasversorgung, in: Innsbrucker Stadtnachrichten. Offizielles Mitteilungsblatt der Landeshauptstadt, 6 (15.06.1983), S. 16.

22 Ludwig August Riedinger (Schwaigern 1809–1879 Augsburg), Unternehmer.

dem geistigen Fortschritt der Wissenschaften ganz ergeben [sei] und besonders da ein k.k. öffentliches Institut eines chem. Laboratoriums auf dem Stande der Jetztzeit ohne Besitz und Anwendung von Gas nicht gut denkbar als vollkommen [...] existieren“[23] könne, bot er der Universität auch Sonderkonditionen an, um diese möglichst rasch an das Gasbeleuchtungsnetz anschließen zu können. Finanzierungsfragen verzögerten die Einrichtung jedoch. Erst im Jahr 1861 konnten diese gelöst werden und die Universität wurde an das Gasnetz angeschlossen. Der Reform in der Organisation der Hochschule, die ein Jahrzehnt zuvor in Angriff genommen worden war, folgte damit auch eine Modernisierung der Infrastruktur der Universität.

Wie sehr die Gasbeleuchtung sinnbildlich für eine allgemeine Modernisierung stand, und wie sehr die Beleuchtung durch Gas mit einer allgemeinen Erleuchtung, im Sinne von „Aufklärung“, assoziiert worden ist, zeigt sich für den Tiroler Raum am besten am Beispiel des Lichtfestes in Bozen.[24] Dieses wurde am 10. November 1861 anlässlich der Einführung der Gasbeleuchtung gefeiert. Der Tag war nicht zufällig gewählt, war es doch der Geburtstag von Friedrich Schiller. In der Einladung zu dem Fest zog der Bürgermeister der Stadt, der bekannte Liberale Joseph Streiter, eine Parallele vom „Licht auf den Straßen zum Licht der ‚Freiheit des Denkens und Forschens‘“[25]. Auch beim Festumzug wurden symbolisch die Früchte der neuesten Zeit gefeiert: „die Wissenschaft als Bekämpferin des Naturübels; die herrliche Frucht der Forschung und des Fleißes“ verabschiedet die Öllampen und den ergrauten Nachtwächter.

In Innsbruck gab es zwar kein solches Fest, aber im Vorfeld der Einführung der Gasbeleuchtung bzw. als im Jahr 1857 deren Einführung zu scheitern drohte[26], hatte die Wiener Zeitung *Die Presse* unter dem Titel „Kein Licht!“ die Nichteinführung der Gasbeleuchtung in Innsbruck polemisch

23 Sammelakte zur Einführung der Gasbeleuchtung, Innsbruck, Statthalterei Studien 2688/1860, Tiroler Landesarchiv.

24 Vgl. dazu auch die Hinweise zur Verwendung der Licht-Metapher in der Sprache der Aufklärung bzw. die Diskreditierung der Feinde der Aufklärung als Obskuranten bei Winfried Müller, Die Exjesuiten. Eine Funktionselite ohne Aufgabe?, in: Rudolf Schieffer (Hg.), Kirche und Bildung vom Mittelalter bis zur Gegenwart. Generalversammlung der Görres-Gesellschaft in Eichstätt, 23. bis 27. September 2000, München 2001, S. 43–51, hier S. 49–51.

25 Zit. bei Hans Karl Peterlini, Nach dem Abendrot die Nacht. Die Verdunkelung Tirols nach dem Revolutionsjahr 1848: Kulturkampf um Schule, Bildung, Universität und Weltbild, in: Hans Karl Peterlini (Hg.), Universitas est. Essays zur Bildungsgeschichte in Tirol/Südtirol vom Mittelalter bis zur Freien Universität Bozen, Bozen 2008, S. 89–111, S. 95–96. Siehe auch Bothe für Tirol und Vorarlberg, 261 (13.11.1861). Das Bild vom „Licht der Wissenschaft“ findet sich im Übrigen auch in einem Huldigungsgedicht der Innsbrucker Studentenschaft an Thun. Siehe dazu Kapitel 4.2.2.

26 Siehe Innsbrucker Nachrichten, 94 (29.04.1858), S. 750.

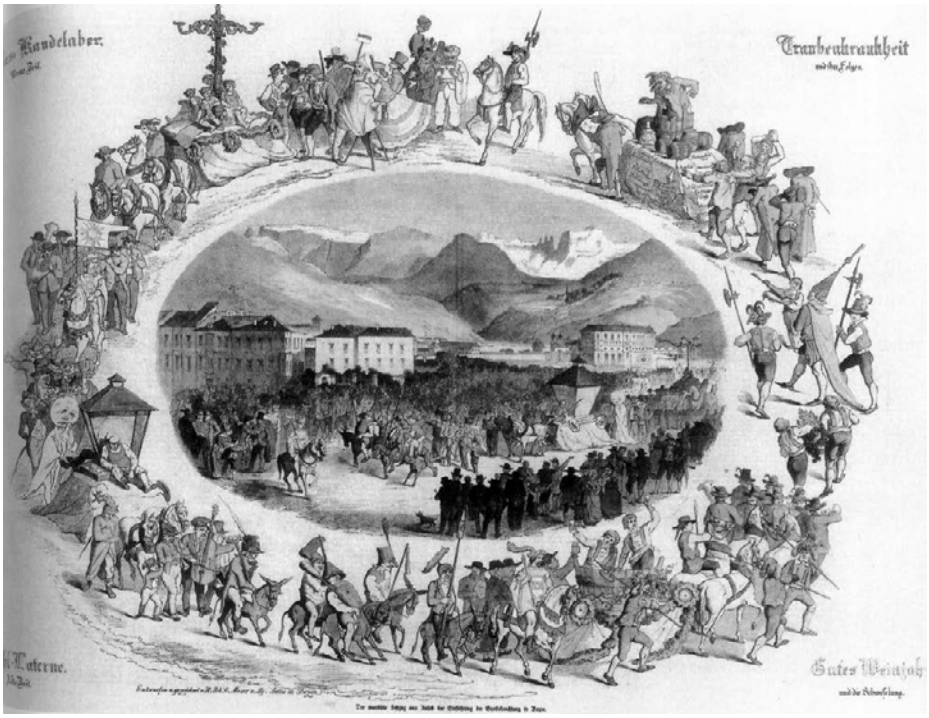


Abbildung 2: Der maskierte Festzug anlässlich der Einführung der Gasbeleuchtung in Bozen 1861. Kolorierter Holzdruck von Carl Moser (1818–1982) und Ignaz Seelos (1827–1902).

mit der rückständigen Geisteshaltung in Tirol in Beziehung gesetzt. Den Widerstand gegen die Einführung lastete sie jenen Herren an, „welche sich vor dem Lichte fürchten."[27] Gemeint waren damit ganz allgemein konservative Kräfte im Land, ganz besonders mussten sich aber katholische Kreise angesprochen fühlen, insbesondere die Jesuiten, denen erst im Jahr zuvor die theologische Fakultät in Innsbruck übergeben worden war und die für Liberale als Inbegriff der Rückständigkeit galten.[28] Die Gasbeleuchtung wurde auch hier zum Symbol für den technischen Fortschritt, der durch die Naturwissenschaften ermöglicht worden war, und eine Abwehr dieses Fortschritts bedeutete für den Schreiber gleichzeitig eine Abwehr der Naturwissenschaften und damit einen Rückfall in dunkle Zeiten. So warnt der Schreiber am Ende des Artikels noch einmal: „Auch erwähnen wir des Vor-

27 Kein Licht, in: Die Presse, 104 (07.05.1858).

28 Vgl. auch Ehrhart an Pichler, Wien 09.12.1857, GSA 74/I, 7, 1, Goethe- und Schiller-Archiv, Weimar. Ehrhart gebraucht dort auch die Lichtsymbolik gegenüber den Jesuiten. Vgl. Kapitel 6.6.1.

falls nur deshalb mit allem Nachdrucke, um zu zeigen, wohin der Plan, die Naturwissenschaften aus den Unterrichts-Anstalten zu verbannen, führen würde!“[29] Er spielte damit offenbar auf eine Aussage des Jesuiten-Generals Petrus Beckx SJ an, der von Leo Thun als Bedingung für die Übernahme von Gymnasien durch den Orden gefordert hatte, die naturgeschichtlichen Fächer erst im Obergymnasium lehren zu müssen.[30] Das Beispiel von Innsbruck wurde damit zum Negativbeispiel dafür, wohin eine (natur-)wissenschaftsfeindliche Atmosphäre führen werde – zurück in dunkle Zeiten.

Dem gegenüber lässt sich trotz dieser allgemeinen Modernisierungstendenzen auch ein Rückgriff auf Traditionen feststellen. In diesem Zusammenhang müssen an erster Stelle die Initiativen von Professor Karl Ernst Moy de Sons genannt werden, der bei verschiedenen Anlässen universitäre Traditionen zu betonen versuchte: Besonders deutlich wird dies etwa, wenn er im Zuge der Eröffnung der theologischen Fakultät auf die historische Mission der Universität als Verteidigerin des katholischen Glaubens in der Phase der Aufklärung verwies.[31] Außerdem versuchte Moy die traditionellen akademischen Gottesdienste wieder stärker im Alltag des universitären Lebens zu verankern und forderte dazu auch eigene, spezielle Plätze für Universitätsangehörige in der Kirche der Universität.[32] Persönlich versuchte Moy außerdem in seiner 1856 gegründeten Zeitschrift *Archiv für katholisches Kirchenrecht* auch den Gebrauch des Lateins als Sprache der Wissenschaft wieder zu forcieren und damit auch hier eine gewisse Annäherung an aufgegebene universitäre Traditionen zu vollziehen.[33]

Daneben gab es innerhalb der Universität auch Bestrebungen, besondere universitäre Anlässe feierlicher zu vollziehen. Dies kann als Versuch gedeutet werden, die Universität wieder stärker in ihrer traditionellen Rechtsform als korporative Gemeinschaft zu etablieren und damit auch die Rationalisierungsmaßnahmen Kaiser Josephs II. vergessen zu machen. Wie in anderen

29 Kein Licht, in: Die Presse, 104 (07.05.1858). Sperrdruck im Original.

30 Der Artikel war unter anderem ein Teil des Prozesses, den Redakteure der *Presse* gegen den Herausgeber der *Wiener Kirchenzeitung*, Sebastian Brunner, angestrengt hatten. Die Redakteure warfen Brunner dabei Ehrenbeleidigung vor. Brunner hatte sich zuvor in der Wiener Kirchenzeitung über die Berichterstattung der Presse und deren kirchenfeindliche Haltung empört. Siehe dazu das Urteil in dem Prozess, in dem auch kurz auf den Zusammenhang zwischen dem Artikel „Kein Licht“ und den Forderungen der Jesuiten eingegangen wird, als Beilage zu Die Presse, 180 (22.07.1859).

31 Vgl. dazu Kapitel 6.5.

32 Moy an das Landespräsidium, Innsbruck 05.12.1857, Statthalterei Studien 22548 ad 12987/1857, Tiroler Landesarchiv.

33 Moy an Fessler, Innsbruck 08.11.1856, Nachlass Fessler 5, Diözesanarchiv St. Pölten.

Bereichen noch zu zeigen sein wird, erfolgte damit auch hier ein Anknüpfen an vor-josephinische Traditionen. So regte die juridische Fakultät im Jahr 1860 an, Promotionen mit mehr Feierlichkeit zu begehen. Daher erkundigte man sich bei anderen Universitäten nach deren Zeremoniell bei solchen Anlässen und einigte sich schließlich darauf, dem Vorbild der Wiener Universität bei den Promotionen vor dem Jahr 1848 zu folgen. Gleichzeitig regte die Fakultät an, die Tradition der feierlichen Rektoratsreden zu deren Inauguration einzuführen und sich damit ebenfalls am Wiener Beispiel zu orientieren.[34] In der Folge bürgerte sich ein, dass anlässlich der jährlichen Bekanntgabe der Preisfragen für die Studenten der Rektor eine Rede hielt. Für Furore sorgte in diesem Zusammenhang eine Rede von Rektor Johann Baptist Wenig SJ „Über die Freiheit der Wissenschaft", die dieser 1866 gehalten hatte. Wenig hatte darin die Ansicht ausgebreitet, wahre Wissenschaft könne nur unter dem Primat des Papstes und der Kirche betrieben werden. Dies hatte zu einigen Kontroversen in und außerhalb der Universität geführt, stellte einen weiteren Schritt der Eskalation in der Auseinandersetzung der weltlichen Fakultäten der Universität mit der theologischen Fakultät dar und weist bereits auf den Antimodernismus des späten 19. Jahrhunderts hin. Letztlich erscheint jedoch gerade das beschriebene Spannungsverhältnis zwischen Modernisierungstendenzen einerseits und konservativem Beharren oder der Rückgriff auf Traditionen bzw. deren Begründung andererseits als charakteristisch für die Ära Thuns bzw. für die Jahre danach.[35]

Die Talare der Professoren, welche unter Joseph II. abgeschafft worden waren, wurden im Übrigen erst nach dem Ersten Weltkrieg wieder eingeführt.[36]

Der Ausbau der Universität durch die Eröffnung der theologischen Fakultät und durch die Einrichtung neuer Laboratorien hatte auch zur Folge, dass der Raum in der Universität allmählich knapp wurde. In der Universität waren damals nämlich auch Klassen des Gymnasiums untergebracht, weitere Räume nutzte die Landesbaudirektion. Besonders nach Eröffnung der theologischen Fakultät und dem dadurch erforderlichen zusätzlichen Platzbedarf wurde die Raumnot akut.[37] Ein Neubau der Universität erfolgte jedoch erst am Beginn des 20. Jahrhunderts, sodass der Mangel an geeigneten Räum-

34 Vgl. dazu Sitzungsprotokolle der juridischen Fakultät, Nr. 311, 20.01.1860 und Nr. 440, 19.06.1860, Juridische Sitzungsprotokolle 1848–1871, Universitätsarchiv Innsbruck.

35 Vgl. dazu Oberkofler, Die Petition der drei weltlichen Fakultäten um Aufhebung der Jesuitenfakultät von Jahr 1873, S. 82–83.

36 Vgl. dazu Oberkofler et al., Geschichte der Universität Innsbruck (1669–1945), S. 64–65.

37 Vgl. Protokoll der Senatssitzung von 5.12.1857; Akten des Rektorats 21, 143/R ad 1857/58, Universitätsarchiv Innsbruck.

lichkeiten auch noch in den folgenden Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts ein begrenzender Faktor in der Entwicklung der Universität war.[38]

4.2. Die Studenten an der Universität Innsbruck in der Reformära Thuns

4.2.1. Studentenzahlen

Grundlegend muss festgehalten werden, dass die Studenten abseits der Beschreibungen sozialgeschichtlicher Aspekte in der Ära Thun wenig greifbar sind.[39] Daher ist es schwierig, tragfähige Urteile zu den politischen Ansichten der Studenten zu fällen. Ebenso wenig lässt sich sagen, wie sie Reformen der österreichischen Universitäten bzw. ihrer eigenen Universität wahrgenommen haben.

Am besten und einfachsten lassen sich die Studentenzahlen an der Universität in der Thun'schen Ära ermitteln. Durch die Herausgabe der Matrikeln der Universität ist hierzu die notwendige Grundlage gelegt worden.[40] Die Studentenzahlen an der Universität Innsbruck bewegten sich in den 1850er-Jahren zwischen 162 und 246 ordentlichen Hörern, der Mittelwert für das Jahrzehnt liegt bei etwa 200 ordentlichen Hörern. Rechnet man die Studenten des medizinisch-chirurgischen Studiums und die außerordentlichen Hörer hinzu, so erhöht sich der Mittelwert für das Jahrzehnt auf etwa 270 Studenten. Einen deutlichen Aufschwung gab es erst in den 1860er- und 1870er-Jahren, als durchschnittlich 500 bis 600 Studenten (ordentliche, außerordentliche und Chirurgen) die Universität frequentierten. Im Wintersemester 1890/91 inskribierten erstmals mehr als tausend Studenten an der Universität.[41]

---

38 Vgl. dazu Hedda Leeb, Geschichte der Universität Innsbruck von 1898 bis 1908, phil. Diss., Innsbruck 1968, S. 160–194; Österreichische Hochschülerschaft an der Universität Innsbruck, 300 Jahre Universitas Oenipontana, S. 65–69.

39 Zur geografischen und sozialen Herkunft der Studenten siehe besonders in den Matrikeln der Universität Innsbruck. Grundsätzlich, wenngleich stark verallgemeinernd und mit oft dünner Quellengrundlage Hochgerner, Studium und Wissenschaftsentwicklung im Habsburgerreich.

40 Vgl. dazu Peter Goller, Die Matrikel der Universität Innsbruck. Abteilung: Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät, Bd. 1 (1849–1918), Innsbruck 1998; Peter Goller, Die Matrikel der Universität Innsbruck. Die Matrikel der Theologischen Fakultät, Bd. 1 (1857–1900), Innsbruck 1995; Goller, Die Matrikel der Universität Innsbruck. Philosophische Fakultät.

41 Vgl. auch das umfangreiche statistische Material in Akademischer Senat, Die Leopold-Franzens-Universität zu Innsbruck in den Jahren 1848–1898. Für die hier verwende-

Die juridische Fakultät zog in den 1850er-Jahren die meisten Studenten an. An der philosophischen Fakultät gab es hingegen im Jahrzehnt nach den Reformen nur wenige Studenten. Für das Jahr 1849/50 mussten die Professoren dieser Fakultät sogar vermelden, es „wollte sich mit Ausnahme eines zufällig anwesenden Schweizers niemand ausschließlich den Studien der philosophischen Fakultät widmen, weil die wirkliche Existenz derselben in Frage gestellt zu sein schien“[42]. Die Unsicherheit durch die Reform war allerdings nicht der einzige Grund, warum sich nur wenige Studenten für ein Studium an der philosophischen Fakultät entschieden. Durch die Verlängerung der Gymnasien um zwei Jahre blieben die Absolventen der Gymnasien als Erstsemester zunächst aus. Zwar steigerten sich in den folgenden Jahren die Studentenzahlen an dieser Fakultät, doch mehr als 53 (1854/55) Studenten konnten für diese Fakultät in diesem Jahrzehnt nie verzeichnet werden. Der Grund für die hohe Zahl in diesem Jahr, die eine Verdopplung der Studentenzahlen an dieser Fakultät bedeuteten, war die Einrichtung des Pharmaziestudiums im Jahr 1854.[43] Der Mittelwert lag in etwa bei der Hälfte dieses Werts. Häufig sind daher auch die Klagen über die geringe Anzahl an Studenten an dieser Fakultät. Die Gründe für ein weiteres Ausbleiben der Studenten lagen aber auch darin, dass es abgesehen von der Laufbahn als Gymnasiallehrer wenige Berufsbilder gab, die ein Studium an der philosophischen Fakultät notwendig machten. Die Funktion der Universität, den wissenschaftlichen Nachwuchs heranzuziehen, war zunächst zu vernachlässigen. Die einzige realistische Berufsaussicht bot sich im Gymnasiallehramt, da nach der Reform der Gymnasien zwar ein großer Bedarf an qualifizierten Lehrern herrschte, der allerdings gleichzeitig wenig Prestige besaß und daher meist nur ärmere Studenten anzog. Auch war das Lehrergehalt zwar sicher, aber blieb noch bis in die 1870er-Jahre bescheiden.[44]

Die Professoren der Universität gaben als einen weiteren Grund die geringe Anzahl an Gymnasien in Tirol im Vergleich zum Rest der Monarchie an, weshalb die Berufsaussichten an den Gymnasien und neu geschaffenen

ten Zahlen siehe ebendort, S. 166–167; nähere Hinweise zur Deutung der Zahlen auch bei Oberkofler et al., Geschichte der Universität Innsbruck (1669–1945), S. 165–178.

42 Hauptbericht über den Zustand der philosophischen Fakultät (Konzept), Innsbruck 06.12.1850, Akten der Philosophischen Fakultät, PH 16, 41 ex 1850/51, Universitätsarchiv Innsbruck.

43 Vgl. dazu bei Goller, Die Matrikel der Universität Innsbruck. Pharmaziestudenten, S. 2–4; Kletter, Pharmazie an der Universität Innsbruck.

44 Vgl. dazu die Überlegungen von Hermann Bonitz: Bonitz an Thun, Juli 1858, Nachlass Leo Thun-Hohenstein, A3 XXI D463, Staatliches Gebietsarchiv Leitmeritz, Zweigstelle Tetschen-Bodenbach; Bonitz an Thun, Wien 9. September 1860, A3 XXI D610, Staatliches Gebietsarchiv Leitmeritz, Zweigstelle Tetschen-Bodenbach.

Realschulen hier weniger gut als in anderen Kronländern wären.[45] Daher fürchtete man in der Universität auch ein Versanden des Erfolgs der Reformen:

> So verliert denn Tirol seine eigenen Söhne, die mit ihrer Bildung für den geistigen Fortschritt des Landes erfolgreich wirken könnten, und der Besuch der philosophischen Facultät muß bei solchen Aussichten immer ein geringer bleiben.[46]

Die Universitätsprofessoren regten insofern auch an, in Tirol weitere Gymnasien zu gründen. Damit könnten einerseits die Absolventen des Lehramtsstudiums im Land gehalten werden und gleichzeitig höhere Studentenzahlen erzielt werden. Die offiziellen Statistiken stützen dieses Argument der Professoren allerdings nur teilweise, sie zeigen nämlich für das Jahr 1847, dass innerhalb der österreichischen Monarchie das Verhältnis zwischen der Anzahl von Gymnasien zu der Einwohnerzahl in Tirol am besten war (ein Gymnasium auf 107.800 Einwohner!). Im Jahr 1873 zeigt sich zwar ein ähnliches Bild, auch wenn andere Kronländer Tirol in der Zwischenzeit ein- bzw. überholt hatten. Die Zahl der Gymnasialschüler nahm in Tirol zwischen 1851 und 1873 jedoch – anders als im Rest der Monarchie – deutlich ab (um knapp 23 %), was wiederum für die Argumentation der Professoren spricht.[47] Außerdem muss, gerade für den deutschsprachigen Teil Tirols, die starke Präsenz von Ordensgymnasien bedacht werden, deren Lehrer zwar mit der Reform auch angehalten waren, sich der staatlichen Lehramtsprüfung zu unterwerfen, was jedoch nur langsam umgesetzt wurde.

Erst zu Beginn der 1860er-Jahre kann ein deutlicher Aufschwung bei den Studentenzahlen an der philosophischen Fakultät festgestellt werden. Umgekehrt nahm die Zahl der Jurastudenten in diesem Jahrzehnt stetig ab, bis zu einem Tiefpunkt am Beginn der 1870er-Jahre, um dann wieder zu steigen. Den Ausschlag dafür gaben die schlechten Berufsaussichten für Juristen zu dieser Zeit, da die Zahl der Advokatenstellen staatlich begrenzt war. Die theologische Fakultät steigerte indes ihre Studentenzahlen rasch und übernahm in den 1860er-Jahren sogar die Führung, was die Zahl an Studenten betrifft. Seit Beginn der 1870er-Jahre studierten an dieser Fakul-

45 Vgl. etwa die Klagen von Perkmann an Wildauer, Innsbruck 06.08.1862, Nachlass Wildauer – Korrespondenz I–P, Tiroler Landesmuseum Ferdinandeum.

46 Philosophische Fakultät an MCU, 20.07.1860. Akten der Philosophischen Fakultät 16. 115/PH ad 1859/60.

47 Vgl. zu den Zahlen Ficker, Geschichte, Organisation und Statistik des Österreichischen Unterrichtswesens, S. 137 und S. 150–151.

tät – abgesehen von einem Einbruch in der Mitte der 1870er-Jahre – stets mehr als 200 Studenten.[48]

Einen weiteren Unterschied zwischen der juridischen und der philosophischen, später auch der theologischen Fakultät, bildete die soziale Herkunft der Studenten. Während an der juridischen Fakultät meist Söhne sozial höher gestellter Familien studierten, waren es umgekehrt an der philosophischen und theologischen Fakultät überwiegend Handwerker- und Bauernkinder. Diese waren meist auch von den Studientaxen und Kollegiengeldern befreit und mussten sich – etwa durch Nachhilfestunden – ein Zusatzeinkommen verschaffen. Überdies gab es ein vielfältiges Stipendienwesen.[49] Eine genaue Aufarbeitung des Stipendienwesens steht allerdings bisher noch weitgehend aus.[50]

Die theologische Fakultät besaß schließlich eine Sonderrolle, was die Herkunft der Studenten betraf. Die Jesuiten, die diese Fakultät leiteten, rekrutierten ihre Studenten nämlich nicht nur aus dem Kronland Tirol und Vorarlberg wie die zwei (ab 1869 drei) übrigen Fakultäten, sondern sie zogen Studenten aus ganz Europa und ab den 1880er-Jahren zunehmend auch aus Nordamerika an.[51]

4.2.2. Die Studenten und die Reform der Universität

Obschon die Studenten und deren Bildung in den Diskussionen im Rahmen der Reformen der österreichischen Universitäten stets einen zentralen Stellenwert einnehmen, so treten sie selbst insgesamt jedoch wenig in Erscheinung. Die Studenten erscheinen in den Quellen meist lediglich als Objekte und treten selten als handelnde Subjekte auf. Der Eindruck der Revolution von 1848, in der die Studenten ihr passives Dasein für einen historischen Moment hinter sich gelassen hatten und aktiv den Lauf der Geschichte

48 Für die statistischen Daten siehe Akademischer Senat, Die Leopold-Franzens-Universität zu Innsbruck in den Jahren 1848–1898, S. 168–171. Vgl. zur Studentenfrequenz und zu Zyklen derselben bei Oberkofler et al., Geschichte der Universität Innsbruck (1669–1945), S. 168–172; sowie Goller, Jeder Notariat-Akt (…) Anlaß zu neuer Mißstimmung.

49 Vgl. dazu einige Bemerkungen in Akademischer Senat, Die Leopold-Franzens-Universität zu Innsbruck in den Jahren 1848–1898, S. 124–125.

50 Besonders in den Akten der Statthalterei, Abt. Studien des Tiroler Landesarchivs gäbe es eine Reihe von Archivalien, die eine Untersuchung des Stipendienwesens – nicht nur in der Ära Thun – ermöglichen würde.

51 Siehe dazu Peter Goller, Katholisches Theologiestudium an der Universität Innsbruck vor dem Ersten Weltkrieg (1857–1914) (= Forschungen zur Innsbrucker Universitätsgeschichte 19), Innsbruck, Wien 1997, S. 10–12 und S. 41–44.

mitbestimmten, war für die Obrigkeiten ein Schreckgespenst, dessen Erscheinen es für die Zukunft zu verhindern galt. Die Diskussionen um die Neugestaltung der Universitäten waren daher letztlich immer auch darauf ausgerichtet, ein neuerliches Aufbegehren der Studenten zu verhindern. Dabei gab es allerdings unterschiedliche Ansätze, die sich etwa anhand der Diskussionen im Ministerrat im Jahr 1853/54[52] im Wesentlichen auf zwei verschiedene Standpunkte reduzieren lassen: Auf der einen Seite gab es die Ansicht, dass ein Aufbegehren der Studenten am besten durch bessere Überwachung und Kontrolle der Studenten und Professoren erfolgen sollte, was im Grunde eine Fortsetzung der Politik des Vormärzes bedeutet hätte. Gegner dieser Ansicht sahen gerade in der Überwachung und rigiden Kontrolle der Studenten und im streng reglementierten Studiensystem die Ursache für die Teilnahme der Studenten an der Revolution und forderten daher ein freieres Unterrichtssystem. Von dieser letzten Ansicht zeugen die ersten Reformschritte Sommarugas und Exners und ein zentraler Berater Thuns, Karl Ernst Jarcke, vertrat in einem Brief an den Minister ebenfalls diese Ansicht:

> Welche Rolle im Jahre 1848 die streng nach dem oben geschilderten System erzogene, nur nach den vorgeschriebenen Compendien unterrichtete, allein zum Auswendiglernen abgerichtete, halbjährig examinirte, überwachte, durch eine Legion von Polizeigesetzen eingeschnürte akademische Jugend spielte, als sie in der Aula zur Herrschaft über die älteste Monarchie der Welt gelangt war, dies ist ebenso ein altkundiges Factum, als es andererseits ohne Beispiel in der Geschichte ist. Die Thatsache beweist also, daß die systematische Unterdrückung und Vernichtung alles wissenschaftlichen Lebens und Strebens in der akademischen Jugend den Staat und die Gesellschaft nicht nur nicht geschützt, sondern Oestreich in eben jenen Jünglingen, die des Vaterlandes Söhne waren, Feinde erzogen hatte, gefährlicher als jede auswärtige bewaffnete Macht. Schlimmeres als jene Aulaherrschaft konnte und kann Oestreich in Beziehung auf die studierende Jugend seiner Universitäten nicht begegnen.[53]

Jarcke empfahl Thun daher eine Abkehr von Überwachung und eine freie Entfaltung der geistigen Kräfte von Professoren und Studenten – ein Ratschlag, dem Thun im Wesentlichen folgte.

---

52 Vgl. dazu die abgedruckten Protokolle in Lentze, Die Universitätsreform des Ministers Graf Leo Thun-Hohenstein, S. 306–348, hier S. 312–313.

53 Jarcke an Thun, Wien 07.08.1852, Nachlass Leo Thun-Hohenstein, A3 XXI D171, Staatliches Gebietsarchiv Leitmeritz, Zweigstelle Tetschen-Bodenbach.

In Innsbruck war die Revolution nur zaghaft ausgefallen und die Studenten agierten im Vergleich zu Wien sehr gemäßigt. Allerdings verließen auch sie für einige Monate im Frühjahr und Sommer 1848 ihre passive Rolle und nahmen am Feldzug gegen italienische Freischärler an der Südgrenze Tirols teil.[54] Mit diesem Feldzug der akademischen Legion werden sie stärker als Individuen greifbar und ihre politischen Ansichten zumindest in Ansätzen erkennbar. Auch wenn diese Phase kurz war, so erscheint es doch so, als hätten die Studenten durch den Waffengang ein gesteigertes Selbstwertgefühl erhalten. So traten sie im Zuge der Revolution und nach ihrer Rückkehr an ihren Studienort im Herbst 1848 zunächst durchaus selbstbewusst gegenüber den politischen und universitären Autoritäten auf. Dies verdeutlichen etwa einige Episoden aus den Jahren 1848/49, als die Studenten gegen die aus ihrer Sicht willkürliche Begrenzung bei Bücherentlehnungen durch den Bibliothekar Scherer protestierten[55] oder öffentlich ihre Freude über den Auftritt der Tiroler Abgeordneten in der Frankfurter Paulskirche kundtaten. Während der Revolution hatte sich auch ein *Ausschuss der Studierendenschaft* gebildet, der mehrfach in den Quellen erwähnt wird, über den ansonsten aber nichts bekannt ist.[56] Auch beschwerten sich einige Professoren, dass es manchen Studenten an der bisherigen „Bescheidenheit“[57] fehle. Der Ausbruch aus dem Studentenalltag, aus „Ordnung und Ruhe“ der Hörsäle wurde jedoch rasch beendet. Die Reaktion – als sie wieder die Oberhand gewonnen hatte – verbot die „mißliebigen Erscheinungen des Studentenlebens“[58] sowie politische Äußerungen der Studenten, was auch das Tragen von Abzeichen und Mützen umfasste, und drängte die Studenten wieder in ihre vormalige passive Rolle zurück.[59] Dies änderte sich zum Teil erst mit der Gründung von Studenten-

54 Vgl. dazu Kapitel 3.1. Besonders auch Egger, „Für Gott, Kaiser und Vaterland zu Stehen und zu Fallen…“.

55 Ausschuss der Studierendenschaft an das MCU, Innsbruck 13.12.1848, Senatssitzungsprotokolle 3, ad 97 ex 1848/49, Universitätsarchiv Innsbruck; Senatssitzungsprotokoll, Innsbruck 17.12.1848, Senatssitzungsprotokolle 3, 97 ex 1848/49, Universitätsarchiv Innsbruck.

56 Genannt wird dieser Ausschuss etwa in: Senatssitzungsprotokoll, Innsbruck 13. und 17.12.1848, Senatssitzungsprotokolle 3, 97 ex 1848/49, Universitätsarchiv Innsbruck. Vgl. auch Egger, „Für Gott, Kaiser und Vaterland zu Stehen und zu Fallen…“, S. 47.

57 Bericht über das Studienjahr 1848/49 (Konzept), Innsbruck 11.11.1849, Akten der Philosophischen Fakultät 16, 22/PH ex 1849/50, Universitätsarchiv Innsbruck.

58 Ebenda.

59 Vgl. dazu auch Senatssitzungsprotokoll, Innsbruck 24.07.1849, Senatssitzungsprotokolle 3, 323 ex 1848/49, Universitätsarchiv Innsbruck.

verbindungen[60] und Clubs[61] in den 1860er- und 1870er-Jahren.

Auch im Zuge der Reformdebatte in Innsbruck waren die Studenten meist Verhandlungsobjekte. Die Studenten äußerten sich zwar positiv über die Reformen des Staates und die erkämpften Grundrechte[62], aber wir haben letztlich keine spezifischen Aussagen von Studenten zur Reform der Universitäten.

Die Professoren, die versuchten auf den Reformprozess einzuwirken, verwiesen hingegen mehrfach auf das Benehmen der Studenten und die Frage, wie sich die Reformen auf die Studenten auswirken werde. Dabei ging es um die Frage, inwieweit besonders die jüngeren Studenten mit der Lernfreiheit verantwortungsvoll umgehen würden. Die Studierenden bzw. deren Verhalten waren ein Kernargument bei fast allen Fragen der Reform. In der Regel hoben die Professoren die Treue und die Loyalität der Innsbrucker Studenten hervor und bezeugten damit sowohl die mäßigende Kraft, die sie selbst, als auch das katholische Umfeld des Landes auf die Studenten besäßen, um den Universitätsstandort in Innsbruck zu retten. Andererseits verwiesen sie auf die potentiellen Gefahren, die von den Studenten ausgingen, und untermauerten somit die Forderung nach einer stärkeren Überwachung der Studenten durch eine neue Disziplinarordnung, in der den Professoren selbst die wesentliche Rolle bei der Überwachung der Studenten zukam.[63] So wurden die Studenten und deren loyales Verhalten während der Revolution in den 1850er-Jahren immer wieder als politisches Pfand bei Verhandlungen und Anträgen der Universität an das Ministerium verwendet.

Selten sind in diesem Jahrzehnt indes öffentliche Untersuchungen und Beschwerden über das Verhalten der Studenten, in denen auch politische Ansichten und ihre Einstellung gegenüber den Reformen erkennbar werden.[64] Dennoch haben wir mit der Episode um die öffentliche Insultierung des Journalisten Quirin Endlich[65] im Jahr 1852 ein interessantes Zeugnis von einem solchen Fall.[66] Endlich wurde während eines Aufenthalts in

60 Vgl. hier besonders Bösche, Zwischen Kaiser Franz Joseph I. und Schönerer.

61 Beispielhaft die Tätigkeit des Historikerclubs: Herbert Irsara, Studentisch-wissenschaftliches Leben an der Universität Innsbruck. Das erste Dezennium des akademischen Historikerklubs in Innsbruck (1872–1882). Edition der Klubchronik mit Einleitung. Diplomarbeit, Innsbruck 2003.

62 Gruß an die Studenten Wiens von den Studenten Innsbrucks.

63 Vgl. dazu Kapitel 3.2. und 3.3.

64 Vgl. zu einigen Fällen von studentischen Unmutsäußerungen und Relegationen wegen politischer Aktivitäten bei Oberkofler et al., Geschichte der Universität Innsbruck (1669–1945), S. 156–159.

65 Quirin Endlich († 1888 Wien), Journalist.

66 Ministerialerinnerung, Wien 20./23.03.1852, MCU Präs., 136 ex 1852, Österreichisches Staatsarchiv, Allgemeines Verwaltungsarchiv.

Innsbruck in einem Kaffeehaus und bei einem Theaterbesuch von Studenten angegriffen und öffentlich verhöhnt. Der Grund hierfür war Endlichs journalistische Tätigkeit im Jahr 1848 als Mitarbeiter der Zeitschriften *Die Geißel* und *Schild und Schwert*. Besonders Erstere galt als konterrevolutionäres und streng konservatives Blatt. Endlich trug wegen seiner dezidiert antisemitischen Haltung außerdem den Namen „Judenfresser von Wien“[67]. Wir erfahren aus dem Bericht des Ministeriums zwar nicht die genauen Umstände des Vorfalls, klar wird indes, dass Endlich als Vertreter der Reaktion den Unmut der Studenten auf sich gezogen hatte. Der Senat der Universität wurde daher vom Ministerium angewiesen, die Studenten Franz Wagenthaler[68] und Karl von Gumer[69] zurechtzuweisen, was durch mündliche Ermahnung auch geschah. Auch im Verweis wird dezidiert der Bezug zum Revolutionsjahr hergestellt, als die Studenten getadelt wurden für ihre „Äußerung von Sympathien mit den so verkehrten Tendenzen jener Zeitperiode des Jahres 1848“[70]. Der Minister des Innern, Alexander Bach, fand dies allerdings nicht genug und forderte von Thun eine strengere Überwachung der Studenten. Dabei betonte er, dass es sich bei dem Fall nicht um einen gewöhnlichen Streit, sondern um eine politische Meinungsäußerung seitens der Studenten handelte, in dem er auf die besondere Rolle Endlichs während der Revolution verwies.[71]

Damit zeigt sich einmal mehr die latente Furcht vor einem neuerlichen Aufbegehren der Studenten wie im Jahr 1848. Minister Thun wies, nach der neuerlichen Aufforderung durch Bach, den Senat der Innsbrucker Universität daher noch einmal eingehend darauf hin, in Zukunft rigider gegen jegliche politische Meinungsäußerung vorzugehen. Außerdem betonte er, dass die Universität nicht nur dafür zu sorgen habe, dass die Studenten sich nicht nur in der Öffentlichkeit politischer Stellungnahmen enthalten sollten und sich so „der Polizeibehörde nicht anstössig zu machen“[72], sondern grundsätz-

67 Vgl. dazu bei Wolfgang Gasser (Hg.), Erlebte Revolution 1848/49. Das Wiener Tagebuch des jüdischen Journalisten Benjamin Kewall (= Quelleneditionen des Instituts für Österreichische Geschichtsforschung 3), Wien 2010, S. 520.

68 Franz Wagenthaler (*Schärding 1826), Student der Rechte an der Universität Innsbruck, später Notar in Grein und Schärding. Vgl. Goller, Die Matrikel der Universität Innsbruck. Juridische Fakultät, S. 26.

69 Karl Gumer (*Triest 1833), Student der Rechte, später Statthaltereisekretär und Bezirkshauptmann im Küstenland. Siehe bei Goller, Die Matrikel der Universität Innsbruck. Juridische Fakultät, S. 42.

70 Zit. bei Goller, Die Matrikel der Universität Innsbruck. Juridische Fakultät, S. 26.

71 Bach an Thun, Wien 20.03.1852, MCU Präs., ad 136 ex 1852, Österreichisches Staatsarchiv, Allgemeines Verwaltungsarchiv.

72 MCU an Bissingen, Wien 27.03.1852, Statthalterei, Studien 3080/1852, Tiroler Landesarchiv.

lich darauf zu wirken habe, dass bei den Studenten „die krankhaften Zustände der Gesinnung der Sitten unserer Zeit“[73] nicht um sich griffen. Es sollten also nicht die Symptome, sondern die Ursachen bekämpft werden, was ganz der Haltung Thuns oder der Auffassung Jarckes entsprach, durch die reformierten Universitäten die Studenten zu loyalen Bürgern zu erziehen. Immer wieder erscheint auch das Motiv, dass auch in Tirol, der Festung des Glaubens, der moralische Verfall jederzeit drohe und daher den Anfängen stets gewehrt werden müsse.

Bei einem anderen Ereignis konnte sich Thun selbst von der Stimmung unter den Tiroler Studenten überzeugen. Im Jahr 1854 besuchte er nämlich während seiner Reise aus dem Trentino nach Wien die Innsbrucker Universität.[74] Die Studenten und Schüler veranstalteten bei diesem Ereignis einen Fackelzug und trugen mehrere Gedichte und Lieder vor, die sie eigens für den Anlass gedichtet und einstudiert hatten. In einem der Gedichte, betitelt „Gruß aus Tirol“[75], wird der Minister in pathetischer Form als neuer Prometheus gefeiert, der im Land Tirol das Licht der Wissenschaft entzündet habe und dem damit auf ewig Dank gebühre.

Besonders das Motiv der Freiheit der Wissenschaften wird in diesem Gedicht mehrfach betont. Außerdem wird die Herkunft des Geschlechts der Thun-Hohenstein aus dem Tiroler Raum thematisiert und damit gewissermaßen die Reform auch als Verdienst des Landes gefeiert. Etwas zugänglicher, aber nicht weniger pathetisch ist hingegen der zweite Text, den die Studenten vorgetragen hatten.

Dabei handelt es sich um ein Lied, das die Studenten auf die Melodie von Wenzel Kalliwodas „Das deutsche Lied“[76] geschrieben hatten und das die Innsbrucker Liedertafel vortrug.[77] Der Kerngedanke des Liedes ist indes

73 Ebenda.

74 Vgl. die Meldungen in Bothe für Tirol und Vorarlberg, 152 (06.07.1854), S. 803; Innsbrucker Nachrichten, 133 (06.07.1854), S. 837; Unterkircher, Chronik von Innsbruck.

75 Siehe den Druck des Gedichts: An den Herrn Unterrichtsminister Leo Grafen v. Thun. Gruß aus Tirol, in: Bothe für Tirol und Vorarlberg, 150 (04.07.1854), S. 791. Das Gedicht ist im Anhang abgedruckt.

76 Die Melodie und den ursprünglichen Text des Liedes siehe in der Digitalen Liedersammlung der Badischen Landesbibliothek [http://digital.blb-karlsruhe.de/blbihd/content/pageview/1070039], 23.10.2014. Siehe auch kurz zum Lied und dessen Verbreitung bei Friedhelm Brusniak, Der Deutsche Sängerbund und das „deutsche Lied“, in: Helmut Loos (Hg.), Nationale Musik im 20. Jahrhundert. Kompositorische und soziokulturelle Aspekte der Musikgeschichte zwischen Ost- und Westeuropa, Leipzig 2004, S. 409–421, hier S. 410–411.

77 Siehe Huldigungsgedichte für Leo Thun, Innsbruck 07.1854, Nachlass Leo Thun-Hohenstein, A3 XXI D271, Staatliches Gebietsarchiv Leitmeritz, Zweigstelle Tetschen-Bodenbach. Das Gedicht ist im Anhang abgedruckt.

ähnlich wie bei dem ersten Gedicht: Auch hier wird Leo Thun als derjenige gefeiert, der die Wissenschaft „vom schweren Zwang" befreit und die Wissenschaften an den Universitäten erneuert habe. Das „Dunkel" des Vormärzes wird hier mit „Geist und Licht" der neuen Ära kontrastiert. Das Pathos mag zwar dem Ereignis geschuldet sein, doch davon abgesehen lässt sich eine durchwegs positive Stimmung der Studenten gegenüber Thun und den Reformen feststellen. Thun galt als derjenige, der für das neue, freie System an den Universitäten stand und mit dem die Hoffnung auf einen wissenschaftlichen Aufschwung des Landes und der Monarchie verbunden wurde. Dass der Text dazu noch auf „Das Deutsche Lied" – einer in Burschenkreisen beliebten Melodie – gesungen wurde, passt zudem ins Bild der zunehmenden Nationalisierung der Universität. Konterkariert wird dies allerdings durch die Tatsache, dass derselbe Druck auch ein italienisches Gedicht auf den Minister enthielt, das in ähnlicher Stimmung Thuns Verdienste als Retter der Wissenschaften preist.

Stärker in den Vordergrund treten die Studenten erst wieder am Ende des Jahrzehnts, als sie neuerlich als akademische Legion an die südlichen Grenzen des Landes zogen, und schließlich mit der sukzessiven Gründung von Studentenverbindungen in den folgenden Jahren und Jahrzehnten.[78]

78 Vgl. besonders Bösche, Zwischen Kaiser Franz Joseph I. und Schönerer.

5 DIE PERSONALPOLITIK LEO THUNS AN DER UNIVERSITÄT INNSBRUCK

5.1. Einleitung

5.1.1. Ausgangslage und Rechtliche Grundlagen

Mit dem Ministerialerlass Nr. 8309 vom 11. Dezember 1848 war den Fakultäten das Vorschlagsrecht bei der Besetzung von vakanten Lehrkanzeln zugesprochen worden.[1] Das Unterrichtsministerium schaffte damit das seit der Theresianischen Studienreform gültige Verfahren ab: Damals war das Besetzungsrecht von der Universität auf den Staat übergegangen und die Bewerber für eine Lehrkanzel mussten sich einem öffentlichen Konkursverfahren stellen. Nach Ablegung der Konkursprüfung nahm der jeweilige Studiendirektor eine Reihung der Kandidaten vor, auf dessen Grundlage die Studienhofkommission dann einen Besetzungsvorschlag für den Kaiser vorbereitete. Dabei wurden nicht nur die Ergebnisse der Konkursprüfungen, sondern auch der Leumund der Bewerber beachtet.[2]

Mit der Abschaffung der Studiendirektoren und der gleichzeitigen Einführung von Selbstverwaltungsrechten der Universitäten im Jahr 1848 erhielten die Fakultäten jedoch wieder die Möglichkeit, den Lehrkörper der Universität nach eigenem Gutdünken zu ergänzen. Nach einer öffentlichen Ausschreibung der Stelle konnte die jeweilige Fakultät einen Dreiervorschlag einbringen. Dabei durfte sie auch Kandidaten vorschlagen, die sich nicht explizit selbst beworben hatten. Auf Grundlage dieser Terna unterbreitete der Unterrichtsminister dem Kaiser in einem „allerunterthänigsten Vortrag" einen Besetzungsvorschlag. Der Kaiser folgte in der Regel diesem Vorschlag seines Ministers und sanktionierte mit seiner Unterschrift das Ernennungsdekret.[3]

Wie bereits mehrfach erwähnt, führte Thun in Personalfragen ein strenges Regiment und nahm die Besetzung von vakanten Lehrstühlen vielfach

---

1 Erlass des Ministeriums für Kultus und Unterricht vom 11. Dezember 1848, Z. 8309, in: Leo von Beck et al., Die österreichischen Universitätsgesetze, S. 86–90.

2 Siehe bei Engelbrecht, Geschichte des österreichischen Bildungswesens, Bd. 3, S. 283; Jan Surman, Vom „akademischen Altersheim" zur Spitzenforschungsanstalt? Mobilität der Wiener Professoren 1848–1918, in: Mitchell G. Ash/Josef Ehmer (Hg.), 650 Jahre Universität Wien – Aufbruch ins neue Jahrhundert, Bd. 2 (= Universität – Politik – Gesellschaft), Göttingen 2015, S. 621–648, hier S. 623–624.

3 Erlaß des Ministeriums für Kultus und Unterricht vom 11. Dezember 1848, Z. 8309.

selbst in die Hand oder setzte sich über den Dreiervorschlag der Fakultäten hinweg. Zudem lag die Einrichtung neuer Lehrstühle in seiner Hand, wobei er oft schon bei der Schaffung des Lehrstuhls den für ihn passenden Kandidaten ausgewählt hatte. Dieses ‚diktatorische' Vorgehen Thuns bei Berufungen ist in der Forschung mehrfach und durchaus unterschiedlich beurteilt worden.[4] Thuns Personalpolitik wurde vor allem von Lentze und zuletzt von Höflechner und Uray/Schübl[5] als Mittel zur Durchsetzung der Reform gesehen. Einerseits konnte damit eine grundsätzliche Erneuerung des Lehrkörpers vollzogen, andererseits konnten die gerade zu Beginn der Amtszeit noch stark von vormärzlich geprägten Professoren durchsetzten Professorenkollegien ausgeschaltet werden, die der Reform oftmals ablehnend gegenüberstanden.[6] Besonders Lentze hatte hervorgehoben, dass Thun eine neue Generation von Professoren heranziehen wollte, die sowohl konservativ war als auch wissenschaftlich auf hohem Niveau stand, um in den Universitäten eine neue konservative Elite des Landes zu erziehen. Derselbe war es aber auch, der schon in seinem Werk von 1962 angeregt hatte, Berufungen im Einzelnen zu prüfen, um ein differenzierteres Urteil über die Personalpolitik Thuns fällen zu können.[7]

Thun selbst hatte 1853 in einer vom Ministerium herausgegebenen Broschüre zur Darstellung der Reform das Eingreifen des Ministeriums gerechtfertigt:

> Gleichwohl darf die Einvernehmung des Lehrkörpers nicht als ausnahmslose Regel gelten, indem sich Fälle ereignen können, in denen ein zweckmäßiger Vorschlag nicht zu erwarten ist, oder der Drang der Verhältnisse ihn abzuwarten nicht gestattet, oder wo die Regierung aus guten Gründen

4 Sehr negativ etwa Domandl, Adalbert Stifters Lesebuch und die geistigen Strömungen der Zeit; positiver dagegen Lentze, Die Universitätsreform des Ministers Graf Leo Thun-Hohenstein, S. 114.

5 Schübl et al., Auf der Suche nach geeigneten Kräften: Aktivitäten, Strategien und Kriterien in Berufungsverfahren, besonders S. 421–426.

6 Vgl. Höflechner, Nachholende Eigenentwicklung?, S. 101. Vgl. dazu auch die Sicht Thuns in Die Neugestaltung der österreichischen Universitäten über Allerhöchsten Befehl dargestellt von dem k.k. Ministerium für Kultus und Unterricht, S. 58.

7 Siehe Lentze, Die Universitätsreform des Ministers Graf Leo Thun-Hohenstein, S. 148. Seither ist dies in Einzelfällen dezidiert geschehen, etwa von Gerhard Oberkofler, August Geyers Berufung nach Innsbruck (1860). Zur Grundlage des modernen Strafrechts an der Innsbrucker Rechtsfakultät, in: Tiroler Heimat 35 (1971), S. 127–133 und besonders von Adelheid Zikulnig, Restrukturierung, Regeneration und Reform: Die Prinzipien der Besetzungspolitik der Lehrkanzeln in der Ära des Ministers Leo Graf Thun-Hohenstein. phil. Diss., Graz 2002. Zikulnig hat in ihrer Dissertation die Berufungen von Thun anhand der Majestätsvorträge untersucht.

> sich veranlasst sieht, einen Professor anzustellen, von dem sie im voraus weiß, daß er der bestehenden Mehrheit des Lehrkörpers nicht erwünscht sein werde.[8]

Im Folgenden wird daher die Anregung Lentzes aufgegriffen und die Personalpolitik Thuns am Beispiel der Universität Innsbruck genauer untersucht. Ein Schwerpunkt in der Untersuchung liegt auf dem Berater-Netzwerk, das sich Thun im Laufe seiner Ministerzeit aufgebaut hat. Gleichzeitig muss im Auge behalten werden, dass der Innsbrucker Universität ein Sonderstatus innerhalb des österreichischen Bildungssystems zugeschrieben wurde, und zwar als Universität, „auf welcher kirchlich und politisch conservative Tendenzen vorzugsweise gepflegt werden“[9] sollten. Inwiefern sich dieser Anspruch auf die Berufungspolitik niedergeschlagen hat, wird in diesem Kapitel ebenfalls thematisiert.

Die Korrespondenz Leo Thuns wurde bereits mehrfach als wichtige Quellengruppe für die Erforschung der Politik Thuns erwähnt. Um ein umfassendes Bild zu erhalten, wird diese Korrespondenz durch zahlreiche andere Briefe unterschiedlichster Schreiber ergänzt. Daneben sind es vor allem die Akten der Fakultäten und des Unterrichtsministeriums, die Einblick in die Berufungsverfahren gewähren. Man wird jedoch sehen, dass die bloße Beachtung der amtlichen Quellen – und das war in der Vergangenheit oftmals der Fall –vielfach einen nur eingeschränkten und verkürzten Blick gewährt. Erst die Kenntnis der Vorgänge, die im Hintergrund von Berufungen abgelaufen sind, erlaubt einen tieferen Einblick in die teilweise komplexen Zusammenhänge von Thuns Personalpolitik. Die Lektüre wird auch zeigen, dass die Quellenlage sehr unterschiedlich ist. Einige Berufungsverfahren sind sehr gut dokumentiert, manche weniger gut, wenige fast gar nicht. Will man das nicht allein auf die Überlieferungsgeschichte zurückführen, so lässt sich die Frage stellen, inwieweit die Quantität an überlieferten Briefen und Akten in einzelnen Berufungsangelegenheiten auch die Bedeutung der Berufung widerspiegelt – in wissenschaftlicher Hinsicht oder im Hinblick darauf, ob Thun einer Berufung hohe wissenschaftliche oder symbolische Bedeutung zuerkannt hat. Gleichzeitig kann man davon ausgehen, dass Thun gerade mit Beratern, die in Wien lebten, in vielen Fällen mündliche Verhandlungen pflegte. Diese Vermutung legen etwa Briefe im Nachlass von

8 Die Neugestaltung der österreichischen Universitäten über Allerhöchsten Befehl dargestellt von dem k.k. Ministerium für Kultus und Unterricht, S. 59.

9 Memorandum von Karl Ernst Jarcke, Welholzen bei Traunstein 5.08.1849, Nachlass Leo Thun-Hohenstein, A3 XXI C133, Staatliches Gebietsarchiv Leitmeritz, Zweigstelle Tetschen-Bodenbach.

Josef Fessler oder Joseph Feil nahe. In diesen Fällen stehen uns daher keine schriftlichen Quellen zur Verfügung.

Ausgehend vom Briefnachlass von Leo Thun konnte ein ausgedehntes Briefnetzwerk rekonstruiert werden. Thun mobilisierte zahlreiche Personen, bei denen er sich in Berufungsfragen Rat holen konnte und die ihn auch regelmäßig auf geeignete Kandidaten aufmerksam machten. Die von Thun ins Vertrauen gezogenen Personen wandten sich wiederum vielfach – auf Bitte von Thun oder von sich aus – an Freunde und Bekannte, um weitere Informationen und Ratschläge einzuholen. Dieses „System der Vertrauensmänner“[10], wie Hans Lentze es nannte, kann man heute mit dem Begriff des Netzwerkes fassen, der in den letzten Jahren enorm an Bedeutung gewonnen hat,[11] und auch in den Geschichtswissenschaften[12] und der Wissenschaftsgeschichte[13] vielfach verwendet wird – oftmals unter Anwendung von Methoden der *digital humanities* zur Visualisierung von Netzwerken. In der vorliegenden Arbeit wird der Begriff des Netzwerks zwar gebraucht, ohne jedoch die Methodik der Netzwerkanalyse zu verwenden, da diese in der Regel stark quantifizierend ausgerichtet ist, der Fokus der Analyse hingegen auf die inhaltliche Ebene der Briefe gelegt wurde. Außerdem erschien es nicht notwendig, für die Beschreibung der Interaktionen zwischen den verschiedenen Akteuren auf die spezielle Methodik der sozialen Netzwerkanalyse zurückzugreifen bzw. die unterschiedlichen Bindungen zwischen den einzelnen Akteuren zu klassifizieren, sondern ausreichend, diese zu beschreiben. Zudem hat sich besonders der Quellenkorpus und der Untersuchungszeitraum bei den meisten Berufungen für eine systematische Untersuchung mit den Methoden der Netzwerkanalyse als zu klein erwiesen.[14] Anders wäre dies, würde man Thuns gesamte Berufungspraxis an allen Universitäten und Gymnasien untersuchen, hier wäre – ob der Masse an Quellen – eine Unter-

10 Lentze, Die Universitätsreform des Ministers Graf Leo Thun-Hohenstein, S. 207.

11 Etwa Heiner Fangerau/Thorsten Halling (Hgg.), Netzwerke. Allgemeine Theorie oder Universalmetapher in den Wissenschaften? Ein transdisziplinärer Überblick, Bielefeld 2009.

12 Einen Überblick gibt die Website der Arbeitsgemeinschaft *Historische Netzwerkforschung*, [http://www.historicalnetworkresearch.org/], 23.10.2014; vgl. auch Albert Müller/Wolfgang Neurath (Hgg.), Historische Netzwerkanalysen (= Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaften 23/1), Innsbruck, Wien 2012.

13 Vgl. etwa Regina Dauser (Hg.), Wissen im Netz. Botanik und Pflanzentransfer in europäischen Korrespondenznetzen des 18. Jahrhunderts, Berlin 2008; am prominentesten ist wohl das Projekt *Mapping the Republic of Letters* der University of Stanford, [http://republicofletters.stanford.edu/index.html], 10.10.2014.

14 Vgl. zur Diskussion um die Verwendung von Methode der Netzwerkanalyse bei: Claire Lemercier, Formale Methoden der Netzwerkanalyse in den Geschichtswissenschaften: Warum und Wie?, in: Albert Müller/Wolfgang Neurath (Hgg.), Historische Netzwerkanalysen, Innsbruck, Wien 2012, S. 16–41.

suchung mit den Methoden der Netzwerkanalyse hilfreich, um einen differenzierten Einblick in die Mechanismen der Berufungspraxis zu erhalten.

Einige der hier vorgestellten Berufungen wurden bereits in anderen Arbeiten behandelt, teilweise sogar recht ausführlich. Wie bereits angedeutet, stand jedoch den jeweiligen Bearbeitern und Bearbeiterinnen nicht dasselbe Material, das für diese Arbeit benutzt wurde, zur Verfügung. Somit kann bereits an dieser Stelle vorweggenommen werden, dass in beinahe allen Fällen die neuen Quellen zusätzliche Perspektiven ermöglicht haben, die die Komplexität von Thuns Personalpolitik verdeutlichen. Einige Vermutungen können untermauert werden, manche Behauptungen relativiert oder widerlegt.

5.1.2. Der Personalstand der Universität Innsbruck 1848[15]

Die Innsbrucker Universität war 1848 eine der kleinsten Universitäten der Monarchie und umfasste eine juridische und eine philosophische Fakultät. Das medizinisch-chirurgische Studium war zwar „im Rahmen der Universität“[16] verankert, besaß aber nicht den Charakter einer vollwertigen Fakultät.[17] Die institutionelle Verbindung zeigt sich darin, dass sich Studenten des medizinischen Studiums immatrikulieren mussten und das Professorenkollegium turnusmäßig den Rektor der Universität stellte. An den zwei Fakultäten lehrten beim Ausbruch der Revolution zwölf Professoren: sechs an der juridischen Fakultät, sechs an der philosophischen, hinzu kommen in dieser Fakultät drei Lehrer für Italienisch, Englisch und Französisch.[18] Die Kanzel der Naturgeschichte und Landwirtschaft an der philosophischen Fakultät war vakant und wurde damals von Johann Stotter suppliert. Beim Amtsantritt von Thun im Sommer 1849 hatten sich bereits einige Personalveränderungen ergeben. Die Professur für Naturgeschichte und Landwirtschaftslehre war mit Adalbert Fuchs besetzt worden. Albert Jäger war freigestellt, um die Reorganisation des Meraner Gymnasiums zu leiten. Michael Haidegger, Inhaber des Lehrstuhls für Religionswissenschaft und Erziehungskunde, war im Mai 1849 in die Pfarrei Matrei am Brenner versetzt worden.[19] Die Zahl der Professoren hatte sich damit etwas verringert. Die

15 Siehe dazu auch die Übersicht im Anhang, Kapitel 11.4.

16 Huter, Hundert Jahre Medizinische Fakultät Innsbruck 1869 bis 1969, S. 8.

17 Vgl. insgesamt zur Geschichte des medizinischen Studiums bei Huber, Geschichte der Medizinischen Fakultät Innsbruck und der medizinisch-chirurgischen Studienanstalt.

18 Siehe dazu in Hof- und Staatshandbuch des österreichischen Kaiserthums, Wien 1848.

19 Versetzung von Michael Haidegger, Innsbruck 03.05.1849, Akten der Philosophischen Fakultät, 15 238/Ph, Universitätsarchiv Innsbruck. Zu Haidegger siehe auch bei Rudolf Steinmaurer, Die Lehrkanzel für Experimentalphysik, in: Franz Huter (Hg.), Die Fächer

Professoren Flir und Kerer waren als Abgeordnete ihrer Wahlkreise (Landeck bzw. Oberinntal und Vorarlberg) in die Frankfurter Paulskirche eingezogen: damit zeigt sich auch in Tirol die Universität als wichtiger Rekrutierungsort für die Frankfurter Nationalversammlung.

Sechs Professoren, und damit die Hälfte des Professorenkollegiums, stammten aus Tirol. Die Mehrzahl der Professoren war im Jahrzehnt nach 1800 geboren worden. Der jüngste Professor war Anton Baumgarten mit 31, der Älteste im Kollegium war Cajetan Prockner mit 65 Jahren. Ein Spezifikum der philosophischen Fakultät war, dass dort mit vier Professoren mehr als die Hälfte dem geistlichen Stand angehörte. Da der Professor für Religionswissenschaft Haidegger aber bereits 1849 versetzt worden war (s.o.) und mit Adalbert Fuchs zudem ein weiterer Laie nach Innsbruck berufen worden war, hatte sich das Verhältnis beim Amtsantritt von Thun bereits etwas verschoben. Dennoch besaß Innsbruck damit einen vergleichsweise hohen Anteil an geistlichen Professoren – freilich abgesehen von solchen Universitäten mit einer theologischen Fakultät.

Wie bereits oben beschrieben, lässt sich in der ersten Phase der Reform eine gewisse Aufbruchstimmung innerhalb des Professorenkollegiums feststellen. Die Professoren der aufgewerteten philosophischen Fakultät traten mit neuem Selbstverständnis auf, das Professorenkollegium insgesamt verteidigte die neuen Freiheiten und unterbreitete dem Ministerium immer wieder Reformvorschläge. Kurz nach den ersten Reformen versuchte die juridische Fakultät auch, die Errichtung neuer Lehrkanzeln in Wien zu erreichen. Im Jahr 1848 bat man das Ministerium etwa um Erlaubnis, dass ein gewisser Karl von Sonnklar als Dozent der Kriegswissenschaften in Innsbruck wirken dürfe. Sonnklar hatte diesen Antrag selbst der Universität unterbreitet. Das Kollegium rechtfertigte das Gesuch mit der enormen Wichtigkeit der Kriegswissenschaft in unsicheren Zeiten und für Tirol, als einen neuralgischen Punkt der Monarchie.[20] Im Jahr 1850 schlug die juridische Fakultät die Schaffung einer Kanzel für Bergrecht vor – ebenfalls mit der Begründung, dass dies für Tirol besonders bedeutsam sei. Die Professoren Prockner und Kerer verfassten damals eine ausführliche Stellungnahme an das Ministerium und empfahlen den Salinendirektor aus Hall, Andreas Prosser, als möglichen Kandidaten für die Kanzel.[21] Thun bewilligte damals

Mathematik, Physik und Chemie an der Philosophischen Fakultät zu Innsbruck bis 1945, Innsbruck 1971, S. 55–119, S. 72, FN 1.

20 Vgl. Sonnklar an Rektorat, Salzburg 10.06.1848, Akten des Rektorats 17, 173/R ex 1847/48, Universitätsarchiv Innsbruck. Unter derselben Signatur auch das Gesuch des Rektorats an das MCU vom 16. August des Jahres.

21 Siehe Hauptbericht über den Zustand der rechts- und staatswissenschaftlichen Studien (Konzept), Innsbruck 23.12.1850, Akten der Juridischen Fakultät 16, 111 ex 1850/51, Uni-

diesen Antrag teilweise, indem er den beiden Vorgeschlagenen erlaubte, als Privatdozenten ohne Habilitation in Innsbruck zu lehren. Die Schaffung einer neuen Kanzel lehnte er allerdings ab.[22] Schon nach seinem Amtsantritt hatte Thun die Personalagenden an sich gezogen, die Fakultäten wurden nach und nach aus dem Prozess der Berufung von neuen Professoren ausgeschlossen. Gleich die ersten beiden Berufungen an der Universität Innsbruck, die in Thuns Amtszeit fielen, jene von George Phillips und Johann Schuler, lassen dies erkennen.

5.2. Die ersten Ernennungen. George Phillips und Johann Schuler

Am 16. Oktober 1849 erkundigte sich Leo Thun beim Statthalter von Tirol, Cajetan Bissingen, wie eine Berufung des Professors George Phillips an die Innsbrucker Universität in Tirol aufgenommen werden würde, und ließ durchblicken, dass er gedenke, diese vorzunehmen.[23] Der Minister wünschte allerdings vorher zu erfahren, welchen Eindruck eine solche Berufung „auf die Gestaltung der kirchlichen Partheien und deren Bewegungen auf dem kirchlichen Gebiethe in Tirol haben dürfte."[24] Dabei bezog sich Thun wohl auf den besonderen Ruf von Phillips als Exponent des ultramontanen Katholizismus. Gleichzeitig fragt er beim Statthalter an, ob der Innsbrucker Archivar Johann Schuler tatsächlich ein Lehramt an der Universität anstrebe und ob auch eine Berufung desselben, eventuell auch an Stelle von Phillips in Tirol Anklang fände.

Thun verfolgte mit der möglichen Berufung von Phillips das Ziel, die historische Methode in den Rechtswissenschaften an den österreichischen Universitäten zu etablieren.[25] Thuns angestrebte Reform der juridischen Stu-

---

versitätsarchiv Innsbruck.

22 Vgl. Thun an juridische Fakultät, Wien 16.01.1851, Akten der Juridischen Fakultät 16, 123 ex 1850/51, Universitätsarchiv Innsbruck.

23 112/M.U. Thun an Bissingen, Wien 16.10.1849, Gubernium, Geheime Präsidiale, Serie I, Sign. XXIII39, Fasz. XXV, Tiroler Landesarchiv; das Konzept zu dem Brief im AVA weist starke Korrekturen von Thun auf, was sein persönliches Interesse an der Sache verdeutlicht. Vgl. AVA, MCU Präs. 112/1849.

24 112/M.U. Thun an Bissingen, Wien 16.10.1849, Gubernium, Geheime Präsidiale, Serie I, Sign. XXIII39, Fasz. XXV, Tiroler Landesarchiv.

25 Vgl. Majestätsvortrag, Wien 20.06.1851, MCU Allgemein, Fasz. 590, Sign. 4, Personalakt Phillips, Österreichisches Staatsarchiv, Allgemeines Verwaltungsarchiv. Vgl. insgesamt zur Berufung von Phillips, allerdings ohne all die hier verwendeten Quellen, bei Nikolaus Grass, Die Kirchenrechtslehrer der Innsbrucker Universität von 1672 bis zur Gegenwart, in: Ferdinandeum (Hg.), Festschrift zur Ehren Hofrat Prof. Dr. Otto Stolz, Innsbruck 1951, S. 157–212, hier S. 176–177; Lentze, Graf Thun und die deutsche Rechtsgeschichte, S. 506–

dienpläne war damals zwar noch in weiter Ferne, das Ziel allerdings, die Schaffung eines Rechtsstudiums, das ähnlich dem deutschen Vorbild auf den Fächern der Rechtsgeschichte und des Römischen Rechts basierte, lässt der Plan, Phillips nach Österreich zu berufen, damals bereits erkennen. Der Minister sah in der Reform des Rechtsstudiums auch die Möglichkeit, die „Verirrung der Anschauungsweise rechtlicher und staatlicher Verhältnisse“[26] bei den Studenten einzudämmen und damit eine Revolution wie 1848 für die Zukunft dauerhaft zu verhindern.[27] Die Tatsache, dass das Studium der Rechtsgeschichte in Österreich im Vormärz anders als in Deutschland ein Nischendasein geführt hatte, bewirkte allerdings, dass Thun zur Durchführung seines Plans auf ausländische Professoren angewiesen war.

George Phillips wurde 1804 in Königsberg als Sprössling einer großbürgerlichen Familie geboren. Er hatte in Berlin und Göttingen die Rechte bei Friedrich Savigny[28] und Karl Friedrich Eichhorn[29] studiert und sich unter dem Eindruck seiner beiden Lehrer der Rechtsgeschichte zugewandt. Mit 24 Jahren vollzog er gemeinsam mit seinem Freund Karl Ernst Jarcke die Konversion zum katholischen Glauben und übersiedelte wenige Jahre später nach München, wo er 1834 zum Professor der Rechtsgeschichte ernannt wurde. Dort verkehrte er im Görres-Kreis[30] und beteiligte sich an der Gründung der Zeitschrift *Historisch-Politische Blätter für das katholische Deutschland* mit Kapital und zahlreichen Beiträgen.[31] Sein wissenschaftliches Interesse verlagerte sich in München auf das Kirchenrecht, innerhalb des Faches wiederum verschrieb er sich besonders dem Versuch, die Infallibilität des Papstes wissenschaftlich zu untermauern. Seine steile Karriere in Bayern wurde allerdings jäh gebremst, als er sich 1847 mit anderen Professoren in der Affäre um die Tänzerin Lola Montez auf die Seite des entlas-

507.

26 Die Neugestaltung der österreichischen Universitäten über Allerhöchsten Befehl dargestellt von dem k.k. Ministerium für Kultus und Unterricht.

27 Vgl. zu den Plänen Thuns vor allem bei Lentze, Die romantisch-konservative Richtung der deutschen Rechtsgeschichte, S. 12–17.

28 Friedrich Carl Savigny (Frankfurt a.M. 1779–1861 Berlin), 1810–1842 Prof. für römisches Recht an der Universität Berlin, Begründer der historischen Rechtsschule.

29 Karl Friedrich Eichhorn (Jena 1781–1854 Köln), 1811–1816 Prof. der Rechtswissenschaften an der Universität Berlin, 1817–1829 an der Universität Göttingen.

30 Zum Görres-Kreis siehe etwa Monika Fink-Lang, Joseph Görres. Die Biografie, Paderborn, München, Wien, Zürich 2013, S. 251–253, S. 270–275.

31 Vgl. Dieter Albrecht/Bernhard Weber, Die Mitarbeiter der Historisch-Politischen Blätter für das Katholische Deutschland 1838–1923. Ein Verzeichnis (= Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe B: Forschungen 52), Mainz 1990.

senen Minister Karl Abel[32] gestellt hatte.[33] Daraufhin verlor er seine Professur in München.[34] Im Jahr 1848 zog Phillips als Abgeordneter (Wahlkreis Deggendorf in Niederbayern) in die Paulskirche[35] ein. Dort blieb er fraktionslos. Nach dem Ende der Revolution und dem Thronwechsel in Bayern blieb er weiterhin ohne Lehramt, eine Situation, die ihn zusehends belastete. Schon 1847 hatte sich seine Frau Charlotte daher an den Bischof von Breslau, Melchior Diepenbrock, gewandt und ihn gebeten, ihrem Mann bei der Suche nach einer neuen Stellung behilflich zu sein.[36] Dies blieb allerdings zunächst ohne Erfolg. Die Universitätsreform und der Personalbedarf an den Österreichischen Universitäten bedeutete für Phillips jedoch eine neue Chance. Im Frühsommer 1849, also noch vor dem Amtsantritt von Leo Thun, hatte das Gerücht, er würde nach Innsbruck berufen, die Runde gemacht[37] – einen Ruf, den Phillips nur zu gern annehmen würde, wie er einer Freundin mitteilte.[38] Phillips war damals vom bayerischen König nach Würzburg versetzt worden, die dortige juridische Fakultät legte allerdings gegen die Person Phillips und den Eingriff in das Berufungsrecht der Fakultät Protest ein, sodass er sich wenig willkommen wähnte und den Posten gar nicht erst angetreten hatte.[39] Phillips wollte daher lieber einen Ruf nach Innsbruck annehmen, da er lieber dorthin gehen wollte, „wo man mich mag, als dahin wo man gegen mich protestiert."[40]

Das Gerücht, dass Phillips nach Österreich berufen werde, besaß indes einen wahren Kern, denn schon am 22. April 1849 hatte der Ministerrat in

32 Karl August von Abel (Wetzlar 1788–1859 München), bayerischer Beamter, ab 1840 Minister in diversen Funktionen, 1847 entlassen, Exponent des Ultramontanismus.

33 Vgl. dazu Thomas Weidner (Hg.), Lola Montez oder eine Revolution in München, München 1999; Reinhold Rauh, Montez, Lola. Die königliche Mätresse, München 1992.

34 Zur Biografie von Phillips vor allem bei Hans Lentze, George Phillips, der große Kanonist des 19. Jahrhunderts, in: Viktor Flieder (Hg.), Festschrift Franz Loidl zum 65. Geburtstag, Wien 1970, S. 160–166; mit Literaturhinweisen bei Franz Kalde, Phillips, George, in: Biographisch-Bibliographisches Kirchenlexikon, Herzberg 1994, Spalte 515–518.

35 Siehe dazu bei Götz Freiherr von Pölnitz, George P. Phillips. Ein großdeutscher Konservativer in der Paulskirche, in: Historische Zeitschrift 155 (1937), S. 51–97; Heinrich Best/Wilhelm Weege (Hgg.), Biographisches Handbuch der Abgeordneten der Frankfurter Nationalversammlung 1848/49, Düsseldorf 1998.

36 Vgl. den Brief von Charlotte Phillips bei Alfred Nowack (Hg.), Ungedruckte Briefe von und an Kardinal Melchior von Diepenbrock. Nach dem im erzbischöflichen Diözesanarchiv zu Breslau vorhandenen Material, Breslau 1931, S. 64–66.

37 Vgl. Bothe für Tirol und Vorarlberg, 134 (13.06.1849), S. 599.

38 Phillips an Unbekannt, München 30.06.1849, Ana 429, C, Phillips, Georg, Bayerische Staatsbibliothek.

39 Siehe König, Universitätsreform in Bayern in den Revolutionsjahren 1848/49, S. 147–149.

40 Phillips an Unbekannt, München 30.06.1849, Ana 429, C, Phillips, Georg, Bayerische Staatsbibliothek.

Wien eine mögliche Berufung von Phillips besprochen.[41] Die Sache wurde am 4. Juni erneut beraten, bei diesem Anlass wurden allerdings erste Bedenken von Seiten Schwarzenbergs und Minister Bachs laut. Diese hielten Phillips nämlich für einen „dezidierten Parteimann“[42], der höchstens nach Innsbruck, nicht aber nach Wien berufen werden könne. Man einigte sich schließlich darauf bei Graf Bissingen anzufragen, welchen „Eindruck die Berufung von Phillips nach Innsbruck im Lande verursachen würde“[43]. Bissingen soll sich daraufhin nach Auskunft des Ministers Ferdinand Thinnfeld[44] erfreut über eine mögliche Berufung ausgesprochen haben.[45] Allerdings konnte die Versicherung des Tiroler Gouverneurs Minister Bach nicht überzeugen und dieser empfahl mit der Berufung „einzelner Notabilitäten“[46] zuzuwarten, bis die Reform der Universitäten definitiv sei. Finanzminister Krauß war ebenfalls skeptisch und wollte für die Zukunft sicherstellen, dass vor einer anstehenden Berufung von jedem Professor „ein Programm, eine Art Glaubensbekenntnis“[47] gefordert werde. Da es aber nun zu spät gewesen war, ein solches von Phillips zu verlangen, beschloss der Ministerrat Phillips auf privatem Wege einzuladen, über seine „Prinzipien in betreff des kanonischen Rechts und der Stellung der Kirche zum Staate“[48] Auskunft zu geben.

Hier zeigt sich deutlich, dass bei den liberalen Kräften im Ministerrat die Skepsis gegenüber dem ultramontanen Phillips groß war und eine Berufung allenfalls in das als streng katholisch geltende Tirol, nicht aber nach Wien opportun schien. Der erwähnte Brief an Phillips sowie dessen mögliche Antwort sind nicht erhalten. Tatsächlich kam erst wieder Bewegung in die

41 Siehe Die Protokolle des österreichischen Ministerrates (1848–1867). II. Abteilung (Das Ministerium Schwarzenberg), Bd. 1, S. 237.

42 Ebenda, S. 364.

43 Ebenda, S. 364.

44 Ferdinand Joseph Thinnfeld (Graz 1793–1868 Deutschfeistritz), Industrieller, 1848–1853 Minister für Landeskultur und Bergwesen. Thinnfeld betreute seit Frühjahr 1849 auch die Agenden des Unterrichtsministeriums für Graf Stadion, der wegen Krankheit sein Ministeramt nicht mehr ausüben konnte und im Juli 1849 von seinen Regierungsgeschäften entbunden werden sollte.

45 Siehe Die Protokolle des österreichischen Ministerrates (1848–1867). II. Abteilung (Das Ministerium Schwarzenberg), Bd. 1, S. 438. Leider ist uns das Schreiben nicht überliefert, Bissingen erwähnte es aber späterhin. Vgl. Bissingen an Thun (Konzept), Innsbruck 25.10.1849, Gubernium, Geheime Präsidiale, Serie I, Sign. XXIII39, Fasz. XXV, Tiroler Landesarchiv.

46 Die Protokolle des österreichischen Ministerrates (1848–1867). II. Abteilung (Das Ministerium Schwarzenberg), Bd. 1, S. 438.

47 Ebenda.

48 Ebenda.

Sache, nachdem Thun das Amt des Unterrichtsministers angetreten hatte. Thun nahm sich der Angelegenheit zügig an. Den Ausschlag hierfür dürfte wohl auch Phillips' Freund Jarcke gegeben haben. In einem Brief vom 8. August 1849 an Thuns Bruder Friedrich, in dem Jarcke Leo Thun grundlegende Ratschläge für sein neues Amt ans Herz gelegt hatte, schließt er in einem Postskriptum die Aufforderung an, die Frage einer etwaigen Berufung von Phillips nach Innsbruck bald zu entscheiden. Der Minister würde sich damit „ein großes Verdienst um Oesterreich wie um meinen Freund erwerben."[49] Thun hatte sich daraufhin über seinen Bruder Friedrich bei Phillips erkundigt, ob er bereit sei, einen Lehrstuhl in Innsbruck zu übernehmen.[50]

Nachdem Thun Phillips' grundsätzliche Zustimmung erhalten hatte, wandte er sich in dem eingangs erwähnten Brief an Bissingen in Innsbruck. Der Statthalter wiederum zeigte sich geradezu begeistert von der Vorstellung einer Berufung von Phillips und versicherte Thun:

> Die bedeutend größere Mehrzahl wird dessen Erscheinen freudig begrüßen, die Minderheit wird hierin, da man Philipps[sic!] als eine kirchliche Celebrität kennt, oder doch als solche nennen zu können gewohnt ist, eine der ultramontanen Tendenz gemachte Concession erblicken, und dagegen höchst wahrscheinlich auch im Wege der Presse ihre Stimme erheben.[51]

Bissingen glaubte gleichzeitig aber auch, dass die wissenschaftliche Autorität von Phillips sich letztlich durchsetzen und einen möglichen Widerstand bei den Studenten brechen werde. Vor allem aber könnte Phillips neben seiner wissenschaftlichen Tätigkeit günstig auf die kirchlichen Parteien und die religiösen Belange in Tirol wirken. Gerade auf den letzten Punkt hatte die Anfrage von Thun gezielt, denn Phillips war anerkanntermaßen ultramontaner Parteigänger und er musste daher damit rechnen, dass die josephinischen und liberalen Kreise eine Berufung von Phillips heftig kritisieren würden.

In der Tat war es so. Noch während die Beratungen im Gange waren, warnte der apostolische Vikar in den sächsischen Erblanden, Josef Dittrich[52], Leo Thun in einem Brief vor einer Berufung von Phillips, der „ge-

49 Memorandum von Karl Ernst Jarcke, Welholzen bei Traunstein 5.08.1849, Nachlass Leo Thun-Hohenstein, A3 XXI C133, Staatliches Gebietsarchiv Leitmeritz, Zweigstelle Tetschen-Bodenbach.

50 Vgl. Thun (Friedrich) an Thun, München 05.10.1849, Nachlass Leo Thun-Hohenstein, A3 XXI D7, Staatliches Gebietsarchiv Leitmeritz, Zweigstelle Tetschen-Bodenbach.

51 Bissingen an Thun (Konzept), Innsbruck 25.10.1849, Gubernium, Geheime Präsidiale, Serie I, Sign. XXIII39, Fasz. XXV, Tiroler Landesarchiv.

52 Josef Dittrich (Maršov 1794–1853 Dresden), ab 1844 Domherr in Bautzen, ab 1846 apostolischer Vikar für Sachsen, Administrator für die Oberlausitz und Titularbischof von Cory-

wiß ein talentvoller Mann und ein achtungswerther Gelehrter, aber auch ein gewaltiger Ultramontaner“[53] sei. Die Furcht der Spätjosephiner vor einer katholischen Restauration wird damit klar ausgedrückt. Thun setzte sich über diese Bedenken allerdings hinweg und schlug dem Kaiser die Berufung von Phillips zum ordentlichen Professor des gemeinen Kirchenrechts und der Rechtsgeschichte vor.[54] Thun betonte in seinem Vortrag an den Kaiser die Wichtigkeit der Hebung der wissenschaftlichen Qualität an den österreichischen Hochschulen und bezeichnete Phillips als eine Koryphäe seines Fachs. Nicht zuletzt bezeichnete Thun die Ernennung von Phillips als eine Belohnung für die Treue der Tiroler während der Tage der Revolution. Die allerhöchste Entschließung erfolgte am 18. November 1849.[55] Thun ließ sich die Berufung einiges kosten, denn Phillips wurde ein jährliches Gehalt von 2000 fl. zugesichert, was beinahe dem Doppelten des sonst üblichen für einen ordentlichen Professor in Innsbruck entsprach und dem Minimum gleichkam, das Phillips selbst gefordert hatte. Zudem wurden Phillips, was Thun vielfach praktiziert hat, die Diensttaxe erlassen und ihm bereits bei Amtsantritt zehn Dienstjahre im österreichischen Staatsdienst gutgeschrieben.

Phillips war offenbar hoch erfreut über diese Wendung in seiner Lebenssituation und versicherte bald nach seinem Amtsantritt dem Lehrerkollegium seine kollegiale Freundschaft.[56] Auch die offiziöse Zeitung Tirols, der *Bothe für Tirol und Vorarlberg,* vermeldete am 7. Dezember hoch erfreut die Berufung von Phillips,

> der, wie laut und weit hallend auch die Stimmen seiner Gegner sei, die nicht ermüden, ihn ultramontaner und reaktionärer Tendenzen zu beschuldigen, gleichwohl eine Perle echt katholischer Wissenschaft genannt zu werden verdient, und jenen an Geist und Ideenfülle unstreitig weit überlegen ist.[57]

---

cus.

53 Dittrich an Thun, Budussin 5.11.1849, Nachlass Leo Thun-Hohenstein, A3 XXI D6, Staatliches Gebietsarchiv Leitmeritz, Zweigstelle Tetschen-Bodenbach.

54 Vgl. Majestätsvortrag, Wien 07.11.1849, MCU, Allg. 8366 ex 1849, Österreichisches Staatsarchiv, Allgemeines Verwaltungsarchiv.

55 Bissingen an das Rektorat, Innsbruck 05.12.1849, Akten des Rektorats 17, 118/R ex 1849/50, Universitätsarchiv Innsbruck. Vgl. auch Wiener Zeitung, 289 (05.12.1849), S. 3381. Dem Kaiser sollte Phillips' Gedankenwelt damals zumindest teilweise bekannt gewesen sein, denn der Hauslehrer der Erzherzöge für die geschichtlichen Fächer verwendete Phillips „Deutsche Reichs- und Rechtsgeschichte“ spätestens ab 1845 als Grundlage seines Unterrichts. Siehe Walther Haas, Erziehung und Bildung Kaiser Franz Josephs, Wien 1948, S. 99.

56 Phillips an Senat, Innsbruck 20.12.1849, Akten des Rektorats 17, 118/R ex 1849/50, Universitätsarchiv Innsbruck.

57 Bothe für Tirol und Vorarlberg, 282 (07.12.1849), S. 1306.

Auch hier zeigt sich wieder dasselbe Motiv wie im Brief von Bissingen an Thun: Phillips als Aushängeschild katholischer Wissenschaft wird seine Gegner durch seine geistige Übermacht verstummen lassen. Die Berufung von Phillips war aber noch in anderer Hinsicht ein Grund zu Freude für die Zeitung, denn man glaubte durch die Ernennung einer solchen „Celebrität" auch einen weiteren Beweis für die Sicherung des Fortbestandes der Universität, ja womöglich für die baldige Vervollständigung der Universität erkennen zu können.[58] Die liberale *Innsbrucker Zeitung* hingegen äußerte sich weniger erfreut, wenngleich auch sie durch die Ernennung von Phillips neue Hoffnung für eine Vervollständigung der Universität schöpfte, ein Wunsch, der offenbar allen politischen Richtungen gemein war. Die Redakteure der Zeitung glaubten nämlich, dass durch die Berufung des Münchener Professors die Chancen für eine Vervollständigung der Universität gestiegen waren, weil „das Brixner Konsistorium nun weniger Anstand nehmen werde, die theologische Fakultät hierher zu übertragen, da die hiesige Universität dem Klerus so genehme Lehrer wie Philipps[sic!] erhält."[59]

Die Berufung von Phillips nach Innsbruck war tatsächlich eine kleinere Sensation gewesen, denn Phillips war besonders in katholischen Kreisen bekannt und ein angesehener, zugleich aber streitbarer Vertreter des politischen Katholizismus. Daher überrascht es auch nicht, dass das Thema in liberalen Blättern – wie es Bissingen vorhergesagt hatte – schon kurz nach dem Bekanntwerden der Berufung aufgegriffen worden ist. Besonders aussagekräftig ist dabei ein Beitrag in *Der Humorist*[60] über die Frage der jüdischen Emanzipation, in der Phillips als Sinnbild für die Judenfeindlichkeit Tirols herhalten muss. In dem Beitrag reist Ahasver, der ewige Jude, durch Österreich und Deutschland auf der Suche nach Ländern, wo die jüdische Emanzipation verwirklicht sei. In Tirol angekommen erfährt er, dass Phillips die Emanzipation in Innsbruck etablieren soll – aber nicht etwa in der Stadt, sondern auf der Martinswand (einer steilen Felswand in der Nähe der Stadt), „als den einzigen Ort, an welchem sich die Juden ansässig machen dürfen!"[61] Daraufhin verlies Ahasver Tirol wieder und sang im Fortgehen: „Da oben auf der Höh' / Steht an Philipps[sic!] und an Reh, / Und wann i di seh', / Thut mir's Herzerl so weh!". Von außen wurde also die Berufung von Phillips als äußerst passend für Tirol erachtet, weil sich der ultramontane Phillips und die allgemeine Geisteshaltung in Tirol ideal ergänzten. Dieselbe

58 Vgl. Bothe für Tirol und Vorarlberg, 282 (07.12.1849), S. 1306.

59 Innsbrucker Zeitung, Extra-Beilage zu 282 (07.12.1849), S. 1161.

60 Moritz Gottlieb Saphir, Der Ewige Jude oder „Der emancipirte Ahasver!", in: Der Humorist und Wiener Punch, 310 (28.12.1849), S. 1245–1246.

61 Saphir, Der Ewige Jude oder „Der emancipirte Ahasver!".

Zeitung vermeldete indes schon kurze Zeit später, dass Phillips jedoch so unzufrieden in Innsbruck sei, dass er seine Stelle an der Universität gar nicht erst antreten werde.[62] Ironisch mutmaßte die Zeitung daher wenige Tage später: „Dr. Philipps hält's in Innsbruck nicht aus! Es ist ihm in Tyrol viel zu freisinnig! ‚Sanftere Jahrhunderte verdrängen Phillips Zeiten!' – Professor Philipps geht nach München zurück! Er geht – zurück – nach München."[63] Auch das offenbart Phillips' Prominenz und verdeutlicht die öffentliche Wahrnehmung seiner Person.

5.2.1. Die Berufung von Johann Schuler

Zugleich mit Phillips wurde auch Johann Schuler zum Professor für Rechtsphilosophie ernannt. Wie oben geschildert, hatte Thun bei Bissingen auch Informationen zu Schuler eingeholt. Von wem Thun die Empfehlung für Schuler erhalten hat, lässt sich heute nicht mehr nachvollziehen, jedenfalls zeigte sich Bissingen einigermaßen überrascht, als er von Thun erfahren hatte, dass Schuler ein akademisches Amt anstrebe.

Der Grund für Bissingens Überraschung lag wohl darin, dass Schuler damals nämlich als Vize-Präsident des Tiroler Landtages vor allem politisch aktiv war, außerdem war Schuler Ständischer Archivar.[64] Dennoch konnte Bissingen die Berufung von Schuler empfehlen, da die Kenntnisse von Schuler und dessen guter Vortrag weithin bekannt waren und sein Talent daher auf dem Posten des Archivars bisher weitgehend brach gelegen hatte. Bissingen versuchte jedoch auf Thun einzuwirken, Schuler nicht anstelle von Phillips zu berufen, und zwar aus mehreren Gründen: Zum einen würde sich Schuler nicht für das Kirchenrecht oder die Rechtsgeschichte, sondern für das Straf- und Naturrecht eignen, zum anderen galt er als liberal (nicht nur im Vergleich zu Phillips), weshalb eine alleinige Berufung von Schuler die kirchlichen Kreise in Tirol wohl erzürnen würde, insbesondere wenn der liberale Schuler das Kirchenrecht unterrichten würde. Bissingen empfahl daher die Ernennung der beiden Kandidaten für die Innsbrucker Hochschule, was dann auch geschah.

Schuler wurde zum außerordentlichen Professor für Rechtsphilosophie er-

62 Der Humorist und Wiener Punch, 12 (13.01.1850), S. 48. Dasselbe Gerücht auch in: Deutsche Allgemeine Zeitung, 10 (05.01.1850) Abendausgabe, S. 49.

63 Der Humorist und Wiener Punch, 15.01.1850, Nr. 13, S. 49.

64 Zur Biografie von Schuler siehe vor allem: Gesammelte Schriften von Johannes Schuler. Nebst einem kurzen Lebensabrisse des Verstorbenen, Innsbruck 1861, S. VII–LVIII; Simon Maria Prem, Geschichte der neueren deutschen Literatur in Tirol. Abt. 1, Innsbruck 1922; Pichler, Zu meiner Zeit, S. 136–137.

nannt.[65] Er bot ab 1850 jedoch auch Vorträge aus dem Fach Strafrecht an, da der Professor für Strafrecht Joseph Eduard Waser[66] als Staatsanwalt nach Graz versetzt worden war. Am 28. August 1850 wurde Schuler schließlich zum ordentlichen Professor für Vernunftrecht und Strafrecht befördert. Die Verbindung der beiden Fächer hatte in Innsbruck seit dem 18. Jahrhundert Tradition.[67]

Das Renommee von Schuler reichte nicht an jenes von Phillips heran, zudem hatte Schuler bis dahin nie an einer Universität gelehrt, sondern war als Redakteur des *Bothen für Tirol und Vorarlberg* publizistisch tätig gewesen. Eine Berufung an die Universität hatte er zwar schon während des Vormärzes mehrfach, aber ohne Erfolg angestrebt.[68] Mit seiner großen Bibliothek war sein Haus ein kleines Zentrum für schöngeistige Kreise in Innsbruck während des Vormärzes gewesen. 1848 zog er als Abgeordneter des Wahlkreises Unterinntal in die Frankfurter Nationalversammlung ein und gehörte dort der Casino-Fraktion an.[69] Wie bereits angedeutet, galt Schuler während des Vormärzes als liberal. Allerdings hatte der vormärzliche Liberalismus Schulers zu dieser Zeit bereits einiges an Schärfe verloren und in seiner Zeit im Tiroler Landtag kam er daher auch vielfach den Konservativen entgegen. Dies führte auch zum Bruch mit den deutsch-tiroler Liberalen und deren bekanntester Exponent, Joseph Streiter, konnte in Schuler daher zu diesem Zeitpunkt keinen Verbündeten mehr erblicken.[70] Im Vergleich zu Phillips galt Schuler jedoch weiterhin als liberal und, wie Bissingen durchblicken lässt, kann die Ernennung von Schuler teilweise als Gegengeschäft zur Ernennung des ultramontanen Phillips betrachtet werden.

65 Vgl. dazu und zum Wirken kurz bei Goller, Naturrecht, Rechtsphilosophie oder Rechtstheorie?, S. 357.

66 Joseph Eduard Waser, ab 1838 Prof. für Natürliches Privatrecht, Allg. Staats-, Völker und öst. Criminalrecht an der Universität Innsbruck.

67 Vgl. dazu Oberkofler, August Geyers Berufung nach Innsbruck (1860), S. 127–128.

68 Bei Wurzbach wird das auch darauf zurückgeführt, dass Schuler in Padua promoviert wurde, diese Universität zu jener Zeit jedoch keinen guten Ruf besaß bzw. er politischer Umtriebe verdächtigt wurde. Vgl. Schuler, Johannes, in: Constant von Wurzbach (Hg.), Biographisches Lexikon des Kaiserthums Österreich, Bd. 32, Wien 1876, S. 152–156, hier S. 153.

69 Siehe Gesammelte Schriften von Johannes Schuler, S. XXVIII–XLV; Best et al., Biographisches Handbuch der Abgeordneten der Frankfurter Nationalversammlung 1848/49.

70 Vgl. Josef Streiter, Studien eines Tirolers, Leipzig 1862, S. 209. Vgl. auch Thomas Götz, Bürgertum und Liberalismus in Tirol 1840–1873. Zwischen Staat und ‚Region', Staat und Nation 1840–1873 (= Italien in der Moderne 10), Köln 2001, S. 41 und S. 104–108.

5.2.2. George Phillips in Tirol

Die Ernennung des klerikalen Phillips war eine der ersten Personalentscheidungen von Thun und ließ daher für aufmerksame Beobachter die Tendenz des neuen Unterrichtsministeriums erahnen. Gleichzeitig hatte Thun in Innsbruck die erste Kanzel für Rechtsgeschichte in Österreich eingerichtet.[71]

Phillips traf in Innsbruck auf einen alten Bekannten, Karl Ernst Moy de Sons, der seinen Posten an der Universität München ebenfalls durch das Engagement für Minister Abel in der Affäre Montez verloren hatte und sich nun in Tirol als Zeitungsverleger versuchte. Am 16. April 1850 kam Phillips in Innsbruck an, drei Tage später begann er mit seinen Kollegien.[72]

Zur Wirkung Phillips auf die Studenten ist wenig bekannt, der Andrang zu Phillips Kollegien scheint am Beginn von dessen Tätigkeit allerdings groß gewesen zu sein. Zumindest wird in den *Akademischen Monatsschriften* die Ankunft von Phillips in Innsbruck und dessen Antrittsvorlesung überschwänglich gefeiert und als gesellschaftliches Ereignis dargestellt.[73] Wer der Autor dieses Berichts ist, lässt sich zwar nicht mehr eruieren, es erscheint allerdings plausibel, dass sein Freund Moy der Verfasser der Zeilen ist, zumal dieser persönlich anwesend war und als Publizist zahlreiche Kontakte besaß. Außerdem weist der Text einige Spitzen gegen Phillips Innsbrucker Professorenkollegen auf, sodass es wenig glaubhaft erscheint, dass der Text aus der Feder eines Professors stammt. Der Schreiber sieht jedenfalls in der Berufung von Phillips ähnlich wie im *Bothen für Tirol und Vorarlberg* eine Aufwertung der Universität. Er ist überzeugt, dass Phillips Lehrmethoden den „Geist deutscher Universitäten“[74] auch in Innsbruck etablieren werden und dadurch den laxen Methoden des Vormärzes ein Ende gesetzt werde:

> Manche der übrigen Professoren [...] sollen mit Eifersucht auf den neuen Collegen blicken; andere besuchen seine Vorlesungen und staunen in dem kleinen Mann den grossen Geist an, der als strahlende Sonne an Innsbrucks wissenschaftlichem Horizont erglänzt. In der That ist seine ganze Erscheinung eine höchst ansprechende; sein Vortrag ist frei, klar und deutlich, sein Äusseres gewinnend und achtunggebietend.[75]

71 Siehe bei Grass, Die Kirchenrechtslehrer der Innsbrucker Universität von 1672 bis zur Gegenwart, der dies freilich überschwänglich als bleibende „Zierde“ der Fakultät bezeichnet.

72 Vgl. Moy an Abel, Innsbruck 20.04.1850 beendet 24.04.1850, Abeliana 2, Bayerische Staatsbibliothek; zur Vorlesungstätigkeit von Phillips siehe bei Grass, Die Kirchenrechtslehrer der Innsbrucker Universität von 1672 bis zur Gegenwart, S. 176–177.

73 Siehe Akademische Monatsschrift. Centralorgan für die Gesamtinteressen deutscher Universitäten, (Juli 1850), S. 300–301.

74 Ebenda.

75 Ebenda, S. 300.

Zwar kommt der Autor auch nicht ganz ohne Kritik an Phillips aus, wenn er erklärt, dieser denke sich die Tiroler Studenten allzu naiv und habe daher in seiner Antrittsvorlesung allzu plakativ argumentiert. Dennoch kann diese Kritik nicht über die Freude hinwegtäuschen, die über die Berufung des Münchener Professors herrschte. Der Schreiber glaubt zudem, dass durch die Berufung von Phillips der erste Schritt getan wurde, dass „Innsbruck die katholische Universität *kat' exochv* werde“[76]. Ein weiterer Schritt in diese Richtung, so der Autor, wäre die im Raum stehende Berufung von Johann Nepomuk Sepp.[77]

Zuletzt kolportiert auch dieser Artikel das Gerücht, die Innsbrucker Hochschule werde durch die Übersiedelung des Brixner Seminars um eine theologische Fakultät ergänzt. Obschon es dazu vorerst nicht kommen sollte, wurde die Berufung von Phillips allgemein als Aufwertung der Universität begriffen. Die Freude über seine Berufung hielt in Innsbruck indes nicht lange an, denn schon für das folgende Wintersemester hatte er sich bei Thun einen Urlaub für die Arbeit an seinem Monumentalwerk über Kirchenrecht erbeten. Phillips kehrte daher nach München zurück, wo er diejenigen Bücher vorfand, die in der Innsbrucker Universitätsbibliothek für seine Forschungen fehlten. Aus diesem Grund erhielt die Bibliothek allerdings für den Zeitraum von Phillips Urlaub dessen Gehalt, um davon notwendige Bücher für das Fach der Rechtsgeschichte und des Kirchenrechts anzukaufen.[78]

Aus diesem Urlaub kehrte Phillips lediglich für die Dauer eines Semesters nach Innsbruck zurück, denn Thun hatte Phillips eine Berufung an die Wiener Universität angeboten. Phillips nahm dieses Angebot dankend an, da eine Berufung „an die erste Universität des Reiches und die damit verbundene Möglichkeit durch die dort vorhandenen literarischen Hülfsmittel mehr als hier für die Wissenschaft leisten zu können“[79], außerordentlich anziehend auf den Innsbrucker Professor wirkten. Zudem lockte Phillips auch das höhere Prestige der Wiener Universität. Thun wiederum wollte mit der Berufung nach Wien das Fach der Rechtsgeschichte auch in Wien etablieren[80]

76 Ebenda.

77 Zu Sepp siehe bei Monika Fink-Lang, „Dem Geiste nach verpflichtet“. Die Görres-Schüler Johann Nepomuk Sepp und Michael Strodl, in: Helmut Flachenecker/Dietmar Grypa (Hgg.), Schule, Universität und Bildung. Festschrift für Harald Dickerhof zum 65. Geburtstag, Regensburg 2007, S. 243–293, hier S. 250–257. Sepp war im Übrigen ebenfalls durch die Affäre Montez stellungslos geworden und ein Freund von Phillips und Moy de Sons.

78 Vgl. Scherer an die Statthalterei, Innsbruck 30.09.1851, Statthalterei Studien 8740 ad 2500/1851, Tiroler Landesarchiv.

79 Phillips an Unbekannt [Ministerialrat], Innsbruck 07.03.1851, Autographensammlung, Autogr. Phillips, Georg, Bayerische Staatsbibliothek.

80 Siehe auch Majestätsvortrag, Wien 20.02.1852, MCU Präs., 36 ex 1852, Österreichisches

und vielleicht auch der Gefahr vorbeugen, dass Phillips Österreich wieder verlassen und nach München zurückkehren könnte. Dass es dazu kommen werde, wurde nämlich in der *Akademischen Monatsschrift* schon im Frühjahr 1850 als sicher vermeldet.[81] Thun wollte Phillips aber auf keinen Fall verlieren, und der weitere Umgang des Ministers mit dem Professor lässt auch erahnen, dass Thun vollkommen von Phillips überzeugt war. Thun schätzte Phillips' Rat in verschiedenen Angelegenheiten und dieser besaß zeitweilig großen Einfluss beim Minister[82], auch erfüllte Thun in den folgenden Jahren Phillips mehrfach außergewöhnliche Wünsche. So gewährte er ihm etwa zweimal die Erhöhung des Gehalts, sodass Phillips an der Wiener Universität bald zur Gruppe der bestbezahlten Professoren gehörte, außerdem verlieh der Kaiser auf Thuns Vorschlag hin Phillips den Titel eines Hofrates. Überdies konnte der Professor für das Wintersemester 1852/53 und später für jedes Wintersemester ein Freisemester für die Arbeit an seinem Werk herausschlagen.[83]

Obschon Thuns Unterstützung für Phillips während seiner Amtszeit nicht nachließ, kam es dennoch nach 1855 zu einer Abkühlung des Verhältnisses: Phillips' Einfluss bei den Studenten blieb gering, wie er selbst eingestehen musste[84]. Das wiederum weckte in Thun Zweifel an Phillips' Lehrtalent. Auch kränkte es Phillips, dass er an der Universität Wien isoliert war[85] und Thun nur noch vereinzelt auf seine Ratschläge zurückgegriffen hatte – anders als zu Beginn des Jahrzehnts.[86] Phillips erbat sich daher 1858 einen zweijährigen Forschungsurlaub, den ihm Thun gewährte. 1860

Staatsarchiv, Allgemeines Verwaltungsarchiv und Majestätsvortrag, Wien 09.12.1852, MCU Präs. 702 ex 1852, Österreichisches Staatsarchiv, Allgemeines Verwaltungsarchiv.

81 Akademische Monatsschrift. Centralorgan für die Gesamtinteressen deutscher Universitäten (Februar 1850), S. 77.

82 Vgl. dazu das auch das Urteil von Albert Jäger: Jäger an Ficker, Wien 20.04.1856, Nachlass Ficker, Institut für Österreichische Geschichtsforschung; bzw. jenes von Alois Flir: Flir, Briefe aus Innsbruck, Frankfurt und Wien. Der Einfluß von Phillips auf Thun zeigt sich auch bei der Ernennung von Ficker nach Innsbruck, siehe in Kapitel 5.8.

83 Siehe Majestätsvortrag, Wien 20.02.1852, MCU Präs., 36 ex 1852, Österreichisches Staatsarchiv, Allgemeines Verwaltungsarchiv.

84 Vgl. Phillips an Ministerialrat, Wien 10.01.1852, Nachlass Leo Thun-Hohenstein, A3 XXI D152, Staatliches Gebietsarchiv Leitmeritz, Zweigstelle Tetschen-Bodenbach.

85 Vgl. dazu auch die Aussage bei Nikolaus Hilling, Zwei Notizen über die Kirchenrechtslehrer von Moy und Phillips aus den Jahren 1856 und 1858, in: Archiv für katholisches Kirchenrecht (1934), S. 500–501, S. 501.

86 Siehe dazu Phillips an Thun, Wien 24.11.1858, Nachlass Leo Thun-Hohenstein, A3 XXI D475, Staatliches Gebietsarchiv Leitmeritz, Zweigstelle Tetschen-Bodenbach. Vgl. auch das Urteil von Lentze, Die Universitätsreform des Ministers Graf Leo Thun-Hohenstein, S. 262.

folgte ein zweiter, diesmal fünfjähriger Urlaub.[87] Nach der Rückkehr aus diesem Urlaub unterrichtete Phillips wieder an der Universität Wien bis zu seinem Tod 1872. In den 1860er-Jahren hatte sich Phillips wieder verstärkt publizistisch betätigt und engagierte sich besonders für die Gründung einer katholischen Universität im deutschen Sprachraum.[88] Er starb 1872 auf seinem Landsitz in Aigen bei Salzburg.[89] Phillips' Aufenthalt an der Universität in Innsbruck war damit nur ein kurzes Gastspiel gewesen, seine Nachfolge trat allerdings ein alter Bekannter von ihm an, Karl Ernst Moy de Sons.

5.3. Die Berufung von Karl Ernst Moy de Sons[90]

5.3.1. Einleitung

Thun hatte bereits im Winter 1851 an Phillips die Bitte richten lassen, eine Versetzung nach Wien anzunehmen.[91] Zur selben Zeit hatte Thun den Tiroler Statthalter Bissingen aufgefordert, in einem persönlichen Gespräch mit Karl Ernst Moy de Sons in Erfahrung zu bringen, ob jener bereit sei, eine Professur in Innsbruck zu übernehmen. Thun erwähnte bei dieser Gelegenheit, dass er gedenke, Phillips nach Wien zu versetzen, und Moy als Ersatz für Phillips in Betracht ziehen würde. Thun erbat sich zudem eine persönliche Einschätzung Bissingens von Moys Eignung zur Professur an der Innsbrucker Universität. Dies bezog sich insbesondere auf Moys Tätigkeit als Redakteur der *Tiroler Zeitung*, zumal dieses Blatt, wie Thun wusste, „trotz mancher ausgezeichneter Eigenschaften offenbar von dem Vorwurfe, daß es nicht selten nicht zu billigende Parthei-Mittel anwende, keineswegs freigesprochen werden kann"[92].

87 Phillips an Thun, Wien 02.12.1859, MCU Präs. 170/1860, Österreichisches Staatsarchiv, Allgemeines Verwaltungsarchiv.

88 Vgl. dazu Hans-Jürgen Brandt, Eine katholische Universität in Deutschland? Das Ringen der Katholiken in Deutschland um eine Universitätsbildung im 19. Jahrhundert, Köln, Wien 1981. Zu Phillips besonders S. 200ff. Siehe auch im Kapitel 6.2.

89 Siehe Lentze, George Phillips, der große Kanonist des 19. Jahrhunderts, S. 165–166.

90 In der Literatur ist die Frage der Berufung nur wenig behandelt, am meisten findet sich noch bei Zikulnig, Restrukturierung, Regeneration und Reform: Die Prinzipien der Besetzungspolitik der Lehrkanzeln in der Ära des Ministers Leo Graf Thun-Hohenstein, S. 110 und S. 121.

91 Der entsprechende Brief ist nicht überliefert, lässt sich allerdings über die Antwort von Phillips rekonstruieren, siehe Phillips an Unbekannt [Ministerialrat], Innsbruck 07.03.1851, Autographensammlung, Autogr. Phillips, Georg, Bayerische Staatsbibliothek.

92 123/M.U. Thun an Bissingen, Wien 11.03.1851, Gubernium, Geheime Präsidiale, Serie II, Sign. XXVIIID4, Fasz. III, Tiroler Landesarchiv.

Moy selbst hatte sich bei Thun mehrfach „auf indirektem Wege“ für eine Anstellung in Österreich beworben. Man kann davon ausgehen, dass sein Freund George Phillips und auch Karl Ernst Jarcke hier eine wesentliche Rolle gespielt haben. Moy hatte sich allerdings auch höchsten Ortes, beim Kaiser persönlich in Stellung gebracht. Die sogenannte Giovanelli-Chronik[93] kann hierzu Interessantes berichten. Diese Chronik ist eine der wichtigsten Quellen zu Moys Leben, da der Nachlass von Moy nur wissenschaftliche Aufzeichnungen umfasst.[94] Der Autor der Chronik, Gottfried von Giovanelli[95], hat die Chronik in den Jahren 1920 bis 1924 anhand von Quellen aus dem Familienarchiv und persönlichen Erinnerungen von Familienmitgliedern an Moy verfasst. Die Chronik gilt grundsätzlich als zuverlässige Quelle.[96] In die Chronik sind außerdem zahlreiche Briefe von Moy in längeren Passagen aufgenommen, sodass teilweise ein unmittelbarer Zugang zu Moy und seinem Denken möglich ist.

5.3.2. Karl Ernst Moy de Sons

Karl Ernst Moy wurde am 10. August 1799 in München geboren. Seine Familie war 1789 aus Frankreich geflohen und hatte sich in der bayerischen Landeshauptstadt niedergelassen. Moy studierte Jurisprudenz in Landshut. Dort kam er mit Johann Michael Sailer[97], Johann Nepomuk Ringseis[98],

93 Die Handschriftliche Chronik liegt im Original in der Tiroler Matrikelstiftung und als Kopie auf Mikrofilm im Tiroler Landesarchiv, Mikrofilme Nr. 1231 und 1237.

94 In der Universitätsbibliothek von Innsbruck gibt es einen wissenschaftlichen Nachlass von Moy, der acht Kartons umfasst. Universitätsbibliothek Innsbruck, Abteilung für Sondersammlungen, 149A18 bzw. Nachlass 11. Darin finden sich vor allem Manuskripte und Notizen. Die Suche nach einem privaten Nachlass brachte keinen Erfolg, Nachforschungen bei den Nachfahren von Moy in Salzburg und München konnten keinen Hinweis auf den Verbleib eines evt. vorhandenen Nachlasses liefern. Sollte der Nachlass bei der Familie Giovanelli gelandet sein, muss er, wie das gesamte Archiv der Giovanelli, als verschollen gelten.

95 Zum Autor siehe Gottfried Freiherr von Giovanelli, in: Der Schlern 10 (1929), S. 278–280.

96 Vgl. dazu bei Helmut Gritsch, Die Familie Giovanelli von Hörtenberg und die Tiroler Freiheitskämpfe, in: Klaus Brandstätter/Julia Hörmann (Hgg.), Tirol – Österreich – Italien. Festschrift für Josef Riedmann zum 65. Geburtstag, Innsbruck 2005, S. 287–297, hier S. 288.

97 Johann Michael Sailer (Aresing 1751–1832 Regensburg), ab 1829 Bischof von Regensburg.

98 Johann Nepomuk Ringseis (Schwarzhofen 1785–1880 München), Arzt, Leibarzt von Kronprinz Ludwig, ab 1826 Prof. an der Universität München, Mitglied im Görres-Kreis.

Melchior von Diepenbrock[99] und besonders mit Joseph Görres[100] in Kontakt.[101] 1828 erlangte Moy die Venia Legendi und begann als Privatdozent an der Münchener Universität mit Vorträgen. Gleichzeitig war er als Advokat tätig, ehe er 1833 eine Professur in Würzburg antrat. Im Jahr 1837 wurde er schließlich an die Münchener Universität berufen. Dort lehrte er bis zu seiner Absetzung als Professor im Zuge der Affäre um Lola Montez im Jahre 1847, im Zuge derer er als Appellationsrat nach Neuburg a. D. versetzt wurde.[102]

Moys Verbindung zu Tirol kam nicht erst mit seiner Berufung an die Innsbrucker Universität zustande, vielmehr datiert diese bereits aus den frühen 1840er-Jahren. Indirekt kam Moy wohl schon viel früher mit Tirol in Kontakt, denn Joseph von Giovanelli besuchte 1829 erstmals Joseph Görres in München und seither weilten dieser und andere Tiroler Konservative mehrmals in München und verkehrten dort im Görres-Kreis, dem auch Moy zuzurechnen ist.[103] Umgekehrt brachte Joseph Görres auch mehrfach Münchener Freunde nach Bozen zu Joseph von Giovanelli mit, sodass bald ein geistiger Austausch zwischen Bozen und München entstand.[104] Joseph Görres war es auch, der Karl Ernst Moy 1845 nach Bozen brachte. Geht es nach dem Chronisten Gottfried von Giovanelli diente dieser Besuch einzig und allein einem Grund, nämlich der Brautschau. Moys erste Frau, Carolina Borzaga, war 1842 verstorben und der Witwer war auf der Suche nach einer neuen Gemahlin und einer Mutter für die teilweise noch minderjährigen Kinder. Joseph Görres sollte ihm daher dabei behilflich sein, in die „Burg Giovanelli einzudringen“[105], in der damals mehrere unverheiratete Töchter von Joseph

99 Melchior Diepenbrock (Bocholt 1798–1853 Schloss Johannesberg/Schlesien), 1845–1853 Fürstbischof von Breslau.

100 Johann Joseph Görres (Koblenz 1776–1848 München), Publizist, Historiker und Repräsentant des deutschen politischen Katholizismus, 1814–1816 Herausgeber der Tageszeitung *Rheinischer Merkur*, ab 1821 Mitarbeiter an der Zeitschrift *Der Katholik*, ab 1827 Prof. für allgemeine und Literaturgeschichte an der Universität München.

101 Vgl. dazu bei Leisching, Aus der Zeit des Aufstiegs der österreichischen Kirchenrechtswissenschaft, S. 308–309; Leisching zitiert dabei aus einem Lebenslauf von Moy.

102 Siehe dazu bei Johann Friedrich Schulte, Moy de Sons, Ernst Freiherr von, in: Allgemeine Deutsche Biographie, Bd. 22, Leipzig 1885, S. 420–421.

103 Vgl. dazu bei Otto Weiss, Die Redemptoristen in Bayern (1790–1909). Ein Beitrag zur Geschichte des Ultramontanismus (= Münchener Theologische Studien 22), St. Ottilien 1983, S. 74–89, 209; Fink-Lang, Joseph Görres, S. 251–253.

104 Vgl. dazu auch Nikolaus Grass/Hans Hochenegg, Görres und Tirol, in: Tiroler Heimat 40 (1977), S. 93–109. Zuletzt und im Kontext der stigmatisierten Maria von Mörl Nicole Priesching, Maria von Mörl (1812–1868). Leben und Bedeutung einer „stigmatisierten Jungfrau“ aus Tirol im Kontext ultramontaner Frömmigkeit, Brixen 2004.

105 Giovanellische Familiengeschichte, Microfilm 1237, Tiroler Landesarchiv, S. 7668.

Giovanelli lebten. Bereits kurz nach dem Aufenthalt von Moy in Bozen hielt er in einem Brief um die Hand von Maria von Giovanelli an und drängte auf eine schnelle Heirat. Joseph von Giovanelli stimmte zu und schon im Juni 1845 fand die Hochzeit in Bozen statt.[106] Die Familie Giovanelli schien im Nachhinein von der Eile etwas überrumpelt gewesen zu sein und sogar Joseph von Giovanelli gestand in einem Brief an Görres ein, nicht recht zu wissen, wie Moy überhaupt in seine Familie geraten sei, so müsse es „wohl durch handgreifliche Fügung Gottes"[107] geschehen sein. Gottfried Giovanelli führte dies später allerdings weniger auf den göttlichen Einfluss zurück, als auf die Verehrung, die Giovanelli Joseph Görres entgegenbrachte.[108] Diese Begebenheit erscheint jedoch symptomatisch für Moys Leben. Erstens positioniert sie ihn klar im Umfeld der Ultramontanen um Joseph Görres, besonders aber verdeutlicht sie das Bild von Moy als einen wenig verlegenen und stets auf seinen Vorteil bedachten Mann.

Moy hatte durch die Heirat mit Maria von Giovanelli jedenfalls seine privaten Verhältnisse wieder stabilisiert, allerdings kamen durch seine Quieszierung in der Affäre um Lola Montez neue Schwierigkeiten auf ihn zu. In Bozen reagierte man einigermaßen empört auf „das Verscherzen der Münchner Professur"[109], zumal man nun die ganze Moy'sche Familie erhalten musste, die schon vorher durch die unregelmäßigen Einkünfte aus den Kollegiengeldern von Moy umso regelmäßiger bezuschusst werden musste. Daher entsetzte man sich in Bozen auch, als man erfahren musste, dass Moy sich von der Stelle als Appellationsrat in Neuburg beurlauben ließ und stattdessen im Frühjahr 1848 nach Innsbruck übersiedelte, um dort eine neue Zeitung zu gründen. Damit erschließt sich ein weiteres wichtiges Element in der Biografie von Karl Ernst Moy, nämlich sein publizistisches Interesse.

Mit der *Tiroler Zeitung* wollte er sich und seinen konservativen Mitstreitern ein Sprachrohr in Tirol zu schaffen. Die erste Nummer der Zeitung erschien im April 1850.[110] Zuvor schon hatte er gemeinsam mit Josef Pradella[111] in Bozen das *Tiroler Wochenblatt* herausgebracht.[112] Moy empfand

106 Siehe Giovanellische Familiengeschichte, Microfilm 1237, Tiroler Landesarchiv, S. 7678–7681.

107 Giovanellische Familiengeschichte, Microfilm 1237, Tiroler Landesarchiv, S. 7681.

108 Giovanellische Familiengeschichte, Microfilm 1237, Tiroler Landesarchiv, S. 7678.

109 Giovanellische Familiengeschichte, Microfilm 1237, Tiroler Landesarchiv, S. 8326.

110 Vgl. Höbelt, Die deutsche Presselandschaft, S. 1828.

111 Josef Pradella (Taufers 1781–1864 Bozen), Priester, Hofmeister bei Nepomuk und Alois Giovanelli in Wien, Lehrer für Mathematik am akademischen Gymnasium in Innsbruck, Katechet in Bozen.

112 Vgl. Giovanellische Familiengeschichte, Microfilm 1231, Tiroler Landesarchiv; Schober, Von der Revolution zur Konstitution, S. 258.

offenbar ein starkes Bedürfnis, die ‚katholische Sache' zu verteidigen, und in den Artikeln und auch in seinen späteren Projekten lässt sich deutlich der Wille erkennen, sich als Kämpfer für den katholischen Glauben und gegen den Liberalismus zu positionieren. Die Anfeindungen, die er deswegen ertragen musste, scheinen ihn indes nicht entmutigt, sondern vielmehr darin bestätigt zu haben, seinen Kampf gegen den Liberalismus fortzusetzen. Darin wähnte er sich, wie im Übrigen auch Phillips oder andere Ultramontane, in der christlichen Tradition des märtyrerhaften Eintretens für ihren Glauben.[113] Bei Moy und Phillips scheint dies indes zu einer gewissen Selbstüberschätzung geführt zu haben. Die publizistische Tätigkeit kann bei Moy wohl durchaus auch als laisierte Form der Predigt gesehen werden, durch die er die Reihen innerhalb der Katholiken zu schließen versuchte, und einen Gegenpol zur liberalen Presse etablierte. Ab 1856 engagierte sich Moy auch in der *Marianischen Gesellschaft* in Innsbruck und war als zentrale Persönlichkeit für den Aufbau der *Marianischen Vereinsbuchhandlung* verantwortlich.[114]

In der Familie Giovanelli war das publizistische Engagement jedoch nicht gerade gern gesehen, diverse Male lässt sich aus den in der Chronik zitierten Briefen der Vorbehalt gegenüber diesem unsicheren Geschäft erkennen.[115] Zudem scheint diese ‚Projektemacherei' nicht dem adeligen Selbstverständnis der Giovanelli entsprochen zu haben. Allerdings legen die Quellen aus der Chronik die Vermutung nahe, dass die Tätigkeit als Redakteur und Verleger der *Tiroler Zeitung* dennoch den Weg zu seiner Anstellung an der Universität geebnet hat, denn bei einem Besuch des Kaisers in Innsbruck im Oktober 1850[116] konnte Moy sich einigen Vertrauten des Kaisers nähern. Diesen erzählte er von den Umtrieben der lokalen radikalen Presse, besonders der *Innsbrucker Zeitung*[117], und stellte jener liberalen Zeitung die loyale

113 Vgl. dazu auch Priesching, Maria von Mörl (1812–1868), S. 66–70.

114 Vgl. dazu bei Karl Klaar, Gründung und Fortschritt der Firma Marianische Vereinsbuchhandlung und Buchdruckerei A.G. Innsbruck. Die Jahre 1856–1936. Rückschau, Innsbruck 1936.

115 Vgl. Giovanellische Familiengeschichte, Microfilm 1231, Tiroler Landesarchiv, S. 8323–8326.

116 Der Besuch fand vom 5. – 17. Oktober 1850 statt. Siehe Unterkircher, Chronik von Innsbruck, S. 388–389.

117 Vgl. zur Zeitung bei Helmut Reinalter, Joseph Ennemosers Auseinandersetzung mit den „Katholischen Blättern aus Tirol" – eine frühe Form des Kulturkampfs? in: Ellen Hastaba/Siegfried de Rachewiltz (Hgg.), Für Freiheit, Wahrheit und Recht! Joseph Ennemoser und Jakob Philipp Fallmerayer. Tirol von 1809 bis 1848/49, Innsbruck 2009, S. 291–302; zur Auseinandersetzung mit der Tiroler Zeitung vor allem auch bei Ellen Hastaba, „Für Freiheit, Wahrheit und Recht!". Archivalische Trouvaillen aus dem Tiroler Landesarchiv und dem Ferdinandeum zur kurzen Geschichte der „Innsbrucker Zeitung" (1848–1852), in: Wis-

Haltung seines eigenen Blattes gegenüber. An einem der folgenden Tage des kaiserlichen Besuchs erhielt Moy daher sogar eine persönliche Audienz beim Kaiser, „der ihm freundlich gegenüber trat“ und ihm Aussichten „auf eine österreichische Anstellung“[118] machte, wie er selbst in einem Brief an die Familie Giovanelli schildert. Der Hinweis im Brief Thuns an Bissingen auf Moys mehrfache und indirekte Bewerbung für eine Stellung lässt also darauf schließen, dass Moys Vorsprechen beim Kaiser dazu beigetragen hat, in den Fokus des Ministers geraten zu sein.

5.3.3. Die Berufung von Moy de Sons

Statthalter Bissingen ließ Moy, nachdem er die Aufforderung Thuns erhalten hatte, noch am selben Tag zu sich bitten, und erkundigte sich in einem persönlichen Gespräch über die Bereitschaft auf das Angebot von Thun einzugehen. Über den Inhalt des Gesprächs, Moys Wünsche und Bissingens Ansichten zu einer möglichen Verpflichtung, erfahren wir aus zwei Briefen: zunächst aus einem Brief von Moy an den Statthalter[119], in dem Moy seine bereits mündlich ausgesprochene Bereitschaft zur Übernahme der Lehrkanzel bekräftigte und gleichzeitig die Bedingungen aussprach, die er daran knüpfte. Gleich zu Beginn sprach Moy jedoch seine tiefe Dankbarkeit und Freude über das Angebot aus und betonte:

> Die tiefe Verehrung und Anhänglichkeit die ich für das kaiserliche Haus hege, die hohe Idee die ich von Österreichs Beruf in dieser Zeit habe, lassen es mich natürlich als ein beneidenswerthes Glück ansehen, diesem Hause und diesem Staate auf irgend eine Weise dienen zu können.[120]

Allerdings wollte Moy durch die Annahme einer Stelle in Österreich keine finanziellen Einbußen im Vergleich zu seiner bisherigen Stellung in Bayern hinnehmen, wozu ihn schon seine Rolle als „Familienvater“[121] verpflichte. Darüber hinaus machte Moy es zur Bedingung, ihm und seiner Familie im Hinblick auf seine Pension dieselben Vorteile zukommen zu lassen wie in Bayern und dass ihm ein seinem bisherigen Rang als Appellationsrat ent-

---

senschaftliches Jahrbuch der Tiroler Landesmuseen 2008, S. 56–131.

118 Giovanellische Familiengeschichte, Microfilm 1231, Tiroler Landesarchiv, S. 8626.

119 Moy an Bissingen, Innsbruck 15.03.1851, MCU Präs., ad 130 ex 1851, Österreichisches Staatsarchiv, Allgemeines Verwaltungsarchiv.

120 Moy an Bissingen, Innsbruck 15.03.1851, MCU Präs., ad 130 ex 1851, Österreichisches Staatsarchiv, Allgemeines Verwaltungsarchiv.

121 Ebenda.

sprechender Titel verliehen werde. Hinsichtlich der Fächer, die er unterrichten könnte, glaubte er besonders für Kirchenrecht und deutsche Reichs- und Rechtsgeschichte geeignet zu sein. Staatsrecht hingegen, das er in Bayern mehr als ein Jahrzehnt vorgetragen hatte, wollte er auf keinen Fall unterrichten, denn Moy war fest davon überzeugt, dass seine Gegner dann seine Ernennung noch schärfer kritisieren könnten, als es ohnehin der Fall sein würde. Seine Gegner würden ihn nämlich für Anhänger des Absolutismus halten:

> Es ist zwar eine arge Verläumdung wenn sie mich als einen Verfechter des Absolutismus verschreien, aber wenn trotz dem, daß ich bei der Redaction der Tiroler Zeitung stets bedacht war, jede eigentliche Parteitendenz d. h. jedes persönliche Interesse fern zu halten und nur die Wahrheit und das Recht zur Geltung zu bringen, durch die Leidenschaften so gegen mich aufgeregt wurden, so kann man denken, wie sie aufbrausen würden, wenn ich eine politische Lehrkanzel übernähme.[122]

Als überzeugter Gegner der Naturrechtslehre und Verfechter einer „scholastisch fundierte[n], religiös-restaurative[n] Rechtsphilosophie“[123] trat Moy vor allem für die Etablierung einer staatlichen Ordnung im Einklang mit der Offenbarung ein. Für Thun sollte dies kein Hindernis sein, ganz im Gegenteil setzte er vielmehr große Hoffnung in die Verpflichtung von Moy (eine „vorzügliche Kapazität, von streng katholischer Richtung“[124]) für die rechtshistorischen Fächer, eine Berufung die helfen sollte, die naturrechtlichen Traditionen in Österreich zu verdrängen. Daher musste Thun erfreut die Nachricht von Bissingen gelesen haben, dass Moy sich bereit erklärt hätte, die Kanzel in Innsbruck zu übernehmen.[125] Der interessanteste Teil des genannten Briefs ist das persönliche Urteil Bissingens, wie eine Ernennung von Moy in Innsbruck aufgenommen werden würde. Ähnlich wie Moy glaubte auch der Statthalter, dass vor allem von Seiten der Liberalen – er nennt dezidiert die *Innsbrucker Zeitung* – ein „großes Schreien über den Sieg der Reaktionären und des Ultramontanismus“[126] zu erwarten sei. Allerdings fügte er sofort an,

122 Ebenda.

123 Goller, Naturrecht, Rechtsphilosophie oder Rechtstheorie?, S. 63–64. Goller vergleicht Moy, wenngleich nicht in seiner Wirkung, so doch in seinen staatsrechtlichen Ansichten, mit dem Staatsrechtler Friedrich Julius Stahl.

124 Majestätsvortrag, Wien 20.06.1851, MCU Allgemein, Fasz. 590, Sign. 4, Personalakt Phillips, Österreichisches Staatsarchiv, Allgemeines Verwaltungsarchiv.

125 Siehe 65/Geh. Präs. Bissingen an Thun (Konzept), Innsbruck 15.03.1851, Gubernium, Geheime Präsidiale, Serie II, Sign. XXVIIID4, Fasz. III. Tiroler Landesarchiv.

126 Ebenda.

dass seiner Ansicht nach der Beifall über die Ernennung im Allgemeinen überwiegen und man in Moy einen Gewinn für die Universität erblicken werde, „welche wahrlich der Auffrischung durch tüchtige Lehrkräfte sehr bedarf."[127] Was Moys Tätigkeit als Redakteur der *Tiroler Zeitung* betraf, so berichtete Bissingen, dass ihm Moy selbst versichert hatte, die Mitarbeit an der Zeitung einzuschränken, um sich ungestört seiner Lehr- und Forschertätigkeit an der Universität widmen zu können.[128]

Ausgestattet mit diesen Zusicherungen ließ Thun einen Majestätsvortrag vorbereiten und unterbreitete dem Kaiser am 20. Juni 1851 den Vorschlag zur Versetzung von Phillips nach Wien und der Berufung von Moy nach Innsbruck. In seinem Antrag betont Thun vor allem die Wichtigkeit der Berufung beider Kandidaten zur Stärkung der rechtshistorischen Studien in Österreich. Um die absolute Notwendigkeit seines Antrages zu unterstützen, betonte Thun auch an dieser Stelle die wichtige Rolle, die er den rechtshistorischen Studien bei der Reform des gesamten Staatswesens zurechnete:

> Je mehr schon seit Decennien die Rechts- und Staatswissenschaft in der Theorie und Anwendung durch eine bodenlose doktrinäre Gestaltung geeignet ist, selbst in wohlgesinnten Christen eine bedenkliche Verirrung der Anschauungsweise rechtlicher und staatlicher Verhältnisse zu erzeugen und zu nähren und einen leeren Formalismus auf Kosten des Rechtes und der Geschichte das Uibergewicht über das Reale zu verschaffen, desto nothwendiger erscheint es, dieser verfehlten und gefährlichen Richtung durch die Förderung ernster geschichtlicher und insbesondere rechtshistorischer Forschung und Lehre entgegenzuwirken.[129]

Thun vertrat die Ansicht, dass Phillips, als bedeutendster katholischer Professor dieses Fachs, nun auch in Wien, an der bedeutendsten Universität des Landes, den Boden für diese Studien in Österreich bereiten könne und Moy an seiner Stelle den Weg in Innsbruck fortführen solle.

Moy eigne sich, wie Thun weiter ausführte, in besonderem Maße als Nachfolger von Phillips, da dieser „eine vorzügliche Kapazität, von streng katholischer Richtung, mit gründlichem und umfassendem Wissen"[130] sei. Als Nachweis von Moys wissenschaftlichen Fähigkeiten führte Thun mehrere monographische Werke an, zum Nachweis von dessen politischer Loya-

127 Ebenda.

128 Ebenda.

129 Majestätsvortrag, Wien 20.06.1851, MCU Allgemein, Fasz. 590, Sign. 4, Personalakt Phillips, Österreichisches Staatsarchiv, Allgemeines Verwaltungsarchiv.

130 Ebenda.

lität habe er ausführliche Erkundigungen eingeholt, welche nicht nur Moys Unbedenklichkeit bescheinigten, sondern vielmehr auch Anlass zur Hoffnung geben könnten, dass diese „bei der Entschiedenheit seines Charakters einen positiv günstigen Einfluß auf die studierende Jugend“[131] versprächen. Ansonsten kam Thun in seinem Antrag allen Forderungen von Moy nach: Er sicherte ihm sowohl das verlangte Gehalt von 2000 fl. als auch den geforderten Anspruch auf eine Rente für sich und seine Familie zu, die Moys Pensionsansprüchen in Bayern gleichkamen.

Im Ministerrat wurde der Antrag Thuns am 18. Juli 1851 besprochen und Thun konnte den Antrag nur gegen den Widerstand seiner Kollegen durchsetzen. Besonders Justizminister Krauß empörte sich gegenüber der neuerlichen Anstellung eines Ausländers und das zudem zu überaus ungünstigen Bedingungen für das Kaiserreich. Er regte daher die Ausschreibung eines Konkurses für die Stelle an, um einen geeigneten inländischen Kandidaten zu finden. Thun widersprach diesem Vorschlag allerdings und sprach seine Überzeugung aus, dass es keinen Kandidaten gäbe, der mit Moy auf wissenschaftlicher Ebene sowie im Hinblick auf dessen moralisches Ansehen konkurrieren könne.[132] Im Ministerrat fand sich daher dennoch eine Mehrheit für den Antrag Thuns. Der Kaiser bewilligte den Antrag von Thun daraufhin am 28. Juli 1851. Die offizielle Ernennung von Phillips und Moy sollte zum 1. September 1851 erfolgen.[133]

Wie auch bei anderen Ernennungen hatte Thun im Fall von Moy die Universität Innsbruck nicht zu Rate gezogen, zumindest liegen uns keine Dokumente vor, die die Mitwirkung der Universität bei der Berufung von Moy belegen könnten. Es ist zwar wahrscheinlich, dass auf indirektem Weg der Vorgang zur Versetzung von Phillips und die Berufung von Moy in der Universität bekannt geworden sind, offiziell erfolgten jedoch weder eine Zustimmung noch eine Ablehnung der Personalrochade. Auch in diesem Fall hat sich Thun also vollkommen über das Recht der Universität hinweggesetzt.[134]

131 Ebenda.

132 Vgl. Die Protokolle des österreichischen Ministerrates (1848–1867). II. Abteilung (Das Ministerium Schwarzenberg), Bd. 5, S. 113.

133 Majestätsvortrag, Wien 20.06.1851, MCU Allgemein, Fasz. 590, Sign. 4, Personalakt Phillips, Österreichisches Staatsarchiv, Allgemeines Verwaltungsarchiv. Die Ernennung wurde am 15. August in der *Wiener Zeitung* bekannt gegeben. Am 16. August wurde die Ernennung im *Bothen für Tirol und Vorarlberg* vermeldet, am 18. August in der *Innsbrucker Zeitung*.

134 Für den Fall der Ernennung von Phillips nach Wien hatte Thun sich die Zustimmung des Wiener Universitätskonsistoriums eingeholt. Siehe Majestätsvortrag, Wien 20.06.1851, MCU Allgemein, Fasz. 590, Sign. 4, Personalakt Phillips, Österreichisches Staatsarchiv, Allgemeines Verwaltungsarchiv.

Gleichzeitig verdeutlichen beide Berufungen, dass Thun an die Kandidaten einen zweifachen Anspruch stellte: einerseits deren hohe wissenschaftliche Qualität, andererseits einwandfreie politische Ansichten sowie Loyalität zum Kaiserhaus.

Moy begann noch im selben Wintersemester seine Vorlesungen in Innsbruck. Von Seiten des Ministeriums wurde ihm ausdrücklich zugesichert, dass er bei der Verteilung seiner Kollegien auf die Rechtsgeschichte und das Kirchenrecht vollkommen freie Hand besäße.[135] Thun rechtfertigte diese Maßnahme mit dem großen Vertrauen, das man in Moys Fähigkeiten setzte. Dieses Vertrauensverhältnis zwischen Moy und dem Minister spiegelt sich auch darin wider, dass Moy sich in den Monaten nach seiner Ernennung gleich mehrmals privatim an den Minister gewandt hatte. Zweimal schrieb Moy in universitären Angelegenheiten[136] an Thun sowie ein weiteres Mal eine private Bitte. Dabei handelte es sich um die Anerkennung von Moys freiherrlichen Stand in Österreich, einen Rang, der ihm von Geburt an zustand, der allerdings nach der Emigration seines Vaters nach Bayern nie anerkannt worden war.[137] Im Frühjahr 1853 ging dieser Wunsch in Erfüllung. Seither konnte er rechtmäßig den Titel ‚Freiherr von Moy' tragen.[138] Welchen Anteil Thun daran hatte, lässt sich nicht belegen. Für das Vertrauensverhältnis zwischen Thun und Moy sprechen allerdings weitere Briefe und Berichte, die der Professor in den folgenden Jahren an Thun gerichtet hat.

5.3.4. Die Ernennungen von Phillips und Moy als Wegweiser für Thuns Personalpolitik

Mit den Berufungen von Phillips und Moy hatte Thun ein zentrales Anliegen seiner Ministerzeit in Angriff genommen, nämlich die historische Richtung innerhalb der Rechtswissenschaften zu stärken. Vorerst – bis zur Ver-

135 Vgl. 9452/937. Thun an Juridische Fakultät, Wien 20.10.1851, Akten der Juridischen Fakultät 16, 51/Jur ex 1851/52, Universitätsarchiv Innsbruck.

136 Zunächst informierte Moy Thun allgemein über die Situation an der Universität und bat um eine Verbesserung der Bibliothek. Moy an Thun, Innsbruck 09.11.1851, Nachlass Leo Thun-Hohenstein, A3 XXI D128, Staatliches Gebietsarchiv Leitmeritz, Zweigstelle Tetschen-Bodenbach. Im zweiten Brief empfiehlt er Thun einige Historiker für den vakanten Lehrstuhl in Innsbruck. Siehe dazu Kapitel 5.8.2.1.

137 Vgl. Moy an Thun, Innsbruck 05.04.1852, Nachlass Leo Thun-Hohenstein, A3 XXI D161, Staatliches Gebietsarchiv Leitmeritz, Zweigstelle Tetschen-Bodenbach.

138 Vgl. dazu in der Giovanelli-Chronik, die diesen „Adelsstolz" mit Ironie kommentiert. Vgl. Giovanellische Familiengeschichte, Microfilm 1231, Tiroler Landesarchiv, S. 8657. Vgl. auch Moy an Bach, Innsbruck 02.04.1853, Nachlass Bach, Karton 7, Österreichisches Staatsarchiv, Allgemeines Verwaltungsarchiv.

abschiedung eines neuen juridischen Studienplans – konnte er diesen Plan weniger strukturell als über die Ernennung von Rechtshistorikern verfolgen, weshalb deren Wirkung nicht durchschlagend war. Phillips hatte in Innsbruck anfangs eine große Zahl an Hörern, was sicherlich auch seiner Prominenz geschuldet war. Sein kurzer Aufenthalt, zusätzlich unterbrochen durch Freisemester, konnte aber keine nachhaltige Wirkung erzielen.[139] Moy hingegen hatte zunächst nur wenige Hörer.[140] Viel nachhaltiger als der wissenschaftliche Einfluss der beiden in den ersten Jahren war somit das politische Signal, das mit den beiden Berufungen verbunden war. In beiden Fällen waren die zwei Berufenen Exponenten eines streng katholischen Konservativismus, was den liberalen Kreisen ein Dorn im Auge gewesen sein musste. Das kennzeichnete den Übergang von der liberaleren Zeit nach der Revolution zum Neoabsolutismus auch äußerlich. Die Ernennung des vergleichsweise liberalen Schuler ging in der öffentlichen Wahrnehmung dabei fast unter. Als Fanal des heraufziehenden neoabsolutistischen Systems kann auch das Vorgehen Thuns bei der Besetzung der Stellen unter weitgehender Außerachtlassung möglicher Vorschläge der betroffenen Universität angesehen werden.

In Innsbruck und Tirol waren die Reaktionen auf die Ernennung der beiden Professoren überwiegend positiv, da man darin eine Stärkung der Universität erblickte und andererseits glaubte, dass damit ein positiver Einfluss auf die Studenten verbunden war und der liberale Geist in den Studenten und die Gefahr vor einer neuerlichen Revolution gebannt werden könnte.

Der liberale Teil der Tiroler Bevölkerung, so lässt es zumindest ein Blick in die *Innsbrucker Zeitung* vermuten, war über die Ernennung von Moy allerdings weniger erfreut. Das Blatt berichtete nämlich am Beginn des Wintersemesters 1851 mit einiger Häme darüber, dass sich nur ein Student gefunden hatte, der Moys Kollegium besuchen wollte. Die Zeitung führte das darauf zurück, dass Moy wegen seiner Parteilichkeit nicht allzu großes Ansehen bei den Studenten genoss:

> Man hat auch nicht alleweile Morgenröthe, wenn man unter die Ultramontanen gegangen ist! Dieser offenbar herrschende Widerwille unter den hiesigen Studierenden gegen Hrn. Prof. v. Moy ist eine zwar verdrießliche, aber kei-

139 Vgl. Majestätsvortrag, Wien 09.12.1852, MCU Präs. 702 ex 1852, Österreichisches Staatsarchiv, Allgemeines Verwaltungsarchiv.

140 Vgl. dazu Innsbruck. Die Zustände der Universität, Gerücht über eine Universität in Salzburg, Chirurgische Akademie, v. Moy, Unbegründete Befürchtungen, Wohlthätigkeit, in: Akademische Monatsschrift. Centralorgan für die Gesamtinteressen deutscher Universitäten (März 1852), S. 127–128, hier S. 126.

> neswegs unerklärliche Thatsache. Die Tiroler Zeitung und ihre Grundsätze erfreuen sich halt durchwegs der Achtung unserer Jugend nicht.[141]

Moys *Tiroler Zeitung* beschuldigte daraufhin die *Innsbrucker Zeitung* einer perfiden Falschmeldung, zumal das Kollegium von Moy in der folgenden Woche regen Zulauf erfuhr.[142] Das musste dann auch die *Innsbrucker Zeitung* eingestehen und wünschte Moy „allen Groll beseitigend"[143] viel Erfolg bei seinen Kollegien. Obwohl dieser kleine Streit damit beigelegt war, kam es in der Folge immer wieder zu Auseinandersetzungen zwischen der *Tiroler Zeitung* und der *Innsbrucker Zeitung*.[144] Die Zeitungsfehde zeigt auch, dass die Universitätspolitik zu einem Kampffeld für politische Auseinandersetzungen zwischen katholischer und liberaler Seite geworden war.[145] Universitätspolitik wurde so zu einem Teil des Kulturkampfes.

Von offizieller katholischer Seite, prominent etwa vom Nuntius Michele Viale-Prelà[146] in Wien, wurde die Berufung von Moy und Phillips jedenfalls mit Freude zur Kenntnis genommen, zumal man darin einen Richtungswechsel in der Unterrichtsverwaltung erkannte. Bis zu deren Ernennung hegte man nämlich gewisse Bedenken gegenüber Thun, der in Fragen des Unterrichts – anders als in Fragen des Kultus – wenig katholisch zu agieren schien. In der Nuntiatur führte man das vor allem auf den Einfluss eines „begabten Individuums, in dessen Händen sich mehr oder weniger die Unterrichtsangelegenheiten befänden" („individuo fornito di molti talenti e nelle cui mani si trovavano in gran parte gli affari della pubblica istruzione"[147]). Damit muss wohl Franz Exner oder Hermann Bonitz gemeint sein, der eine Schüler von Bolzano, der andere Protestant: Beide hatten großen Einfluss auf die Reform und beide mussten aus der Sicht des Vatikans bedenklich erscheinen. Die Ernennung von Moy und Phillips ließ nun aber auf einen Kurswechsel bei Thun hoffen, so der Nuntius Viale Prelà weiter, denn beide Professoren gehörten zu den „vornehmsten katholischen Profes-

141 Innsbrucker Zeitung, 235 (13.10.1851), S. 966.

142 Vgl. Tiroler Zeitung, 236 (14.10.1851), S. 988.

143 Innsbrucker Zeitung, 237 (15.10.1851), S. 974.

144 Vgl. dazu auch bei Hastaba, „Für Freiheit, Wahrheit und Recht!".

145 Ähnliches lässt sich beispielsweise auch für dieselben Zeitungen beobachten, als zu Ostern 1851 bei der Dekanswahl an der Universität Wien mit Hermann Bonitz ein Protestant zum Dekan gewählt wurde.

146 Michele Viale-Prelà (Bastia 1798–1860 Bologna), ab 1838 Nuntius in München, ab 1845 Nuntius in Wien, 1855 Erzbischof von Bologna.

147 Nuntiaturbericht, Wien 10.05.1851, Arch. Nunz. Vienna, Vol. 323 (IV), Nr. 567, Vatikanisches Geheimarchiv.

soren“[148], und beide zeichneten sich durch wahre katholische Frömmigkeit und Wissenschaft aus. Darüber hinaus erblickte der Nuntius in der Berufung der beiden ehemaligen Münchener Professoren einen ersten Schritt zur Verwirklichung des Plans, aus der Innsbrucker Universität eine katholische Hochschule zu machen, eine Idee, „die Thun schon vor einiger Zeit eingeflösst worden ist“[149] und die er nun offensichtlich umsetzen wolle.

5.4. Carl Beidtel

Bereits im Jahr zuvor war Carl Beidtel von Leo Thun zum Professor des Handels- und Wechselrechts und des Zivilprozesses in Innsbruck ernannt worden. Die Umstände sind hier allerdings deutlich schlechter dokumentiert als in den vorangegangenen Fällen.

Carl Beidtel wurde 1817 in Zara geboren. Er hatte Jurisprudenz in Wien und Olmütz studiert und wurde ebendort 1841 zum Doktor der Rechte promoviert. Schon 1839 war er in den Staatsdienst eingetreten, nachdem er seine Befähigung zum Kriminal- und Zivilrichteramt erworben hatte. Kurz vor seiner Berufung war er zum Assessor beim Landgericht in Brünn aufgestiegen. Zuvor hatte er sich auf Reisen in Deutschland, England und Frankreich wissenschaftlich fortgebildet. Ein möglicher Ausschlag für die Berufung von Beidtel könnte gewesen sein, dass dessen Vater – Ignaz Beidtel[150] – als Referent im Unterrichtsministerium arbeitete und somit in engem Kontakt zum Minister stand.[151]

148 Ebenda.

149 Ebenda.

150 Ignaz Beidtel (Hof in Mähren 1783–1865 Troppau), ab 1810 Prof. für Römisches Zivil- und Österreichisches Kirchenrecht an der Universität Lemberg, 1816 Appellationsrat in Zara, Fiume, Klagenfurt, Brünn, ab 1850 im Ruhestand Beirat für die Ordnung kirchlicher Angelegenheiten im MCU. Beidtel ist außerdem Verfasser einer *Geschichte der österreichischen Staatsverwaltung*, die er am Beginn der Thun'schen Reformära ausarbeitete, die aber erst posthum von Alphons Huber in den 1890er-Jahren herausgegeben wurde. Darin geht er auch auf die Unterrichtsreformen Maria Theresias ein und kritisiert dort die Übernahme eines ausländischen, antiklerikalen Unterrichtsmodells und zieht somit auch eine Parallele zur seiner Zeit, in der ja wiederum die Orientierung an einem ausländischen – diesmal als protestantisch erachteten Modells – diskutiert wurde. Ignaz Beidtel, Geschichte der österreichischen Staatsverwaltung 1790–1848, 2 Bände, hg. von Alphons Huber, Innsbruck 1896–1898. Zu Beidtel Wirken im MCU siehe auch bei Peter Leisching, Die Bischofskonferenz. Beiträge zu ihrer Rechtsgeschichte, mit besonderer Berücksichtigung ihrer Entwicklung in Österreich, Wien, München 1963.

151 Carl Beidtel (Zara 1817–1893), ab 1839 im Verwaltungsdienst, 1848/49 Mitglied der Frankfurter Nationalversammlung, ab 1850 Prof. für Zivilrecht an der Universität Innsbruck.

Die Ernennung von Beidtel war deshalb nötig, weil Professor Ernest Theser, der bisherige Professor auf dem Lehrstuhl, im Frühjahr 1850 seine Versetzung auf die Kanzel des Römischen Rechts beantragt hatte. Diesem Antrag war wiederum die Versetzung von Professor Johann Kopatsch nach Graz vorangegangen, der bis dahin die Professur für römisches Zivil- und Kirchenrecht innehatte.[152] Theser lehrte seit 1846 in Innsbruck. Bis dahin hatte er an der Wiener Universität als Supplent römisches Recht gelehrt. Das Professorenkollegium unterstützte den Antrag ebenso wie die Innsbrucker Statthalterei. Diese bestätigte zudem den guten Leumund Thesers und dessen politische Unbedenklichkeit.[153] Theser hatte zwar angeboten, sein bisheriges Lehrfach weiterhin zu betreuen, Thun – der eine Stärkung der Lehre des römischen Rechts und einen allgemeinen Aufschwung der Universitäten anstrebte – wollte diese Doppelbelastung eines Professors allerdings nicht gutheißen.[154] Daher schlug er am 3. September 1850 dem Kaiser die Berufung von Carl Beidtel als Nachfolger von Theser vor. In dem Majestätsvortrag betont der Minister besonders Beidtels kaisertreue Gesinnung im Jahr der Revolution und während seiner Zeit als Abgeordneter in der Frankfurter Paulskirche. Beidtel hatte sich einerseits dort entschieden für die Belange Österreichs ausgesprochen und andererseits in einer unter dem Pseudonym Albrecht Tebeldi veröffentlichten Schrift[155], die Integrität Österreichs als zu bewahrendes Gut bezeichnet, den tschechischen Nationalismus scharf kritisiert und die historische Zugehörigkeit der Slawen zu Österreich zu beweisen gesucht. Thun bezeichnete Beidtel daher als einen Mann der „eben so viel Muth als Selbständigkeit und lobenswerthen Karakter“[156] besitze.

Beidtel wirkte daraufhin bis 1886 in Innsbruck. In der Erinnerung der Universität blieb er besonders durch die Stiftung eines Studentenstipendiums.[157]

---

152 Siehe dazu Gerhard Oberkofler, Innsbrucker Romanisten im 19. und beginnenden 20. Jahrhundert. Ein Beitrag zur Geschichte der Juristenfakultät, in: Tiroler Heimat 39 (1976), S. 125–153, hier S. 129.

153 Vgl. Majestätsvortrag, Wien 11.07.1850, MCU Allg. Sign. 5, Fasz. 996, Österreichisches Staatsarchiv, Allgemeines Verwaltungsarchiv. Unter der Signatur auch die Schreiben des juridischen Professorenkollegiums und der Statthalterei.

154 Siehe dazu besonders Oberkofler, Innsbrucker Romanisten im 19. und beginnenden 20. Jahrhundert, S. 130–132.

155 Albrecht Tebeldi [Carl Beidtel], Die Slawen im Kaiserthume Österreich, Wien 1848.

156 Majestätsvortrag, Wien 03.09.1850, MCU Allg. Sign. 5, Fasz. 994 (Ktn. 1074), Österreichisches Staatsarchiv, Allgemeines Verwaltungsarchiv. Der Text des Majestätsvortrages ist teilweise abgedruckt bei Oberkofler et al., Geschichte der Universität Innsbruck (1669–1945), S. 252.

157 Siehe dazu kurz bei Oberkofler et al., Geschichte der Universität Innsbruck (1669–1945), S. 251.

5.5. Die Kanzel für Naturgeschichte und Landwirtschaftslehre

5.5.1. Das Fach Naturgeschichte bis 1848

Das Fach Naturgeschichte wurde in Innsbruck seit dem späten 18. Jahrhundert unterrichtet.[158] Mit der Studienreform Maria Theresias 1752 war das Fach Naturgeschichte in das zweijährige philosophische Studium aufgenommen worden. Betont wurde dabei besonders der nützliche Aspekt des Faches.[159] Die Einführung der Naturgeschichte erfolgte jedoch nicht sofort an allen österreichischen Universitäten, sondern zog sich vielmehr bis 1774 hin, als die philosophische Fakultät der Wiener Universität neuerlich reformiert und die Lehre in der Naturgeschichte als zentraler Bestandteil darin aufgenommen wurde. Dieser Lehrplan sollte daraufhin für alle anderen Universitäten als Orientierung dienen.[160]

Ab 1775 wurde das Fach auch in Innsbruck gelehrt, zunächst allerdings an der medizinischen Fakultät. An der philosophischen Fakultät wurde es – in Form der allgemeinen Naturgeschichte – seit 1777 unregelmäßig vom Professor der Physik Franz Seraph von Zallinger gelesen.[161] Das Fach umfasste die Lehre der drei Reiche der Natur, der Botanik, Zoologie und Mineralogie. Der Schwerpunkt in der Lehre orientierte sich jedoch meist an den Interessen des jeweiligen Lehrstuhlinhabers. Die Frage, inwieweit Naturgeschichte im philosophischen Studium und/oder an den medizinischen Fakultäten gelehrt werden sollte, wurde dann auch in den nächsten Jahrzehnten regelmäßig diskutiert.[162]

Das Jahr 1805 bedeutete für das philosophische Studium eine zentrale Weichenstellung. Zu diesem Zeitpunkt teilte man die Fächer nämlich in jene mit praktischem und solche mit rein wissenschaftlichem Wert ein. Die Naturgeschichte erhielt dabei eine Art Mittelstellung, sie wurde für Mediziner zum Pflichtgegenstand, für andere Studenten wurde sie zum Freifach.[163] Mit

158 Vgl. dazu einführend Peter Goller/Gerhard Oberkofler, Mineralogie und Geologie an der Leopold-Franzens-Universität Innsbruck (1867–1945) (= Forschungen zur Innsbrucker Universitätsgeschichte 15), Innsbruck 1990, S. 3–7.

159 Siehe besonders Herbert H. Egglmaier, Naturgeschichte – Wissenschaft und Lehrfach. Ein Beitrag zur Geschichte des naturhistorischen Unterrichts in Österreich (= Publikationen aus dem Archiv der Universität Graz 22), Graz 1988, S. 10–14.

160 Siehe Egglmaier, Naturgeschichte – Wissenschaft und Lehrfach, S. 24–35.

161 Siehe dazu bei Egglmaier, Naturgeschichte – Wissenschaft und Lehrfach, S. 38, S. 148–153, S. 181–184; Goller et al., Mineralogie und Geologie an der Leopold-Franzens-Universität Innsbruck (1867–1945), S. 6.

162 Siehe dazu ausführlich bei Egglmaier, Naturgeschichte – Wissenschaft und Lehrfach, S. 40–115.

163 Siehe Egglmaier, Naturgeschichte – Wissenschaft und Lehrfach, S. 96–98.

der Revision des philosophischen Studienplans von 1824 ging man allerdings wieder einen Schritt zurück, denn das Fach Naturgeschichte sollte erneut verstärkt einen allgemeinen Bildungscharakter erhalten und nicht bloß als Vorbereitung auf das medizinische Studium und die spezielle Naturgeschichte darin dienen. Gleichzeitig wurde das Fach vielerorts dem Professor für Physik (mit-)übertragen oder mit der Kanzel für Land- bzw. Forstwirtschaft vereinigt. Herbert Egglmaier sieht darin einen enormen Rückschritt, zumal sich die Naturgeschichte in der Zwischenzeit rasant entwickelt hatte und die Differenzierung innerhalb des Faches fortgeschritten war. Die rasche Weiterentwicklung wurde – zumindest an den österreichischen Universitäten – damit vorerst gebremst.[164]

5.5.2. Naturgeschichte in Innsbruck nach 1848

Im Revolutionsjahr 1848 war die Kanzel für Naturgeschichte nicht besetzt. Der vormalige Inhaber des Lehrstuhls, Johann Nepomuk Friese[165], war 1847 an die Universität Wien berufen worden. Bis dahin war er seit drei Jahrzehnten Professor für Naturgeschichte in Innsbruck gewesen.[166] Nach seinem Abgang wirkte kurzzeitig Michael Stotter[167] als Supplent des Faches. Er wurde als zweiter der Terna für die Nachfolge von Friese vorgeschlagen, Stotter verstarb jedoch bei dem Feldzug der akademischen Legion an die Südgrenze Tirols an einer plötzlichen Krankheit.[168]

Im darauffolgenden Februar 1849 wurde Adalbert Fuchs vom Kaiser zum Professor für Naturgeschichte und Landwirtschaftslehre ernannt. Die Stelle war damals in einer Art Mischung aus dem alten Konkurssystem und dem reformierten Besetzungsverfahren – nach der Verordnung vom 11. Dezember 1848 – besetzt worden. Für die Nachfolge hatten sich zwölf Kandidaten beworben, die sich teilweise auch dem Konkurs unterzogen hatten. Fuchs' Leistung beim Konkurs hatte die Fakultät am besten bewertet. Im Jänner 1849 legte sie – vertreten durch Professor Baumgarten und dem noch am-

164 Siehe Egglmaier, Naturgeschichte – Wissenschaft und Lehrfach, S. 103, auch S. 126–127.

165 Johann Nepomuk Friese, 1819–1847 Prof. für Naturgeschichte an der Universität Innsbruck.

166 Vgl. dazu kurz bei Goller et al., Mineralogie und Geologie an der Leopold-Franzens-Universität Innsbruck (1867–1945), S. 6–7.

167 Michael Stotter (Innsbruck 1813–1848 Levico), Mediziner, Sekretär des geognostisch-montanistischen Vereins, ab 1847 Supplent der Naturgeschichte.

168 Vgl. Goller et al., Mineralogie und Geologie an der Leopold-Franzens-Universität Innsbruck (1867–1945), S. 11–13; Sigurd Paul Scheichl, Michael Stotter, in: Lexikon Literatur in Tirol, 2012, [http://orawww.uibk.ac.at/apex/uprod/f?p=TLL:2:0::::P2_ID:748], 27.02.2014.

tierenden Studiendirektor Ritter von Mensi – dem Ministerium eine Terna vor. Der damalige zuständige Minister Graf Stadion folgte dieser Terna und schlug Fuchs dem Kaiser für die vakante Kanzel in Innsbruck vor.[169] Fuchs blieb allerdings nur kurz in Innsbruck und nahm bereits 1850 einen Ruf auf den Lehrstuhl für Landwirtschaftslehre am Wiener Polytechnikum an.[170]

Nachdem Fuchs nach Wien abgegangen war, übernahm Adolf Pichler die Vertretung des Fachs. Dieser hätte die Kanzel gern auch definitiv angetreten[171], allein in Wien hatte man andere Pläne. Pichler war seit Herbst 1848 Lehrer für die naturgeschichtlichen Fächer am Innsbrucker Gymnasium. Schon nach dem Tod von Stotter hatte er als Aushilfe zudem den Unterricht in diesem Fach an der Universität übernommen, der zu diesem Zeitpunkt allerdings auf Grund der Reform des philosophischen Studiums und dessen Aufwertung zur gleichberechtigten Fakultät in der I. Lyzealklasse am Gymnasium stattfand.[172] Pichler hatte sich 1848 auch dem Konkursverfahren unterzogen, aber das Ministerium entschied sich damals wie auch nach dem Abgang von Fuchs zum zweiten Mal für einen anderen Kandidaten. In diesem Fall wurde ihm der Prager quieszierte Professor der Vorbereitungswissenschaften Joseph Köhler vorgezogen. Zu den Gründen für die Entscheidung von 1850 ist nichts überliefert, es lässt sich jedoch annehmen, dass man Pichler am Gymnasium besser aufgehoben sah.

Im Jahr 1849 war Pichler sowohl von der Fakultät als auch vom Minister Stadion für seine Tapferkeit als Anführer der Studentenkompagnie, die von Wien aus an die Tiroler Südgrenzen gezogen war, ausgezeichnet worden.[173] Auch hatten Mitglieder der Fakultät noch versucht, auf inoffiziellem Weg über den Innsbrucker Bürgermeister Hieronymus von Klebelsberg, der als Reichsrat in Wien bzw. Kremsier weilte, die Ernennung von Pichler voranzutreiben. In einem Brief von Alois Flir an Klebelsberg bezeichnet Flir Pichler als „nicht nur talentvollen, sondern genialen jungen Mann“[174], der sich für Kaiser und Vaterland geopfert habe. Dieses Lob schlug bei Minister

169 Vgl. dazu den Majestätsvortrag, Wien 24.02.1849, MCU Allg. Sign. 5, Fasz. 1014, Österreichisches Staatsarchiv, Allgemeines Verwaltungsarchiv.

170 Zu Fuchs siehe bei Goller et al., Mineralogie und Geologie an der Leopold-Franzens-Universität Innsbruck (1867–1945), S. 8.

171 Vgl. dazu Adolf Pichler, Aus Tagebüchern. 1850–1899 (= Gesammelte Werke 3), München, Leipzig 1905, S. 2–3.

172 Vgl. Bericht über das Studienjahr 1848/49 (Konzept), Innsbruck 11.11.1849, Akten der Philosophischen Fakultät 16, 22/PH ex 1849/50, Universitätsarchiv Innsbruck.

173 Vgl. Majestätsvortrag, Wien 24.02.1849, MCU Allg. Sign. 5, Fasz. 1014, Österreichisches Staatsarchiv, Allgemeines Verwaltungsarchiv.

174 Flir an Klebelsberg, Innsbruck 28.02.1849, GSK 74/I, 8, 12, Goethe- und Schiller-Archiv, Weimar.

Thun jedoch bald in tiefes Misstrauen gegenüber Pichler um, sodass Thun Pichler wegen seiner liberalen und deutschnationalen Schwärmerei am liebsten aus dem Schuldienst entfernt hätte.[175] Allerdings scheint dieses spätere Misstrauen im Fall der Nachfolge von Fuchs noch nicht der ausschlaggebende Grund für die Bevorzugung von Joseph Köhler gewesen zu sein, sondern vielmehr Köhlers gute Beziehungen in das Unterrichtsministerium.

Joseph Köhler wurde 1792 in Tachau/Böhmen geboren. Nach einem Studium der Medizin wurde er 1818 in Prag promoviert. Nach praktischen Jahren als Arzt wurde ihm 1836 die Professur für Vorbereitungswissenschaften[176] in Prag verliehen.[177] Diese Stelle am niederen chirurgischen Studium war allerdings mit einem Ablaufdatum versehen, denn schon 1848 war beschlossen worden, die niederen chirurgischen Studien gänzlich aufzulassen, insbesondere an den Orten, wo es ein höheres medizinisches Studium gab. Dies war in Prag der Fall und so sollte auch Köhlers Kanzel für Vorbereitungswissenschaften aufgelöst werden, womit er ohne Stelle gewesen wäre.[178] Aus diesem Grund hatte er sich offenbar an seinen Freund Wilhelm Haidinger in Wien gewandt.[179] Dieser war damals Leiter der neu gegründeten *Geologischen Reichsanstalt* in Wien sowie Mitglied der Akademie der Wissenschaften und damit eine einflussreiche Persönlichkeit im Wiener Gelehrtenmilieu. Haidinger hatte daraufhin im November 1849 beim Sektionsrat im Unterrichtsministerium Marian Koller[180] vorgesprochen, der sich wiederum bei Thun für Köhler einsetzen wollte. Anfang Juni 1850 konnte Haidinger schließlich Köhler zu dessen Entscheidung nach Innsbruck zu gehen gratulieren.[181] In der Zwischenzeit war Fuchs im März 1850 von Inns-

175 Vgl. dazu und grundsätzlich zu Pichler ausführlich in Kapitel 5.14.

176 Als Vorbereitungswissenschaften bezeichnete man eine grundlegende Einleitung für Studenten der Medizin, bzw. für Studenten eines medizinisch-chirurgischen Studiums. Das Fach sollte den Studenten mit den grundlegenden Inhalten des medizinischen Studiums vertraut machen. Das Fach umfasste unter anderem eine Einführung in die Anatomie, Physiologie, Pathologie, Arzneimittelkunde und Instrumentenlehre.

177 Vgl. Herbert H. Egglmaier, Das medizinisch-chirurgische Studium in Graz. Ein Beispiel für den Wandel staatlicher Zielvorstellungen im Bildungs- und Medizinalwesen, Graz 1980, S. 449–450.

178 Vgl. dazu in Majestätsvortrag, Wien 14.06.1850, MCU Allg. Sig. 5, Fasz. 1015 (Ktn. 1073), Österreichisches Staatsarchiv, Allgemeines Verwaltungsarchiv.

179 Haidinger an Köhler, Wien 05.11.1849, 5245, Wienbibliothek, Handschriftenabteilung.

180 Marian Koller (Feistritz 1792–1866 Wien), 1824–1830 Prof. der Naturgeschichte, 1825–1839 Prof. der Physik am Lyzeum in Kremsmünster, 1830–1847 Direktor der Sternwarte in Kremsmünster, 1843–1847 Direktor des Gymnasiums, 1847–1849 Präses der phil. Fakultät der Universität Wien, 1849–1851 Sektionsrat im Ministerium für Kultus und Unterricht (Referat Realschulen, polytechnische, nautische und astronomische Institute), 1851–1866 Ministerialrat.

181 Haidinger an Köhler, Maidling bei Wien 04.06.1850, 5246, Wienbibliothek, Handschriftenabteilung.

bruck an das Wiener Polytechnikum versetzt worden. Am 26. Juni 1850 wurde Köhler vom Kaiser zum Professor der Naturgeschichte ernannt.

Leider sind die beiden Briefe Haidingers an Köhler die einzigen Hinweise, die wir in der Angelegenheit haben, allerdings erlauben sie uns einen kleinen Einblick, wie abseits der ‚offiziellen Bahnen' – und unabhängig von der Innsbrucker Universität – auf die Entscheidung im Ministerium Einfluss zu nehmen versucht wurde. Haidinger hat sich im Übrigen nicht nur in diesem Fall für einen Freund bei Thun verwendet, sondern auch in anderen Fällen – dann privat – an Thun geschrieben.[182] Koller war im Ministerium für das Referat Realschulen, polytechnische, nautische und astronomische Institute zuständig und wohl (nicht nur) als Mitglied der Akademie der Wissenschaften mit Haidinger bekannt. Inwieweit Thun von Koller beeinflusst war, lässt sich freilich nicht mehr eruieren. Aus dem Majestätsvortrag lässt sich in dieser Hinsicht nichts schließen. Dies ist aber auch in anderen untersuchten Fällen meist nicht der Fall – auch wenn eine Einflussnahme von außen belegt ist. Thun betont in seinem Vortrag an den Kaiser vielmehr, dass die Besetzung der Stelle mit Köhler die beste Lösung für alle Beteiligten wäre: Köhler würde nicht quiesziert und das Budget so durch die Versetzung nicht belastet werden und Innsbruck bekäme einen gediegenen Professor für Naturgeschichte.[183]

Von Bedeutung in diesem Fall ist noch ein weiterer Punkt. Anders nämlich als an anderen Universitäten wurde in Innsbruck der Lehrstuhl für Naturgeschichte in der hergebrachten Form beibehalten. Während an den Universitäten Wien, Prag, Pest, Krakau und Graz bereits am Beginn der Universitätsreform der Lehrstuhl für Naturgeschichte geteilt worden war, geschah dies in Innsbruck nicht. Zumeist wurde das Fach in Lehrstühle oder Extraordinariate für Botanik, Zoologie und Geologie/Mineralogie aufgespalten, um den Fortschritten in den einzelnen Fächern gerecht werden zu können.[184]

Zumindest der erste Brief von Haidinger an Köhler lässt erahnen, dass Köhler offenbar von diesem Prozess profitieren wollte, da Haidinger Köhler in Aussicht gestellt hatte, dass man für Wien zwei Botaniker berufen

182 Vgl. dazu Haidinger an Thun, Wien 31.03.1857, Nachlass Leo Thun-Hohenstein, A3 XXI D410, Staatliches Gebietsarchiv Leitmeritz, Zweigstelle Tetschen-Bodenbach, sowie Haidinger an Thun, Wien 1.04.1857, Nachlass Leo Thun-Hohenstein, A3 XXI D411, Staatliches Gebietsarchiv Leitmeritz, Zweigstelle Tetschen-Bodenbach.

183 Siehe Majestätsvortrag, Wien 14.06.1850, MCU Allg. Sig. 5, Fasz. 1015 (Ktn. 1073), Österreichisches Staatsarchiv, Allgemeines Verwaltungsarchiv.

184 Vgl. dazu bei Egglmaier, Naturgeschichte – Wissenschaft und Lehrfach, S. 223–237.

wolle. Allerdings wurden in Wien Eduard Fenzl[185] und Franz Unger[186] berufen[187], sodass Köhler nur für Innsbruck in Frage kam, was offenbar nicht seine erste Wahl gewesen war.[188] In Innsbruck wurde mit der Ernennung von Köhler lediglich die Landwirtschaftslehre von der Naturgeschichte gelöst, Erstere wurde dann allerdings nicht mehr gelehrt.[189] Thun rechtfertigte dies damit, dass das Ministerium plane, in Innsbruck eine technische Lehranstalt oder eine Realschule zu errichten – in einem solchen Fall könne die Landwirtschaftslehre dort unterrichtet werden.[190]

Die Wiener Entscheidung traf in Innsbruck allerdings auf Widerspruch. Einerseits empfand man die oktroyierte Ernennung von Köhler als eine Missachtung des gesetzlichen Vorschlagsrechts der Fakultät, andererseits sah man in der Beibehaltung der Lehrkanzel für allgemeine Naturgeschichte in der überkommenen Form ein Hindernis für den wissenschaftlichen Fortschritt.[191] Der Protest zeitigte allerdings keine Wirkung. Köhler blieb bis 1859 in Innsbruck, ohne dass an dem Lehrstuhl für Naturgeschichte eine Veränderung vorgenommen worden ist.

5.5.3. Die Versetzung von Joseph Köhler und dessen Nachfolge

Joseph Köhler wurde 1859 an die Oberrealschule nach Olmütz versetzt. Der Versetzung war eine langwierige Kriminalposse um den Professor vorausgegangen: Köhler war als Professor der Naturgeschichte auch für die Betreuung und Verwaltung des Botanischen Gartens und der jährlichen Dotation desselben verantwortlich. Bei der Überprüfung der Buchhaltung des Botanischen Gartens des Jahres 1854 durch die Statthalterei zeigten sich einige Unregelmäßigkeiten, die Köhler sowohl schriftlich als auch in mehreren Einvernahmen nur ausweichend erklärte und somit nicht restlos aufklären konnte.

Dabei ging es um zwei Rechnungen für Pflanzen und Bücher, für die Be-

185 Eduard Fenzl (Krummnußbaum 1808–1879 Wien), Mediziner, 1840–1878 Kustos und Leiter des Botanischen Hofkabinetts, 1849–1878 Prof. der Botanik an der Universität Wien.

186 Franz Joseph Unger (Leutschach 1800–1870 Graz), ab 1830 Landesgerichtsarzt in Kitzbühel, 1836–1850 Prof. der Botanik an der Universität Graz, ab 1850 Prof. der Pflanzenphysiologie an der Universität Wien.

187 Siehe bei Egglmaier, Naturgeschichte – Wissenschaft und Lehrfach, S. 225–226.

188 Vgl. Haidinger an Köhler, Maidling bei Wien 04.06.1850, 5246, Wienbibliothek, Handschriftenabteilung.

189 Vgl. bei Egglmaier, Naturgeschichte – Wissenschaft und Lehrfach, S. 236.

190 Siehe Majestätsvortrag, Wien 14.06.1850, MCU Allg. Sig. 5, Fasz. 1015 (Ktn. 1073), Österreichisches Staatsarchiv, Allgemeines Verwaltungsarchiv.

191 Siehe philosophische Fakultät an MCU (Konzept), Innsbruck 15.07.1850, Akten der Philosophischen Fakultät, 116 ex 1849/50, Universitätsarchiv Innsbruck.

lege ganz fehlten oder bei denen entweder die Rechnungsbeträge stark überhöht waren bzw. andere Unregelmäßigkeiten aufwiesen. Die Beträge, um die es dabei ging, waren zwar nicht unbedeutend, jedoch auch nicht sehr hoch (insgesamt 72 fl.), durch die zahlreichen widersprüchlichen Angaben von Köhler stand aber schließlich der Verdacht der gezielten Täuschung und der Verdacht des Verbrechens „der ämtlichen Veruntreuung § 181" des Strafgesetzes im Raum.[192] Daher wurden gegen Köhler von Seiten der Innsbrucker Staatsanwalt schließlich strafrechtliche Ermittlungen aufgenommen, im Zuge derer es zu einem enormen Aufwand an Schriftverkehr zwischen den Innsbrucker Polizeibehörden und jenen aus Prag kam, wo Köhler die Pflanzen nach seiner Auskunft gekauft hatte.

Nach langem Hin und Her wurde Köhler zwar schließlich vom Verdacht entlastet, sich oder die befreundeten Gärtner durch die falschen Rechnungen bereichert zu haben, zurück blieb jedoch die Vermutung, dass „wirkliche Auslagen durch falsche Quittungen gedeckt worden seyen, was wohl der Disziplinarverhandlung aber nicht dem Strafverfahren anheim fallen"[193] sollte. Im Abschlussbericht wurde zudem festgehalten, dass Köhler in Verwaltungsangelegenheiten offensichtlich völlig unbedarft gewesen war. Man glaubte im Landesgericht, Köhler hätte sich, nachdem er am Ende des Jahres bemerkt hatte, dass ihm für den Abschluss der Buchhaltung zahlreiche Rechnungen fehlten, gefälschte Rechnungen verschafft, um seine Achtlosigkeit nachträglich zu vertuschen.[194]

Für das Ministerium waren die Leichtfertigkeit und der Täuschungsversuch von Köhler allerdings nicht tragbar. Thun hatte daher beschlossen, Köhler zwar zunächst auf seinem Posten zu belassen, ihn aber an eine Realschule zu versetzen, sobald sich die Möglichkeit dazu ergeben sollte. Gleichzeitig war Thun bemüht, in der Öffentlichkeit kein großes Aufhebens zu machen. Er schrieb deshalb an den Statthalter in Tirol, Erzherzog Karl Ludwig, mit der Bitte, Köhler auf „vertraulichem" Wege darüber zu informieren, dass das Ministerium bereit sei, auf ein öffentliches Disziplinarverfahren zu verzichten, wenn Köhler umgekehrt sein Vergehen eingestehe und freiwillig

192 Vgl. dazu das Strafgesetz über Verbrechen, Vergehen und Übertretungen, 27.05.1852, RGBl 117/1852 §§ 181–182. „Als ein Verbrechen ist diejenige Veruntreuung zu behandeln, wenn Jemand ein, vermöge seines öffentlichen (Staats- und Gemeinde-) Amtes oder besonderen obrigkeitlichen oder Gemeindeauftrages ihm anvertrautes Gut im Betrage von mehr als fünf Gulden vorenthält oder sich zueignet. Eine solche Veruntreuung soll mit schwerem Kerker von einem bis zu fünf Jahren; wenn sie aber hundert Gulden übersteigt, von fünf bis zehn und zwanzig Jahren bestraft werden." Köhler drohten also bis zu fünf Jahre Haft.

193 Sammelakt über die Unregelmäßigkeiten bei Verrechnungen von Prof. Köhler, Innsbruck, Statthalterei Studien 3254/1858, Tiroler Landesarchiv.

194 Ebenda.

eine Versetzung an eine Realschule erbeten würde.[195] Köhler war mit diesem Handel einverstanden und sandte sein Versetzungsgesuch nur zehn Tage später an die Statthalterei, von wo aus das Gesuch weiter nach Wien geleitet wurde.[196] Um den Schein vollkommen zu wahren, rechtfertigt Köhler darin sein Gesuch um Versetzung damit, dass er gern „einen größeren Zuhörerkreis als Lehrer“[197] hätte. Nur der Erzherzog war mit der von Thun vorgeschlagenen Lösung nicht vollkommen einverstanden, weshalb er zwar dessen Versetzungsgesuch unterstützte, jedoch eigenmächtig beschloss, Köhler umgehend und solange zu beurlauben, bis seine Versetzung vollzogen sei.[198]

Bis zur Entscheidung über einen definitiven Nachfolger sollte daher erneut Adolf Pichler das Fach supplieren, der immer noch als Gymnasiallehrer in Innsbruck wirkte. Bei der Übergabe des Naturalienkabinetts von Köhler an Pichler musste dieser schließlich noch weitere Unregelmäßigkeiten auch bei der Führung des Kabinetts feststellen. Julius Ficker als Dekan der philosophischen Fakultät plädierte allerdings dafür, in diesem Fall Köhler zu entlasten, da dieser die Abgänge im Kabinett glaubhaft erklären konnte und er dem Naturalienkabinett zudem zahlreiche Zuwendungen gemacht hatte.[199]

Pichler war damit wieder in derselben Position wie schon knapp ein Jahrzehnt zuvor, und wieder machte er sich Hoffnungen darauf, dass ihm die Kanzel für Naturgeschichte definitiv verliehen werden würde.[200] Allerdings sollte seine Hoffnung auch in diesem Fall enttäuscht werden. Die philosophische Fakultät erhielt vom Ministerium im Juli 1860 den Auftrag, für die Besetzung der Kanzel einen Dreiervorschlag im MCU zu deponieren. Das Ministerium hatte die Fakultät auch aufgefordert, die Stelle nicht öffentlich auszuschreiben, sondern lediglich die eingelangten Bewerbungen zu reihen. Die Fakultät kam dieser Vorgabe umgehend nach und schickte bereits am 3. August 1860 die Terna an das Ministerium[201]: Pichler war

195 Siehe Thun an Karl Ludwig (eh. Konzept), Wien 19.05.1859, MCU Allg. Sign. 5, Fasz. 1015 (Ktn. 1073), Österreichisches Staatsarchiv, Allgemeines Verwaltungsarchiv.

196 Vgl. Köhler an MCU, Innsbruck 28.05.1859, MCU Allg. Sign. 5, Fasz. 1015 (Ktn. 1073), Österreichisches Staatsarchiv, Allgemeines Verwaltungsarchiv.

197 Ebenda.

198 Siehe Karl Ludwig an Thun, Innsbruck 01.06.1859, MCU Allg. Sign. 5, Fasz. 1015 (Ktn. 1073), Österreichisches Staatsarchiv, Allgemeines Verwaltungsarchiv.

199 Sammelakte Joseph Köhler, Innsbruck, Akten der Statthalterein, Studien 122, 32/1859, Tiroler Landesarchiv

200 Pichler, Aus Tagebüchern, S. 2–3.

201 Der Text des Antrags ist abgedruckt bei Goller et al., Mineralogie und Geologie an der Leopold-Franzens-Universität Innsbruck (1867–1945), S. 39–40. Im Personalakt von Kerner im AVA, MCU Allg. Sig. 5, Fasz. 1015 findet sich auch die Kompetententabelle, welche die Fakultät an das Ministerium gesandt hatte.

darin der erstgereihte, ihm folgten die Kandidaten Anton Kerner und Josef Lorenz[202].

Das Professorenkollegium hatte auch neuerlich beantragt, die Kanzel der Naturgeschichte zu teilen, weil durch den wissenschaftlichen Fortschritt in den Naturwissenschaften eine Teilung dringend nötig geworden war. Da eine solche Teilung aber bisher nicht stattgefunden hatte, musste das Professorenkollegium bei seiner Wahl von vornherein die beiden Kandidaten Johann Basslinger[203] und Gustav Tschermak[204] ausschließen, die zwar Experten der Zoologie bzw. Mineralogie und Geognosie waren, aber das Fach Naturgeschichte in der gesamten Breite – und damit auch in der eigentlich überholten Form – nicht lehren konnten. Pichler wurde dies, ebenso wie dem zweitgereihten Kerner, am ehesten zugetraut, wenngleich auch für diese beiden galt, dass Pichler auf dem Feld der Geologie und Kerner im Bereich der Botanik hervorstachen.

Den Ausschlag für Pichler gab dessen Tiroler Herkunft und seine Vertrautheit mit den lokalen Verhältnissen sowie die Tatsache, dass er sich durch sein bisheriges Wirken als Supplent und interimistischer Leiter des Naturalienkabinetts um die Innsbrucker Universität verdient gemacht hatte.[205] Die Statthalterei unterstützte den Vorschlag der Fakultät, glaubte jedoch einwenden zu müssen, dass für die beantragte Trennung „dermal nicht der geeignete Zeitpunkt ist, eine solche kostspielige Maßregel zu ergreifen, für welche nicht die unumgängliche Nothwendigkeit spricht."[206]

Die Entscheidung über die Nachbesetzung fiel dann erst nach Thuns Abschied aus dem Ministerium. Am 3. November 1860 unterbreitete Staatssekretär Helfert, der die Geschäfte des Ministeriums nun leitete, dem Kaiser den Vorschlag über die Besetzung der Stelle.[207] Helfert hob darin zunächst hervor, dass die Innsbrucker Universität die einzige sei, an der die naturhis-

202 Joseph Lorenz war damals Gymnasiallehrer in Fiume, 1853 war er in Graz zum Doktor der Philosophie promoviert worden. Siehe Goller et al., Mineralogie und Geologie an der Leopold-Franzens-Universität Innsbruck (1867–1945), S. 40.

203 Johann Basslinger, Zoologe.

204 Gustav Tschermak (Littau 1836–1927 Wien), ab 1856 Studium in Wien bei Joseph Redtenbacher und Eduard Fenzl, ab 1861 PD für Mineralogie und Chemie, ab 1862 Kustos am Mineralogischen Hof-Cabinet, ab 1868 dessen Leiter, 1868–1906 Prof. für Mineralogie und Petrographie an der Universität Wien.

205 Ebenda.

206 Statthalterei an MCU, Innsbruck 24.08.1859, MCU Allg. Sign. 5, Fasz. 1015, Österreichisches Staatsarchiv, Allgemeines Verwaltungsarchiv.

207 Der Majestätsvortrag ist abgedruckt bei Gerhard Oberkofler/Peter Goller, Materialien zur Geschichte der naturhistorischen Disziplinen in Österreich. Die Botanik an der Universität Innsbruck (1860–1945) (= Forschungen zur Innsbrucker Universitätsgeschichte 17), Innsbruck 1991, S. 40–42.

torischen Fächer noch nicht auf mehrere Lehrstühle verteilt gelehrt wurden, was zwar nicht mehr dem Stand der Wissenschaften entspreche, was aber bei der angespannten Finanzsituation des Landes und des Reiches dermalen nicht zu ändern sei. Helfert glaubte daher, die Aufspaltung des Lehrstuhls nur für die Zukunft empfehlen zu dürfen, für die Gegenwart sah er vorerst die Notwendigkeit, einen den gegebenen Voraussetzungen entsprechenden Bewerber vorzuschlagen. Im Hinblick auf die Naturgeschichte waren hier vor allem zwei Punkte zu beachten, nämlich das Fehlen einer medizinischen Fakultät bei gleichzeitigem Vorhandensein eines pharmazeutischen Studiums. Aus diesem Grund empfahl Helfert – anders als die Fakultät – nicht denjenigen Kandidaten, der am umfangreichsten auf allen Gebieten geeignet war, sondern denjenigen Kandidaten, der schwerpunktmäßig auf dem Feld der Botanik gearbeitet hatte, da das Fach Botanik für die Ausbildung der Pharmazeuten von enormer Wichtigkeit war. Unter diesen Voraussetzungen war aber nicht Pichler, sondern der zweitgereihte Anton Kerner der Kandidat, der am besten qualifiziert war.[208] So fiel die Wahl schließlich auf Anton Kerner.

Kerner wurde 1831 in Mautern in Niederösterreich geboren. Er studierte von 1849 an in Wien, wo ihn besonders der Botaniker Franz Unger prägte. Im Jahr 1854 wurde er in Wien zum Doktor der Medizin promoviert. Seit 1855 war er Lehrer an der Oberrealschule in Ofen, 1858 wurde er zum Professor der Naturgeschichte am dortigen Polytechnikum ernannt.[209] Seit seiner Promotion hatte er zahlreiche Werke zur Flora seiner Heimat verfasst.

Bei Pichler war die Enttäuschung darüber enorm, sodass er sich noch nach 40 Jahren beim Druck seiner Tagebücher verbittert über seine (dritte) Zurücksetzung äußerte.[210] Die Zurückweisung führte er vor allem auf die klerikalen Einflüsse[211] und darauf zurück, dass er anders als Kerner keinen einflussreichen Fürsprecher im Ministerium besaß. Pichlers Ansicht nach hatte nämlich besonders Sektionsrat Ludwig Heufler von Hohenbühel, der ebenfalls Botaniker war, die Ernennung von Kerner im Ministerium vorangetrieben.[212]

---

208 Zusätzlich nannte Helfert zwar noch einen zweiten Kandidaten, den Privatdozenten Julius Sachs aus Prag, der jedoch wegen seines lutherischen Bekenntnisses für Innsbruck nur bedingt in Frage kam. Das MCU hatte sich bereits im Juli 1860 – also noch vor dem Einlangen der Terna aus Innsbruck – über Sachs in Prag informiert. Siehe dazu bei Oberkofler et al., Materialien zur Geschichte der naturhistorischen Disziplinen in Österreich, S. 12–13.

209 Siehe im Majestätsvortrag ebenda, bzw. in Oberkofler et al., Materialien zur Geschichte der naturhistorischen Disziplinen in Österreich, S. 11–14.

210 Pichler, Aus Tagebüchern, S. 2–3.

211 Vgl. auch Thaler an Pichler, Wien 30.12.[1860], GSK 74/IV, 5, 3, Goethe- und Schiller-Archiv, Weimar.

212 Vgl. Pichler an Thaler, Innsbruck 21.03.1861, 90344, Wienbibliothek, Handschriftenabteilung; Thaler an Pichler, Wien 13.12.[1860], GSK 74/IV, 5, 3, Goethe- und Schiller-Archiv, Weimar. Siehe auch Kapitel 5.14.

Diese Vermutung wird durch zahlreiche Briefe im Nachlass von Anton Kerner gestützt.

Kerner war mit seiner damaligen Stellung in Ungarn sehr unzufrieden, da er unter den Anfeindungen der Deutschen in Ungarn sehr litt und ihn die politischen Spannungen dort belasteten.[213] Er hatte daher schon 1859 gehofft, von Ofen nach Wien versetzt zu werden, auch damals hatte Heufler sich für ihn eingesetzt. Diese Hoffnung erfüllte sich jedoch nicht[214], weshalb er sich im Jahr 1860 um die vakante Kanzel in Innsbruck bewarb.[215] Die Briefe seiner Verwandten an ihn in diesem Zeitraum zeigen allerdings sehr deutlich, dass er dies mit durchaus zwiespältigen Gefühlen tat. Besonders die Schreiben seines Bruders Joseph (Pepi) Kerner lassen die Gründe hierfür erahnen. Kurz vor der Bewerbung Antons schrieb er an seinen Bruder:

> Soeben habe ich den Brief gelesen, den Mutter dir schrieb und ich kann nichts Besonderes dazu fügen. Auch ich wäre für Innsbruck und eine Universitätsprofessur – nur kommt zu erwägen: 1. hast du denselben Rang und Gehalt? 2. was vertrieb Köhler dort, daß er von einer Universitätsprofessur mag an eine Realschule gehn? Dann kennen wir den Charakter der Tiroler, finstere Gesellen, die nur ihr Land lieben, und wo es vielleicht lange dauert, bis ein Fremder sich heimisch macht? endlich das clerikale Wesen und das Treiben der Jesuiten Parthey. Doch das alles glaube ich ist nichts gegen das Magyarenthum.[216]

Der Wunsch aus Ofen wegzukommen, war aber offensichtlich stärker als die Bedenken seines Bruders, was auch erklären mag, warum er zu einer Gehaltseinbuße von 200 fl. bei einer Versetzung nach Innsbruck bereit war. Anton Kerners Mutter versuchte nun, nachdem ihr Sohn den Antrag in Innsbruck und beim Ministerium deponiert hatte, die Sache positiv in sei-

213 Vgl. etwa Kerner (Elisabeth) an Kerner (Anton), Wien 18.06.1860, Nachlass Anton Kerner, 131.33, Schachtel 283, Archiv der Universität Wien; Wastler an Kerner, Graz 25.03.1861, Nachlass Anton Kerner, 131.33, Schachtel 281, Archiv der Universität Wien. Vgl. auch Oberkofler et al., Materialien zur Geschichte der naturhistorischen Disziplinen in Österreich, S. 13. Siehe auch das Gesuch Carl Peters vom November 1860 um Versetzung aus Pest, das ähnliche Klagen enthält, zit. bei Elmar Schübl, Mineralogie, Petrographie, Geologie und Paläontologie. Zur Institutionalisierung der Erdwissenschaften an österreichischen Universitäten, vornehmlich an jener in Wien, 1848–1938 (= Scripta Geo-Historica. Grazer Schriften zur Geschichte der Erdwissenschaften 3), Graz 2010, S. 8.

214 Vgl. Unbekannt an Kerner, Wien 03.03.1860, Nachlass Anton Kerner, 131.33, Schachtel 282, Archiv der Universität Wien.

215 Kerner an MCU, Ofen 20.06.1860, MCU Allg. Sign. 5, Fasz. 1015 (Ktn. 1073), Österreichisches Staatsarchiv, Allgemeines Verwaltungsarchiv.

216 Kerner (Joseph) an Kerner (Anton), Wien 18.06.1860, Nachlass Anton Kerner, 131.33, Schachtel 283, 5, Archiv der Universität Wien.

nem Sinn zu beeinflussen. Zu diesem Zweck wandte sie sich an Sektionsrat Marian Koller, dieser wiederum hatte bei Heufler vorgesprochen.[217] Beide dürften dann die Entscheidung im Ministerium durchaus beeinflusst haben. Die Angelegenheit kam jedoch nicht sofort zur Entscheidung, was Kerners Mutter sehr beunruhigte. Sie ahnte nichts Gutes, als sie erfahren hatte, dass die

> Kaiserin Mutter in Innsbruck weilt, da auch unser Kaiser jetzt wieder in der Nähe von Innsbruck war, wo er mit seinem Bruder dem Statthalter zusammentraf und wo es leicht sein konnte, daß der Competent von Innsbruck sich an diese Persönlichkeiten wende, um sein Ziel zu erreichen.[218]

Aus ihrer Sicht hätte das wohl bedeutet, dass es nur darauf ankomme, welcher der Bewerber das Spiel in den Hinterzimmern der Macht besser beeinflussen könne. Dass sie damit ein Stück weit Recht hatte, verdeutlicht die Episode um ihren Sohn allerdings umso mehr. Als Heufler der Mutter Kerners schließlich aber die Ernennung ihres Sohns mitteilen konnte, hob er seinen Einfluss entsprechend hervor, und betonte, dass ihr Sohn „diese Stelle ohne seiner[sic!] Verwendung schwerlich bekommen" hätte, „er [Heufler, C.A.] sey unausstehlich gewesen, wie ein Jude, hatte nicht nachgelassen etc."[219] Inwieweit der Einfluss von Heufler wirklich den Ausschlag gegeben hatte, ist damit zwar nicht endgültig geklärt, deutlich zeigt sich indes, dass Pichler mit seiner Vermutung nicht ganz falsch gelegen hatte. Allerdings muss man auch zugestehen, dass Kerner – wenn auch nur im Hinblick auf die Botanik – ein exzellenter Wissenschaftler war, der damals schon knapp 30 Veröffentlichungen auf dem Gebiet der Botanik vorweisen konnte. Daher mag der Einfluss von Heufler zwar bestanden haben, die Wahl von Kerner war indes nicht ungerechtfertigt und durch die Argumentation von Helfert, einen Botaniker für die pharmazeutischen Studien besser gebrauchen zu können, nicht ohne Grund.

5.5.4. Die Ungleichzeitigkeiten der Reform

Die Frage der Besetzung der Kanzel für Naturgeschichte an der Innsbrucker Universität ist in mehrfacher Hinsicht interessant. So verdeutlicht sie

217 Vgl. Kerner (Elisabeth) an Kerner (Anton), Wien 26.11.1860, Nachlass Anton Kerner, 131.33, Schachtel 283, 1, Archiv der Universität Wien.

218 Ebenda.

219 Ebenda.

die Ungleichzeitigkeiten, die bei der Reform der österreichischen Universitäten aufgetreten sind. Während an anderen Universitäten die Lehre der Naturgeschichte durch nur einen Professor schon 1848 als Anachronismus erachtet worden war und die Kanzel daher aufgespalten wurde, blieb man in Innsbruck vorerst bei der überkommenen Form. Dass man dabei mit Joseph Köhler einen Professor ausgewählt hatte, der damals schon knapp 60 Jahre alt war, ist insofern ebenfalls als symptomatisch anzusehen. Köhlers Nachfolger Kerner war dann bereits im neuen Studiensystem sozialisiert worden, und wenn auch er zwar noch zum Professor der (gesamten) Naturgeschichte ernannt worden war, so war mit seiner Ernennung de facto die Aufspaltung der alten Kanzel verbunden. Denn der Botaniker Kerner widmete sich wenig überraschend überwiegend botanischer Forschung und Lehre.[220] Schon 1863 wurde mit Camill Heller ein Zoologe ernannt[221], und nach einem neuerlichen Gesuch der philosophischen Fakultät 1867, erhielt schließlich auch Adolf Pichler die langersehnte Professur („Ein Wendepunkt in meinem Leben: Ich bin zum Professor der Mineralogie und Geologie an der Universität ernannt“[222]).

Die Aufspaltung der Kanzel für Naturgeschichte war damals notwendig geworden, um den Fortschritt, der sich seit Jahren in naturhistorischen Fächern vollzog, auch in Innsbruck Einzug halten zu lassen.[223] Der Antrag der Fakultät hierzu wurde im Übrigen ebenfalls von Ludwig Heufler angeregt: Er hatte sich damals privat an Kerner gewandt und ihn aufgefordert, ein solches Gesuch im Ministerium zu deponieren, da die Situation für eine Bewilligung des Antrags günstig sei und die Kanzel der Naturgeschichte „einer überwundenen Stufe“[224] angehöre. Ob ihn dabei auch das schlechte Gewissen plagte, ist freilich spekulativ, allerdings glaubte Heufler, damit auch dem „Gymnasiallehrer Pichler, jene Stelle zu verschaffen, welche schon bei Gelegenheit der letzten Erledigung der Kanzel der Naturgeschichte das Professorenkollegium der philosophischen Fakultät in Innsbruck für ihn beantragt

220 Vgl. dazu Oberkofler et al., Materialien zur Geschichte der naturhistorischen Disziplinen in Österreich, S. 14–18.

221 Vgl. Janetschek, Aus der Geschichte der Zoologie in Innsbruck, S. 57–58.

222 Pichler, Aus Tagebüchern, S. 90.

223 Siehe dazu den Text des Gesuchs bei Goller et al., Mineralogie und Geologie an der Leopold-Franzens-Universität Innsbruck (1867–1945), S. 41–42. Der Text ist auch deshalb bemerkenswert, da er den „ungeahnten“ Aufschwung der Naturwissenschaften in den letzten Dezennien thematisiert und auch davon spricht, dass dieser Aufschwung „in allen unseren Verhältnissen und Anschauungen“ einen enormen Umschwung eingeleitet habe. Daher sei „Theilung der Arbeit“ das Programm der Zeit.

224 Heufler an Kerner, Wien 26.02.1867, Nachlass Anton Kerner, 131.33, Schachtel 282, Archiv der Universität Wien.

hatte."[225] Nicht zuletzt verdeutlicht die Nichttrennung der naturgeschichtlichen Lehrkanzel, dass die Reform und die angestrebte Verwissenschaftlichung der philosophischen Fakultät mit der damit verbundenen Differenzierung des Fächerkanons auch manches Mal an finanziellen Fragen scheiterten.

Die Personalentscheidungen in dem Fall der Kanzel für Naturgeschichte veranschaulichen außerdem, dass die Universität – trotz des verbrieften Rechtes zur Ernennung von Professoren – nur geringen Einfluss auf die Personalentscheidungen an der Universität hatte. Am Beginn der Ära Thun legte die Universität zwar noch offiziell Protest gegen die Einflussnahme des Ministeriums und die Oktroyierung von Köhler ein. In den folgenden Jahren resignierte man aber offenbar, und ein solcher Protest blieb weitgehend aus, obschon Thun sein Vorgehen nicht ändern sollte und er auch weiterhin Personalentscheidungen im Alleingang fällte.

5.6. Die Schaffung eines Lehrstuhls für Chemie und die Berufung von Heinrich Hlasiwetz[226]

Nachdem wir im vorigen Abschnitt bereits an das Ende von Thuns Amtszeit gelangt waren, machen wir erneut einen großen Schritt zurück an den Beginn von Thuns Ministerschaft, wir bleiben jedoch in der philosophischen Fakultät. Am 1. Dezember 1851 ernannte der Kaiser Heinrich Hlasiwetz zum außerordentlichen Professor der Chemie an der Innsbrucker Universität. Der 1825 in Böhmen geborene Hlasiwetz war nach seinem Chemiestudium in Jena zunächst als Apothekergehilfe in mehreren Städten tätig gewesen und wurde dann Assistent an der Prager Universität. Im Revolutionsjahr erlangte er den Titel des Magisters der Pharmazie, im Jahr darauf wurde Hlasiwetz promoviert. Anschließend wurde er zum Assistenten am Lehrstuhl für Chemie an der Prager Universität ernannt, wo ihn der Ruf nach Innsbruck ereilte.

Die Prager Hochschule war zu diesem Zeitpunkt eine Hochburg der österreichischen Chemie. Die Schule des dort lehrenden Chemikers Josef Redtenbacher wurde wie Rosner schreibt, „zur Keimzelle für die Lehre und

225 Ebenda.

226 Der Abschnitt basiert überwiegend auf den Arbeiten von Guido Machek, Die Lehrkanzeln und Institute für Chemie in Innsbruck, in: Franz Huter (Hg.), Die Fächer Mathematik, Physik und Chemie an der Philosophischen Fakultät zu Innsbruck bis 1945, Innsbruck 1971, S. 173–222. Dieser hat das verfügbare Archivmaterial zu Hlasiwetz aufgearbeitet.

Forschung im ganzen Reich."[227] Redtenbacher selbst hatte während des Vormärzes in Gießen in den Laboratorien von Justus Liebig gearbeitet und die dort gemachten Erfahrungen und das dort erworbene Wissen aus dem Bereich der organischen Chemie konnten sich nach 1848 über seine Schüler an den Universitäten der Habsburgermonarchie verbreiten.[228] Denn neben Hlasiwetz erhielten auch andere seiner Schüler in diesen Jahren einen Ruf an eine österreichische Universität.[229]

Bereits im August 1851 hatte Thun dem Kaiser vorgeschlagen, in Innsbruck einen Lehrstuhl für Chemie zu errichten und Hlasiwetz auf denselben zu berufen. Thun betonte in seinem Vortrag an den Kaiser, wie wichtig die Schaffung einer solchen Kanzel sowohl für die Wissenschaft als auch für die praktischen Zwecke der Industrie sei.[230] Bis zu diesem Zeitpunkt gab es in Innsbruck nämlich keinen eigenen Lehrstuhl für Chemie. Das Fach hatte zwar eine lange Tradition an der Innsbrucker Universität, allerdings fand der Unterricht darin lediglich als Teil des medizinischen Studiums statt. Mit dem neuen medizinischen Studienplan von 1816 wurde das Fach innerhalb der Kanzel für theoretische Medizin gelehrt.[231] Seither hatte es sich jedoch – besonders durch die Forschungen von Justus Liebig in Deutschland – zu einer aufstrebenden Disziplin entwickelt, die durch intensive Forschungen und die Verbindung zu praktischen Anwendungen und den damit verbundenen Innovationen enorm an Attraktivität gewonnen hatte. Beispielhaft kann man etwa auf den Einfluss Liebigs und seiner Schüler auf die Landwirtschaft verweisen.[232] Neben der Ausbildung von Wissenschaftlern und Praktikern sollte das Fach auch gut geschulte Lehrer heranbilden. Denn auch an den neu gegründeten Realschulen besaß die Chemie einen zentralen Stellenwert.[233]

227 Rosner, Chemie in Österreich 1740–1914, S. 143.

228 Thun selbst hatte in der Ministerkonferenz vom 18. Juli 1851 vorgeschlagen, Liebig für die Verdienste, welche er sich „um die Ausbildung österreichischer Untertanen in seinem Fache erworben hat, sodaß die ausgezeichnetsten Professoren der Chemie an unseren Lehranstalten aus seiner Schule hervorgegangen sind", das Komturkreuz des Franz-Joseph-Ordens zu verleihen. Die Protokolle des österreichischen Ministerrates (1848–1867). II. Abteilung (Das Ministerium Schwarzenberg), Bd. 5, S. 112.

229 Vgl. Rosner, Chemie in Österreich 1740–1914. S. 143 und 162.

230 Majestätsvortrag, Wien 28.08.1851, MCU Präs. 12087 ex 1851, Österreichisches Staatsarchiv, Allgemeines Verwaltungsarchiv.

231 Franz Huter (Hg.), Die Fächer Mathematik, Physik und Chemie an der Philosophischen Fakultät zu Innsbruck bis 1945 (= Veröffentlichungen der Universität Innsbruck 66), Innsbruck 1971, S. 16–18.

232 Rosner, Chemie in Österreich 1740–1914, S. 143.

233 Ebenda.

Diese dreifache Aufgabe betonte Thun auch in seinem Majestätsvortrag im August 1851 und unterstrich dabei den Mangel an gut ausgebildeten Chemikern, der einem großen Bedarf an solchen gegenüberstand. Der Minister glaubte sich daher auch glücklich schätzen zu dürfen, dennoch einen tüchtigen Kandidaten für Innsbruck gefunden zu haben. Dieser Kandidat war der bereits genannte Heinrich Hlasiwetz. Thun schrieb in seinem Antrag, Hlasiwetz vereine in sich sowohl fundierte wissenschaftliche Kenntnisse als auch praktische Erfahrung, was beim Aufbau eines Lehrstuhls für Chemie von Vorteil sei. Außerdem, so betonte Thun, hatte sich der junge Gelehrte auch in Deutschland fortgebildet, wo die chemische Forschung bereits einen höheren Standard erreicht habe.[234] Hlasiwetz sollte außerdem den Aufbau eines chemischen Labors besorgen und damit den Grundstein für chemische Forschung und Unterricht in Innsbruck legen.

Im Dezember 1851 bewilligte der Kaiser schließlich die Ernennung von Hlasiwetz, allerdings wurde der junge Gelehrte nur zum außerordentlichen Professor mit einem Gehalt von 900 fl. ernannt. Erst zwei Jahre später erfolgte die Beförderung zum ordentlichen Professor mit dem regulären Jahresgehalt von 1000 fl., nachdem die Fakultät sich zu Beginn des Wintersemesters 1853 für eine solche ausgesprochen hatte.[235] Argumentiert hatte sie dabei mit den hervorragenden Leistungen des Professors und seinem Engagement beim Aufbau des chemischen Laboratoriums. Außerdem sollte mit der Schaffung einer ordentlichen Lehrkanzel auch dem neu geschaffenen pharmazeutischen Studium an der Innsbrucker Universität Rechnung getragen werden.[236] Hlasiwetz wirkte bis 1867 an der Innsbrucker Universität. In dieser Zeit veröffentlichte er mehr als 60 wissenschaftliche Beiträge.[237]

Die Einrichtung eines chemischen Lehrstuhls und die Berufung von Hlasiwetz nach Innsbruck zeugen von einem gesteigerten Interesse an diesem Fach. Auch an anderen Universitäten wurden in diesen Jahren eigenständige Lehrstühle geschaffen und das Fach aus seiner Abhängigkeit vom medizinischen und pharmazeutischen Studium herausgelöst und als eigene Disziplin etabliert. Neben der Ausbildung von Lehrern und Wissenschaftlern wurde dabei stets der hohe praktische und öffentliche Wert dieses Fachs

234 Majestätsvortrag, Wien 28.08.1851, MCU Präs. 12087 ex 1851, Österreichisches Staatsarchiv, Allgemeines Verwaltungsarchiv.

235 Siehe dazu bei Machek, Die Lehrkanzeln und Institute für Chemie in Innsbruck, S. 175.

236 Vgl. hier Machek, Die Lehrkanzeln und Institute für Chemie in Innsbruck, S. 175; Huber, Geschichte der Medizinischen Fakultät Innsbruck und der medizinisch-chirurgischen Studienanstalt.

237 Siehe zum Wirken von Hlasiwetz vor allem Rosner, Chemie in Österreich 1740–1914, S. 166–167.

hervorgehoben.[238] Wie an anderen Universitäten auch, setzte Thun dabei auf eine neue Generation von jungen Chemikern.

Trotz der Ablösung der Chemie aus dem rein medizinischen Kontext blieb die Verbindung zum medizinisch-chirurgischen Studium aufrecht und die Studenten des medizinisch-chirurgischen Studiums besuchten weiterhin die Kollegien von Prof. Hlasiwetz. Durch den neuen pharmazeutischen Studienplan von 1853 erhielt die Chemie außerdem einen zentralen Stellenwert für die Pharmazie. Wie die Chemie wurde auch die Pharmazie damals aus dem Kontext des medizinischen Studiums herausgelöst und als eigenes Fach etabliert. Gleichzeitig zeigen die Debatten um den Lehrplan der Pharmazie nach 1853, dass die Chemie vermehrt als Grundlage der Pharmazie angesehen wurde, die dem Unterricht in der Botanik und der Mineralogie vorangehen sollte.[239]

5.7. Personalrochaden in der philosophischen Fakultät und die Berufung von Adalbert Waltenhofen

Neben dem Chemiker Hlasiwetz wurde im folgenden Jahr 1852 ein weiterer Naturwissenschaftler nach Innsbruck berufen, der Physiker Adalbert Waltenhofen[240]. Seine Berufung war durch eine Personalrochade innerhalb der philosophischen Fakultät möglich geworden. Der bisherige Professor für Physik, Anton Baumgarten, hatte nämlich seine Versetzung auf den Lehrstuhl für Mathematik beantragt und diese wurde ihm am 16. August 1852 bewilligt. Baumgarten wiederum konnte auf den Lehrstuhl für Mathematik wechseln, weil der bisherige Professor für Mathematik Josef Böhm mit 15. Februar 1852 nach Prag versetzt worden war. Böhm übernahm den dortigen Lehrstuhl und wurde gleichzeitig Mitarbeiter an der Prager Sternwarte.[241]

Als Nachfolger von Böhm war eigentlich der Assistent an der Prager Sternwarte Karl Jelinek[242] vorgesehen, den Thun mit 15. Februar 1852 nach

238 Vgl. dazu auch bei Surman, Habsburg Universities 1848–1918, S. 197.

239 Siehe besonders bei Alois Kernbauer, Zwischen Zunft und Wissenschaft. Der österreichische Apotheker- und Pharmazeutenstand in der Krise. Von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis in das Jahr 1922 (= Geschichte der Pharmazeutischen Ausbildung in Österreich), Graz 1989, S. 223–225.

240 Adalbert Waltenhofen (Admontbichl 1828–1914 Wien), ab 1850 Lehrer am Joanneum in Graz, 1852–1867 Prof. für Physik an der Universität Innsbruck, ab 1867 Prof. am Polytechnikum Prag.

241 Vgl. zu Böhm Gerhard Oberkofler, Zur Geschichte der Innsbrucker Mathematikerschule, in: Franz Huter (Hg.), Die Fächer Mathematik, Physik und Chemie an der Philosophischen Fakultät zu Innsbruck bis 1945, Innsbruck 1971, S. 22–54, hier S. 24–26.

242 Karl Jelinek (Brünn 1822–1876 Wien), ab 1843 Assistent an der Wiener Sternwarte, ab 1847 Assistent an der Prager Sternwarte, ab 1852 Prof. am Polytechnikum in Prag, ab

Innsbruck berief. Böhm und Jelinek tauschten somit gewissermaßen ihren Posten, wobei Jelinek allerdings gleichzeitig auch einen Karrieresprung machte, war er doch bisher bloß Assistent gewesen. Jelinek sollte Böhm an der Sternwarte in Prag einweisen und kam daher zunächst nicht sofort nach Innsbruck.[243] Im Mai 1852 wurde er schließlich zum Professor am Prager Polytechnikum ernannt und trat somit seine Stellung in Innsbruck nie an.[244] Die genauen Gründe, warum Thun seine Entscheidung so rasch revidierte, lassen sich dabei nicht vollkommen eruieren. Im Personalakt von Baumgarten im Allgemeinen Verwaltungsarchiv findet sich lediglich der Hinweis, dass Jelinek versetzt wurde.[245] Im Personalakt von Jelinek im AVA findet sich keine eigene Dokumentation zu den Vorgängen im Jahr 1852.[246] Jelinek selbst schrieb in einer Darstellung der Geschichte des Prager Polytechnikums im Jahr 1856:

> Seit dem Schuljahr 1850 hielt er [Jelinek, C.A.] Vorträge über höhere Mathematik am polytechnischen Institut zu Prag, welche ihm mit Landesausschuß-Decret vom 19. Februar 1850 übertragen worden waren. Als er nun mit a.h. Entschließung vom 15. Febr. 1852 zum ordentlichen Professor der Mathematik an der Universität zu Innsbruck ernannt worden war, gab dieß dem Directorate im Einverständnisse mit dem Lehrkörper des polytechnischen Institutes zu Prag Veranlassung, um die Systemisierung der bisher nur provisorisch eingeführten Lehrkanzel der höheren Mathematik zu bitten. Diese Bitte wurde mit a.h. Entschließung vom 30. April 1852 gewährt, und Jelinek mit a.h. Entschließung vom 20. Mai 1852 zum Professor der höheren Mathematik am polytechnischen Institute zu Prag ernannt.[247]

1863 Direktor der Zentralanstalt für Meteorologie und Erdmagnetismus.

243 Vgl. Jelinek an Bissingen, Prag 08.04.1852, Akten der Statthalterei, Studien 3427/1852, Tiroler Landesarchiv.

244 Vgl. Oberkofler, Zur Geschichte der Innsbrucker Mathematikerschule, S. 26.

245 Personalakt Anton Baumgarten, Innsbruck, MCU Allg., Fasz. 1014, Sign. 5, Österreichisches Staatsarchiv, Allgemeines Verwaltungsarchiv.

246 Personalakt Karl Jelinek, Wien, MCU Allg., Fasz. 671, Sign. 4, Österreichisches Staatsarchiv, Allgemeines Verwaltungsarchiv. Im Majestätsvortrag (16.07.1863) zur Besetzung der Direktorenstelle der Zentralanstalt für Meteorologie und Erdmagnetismus in Wien, für die Jelinek vorgeschlagen war, liest man lediglich: „Mit ah. Entschließung vom 15. Februar 1852 wurde Jelinek zum ordentlichen Professor der Mathematik an der Universität Innsbruck ernannt, und als in demselben Jahre eine Lehrkanzel der höheren Mathematik an dem technischen Institute in Prag systemisiert wurde, wurde ihm dieselbe mit Allerhöchster Entschließung vom 20. Mai 1852 verliehen.“ Ebenda.

247 Das ständisch-polytechnische Institut zu Prag. Programm zur fünfzigjährigen Erinnerungs-Feier an die Eröffnung des Institutes. Im Auftrage des Lehrkörpers redigirt von Carl Jelinek, Prag 1856, S. 248.

Zumal Jelinek bis dahin bereits in Prag tätig war und dort gemeinsam mit Karl Kreil vielbeachtete meteorologische Beobachtungen anstellte und publizierte, liegt wohl auch der Schluss nahe, dass ein Verbleib in Prag es ihm ermöglichte, seine Forschungen fortzusetzen. Außerdem war das Gehalt am Polytechnikum höher als an der Universität Innsbruck, somit lagen neben dem wissenschaftlichen Aspekt auch finanzielle Gründe vor, warum Jelinek wohl lieber in Prag blieb. Neuerlich zeigte sich damit, dass die Stellen an der Provinzuniversität Innsbruck finanziell wenig attraktiv waren.

Baumgarten war seit 1840 an der Innsbrucker Universität tätig.[248] Im Revolutionsjahr 1848 hatte sich Baumgarten als einer der Anführer der akademischen Legion hervorgetan und dadurch sowohl bei Studenten als auch öffentlich an Ansehen gewonnen.[249] Nach dem Rückzug von Jelinek erbat Baumgarten vom MCU seine Versetzung auf die Lehrkanzel für Mathematik. Als ausschlaggebenden Grund hierfür gab Baumgarten die körperliche Belastung an, die mit dem Unterricht in der Physik verbunden war. Vor allem die aufwendige Vorbereitung für die Experimente und die physikalischen Demonstrationen in den oft kalten Sälen schreckten Baumgarten, bei seinem – wie er schrieb – angegriffenen Gesundheitszustand ab, den Unterricht in der Physik fortzusetzen. Baumgarten musste zwar zugeben, dass er keine wissenschaftlichen Leistungen in der Mathematik vorweisen könne, verwies aber auf einen noch während des Vormärzes absolvierten Konkurs, bei dem ihm eine Eignung für das Fach attestiert worden war.[250] Baumgarten wurde mit seinem Gesuch sowohl vom Senat der Universität als auch vom Statthalter Bissingen unterstützt. Besonders das Unterstützungsschreiben des Senats macht einmal mehr die miserable Situation an der Universität Innsbruck deutlich, wenn es dort als Erfolg von Baumgarten aufgeführt wird, dass er fünf Studenten in seinem letzten Kollegium hatte, das er für den zwar berufenen aber nicht nach Innsbruck gekommenen Professor Karl Jelinek suppliert hatte.[251]

Um den Lehrstuhl für Mathematik konkurrierte allerdings noch ein weiterer Kandidat: Ferdinand Peche.[252] Der Gymnasiallehrer hatte sich direkt

248 Zum Wirken von Baumgarten siehe Steinmaurer, Die Lehrkanzel für Experimentalphysik, S. 72–75; Oberkofler, Zur Geschichte der Innsbrucker Mathematikerschule, S. 26–28.

249 Vgl. dazu Egger, Die I. Akademische Kompanie der k.k. Universität zu Innsbruck; Pichler, Zu meiner Zeit, S. 99–100.

250 Siehe Personalakt Anton Baumgarten, Innsbruck, MCU Allg., Fasz. 1014, Sign. 5, Österreichisches Staatsarchiv, Allgemeines Verwaltungsarchiv.

251 Ebenda.

252 Ferdinand Peche (Pisek 1820–1898 Innsbruck), Mathematiker, ab 1851 Lehrer am Gymnasium in Teschen, ab 1854 Supplent am Joanneum, 1857–1864 Telegraphenoffizial in Wien, 1868–1898 Prof. der math. Physik an der Universität Innsbruck.

beim Senat für die Nachfolge von Jelinek beworben und konnte sowohl Zeugnisse von der Landesschulbehörde in Teschen als auch vom Gymnasium in Troppau vorweisen, die ihm die Eignung für die Stelle bescheinigten.[253] Peche hatte überdies in der Reihe *Naturwissenschaftliche Abhandlungen* zwei Aufsätze veröffentlicht, die seine wissenschaftliche Befähigung untermauerten und dem Antrag beigefügt waren. Der amtierende Rektor Georg Schenach sprach sich gegenüber Thun am 23. Juni 1852 dennoch dafür aus, Baumgarten die Stelle zu verleihen, ohne dafür eine klare Begründung zu geben.

Am 17. August 1852 schlug Thun dem Kaiser die Ernennung von Baumgarten zum Professor der Mathematik in Innsbruck vor und kam damit dem Wunsch des Professors und den Empfehlungen aus Innsbruck nach. Die Ernennung wurde der Universität am 22. August 1852 von Staatssekretär Joseph Alexander von Helfert mitgeteilt. Baumgarten hatte indes Ferdinand Peche, mit dem er offensichtlich bekannt war, als seinen möglichen Nachfolger empfohlen. Thun wollte sich vor einer definitiven Nachbesetzung der erledigten Stelle von Baumgarten jedoch genauer informieren.

5.7.1. Die Berufung von Adalbert Waltenhofen

Schon bald nach der Versetzung von Baumgarten trafen die ersten Bewerbungen in der Universität ein. Der bereits genannte Ferdinand Peche hatte Ende September 1852 erneut ein Gesuch an den Senat gestellt und um die Verleihung der Lehrkanzel für Physik gebeten. Am 8. Dezember 1852, nachdem im Oktober noch ein weiteres Gesuch von Karl Schwippel[254] über das Ministerium nach Innsbruck gelangt war, erstattete Anton Baumgarten seinen Fakultätskollegen Bericht über die eingegangenen Bewerbungen und nahm zugleich eine Reihung der Kandidaten vor. Seine Terna führte Victor Pierre[255] an, zweitgereiht war Joseph Derffel[256] und an die dritte Stelle setzte

253 Siehe Personalakt Anton Baumgarten, Innsbruck, MCU Allg., Fasz. 1014, Sign. 5, Österreichisches Staatsarchiv, Allgemeines Verwaltungsarchiv.

254 Karl Schwippel (Prag 1821–1911 Wien), Geologe, ab 1851 Lehrer an verschiedenen Gymnasien, ab 1872 Schulrat. Siehe zur Biografie Schwippels: Eduard Suess, Karl Schwippel, in: Mitteilungen der Geologischen Gesellschaft in Wien (1911), S. 638.

255 Victor Pierre (Wien 1819–1886 Wien), ab 1844 Assistent am physikalischen Institut an der Universität Wien, 1851–1853 Prof. der Physik an der Technischen Militärakademie Wien, ab 1853 Prof. der Physik an der Universität Lemberg, ab 1857 Prof. der Physik an der Universität Prag.

256 Joseph Derffel (Triest 1823–1884 Meran), Assistent am Polytechnikum in Wien, Prof. der Mathematik, später Komponist und Pianist.

Baumgarten Ferdinand Peche.[257] Schwippel war aus der Sicht von Baumgarten nicht für die Kanzel geeignet. Der erstgereihte Pierre hatte in Wien Medizin studiert und war danach ebendort Adjunkt und Supplent in den Fächern Elementarmathematik und Physik. Zur Zeit seiner Bewerbung war er Professor an der technischen Akademie in Lemberg. Joseph Derffel reihte Baumgarten an die zweite Stelle vor Peche, weil Derffel mehr praktische Erfahrung im Experimentieren besaß als Peche und er vom berühmten Mathematiker und Physiker Josef Petzval[258] empfohlen worden war.[259]

Die Terna war allerdings hinfällig, denn Thun hatte bereits drei Wochen zuvor dem Kaiser die Ernennung von Adalbert Waltenhofen zum Nachfolger Baumgartens vorgeschlagen. Am 4. Dezember, also noch vier Tage bevor Baumgarten den Dreier-Vorschlag der Fakultät in Innsbruck vorgestellt hatte, war die Ernennung Waltenhofens mit der kaiserlichen Sanktion bereits entschieden. Die Mitteilung erfolgte am 14. Dezember, sodass der Dreiervorschlag gar nicht erst nach Wien gesandt wurde.[260]

Thun schildert den von ihm ausgewählten Kandidaten Waltenhofen dem Kaiser gegenüber als den besten Kandidaten für den Lehrstuhl: Nach einer sorgfältigen Prüfung möglicher Kandidaten – die Thun jedoch nicht nennt – erschien ihm

> der damalige Lehrer der Phisik am Gratzer Obergymnasium und vormalige Supplent der Phisik am ständischen Joanneum zu Gratz, Dr. Adalbert von Waltenhofen, als derjenige Mann [...], welcher in Bezug auf die in Rede stehende Besetzung das vorzugsweise Augenmerk verdiente.[261]

Als Gutachter dienten dem Minister nach eigener Auskunft sowohl wissenschaftliche Autoritäten als auch der Direktor des Joanneums. Dieser bescheinigte Waltenhofen „eine gründliche Bildung, weite Gewandtheit im Expe-

257 Referat und Bericht über Besetzungsvorschlag für die Lehrkanzel der Physik, Innsbruck 08.12.1852, Akten der Philosophischen Fakultät (16), 49 ex 1852/53, Universitätsarchiv Innsbruck.

258 Josef Maximilian Petzval (Spišská Belá 1807–1891 Wien), ab 1837 Prof. an der Universität Wien, Erfinder des sog. Petzvalobjektivs.

259 Siehe dazu Referat und Bericht über Besetzungsvorschlag für die Lehrkanzel der Physik, Innsbruck 08.12.1852, Akten der Philosophischen Fakultät (16), 49 ex 1852/53, Universitätsarchiv Innsbruck.

260 Daher verschwand der Vorschlag in der (Archiv-)Schublade und blieb bisher unbeachtet. Vgl. Steinmaurer, Die Lehrkanzel für Experimentalphysik. Er schildert die Ernennung von Waltenhofen, erwähnt die Terna jedoch nicht.

261 Majestätsvortrag, Wien 21.11.1852, MCU Allg., Sig. 5, Fasz. 1018, Österreichisches Staatsarchiv, Allgemeines Verwaltungsarchiv.

rimentieren und einen klaren, deutlichen und wohlklingenden Vortrag.“[262] Thun hob gegenüber dem Kaiser auch eigens hervor, dass seine Gewährsmänner Waltenhofen „makellose Sittlichkeit und ein ganz besonders loyales Verhalten beurkundet“ hatten.

Waltenhofen war bei seiner Ernennung gerade 24 Jahre alt. Er hatte die philosophischen Studien in Wien absolviert und anschließend höhere Mathematik studiert und in Graz seinen philosophischen Doktorgrad erhalten. Waltenhofen hatte auch die Lehramtsprüfungen für Physik und Mathematik bestanden und seit 1850 in Graz, zuerst am Obergymnasium, dann zusätzlich am Joanneum, gelehrt.[263] Gerade für die Lehramtskandidaten sollte Waltenhofen in Innsbruck Sorge tragen und „praktische und demonstrative Vorträge zur Heranbildung von Lehramtskandidaten unentgeltlich“ anbieten. Hierzu musste er, wie er Wurzbach selbst und dieser uns in der Biografie Waltenhofens mitteilte, „aus einem pyhsicalischen Cabinete vormärzlichen Styls ein für wissenschaftliche Arbeiten und zur Heranbildung von Lehramtscandidaten geeignetes Laboratorium“[264] aufbauen. Waltenhofen ging mit großem Eifer an seine Arbeit und fand damit, insbesondere von Seiten des Rektorats auch Anerkennung.[265]

Allerdings wurde Waltenhofens Elan im Laufe der 1850er-Jahre zunehmend gebremst, da, wie er selbst schreibt, die finanzielle Ausstattung seiner Lehrkanzel es nicht zuließ, den Unterricht für die Lehramtskandidaten in ausreichendem Maße sicherzustellen. In einem Brief an den Sektionschef im Unterrichtsministerium Joseph Feil[266] beschwerte sich Waltenhofen daher besonders über die Zurücksetzung der Physik hinter die Chemie. Letztere wurde aus seiner Sicht viel besser finanziell gefördert. Außerdem, so befand er, würde man sich bei deren Weiterentwicklung stärker an ausländischen Vorbildern orientieren und immer wieder ausländische Forscher berufen, was eine qualitative Steigerung in der Disziplin zur Folge hatte.[267] Waltenhofen schrieb weiter, dass er durch die geringe Förderung nicht das leisten

262 Majestätsvortrag, Wien 21.11.1852, MCU Allg., Sig. 5, Fasz. 1018, Österreichisches Staatsarchiv, Allgemeines Verwaltungsarchiv.

263 Siehe zur Biografie Waltenhofens auch in Constant von Wurzbach (Hg.), Biographisches Lexikon des Kaisertums Österreich, Bd. 53, Wien 1886, S. 10–11.

264 Ebenda, S. 10. Vgl. dazu auch Kernbauer, Zwischen Zunft und Wissenschaft.

265 Siehe bei Steinmaurer, Die Lehrkanzel für Experimentalphysik, S. 77.

266 Waltenhofen an Feil, Innsbruck 27.05.1860, 129.890, Wienbibliothek, Handschriftenabteilung.

267 Vgl. dazu auch die Aussage von Höflechner, der es als ein zentrales Merkmal der österreichischen Physik ansieht, dass es sich bei der Disziplin „um ein personell sehr geschlossenes System [handelte] und im Unterschied zu den meisten anderen wissenschaftlichen Disziplinen vom Import aus Deutschland unabhängig“ entwickelte. Walter Höflechner, Materialien zur Entwicklung der Physik und ihrer „Randfächer“ Astronomie und Meteorologie an den österreichischen Universitäten 1752–1938, Graz, Wien, Köln 2002.

könne, wozu er eigentlich im Stande sei, weshalb er lieber die Einstellung des Unterrichts für Lehramtskandidaten fordere, als diese weiterhin „in so jämmerlicher Einschränkung“[268] fortzusetzen. Diese Kritik verdeutlicht einmal mehr, dass die Universität bei allen Bemühungen um Verbesserung auch nach erfolgter Reform nur einen langsamen Aufschwung nahm und die Professoren oft mit großen Einschränkungen arbeiten mussten. Die Klage über die fehlenden Mittel für den Unterricht für Lehramtskandidaten schloss damit nahtlos an die Kritik an der schlechten Ausstattung mit neuester wissenschaftlicher Literatur in der Universitätsbibliothek an, die sich wie ein roter Faden durch die Amtszeit von Minister Thun zieht.[269] Gerade die jungen und ambitionierten Professoren sahen sich darin auch in ihrer persönlichen wissenschaftlichen Entfaltung gehemmt, anders vielleicht als ältere Professoren, die solche Einschränkungen aus den Jahren des Vormärzes gewohnt waren.

Die Kritik verweist aber auch auf die innerfakultären Rivalitäten zwischen der Physik als der klassischen Disziplin zur Erklärung der Vorgänge der Natur, und dem aufstrebenden Fach der Chemie, das aus der Sicht Waltenhofens ungebührend mehr gefördert wurde als sein eigenes Fach. Umgekehrt zeugen der Wechsel von Baumgarten von einem auf einen anderen Lehrstuhl und die anschließend eingegangenen Bewerbungen von der engen Verbindung der Lehrkanzeln für Physik und Mathematik, die damals noch herrschte. Erst in den folgenden Jahrzehnten erfolgte eine stärkere Differenzierung mit der Einrichtung von weiteren Lehrstühlen sowohl im Bereich der Mathematik als auch der Physik.[270]

Waltenhofen wurde 1867 an das Polytechnikum in Prag versetzt.

5.8. Die Lehrstühle für Allgemeine Geschichte und Österreichische Geschichte. Die Ernennung von Julius Ficker und Heinrich Glax

5.8.1. Ausgangslage: Der Lehrstuhl für Geschichte nach 1848

Der Benediktiner Albert Jäger[271] hatte seit 1846 die Lehrkanzel für Geschichte an der Universität inne. Nachdem er allerdings seit Sommer 1849

268 Waltenhofen an Feil, Innsbruck 27.05.1860, 129.890, Wienbibliothek, Handschriftenabteilung.

269 Vgl. Kapitel 8.

270 Vgl. auch bei Huter, Die Fächer Mathematik, Physik und Chemie an der Philosophischen Fakultät zu Innsbruck bis 1945, S. 12–13. Zur Entwicklung der einzelnen Fächer in diesem Band.

271 Zur Biografie von Jäger siehe Hans Voltelini, Albert Jäger 1801–1891, in: Alois Lanner (Hg.), Tiroler Ehrenkranz. Männergestalten aus Tirols letzter Vergangenheit, Innsbruck, Wien, München 1926, S. 174–175; Grass, Albert Jäger; Thomas OSB Naupp, P. Albert (Josef) Jäger (1801–1891) – ein gelehrter Benediktiner aus Schwaz, in: Schwazer Heimatblätter (1999), S. 4–12.

in Meran mit der Reorganisation des dortigen Gymnasiums betraut war, übte er in Innsbruck keine Lehrtätigkeit mehr aus.[272] Als Supplent wirkte in dieser Zeit Rudolf Kink[273]. Dieser war ausgebildeter Jurist, die Bekanntschaft mit Albert Jäger hatte in ihm jedoch die Neigung zu historischer Forschung geweckt, worin ihn Jäger bereitwillig unterstützt hatte.[274] Albert Jäger selbst hatte Kink nach seiner Abberufung nach Meran der Fakultät als Supplenten der Kanzel vorgeschlagen[275], woraufhin die Fakultät Kink beauftragte, Vorlesungen über die Geschichte Tirols zu halten.[276] Im Wintersemester 1849/50 und im darauffolgenden Wintersemester hielt er Vorlesungen, die nicht nur von Studenten besucht wurden, sondern öffentlich zugänglich waren und allgemein großen Zuspruch erhielten.[277] Die Vorträge erschienen 1850 in gedruckter Fassung[278].

Das Provisorium befriedigte die akademischen Behörden auf Dauer allerdings nicht. Die Fakultät wollte daher im Ministerium darauf hinwirken, Kink die „Geschichtskanzel an der hierortigen Universität" zu verleihen. Als Alternative bot man an, ihn weiterhin als Privatdozenten zu engagieren, jedoch mit „erweiterter Vollmacht und gegen Remuneration"[279]. Dieser Vorschlag hatte indes keine Konsequenzen und die Situation blieb weiter in der

272 Vgl. dazu auch 4890/pr. Brandis an Abt Mayr, Innsbruck 05.10.1849, fol. 527/80, Stiftsarchiv Marienberg. Albert Jäger war im Übrigen nicht der einzige Professor der Universität, der bei der Reform eines Gymnasiums mithalf. So wurde auch Georg Schenach zum Direktor des Innsbrucker Gymnasiums ernannt und mit der Umsetzung der Gymnasialreform betraut. Vgl. dazu 3854/Praes. Mitteilung an das Professorenkollegium der philosophischen Fakultät, Innsbruck 08.08.1849, Akten der Philosophischen Fakultät, PH 15, Universitätsarchiv Innsbruck.

273 Rudolf Kink (Kufstein 1822–1864 Natters), ab 1847 Beamter im Kreisamt Trient, ab 1848 Privatdozent für vaterländische Geschichte an der Universität Innsbruck, 1851 Berufung ins Ministerium für Kultus und Unterricht, ab Juli 1854 Kultus- und Unterrichtsreferent in Troppau, ab 1855 Ministerialsekretär im Ministerium für Kultus und Unterricht, ab 1856 Statthaltereirat in Triest. Vgl. Grass, Österreichische Historiker-Biographien.

274 Zum Einfluss von Jäger auf Kink siehe Grass, Österreichische Historiker-Biographien, S. 115–118.

275 Vgl. auch Kink an Jäger, Innsbruck 26.10.1848, Akten des Rektorats 17, Universitätsarchiv Innsbruck.

276 Siehe Oberkofler, Die geschichtlichen Fächer an der philosophischen Fakultät der Universität Innsbruck 1850–1945, S. 14–15.

277 Vgl. Grass, Österreichische Historiker-Biographien, S. 118–121. Vgl. die Ankündigung im Bothe für Tirol und Vorarlberg, 266 (19.11.1849), S. 1231.

278 Rudolf Kink, Akademische Vorlesungen über die Geschichte Tirols bis zur Vereinigung mit Österreich, Innsbruck 1850.

279 Zit. bei Nikolaus Grass, Benediktinische Geschichtswissenschaft und die Anfänge des Instituts für österreichische Geschichtsforschung, in: Mitteilungen des Instituts für österreichische Geschichtsforschung (1960), S. 470–484, hier S. 130–131

Schwebe, noch im November des Jahres 1850 berichtete Jäger dem ehemaligen Statthalter Clemens Brandis, dass man in Wien nicht auf den Vorschlag eingegangen sei.[280]

Thun war indes bemüht, Jäger wieder nach Innsbruck zu beordern, und schrieb im August 1850 an Statthalter Bissingen, er möge auf den Abt Karl Mayr[281] einwirken, Jäger möglichst bald wieder für den Dienst an der Universität freizustellen:

> Es ist mir bekannt, daß Euer Hochgeboren meinen angelegentlichen Wunsch theilen, daß Doc. Jäger die Lehrkanzel, auf welcher er so ausgezeichnetes geleistet hat, und der Pflege der Wissenschaft in ihrer höheren Entwicklung nicht bleibend entzogen, sondern vielmehr bald wieder geschenkt werde, und ich bin daher überzeugt, daß Euer Hochgeboren alles aufbieten werden, um in diesem Sinn auf den genannten Prälaten einzuwirken. Von seiner Erklärung die mir Euer Hochgeboren mit thunlichster Beschleunigung mittheilen wollen, wird es abhängen, wie für den Vortrag der Geschichte an der Innsbrucker Universität fernerhin zu sorgen sein wird.[282]

Aus einem Konzept des Studienreferenten bei der Statthalterei Jakob Probst vom September des Jahres ist allerdings ersichtlich, dass der Marienberger Abt Jäger in Meran für unabkömmlich hielt und er ihn daher auch nicht für die „Versehung der Lehrkanzel der Geschichte an der Innsbrucker Universität“[283] freistellen könne. In der Folge hatte sich Thun daher direkt an den Abt gewandt und die Rückstellung von Jäger gefordert.[284] Der Abt ging jedoch auch dann nicht auf die Forderungen des Ministers ein. Vielmehr scheint der Abt die Personalie Jäger benutzt zu haben, um eine Besserstellung des Meraner Gymnasiums durch Thun erreichen zu können. [285]

---

280 Siehe ebenda, S. 131.

281 Karl Mayr OSB (Dorf Tirol 1774–1855 Marienberg), 1797 Eintritt ins Kloster Marienberg, ab 1816 Abt des Klosters.

282 Thun an Bissingen, Wien 20.08.1850, Akten der Statthalterei, Studien, 10762 ad 5167/1850, Tiroler Landesarchiv.

283 Konzept, Innsbruck 27.09.1850, Akten der Statthalterei, Studien 11482 ad 1076/1850, Tiroler Landesarchiv.

284 Im Übrigen hatte Thun schon im Herbst zuvor den Abt für sein eigenmächtiges Handeln in der Causa Jäger gerügt: Der Abt hatte damals Jäger ohne Erlaubnis des Ministers (Franz Stadion) nach Meran berufen. Thun betonte jedoch, dass Jäger als Professor der Universität in erster Linie Staatsbeamter sei und daher eine offizielle Bewilligung notwendig gewesen wäre. Vgl. 4890/pr. Brandis an Abt Mayr, Innsbruck 05.10.1849, fol. 527/80, Stiftsarchiv Marienberg.

285 Vgl. auch Thun an Jäger, Wien 17.04.1851. Abgedruckt bei Albert Jäger, Graf Leo Thun und das Institut für österreichische Geschichtsforschung, in: Österreichisch-Ungarische Revue, Bd. 8, Neue Folge (1889/1890), S. 1–22, hier S. 5.

In Innsbruck hatte die Fakultät in der Zwischenzeit erneut versucht, beim Ministerium die definitive Anstellung von Kink zu erreichen.[286] Der Minister hatte jedoch seine Pläne inzwischen geändert und berief Rudolf Kink im Mai 1851 nach Wien in das Unterrichtsministerium. Jäger selbst hatte Kink, als einen seiner besten Schüler, Minister Thun empfohlen.[287] Kink sollte an der Umsetzung und Verteidigung der Universitätsreform mitwirken.[288] Zur gleichen Zeit schlug Thun-Hohenstein dem Kaiser, trotz der Weigerung des Abtes, Albert Jäger für die Professur der Österreichischen Geschichte an der Universität Wien vor. Thun begründete seinen Vorschlag damit, dass jener „gegenwärtig im Gebiete der vaterländischen Geschichte eine der wenigen anerkannten Autoritäten, in der Kunst der historischen Darstellung die bedeutendste Autorität in Österreich“[289] sei. Neben seiner wissenschaftlichen Tauglichkeit sei Jäger in moralischer wie religiöser Hinsicht absolut geeignet, bei der Lösung der größten Probleme der österreichischen Universitäten zu helfen, nämlich

> eine gründliche Bearbeitung der österreichischen Geschichte zu fördern, junge Kräfte zur Erforschung und Benützung der Quellen derselben anzuleiten und so österreichische Geschichtsforscher und Professoren der Geschichte für die österreichischen Universitäten heranzubilden.[290]

Allerdings weigerte sich der Abt ein weiteres Mal und protestierte gegen die Ernennung, wie Albert Jäger seinem Bekannten Joseph Feil mitteilte:

> Anstatt freudigen Anklang im Stift Marienberg zu finden, rief sie Opposition hervor, nicht so sehr deswegen, weil man mich für unersetzlich hält, sondern aus mir unerklärlichen Gründen, wenn es nicht, verzeihen Sie mir den Ausdruck mönchische Engstirnigkeit ist. Während man in jedem anderen Stifte

286 Vgl. dazu Oberkofler, Die geschichtlichen Fächer an der philosophischen Fakultät der Universität Innsbruck 1850–1945, S. 15–16.

287 Vgl. Jäger an Thun, Meran 23.04.1851, Nachlass Leo Thun-Hohenstein, A3 XXI D114, Staatliches Gebietsarchiv Leitmeritz, Zweigstelle Tetschen-Bodenbach.

288 Besondere Erwähnung verdient seine Geschichte der Wiener Universität, die er im Auftrag des Ministers verfasst hat und die zur historischen Legitimation der Reform beitragen sollte. Vgl. Kink an Feil, Troppau 08.11.1854, 129.652, Wienbibliothek, Handschriftenabteilung. Obschon sich Kink mit den Arbeiten für eine Professur empfahl, blieb er zu seinem eigenen Bedauern in der Verwaltung. Vgl. Kink an Feil, Triest 07.04.1858, 129.653, Wienbibliothek, Handschriftenabteilung. Vgl. auch Grass, Österreichische Historiker-Biographien, S. 141–143, der noch 100 Jahre später sein Bedauern über das Übergehen von Kink bei der Besetzungspolitik Thuns ausspricht.

289 Zit. bei Grass, Albert Jäger, S. 322.

290 Zit. bei Grass, Albert Jäger, S. 322.

> die Berufung eines Mitgliedes an die Wiener Universität als ein das ganze Institut ehrendes Ereignis begrüßt haben würde, schickt man mir von Marienberg einen Kapitelerlaß zu, des Inhaltes, dass man mir keine Erlaubnis zur Annahme des Rufes gebe, außer ich erwirke mir von Rom die Säkularisierung. Sie sehen, der Grund der Weigerung liegt nicht in meiner Unentbehrlichkeit, denn man will mich ja lieber ganz entlassen, als zugeben, daß ich dem ehrenvollen Ruf folge.[291]

Die Angelegenheit wurde schließlich auf die im Brief angedeutete Art gelöst: Minister Thun berichtete am 1. Juli 1851 an Statthalter Cajetan Bissingen und bat ihn neuerlich um die Vermittlung beim Marienberger Abt, wobei Thun Bissingen anwies, dem Abt klarzumachen, dass Jäger aus der Stiftgemeinschaft austreten werde, sollte er nicht die Erlaubnis des Kapitels erhalten.[292] Bissingen wandte sich daraufhin an den Abt[293] und traf sich auch persönlich mit diesem. Ende Juli 1851 informierte er Thun über die Ergebnisse des Gesprächs. Die Drohungen hatten offenbar Wirkung gezeigt, denn bei dem Treffen hatte sich der Abt gesprächsbereiter als bisher gezeigt und beteuerte, dass man Jäger keine Steine in den Weg legen möchte. Gleichzeitig bat er aber um Verständnis für die Entscheidung des Kapitels, da man jeden Bruder für die vielseitigen Aufgaben des Klosters brauchen würde, was Bissingen Thun gegenüber bestätigen konnte. Der Abt sprach sich daher für den Austritt Jägers aus der Stiftsgemeinschaft aus, um klare Verhältnisse zu schaffen.[294] Dazu kam es schließlich und Jäger konnte seine Professur in Wien antreten.[295]

Die Frage der Professur in Innsbruck war damit aber weiterhin ungeklärt und der Lehrstuhl blieb somit ein weiteres Jahr unbesetzt. Abgesehen von den Vorlesungen Kinks gab es daher in diesen Jahren keinen Unterricht in den geschichtlichen Fächern. Ein Umstand, den die Fakultätsleitung in der Stellungnahme zur Situation an der Universität bedauernd hervorhob:

---

291 Jäger an Feil, Meran 21.06.1851, 129.635, Wienbibliothek, Handschriftenabteilung. Angerer schreibt hingegen etwas beschönigend: „Abt und Mitbrüder wollten diesem ehrenvollen Ruf keine Hindernisse in den Weg legen." Martin OSB Angerer, Abt Karl Mayr und der Neubeginn des Klosters im 19. Jahrhundert, in: Südtiroler Kulturinstitut (Hg.), 900 Jahre Benediktinerabtei Marienberg 1096–1996. Festschrift zur 900 Jahrfeier des Klosters St. Maria (Schuls-Marienberg), Lana 1996, S. 387–414, hier S. 411.

292 334/M.U. Thun an Bissingen, Wien 01.07.1851, Gubernium, Geheime Präsidiale, Serie II, Signatur XXVII3, Fasz. III, Tiroler Landesarchiv.

293 Bissingen an Abt Mayr (Konzept), Innsbruck 09.07.1851, Gubernium, Geheime Präsidiale, Serie II, Sign. XXVII3, Fasz. III, Tiroler Landesarchiv.

294 261/Präs. Bissingen an Thun (Konzept), Innsbruck 22.07.1851, Gubernium, Geheime Präsidiale, Serie II, Sign. XXVII3, Fasz. III, Tiroler Landesarchiv.

295 Vgl. dazu Grass, Albert Jäger, S. 324.

> Es ist nun das dritte Jahr, dass diese Vorträge unterbleiben. Ein großer Theil der hiesigen Studierenden tritt von der Universität ins praktische Leben über, ohne einen anderen Unterricht in der Geschichte gehört zu haben, als den äußerst mangelhaften auf dem Gymnasium.[296]

Die Antragsteller betonten aber, dass gerade der Geschichtsunterricht es sei, der wesentlich zur Ausbildung der rechten Gesinnung bei Studenten beitrage.[297] Zudem rücke die Nichtbesetzung der Kanzel das Fach und die ganze Universität sowie ihre Professoren in ein schlechtes Licht.[298] Außerdem hatten die Professoren schon im Jahr zuvor die Befürchtung ausgesprochen, dass die Rechtsstudenten, die ja auch verpflichtet waren, einige Kollegien aus der Geschichte zu hören, ihre Prüfungen aufschieben müssten oder die Universität wechseln würden.[299]

Die Fakultät hatte am 18. November 1851 in einem Promemoria das Unterrichtsministerium noch einmal auf die Dringlichkeit der Sache hingewiesen, nachdem ein weiterer Versuch gescheitert war, eine provisorische Lösung zu finden. Die Fakultät hatte zuvor nämlich versucht, den gebürtigen Innsbrucker und damals am Wiener Landgericht tätigen Juristen Vinzenz von Erhart[300] für die Supplierung zu gewinnen. Erhart hatte zwar offenbar mündlich die Übernahme der Kanzel versichert, lehnte schließlich aber doch ab, da er sich nicht befähigt fühlte, „diese Lehrkanzel auf eine das in ihn gesetzte Vertrauen befriedigende Weise versehen" zu können.[301] Die Fakultät führte die Ablehnung Erharts auch darauf zurück, dass man ihm eine bloße Supplierung der Kanzel angeboten hatte, und forderte damit mit Nachdruck eine definitive Besetzung der Kanzel, weil „wohl auch schwerlich ein anderes

296 Sammelakt Nachfolge Albert Jäger, Innsbruck, Akten der Philosophischen Fakultät 16, 2/PH ex 1851/52, Universitätsarchiv Innsbruck; vgl. dazu auch Oberkofler, Die geschichtlichen Fächer an der philosophischen Fakultät der Universität Innsbruck 1850–1945, S. 16–17.

297 Dieses Argument wird im Übrigen ganz ähnlich verwendet, als einige Jahre später die Lehrkanzel der Philosophie nur provisorisch besetzt worden war. Vgl. Innsbruck 14.07.1858, Akten der Philosophischen Fakultät 16, 128 ex 1857/58, Universitätsarchiv Innsbruck.

298 Vgl. Sammelakt – Nachfolge für Jäger, Innsbruck, Akten der Philosophischen Fakultät 16, 2/PH ex 1851/52, Universitätsarchiv Innsbruck.

299 Hauptbericht über den Zustand der phil. Fakultät (Konzept), Innsbruck 06.12.1850, Akten der Philosophischen Fakultät 16, 41 ex 1850/51, Universitätsarchiv Innsbruck.

300 Zur Biografie Erharts Robert Zimmermann, Vinzenz von Ehrhart. Nekrolog, Wien 1873. Ehrhart war später auch unter Thun im Unterrichtsministerium tätig, Pichler nennt ihn einen „Adlatus" von Graf Thun, siehe Pichler, Aus Tagebüchern, S. 27.

301 Ehrhart an den Oberstaatsanwalt des Landesgerichts in Wien, Wien 04.11.1851, Akten der Statthalterei, Studien 9719 ad 8495/1851, Tiroler Landesarchiv.

tüchtiges Subject sich zur bloßen Supplierung ohne Sicherheit diese Kanzel definitiv zu erhalten herbeilassen dürfte."[302]

Fast gleichzeitig mit dem offiziellen Gesuch der Fakultät an das Ministerium, wandte sich Professor Karl Ernst Moy de Sons persönlich an den Minister Thun, um auf die Notwendigkeit der Berufung eines Historikers hinzuweisen.[303]

5.8.2. Die Berufung von Julius Ficker

Die Berufung von Jäger nach Wien hatte die Sache dahingehend erleichtert, dass man nunmehr die Lehrkanzel definitiv besetzen konnte und nicht bloß eine Aushilfe für Jäger suchen musste. Denn auch dieses Provisorium hatte mögliche Kandidaten abgeschreckt. Die Fakultät hatte allerdings nach den erfolglosen Versuchen, einen geeigneten Kandidaten zu finden, die Angelegenheit im November 1851 an das Ministerium zurückgestellt und um eine definitive Besetzung des Lehrstuhls gebeten.[304] Thun nahm daher die Sache persönlich in die Hand und konnte nach eingehender Suche im kommenden Juni die Ernennung von Julius Ficker erwirken. Die Berufung von Ficker verdeutlicht dabei eindrücklich, wie aufwendig die Suche nach geeigneten Kandidaten bisweilen verlief.

Für das Leben von Julius Ficker ist auch heute noch die Biografie von Julius Jung[305], einem ehemaligen Schüler von Julius Ficker, eine zentrale Quelle. Jung konnte bei der Ausarbeitung der Biografie seines Lehrers auf dessen Korrespondenz und persönliche Unterlagen zurückgreifen und schöpfte gleichzeitig aus persönlichen Erinnerungen und Erzählungen von Bekannten und Verwandten Fickers. Die verwendeten Quellen sind mehrheitlich noch verfügbar[306] und beweisen die fundierte Arbeitsweise von Jung.

---

302 Schenach an die Statthalterei, Innsbruck 17.11.1851, Akten der Statthalterei, Studien 10159 ad 8495/1851, Tiroler Landesarchiv. Vgl. dort auch den Entwurf zum Bericht der Statthalterei an das MCU.

303 Siehe Moy an Thun, Innsbruck 09.11.1851, Nachlass Leo Thun-Hohenstein, A3 XXI D128, Staatliches Gebietsarchiv Leitmeritz, Zweigstelle Tetschen-Bodenbach.

304 Schenach an die Statthalterei, Innsbruck 17.11.1851, Akten der Statthalterei, Studien 10159 ad 8495/1851, Tiroler Landesarchiv.

305 Jung, Julius Ficker (1826–1902). Julius Jung (1851–1910), Althistoriker. Studium in Innsbruck, Göttingen und Berlin. Anschließend Privatdozent in Innsbruck und ab 1884 Professor in Prag.

306 Zu nennen sind vorrangig Fickers Nachlassteile im IfÖG (Wien) und im Brennerarchiv (Innsbruck). In beiden sind mehrheitlich Briefe an Julius Ficker gesammelt. In Letzterem sind dies vor allem persönliche Unterlagen sowie Briefe von Verwandten. Im Nachlass in Wien die übrige Korrespondenz. Dazu kommen noch Briefe von Ficker an Böhmer (Jo-

Die Arbeit stellt daher trotz ihres Alters eine wichtige Quelle dar, auch wenn die Verehrung für den Lehrer stets mitschwingt. Jung konnte allerdings nicht auf den Nachlass von Leo Thun zurückgreifen. Bezieht man diesen ein, kommt man zwar nicht zu einer grundlegend neuen Bewertung der Berufung Fickers, jedoch zeigen sich durchaus neue Aspekte, die auch Gerhard Oberkofler nur streift, dessen Arbeit zu den historischen Fächern[307] an der Universität ansonsten die Angelegenheit fundiert darstellt. Daher werden hier vor allem jene Aspekte beachtet, denen bisher weniger Aufmerksamkeit geschenkt wurde.

5.8.2.1. Berufungsnetzwerk

Bevor Julius Ficker 1852 nach Innsbruck berufen worden war, war er bereits im Jahr zuvor in Graz für den dortigen Lehrstuhl der Geschichte vorgeschlagen worden,[308] allerdings wurde die dortige Lehrkanzel letzten Endes nicht besetzt.[309] Ficker hätte den Ruf zu diesem Zeitpunkt gerne angenommen, nachdem das Verfahren jedoch eingestellt worden war, glaubte er nicht mehr an eine Berufung nach Österreich.[310] Den Anlass zu dieser Vermutung gab ein Artikel in der Augsburger Zeitung, in dem er gelesen hatte, dass die Berufung von Ausländern nach Österreich immer unwahrscheinlicher würde.[311]

Bewegung in die Angelegenheit kam daher erst wieder zu Beginn des Jahres 1852, als der Inhaber des Lehrstuhls für allgemeine Geschichte an der Wiener Universität Heinrich Grauert[312] überraschend verstarb. Damit waren die Lehrstühle für allgemeine Geschichte in Wien, Graz und Innsbruck

---

hannes Janssen, Johann Friedrich Böhmer's Leben, Briefe und kleinere Schriften, Bd. 3 (Briefe von 1849–1863. Kleinere Schriften), Freiburg im Breisgau 1868) und wenige, aber aufschlussreiche im Nachlass von Joseph Feil (Wienbibliothek).

307 Oberkofler, Die geschichtlichen Fächer an der philosophischen Fakultät der Universität Innsbruck 1850–1945.

308 Vgl. dazu Ficker an Grauert (Konzept), Bonn 22.08.1851, Nachlass Ficker, Institut für Österreichische Geschichtsforschung; sowie Grauert an Ficker, Wien 24.09.1851, Nachlass Ficker, Institut für Österreichische Geschichtsforschung.

309 Siehe dazu bei Jung, Julius Ficker (1826–1902), S. 135–140 und Oberkofler, Die geschichtlichen Fächer an der philosophischen Fakultät der Universität Innsbruck 1850–1945, S. 20.

310 So ein Eintrag in seinem Tagebuch aus dem Oktober 1851, zit. bei Jung, Julius Ficker (1826–1902), S. 139.

311 Vgl. Jung, Julius Ficker (1826–1902), S. 139.

312 Heinrich Wilhelm Grauert (Amsterdam 1804–1852 Wien), ab 1827 ao. Prof. für Geschichte und Altertumswissenschaft an der Akademie zu Münster, ab 1836 o. Prof., ab 1850 Prof. an der Universität Wien.

verwaist und die Suche nach geeigneten Kandidaten wurde neuerlich intensiviert.

Nachdem Karl Ernst Moy de Sons schon im November 1851 privatim in einem Brief an Thun auf den Missstand an der Innsbrucker Universität aufmerksam gemacht hatte, wiederholte er in einem Schreiben an Josef Fessler die noch immer unerledigte Angelegenheit der Besetzung der Professur in Innsbruck. Allerdings erscheint Moy in diesem Brief wenig optimistisch, was eine schnelle Lösung betrifft, und meint am Ende: „Wenn man keinen gemachten Historiker haben kann, wäre es am Ende doch noch am besten, ein Talent im Lande für das Fach heranzubilden."[313] Eine ähnliche Ansicht vertrat Moy auch gegenüber Thun, als dieser sich in Reaktion auf Moys Brief auf indirektem[314] Wege bei jenem über geeignete Kandidaten für den Lehrstuhl erkundigte.

Am 2. Februar 1852 schrieb Moy an Thun und empfahl insbesondere den Orientalisten Muys[315], sowie Joseph Aschbach[316] von der Universität Bonn und den jungen Julius Ficker.[317] Außerdem befürwortete Moy die Berufung einer Reihe anderer Historiker, darunter einige jüngere aus der näheren Umgebung: An erster Stelle nannte er hier Johann Zwerger[318], der bis dahin „schöne Elaborate über Kirchengeschichte geliefert hat." Zwerger, der als nachmaliger Bischof von Graz-Seckau eine zentrale Rolle im österreichischen Kulturkampf einnehmen sollte, würde sich besonders durch „einen ruhigen,

313 Moy an Fessler, Innsbruck 18.01.1852, Nachlass Fessler 5, Diözesanarchiv St. Pölten.

314 Thun hatte offenbar über Ludwig Heufler eine Anfrage an Moy gerichtet, vgl. Moy an Thun, Innsbruck 01.02.1852, Nachlass Leo Thun-Hohenstein, A3 XXI D155, Staatliches Gebietsarchiv Leitmeritz, Zweigstelle Tetschen-Bodenbach.

315 Moy schreibt in seinem Brief „Meis". Auch Oberkofler übernimmt dies in seiner Arbeit, vgl. Oberkofler, Die geschichtlichen Fächer an der philosophischen Fakultät der Universität Innsbruck 1850–1945, S. 20, FN 56. Moy hatte den Namen allerdings nicht richtig geschrieben und meinte Gottfried Muys (Krefeld 1828–1898 Laibach), der damals Hilfskraft bei Oskar Redwitz an der Wiener Universität war. Was Moy ebenfalls erwähnt. Muys war später noch einmal im Gespräch für eine Kanzel an der Universität Lemberg, vgl. Thun an Ficker, Wien 09.06.1858, Nachlass Ficker, Institut für Österreichische Geschichtsforschung. Von 1868 bis 1897 war Gottfried Muys Bibliothekar in Laibach.

316 Joseph Aschbach (Höchst am Main 1801–1882 Wien), ab 1823 Lehrer am Gymnasium in Frankfurt, ab 1842 Prof. der Geschichte an der Universität Bonn, 1853–1872 Prof. an der Universität Wien.

317 Moy an Thun, Innsbruck 01.02.1852, Nachlass Leo Thun-Hohenstein, A3 XXI D155, Staatliches Gebietsarchiv Leitmeritz, Zweigstelle Tetschen-Bodenbach.

318 Johann Zwerger (Altrei 1824–1896 Graz), Priester, ab 1857 Spiritualdirektor des Priesterseminars und Hofkaplan in Wien, 1865 Dompropst in Trient, ab 1867 Fürstbischof von Graz Seckau. Vgl. zur Biografie von Zwerger auch: Franz Freiherr von Oer, Fürstbischof Johannes Bapt. Zwerger von Seckau. In seinem Leben und Wirken dargestellt, Graz 1897; Eugen Runggaldier, Johann Baptist Zwerger. Fürstbischof von Seckau (1867–1893). Leben und Wirken. Diplomarbeit, Innsbruck 1993.

besonnenen Charakter, Zuverlässigkeit und eine verständige, echt katholische Auffassung“[319] auszeichnen. An zweiter Stelle empfahl er Franz Bole[320], der zum damaligen Zeitpunkt Supplent am Gymnasium in Feldkirch war. An dritter Stelle nannte Moy den Kaplan Joseph Wolf[321], „der einen regen Forschungstrieb mit einem glücklichen Darstellungstalent und vortrefflicher Gesinnung verbindet, aber ein etwas schroffes und hitziges Wesen hat, das ihm unter dem Klerus viele Gegner bereitet.“[322] Bei diesen Empfehlungen stützte sich Moy, zumindest was die ersten beiden betrifft, auf das Urteil von Josef Fessler, dessen Brief an Moy jedoch nicht erhalten ist. Schließlich führte Moy noch einen letzten Kandidaten an, Michael Strodl[323], einen Schüler von Görres, den er jedoch auf Grund von dessen hitzigem Wesen nicht vollständig empfehlen konnte.[324] Zugleich, so schrieb er, würde er damit auch das Urteil von Phillips in dieser Sache kompromittieren. Denn Moy ahnte wohl oder wusste, dass Thun in dieser Sache auch die Meinung von Phillips einholen und dieser Strodl nicht empfehlen würde. Und in der Tat notierte Thun an den Rand von Moys Brief zu den meisten Kandidaten Phillips Urteil:

> Ficker, die Abhandlung über Erzbischof Reinhold ist nach Phillipps [sic!] Urtheil wirklich ausgezeichnet. Dr. Meis, erst 22 Jahre alt, nach Ph[illips] Äußerung, der ihn hier kennenzulernen Gelegenheit hatte, allerdings ungewöhnlich unterrichtet, hat aber eine außerordentliche Meinung von sich und ist ein unumgänglicher Mensch. Muß sich jedenfalls erst auswachsen. Dr. Strodl, Ph[illips] könnte zu ihm nicht rathen, ebenso wenig zu den Tyrolern, die ohne alle Schule sind.[325]

319 Moy an Thun, Innsbruck 01.02.1852, Nachlass Leo Thun-Hohenstein, A3 XXI D155, Staatliches Gebietsarchiv Leitmeritz, Zweigstelle Tetschen-Bodenbach.

320 Franz Bole (Feldkirch 1824–1896 Brixen), Priester, ab 1850 Lehrer am Gymnasium in Brixen, ab 1857 Prof. an der theologischen Lehranstalt Brixen.

321 Franz Joseph Wolf (1818–1883), Priester, zuletzt Pfarrer in Lustenau.

322 Moy an Thun, Innsbruck 01.02.1852, Nachlass Leo Thun-Hohenstein, A3 XXI D155, Staatliches Gebietsarchiv Leitmeritz, Zweigstelle Tetschen-Bodenbach.

323 Michael Anton Strodl (Mittenwald 1817–1891), kath. Priester, Historiker, Mitarbeiter verschiedener Zeitungen.

324 Wenige Jahre später, 1855, setzt sich Moy noch einmal für Strodl ein und versucht diesen über Fessler nach Österreich zu vermitteln. Moy an Fessler, Innsbruck 05.04.1855, Nachlass Fessler 5, Diözesanarchiv St. Pölten und Strodl an Moy, München 02.04.1855, Nachlass Fessler 5, Diözesanarchiv St. Pölten. Vgl. zur Person Strodls Otto Weiß, Strodl, Michael Anton, in: Biographisch-Bibliographisches Kirchenlexikon, Herzberg 1999, Spalte 1372–1375; Fink-Lang, „Dem Geiste nach verpflichtet“.

325 Randnotizen Thuns zum Brief Moy an Thun, Innsbruck 01.02.1852, Nachlass Leo Thun-Hohenstein, A3 XXI D155, Staatliches Gebietsarchiv Leitmeritz, Zweigstelle Tetschen-Bodenbach. Thun hatte sich bei Phillips insgesamt über geeignete Historiker informiert. Vgl. Phillips an Thun, Wien 24.02.1852, Nachlass Leo Thun-Hohenstein, A3 XXI D156, Staatliches Gebietsarchiv Leitmeritz, Zweigstelle Tetschen-Bodenbach.

In diesem Zusammenhang ist zudem Moys Verweis auf den schlechten Zustand der Bibliothek aufschlussreich.[326] Er glaubte nämlich, dass bei der derzeitigen Ausstattung der Bibliothek einem Historiker, abgesehen von Werken zur Landesgeschichte, nur wenige Hilfsmittel zur Verfügung stünden.[327]

Minister Thun hatte sich jedoch auch noch anderweitig informiert. Ministerialrat Joseph Feil hatte nämlich von Josef Chmel erfahren, dass der Frankfurter Historiker Johann Friedrich Böhmer[328] in einem Brief an diesen den jungen Historiker Julius Ficker für eine Professur in Österreich vorgeschlagen hatte.[329] Daher schrieb nun Feil im Auftrag des Ministers am 23. März 1852 an Böhmer, um sich bei diesem näher zu erkundigen. Nachdem er die Sachlage, wie wir sie bereits kennen – nämlich den Bedarf an Historikern in Österreich und die fehlgeschlagene Besetzung in Graz – dargestellt hatte, bat er Böhmer, sich bei Ficker zu erkundigen, ob dieser bereit wäre, die Lehrkanzel an der Universität Innsbruck zu übernehmen.[330]

Böhmers Antwort ließ nicht lange auf sich warten. Nachdem er am 1. April mit Ficker, der sofort nach Frankfurt gereist war, persönlich Rücksprache gehalten hatte, beantwortete er am 4. April den Brief. Er empfahl den jungen Bonner Historiker dort wärmstens und konnte Feil sogar die Nachricht überbringen, dass Ficker gedenke,

> diesem Ruf dankbar zu folgen, wünscht aber zugleich eine genauere Erkundigung einzuziehen, welche Leistungen von ihm gefordert werden, welchen wissenschaftlichen Standpunkt er nach dem Bedürfnis seiner künftigen Zuhörer einzunehmen hat, und ob er hoffen dürfe zu schicklicher Zeit einen solchen Urlaub zu erhalten, der ihm gestattet durch Benützung auswärtiger wissenschaftlicher Sammlungen und durch Anschauung von Ländern und Völkern sich noch weiter auszubilden. Zu diesem Ende wird er sich bei Ihnen einfinden und Sie bitten ihn Sr. Excellenz dem Herrn Minister vorzustellen.[331]

326 Vgl. dazu auch das Kapitel 8.

327 Moy an Thun, Innsbruck 01.02.1852, Nachlass Leo Thun-Hohenstein, A3 XXI D155, Staatliches Gebietsarchiv Leitmeritz, Zweigstelle Tetschen-Bodenbach.

328 Johann Friedrich Böhmer (Frankfurt a.M. 1795–1863 Frankfurt a.M.), Historiker, 1830–1862 Bibliothekar in Frankfurt, Begründer der *Regesta Imperii*.

329 In der Edition der Korrespondenz Böhmers ist der Brief allerdings nicht abgedruckt, auch sonst nichts in der Angelegenheit. Das ist wohl auch darauf zurückzuführen, dass Janssen und Ficker den Nachlass von Böhmer verwalteten und die persönlichen Angelegenheiten aussparten.

330 Feil an [Böhmer], Wien 25.03.1852, Nachlass Ficker, Institut für Österreichische Geschichtsforschung.

331 Böhmer an Feil, Frankfurt 04.04.1852, 129.598, Wienbibliothek, Handschriftenabteilung.

Ficker werde den Ruf auch deshalb annehmen, weil seine Aussichten, in Preußen an eine Universität berufen zu werden, auf Grund seiner katholischen Konfession schlecht seien. Anschließend charakterisierte er Ficker als „besonnen fleißig, einfältig[332], kirchlich gesinnt ohne es vor sich herzutragen, in politischer Hinsicht conservativ“[333]. Zudem konnte Böhmer versichern, dass Ficker auch in wissenschaftlicher Hinsicht durch seine bisherigen Arbeiten sein Talent als Forscher bereits mehrfach unter Beweis gestellt habe, was ja auch Phillips Thun bereits bestätigt hatte.

Ficker selbst war eilig nach Berlin zu seiner Familie gereist, um die Angelegenheit zu besprechen. In seinem Tagebuch notierte er, dass seine Mutter einverstanden war und damit waren seine „Hauptbedenken“[334] behoben. Auch Matthias Aulike[335], ein väterlicher Freund, riet ihm, anders als noch vor einem Jahr bei der in Aussicht stehenden Berufung nach Graz, zur Annahme. Von Berlin reiste Ficker weiter nach Wien, um sich direkt mit Thun zu besprechen. Dort hatte er zwei Unterredungen mit dem Minister und man war sich bald einig, gleichzeitig konnte Ficker einen Urlaub für eine Forschungsreise nach Italien aushandeln.[336] Ferner ließ er sich versichern, dass Thun seinen Mentor in Bonn, Joseph Aschbach, nicht nach Wien berufen werde.[337] Der Hintergrund für diese Bedingung lag darin, dass an der Bonner Universität die konfessionellen Spaltungen auf universitärem Boden immer wieder aufeinanderprallten. Der Katholik Joseph Aschbach war 1842 der Fakultät von Minister Friedrich Eichhorn[338] oktroyiert worden, um in den Geschichtswissenschaften in konfessioneller Hinsicht eine gewisse Parität herzustellen.[339] Ficker fürchtete daher, dass bei einer Abberufung Asch-

332 Wohl im Sinne von ‚schlicht‘, ‚redlich‘, vgl. Jacob Grimm/Wilhelm Grimm, Deutsches Wörterbuch, Bd. 3, Leipzig 1862, Sp. 174.

333 Böhmer an Feil, Frankfurt 04.04.1852, 129.598, Wienbibliothek, Handschriftenabteilung.

334 Zit. bei Jung, Julius Ficker (1826–1902), S. 144.

335 Matthias Aulike (Münster 1807–1865 München), 1839 Regierungsrat im preuß. Kultusministerium, 1841 Geheimer Regierungsrat und Vortragender Rat für katholisch-kirchliche Angelegenheiten, seit 1846 Geheimer Oberregierungsrat, 1848/49 Mitglied der Frankfurter Nationalversammlung, 1858 Ministerialdirektor.

336 Jung, Julius Ficker (1826–1902), S. 145.

337 Vgl. dazu Feil an Ficker, Wien 27.07.1852, Nachlass Ficker, Institut für Österreichische Geschichtsforschung. Im Übrigen äußerte sich in dieser Sache auch Böhmer ähnlich gegenüber Feil, er würde Aschbach nur ungern von Bonn weichen sehen, da es ungewiss sei, ob man einen würdigen Nachfolger für ihn finden würde. Vgl. Böhmer an Feil, Frankfurt 04.04.1852, 129.598, Wienbibliothek, Handschriftenabteilung.

338 Johann Albrecht Friedrich Eichhorn (Wertheim 1779–1856 Berlin), 1840–1848 preußischer Kultusminister.

339 Vgl. dazu Friedrich von Bezold, Geschichte der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität. Von der Gründung bis zum Jahre 1870, Bonn 1920, S. 395.

bachs die Bonner philosophische Fakultät nicht erneut einen katholischen Professor berufen würde. Am 9. April ließ Ficker dem Minister über Feil mitteilen, dass er den Ruf unter den oben genannten Bedingungen annehmen werde.[340]

5.8.2.2. Majestätsvortrag und Ernennung

Minister Thun sprach unverzüglich am 13. April 1852 beim Kaiser vor und empfahl diesem die Ernennung von Julius Ficker und Heinrich Glax[341] an die Universität Innsbruck. Ficker sollte den Lehrstuhl der allgemeinen Weltgeschichte, Glax denjenigen für österreichische Geschichte erhalten.

Die Personalie Glax ist insgesamt weniger gut dokumentiert als jene von Ficker. Es ist aber wahrscheinlich, dass die Empfehlung für Glax von dessen Freunden Theodor Karajan[342] und Joseph Feil gekommen ist. Heinrich Glax war bis dahin als Beamter in der k.k. Gefällen-Domänenhofbuchhaltung tätig und journalistisch für verschiedene Zeitungen engagiert. 1848 war er in die Frankfurter Nationalversammlung gewählt worden. Seine forscherische Tätigkeit war jedoch sehr bescheiden.[343] Thun nennt diese zwar in seinem Vortrag an den Kaiser, betont aber insbesondere den „erprobten Charakter" und dessen Treue, Vaterlandsliebe und „innige Anhänglichkeit an das Kaiserhaus."[344] Diese Eigenschaften sowie das Fehlen von anderen inländischen Historikern gaben wohl auch den Ausschlag für die Ernennung von Glax.

Die charakterlichen Eigenschaften sprachen bestimmt auch für Ficker, denn dieser, so versichert Thun gegenüber dem Kaiser, sei von verschiedenen Seiten empfohlen worden. Besonders der Frankfurter Historiker Böh-

340 Ficker an Feil, Wien 09.04.1852, Unterricht Allg. Fasz. 1014, Sign. 5, ad 4098 ex 1852, Österreichisches Staatsarchiv, Allgemeines Verwaltungsarchiv. Dort beigelegt auch ein eigenhändiger Lebenslauf von Ficker.

341 Heinrich Glax (Wien 1808–1879 Graz), bis 1852 Rechnungsoffizial der Gefällen- und Domänenhofbuchhaltung in Wien, 1848/49 Mitglied der Frankfurter Nationalversammlung, 1852–1870 Prof. für österreichische Geschichte an der Universität Innsbruck.

342 Theodor Georg Karajan (Wien 1810–1873 Wien), ab 1841 Beamter der Wiener Hofbibliothek, 1850–1851 Prof. für deutsche Sprache und Literatur an der Universität Wien, 1851 Niederlegung der Professur, danach wieder Beamter der Wiener Hofbibliothek, ab 1851 Vizepräsindet der Akademie der Wissenschaften, 1866–1869 deren Präsident.

343 Vgl. Glax, Heinrich, in: Österreichisches Biographisches Lexikon 1815–1950, Bd. 2, Graz, Köln 1959, S. 5. Das einzige nennenswerte Werk von Glax ist sein Beitrag ‚Über die vier Ausgaben der geschichtlichen Vorstellungen der Ehrenpforte des Kaisers Maximilian I. von Albrecht Dürer' in den Quellen und Forschungen zur vaterländischen Geschichte, 1849.

344 Majestätsvortrag, Wien 13.04.1852, MCU Allg., Fasz. 1014, Sign. 5, 4098 ex 1852, Österreichisches Staatsarchiv, Allgemeines Verwaltungsarchiv.

mer habe die Ernennung von Ficker wärmstens befürwortet, und Böhmer sei schließlich „einer der größten deutschen Quellenforscher", der in „historischen Fragen das Recht immer auf Seiten Österreichs anerkannt"[345] habe. Thun unterstreicht das in seinem Vortrag wohl auch deshalb, weil Ficker zu diesem Zeitpunkt noch sehr jung war – er zählte damals gerade 24 Jahre – und dessen Ernennung damit nicht ohne Risiko blieb. Die Empfehlung von Böhmer und das bisherige wissenschaftliche Werk von Ficker ließen aber hoffen, so Thun. Zudem, so der Minister weiter, bringe eine Ernennung von Ficker einen weiteren Vorteil mit sich: Dieser besäße nämlich eine reiche Sammlung historischer Werke, die bei der kargen Situation an der Innsbrucker Bibliothek in den historischen Fächern eine willkommene Ergänzung bieten würde.[346]

Thuns Argumente überzeugten auch den jungen Kaiser und er bestätigte die Ernennung von Ficker und Glax am 27. April 1852.[347] Julius Ficker wurde die freudige Nachricht von Joseph Feil schriftlich am nächsten Tag mitgeteilt.[348] Noch am selben Tag verfasste er je einen Brief an den preußischen und den österreichischen Unterrichtsminister. In ersterem verkündete er seine Ernennung auf den Lehrstuhl in Innsbruck und bedauert gleichzeitig, nicht weiter in der „Heimath wirken zu können". Er schreibt weiter, er konnte

> bei der geringen Dauer meiner hiesigen Wirksamkeit und der überaus vollständigen Besetzung meines Faches an hiesiger Universität nicht für berechtigt halten, vor Annahme jenes Rufes eine Anfrage an Ewr. Exz. zu richten, ob mir etwa in Preussen eine entsprechende Stellung, die ich gewiß vorgezogen hätte, zugesichert werden könne.[349]

Ficker versuchte also gar nicht erst, wie oft üblich, zu verhandeln und den an ihn ergangenen Ruf für eine Verbesserung der Stellung an seiner aktuellen Universität auszunutzen. Er ließ sich jedoch eine Hintertür offen und sagte, dass er in Zukunft gerne wieder zurückkehren würde. Mit dem zwei-

345 Ebenda.

346 Ebenda.

347 Vgl. Helfert an Ficker, Wien 16.05.1852, Teilnachlass Julius Ficker, Forschungsinstitut Brenner-Archiv; Feil an Ficker, Wien 28.04.1852, Nachlass Ficker, Institut für Österreichische Geschichtsforschung.

348 Siehe Feil an Ficker, Wien 28.04.1852, Nachlass Ficker, Institut für Österreichische Geschichtsforschung.

349 Das Konzept für diesen Brief hat sich auf dem Brief von Feil erhalten. Feil an Ficker, Wien 28.04.1852, Nachlass Ficker, Institut für Österreichische Geschichtsforschung.

ten Brief an Minister Thun erklärte Ficker, die Ernennung[350] annehmen zu wollen und bedankte sich für das in ihn gesetzte Vertrauen.[351]

Zwei Wochen später, am 16. Mai 1852, unterzeichnete Unterstaatssekretär Joseph Alexander Helfert das Ernennungsdekret zum ordentlichen Professor für die allgemeine Geschichte mit einem Gehalt von 1200 fl. und der Bewilligung einer Übersiedlungsgebühr von 400 fl.[352]

In Innsbruck war die Ernennung von Ficker bereits am 28. April im *Bothen für Tirol und Vorarlberg* vermeldet worden und die Hoffnung ausgesprochen, dass damit die „fühlbare Lücke an unserer Hochschule endlich ausgefüllt sei."[353] Am 15. September 1852 kam Ficker schließlich in Innsbruck an, legte den Diensteid in die Hände des Statthalters Bissingen ab und begann im Wintersemester 1852/53 seine Vorlesungen. Ficker sollte Innsbruck danach nie mehr dauerhaft verlassen.

5.8.2.3. Fazit

Thun ließ sich mit der Berufung auf die Lehrstühle für Geschichte sehr viel Zeit und agierte mit großer Sorgfalt. Erst die Vakanz von Lehrstühlen an drei verschiedenen Universitäten in Österreich beschleunigte die Angelegenheit.

Zunächst ist aufschlussreich, welch großen Wert er der Berufung Jäger nach Wien zumaß. Jäger sollte in Wien dann einerseits durch seine spätere Rolle als Direktor des *Instituts für Österreichische Geschichtsforschung* eine Generation von Historikern prägen, andererseits zeigen andere Berufungsfragen, dass Jäger auch Thun vielfach beraten hat. Wichtig ist auch die Vermittlung des Tiroler Statthalters Bissingen, der – was auch bei anderen Fällen (Pichler, Phillips, Schuler, Moy) ersichtlich ist – vor Ort eine wesentliche Rolle als Vermittler und Mittelsmann einnahm.

Die Universität betonte indes die Wichtigkeit einer definitiven Besetzung und hob die Rolle des Faches Geschichte als eine zentrale Disziplin für die allgemeine Bildung der Studierenden hervor. Bei der Wahl des Kandidaten hatte sie sich dann – nach vergeblichen Versuchen – vollkommen zurückgezogen. Sie konnte nur indirekt Vorschläge unterbreiten, nämlich über Moy, den Thun privat befragt hatte. Hierbei ist anzumerken, dass Moy zwei ganz

350 Vgl. Ficker an Feil, Innsbruck 20.09.1852, 129.623, Wienbibliothek, Handschriftenabteilung.

351 Vgl. Konzept auf dem Brief von Feil an Ficker, Wien 28.04.1852, Nachlass Ficker, Institut für Österreichische Geschichtsforschung.

352 Helfert an Ficker, Wien 16.05.1852, Teilnachlass Julius Ficker, Forschungsinstitut Brenner-Archiv.

353 Bothe für Tirol und Vorarlberg, 96 (28.04.1852), S. 491.

unterschiedliche Gruppen von Kandidaten für die Stelle empfohlen hatte: mit Aschbach, Ficker, Muys ausgewiesene Fachleute, die an preußischen Universitäten ausgebildet worden waren und auch dort gelehrt hatten, andererseits junge Geistliche, die weniger durch ihre wissenschaftliche Fähigkeit als durch ihre katholisch-konservative Haltung hervorstachen. Zudem schlug er mit Strodl einen Ultramontanen ersten Ranges vor. Dass Moy die zweite Lösung bevorzugte, zeugt erneut von Moys Haltung und seiner Anschauung von der Aufgabe des Geschichtsunterrichts.

Thun hatte sich aber noch anderweitig informiert, einerseits bei Phillips, andererseits bei Feil, der wiederum von Böhmer den Hinweis auf Ficker erhalten hatte. Für Ficker sprachen somit sowohl die Empfehlungen verschiedener Personen als auch sein wissenschaftliches Talent und seine katholisch-konservative Gesinnung.

Glax wurde wohl hauptsächlich aus der Not an geeigneten Kandidaten gewählt. Thun betont bei dessen Ernennung außerdem dessen einwandfreie politische Haltung und machte damit, anders als bei der Ernennung des Professors für die allgemeine Weltgeschichte, Abstriche bei der wissenschaftlichen Qualität.

5.9. Der Lehrstuhl für romanische Philologie

5.9.1. Ausgangslage

Am 30. Juni 1853 teilte Thun dem Tiroler Statthalter Bissingen und der Universität mit, dass der Kaiser den Gymnasiallehrer Onorato Occioni zum ordentlichen Professor der italienischen Sprache und Literatur an der Universität Innsbruck ernannt hatte.[354] Der bisherige Lehrer für dieses Fach, Josef Nowotny, sollte sich infolge dieser Ernennung nun dem Sprachunterricht für jene Studenten widmen, die des Italienischen noch nicht mächtig waren. Thun hatte dem Kaiser schon im Oktober zuvor den Trentiner Gianmaria Battaglia di Pontealto[355] als Professor vorgeschlagen, dieser konnte seine Stelle wegen einer schwerwiegenden Erkrankung allerdings nicht antreten. Daraufhin hatte der Minister im März 1853 Occioni als Ersatz aufgeboten. Occioni wurde 1830 in Venedig geboren und war bis zu seiner Ernen-

354 Vgl. Thun an Bissingen, Wien 30.06.1853, Statthalterei Studien, 7140/1853, Tiroler Landesarchiv. Vgl. auch Walter N. Mair, Die Romanische Philologie an der Universität Innsbruck, in: Tiroler Heimat 46/47 (1982/83), S. 111–136, hier S. 113.

355 Gianmaria Battaglia di Pontealto, Weltpriester und Lehrer.

nung in Innsbruck als Supplent am Gymnasium in Triest tätig gewesen.[356]

Wir erinnern uns, dass der bisherige Vertreter des Fachs Nowotny durch die Reform und die Hebung der philosophischen Fakultät gewissermaßen degradiert worden war, da er forthin nicht mehr als Professor, sondern nur noch als Sprachlehrer fungieren sollte. Die Reaktionen von Nowotny auf diese Degradierung wurden ebenfalls schon dargestellt. Thun hatte die Ernennung von Occioni 1853 implizit mit der Notwendigkeit einer wissenschaftlichen Behandlung der italienischen Sprache und Literatur argumentiert, was ihm durch Nowotny nicht möglich erschien.[357] Gleichzeitig sah Thun die Notwendigkeit jemanden zu ernennen, der das Fach in der Prüfungskommission für die Gymnasiallehrer vertreten konnte, denn Nowotny sollte diese Funktion nicht mehr ausüben[358]. Auch im Ministerrat hatte Thun mit diesen beiden Gründen argumentiert. Darüber hinaus hatte er Occioni als geeignet bezeichnet, weil dieser „von tadelloser politischer Haltung sei“[359], was bei „guten Professoren von italienischer Nationalität“ selten der Fall wäre. Aus diesem Grund war Thun auch bereit, Occioni mit 1200 fl. ein höheres Einstiegsgehalt als üblich zu bezahlen, um ihn von seinem Posten an einem Triester Gymnasium weglocken zu können.

Dass gerade italienische Lehrer und Professoren in dieser Phase unter Dauerverdacht standen, zeigt auch ein Blick in die Akten des Unterrichtsministeriums in diesen Jahren. Dort finden sich reihenweise Polizeiberichte über nationalistische Äußerungen italienischer Professoren, woraufhin an den italienischen Gymnasien und Universitäten im Königreich Lombardo-Venetien die Lehrkörper regelrecht von solchen Kräften ‚purifiziert‘ wurden.[360] Dass gerade diese politische Dimension bei der Ernennung von Occioni eine Rolle gespielt hat, zeigt auch die neuerliche Behandlung der Ernennung im Ministerrat. Dazu war es allerdings nicht ausschließlich wegen Occioni gekommen, vielmehr war es auch Nowotnys unnachgiebige Haltung, die eine neuerliche Behandlung der Sache notwendig gemacht hatte. Erneut betonte Thun dabei die nationalen Besonderheiten in Tirol, die bei einer Besetzung unbedingt zu beachten wären.[361]

---

356 Piras, Occioni, Onorato.

357 Vgl. Thun an Bissingen, Wien 30.06.1853, Statthalterei Studien, 7140/1853, Tiroler Landesarchiv.

358 Ebner an Thun, Innsbruck 19.08.1852, MCU Allg., Sig. 5 Fasz. 1023 (Karton 1084), Österreichisches Staatsarchiv, Allgemeines Verwaltungsarchiv.

359 Die Protokolle des österreichischen Ministerrates (1848–1867). III. Abteilung (Das Ministerium Buol-Schauenstein) Bd. 2, S. 129.

360 Vgl. dazu teilweise auch bei Mazohl-Wallnig, Die Österreichische Unterrichtsreform in Lombardo-Venetien 1848–1854.

361 Vgl. dazu Die Protokolle des österreichischen Ministerrates (1848–1867). III. Abteilung

Die Ernennung von Occioni ist damit vor allem in Hinblick auf zwei Dinge interessant. Einerseits zeigt sie, wie sehr Thun darauf bedacht war, die Ausbildung an der neuen philosophischen Fakultät qualitativ zu heben. Dies war vor allem notwendig, weil an dieser Fakultät die künftigen Gymnasiallehrer ausgebildet wurden, die durch eine wissenschaftliche Bildung für diesen Beruf qualifiziert werden sollten. Gleichzeitig zeigt sich am Beispiel dieser Ernennung und in dem Wirken von Occioni der Übergang von einem italienischen Sprachunterricht zu einer italienischen/romanischen Philologie, wenngleich, wie Walter Mair meint, diese Neuorientierung erst in den 1880er-Jahren in Innsbruck zu einem wirklichen Abschluss gekommen ist und man erst zu diesem Zeitpunkt von einer romanischen Philologie sprechen kann.

So erweist sich die Ernennung von Occioni aber zumindest als ein Versuch, einen wissenschaftlichen Unterricht in italienischer Sprache und Literatur zu installieren und damit das reine Sprachstudium zu überwinden. Dass dieser Versuch mit Occioni nur mittelmäßig gelungen ist, lag aber nicht nur an der Person des Professors, sondern auch an der geringen Zahl an Studierenden: Occioni hatte während seiner gesamten Lehrtätigkeit in Innsbruck bis zu seinem Abgang 1863 oft gar keine Studenten, weshalb ihm zuletzt regelmäßig Freisemester bewilligt wurden.[362] Zahlreiche Initiativen von Occioni verdeutlichen allerdings, dass er durchaus daran interessiert war, einen wissenschaftlichen Aufschwung des Faches einzuleiten: Ein Beispiel hierfür ist etwa der Versuch, gleich zu Beginn seines Amtsantrittes, einige wissenschaftliche Zeitschriften für die Bibliothek anzuschaffen.[363]

Auch in der Wahrnehmung seiner Zeitgenossen, etwa des Studienreferenten in der Statthalterei, Jakob Probst, wurde ein Unterschied in der Behandlung des Faches von Occioni und Nowotny festgestellt. Allerdings scheint Occioni auf Grund der spärlichen Besucherzahlen seiner Kollegien recht schnell resigniert zu haben.[364] Deshalb bat er bereits im Jahr 1859 um eine Versetzung nach Padua.[365] Ferner wird am Beispiel der Berufung von

(Das Ministerium Buol-Schauenstein), Bd. 3, Wien 1984, S. 219–220; auch Majestätsvortrag, 30.03.1854, MCU Zl 6126 ex 1854, Österreichisches Staatsarchiv, Allgemeines Verwaltungsarchiv.

362 Vgl. Bericht der Statthalterei, Innsbruck 23.02.1860, Statthalterei, Präsidialakten, 1039 ad 495/1860, Tiroler Landesarchiv.

363 Vgl. Ficker an das MCU, Innsbruck 28.12.1854, Akten der Philosophischen Fakultät, PH 16, 47 ex 1854/55, Universitätsarchiv Innsbruck.

364 Vgl. dazu Jäger an Feil, Innsbruck 26.05.1854, 129.637, Wienbibliothek, Handschriftenabteilung.

365 Vgl. Bericht der Statthalterei, Innsbruck 23.02.1860, Statthalterei, Präsidialakten, 1039 ad 495/1860, Tiroler Landesarchiv.

Occioni deutlich, dass man bei der Ernennung von Italienern auf deren einwandfreie Gesinnung besonderen Bedacht legte, da der italienische Nationalismus als Gefahr für die Studenten erachtet wurde.

Der ‚degradierte' Nowotny führte indessen seinen elementaren Sprachunterricht fort, bis er im Mai 1858 an den Folgen von übermäßigem Alkoholkonsum starb.[366] Die Tatsache, dass er „seit dem Eintritte des Occioni aber nur noch geduldet"[367] war, hatte Nowotny, der seit 1841 an der Universität gelehrt hatte,[368] offenbar arg zugesetzt.

5.10. Verbannt nach Tirol? Anton Małecki und Josaphat Zielonacki

Bald nach der Ernennung von Occioni berief Thun schon die nächsten Professoren nach Innsbruck. Am 18. August 1853 unterbreitete der Unterrichtsminister dem Kaiser den Vorschlag, die beiden Professoren Anton Małecki[369] und Josaphat Zielonacki[370] nach Innsbruck zu berufen: Małecki als Vertreter für klassische Philologie und Zielonacki als Professor für Römisches Recht.[371] Am 7. September 1853 bewilligte Kaiser Franz Joseph deren Ernennung.

Die Professoren waren zu diesem Zeitpunkt ohne Anstellung, denn der Kaiser hatte im Herbst 1852 angeordnet, die beiden von ihrer bisherigen Stelle zu entfernen, weil sie sich antiösterreichischer und nationalistischer Agitation schuldig gemacht hätten. Die Entscheidung, die beiden Professoren zu entlassen, war auf Betreiben des Kaisers erfolgt, wie das allerhöchste Handschreiben vom 30. September 1852 zeigt.[372] Thun war damals von

366 Oberkofler, Der italienische Sprachunterricht an der Philosophischen Fakultät Innsbruck im Vormärz, S. 20.

367 Bericht der Statthalterei, Innsbruck 23.02.1860, Statthalterei, Präsidialakten, 1039 ad 495/1860, Tiroler Landesarchiv.

368 Vgl. dazu Oberkofler, Der italienische Sprachunterricht an der Philosophischen Fakultät Innsbruck im Vormärz, S. 18.

369 Anton Małecki (Obiezierze 1821–1913 Lemberg), 1845–1850 Lehrer am Gymnasium in Posen, 1850–1853 Prof. der klass. Philologie an der Universität Krakau, 1853 suspendiert, 1853–1856 Prof. der klass. Philologie an der Universität Innsbruck, ab 1856 Prof. der polnischen Sprache und Literatur an der Universität Lemberg.

370 Josaphat Zielonacki (Posen 1818–1884 Goniczkach), 1850–1852 Prof. für Römisches Recht an der Universität Krakau, 1853 Suspendierung, 1853–1855 Prof. für Römisches Recht an der Universität Innsbruck, 1855–1857 Prof. an der Universität Prag, 1857–1870 Prof. an der Universität Lemberg.

371 Majestätsvortrag (Konzept), Wien 18.08.1853, MCU Präs., 566 ex 1853, Österreichisches Staatsarchiv, Allgemeines Verwaltungsarchiv.

372 Majestätsvortrag (eh. Konzept), Wien 03.10.1852, MCU Präs., 526 ex 1852, Österreichisches Staatsarchiv, Allgemeines Verwaltungsarchiv. Der Kaiser wiederum war wohl von Polizeidirektor Kempen dazu veranlasst worden. Vgl. dazu Waltraud Heindl, Universitäts-

Franz Joseph aufgefordert worden, die Entlassungen auf ordentlichem Wege zum Beschluss vorzubereiten. Thun folgte dieser Aufforderung des Kaisers zwar, ließ aber durchblicken, dass er mit der Entscheidung nicht vollkommen einverstanden war. Denn er hegte Bedenken gegen das Vorgehen, weil Professoren nicht einfach ohne Disziplinarverfahren entlassen werden konnten. Ein solches erforderte aber eine genaue Anklage und ein geregeltes Verfahren, was alles erst vorbereitet werden müsste.[373] Der Kaiser bestand allerdings auf einer Entlassung.[374] Małecki und Zielonacki wurden daher am 1. Januar 1853 von der Krakauer Universität relegiert. Mit ihnen wurden noch zwei weitere Professoren aus politischen Gründen aus ihrem Amt entfernt.[375]

Die ganze Angelegenheit wirft ein bezeichnendes Licht auf die damaligen Verhältnisse an der Krakauer Universität und auf die dortige Nationalitätenproblematik.[376] Gleichzeitig lassen sich dabei zahlreiche Parallelen zur Situation im Königreich Lombardo-Venetien ziehen, wo Denunziationen und politisch motivierte Entlassungen von Lehrern auf der Tagesordnung standen.[377] Nicht zuletzt verdeutlicht dies die Sorge vor den erstarkenden Nationalismen in der Habsburgermonarchie, und weist so eine Parallele zur Ernennung des Italieners Occioni auf, dessen treue politische Haltung von Thun ja eigens hervorgehoben wurde.

Im Falle von Małeckis und Zielonackis Entlassung hatte Thun allerdings weniger Anteil, als dies vor allem in der älteren polnischen Literatur teilweise behauptet wurde[378], vielmehr glaubte Thun, wie sein eigenhändiges

---

reform und politisches Programm. Die Sprachenfrage an der Universität Krakau im Neoabsolutismus, in: Österreichische Osthefte 20 (1978), S. 79–98, hier S. 82.

373 Vgl. dazu auch die Debatte im Ministerrat vom 27.09.1849 in Die Protokolle des österreichischen Ministerrates (1848–1867). II. Abteilung (Das Ministerium Schwarzenberg), Bd. 1. Auch dort pochte Thun hartnäckig darauf, dass man missliebige Professoren nicht einfach entlassen könne und verwies auf die gewährte Lehrfreiheit.

374 Vgl. zur ganzen Affäre auch bei Agnieszka Zięba, Professor Józefat Zielonacki – Ein polnischer Gelehrter des 19. Jahrhunderts und sein Rang in der romanistischen Rechtslehre, in: Zoran Pokrovac (Hg.), Rechtswissenschaft in Osteuropa, Frankfurt a.M. 2010, S. 391–436, hier S. 394–398.

375 Vgl. ebenda.

376 Vgl. ebenda S. 395–397; auch bei Heindl, Universitätsreform und politisches Programm.

377 Der Fall erinnert ein wenig an die Entlassung von Francesco Ambrosoli, die ebenfalls auf Betreiben des Kaisers vollzogen werden musste, obwohl Thun diesen als Generaldirektor zur Beaufsichtigung der Reformen in Mailand dringend benötigte. Vgl. Mazohl-Wallnig, Die Österreichische Unterrichtsreform in Lombardo-Venetien 1848–1854, S. 126 und 137. Im Übrigen finden sich in den Archivbeständen des MCU gerade für den Beginn der 1850er-Jahre zahlreiche Akten, in denen Professoren und Lehrer hinsichtlich ihrer politischen Meinung überprüft worden waren und vom Dienst entfernt wurden.

378 Vgl. etwa Zięba, Professor Józefat Zielonacki – Ein polnischer Gelehrter des 19. Jahrhunderts und sein Rang in der romanistischen Rechtslehre, S. 397. Vgl. auch Jan Surman,

Konzept für den Vortrag an den Kaiser beweist, dass dieser unter Umständen die falschen Personen entlasse, und drängte den Kaiser daher auf eine genaue Untersuchung des Falls durch einen Sonderkommissar.[379] Thun bat daraufhin den Senat der Krakauer Universität und die lokalen Polizeibehörden um Auskunft. Die Polizeibehörde von Krakau antwortete bereits am 12. Oktober und bestätigte Thun, dass beide Professoren „warme Anhänger der Revolutionsparthei" seien und daher nicht für den Dienst geeignet erschienen.[380] Thun schlug dem Kaiser aus diesem Grund vor, die Universität einem Sondergesandten zu unterstellen.[381] Die vom Kaiser angeordnete Entlassung der genannten Professoren blieb aufrecht, womit Thun nicht zufrieden war[382], zumal er sich selbst noch vor kurzem für die Ernennung der beiden in Krakau stark gemacht hatte. Das erklärt auch, warum Thun sich schon im folgenden Jahr beim Kaiser für die Wiederanstellung von Małecki und Zielonacki eingesetzt hatte. Beide hatten nach ihrer Relegierung Thun um Wiederanstellung an einer österreichischen Universität gebeten und sich geläutert gegeben.[383] Eindringlich verwiesen die beiden auch auf ihre prekäre finanzielle Situation nach der Entlassung aus dem österreichischen Staatsdienst. Denn, wie Thun in seinem Majestätsvortrag beschreibt, stünden die beiden nach ihrer Entlassung aus dem Lehramt vor dem Nichts. Beide hatten nämlich sichere Stellen aufgegeben, um dem Ruf nach Krakau folgen zu können, gleichzeitig hatten beide durch die Annahme der Lehrkanzel an der Universität ihre Zugehörigkeit zum preußischen Untertanenverband, dem sie bis dahin angehört hatten, verloren, ohne eine solche in Österreich zu erlangen; beide wären somit „Heimatlose"[384].

Leon (sic!) Thun in der polnischen Historiographie: zur Tradition der Geschichte, in: Die Thun-Hohenstein'schen Universitätsreformen 1849–1860. Konzeption – Umsetzung – Nachwirkungen, Wien, Köln, Weimar 2017, S. 317–346. Surman beschreibt, wie diese Perspektive entstanden ist.

379 Majestätsvortrag (eh. Konzept), Wien 03.10.1852, MCU Präs., 526 ex 1852, Österreichisches Staatsarchiv, Allgemeines Verwaltungsarchiv.

380 Oberste Polizeibehörde an Thun, Krakau 12.10.1852, MCU Präs., 620/1852, Österreichisches Staatsarchiv, Allgemeines Verwaltungsarchiv.

381 Vgl. dazu Die Protokolle des österreichischen Ministerrates (1848–1867). III. Abteilung (Das Ministerium Buol-Schauenstein) Bd. 1, Wien 1975, S. 323–324.

382 Auch Heindl, Universitätsreform und politisches Programm, S. 83, vertritt diese Ansicht.

383 Vgl. dazu Majestätsvortrag (Konzept), Wien 18.08.1853, MCU Präs., 566 ex 1853, Österreichisches Staatsarchiv, Allgemeines Verwaltungsarchiv; Zielonacki an Thun, Chwalbogowo 22.05.1853, Nachlass Leo Thun-Hohenstein, A3 XXI D207, Staatliches Gebietsarchiv Leitmeritz, Zweigstelle Tetschen-Bodenbach.

384 Majestätsvortrag (Konzept), Wien 18.08.1853, MCU Präs., 566 ex 1853, Österreichisches Staatsarchiv, Allgemeines Verwaltungsarchiv.

Małecki, geboren 1821, stammte nämlich aus dem Großherzogtum Posen und hatte in Berlin studiert. Von 1845 bis 1850 war er Gymnasiallehrer am renommierten Maria-Magdalena-Gymnasium von Posen. 1850 berief ihn Leo Thun als Professor für Philologie an die Universität von Krakau, nachdem Fürst Radziwill ihn als „guten Lehrer und Katholik“[385] an Thun empfohlen hatte. Der Minister betraute Małecki in Krakau mit dem Aufbau eines philologischen Seminars und zugleich mit der Neuordnung des Gymnasiums, und setzte dabei große Hoffnungen in ihn.[386] Die befohlene Entlassung von Małecki bedeutete daher auch einen herben Rückschlag für die Pläne Thuns.[387]

Josaphat Zielonacki war ebenfalls von Thun nach Krakau berufen worden, dieser für Römisches Recht. Auch er stammte aus dem Großherzogtum Posen und wurde 1818 in Goniczki geboren. Ebenso wie Małecki hatte er seit 1838 in Berlin studiert und habilitierte sich 1848 (oder 1849)[388] in Breslau, wo er auch das Revolutionsjahr erlebt hatte. Von einer Beteiligung an der Revolution ist nichts bekannt. Thun schlug ihn deshalb 1850 als Professor für Römisches Recht vor und bezeichnete ihn bei dieser Gelegenheit als ein großes Talent und „seine Führung sowie politische Haltung bislang makellos“[389].

Thun schien auch noch 1852 von der Unbedenklichkeit der beiden überzeugt zu sein, sonst hätte er den Kaiser nicht um die Wiederanstellung der beiden gebeten, zumal andere Fälle zeigen, dass er sonst nicht zimperlich bei der Entlassung von politisch bedenklichen Personen war. Zudem musste er den Kaiser überzeugen, dessen eigene Entscheidung rückgängig zu machen – und appellierte deshalb mehrfach an die kaiserliche Gnade. Thun glaubte den Kaiser wohl auch damit überzeugen zu können, dass die (po-

385 Radziwill an Thun, Torgau 24.11.1850, Nachlass Leo Thun-Hohenstein, A3 XXI D17, Staatliches Gebietsarchiv Leitmeritz, Zweigstelle Tetschen-Bodenbach.

386 Małecki an Thun, Krakau 23.11.1850, MCU Präs. 565 ex 1850, Österreichisches Staatsarchiv, Allgemeines Verwaltungsarchiv.

387 Vgl. zu Thuns Absichten für Krakau Heindl, Universitätsreform und politisches Programm, S. 82.

388 Vgl. Zięba, Professor Józefat Zielonacki – Ein polnischer Gelehrter des 19. Jahrhunderts und sein Rang in der romanistischen Rechtslehre, S. 393.

389 Zit. bei Zięba, Professor Józefat Zielonacki – Ein polnischer Gelehrter des 19. Jahrhunderts und sein Rang in der romanistischen Rechtslehre, S. 393. Zielonacki wurde offenbar vom damaligen Rektor der Universität Anton Majer empfohlen. Vgl. Majer an Thun, Krakau 12.08.1850, Nachlass Leo Thun-Hohenstein, A3 XXI D67, Staatliches Gebietsarchiv Leitmeritz, Zweigstelle Tetschen-Bodenbach. Insgesamt zur Biografie von Zielonacki bei Zięba, Professor Józefat Zielonacki – Ein polnischer Gelehrter des 19. Jahrhunderts und sein Rang in der romanistischen Rechtslehre, S. 393–394; auch kurz bei Oberkofler, Innsbrucker Romanisten im 19. und beginnenden 20. Jahrhundert, S. 131–132.

litischen) Gründe, die beiden Professoren zu entlassen, eng mit der Situation in Krakau verbunden waren. Die Gefahr politischer Aufwiegelei könnte gebannt werden, wenn man die beiden aus diesem Umfeld entferne, auch weil in wissenschaftlicher Hinsicht „niemals ein Anstand gegen sie erhoben worden ist“[390]. Thun versicherte dem Kaiser, dass die beiden Professoren in wissenschaftlicher Hinsicht in Innsbruck gute Dienste leisten könnten und Lücken innerhalb des Professorenkollegiums schließen würden: Małecki als klassischer Philologe sollte den nach Rom versetzten Alois Flir ersetzen und Zielonacki könne das Fach Römisches Recht lehren. Zielonacki könnte dabei Professor Theser unterstützen, der zwar ebenfalls Römisches Recht lehrte, der aber der zunehmenden Bedeutung des Faches in wissenschaftlicher Hinsicht nicht vollkommen gerecht wurde.

Der Kaiser bewilligte die Wiederanstellung der beiden Professoren am 7. September 1853.[391] Beide nahmen den Ruf an.[392] Die Universität Innsbruck hatte bei der Ernennung neuerlich kein Mitsprachrecht gehabt, die Fakultäten wurden erst nach erfolgter Ernennung in Kenntnis gesetzt.

5.10.1. Kurzes Tiroler Exil

Für die beiden Professoren hatte die Geschichte damit doch noch ein gutes Ende genommen, beide konnten ihre universitäre Karriere fortsetzen, auch wenn sie nur kurz in Innsbruck bleiben sollten. Małecki wurde am 22. August 1856 nach Lemberg versetzt, Zielonacki folgte ihm an dieselbe Universität im darauffolgenden Sommer, nachdem er schon 1855 nach Prag versetzt worden war.[393] Für beide war Innsbruck damit nur eine Zwischenstation und die Wirkung der beiden fiel wenig nachhaltig aus.[394] Julius Ficker beurteilte die Wirksamkeit von Małecki gegenüber Thun folgendermaßen:

390 Majestätsvortrag (Konzept), Wien 18.08.1853, MCU Präs., 566 ex 1853, Österreichisches Staatsarchiv, Allgemeines Verwaltungsarchiv.

391 Allerhöchste Entschließung, Schönbrunn 07.09.1853, MCU Präs., 661/1853, Österreichisches Staatsarchiv, Allgemeines Verwaltungsarchiv.

392 Vgl. dazu auch Zielonacki an Helfert, Goniczki bei Wreschen 13.10.1853, MCU Präs., ad 706 ex 1853, Österreichisches Staatsarchiv, Allgemeines Verwaltungsarchiv.

393 Vgl. Zięba, Professor Józefat Zielonacki – Ein polnischer Gelehrter des 19. Jahrhunderts und sein Rang in der romanistischen Rechtslehre, S. 398; Gunter Wesener, Zu den Anfängen der historischen Rechtsschule romanistischer Richtung in Österreich – vornehmlich zu Ludwig Arndts von Arnesburg (1803–1878), in: Thomas Olechowski (Hg.), Grundlagen der österreichischen Rechtskultur. Festschrift für Werner Ogris zum 75. Geburtstag, Wien, Köln, Graz 2010, S. 577–599, hier S. 586.

394 Vgl. zur Wirkung von Zielonacki bei Oberkofler, Innsbrucker Romanisten im 19. und beginnenden 20. Jahrhundert, S. 131–132.

> Herr Prof. Dr. Malecky hat ohne Zweifel sehr ersprießlich gewirkt; aber den Übergang nicht allein zu einer anderen Universität, sondern auch zu einem anderen Fache im Auge habend, mussten es die Verhältnisse von selbst mit sich bringen, dass er in seinem hiesigen Wirkungskreis sich nicht mit der Lust und Liebe bewegte, welche nur da einzutreten pflegt, wo es gilt für andauernde Wirksamkeit festen Boden zu schaffen.[395]

Die Anstellung der beiden in Innsbruck diente offenbar vorwiegend dem Zweck, ihnen wieder eine Lehrmöglichkeit zu verschaffen, sie aber gleichzeitig von dem Umfeld in Krakau fernzuhalten und sie so ins ferne Tirol zu verbannen. Die Episode macht aber auch deutlich, dass die Innsbrucker Universität ein Ort der Bewährung war, an dem man sich einige Jahre beweisen musste, um dann an eine der größeren Universitäten berufen zu werden (oder auch nicht).[396]

5.11. Ein zweiter Vertreter für das Lehrfach Römisches Recht – Die Berufung von Friedrich Maassen und seiner Nachfolger

Am 13. September 1854 ließ Minister Thun mit provisorischer Verordnung die Rechtsphilosophie aus den Prüfungsgegenständen der Staatsprüfung entfernen.[397] Damit kündigte sich die lange ausgearbeitete Reform des juridischen Studienplans zunächst als Provisorium an. Im Herbst des folgenden Jahres wurde der Studienplan dann endgültig festgelegt[398] und damit auch die Reform der Universitäten – was die gesetzliche Ebene betrifft – weitgehend abgeschlossen. Die neue juristische Studienordnung betonte vor allem die Rolle der deutschen Reichs- und Rechtsgeschichte sowie des Römischen Rechts, indem das ganze erste Studienjahr hindurch diese genannten Fächer gelehrt werden sollten.[399] Die beiden Fächer bildeten somit die Basis für das Studium an der juridischen Fakultät, wie Thun eigens betonte: „durch diese allgemeinen Studien soll zugleich eine richtige Auffassung des Rech-

395 Ficker an Thun (Konzept), Innsbruck o.D., Nachlass Ficker, Institut für Österreichische Geschichtsforschung.

396 Vgl. dazu grundsätzlich Surman, Habsburg Universities 1848–1918.

397 Verordnung des Ministeriums für Cultus und Unterricht, 13.09.1854, RGBl 237/1854.

398 Vor allem in der Tradition von Lentze wird dies als die zentrale und eigenständigste Leistung von Thun angesehen. Vgl. Lentze, Die Universitätsreform des Ministers Graf Leo Thun-Hohenstein, S. 237; besonders auch Grass, Die Kirchenrechtslehrer der Innsbrucker Universität von 1672 bis zur Gegenwart, S. 176; zuletzt Wesener, Zu den Anfängen der historischen Rechtsschule romanistischer Richtung in Österreich – vornehmlich zu Ludwig Arndts von Arnesburg (1803–1878), S. 580–581.

399 Siehe Erlass des Ministeriums für Cultus und Unterricht, 2.10.1855, RGBl 172/1855.

tes und des Staatswesens gesichert, und verführerischen idealen Richtungen vorgebeugt werden."[400] Minister Thun strebte im Bereich der Rechtsgeschichte und des Römischen Rechts eine möglichst umfangreiche Vertretung an – ähnlich wie im Fall der klassischen Philologie – und versuchte an alle Universitäten der Monarchie zwei Vertreter des Faches zu berufen.[401]

Im Jahr 1855 gab es in Innsbruck mit Ernest Theser allerdings nur einen Professor für das Fach Römisches Recht, nachdem Zielonacki nur kurze Zeit in Innsbruck gewirkt hatte und schon 1855 nach zwei Jahren in Tirol nach Prag versetzt worden war. Im Herbst 1855 ernannte Thun daher Friedrich Bernhard Maassen zum außerordentlichen Professor für Römisches Recht an der Innsbrucker Universität zur ausdrücklichen Unterstützung von Ernest Theser.[402] Denn schon anlässlich der 1853 erfolgten Berufung von Zielonacki nach Innsbruck hatte sich Thun dem Kaiser gegenüber klar über die beschränkten Fähigkeiten von Theser ausgesprochen, wenn er in seinem Vortrag festgestellt hatte:

> es läßt sich aber nicht behaupten, daß dieser schon seit einer Reihe von Jahren in Innsbruck fungierende Lehrer [Theser, C.A.] seine Stellung in einer Weise ausfüllte, welche für die nächste Zukunft, wo das römische Recht, wieder mehr in den Vordergrund zu treten hat, keine anderweitige Ergänzung mehr wünschenswerth erscheinen ließe.[403]

Nachdem mit der gesetzlichen Änderung des Studienplans der Stellenwert des Studiums des Römischen Rechts nun tatsächlich gehoben worden war, galt diese Aussage nun umso mehr und machte ein Handeln erforderlich.

5.11.1. Die Berufung von Friedrich Maassen

Bevor Friedrich Maassen nach Innsbruck berufen wurde, hatte er zuvor ein Semester an der Pester Universität gelehrt. Die Berufung nach Österreich

400 Thun in seinen Ausführungen gegenüber dem Kaiser im Vorfeld der Bewilligung. Majestätsvortrag, 29.07.1855. Abgedruckt bei Lentze, Die Universitätsreform des Ministers Graf Leo Thun-Hohenstein, S. 348–362, hier S. 350.

401 Vgl. dazu die Argumentation von Thun gegenüber dem Kaiser Majestätsvortrag (Konzept), Wien 02.01.1855, MCU Präs. 1205/1854, Österreichisches Staatsarchiv, Allgemeines Verwaltungsarchiv.

402 Majestätsvortrag, Wien 08.09.1855, MCU Allg., Sig. 5, Fasz. 995, Österreichisches Staatsarchiv, Allgemeines Verwaltungsarchiv.

403 Vgl. Majestätsvortrag (Konzept), Wien 18.08.1853, MCU Präs., 566 ex 1853, Österreichisches Staatsarchiv, Allgemeines Verwaltungsarchiv.

hatte er gezielt angestrebt und dazu im August 1854 ein Ansuchen an Thun gerichtet.[404]

Maassen wurde 1823 in Wismar in Mecklenburg geboren.[405] Er studierte in Jena, Rostock, Berlin und Kiel. In Berlin hatte er bei Friedrich Karl von Savigny und Georg Friedrich Puchta[406] studiert. Eine akademische Karriere strebte er zunächst allerdings nicht an, sondern war als Advokat tätig. Im Jahr 1848 hatte er sich öffentlich gegen die revolutionäre Stimmung gewandt und damit nach eigener Aussage das Interesse und die Zustimmung einiger führender konservativer Persönlichkeiten Norddeutschlands auf sich gezogen, darunter Jasper von Oertzen-Leppin[407] und Albrecht von Bernstorff[408]. Mit seinem Freund Franz Chassot von Florencour[409] gründete er daraufhin das konservative Blatt *Norddeutscher Korrespondent* und arbeitete anschließend als Privatlehrer bei der Familie Löwenstein-Wertheim-Freudenberg.[410]

Im Jahr 1851 erfolgte seine Konversion zum katholischen Glauben, die nach Maassens Auskunft an Thun ein lang gehegter inniger Wunsch war. Der Glaubensübertritt verdarb ihm allerdings jegliche „Aussicht auf weitere Berücksichtigung bei Anstellungen in seinem Vaterlande“[411] und so zog er nach Wien, wo er am Aufbau der *Katholischen Literaturzeitung*[412] mitarbeiten wollte. In Wien nahm er auch seine Studien privatim wieder auf und vertiefte sich in das kanonische Recht. Das Ergebnis dieser Studien war ein Werk über den Primat des Papstes.[413] Nikolaus Grass schreibt 1955 in

404 Maassen an Thun, Wien 28.08.1854, MCU Präs. 21/1855, Österreichisches Staatsarchiv, Allgemeines Verwaltungsarchiv.

405 Zur Biografie von Maassen siehe insgesamt bei Nikolaus Grass, Maassen, Friedrich Bernhard, in: Neue Deutsche Biographie, Bd. 15, Berlin 1987, S. 603–604.

406 Georg Friedrich Puchta (Cadolzburg bei Nürnberg 1798–1846 Berlin), 1835–1837 Prof. für Römisches Recht und Kirchenrecht an der Universität Marburg, 1837–1842 Prof. an der Universität Leipzig, ab 1842 Prof. an der Universität Berlin.

407 Jasper Oertzen-Leppin (Schwerin 1801–1874 Grandchamp), zunächst Beamter in mecklenburgischem Dienst, ab 1842 Verwaltung seiner eigenen Güter, ab 1851 Gesandter Mecklenburgs beim Bundestag.

408 Albrecht von Bernstorff (Dreilützow 1809–1873 London), Diplomat, 1848–1851 preußischer Gesandter in Wien, 1852 preußischer Gesandter in Neapel, ab 1854 Botschafter in London.

409 Franz Chassot von Florencourt (Braunschweig 1803–1886 Paderborn), Schriftsteller und Journalist, 1851 Konversion zum katholischen Glauben.

410 Vgl. Maassen an Thun, Wien 28.08.1854, MCU Präs. 21/1855, Österreichisches Staatsarchiv, Allgemeines Verwaltungsarchiv.

411 Majestätsvortrag (Konzept), Wien 02.01.1855, MCU Präs. 1205/1854, Österreichisches Staatsarchiv, Allgemeines Verwaltungsarchiv.

412 Die Zeitung erschien ab 1854 auf Anregung der Generalversammlung der katholischen Vereine in Wien.

413 Friedrich Maassen, Der Primat des Bischofs von Rom und die alten Patriarchalkirchen, Bonn 1853.

seinem Werk über österreichische Kirchenrechtler, dass dieses Buch sowie die Empfehlung von George Phillips Thun veranlasst hätten, Maassen eine Stelle in Österreich zu verschaffen, wofür Grass allerdings keinen Beleg liefert.[414] Maassen war schon 1851 mit Phillips in Wien zusammengetroffen[415] und dieser hatte im Spätsommer 1854 tatsächlich an Thun in der Angelegenheit von der Berufung von Maassen an Thun geschrieben.[416] Dieser Brief ist allerdings nicht erhalten, Grass hatte somit zwar eine richtige Vermutung. Indes zeigt die Korrespondenz von Friedrich Maassen mit dem Staatsrat Justin Linde[417] in Frankfurt, dass nicht Phillips, sondern vielmehr der genannte Staatsrat wohl die wesentliche Figur bei der Berufung Maassens nach Österreich gewesen war.

Maassen schrieb nämlich im Sommer 1854 an Linde, dass er nach seiner Ankunft in Wien auf „confidentiellem" Weg in Erfahrung bringen konnte, dass das Unterrichtsministerium gedenke, an mehreren österreichischen Hochschulen neue Lehrstühle für Römisches Recht zu errichten, und dass das Ministerium sich aus diesem Grund bereits in Deutschland nach geeigneten Kandidaten umgesehen habe. Maassen berichtete weiter, dass er sich daraufhin an einen ihm bekannten Sektionsrat im Unterrichtsministerium gewandt hatte, der ihm dazu riet, ein persönliches Gesuch an Thun zu richten; hilfreich, so der nicht namentlich genannte Sektionsrat gegenüber Maassen, sei eine aktuelle wissenschaftliche Leistung; am wichtigsten sei allerdings die „Fürsprache einflußreicher Männer"[418]. Der unbekannte Sektionsrat[419] hatte Maassen gegenüber sogar erwähnt, dass eine Empfehlung des Staatsrates Linde die Chancen bedeutend erhöhen würden. Daher bat

414 Vgl. Grass, Maassen, Friedrich Bernhard. 1955 hatte er die Aussage noch mit einem ‚vielleicht' verbunden. Vgl. Nikolaus Grass, Österreichische Kanonistenschulen, in: Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte. Kanonistische Reihe (1955), S. 290–410, hier S. 303.

415 Das ergibt sich aus der Korrespondenz von Maassen mit Justin Linde.

416 Vgl. dazu Phillips an Thun, Wien 08.09.1854, Nachlass Leo Thun-Hohenstein, A3 XXI D280, Staatliches Gebietsarchiv Leitmeritz, Zweigstelle Tetschen-Bodenbach. Phillips erwähnt in dem Brief, dass er kurz zuvor an Thun in dieser Angelegenheit geschrieben hatte.

417 Justin Timotheus Balthasar Linde (Brilon 1797–1870 Bonn), 1824–1829 Prof. des deutschen Privatrechts und der röm. Rechtsgeschichte an der Universität Gießen, ab 1829 Geh. Regierungsrat im Ministerium des Innern und der Justiz in Darmstadt, ab 1832 Direktor des Oberstudienrats, 1836–1847 Geh. Staatsrat im Ministerium des Innern und der Justiz, 1848/49 Mitglied der Frankfurter Nationalversammlung, 1850–1866 österr. Gesandter beim deutschen Bundestag.

418 Maassen an Linde, Wien 18.08.1854, N 1759, 33, Bundesarchiv Koblenz.

419 Als Sektionsräte im MCU dienten zu diesem Zeitpunkt Josef Mozart, Johann Fontana, Anton Krombholz, Johann Simor, Johann Kleemann, Ludwig Heufler. Da wir sonst keine Hinweise haben, muss die Frage, welcher dieser Räte der von Maassen konsultierte war, offenbleiben.

Maassen Linde um eben eine solche Empfehlung. Die beiden kannten sich damals offenbar schon länger, die überlieferte Korrespondenz reicht jedenfalls ins Jahr 1851 zurück und schon vorher scheint es Kontakte zwischen ihnen gegeben zu haben, wie sich aus den Briefen schließen lässt.

Für Linde war der Brief von Maassen inhaltlich wohl keine allzu große Überraschung, denn Minister Thun hatte bereits im Mai des Jahres an den hessischen Staatsrat geschrieben und sich über Heinrich Fick[420] aus Marburg erkundigt, der sich um eine Professur des Römischen Rechts in Österreich beworben hatte. In weiterer Folge bat der Minister Linde zudem, ihn „noch auf andere hervorragende, oder wenigstens unzweifelhaft hoffnungsvolle Romanisten, die für unsere Verhältnisse passen dürften, wo möglich Katholiken, aufmerksam zu machen."[421] Der Minister schrieb an Linde, weil dieser ihm schon kurz zuvor seinen Neffen Friedrich Schulte[422] vermittelt hatte, mit dem der Minister so zufrieden war, dass er ihn bald darauf nach Prag berief.[423] Linde konnte in seiner Antwort an Thun[424], die uns nur als Konzept überliefert ist, zwar vorerst keine neuen möglichen Kandidaten nennen. Er nahm jedoch die Ankündigung Thuns, das Römische Recht und die Rechtsgeschichte in Österreich stärker zu fördern, mit Begeisterung auf und versicherte Thun, sich nach geeigneten Anwärtern umzuhören. Die Bitte von Maassen knapp drei Monate später musste ihm daher gerade passend kommen, sodass er Thun tatsächlich doch noch einen aussichtsreichen jungen Romanisten empfehlen konnte.[425] In der Zwischenzeit hatte Maassen auch, wie bereits gegenüber Linde angekündigt, eine kleine romanistische wissenschaftliche Abhandlung[426] vollendet, sodass die Voraussetzungen für

420 Heinrich Fick (Kassel 1822–1895 Zürich), Jurist in Marburg, nach 1848 Jurist in Zürich, ab 1851 Prof. für Römisches Recht, Handels- und Wechselrecht an der Universität Zürich.

421 Thun an Linde, Wien 24.05.1854, N 1759, 51, Bundesarchiv Koblenz. Thun hatte sich auch bei Moy über mögliche Kandidaten erkundigt. Moy hatte Karl Ludwig Arndts empfohlen. Vgl. Moy an Thun, Innsbruck 19.07.1854, Nachlass Leo Thun-Hohenstein, A3 XXI D270, Staatliches Gebietsarchiv Leitmeritz, Zweigstelle Tetschen-Bodenbach.

422 Johann Friedrich Schulte (Winterberg 1827–1914 Meran), ab 1854 Privatdozent an der Universität Bonn, 1855 Prof. für Kirchenrecht und deutsche Reichs- und Rechtsgeschichte an der Universität Prag, 1873–1906 Prof. für Kirchengeschichte an der Universität Bonn.

423 Thun an Linde, Wien 24.05.1854, N 1759, 51, Bundesarchiv Koblenz; Linde an Thun (Konzept), Frankfurt a. M. 31.05.1854, N 1759, 51, Bundesarchiv Koblenz.

424 Linde an Thun (Konzept), Frankfurt a. M. 31.05.1854, N 1759, 51, Bundesarchiv Koblenz.

425 Das Empfehlungsschreiben ist leider nicht erhalten, allerdings bedankt sich Maassen bei Linde für dessen Verwendung bei Thun. Siehe Maassen an Linde, Wien 17.11.1854, N 1759, 33, Bundesarchiv Koblenz.

426 Friedrich Maassen, Civilistische Erörterungen. 1. Heft: Zur Lehre von den Bedingungen, Bonn 1854.

einen erfolgreichen Antrag gegeben schienen.[427] Daraufhin kam das übliche Procedere im Ministerium in Wien in Bewegung: Das Gesuch und der Kandidat wurden eingehend überprüft, das Ministerium holte zudem eine Stellungnahme der Polizeibehörde ein. Diese erkundigte sich in Wismar, der Heimatstadt Maassens, und in Wien über den jungen Mann und meldete im Oktober an Thun die politische Unbedenklichkeit des Anwärters. Für Thun stand damit einer Ernennung nichts mehr im Wege. Schon im November 1854 konnte Maassen daher freudig an Linde berichten,

> daß er [Thun, C.A.] mir eine außerordentliche Professur des römischen Rechts an der Universität Pest übertragen werde. Nicht minder aber betrachte ich es als meine Schuldigkeit, Ihnen, hochverehrter Herr, meinen ebenso verbindlichen als gehorsamen Dank auszusprechen für die wirksame Empfehlung, welche Sie zu meiner nicht geringen Beschämung so gütig gewesen sind, bei dem Herrn Minister mir angedeihen zu lassen. Aus den Äußerungen desselben gegen mich ist mir die Gewissheit geworden, daß Ihre Empfehlung wesentlich dazu beigetragen hat, ihm eine gütige Meinung von mir zu geben.[428]

Der alleruntertänigste Vortrag an den Kaiser bezüglich der Ernennung von Maassen folgte allerdings erst kurz nach Neujahr 1855. Im Vortrag berief sich Thun vor allem auf die Notwendigkeit, die Zahl der Professoren für Römisches Recht zu erhöhen, um die oben genannten angestrebten Änderungen des Studienplans erfolgreich vollziehen zu können. Außerdem wollte Thun dem bereits in Pest lehrenden Professor einen jungen Kollegen zur Seite stellen.[429]

Bereits nach einem Semester beantragte Thun am 8. September 1855 beim Kaiser jedoch die Versetzung von Maassen nach Innsbruck. In seinem Vortrag benutzte er im Übrigen fast dieselben Argumente, wie bei Maassens Berufung nach Pest: Einerseits sollte mit der Versetzung die doppelte Besetzung des Fachs in Innsbruck gewährleistet werden, andererseits damit der bereits in Innsbruck lehrende Professor, in diesem Fall Ernest Theser, in dessen Fähigkeiten Thun nicht das vollste Vertrauen hatte, unterstützt werden.[430] Theser wirkte seit 1846 in Innsbruck. Er wurde 1828 graduiert und war seit 1836 Supplent des Römischen Zivil- und des Kirchenrechts

427 Maassen an Thun, Wien 28.08.1854, MCU Präs. 21/1855, Österreichisches Staatsarchiv, Allgemeines Verwaltungsarchiv.

428 Maassen an Linde, Wien 17.11.1854, N 1759, 33, Bundesarchiv Koblenz.

429 Majestätsvortrag (Konzept), Wien 02.01.1855, MCU Präs. 1205/1854, Österreichisches Staatsarchiv, Allgemeines Verwaltungsarchiv.

430 Majestätsvortrag, Wien 08.09.1855, MCU Allg., Sig. 5, Fasz. 995, Österreichisches Staatsarchiv, Allgemeines Verwaltungsarchiv.

gewesen. Theser war, wie Oberkofler meint, vor allem ein tüchtiger Lehrer und durchaus mit den neuesten Forschungen in seinem Fach vertraut, eigene Forschungsarbeiten hatte er in seiner Innsbrucker Zeit allerdings nicht mehr publiziert.[431]

Die Versetzung Maassens nach Innsbruck wurde auch deshalb möglich, weil in Innsbruck die Stelle von Zielonacki frei geworden war. Außerdem war das deutsche Umfeld in Tirol wohl auch eher nach dem Wunsch von Maassen als das Leben in Ungarn. Allerdings war Maassen auch in Innsbruck nicht vollends zufrieden, wofür es mehrere Gründe gab, die er ab 1857 Thun gegenüber mehrfach schilderte. Der Hauptgrund – und damit war er im Innsbrucker Professorenkollegium nicht allein[432] – war seine Unzufriedenheit mit der Entlohnung seiner Stelle. Maassen war bis 1857 nur Extraordinarius und bezog damit ein reguläres Gehalt von 900 fl., durch Kollegiengelder konnte er dieses zwar noch um circa 600 fl. aufbessern, was ihm allerdings immer noch zu wenig erschien. Als Extraordinarius war Maassen auch nicht Mitglied der Staatsprüfungskommission, wodurch er auch vom Bezug der Prüfungstaxen ausgeschlossen war.

Maassen beschwerte sich daher zu Beginn des Jahres 1857 bei Thun, und erklärte, dass der geringe Verdienst ihm nicht erlaube, seiner sozialen Position als „homo litteratus“[433] entsprechend zu leben. Als Lösung schlug er vor, ihn zum Ordinarius zu befördern oder ihn per ministerieller Verordnung zum Prüfer für die Rigorosen zu ernennen, sodass ihm durch die Einnahmen aus den Prüfungstaxen eine weitere Einnahmenquelle erschlossen würde. Ein halbes Jahr später, verfasste er eine noch eindringlichere Bitte an Thun, in der er offen ausspricht, dass „meine Wirksamkeit als Professor der Innsbrucker Universität nur eine transitorische sein kann. Mein Streben muss sein, von hier fort zu kommen, nicht aber, hierzubleiben.“[434] Maassen hatte damals nämlich erfahren, dass Zielonacki in Prag sich um eine Stelle in Lemberg beworben hatte. Deshalb bat er Thun, als Nachfolger desselben nach Prag berufen zu werden, was neben dem höheren Prestige der Universität auch deutlich bessere Bezüge für Maassen bedeutet hätte. Leider ist uns kein Nachlass von Maassen überliefert, dementsprechend kennen wir auch die Antwort von Thun nicht.[435] Die Tatsachen zeigen indes, dass Thun

431 Vgl. Oberkofler, Innsbrucker Romanisten im 19. und beginnenden 20. Jahrhundert.

432 Vgl. Kapitel 4.1.

433 Maassen an Thun, Innsbruck 12.01.1857, Nachlass Leo Thun-Hohenstein, A3 XXI D404, Staatliches Gebietsarchiv Leitmeritz, Zweigstelle Tetschen-Bodenbach.

434 Maassen an Thun, Innsbruck 04.07.1857, Nachlass Leo Thun-Hohenstein, A3 XXI D425, Staatliches Gebietsarchiv Leitmeritz, Zweigstelle Tetschen-Bodenbach.

435 Maassens Schüler hat zwar noch den wissenschaftlichen Nachlass benützt, siehe Heinrich Singer, Dekretalensammlungen vor und nach Bernhard von Pavia. Mit Benutzung

auf letztere Bitten nicht eingegangen ist. Allerdings kam der Minister Maassens ursprünglicher Bitte nach und ernannte ihn im Dezember 1857 zum Ordinarius mit regulären Bezügen von 1000 fl.[436]

Maassen war damit allerdings noch immer nicht vollkommen zufrieden und bat nun im Jänner 1858 neuerlich um seine Versetzung.[437] Als Grund für die neuerliche Bitte nannte Maassen nun eine Augenkrankheit (Kongestion der Bindehaut), die sich durch das Klima in Tirol – speziell durch den Föhn – noch verschlimmert hatte und die bereits dazu geführt habe, dass er bei künstlichem Licht nicht mehr lesen könne. Maassen schrieb weiter, dass er mit seiner Krankheit eigentlich nicht hausieren gehe, er möchte allerdings verhindern, dass sich das Leiden verschlimmere und er damit dienstunfähig werde.[438] Als mögliche neue Wirkungsstätte wünschte sich Maassen die Grazer Universität, er wäre aber auch mit einer anderen Universität – „nur nicht Krakau oder Lemberg“[439] – einverstanden.

In den folgenden Semestern war Maassen häufig für Quellenstudien auf Reisen, sodass er teilweise nur wenig in Innsbruck war. Im Jänner 1860 berichtete Maassen dem Minister aus Paris von seinen großen Erfolgen in den dortigen Bibliotheken, wo er zahlreiche Quellen für seine geplante Geschichte der Quellen des kanonischen Rechts gefunden hatte.[440] Nach dieser Schilderung erneuerte er seinen Wunsch um eine Versetzung an eine „mit

---

der in Friedrich Maassens Nachlasse enthaltenen Vorarbeiten (= Sitzungsberichte der Akademie der Wissenschaften, Philosophisch-Historische Klasse 171.1), Wien 1913, S. 3–5; Oskar Schönegger schreibt, dass der gesamte Nachlass von Maassen in den Kriegswirren 1945 in Prag verloren gegangen sei. Siehe Oskar Schönegger, Der Österreichische Kanonist Friedrich Maassen als Mensch, Gelehrter und Politiker. Inauguraldissertation, Graz 1963.

436 Majestätsvortrag, Wien 18.12.1857, MCU Allg. Sign. 5, Fasz. 995, Österreichisches Staatsarchiv, Allgemeines Verwaltungsarchiv. Siehe auch bei Grass, Österreichische Kanonistenschulen, S. 304–305; dort auch einige Zitate aus dem Majestätsvortrag. Die juridische Fakultät hatte sowohl im Jahr 1856 als auch neuerlich im April 1857 das Gesuch Maassens unterstützt.

437 Maassen an Thun, Innsbruck 13.01.1858, Nachlass Leo Thun-Hohenstein, A3 XXI D443, Staatliches Gebietsarchiv Leitmeritz, Zweigstelle Tetschen-Bodenbach.

438 Dessen ungeachtet verbrachte Maassen jedoch seinen Lebensabend in Innsbruck. Daraus zu schließen, dass die Krankheit nur ein vorgeschobener Grund war, um aus Innsbruck wegzukommen, ginge wahrscheinlich zu weit, seltsam erscheint die Entscheidung immerhin.

439 Maassen an Thun, Innsbruck 13.01.1858, Nachlass Leo Thun-Hohenstein, A3 XXI D443, Staatliches Gebietsarchiv Leitmeritz, Zweigstelle Tetschen-Bodenbach.

440 Vgl. dazu auch schon die Aussagen zu diesem Projekt in Maassen an Thun, Innsbruck 12.01.1857, D404, Nachlass Leo Thun-Hohenstein, Tetschen. Außerdem bei Grass, Österreichische Kanonistenschulen, S. 323–331.

Innsbruck vollkommen gleichgestellte Universität, z.B. Gratz“[441]. Dieses Mal erfüllte Thun den Wunsch des Gelehrten, sodass Maassen noch im selben Jahr an die Universität Graz versetzt wurde. In Graz gab es mit Johann Kopatsch nämlich erst einen Vertreter des Faches Römisches Recht, der zudem auch noch Kirchengeschichte las. Außerdem war dieser aus der Sicht Thuns auf Grund seines Alters und seiner bereits im Vormärz abgeschlossenen Ausbildung nicht mehr in der Lage „das Studium des einen wie des anderen wissenschaftlich zu beleben.“[442] Maassen widmete sich in der Folge zunehmend dem Kirchenrecht und der Herausgabe der Quellen des kanonischen Rechts.[443] Die Nachfolge in Innsbruck trat vorerst der junge Privatdozent August Tewes an, der bereits in der Zeit der Abwesenheit von Maassen dessen Kollegien übernommen hatte und den Maassen wärmstens empfahl.[444] Außerdem hatte auch der im Februar 1860 berufene Emil Kleinschrod Kollegien zu Römischem Recht angeboten, sodass für eine ausreichende Vertretung des Faches in Innsbruck gesorgt war.[445]

5.11.2. Emil Kleinschrod

Die Umstände der Berufung von Emil Kleinschrod hat Gerhard Oberkofler 1976 erläutert.[446] Kleinschrod (geb. 1822) stammte aus Nürnberg, er hatte in Heidelberg und München Jurisprudenz studiert. Nach seiner Promotion 1848 hatte er sich in Heidelberg bei Adolph Vangerow[447] dem Studium des Römischen Rechts gewidmet und sich 1854 habilitiert. Anschließend war er zwei Jahre als Privatdozent in Heidelberg tätig, ehe er sich in Frankfurt als Anwalt niederließ. Neben seiner Tätigkeit als Anwalt engagierte er sich politisch und verfasste Artikel und Bücher zu aktuellen politischen Themen, so

441 Maassen an Thun, Paris 22.01.1860, Nachlass Leo Thun-Hohenstein, A3 XXI D552, Staatliches Gebietsarchiv Leitmeritz, Zweigstelle Tetschen-Bodenbach.

442 Der Majestätsvortrag zur Versetzung Maassens ist teilweise abgedruckt in Grass, Österreichische Kanonistenschulen, S. 306–307.

443 Siehe dazu bei Grass, Österreichische Kanonistenschulen, S. 323–331. Zur weiteren Karriere von Maassen und dessen Kampf gegen den Liberalismus siehe bei Schönegger, Der Österreichische Kanonist Friedrich Maassen als Mensch, Gelehrter und Politiker.

444 Vgl. Maassen an Thun, Paris 22.01.1860, Nachlass Leo Thun-Hohenstein, A3 XXI D552, Staatliches Gebietsarchiv Leitmeritz, Zweigstelle Tetschen-Bodenbach.

445 Vgl. Grass, Österreichische Kanonistenschulen, S. 308.

446 Oberkofler, Innsbrucker Romanisten im 19. und beginnenden 20. Jahrhundert, S. 134–135.

447 Karl Adolph Vangerow (Schiffelbach bei Marburg 1808–1870 Heidelberg), 1840–1870 Prof. für Römisches Recht an der Universität Heidelberg.

etwa über *Die Preußische Politik und der italienische Krieg von 1859*[448] oder *Oesterreich und die italienischen Verträge. Eine Rechtsbetrachtung*[449]. In beiden Werken stellte er sich dezidiert auf die Seite Habsburgs, indem er beispielsweise eine Änderung in Norditalien als einen Angriff auf die 1815 etablierte Ordnung und damit eine Bedrohung für ganz Europa deutete.[450] Diese pro-österreichische Haltung und Parteinahme öffnete Kleinschrod auch die Türen zu einer Professur in Österreich.[451] Als Vermittler hierzu fungiert der damalige Minister des Äußern Bernhard Rechberg[452], der Kleinschrod an Thun empfohlen hatte.[453] Neben seiner pro-habsburgischen Position war auch Kleinschrods wissenschaftlicher Standpunkt ausschlaggebend. Er vertrat nämlich eine dezidiert rechtshistorische Auffassung, worin er besonders von seinem akademischen Lehrer Vangerow beeinflusst worden war. Diesen wollte Thun im Übrigen schon 1849 nach Österreich berufen, was damals aber gescheitert war.[454]

In Innsbruck erhielt Kleinschrod den Lehrstuhl für den gemeinen deutschen Zivilprozess. Zugleich erhielt er die Erlaubnis über Römisches Recht zu lesen, da Thun zu diesem Zeitpunkt bereits erwogen hatte, dem langgehegten Wunsch Maassens nach einer Versetzung nachzukommen.[455]

---

448 Emil Kleinschrod, Die Preußische Politik und der italienische Krieg von 1859, Frankfurt a.M. 1859.

449 Emil Kleinschrod, Oesterreich und die italienischen Verträge, Frankfurt a.M. 1859.

450 Vgl. ebenda, S. 11–12.

451 Oberkofler, Innsbrucker Romanisten im 19. und beginnenden 20. Jahrhundert, S. 134–135.

452 Johann Bernhard Rechberg (Regensburg 1806–1899 Schwechat bei Wien), Diplomat, 1843–1847 Gesandter in Rio de Janeiro, 1849 österr. Bevollmächtigter bei der Nationalversammlung in Frankfurt, 1853 Ziviladlatus des Generalgouverneurs in Lombardo-Venetien, seit 1855 Bundespräsidialgesandter in Frankfurt, 1859–1864 österr. Außenminister, 1859–1861 auch Ministerpräsident.

453 Thun erwähnt dies in seinem Majestätsvortrag, Wien 30.01.1860, MCU Allg. Sig. 5, Fasz. 995, Österreichisches Staatsarchiv, Allgemeines Verwaltungsarchiv. Rechberg hatte Thun im Übrigen auch anderweitig in Personalfragen beraten. So war er etwa auch in der Frage, ob man Emil Rössler nach Österreich zurückholen sollte, von Thun zu Rate gezogen worden. Außerdem fungierte Thun als Mentor von Rechbergs Sohn. Vgl. Thun an Rechberg, Wien 21.07.1857, Sonderbestände Nl Braun 13-6-11-34, Österreichisches Staatsarchiv, Haus-, Hof- und Staatsarchiv; Thun an Rechberg, Wien 8.02.1858, Sonderbestände Nl Braun 13-6-11-34, Österreichisches Staatsarchiv, Haus-, Hof- und Staatsarchiv.

454 Vgl. dazu Thun an Hye, Wien 25.10.1849, Nachlass Hye, Karton 23, Österreichisches Staatsarchiv, Allgemeines Verwaltungsarchiv.

455 Vgl. ebenda; auch bei Oberkofler, Innsbrucker Romanisten im 19. und beginnenden 20. Jahrhundert, S. 135.

5.11.3. Heinrich August Tewes

Heinrich August Tewes hatte sich als zweiter Privatdozent nach der neuen Habilitationsordnung an der Innsbrucker Universität habilitiert. Maassen und Theser waren dabei als Gutachter aufgetreten.[456] Tewes wurde 1832 in Achim bei Bremen geboren und hatte nach dem Abschluss seiner Studien in Tübingen, Berlin, Göttingen und Kiel seit 1855 zunächst als Gerichtsauditor in Göttingen gearbeitet. 1858 bestand er das juridische Doktorexamen und wandte sich dem akademischen Lehrberuf zu. In diese Zeit fällt auch seine Konversion, bei der Maassen und Baron von Moy eine wesentliche Rolle zugeschrieben wird.[457] Ernst Moy de Sons hatte jedenfalls im Februar 1859 an Thun geschrieben und berichtet, dass der Konvertit Tewes den Wunsch hege, in Innsbruck als Privatdozent zu wirken und er diese Absicht vollkommen unterstütze, da Tewes ein „in jeder Hinsicht achtungs- und empfehlenswürdiger Mensch“[458] sei. Im Wintersemester 1859/60 konnte Tewes dann sogleich zahlreiche Studenten für seine Kollegien gewinnen, da Maassen für Forschungen im Ausland weilte.

Dieser erfolgreiche Auftakt wurde jedoch offenbar dadurch etwas getrübt, dass Tewes befürchtete, seine Venia könnte ihm wieder entzogen werden, weil sein Vater, Obergerichtsanwalt in Achim, darauf drängte, den Sohn wieder in den Hannoveraner Staatsdienst zu ziehen.[459] Der Vater missbilligte offenbar den Glaubensübertritt seines Sohnes und wollte diesen deshalb wieder in seiner näheren Umgebung wissen. Um eine solche Gefahr abzuwenden, setzte sich Julius Ficker bei Thun ein und bat um einen Verbleib von Tewes in Innsbruck, da dieser nach Auskunft der Kollegen sowohl eine gute Begabung zur Lehre besitze als auch tiefe wissenschaftliche Kenntnis.[460]

Heinrich Tewes lehrte bis 1861 in Innsbruck und folgte dann seinem Mentor Maassen nach Graz.

---

456 Siehe Habilitationsgutachten Tewes, Innsbruck 05.03.1859, Senatssitzungsprotokolle, Nr. 252 ex 1858/59, Universitätsarchiv Innsbruck.

457 Tewes, August, in: Constant von Wurzbach (Hg.), Biographisches Lexikon des Kaiserthums Österreich, Bd. 44, Wien 1882, S. 103–104.

458 Moy an Thun, Innsbruck 13.02.1859, Nachlass Leo Thun-Hohenstein, A3 XXI D497, Staatliches Gebietsarchiv Leitmeritz, Zweigstelle Tetschen-Bodenbach.

459 Ficker an Thun, Innsbruck 19.01.1860, Nachlass Leo Thun-Hohenstein, A3 XXI D551, Staatliches Gebietsarchiv Leitmeritz, Zweigstelle Tetschen-Bodenbach.

460 Ebenda.

5.11.4. „Was aber vor allen Dingen nothwendig, sei die Fürsprache einflußreicher Männer“[461]

Die Ernennung von Maassen und später jene von Tewes verdeutlichen die zentrale Rolle, die Thun der Lehre des Römischen Rechts zuerkannt hatte, wenn er danach strebte, an allen Universitäten eine doppelte Besetzung des Faches zu gewährleisten.

Wie in anderen Fällen zeigt sich dabei auch, dass die doppelte Besetzung auch dem Zweck diente, älteren Professoren einen jüngeren Kollegen zur Seite zu stellen, um die bestmögliche wissenschaftliche Vertretung des Faches zu sicherzustellen. Damit wird auch in diesem Fall die angestrebte Verjüngung des Lehrkörpers offensichtlich.

Der bedeutendste Aspekt bei der Berufung Maassens dürfte indes sein, dass die Mechanismen der Thun'schen Berufungspolitik offen dargelegt werden. Unmissverständlich erklärt der nicht namentlich genannte Sektionsrat, dass es besonders die Empfehlung einflussreicher Persönlichkeiten sei, die für eine Berufung den Ausschlag geben würden. In diesem Zusammenhang muss auch die besondere Rolle von Staatsrat Linde hervorgehoben werden. Die Ernennung von Maassen zeigt beispielhaft die Stellung Lindes als wichtiger Berater von Thun. Kurz vorher hatte Linde seinen Neffen Friedrich Schulte nach Österreich empfohlen, der in der Folge selbst ein einflussreicher Berater von Thun werden sollte. Auch andere Fälle offenbaren den Einfluss des Staatsrates auf die Personalentscheidungen von Thun. Während Thun Julius Ficker besonders für den Raum Westfalen befragte, kontaktierte er meist Linde, wenn er Auskunft über Personen aus dem hessischen Raum benötigte.[462] Linde besaß seinerseits ein großes Netzwerk von Bekanntschaften, auf die er zurückgreifen und Thun damit mit umfassenden Informationen versorgen konnte.[463] Vermittelnd agierte dabei auch teilweise Leo Thuns Bruder Friedrich, der zeitweise als Gesandter in Frankfurt weilte. Linde hatte zudem selbst als Kanzler der Universität Gießen während des Vormärzes Erfahrung in der Rekrutierung von Professoren gesam-

461 Maassen an Linde, Wien 18.08.1854, N 1759, 33, Bundesarchiv Koblenz.

462 Vgl. dazu die Briefe Thun an Linde, Wien 26.12.1855, N 1759, 51, Bundesarchiv Koblenz; Thun an Linde, Wien 11.09.1855, N 1759, 51, Bundesarchiv Koblenz; Thun an Rechberg, Wien 26.12.1855, 458/20-3, Österreichische Nationalbibliothek, Handschriftensammlung.

463 Im Hinblick auf Thun kann man etwa den Fuldaer Bischof Kött erwähnen, den Linde mehrfach um Informationen zu Kandidaten gebeten hatte und der seinerseits wieder Personen an Linde empfohlen hat, die Linde dann weiter an Thun empfahl. Vgl. Kött an Linde, Fulda 03.06.1854, N 1759, 22, Bundesarchiv Koblenz; Kött an Linde, Fulda 16.06.1856, N 1759, 22, Bundesarchiv Koblenz; Kött an Linde, Fulda 17.12.1858, N 1759, 22, Bundesarchiv Koblenz.

melt.[464] Seine Beratungstätigkeit für Thun bezeichnete er selbst als Dienst an den Interessen des österreichischen Kaiserstaates. Er unterstützte Thun außerdem, um in Österreich ein katholisches Gegengewicht zu den preußischen Universitäten zu etablieren. Ein wissenschaftlicher Aufschwung in Österreich bot aus der Sicht Lindes neue Chancen für katholische Gelehrte, da vielen Katholiken bisher eine akademische Karriere an den protestantischen Universitäten Preußens verwehrt blieb, oder „die wenigen paritätischen [Universitäten, C.A.] die katholischen Docenten nur darin übten, Zurücksetzung ertragen zu lernen".[465] Linde hatte sich nach seiner Habilitation (1821) an der Universität in Bonn als Katholik zurückgesetzt gefühlt und auf Grund fehlender Aussichten auf eine Professur seine Heimat verlassen.[466] Diese Erfahrungen und das Gefühl der ungerechtfertigten Zurücksetzung hatten eine lebenslange Antipathie gegenüber Preußen genährt, und durch seine Empfehlungen an Thun und die Förderung von jungen Talenten versuchte er offenbar nun diese Kränkung zu kompensieren.[467] Die von Thun forcierte Förderung der Rechtsgeschichte und des Römischen Rechts erfreute Linde ebenfalls, weil

> darin gewiß das sicherste Mittel, wissenschaftlich gebildete damit aber auch berufstreue einsichtsvolle und conservativ gesinnte Männer und Staatsdiener heranzubilden, denen der zutheil gewordene Beruf dann auch am Herzen liegt und die darin vorzugsweise im Leben die höchste Befriedigung finden.[468]

5.12. Karl Libor Kopetzky und Karl Schenkl

5.12.1. Die klassische Philologie in Innsbruck

Karl Libor Kopetzky wurde 1852 nach Innsbruck versetzt, um dort den Lehrstuhl für Philologie, klassische Literatur und Ästhetik zu vertreten. Dies war die zweite Lehrkanzel für dieses Fach an der Universität, denn bereits seit 1835 war der Priester Alois Flir Professor für lateinische und griechische Philologie, klassische Literatur und Ästhetik. Der Lehrstuhl war

464 Vgl. dazu Eva-Marie Felschow/Emil Heuser, Universität und Ministerium im Vormärz. Justus Liebigs Briefwechsel mit Justin von Linde (= Studia Giessensia 3), Gießen 1992.

465 Linde an Thun (Konzept), Frankfurt a.M. 31.05.1854, N 1759, 51, Bundesarchiv Koblenz.

466 Vgl. dazu besonders bei Felschow et al., Universität und Ministerium im Vormärz, S. XVIII.

467 Vgl. dazu Johann Friedrich Schulte, Linde, Justin Freiherr von, in: Allgemeine Deutsche Biographie 1883, S. 665–672.

468 Linde an Thun (Konzept), Frankfurt a.M. 31.05.1854, N 1759, 51, Bundesarchiv Koblenz.

1820, also noch während der Zeit, als die Universität nur den Rang eines Lyzeums einnahm, errichtet worden.[469]

Die Unterrichtsreform hatte diese Disziplin jedoch stark aufgewertet.[470] Mit der Reform wurden nämlich die Erlernung und die Beschäftigung der „alten klassischen Sprachen und ihrer Literatur“[471] zur Grundlage des Unterrichts gemacht, da die beiden klassischen Sprachen jeweils als „Trägerin der humanistischen Bildung“[472] angesehen wurden. Der Lateinunterricht wurde zwar reduziert, indessen wurde die Zahl der Unterrichtsstunden in Griechisch deutlich angehoben. Thun selbst sprach sich anlässlich des Philologentages 1858 über die wichtige Rolle der klassischen Philologie aus:

> Nächst der Philosophie, dieser Wissenschaft aller Wissenschaften, die aber ihrer Natur nach doch nur einer verhältnismäßig geringen Zahl von Auserwählten zugänglich sein kann, ist vor Allem die Philologie geeignet, die Geister über das Gemeine zu erheben. Sie ist die Bewahrerin der ältesten Schätze einer hohen Cultur, sie enthält die Vorbedingungen des Aufschwunges der Kunst in allen ihren Zweigen, sie liefert der Geschichte, dieser großen Lehrmeisterin der Menschheit, unentbehrliche Grundlagen, sie bietet jedem die Schlüssel zu tieferem Verständnis seiner Muttersprache und lehrt ihn, sie erfolgreich zu gebrauchen.[473]

Für die Lehre des Faches an der Universität hatte dies zwei Auswirkungen: Einerseits war die Ausbildung wissenschaftlich geschulter Gymnasiallehrer erklärtes Ziel geworden, andererseits kamen die Absolventen der Gymnasien, nachdem sich die Reformen einigermaßen etabliert hatten, mit besseren Kenntnissen in diesen Fächern an die Universität, sodass auch in der Lehre ein Qualitätssprung vollzogen werden konnte. Zunächst änderte sich trotz der hohen Ansprüche wenig, denn aus den Gymnasien konnten

469 Robert Muth, Die Begründung des heutigen Instituts für Klassische Philologie der Universität Innsbruck im Jahre 1860, in: Robert Muth (Hg.), Acta Philologica Aenipontana, Innsbruck 1962, S. 12–37, hier S. 13–16.

470 Vgl. dazu besonders bei Herbert H. Egglmaier, Die Bedeutung der Klassischen Philologie als Leitfach an den philosophischen Fakultäten der österreichischen Universitäten in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts, in: Bericht über den sechzehnten österreichischen Historikertag in Krems/Donau veranstaltet vom Verband Österreichischer Geschichtsvereine in der Zeit vom 3. bis zum 7. September, Wien 1985, S. 515–532. Er bezeichnet die beiden Fächer dort sogar als die Leitfächer der neuen philosophischen Fakultäten.

471 Vgl. Organisationsentwurf § 1–2.

472 Majestätsvortrag, Wien 16.01.1849, MöU, 995/1849, Österreichisches Staatsarchiv, Allgemeines Verwaltungsarchiv.

473 Leo Thun-Hohenstein, Rede bei der Philologenversammlung, in: Zeitschrift für die Österreichischen Gymnasien 9 (1858), S. 715–717, hier S. 716.

vorerst keine Studenten in die Universität eintreten, da die Gymnasien um zwei Jahre verlängert worden waren. Daher war Flir in diesen Jahren als Professor nur wenig gefordert und widmete sich im Unterricht mehr ästhetischen und philosophischen Fragen als dem Unterricht in den klassischen Sprachen.[474] Im Studienjahr 1850/51 las er etwa über Goethes Faust. Seine Veröffentlichungen dieser Jahre zeugen ebenfalls davon, dass sein Schwerpunkt nicht in den klassischen Sprachen lag: 1850 und 1851 publizierte er eine Serie von Beiträgen zu Shakespeares Hamlet[475] und im folgenden Jahr erschien eine Geschichte der Manharter[476], einer religiös-politischen Sekte, die während der Zeit der napoleonischen Kriege entstanden war. Flir war somit mehr Generalist als ein Spezialist eines Faches.

5.12.2. Die Berufung von Karl Libor Kopetzky

Thun hatte seit seinem Amtsantritt versucht, die Zahl der Lehrkanzeln im Bereich der klassischen Philologie an den österreichischen Universitäten zu erhöhen, um den oben beschriebenen Tendenzen Rechnung zu tragen. Gleichzeitig umfasste das gesamte Fach ein enorm breites Spektrum, das neben dem sprachlichen Unterricht in beiden Fächern auch den Unterricht in den sogenannten Realien der griechischen und römischen Antike umfasste, und somit, wie Thun mehrfach in seinen Majestätsvorträgen betonte, kaum von einer Person abgedeckt werden konnte. Dem nicht genug, mussten die Professoren der Fächer noch als Examinatoren bei den Lehramtsprüfungen fungieren, was eine doppelte Besetzung einmal mehr gerechtfertigt erscheinen ließ.[477] Unter anderem auch aus diesen Gründen hatte Thun 1852 in Innsbruck eine zweite Kanzel eingerichtet, auf die er Karl Libor Kopetzky

474 Vgl. dazu Bericht über das Studienjahr 1848/49 (Konzept), Innsbruck 11.11.1849, Akten der Philosophischen Fakultät 16, 22/PH ex 1849/50, Universitätsarchiv Innsbruck; Hauptbericht über den Zustand der phil. Fakultät (Konzept), Innsbruck 06.12.1850, Akten der Philosophischen Fakultät, PH 16, 41 ex 1850/51, Universitätsarchiv Innsbruck; Hauptbericht über den Zustand der philosophischen Fakultät im Studienjahr 1850/51, Innsbruck 23.12.1851, Akten der Philosophischen Fakultät 16, 72/PH ex 1851/52, Universitätsarchiv Innsbruck.

475 Alois Flir, Briefe über Shakespeare's Hamlet, Innsbruck 1865.

476 Alois Flir, Die Manharter. Ein Beitrag zur Geschichte Tirols im 19. Jahrhundert, Innsbruck 1852.

477 Vgl. Majestätsvortrag, 04.12.1857, MCU Allg., Sig. 5 Fasz. 900 (Karton 940a), Österreichisches Staatsarchiv, Allgemeines Verwaltungsarchiv. Eine ähnliche Argumentation findet sich bei der Ernennung von Karl Halm und Emanuel Hoffmann nach Wien, vgl. Majestätsvortrag (Konzept), Wien 17.07.1856, MCU Präs. 1151/1856, Österreichisches Staatsarchiv, Allgemeines Verwaltungsarchiv.

berief. Allerdings kam im Fall von Kopetzky, wie wir sehen werden, auch noch ein weiterer Grund hinzu. Zu Kopetzkys Leben ist insgesamt recht wenig bekannt, Karl Muth hat 1967 eine kurze Biografie des Professors verfasst, in der er auch auf dessen Berufung nach Innsbruck eingeht.[478] Die wenigen biografischen Daten und Lebensstationen konnte Muth aus den Akten der Studienhofkommission entnehmen.

Kopetzky wurde 1812 in Domstadtl (Domašov nad Bystřicí) in Mähren geboren. Er absolvierte im nahen Olmütz die philosophischen und theologischen Studien und besuchte anschließend in Wien die juridische Fakultät. Dort unterzog er sich auch den strengen Prüfungen. Er besaß Kenntnisse in Latein, Griechisch, Französisch und Italienisch, scheint sich jedoch dann besonders auf die klassischen Sprachen verlegt zu haben und wirkte teilweise in Wien als Supplent für diese Sprachen. 1844 erhielt er den Lehrstuhl für Philologie, klassische Literatur und Ästhetik an der Universität Olmütz.[479] Im Oktober 1851 beschloss das Unterrichtsministerium, die philosophische Fakultät der Universität mit Ende des folgenden Wintersemesters aufzulassen. Die Professoren der Fakultät wurden entweder der verbleibenden juristischen Fakultät zugeschlagen oder an andere Universitäten der Monarchie versetzt, so auch Kopetzky.[480] Dieser empfand die Versetzung als schweren Schicksalsschlag, dem er sich jedoch nicht ohne Weiteres fügen wollte. Mit einem Gesuch an Thun versuchte er, die Versetzung nach Innsbruck zu verhindern, und bat stattdessen an die Wiener Universität oder in das Unterrichtsministerium versetzt zu werden.[481] Er übersiedelte daher auch vorerst nicht nach Innsbruck, obschon Kopetzky die Weisung erhalten hatte, zu Beginn des Sommersemesters 1852 seine Lehrtätigkeit an der Innsbrucker Universität aufzunehmen.[482] Als Begründung für seinen Wunsch, nicht nach Innsbruck transferiert zu werden, führte Kopetzky vor allem persönliche Gründe an, die Entfernung von seiner Verwandtschaft – insbesondere seines alten Vaters – und seiner Heimat. Daneben sah er in der Maßnahme eine Degradierung in seiner sozialen Stellung, da er überzeugt war, bei den bekannt hohen Lebenshaltungskosten in Innsbruck und seinem kärglichen

478 Robert Muth, Karl Libor Kopetzky. Professor der Philologie, der klassischen Literatur und Ästhetik an der Universität Innsbruck 1852–1870, in: Robert Muth (Hg.), Acta philologica Aenipontana, Innsbruck 1967, S. 7–16.

479 Siehe ebenda, S. 7–9.

480 Richard Zimprich, Die Professoren der k.k. Franzensuniversität zu Olmütz (1828–1855), Steinheim am Main 1962, S. 36–39.

481 Kopetzky an Thun, Olmütz 01.04.1852, MCU, Präs. 242 ex 1852, Österreichisches Staatsarchiv, Allgemeines Verwaltungsarchiv.

482 Vgl. Thun an Bissingen, Wien 29.02.1852, Statthalterei, Studien 2211/1852, Tiroler Landesarchiv, siehe auch bei Muth, Karl Libor Kopetzky, S. 9–10.

Gehalt dort nicht standesgemäß leben zu können.[483] Der Minister blieb indessen bei seiner vormaligen Entscheidung, einzig eine Verbesserung der Bezüge gewährte er Kopetzky, sodass der Professor keine finanziellen Einbußen zu fürchten hatte. Eine Versetzung Kopetzkys nach Wien lehnte Thun mit dem Argument ab, dass keine Beweise vorlägen, „daß derselbe geeignet sei, neben den an dieser Hochschule bereits befindlichen ausgezeichneten Lehrkräften solche Dienste zu leisten, welche seine Anstellung daselbst rechtfertigen könnten."[484]

Kopetzky fügte sich nun doch, wenngleich wie es scheint, eher widerwillig: denn nach seiner Ankunft in Tirol forderte er von der Statthalterei einen Zuschuss zu den Kosten seiner Übersiedlung von Mähren nach Tirol, und dieses Gesuch, besonders die penible Abrechnung der Kosten und die Schilderung der beschwerlichen Fahrt lassen erahnen, wie ungern Kopetzky die Reise angetreten hatte.[485] Auch scheint Kopetzky in der Folge nicht glücklich in Innsbruck geworden zu sein, was ein Brief von ihm an den damaligen Wiener Erzbischof Josef Othmar Rauscher[486] zeigt. Dort schildert er Rauscher, wie elend nicht nur seine eigene Situation, sondern die der ganzen Monarchie sei, er selbst sei „arm, gedrückt, verkümmert und hingeschleudert wie ein unbrauchbar Ding".[487] Gegenüber Rauscher erklärte Kopetzky auch neuerlich, diesmal auf privatem Wege, bei Thun eine Versetzung nach Wien erbitten zu wollen. Er glaubte nämlich auf diese Weise „mehr und eindringlicher werden" zu können, außerdem würde so „eine repulsa [...] kein Geschrei" erzeugen[488]. Allerdings bat er Rauscher um dessen Rat, was er von seinem Plan halte und ob es vielleicht doch besser wäre auf offiziellem Weg nach Wien zu schreiben.[489] Eine solche Eingabe findet sich allerdings weder im Nachlass von Thun noch in den Akten des Unterrichtsministeriums. Der Brief an Rauscher zeigt jedoch ausdrücklich, dass Kopetzky seiner Versetzung nach Innsbruck nichts Gutes abgewinnen konnte und er sie auch nach beinahe zwei Jahren nicht hinnehmen wollte.

---

483 Vgl. Kopetzky an Thun, Olmütz 01.04.1852, MCU, Präs. 242 ex 1852, Österreichisches Staatsarchiv, Allgemeines Verwaltungsarchiv.

484 Majestätsvortrag (Konzept), Wien 03.05.1852, MCU Präs. 150 ex 1852, Österreichisches Staatsarchiv, Allgemeines Verwaltungsarchiv.

485 Vgl. dazu Kopetzky an Statthalterei, Innsbruck 11.11.1852, Statthalterei, Studien 10553/1852, Tiroler Landesarchiv.

486 Josef Othmar Rauscher (Wien 1797–1875 Wien), ab 1825 Prof. für Kirchengeschichte und Kirchenrecht am Lyzeum Salzburg, ab 1832 Direktor der orientalischen Akademie in Wien, ab 1849 Fürstbischof von Seckau, ab März 1853 Erzbischof von Wien, ab 1855 Kardinal.

487 Kopetzky an Rauscher, Innsbruck 28.02.1854, Bischofsakten Rauscher, 1852–58, Briefe an Rauscher.

488 Ebenda.

489 Siehe ebenda.

Der Unwille wirkte sich offenbar auch auf die Arbeitsmoral von Kopetzky aus, wenn Albert Jäger etwa spöttisch an Ministerialrat Feil schrieb, dass Kopetzky als Dekan die gesetzlichen Vorgaben sehr eigen interpretiere und er lediglich zwei Konferenzen im ganzen Semester anberaumt habe.[490] Eine Übersicht über Kopetzkys Lehrtätigkeit findet sich bei Muth[491], allerdings war Kopetzky bei der geringen Zahl an Studenten bestimmt nicht übermäßig ausgelastet, zumal es mit Anton Małecki nach dem Abgang von Flir wieder zwei Professoren für klassische Philologie gab. Małecki wurde allerdings im Herbst 1856 nach Lemberg versetzt, seine Stelle besetzte Thun erst am 16. Dezember des folgenden Jahres mit dem vormaligen Gymnasiallehrer Karl Schenkl neu.

5.12.3. Ernennung von Karl Schenkl

Die Ernennung von Karl Schenkl bietet nicht zuletzt interessante Einblicke dahingehend, wie Kopetzky von seinen Kollegen an der Universität und im Unterrichtsministerium wahrgenommen worden ist. In dem Vortrag Thuns an den Kaiser betont der Minister nämlich ausdrücklich, dass Schenkl[492] als Unterstützung für Kopetzky ernannt werden soll, weil die Befähigung des Letzteren „nicht über das Maß hinaus[gehe], welches leider in den frühen Jahren, in welchem er zum Professor der Philologie in Olmütz ernannt worden ist, für genügend gehalten wurde."[493] Außerdem, fuhr Thun fort, sei das Lehrfach derart ausgedehnt, dass es für eine Person allein nicht überblickbar sei. Wie bereits dargestellt, hatte Thun das Gesuch von Kopetzky, nach Wien versetzt zu werden, mit der Begründung abgelehnt, dass dieser nicht ausreichend befähigt für den Unterricht an der ersten Hochschule der Monarchie sei.

In der Zwischenzeit hatte er jedoch für diese Annahme noch weitere Bestätigungen erhalten: Als im Jahr 1856 nämlich der Professor für Philosophie Georg Schenach von Innsbruck nach Wien berufen wurde, schlug sich Kopetzky selbst vor, Schenachs Kanzel bis zu einer definitiven Besetzung zu vertreten. Das Professorenkollegium erklärte sich zwar in der Fakultäts-

490 Jäger an Feil, Innsbruck 12.06.1854, 129.636, Wienbibliothek, Handschriftenabteilung.

491 Siehe Muth, Karl Libor Kopetzky, S. 13–14.

492 Karl Schenkl (Brünn 1827–1900 Graz), 1851–1858 Lehrer am Gymnasium Prag-Kleinseite, 1858–1863 Prof. für klass. Philologie an der Universität Innsbruck, 1863–1875 Prof. an der Universität Graz, ab 1868 Mitglied der Akademie der Wissenschaften, ab 1875 Prof. an der Universität Wien.

493 Majestätsvortrag, 04.12.1857, MCU Allg., Sig. 5 Fasz. 900 (Karton 940a), Österreichisches Staatsarchiv, Allgemeines Verwaltungsarchiv.

sitzung damit einverstanden, im Hintergrund brachte sich allerdings eine Front gegenüber Kopetzky und diesen Plan in Stellung. Der ‚betroffene' Schenach äußerte seine Bedenken gegenüber dem Statthalter über eine solche Lösung und führte als entscheidendes Argument gegen eine solche Lösung an, dass Kopetzky wohl kaum in der Lage sei, zwei große Fächer in der angebrachten Form zu lehren.[494]

Zur gleichen Zeit schrieb Julius Ficker privatim an Thun, um dem Minister den Sachverhalt zu erklären und gleichzeitig von der von Kopetzky angestrebten Lösung abzuraten.[495] Er schildert darin erstens die peinliche Lage in der Fakultätssitzung, in der man Kopetzkys Plan zwar entgegengetreten war, aber in der es „ohne offene persönliche Verletzung des Kollegen" nicht möglich gewesen wäre, dessen Vorschlag abzulehnen, um dann zweitens umso offener Thun gegenüber auf die unzureichenden Fähigkeiten Kopetzkys hinzuweisen, die nach dem Abgang von Małecki den Unterricht im Bereich der Philologie ernsthaft gefährdeten:

> Zunächst ist das Studium der Philologie an hiesiger Facultät in völligem Verfall. Herr Prof. Dr. Malecky hat ohne Zweifel sehr ersprießlich gewirkt; aber den Übergang nicht allein zu einer anderen Universität, sondern auch zu einem anderen Fache im Auge habend mussten es die Verhältnisse von selbst mit sich bringen, dass er in seinem hiesigen Wirkungskreise sich nicht mit der Lust und Liebe bewegte, welche nur da einzutreten pflegt, wo es gilt für andauernde Wirksamkeit festen Boden zu schaffen. Seit seinem Abgang ist die Philologie nur durch Herrn Prof. Dr. Kopetzky [vertreten, C.A.]. Es liegt mir gewiß nichts ferner, als die wissenschaftliche Tüchtigkeit und Berufstreue des Kollegen irgendwie in Schatten stellen zu wollen. Andererseits will ich nicht verschweigen, daß die hiesigen Studierenden der Philologie übereinstimmend darüber klagen, dass es ihnen hier an der Anleitung und Aufmunterung bei ihren Studien durchaus gebreche, welche ihnen einen ersprießlichen Erfolg derselben hoffen lasse, daß sie lediglich auf ihre eigenen Kräfte angewiesen seien. Die Folgen davon haben sich unbezweifelt gezeigt; tüchtige Abiturienten, welche auf die hiesige Universität angewiesen waren, und Neigung zum Studium der Philologie gehabt haben, haben sich dadurch bestimmen lassen, ein anderes Fach zu wählen. Andere haben nach Ablauf des Semesters oder

494 Vgl. Sammelakt Nachfolge Schenach, Innsbruck 20./23.02.1857, Statthalterei Studien 3300 ad 2333/1857, Tiroler Landesarchiv; Konzept für den Bericht an das MCU, Innsbruck 26./27.02.1857, Statthalterei Studien 3330 ad 2333/1857, Tiroler Landesarchiv. Siehe auch bei Muth, Karl Libor Kopetzky, S. 14–15.

495 Ficker an Thun (Konzept), Innsbruck o.D., Nachlass Ficker, Institut für Österreichische Geschichtsforschung.

> Jahres ihre philologischen Studien aufgegeben und sich dem Rechtsstudium zugewandt, welche es irgend möglich machen konnten, sind nach München gegangen, um dort ihre Studien fortzusetzen.[496]

Diese offenen Worte von Ficker und die Eingabe Schenachs beim Statthalter verfehlten bei Thun nicht ihre Wirkung. Schon am 12. März rügte der Minister nämlich die Fakultät für die Entscheidung, Kopetzky die Vertretung von Schenach zu übertragen, und erteilte deren Vorschlag eine Abfuhr, indem er mit Tobias Wildauer einen eigenen Supplenten für das Fach bestellte und gleichzeitig Kopetzky – angesprochen war zwar die Fakultät, aber der Professor durfte sich wahrscheinlich im Besonderen angesprochen fühlen – darauf aufmerksam machte, dass „wenn dieser seiner unmittelbaren Berufspflicht gewissenhaft und erfolgreich“[497] entsprechen möchte, seine Leistungsfähigkeit doch bestimmt mit der Erfüllung seiner eigentlichen Lehrtätigkeit ausgefüllt sein sollte.[498]

Julius Ficker hatte Thun gegenüber aber noch zwei weitere Wünsche geäußert: Er bat nämlich den Minister, einen zweiten Professor für klassische Philologie zu ernennen, um die Situation in der Fakultät zu verbessern, und außerdem wünschte sich Ficker, dass bei der Ernennung eines Professors besondere Rücksicht darauf genommen werde, „dass die neu zu ernennenden Lehrer Persönlichkeiten seien, von denen sich erwarten lässt, dass sie Interesse am Gedeihen der hiesigen Hochschule haben und sich ihrem Berufe nicht allein pflichtgetreu, sondern mit Lust und Liebe unterziehen.“[499]

Beide Wünsche erfüllte Thun mit der Ernennung von Karl Schenkl. Allerdings zog sich die Suche nach einem Kandidaten recht lange hin, und Thun hatte bis zu dessen Ernennung mehrere andere Kandidaten geprüft. Schon 1855 hatte sich Thun bei Ficker und auch bei Johann Schulte in Prag nach geeigneten Kandidaten für das Fach der klassischen Philologie für Universitäten und Gymnasien erkundigt.[500] Im Jahr 1857, mit dem Abgang von Małecki, wurde diese Bitte wieder aktuell und Ficker trat neuerlich mit einer

496 Ficker an Thun (Konzept), Innsbruck o.D., Nachlass Ficker, Institut für Österreichische Geschichtsforschung.

497 Dekret 4185/282, Wien 12.03.1857, Akten der Philosophischen Fakultät, PH 16, 96 ex 1856/57, Universitätsarchiv Innsbruck.

498 Thun an die Statthalterei in Innsbruck (telegraphische Depesche), Wien 12.03.1857, Statthalterei Studien 4572 ad 2333/1857, Tiroler Landesarchiv.

499 Ficker an Thun (Konzept), Innsbruck o.D., Nachlass Ficker, Institut für Österreichische Geschichtsforschung.

500 Siehe Goebel an Ficker, [Düren] o.D., Nachlass Ficker, Institut für Österreichische Geschichtsforschung und Thun an Ficker, Wien 04.02.1855, Nachlass Ficker, Institut für Österreichische Geschichtsforschung.

Empfehlung an Thun heran: diesmal war es Anton Goebel[501], damals Lehrer am Theresianum in Wien[502], und gleichzeitig ein ehemaliger Kommilitone von Ficker. Goebel hatte sich im Oktober 1855 an Ficker gewandt und den Innsbrucker Professor gebeten, ihn und seinen Bruder Eduard[503], ebenfalls klassischer Philologe, an Minister Thun zu empfehlen, da er für sich und seinen Bruder als Katholiken in Preußen keine Chance auf eine Stelle als Lehrer oder Professor sah.[504] In der Folge hatte Goebel dann mehrfach mit stets unterschiedlichen Wünschen an Ficker geschrieben, gleichzeitig hatte sich Goebel auch noch an seinen ehemaligen Studienfreund Johann Friedrich Schulte in Prag gewandt, der ihn ebenfalls an Thun empfehlen sollte und dies auch tat.[505] Nach mehreren gescheiterten Versuchen konnte Anton Goebel schließlich eine Stelle als Professor am Theresianum in Wien erlangen.

Ficker hatte sich am 1. März 1857 auf der Suche nach einem geeigneten Nachfolger für Małecki dennoch an ihn gewandt.[506] Goebel zeigte sich sofort sehr interessiert, da er überwiegend für die unteren Klassen eingesetzt worden war, was ihn wenig befriedigte, wie er schrieb, und sich vom großstädtischen Leben mehr und mehr angewidert fühlte. Als Bedingungen stellte Goebel, dass ihm keine finanziellen Einbußen drohten, er das Seminar in Innsbruck leiten könne und dass die Bibliothek der Universität ausreichend mit philologischer Literatur versorgt sei.[507] Auch ohne die Antwort von Ficker zu kennen, musste ihn Ficker wohl in fast allen Belangen enttäuschen, denn in Innsbruck gab es zu dem Zeitpunkt weder ein philologisches Seminar noch ausreichend wissenschaftliche Literatur für das Fach der klassischen Philologie, wie die nachmaligen Klagen von Karl Schenkl zeigen.[508] Goebel hegte außerdem wenig Hoffnung, dass ihm die Stelle wirk-

501 Anton Goebel (1824–1898), 1857–1859 Lehrer am Theresianum in Wien, ab 1859 Direktor des Gymnasiums in Konitz, später Provinzialschulrat in Königsberg und in Magdeburg.

502 Ficker an Thun (Konzept), Innsbruck o.D., Nachlass Ficker, Institut für Österreichische Geschichtsforschung.

503 Eduard Goebel (Hillesheim 1831–1904 Fulda), ab 1855 Lehrer am Gymnasium in Aachen, 1856 Lehrer am Gymnasium in Bonn, 1857–1860 Lehrer am Gymnasium in Salzburg, 1860–1863 Oberlehrer am Apostelgymnasium in Köln, 1863–1897 Direktor des Gymnasiums in Fulda.

504 Goebel an Ficker, Düren 13.10.1855, Nachlass Ficker, Institut für Österreichische Geschichtsforschung.

505 Vgl. Goebel an Ficker, Wien 12.12.1855, Nachlass Ficker, Institut für Österreichische Geschichtsforschung; Goebel an Ficker, Düren 13.04.1856, Nachlass Ficker, Institut für Österreichische Geschichtsforschung.

506 Goebel an Ficker, Wien 05.03.1857, Nachlass Ficker, Institut für Österreichische Geschichtsforschung.

507 Goebel an Ficker, Wien 05.03.1857, Nachlass Ficker, Institut für Österreichische Geschichtsforschung.

508 Vgl. dazu in Kapitel 8.2.1.

lich verliehen werden würde. Er glaubte nämlich, dass Hermann Bonitz in Wien die Fäden zöge, wenn es um die Ernennung von Philologen ging, und Bonitz arbeitete aus seiner Sicht damals „aus Leibeskräften dahin, protestantische Professoren ins Land zu bringen“[509]. Außerdem, so war Goebel überzeugt, bevorzugte Bonitz seine eigenen Schüler. Zum Beweis für seine Ansicht führt er an, dass in Wien die Schüler von Bonitz nicht nur die Gymnasialzeitschrift, sondern auch die literarischen Beilagen der *Wiener Zeitung* dominieren würden: Die „Clique“ der Bonitz-Schüler, die fast nur aus Protestanten oder aus „ganz mit protestantischen Ideen angefüllten Katholiken“[510]bestehe, lobe sich in diesen Journalen gegenseitig und schöbe sich gegenseitig die verschiedensten Posten zu. Außerdem war Goebel überzeugt davon, dass Friedrich Wilhelm Ritschl[511], damals Professor an der Universität Bonn, Einfluss sowohl auf Bonitz als auch auf Thun ausübe. Kurz: Da er weder Schüler von Bonitz noch von Ritschl war, machte er sich wenig Hoffnungen. Dennoch instruierte er Ficker genau, wie er beim Minister vorzugehen habe, damit er trotz dieser Widrigkeiten eine kleine Chance habe: Ficker sollte vor allem seine guten Eigenschaften betonen, Thun vermitteln, dass er in Münster förmlich bedrängt wurde, eine Professur anzustreben und dass die Zusammenarbeit mit ihm, Goebel, durch die lange Bekanntschaft sehr fruchtbar zu werden verspreche. Ob Ficker dann abgesehen von der kurzen Notiz im mehrfach zitierten Brief noch einmal bei Thun vorstellig wurde, kann heute nicht mehr eruiert werden. Wenn nicht, begnügte sich Ficker freilich mit einer kurzen Bemerkung und Empfehlung für Goebel und hatte somit die Wünsche des Freundes nur teilweise erfüllt. Jedenfalls teilte der Minister Ficker noch im August mit, dass er nicht gedenke Goebel nach Innsbruck zu berufen. Stattdessen wollte er Johannes Vahlen[512] für die Innsbrucker Universität gewinnen.[513] Goebel war offenbar nur wenig enttäuscht, zumal er Vahlen kannte und meinte: „Gegen Vahlen trat ich gern zurück.“[514] Denn er gab unumwunden zu, dass man „einen wissenschaftlich tüchtige-

509 Goebel an Ficker, Wien 05.03.1857, Nachlass Ficker, Institut für Österreichische Geschichtsforschung.

510 Ebenda.

511 Friedrich Ritschl (Großvargula 1806–1876 Leipzig), 1829–1833 Prof. für klassische Philologie an der Universität Halle, 1833–1839 Prof. an der Universität Breslau, 1839–1865 Prof. an der Universität Bonn, 1865–1876 Prof. an der Universität Leipzig.

512 Johannes Vahlen (Bonn 1830–1911 Berlin), ab 1856 Prof. der klassischen Philologie an der Universität Breslau, 1858 Prof. an der Universität Freiburg, 1858–1874 Prof. an der Universität Wien, 1874–1905 Prof. an der Universität Berlin.

513 Siehe Thun an Ficker, Lungern Kanton Unterwalden 15.08.1857, Nachlass Ficker, Institut für Österreichische Geschichtsforschung.

514 Goebel an Ficker, o.O. 26.11.[1857], Nachlass Ficker, Institut für Österreichische Geschichtsforschung.

ren Candidaten für Innsbruck“[515] nicht hätte finden können. Vahlen war ein Schüler von Ritschl und hatte 1856 eine außerordentliche Professur in Breslau angenommen, nachdem er schon damals für einen Lehrstuhl in Österreich (Lemberg) im Gespräch gewesen war.[516] Thun hatte im Sommer 1857 über Bonitz bei seinem Kollegen Friedrich Haase[517] nun neuerlich in Breslau Informationen über Vahlen einholen lassen,[518] und Haase hatte wohl die grundsätzliche Bereitschaft und Eignung von Vahlen signalisiert.[519] Daraufhin bat Thun Ficker, sich bei Vahlen auf inoffiziellem Weg zu erkundigen, ob und unter welchen Bedingungen er bereit wäre einen Ruf nach Innsbruck anzunehmen. Thun signalisierte zwar die Bereitschaft, etwas mehr als das Grundgehalt zu bezahlen, betonte aber, dass er dies nur ungern tue, um nicht Missgunst und Neid bei den Kollegen zu fördern.[520]

Ficker musste Thun allerdings am 22. November 1857 mitteilen, dass Vahlen nicht für Innsbruck zu gewinnen sei.[521] Thun hatte fast zur gleichen Zeit durch andere Personen und durch die Zeitung erfahren, dass Vahlen den Ruf wohl nicht annehmen werde, weil die preußische Regierung ihn durch Verbesserung seiner Stellung in Breslau halten konnte.[522] Vahlen hatte drei Monate mit dieser Entscheidung gezögert und in der Zwischenzeit klug taktiert, zudem hatte ihm der Ruf aus Österreich in Verhandlungen mit dem preußischen Unterrichtsministerium einen Vorteil verschafft. Ficker hatte dies wohl bereits kommen sehen, wie ein Brief von Anton Goebel zeigt, wenn dieser nach der Ablehnung durch Vahlen Ficker schreibt: „Daß du [Ficker, C.A.] über Vahlen’s Absichten richtiger sahst als Seine Exzellenz, war mir sogleich klar.“[523] Goebel war auch der Meinung, dass Thun sich nicht noch einmal auf diese Spielchen von Vahlen hätte einlassen sollen:

515 Ebenda.

516 Vgl. dazu Ritschl an Schulte, Wiesbaden 26.08.1856, Schulteana 23,15, Bayerische Staatsbibliothek; Vahlen an Schulte, Bonn 14.07.1856, Schulteana 23,20, Bayerische Staatsbibliothek; Schulte an Thun, Prag 19.07.1856, Nachlass Leo Thun-Hohenstein, A3 XXI D384, Staatliches Gebietsarchiv Leitmeritz, Zweigstelle Tetschen-Bodenbach.

517 Friedrich Haase (Magdeburg 1808–1867 Breslau), ab 1840 ao. Prof. für klassische Philologie an der Universität Breslau, ab 1846 o. Prof. ebendort.

518 Bonitz an Haase, Wien 27.06.1857, Autograph Haase 48, Universitätsbibliothek Breslau.

519 Vgl. Thun an Ficker, Lungern Kanton Unterwalden 15.08.1857, Nachlass Ficker, Institut für Österreichische Geschichtsforschung.

520 Vgl. ebenda.

521 Vgl. Ficker an Thun, Innsbruck 22.11.1857, Nachlass Leo Thun-Hohenstein, A3 XXI D434, Staatliches Gebietsarchiv Leitmeritz, Zweigstelle Tetschen-Bodenbach.

522 Vgl. Thun an Ficker, Wien 20.11.1857, Nachlass Ficker, Institut für Österreichische Geschichtsforschung.

523 Goebel an Ficker, o.O. 26.11.[1857], Nachlass Ficker, Institut für Österreichische Geschichtsforschung.

> Als dem Vahlen damals, wo er noch Privatdozent in Bonn war [bis 1856, C.A.], durch Schulte eine philologische Professur in Lemberg angetragen wurde, mit der Zusicherung, daß er so bald nach Prag oder Wien übersetzt werden würde, dienten diese Anträge nur dazu ihn (schneller als je vielleicht in Preußen) zum außerordentlichen Professor in Breslau zu befördern. Ritschl ist ein geschickter Stratege.[524]

Goebel erzählte dann auch, wie Vahlen die *Philologische Versammlung* in Breslau, wo zahlreiche österreichische und preußische Philologen, aber auch preußische Ministerialräte zugegen waren, gezielt für seine Verhandlungen genutzt hatte, da dessen inoffizieller Ruf nach Österreich auf der Versammlung ein offenes Geheimnis war.

Die Angelegenheit musste damit wieder von vorn begonnen werden, was Thun sehr bedauerte, er versicherte Ficker aber, dass er bereits das Nötigste in die Wege geleitet hätte, um der Situation des „erbärmlichen Innspruck“[525] so schnell als möglich ein Ende zu machen. Daher hatte er wohl auch die Personalvorschläge, die ihm Ficker gleichzeitig mit der Absage von Vahlen mitgeteilt hatte, nicht mehr nötig. Ficker hatte sich dazu bei Ritschl in Bonn erkundigt. Ritschl hatte ihm verständlicherweise seine eigenen Schüler empfohlen, aber auch darauf hingewiesen, wie schwierig es sei, gute katholische Philologen zu finden. Ritschl riet besonders zur Berufung von Franz Bücheler[526], der damals zwar noch an seiner Habilitationsschrift arbeitete, aber im folgenden Semester die Venia erhalten sollte. An zweiter Stelle empfahl er Eduard Goebel, den Bruder von Anton Goebel. Nicht empfehlen wollte er Franz Pauly[527], der als Schulmann zwar gut wirke, aber als Professor wohl die „Bonner Philologenschule kompromittieren“[528] könnte. Ficker fügte diesen Empfehlungen Ritschls hinzu, dass man bedenken sollte, dass Ritschl wohl Bücheler an die erste Stelle gereiht hatte, weil dieser – im Gegensatz zu Goebel – noch keine Stelle hatte. Wohl um ja nicht den Verdacht aufkommen zu lassen, er würde dies nur sagen, um einem Freund die bessere Ausgangslage zu verschaffen, fügte Ficker jedoch an, dass seine Bezie-

524 Ebenda.

525 Thun an Ficker, Wien 20.11.1857, Nachlass Ficker, Institut für Österreichische Geschichtsforschung.

526 Franz Bücheler (Rheinberg 1837–1908 Bonn), 1858 Prof. für klass. Philologie an der Universität Freiburg, ab 1866 Prof. an der Universität Greifswald.

527 Franz Pauly (Düren 1827–1885), ab 1851 Lehrer für klassische Sprachen an verschiedenen Gymnasien in Deutschland, 1856 Lehrer am Gymnasium in Pressburg, ab 1857 Lehrer am akademischen Gymnasium in Prag.

528 Ficker an Thun, Innsbruck 22.11.1857, Nachlass Leo Thun-Hohenstein, A3 XXI D434, Staatliches Gebietsarchiv Leitmeritz, Zweigstelle Tetschen-Bodenbach.

hung zu Goebel sehr oberflächlich sei.[529] Nachdem die Suche nach Kandidaten im Ausland bis dahin nur Enttäuschungen und Verzögerungen gebracht hatte, entschied sich Thun allerdings gegen Fickers Vorschläge und wählte einen Kandidaten aus dem Inland. Seine Wahl fiel auf Karl Schenkl. Schon am 4. Dezember 1857 schlug er dem Kaiser diesen für die Lehrkanzel in Innsbruck vor. Am 16. Dezember wurde das Gesuch vom Kaiser bewilligt.[530]

Schenkl wurde 1827 in Brünn geboren und studierte von 1845 bis 1849 Rechtswissenschaften und klassische Philologie an der Universität Wien. Nach der Berufung von Hermann Bonitz und der Errichtung eines historisch-philologischen Seminars an derselben Hochschule studierte er noch einmal für zwei Jahre klassische Philologie und legte 1851 die Lehramtsprüfung für diese Fächer ab. Seit diesem Jahr unterrichtete er auch als Lehrer in Prag am Kleinseiter Gymnasium.[531]

Die Empfehlung für Schenkl kam wohl letztlich von Hermann Bonitz. Friedrich Schulte hatte Schenkl zwar schon im Sommer 1856 für eine Professur empfohlen, damals allerdings für den vakanten Lehrstuhl in Lemberg. Schulte berief sich dabei auf das günstige Urteil der Professoren Karl Halm[532] in München, Georg Curtius[533] in Prag und jenes von Bonitz. Schenkl war einer der ersten Schüler Bonitz' in Österreich gewesen und hatte somit Inhalte und Ziele der Unterrichtsreform seit seinem Studium verinnerlicht. Schon während des Studiums hatte sein

> vorragende[s] Talent [...] die besondere Aufmerksamkeit der Seminardirektoren auf ihn gelenkt, die auch alsbald allen Grund hatten, ihn als eines der vorzüglichsten, zu den besten Hoffnungen für seinen dereinstigen Lehrberuf berechtigenden Mitglieder des Seminars zu bezeichnen.[534]

529 Siehe ebenda.

530 Majestätsvortrag, 04.12.1857, MCU Allg., Sig. 5 Fasz. 900 (Karton 940a), Österreichisches Staatsarchiv, Allgemeines Verwaltungsarchiv.

531 Kurt Smolak, Schenkl, Karl, in: Österreichische Akademie der Wissenschaften (Hg.), Österreichisches Biographisches Lexikon 1815–1950, Bd. 10, Wien 1990, S. 83–84.

532 Karl Felix Halm (München 1809–1882 München), 1839–1846 Lehrer am Gymnasium und Prof. am Lyzeum in Speyer, 1846–1849 Lehrer am Gymnasium in Hadamar (Nassau), 1849–1856 Rektor des Maximiliangymnasiums in München, ab 1856 Prof. für klassischen Philologie an der Universität München, gleichzeitig Direktor der königl. Hof- und Staatsbibliothek.

533 Georg Curtius (Lübeck 1820–1885 Hermsdorf am Kynast), 1842–1845 Lehrer am Vitzthum'schen Gymnasium in Dresden, ab 1849 Prof. für klassischen Philologie an der Universität Prag und Leiter des philologischen Seminars, ab 1854 Prof. an der Universität Kiel, ab 1862 Prof. an der Universität Leipzig.

534 Majestätsvortrag, 04.12.1857, MCU Allg., Sig. 5 Fasz. 900 (Karton 940a), Österreichisches Staatsarchiv, Allgemeines Verwaltungsarchiv.

Nach Abschluss aller Prüfungen hatte er neben seiner Tätigkeit als Lehrer eigene Forschungen betrieben und ein Elementarlehrbuch für den Griechischunterricht (1852) und ein griechisches Schulwörterbuch verfasst (1858). Damit wurde er dem Anforderungsprofil von Thun vollkommen gerecht, indem er wissenschaftliche Leistung sowie pädagogische und didaktische Fähigkeiten in seiner Person vereinte.

Die Ankunft von Schenkl hatte dem bereits in Innsbruck lehrenden Kopetzky wenig behagt, und wie es scheint, hatte sich zwischen den beiden ein Zwist entwickelt, der die Zusammenarbeit noch erschwerte. Schon Robert Muth hat 1967 darauf hingewiesen, dass Kopetzky nach der Ernennung von Schenkl seine philologischen Übungen[535] eingestellt hatte und dahinter einen Konflikt zwischen den beiden Professoren vermutet.[536] Bestätigt wird Muths Verdacht durch einen Brief von Kopetzky an den im Jahr 1855 zum Kardinal aufgestiegenen Wiener Erzbischof Joseph Othmar Rauscher aus dem Jahr 1860.[537] Der Brief lässt erahnen, dass Kopetzky sich durch die Ernennung des jüngeren Kollegen („aufgeblähten philologischen Bothen aus der bonitzschen Schule“[538]) persönlich gekränkt fühlte, zumal dieser „sich des intimen Schutz des Ministeriums“ erfreute, wohingegen er, „der rechtliche Mann, ders mit der Kirche und dem Staate ehrlich meint“[539], keine Protektion genieße. Dieses äußere sich darin, dass Schenkls Studenten andauernd für Stipendien ausgewählt würden und rasch Anstellungen fänden, was zudem dazu führe, dass diese Studenten es ihm gegenüber an Respekt fehlen ließen.

Wie der Streit sich weiterentwickelt hat, lässt sich schwerlich beurteilen, allerdings musste auch Bernhard Jülg[540], der Nachfolger von Schenkl, 1864 feststellen, dass Kopetzky wenig zum Erfolg des Seminars beigetragen hatte, und daher der Eindruck bestünde, als wirke nur ein Professor für klassische Philologie in Innsbruck.[541] Offensichtlich hatte Kopetzky sich zurückgezogen und überließ gekränkt den jüngeren Kollegen das Feld. Im Jahr 1870 wurde

535 Vgl. dazu Muth, Die Begründung des heutigen Instituts für Klassische Philologie der Universität Innsbruck im Jahre 1860, S. 16.

536 Vgl. ebenda S. 16.

537 Kopetzky an Rauscher, Innsbruck 30.12.1860, Bischofsakten Rauscher, 1860, Diözesanarchiv Wien.

538 Ebenda.

539 Ebenda.

540 Bernhard Jülg (Ringelbach 1825–1886 Innsbruck), 1848–1850 Prof. an Lyzeen in Heidelberg, Freiburg und Rastatt, ab 1851 Prof. der klassischen Philologie an der Universität Lemberg, ab 1853 Prof. an der Universität Krakau, ab 1863 Prof. an der Universität Innsbruck.

541 Muth, Die Begründung des heutigen Instituts für Klassische Philologie der Universität Innsbruck im Jahre 1860, S. 17, FN 7.

er in den Ruhestand versetzt, während Schenkl nach Graz berufen wurde und dort eine erfolgreiche wissenschaftliche Karriere machte. Schenkl gab zahlreiche wissenschaftliche Zeitschriften heraus und wurde 1868 zum Mitglied der Akademie der Wissenschaft gewählt.[542]

Schenkl starb im Jahr 1900 in Wien, ein Jahr später verschied Kopetzky 91-jährig in Brixlegg.

5.12.4. Fazit

Die Ernennung der beiden Professoren zeigt einige wesentliche Entwicklungen und Eigenheiten der Personalpolitik von Thun. Schon Herbert Egglmaier hat darauf hingewiesen[543], dass, obschon an zahlreichen Universitäten mancher Lehrstuhl unbesetzt blieb, es beinahe an allen österreichischen Universitäten zwei Lehrstühle für klassische Philologie gab. Dies gilt auch für Innsbruck, abgesehen von einigen kurzen Zwischenperioden seit der Versetzung von Kopetzky nach Innsbruck und dies verdeutlicht die enorme Wichtigkeit, die dem Fach insbesondere für die Ausbildung von Gymnasiallehrern zugeschrieben wurde. Die ‚gute' Ausstattung mit Professoren stand zumindest in Innsbruck allerdings in einem gewissen Gegensatz zur geringen Zahl an Studenten.[544] Die Berufung von Schenkl spielt auch deshalb eine wichtige Rolle, weil Schenkl der Begründer des ersten Seminars in Innsbruck war und er damit die Ausbildung der Gymnasiallehrer grundlegend verbessern konnte.

Die Innsbrucker Universität erscheint im Fall von Kopetzky ähnlich wie in jenem von Małecki und Zielonacki als eine Art Abstellgleis bzw. Bewährungsort: im Fall der letzten beiden für politisch bedenkliche Professoren, im Fall von Kopetzky für einen stellenlosen Professor der aufgelassenen Olmützer Universität. Die Ernennung von Kopetzky macht auch die Rangordnung innerhalb des österreichischen Universitätssystems evident, wenn Kopetzky zwar als für Innsbruck geeignet geschildert wird, gleichzeitig aber betont wurde, dass er den Ansprüchen der Wiener Universität nicht genüge. Umgekehrt konnte sich Schenkl in Innsbruck bewähren und wurde anschließend mit höherem Gehalt nach Graz befördert.

542 Vgl. Smolak, Schenkl, Karl.

543 Egglmaier, Die Bedeutung der Klassischen Philologie als Leitfach an den philosophischen Fakultäten der österreichischen Universitäten in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts, S. 516.

544 In den 1850er-Jahren immatrikulierten sich durchschnittlich pro Jahr etwa 10 Studenten. Surmann errechnet noch für das Jahr 1866 ein Betreuungsverhältnis von 1/4,5. Siehe Surman, Habsburg Universities 1848–1918, S. 493.

Die Berufung von Schenkl war im Grunde eine Nicht-Berufung von Vahlen und somit in gewisser Weise eine Notlösung, denn eigentlich war Johannes Vahlen der Wunschkandidat Thuns gewesen. Die Ablehnung von Vahlen verdeutlicht zudem, dass die kleineren/mittleren österreichischen Universitäten dem Vergleich mit den kleineren/mittleren preußischen Universitäten keinesfalls gewachsen waren, wenn nicht außerordentliche Bezüge nach Österreich lockten.

Die Berufung von Schenkl zeigt außerdem den Einfluss von Hermann Bonitz. Wenngleich im konkreten Fall zwar nicht mit Sicherheit gesagt werden kann, dass Bonitz direkt auf Thun eingewirkt hat, so hatte er sich zumindest durch die Zahl seiner Schüler indirekt einen enormen Einfluss gesichert. Der Briefwechsel zwischen Ficker und Goebel zeigt auch, dass der Einfluss von Bonitz bei Thun kein Geheimnis war und dass der große Einfluss des Protestanten Bonitz in katholischen Kreisen ungern gesehen wurde. Kopetzkys Einlassungen geben beredtes Zeugnis davon. Auch Goebels Befürchtungen, dass jemand, der nicht der Bonitz'schen oder der Bonner Schule angehörte, nur geringe Chancen in Österreich haben würde, bewahrheiteten sich im konkreten Fall. Thun war sich zumindest teilweise dieses fragwürdigen Eindrucks bewusst, wenn er schon 1856 an Schulte schrieb, dass er nicht zu viele ausländische Kandidaten berufen wolle, um nicht junge österreichische Philologen zu entmutigen.[545]

Die Episode, vor allem der Zwist zwischen den beiden Philologen, weist neuerlich darauf hin, dass die Reform auch einen Generationenwechsel innerhalb der Professorenschaft bedeutete, der nicht ohne Konflikte vonstattenging. Kopetzky hatte noch während des Vormärzes den Aufstieg zum Professor geschafft und hatte damals, wie ein abgelegter Konkurs zeigt, durchaus reüssiert.[546] Schenkl hingegen entstammte einer neuen Generation von jungen, wissenschaftlich geschulten und leistungsorientierten Professoren, in die Thun besondere Hoffnungen bei der Verbesserung des wissenschaftlichen Lebens und der Ausbildung der Gymnasiallehrer in Österreich setzte. Den Konflikt verschärfte im konkreten Fall auch die Tatsache, dass Kopetzky als strenger Katholik in Schenkl, einem Schüler des protestantischen Bonitz, einen Vertreter einer anti-katholischen Wissenschaft sah, die in Kopetzkys Sichtweise letztlich „Österreich an den Rand des Verderbens"[547] bringen werde. Der Antagonismus zwischen der mit

545 Thun an Schulte, o.O. 19.06.1856, auszugsweise abgedruckt in: Johann Friedrich Schulte, Lebenserinnerungen. Mein Wirken als Rechtslehrer, mein Anteil an der Politik in Kirche und Staat, Gießen 41908, S. 86.

546 Vgl. bei Muth, Karl Libor Kopetzky, S. 8–9.

547 Kopetzky an Rauscher, Innsbruck 30.12.1860, Bischofsakten Rauscher, 1860, Diözesanarchiv Wien.

Preußen und dem Protestantismus assoziierten Reform und den Gegnern der Unterrichtsreform, die eben diese vielfach als einen kulturellen und religiösen Verrat an österreichischen Traditionen und dem katholischen Glauben ansahen, wird damit in der Auseinandersetzung der beiden Professoren personifiziert.

Kopetzky selbst war sich dieses Generationenwechsels durchaus bewusst, wenn er in dem mehrfach zitierten Brief an Rauscher letztlich resigniert feststellte, er sei ein „Professor aus der alten beschränkten Zeit Österreichs, den man, wie ein leeres Schemen, nur noch aus Staats- und Humanitäts-Gnade als ens vegetativum toleriert“[548].

5.13. Die Berufung von Tobias Wildauer

5.13.1. Ausgangslage

Der Anlass für die Berufung von Tobias Wildauer an die Innsbrucker Universität wurde bereits im vorigen Kapitel kurz angerissen, nämlich die Versetzung von Georg Schenach an die Universität Wien. Am 28. Dezember 1856 hatte Thun Schenach für den Wiener Lehrstuhl vorgeschlagen und der Kaiser hatte diese Ernennung bewilligt.[549] Schenach war ein Wunschkandidat von Thun gewesen. Mit dessen Berufung nach Wien wollte er an der ersten Universität der Monarchie den Lehrstuhl für das wichtige, aber gleichzeitig heikle Fach Philosophie mit einem ihm genehmen Professor besetzen. Stets wird in der Forschung Thuns problematisches Verhältnis zur Philosophie betont.[550] Dabei wird zu Recht hervorgehoben, dass in den Augen Thuns die Gefahr bestand, dass die Philosophie den Relativismus und die Abkehr vom christlichen Glauben fördere. Besonders für den Bereich der Rechtsphilosophie kann diese Ansicht Thuns verdeutlicht werden.[551] Für Thun waren

548 Ebenda.

549 Zu Schenachs Berufung siehe auch bei Goller, Die Lehrkanzeln für Philosophie an der Philosophischen Fakultät der Universität Innsbruck, S. 31–32. Vgl. auch die Beratung im Ministerrat: Die Protokolle des österreichischen Ministerrates (1848–1867). III. Abteilung (Das Ministerium Buol-Schauenstein), Bd. 5, Wien 1993.

550 Vgl. dazu zuletzt Feichtinger, Wissenschaft als reflexives Projekt, S. 139–151. Ansonsten bei Goller, Die Lehrkanzeln für Philosophie an der Philosophischen Fakultät der Universität Innsbruck, S. 9–15.

551 Siehe bei Goller, Naturrecht, Rechtsphilosophie oder Rechtstheorie?, S. 39–79. Vgl. dazu auch Thuns bekannte Rede von 1852, in der er dem Naturrecht als einer spekulativen Rechtslehre eine Abfuhr erteilte, abgedruckt bei Lentze, Die Universitätsreform des Ministers Graf Leo Thun-Hohenstein, S. 304–306.

es die Philosophien Kants und Hegels („Monstrositäten“[552]), die unter den Studenten die liberale Gesinnung ausgelöst hatten, die sich dann 1848 in der Revolution entladen hatte und die – wie schon mehrfach angedeutet – als ‚Schreckensgespenst‘ während der 1850er-Jahre wirkten und das Handeln nicht nur des Unterrichtsministers (mit)bestimmten.[553] Aus diesem Grund verfolgte Thun im Hinblick auf die Philosophie eine doppelte Strategie: Einerseits versuchte er die „falsche Philosophie“[554] zu verdrängen, andererseits wurde die Philosophie grundsätzlich marginalisiert, indem die philosophische Propädeutik auf die Gymnasien übertragen und die Philosophie dort vor allem als Philosophiegeschichte gelehrt wurde.[555] Die Zurückdrängung ‚falscher‘ philosophischer Strömungen sollte hauptsächlich durch eine gezielte Personalpolitik erfolgen, was uns zu Georg Schenach und Tobias Wildauer zurückführt.

Schenachs Lehre war ganz im Sinne von Thun, wenn jener in seinem kurz vor dessen Berufung nach Wien erschienenen Hauptwerk *Metaphysik: Ein System des konkreten Monismus*[556] versuchte, „zwischen katholischem Dogma und der Philosophie des Deutschen Idealismus zu vermitteln“[557] und damit Thuns Wunsch entsprach, „auch die katholische Glaubensphilosophie an die Universität zu holen.“[558] Thun hatte sich überdies beklagt, dass es keine Philosophie gäbe, „welche die öffentliche Anerkennung der Wissenschaft und der Kirche zugleich genießt“[559]. Schenachs Werk bot hierzu die Möglichkeit.

Peter Goller hat die Geisteswelt und die Lehre Schenachs ausführlich dargestellt, weshalb an dieser Stelle nur wenige Worte genügen sollen.[560] Innerhalb der Gruppe der Innsbrucker Professoren, die noch aus dem Vormärz

552 Die Neugestaltung der österreichischen Universitäten über Allerhöchsten Befehl dargestellt von dem k.k. Ministerium für Kultus und Unterricht.

553 Vgl. dazu bei Feichtinger, Wissenschaft als reflexives Projekt, S. 141.

554 Vgl. dazu Die Neugestaltung der österreichischen Universitäten über Allerhöchsten Befehl dargestellt von dem k.k. Ministerium für Kultus und Unterricht, S. 76.

555 Vgl. dazu auch Feichtinger, Positivismus in der österreichischen Philosophie. Zur Kritik an dieser Strategie vgl. auch Eitelberger an Thun, Wien 22.03.1855, Nachlass Leo Thun-Hohenstein, A3 XXI D335, Staatliches Gebietsarchiv Leitmeritz, Zweigstelle Tetschen-Bodenbach.

556 Georg Schenach, Metaphysik: Ein System des konkreten Monismus, Innsbruck 1856.

557 Goller, Die Lehrkanzeln für Philosophie an der Philosophischen Fakultät der Universität Innsbruck, S. 26.

558 Ebenda, S. 29.

559 Die Neugestaltung der österreichischen Universitäten über Allerhöchsten Befehl dargestellt von dem k.k. Ministerium für Kultus und Unterricht, S. 129.

560 Siehe Goller, Die Lehrkanzeln für Philosophie an der Philosophischen Fakultät der Universität Innsbruck, S. 23–29.

übrig geblieben waren, galt Schenach als einer der angesehensten. Der Dichter Josef Schnell hatte Schenach schon während des Vormärzes in einem Brief an Adolf Pichler gelobt und berichtet, dass dieser seine Geschichte der Philosophie entgegen seinen Erwartungen gut vortrage.[561] Allerdings musste Schenach für die zahlreichen philosophischen Kunstgriffe, mit denen er zwischen den verschiedenen philosophischen Strömungen der Zeit lavierend zu vermitteln suchte, und seinem Versuch, eine rationale Begründung für katholische Glaubenssätze zu finden, auch Kritik hinnehmen. So bezeichnete etwa der Kaplan und Freund Schenachs, Sebastian Ruf[562], das Werk in Anlehnung an dessen Titel als „absoluten Kretinismus“[563]. Alois Flir, ebenfalls ein Freund, sah Schenach in Gefahr allzu sehr in einen Rationalismus abzugleiten, der ihm ähnlich wie Anton Günther[564] die Gegnerschaft der kirchlichen Autoritäten verschaffen könnte.[565] Thun aber, so glaubte Adolf Pichler, fand Gefallen an dem „Vermittlungsphilosophen“[566] Schenach, und ihm habe der „Eiertanz zwischen Theologie und Philosophie so gut [gefallen, C.A.], daß er Schönach als Leibphilosophen nach Wien berief“[567].

Aufmerksam wurde Thun auf Georg Schenach wohl durch einige Tiroler in Wien, auf deren Urteil Thun großen Wert legte, darunter besonders Albert Jäger und Josef Fessler.[568] Schon Goller hatte angeführt, dass Letzterer „wohl nicht unbeteiligt“[569] an der Berufung gewesen war, eine Vermutung die sich durch einen Brief von Vinzenz Gasser[570] an Fessler aus dem Jahr 1855 bestätigen lässt.[571] Schon im Sommer 1853 hatte sich Thun allerdings bei Moy in

561 Vgl. Pichler, Zu meiner Zeit, S. 232.

562 Sebastian Ruf (Absam 1802–1876 Hall), Priester, zunächst Seelsorger in Leutasch und Tobadill, ab 1837 Hauskaplan in der Provinzial-Irrenanstalt in Hall, Verfasser mehrerer Arbeiten zur Kriminalpsychologie.

563 Wiedergegeben bei Pichler, Zu meiner Zeit, S. 127.

564 Anton Günther (Lindenau 1783–1863 Wien), Student von Bernard Bolzano und Klemens Maria Hofbauer, 1821 Priesterweihe, anschließend Begründung einer Philosophie zur rationalen Begründung des Christentums, 1857 päpstliche Verurteilung der Lehren Günthers.

565 Vgl. dazu vor allem bei Goller, Die Lehrkanzeln für Philosophie an der Philosophischen Fakultät der Universität Innsbruck, S. 28–29.

566 Zuerst Pichler, Zu meiner Zeit, S. 127, dann Goller, Die Lehrkanzeln für Philosophie an der Philosophischen Fakultät der Universität Innsbruck, im Titel seines Beitrages.

567 Pichler, Zu meiner Zeit, S. 127.

568 Auch Alois Flir, der damals allerdings schon seit einer Weile nicht mehr in Wien war, schrieb an Schenach, dass er „einer derjenigen war, die auf deine Berufung nach Wien beim Ministerium mit Nachdruck drangen“. Rapp, Alois Flir, S. 77.

569 Goller, Die Lehrkanzeln für Philosophie an der Philosophischen Fakultät der Universität Innsbruck, S. 32.

570 Vinzenz Gasser (Inzing 1809–1879 Brixen), 1836–1855 Prof. der Theologie am Priesterseminar in Brixen, ab 1855 Domkapitular, ab 1856 Fürstbischof von Brixen.

571 Dass Fessler mit Thun in der Sache Schenach in Kontakt stand, beweist auch der Brief

Innsbruck über Schenachs Wirken informiert und der Kirchenrechtler empfahl Schenach als einen Mann von „tiefer katholischer Überzeugung“ und lobte außerdem dessen klaren Vortrag.[572] Von Fessler hatte er 1855 einen Rat für die Besetzung des zweiten Lehrstuhls für Philosophie an der Wiener Universität erbeten. Fessler wiederum hatte sich daraufhin brieflich mit seinem ehemaligen Kollegen Vinzenz Gasser in der Angelegenheit besprochen. In seinem Antwortschreiben gibt Gasser einen Einblick in seine Meinung zu Schenach, zur Situation der Philosophie in Österreich und zur Innsbrucker Universität. Zunächst einmal bestätigt er Fesslers Ansicht, wie schwierig es sei, einen geeigneten Philosophen vorzuschlagen, und dass Schenach in diesem Sinne „wohl der Einzige [sei, C. A.], der diesen Posten mit Ehren und Erfolg einnehmen würde“[573], was die Wertschätzung des späteren Bischofs und Exponenten der ultramontanen Richtung für das Wirken Schenachs bezeugt. Gasser schreibt aber auch, dass eine Berufung von Schenach nach Wien in Innsbruck eine schmerzliche Lücke hinterlassen würde, zumal Schenach beinahe der einzige Hoffnungsschimmer in der dortigen „Wüste geistigen Lebens“[574] sei. Er selbst glaube aber gar nicht, so Gasser weiter, dass Schenach einen Ruf nach Wien annähme. Allein der miserable Zustand der Universität in Innsbruck könne Schenach umstimmen. Denn, so schreibt Gasser weiter, Schenach hätte sich erst kürzlich bitterlich bei ihm über die Situation beschwert: Vor allem die geringe Zahl der Studenten und die laxe Haltung einiger Professoren der juridischen Fakultät im Erteilen von Titeln nennt Schenach als Gründe für seine zunehmende Entfremdung von der Universität.[575]

Gasser wollte allerdings nur unter der einen Bedingung zu Schenach raten, dass für denselben ein tüchtiger Ersatzmann nach Innsbruck berufen werde und die Suche nach einem solchen gestalte sich freilich ebenso schwierig wie jene Suche nach einem Kandidaten für den Wiener Lehrstuhl, so Gasser. Er ging dann auch gleich einige Kandidaten durch: Von Tirolern käme nur ein gewisser Perkmann in Frage, der allerdings offenbar bei seinen Studien in Wien und München allzu sehr dem Pantheismus verfallen sei und daher letztlich wohl als unbrauchbar anzusehen wäre.[576] In Österreich

---

Schenach an Thun, Innsbruck 20.04.1857, Nachlass Leo Thun-Hohenstein, A3 XXI D414, Staatliches Gebietsarchiv Leitmeritz, Zweigstelle Tetschen-Bodenbach, in dem Schenach erwähnt, dass Fessler ihm die Details zu seiner Ernennung und die Bewilligung eines Urlaubes für das Sommersemester bereits mitgeteilt habe.

572 Moy an Thun, Innsbruck 21.07.1853, Nachlass Leo Thun-Hohenstein, A3 XXI D219, Staatliches Gebietsarchiv Leitmeritz, Zweigstelle Tetschen-Bodenbach.

573 Gasser an Fessler, Brixen 23.02.1855, Nachlass Fessler 3, Diözesanarchiv St. Pölten.

574 Ebenda.

575 Ebenda.

576 Gemeint ist wohl Peter Perkmann (1827–1908), ab 1862 Gymnasiallehrer in Inns-

seien nur Johann Heinrich Löwe[577] und Robert Zimmermann[578] renommiert, so Gasser weiter, aber beide könne man nicht empfehlen, den einen nicht, weil er Güntherianer sei, den anderen nicht, weil seine jüngste Schrift nicht die in ihn gelegten Erwartungen erfüllte. Aus heutiger Sicht dürfte es außerdem fraglich sein, ob diese beiden einen Ruf von Prag überhaupt angenommen hätten, zumal das Prestige von Prag deutlich höher war als jenes von Innsbruck. Kandidaten von außerhalb wollte Gasser nur bedingt empfehlen, hier nannte er Johann Nepomuk Oischinger[579] und Martin Deutinger[580]: Dieser sei aber ein Eklektiker und jener „weit glücklicher im Niederreißen als im Aufbauen“[581]. Damit nannte er zwei Kandidaten, die sich dem Ziel der Erneuerung einer christlichen Philosophie verschrieben hatten.[582] Deutinger war im Übrigen wie auch Moy und Phillips seit der Montez-Affäre ohne Stelle an der Universität und hätte in dieser Hinsicht freilich gut nach Innsbruck gepasst. Letztlich blieb daher Schenach für Gasser der beste Kandidat und die Chancen, dass Schenach den Ruf annehme, erhöhten sich auch dadurch, dass der Philosoph von Thun und dessen Zielen überzeugt war: „In den Grafen Thun ist Schenach verliebt; vielleicht daß er ihm zuliebe doch den Ruf nach Wien annehmen würde.“[583]

---

bruck. Aus einem Brief von Perkmann an Wildauer, Perkmann an Wildauer, Innsbruck 06.08.1862, Nachlass Wildauer - Korrespondenz I-P, Tiroler Landesmuseum Ferdinandeum, erfahren wir, dass dieser in Innsbruck bei Schenach Philosophie studiert hatte, um anschließend auf Anraten desselben ab 1853/54 in Wien das Studium der Geschichte zu absolvieren, da er sich mit diesem Studium mehr Aussichten auf eine Anstellung erhoffte. 1864 scheiterte sein Habilitationsversuch im Fach Philosophie vor allem am negativen Urteil Wildauers. Siehe dazu Goller, Die Lehrkanzeln für Philosophie an der Philosophischen Fakultät der Universität Innsbruck, S. 49.

577 Johann Heinrich Löwe (Prag 1808–1892 Prag), ab 1838 Prof. für Philosophie am Lyzeum in Salzburg, ab 1851 Prof. an der Universität Prag.

578 Robert Zimmermann (Prag 1824–1898 Prag), Sohn von Johann August Zimmermann, ab 1849 Prof. für Philosophie an der Universität Olmütz, 1852–1861 Prof. an der Universität Prag, 1861–1895 Prof. für Philosophie an der Universität Wien.

579 Johann Nepomuk Paul Oischinger (Wittmannsberg 1817–1876 München), Theologe und Philosoph, Privatgelehrter.

580 Martin Deutinger (Langenpreising 1815–1864 Pfäfers), 1841–1846 Prof. für Philosophie am Lyzeum in Freising, 1846/47 Privatdozent für Philosophie an der Universität München, ab 1858 Universitätsprediger in München.

581 Gasser an Fessler, Brixen 23.02.1855, Nachlass Fessler 3, Diözesanarchiv St. Pölten.

582 Vgl. Franz Heinrich Reusch, Oischinger, Johann Nepomuk Paul, in: Allgemeine Deutsche Biographie, Bd. 24, Leipzig 1887, S. 210 und Bernhard Braun, Martin Deutinger (1815–1864), in: Emmerich S. J. Coreth (Hg.), Christliche Philosophie im katholischen Denken des 19. und 20. Jahrhunderts, Graz 1988, S. 285–305.

583 Gasser an Fessler, Brixen 23.02.1855, Nachlass Fessler 3, Diözesanarchiv St. Pölten.

5.13.2. Berufung von Wildauer

5.13.2.1. Die Vertretung von Schenach

Wie wir bereits wissen, nahm Schenach den Ruf an, allerdings ohne dass für ihn ein Nachfolger bestimmt wurde, was in der Folge zu den bereits im vorigen Kapitel angedeuteten Problemen geführt hat.[584] Einen Eindruck von der Situation liefert Julius Ficker in einem Brief an Leo Thun.[585] Zwar war Ficker als Freund Schenachs in der Sache nicht ganz neutral, die Schilderungen der allgemeinem Situation an der Innsbrucker Universität decken sich aber mit anderen Briefen[586], sodass Ficker in diesem Fall als vertrauenswürdige Quelle erscheint.

Nach der Ernennung von Schenach hatte das MCU die Fakultät aufgefordert, einen geeigneten Supplenten für das Fach vorzuschlagen. Wie bereits geschildert, hatte sich daraufhin Karl Kopetzky, nachdem man sich auf keinen geeigneten Kandidaten einigen konnte, selbst vorgeschlagen. Schenach hatte zuvor den Gymnasiallehrer Wildauer empfohlen, Professor Hlasiwetz den Prager Privatdozenten Wilhelm Volkmann[587]: Gegen Wildauer sprach, dass er eigentlich klassische Philologie unterrichtete, gegen Volkmann, dass er Herbartianer war und so nicht recht in das katholische Innsbruck passte und man annahm, er werde nur schwerlich von Prag nach Innsbruck übersiedeln. Kopetzky, der damals das Amt des Rektors bekleidete, schlug daraufhin mit Hinweis „auf die durch die neuen Studieneinrichtungen nicht außer Kraft gesetzte Substitutionsverordnung“[588] vor, dass ein Mitglied des

584 Die Episode rund um die Ernennung von Wildauer findet sich auch bei Goller, Die Lehrkanzeln für Philosophie an der Philosophischen Fakultät der Universität Innsbruck, S. 35–39, allerdings ohne einige hier verwendete Quellen.

585 Ficker an Thun (Konzept), Innsbruck o.D., Nachlass Ficker, Institut für Österreichische Geschichtsforschung.

586 Vgl. etwa Jäger an Feil, Innsbruck 26.05.1854, 129.637, Wienbibliothek, Handschriftenabteilung.

587 Wilhelm Volkmann (Prag 1822–1877 Prag), 1846 Habilitation an der Universität Prag für Ästhetik, später für Psychologie, ab 1856 ao. Prof. an der Universität Prag, ab 1861 o. Prof. der theoretischen und praktischen Philosophie und ihrer Geschichte. Hlasiwetz und Volkmann kannten sich von der gemeinsamen Zeit an der Universität Prag.

588 Ficker an Thun (Konzept), Innsbruck o.D., Nachlass Ficker, Institut für Österreichische Geschichtsforschung. Kopetzky bezog sich dabei auf das Substitutionsnormale bei Supplierung von Lehrämtern, vom 3. Juli 1839, abgedruckt bei: Leo von Beck Mannagetta/Carl von Kelle (Hgg.), Die österreichischen Universitätsgesetze, S. 190–197. In § II, 4 heißt es: an höheren Lehranstalten werden zur Vertretung eines Professors, „andere Professoren bestimmt, welche nebst ihrem eigenen Unterrichtsfache jenes des verhinderten Professors zu besorgen haben“.

Kollegiums die Vertretung übernehmen sollte, und erklärte sich gleichzeitig bereit für die Vertretung. Aus Verlegenheit gegenüber dem Kollegen, wie Ficker schreibt, hatte das Kollegium diesem Vorschlag zugestimmt.[589]

Nach der Sitzung hatte sich indessen Schenach mit einem Separatvotum[590] an den Statthalter gewandt und dort nachdrücklich die Ernennung von Wildauer als seinen Supplenten gefordert. Das Schreiben, das zu einem Großteil bei Goller abgedruckt ist,[591] verdeutlicht, wie massiv Schenach gegen Kopetzky und die von ihm vorgeschlagene Lösung intervenierte, und zeigt Schenachs Einsatz hinter den Kulissen für seinen Schüler. Vor allem ist sein Einspruch aber eine Schelte für Kopetzky, den er hart angreift, wenn er ihm vorwirft, dass dieser eigentlich genug mit seinem eigenem Fach zu tun haben müsste und außerdem dessen Abneigung gegenüber der Philosophie bekannt sei. Dem stellt er Wildauer als tüchtigen und fleißigen Kandidaten gegenüber und unterstellt damit implizit Kopetzky, das Gegenteil davon zu sein. Wildauer, so Schenach weiter, sei verlässlich in seinen Tugenden und bekannt für seine guten Lehrmethoden und daher der ideale Kandidat. Zum Beweis für dessen moralische und religiöse Haltung führte Schenach außerdem an, dass Wildauer ein „Mann des Vertrauens unseres neuen Fürstbischofs“[592] sei. Dieser neue Fürstbischof war Vinzenz Gasser, der, wie gesehen, ja auch ein guter Freund von Schenach selbst gewesen war.

Wenig später wandte sich auch Julius Ficker an Thun, um den Freund und Kollegen in seinen Bestrebungen zu unterstützen. Ficker betonte ähnlich wie Schenach vor allem die hohe moralische Gesinnung Wildauers und gab zu bedenken, dass „die Auswahl an katholischen Philosophen [...] nicht groß“[593] sei und daher Wildauer eine gute Wahl darstelle. Er musste zwar eingestehen, dass Wildauer eigentlich Philologe war, gab sich aber zuversichtlich, dass sich Wildauer „leicht auch in solche Theile des Faches hineinarbeiten dürfte, welche ihm etwa bisher ferner lagen“.[594]

589 Ficker an Thun (Konzept), Innsbruck o.D., Nachlass Ficker, Institut für Österreichische Geschichtsforschung.

590 Separatvotum Schenach, Innsbruck 26.02.1857, MCU Allg., Signatur 5, Karton 1082, Österreichisches Staatsarchiv, Allgemeines Verwaltungsarchiv.

591 Siehe Goller, Die Lehrkanzeln für Philosophie an der Philosophischen Fakultät der Universität Innsbruck, S. 35–36.

592 Separatvotum Schenach, Innsbruck 26.02.1857, MCU Allg., Signatur 5, Karton 1082, Österreichisches Staatsarchiv, Allgemeines Verwaltungsarchiv.

593 Ficker an Thun (Konzept), Innsbruck o.D., Nachlass Ficker, Institut für Österreichische Geschichtsforschung.

594 Ebenda.

Ficker hatte übrigens Wildauer schon einmal empfohlen[595], damals eben als Philologen und für die durch die Berufung von Małecki nach Lemberg vakant gewordene Kanzel für klassische Philologie, die Thun nach langem Hin und Her allerdings Karl Schenkl übertragen hatte. Schon damals war auch Schenach für Wildauer eingetreten. Ficker hatte in jenem Fall betont, dass eine Berufung von Wildauer außerordentlich wirkungsvoll für den Unterricht der Lehramtskandidaten wäre, weil eine Abstimmung im Lehrplan zwischen ihm und Wildauer besonders einfach wäre, zumal sie schon jetzt häufig gemeinsamen Umgang pflegten. Seine Empfehlung hatte Ficker 1856 mit einer allgemeinen Bitte verbunden, die Innsbrucker Universität auszubauen.

In dem Brief, den Ficker im folgenden Jahr in der Sache Wildauer an Thun schrieb, griff er die Bitte erneut auf und forderte von Thun ein grundsätzliches Bekenntnis zur Innsbrucker Universität.[596] Ein Bekenntnis, das aus Sicht des Professors bitter nötig war, denn das Leben an der Universität sei stark gehemmt durch die schlechte personelle Ausstattung und durch die dauernden Gerüchte, dass die philosophische Fakultät bzw. die ganze Universität aufgelassen werden. Die Professoren und Studenten seien durch diese Situation entmutigt und verunsichert. Gleichzeitig, so schrieb Ficker weiter, gäbe es einige Professoren – er nannte hier Małecki explizit – denen es an der nötigen Liebe zu ihrem Fach und zur Universität mangelte und die daher nur das Nötigste leisteten. Das Nötigste sei aber zu wenig, wenn man die Studenten für ihr Fach begeistern und letztlich auch die Wissenschaft voranbringen wolle. Daher wäre auch die von Kopetzky vorgeschlagene Lösung in jeglicher Hinsicht schlecht und würde die Situation nur noch weiter verschlimmern. Die bessere Lösung sei es, Wildauer die Vertretungsstelle zu verleihen, da dieser Leidenschaft für das Fach und Talent in sich vereine. Die beste Lösung und gleichzeitig ein Bekenntnis zur Zukunft der Universität sei indes, die Lehrkanzel für Philosophie nicht nur vorläufig, sondern langfristig zu besetzen. Dasselbe gelte, schrieb Ficker weiter, für die Lehrkanzel der Philologie. Um seine Bitte zu verstärken, erklärt er am Ende unumwunden, dass er selbst, sollten seine Wünsche fortlaufend nicht beachtet werden, entmutig werden und in seinem Eifer nachlassen würde.

Der Brief ist nur als Konzept überliefert und ohne Datum, er wurde aber wohl offenbar fast gleichzeitig mit dem Votum von Schenach[597] an Thun ge-

595 Ficker an Thun, Innsbruck 19.09.1856, Nachlass Leo Thun-Hohenstein, A3 XXI D387, Staatliches Gebietsarchiv Leitmeritz, Zweigstelle Tetschen-Bodenbach.

596 Ficker an Thun (Konzept), Innsbruck o.D., Nachlass Ficker, Institut für Österreichische Geschichtsforschung.

597 Separatvotum Schenach, Innsbruck 26.02.1857, MCU Allg., Signatur 5, Karton 1082, Österreichisches Staatsarchiv, Allgemeines Verwaltungsarchiv.

sandt. Die beiden – das schreibt auch Ficker selbst – hatten sich darüber verständigt und die Briefe weisen auch starke Ähnlichkeiten in der Argumentation auf, wenngleich der Brief von Ficker persönlicher gehalten ist und er sich unverblümt über die Probleme der Universität ausspricht. Dies verdeutlicht das Vertrauensverhältnis von Ficker und Thun. In seiner Argumentation benutzt er diese Probleme, um die Forderung nach einer Anstellung von Wildauer zu untermauern, viel mehr noch, Ficker verbindet die Ernennung von Wildauer sinnbildlich mit der Zukunft der Innsbrucker Universität. Die Wahl von Wildauer, wenn möglich nicht nur als Supplenten, sondern als Lehrstuhlinhaber, wird gleichzeitig zu einem offiziellen Bekenntnis zur Zukunft der Universität erklärt.

Ficker spielt dabei auf das hartnäckig sich haltende Gerücht an, dass die Innsbrucker Universität zugunsten einer neu zu errichtenden Universität in Salzburg aufgelassen werden sollte. Dieses Gerücht kursierte bereits 1848 und war im Jahr 1856 erneut aufgetaucht, nachdem man auf der *Generalversammlung der katholischen Vereine* in Linz die Idee der Gründung einer katholischen Universität erneut diskutiert hatte.[598] Als Standorte waren damals Innsbruck aber insbesondere Salzburg, als Sitz des Primas Germaniae, im Gespräch. Im folgenden Jahr tagte diese Versammlung erneut in Österreich, diesmal ebengerade in Salzburg, und dort wurde die Hoffnung auf eine baldige Verwirklichung einer solchen Universität abermals bekräftigt.[599] Thun hatte zwar Ficker schon 1856 versichert, dass er nicht im geringsten daran denke, die Innsbrucker Universität aufzulassen[600], aber die Hartnäckigkeit des Gerüchts sowie die dauernde Vernachlässigung der Innsbrucker Universität hatten Ficker wohl an der Versicherung des Ministers zweifeln lassen, wie der Brief es zeigt. Daher forderte er von Thun, diesem Gerücht nun auch durch Taten entschieden entgegenzutreten, und als eine solche Tat sah er die Ernennung von Wildauer.

Zum Verständnis des Verhältnisses von Ficker und Thun ist zudem das Ende des Briefes von großem Interesse. Dort mahnte Ficker den Minister, sein mehrmaliges Versprechen, er wolle die Innsbrucker Universität besonders fördern, einzulösen.[601] Diesen Hinweis verstärkte Ficker noch, indem er den Grafen daran erinnerte, dass er mehrmals, auch prestigeträchtige

598 Siehe dazu besonders das Kapitel 6.2.

599 Vgl. dazu besonders bei Brandt, Eine katholische Universität in Deutschland?, S. 158–159.

600 Thun an Ficker, Wien 22.09.1856, Nachlass Ficker, Institut für Österreichische Geschichtsforschung.

601 Siehe etwa Thun an Ficker, Wien 09.05.1854, Nachlass Ficker, Institut für Österreichische Geschichtsforschung; Thun an Ficker, Wien 09.10.1854, Teilnachlass Julius Ficker, Forschungsinstitut Brenner-Archiv; Thun an Ficker, Wien 22.09.1856, Nachlass Ficker, Institut für Österreichische Geschichtsforschung.

Rufe aus Deutschland abgelehnt hätte, und trotz der schlechteren Verhältnisse in Innsbruck geblieben sei – dem Minister zuliebe und um in Innsbruck und Österreich am Aufbau und der Verbesserung der Geschichtswissenschaften zu wirken. Nunmehr sah sich Ficker aber zunehmend in diesem Versprechen getäuscht und appellierte damit an Thuns Ehrgefühl, ein gegebenes Versprechen nicht zu brechen.

Am 12. März 1857 reagierte Thun auf den Vorschlag der Universität und auf die Briefe von Schenach und Ficker und übertrug die Supplierung der ehemaligen Lehrkanzel Schenachs an Tobias Wildauer.[602] Unter selbigem Datum wandte sich Thun auch an die Fakultät und schalt sie, in der Sache die notwendige Ernsthaftigkeit vergessen zu haben, und an Kopetzky, den er daran erinnerte, dass er bei einer gewissenhaften Ausübung seiner Berufspflicht eigentlich genug zu tun haben sollte.[603]

5.13.2.2. Berufung auf den Lehrstuhl

Thun hatte Wildauer allerdings nur die einstweilige Vertretung des Faches bis zum Ende des Sommersemesters übertragen und damit das starke Zeichen, das Ficker gefordert hatte, nicht gesetzt. Aus diesem Grund hatte die Fakultät noch vor Ablauf des Sommersemesters, am 14. Juli 1857, bei Thun eine definitive Besetzung des Lehrstuhls mit Tobias Wildauer beantragt. Das Ministerium hatte dies aber abgelehnt und stattdessen die Vertretung durch Wildauer um ein weiteres Jahr verlängert. In Wien rechtfertigte man dies damit, dass Wildauer nicht habilitiert war und es daher schon rechtlich nicht möglich wäre, Wildauer zum Professor zu ernennen.[604]

Nichtsdestotrotz ernannte Thun Wildauer im folgenden Sommer dennoch zum Professor, obschon sich hinsichtlich seiner Habilitation in der Zwischenzeit nichts verändert hatte. Allerdings, so schreibt Thun in seinem Majestätsvortrag, hätten „die seither gemachten Wahrnehmungen, sowie das über seine wissenschaftliche Befähigung im philosophischen Gebiete von competenten Seiten abgegebene, besonders empfehlende Zeugnis“[605] eine Ernennung dennoch ermöglicht. Noch zwei Tage vor diesem Majestätsgesuch hatte sich Karl Ernst Moy als Vertreter der Universität eigens mit der Bitte an

602 Thun an die Statthalterei (telegraphische Depesche), Wien 12.03.1857, Statthalterei Studien 4572 ad 2333/1857, Tiroler Landesarchiv.

603 Thun an die Statthalterei, Wien 12.03.1857, Statthalterei Studien 4840 ad 2333/1857, Tiroler Landesarchiv.

604 Thun an die Statthalterei, Wien 19.10.1857, Statthalterei Studien 19674 ad 2333/1857, Tiroler Landesarchiv.

605 Majestätsvortrag, Wien 16.07.1858, MCU Allg., Sig. 5, Fasz. 1018, Österreichisches Staatsarchiv, Allgemeines Verwaltungsarchiv.

Thun gewandt, Wildauer definitiv zu ernennen. Bei der Kürze der Zeit, die zwischen diesem Gesuch und dem Majestätsvortrag liegen, ist allerdings nicht sicher, ob das Innsbrucker Gesuch Thun bei seiner Entscheidung noch beeinflusst hat. Das Gesuch lässt in seiner Stoßrichtung und Argumentation aber eindrucksvoll die Wahrnehmung des Fachs bei Moy erkennen. Denn auch Moy unterstrich in dem Gesuch vorwiegend Wildauers hohe moralische Gesinnung und dessen hervorragenden Einfluss auf die Studenten, was gerade im Fach Philosophie von enormer Wichtigkeit wäre, zumal dieses Fach besonders geeignet sei, gute oder schlechte Eigenschaften in den Studenten zu fördern. Daher sei für das Fach Philosophie die Person des Professors noch entscheidender als in anderen Fächern, denn es habe sich schon oft gezeigt, dass „die verkehrte Richtung, welche die jungen Leute in der Philosophie empfangen haben, [...] bei den meisten für ihr ganzes Leben entscheidend“[606] war. Wildauers wissenschaftliche Befähigung erwähnt Moy zwar auch, ohne diese aber besonders hervorzuheben.

Moy hatte auch die Statthalterei um Unterstützung für Wildauer gebeten und auch in diesem Gesuch den Einfluss der Philosophie auf die Gesinnung der Studenten betont:

> Die Besetzung des Faches der Philosophie mit einem das Vertrauen der Jugend genießenden und verdientem Mann ist von solcher Wichtigkeit, nicht nur im Interesse der Wissenschaft überhaupt, sondern auch in dem unserer vaterländischen Jugend und der von ihr künftig dem Staate zu leistenden Dienste, dass die Sache auch von der ersten Verwaltungsbehörde des Landes als ihrem Wirkungskreis innig berührend aufgefasst und behandelt zu werden wohl verdient.[607]

Bei seinem Gesuch an die Statthalterei sprach Moy damit gezielt die Interessen des Landes an, indem er darauf verwies, dass Wildauer der richtige Mann wäre, um aus Studenten gesinnungstreue Bürger und eifrige zukünftige Beamte zu formen.

Die oberste Landesbehörde folgte der Bitte der Universität und unterstützte das Gesuch. Sie folgte dabei weitgehend der Argumentation von Moys Ansuchen, indem sie ebenfalls auf die hohe moralische Gesinnung Wildauers und dessen Vertrauen bei der Jugend pochte. Sie wies jedoch auch auf seine wissenschaftliche Befähigung hin und versicherte, Wildauer habe sich in den letzten drei Semestern als vollkommen geeignet für den Beruf des Professors gezeigt, was sowohl von Seiten des Lehrkörpers bestätigt worden sei als auch durch seine zahlreiche Zuhörerschaft und die anerkennen-

606 Ph 128 ex 1857/58, Innsbruck 14.07.1858, Akten der Philosophischen Fakultät, PH 16.
607 Ebenda.

den Worte in verschiedenen Zeitungen erwiesen sei.[608] Ausdrücklich betonte die Statthalterei, dass Wildauers *Protagoras*[609] durch das MCU als offizielles Schulbuch anerkannt worden war und daher auch von höchster Seite dessen wissenschaftliche Befähigung anerkannt wurde. Aus heutiger Sicht ist dieses Argument allerdings wenig stichhaltig. Denn, wenngleich dieser platonische Dialog ein wichtiger Text der antiken Philosophie ist, so war dieses Buch doch vornehmlich ein Textbuch für den Unterricht in der Griechischen Sprache und konnte daher vom MCU nicht ernsthaft als Ersatz für die fehlende Habilitation angesehen worden sein.

Weit wichtiger war für Thun daher wohl ein anderes „empfehlendes Zeugnis" von Wildauers Befähigung, jenes seiner privaten Informanten in Innsbruck. Moy hatte schon im Jänner 1858 privat an Thun geschrieben und in diesem Brief unter anderem die Lehrtätigkeit Wildauers gelobt. Bedeutender in der Wirkung war aber wohl ein Brief, den Julius Ficker am 15. Juni 1858 an Thun geschickt hatte. Ficker und Thun standen damals in einer anderen Personalfrage in Kontakt, und Ficker schloss einem seiner Briefe an den Minister eine umfangreiche Äußerung zu Tobias Wildauer an.[610] Der konkrete Anlass dazu war das Erscheinen einer Rezension[611] von Wildauers Protagoras in der *Zeitschrift für die Österreichischen Gymnasien* im Frühjahr 1858. Der Rezensent Alfred Ludwig[612] verriss darin Wildauers Werk und unterstellte diesem letztlich sogar, dass sein Buch in weiten Teilen dem Werk[613] von Eduard Jahn[614] folge, ohne dass dies ausgewiesen und Wildauers Buch somit teilweise ein Plagiat sei:

608 Siehe Statthalterei an MCU (Konzept), Innsbruck 07.1858, Statthalterei Studien 14148/1858, Tiroler Landesarchiv. Ausfindig gemacht werden konnte etwa Bothe für Tirol und Vorarlberg, 72 (31.03.1858), S. 311, dort wird über einen Bericht im Journal *Deutschland* berichtet, in dem Wildauers Lehre besonders lobend hervorgehoben wird. Man liest dort: „wird die Philosophie auf solche [Wildauers, C.A.] Weise gelehrt, so wird nicht bloß den materialistischen, irreligiösen und revolutionären Ansichten der Boden weggerissen, sondern auch etwas Positives für die Ausbildung der Studierenden geleistet."

609 Tobias Wildauer, Platon's Protagoras. Mit Einleitung und Anmerkungen zum Schul- und Privatgebrauch, Innsbruck 1857.

610 Ficker an Thun, Innsbruck 15.06.1858, Nachlass Leo Thun-Hohenstein, A3 XXI D453, Staatliches Gebietsarchiv Leitmeritz, Zweigstelle Tetschen-Bodenbach.

611 Alfred Ludwig, Platon's Protagoras. Mit Einleitung und Anmerkungen zum Schul- und Privatgebrauch von Tobias Wildauer. Innsbruck 1857, in: Zeitschrift für die Österreichischen Gymnasien (1858), S. 481–488.

612 Alfred Ludwig (Wien 1832–1912 Prag), Indologe und Sprachwissenschaftler, ab 1860 Prof. der klass. Philologie und vergleichenden Sprachkunde an der Universität Prag, Schüler von Hermann Bonitz.

613 Eduard Jahn, Platon's Protagoras. Mit Einleitungen und Anmerkungen, Wien 1857.

614 Eduard Jahn, Schulbuchautor und Lehrer am Gymnasium in der Kleinseite in Prag.

> Denn dass er Jahn's Arbeit nicht gekannt oder absichtlich nicht benutzt habe, das wird uns Hr. Wildauer kaum glaublich machen können, ja nicht einmal wollen. Wir haben sogar vollkommene Gewissheit, dass der Hr. Verfasser nicht bloß Jahn's Ausgabe, sondern auch die Beurtheilung derselben, die wir erst nach Verlauf einer geraumen Zeit in diesen Blättern gaben, kennt und benutzt hat.[615]

Die bewusste Täuschung erkannte Ludwig darin, dass Wildauer mehrfach betont habe, sein Manuskript sei bereits 1856 vollendet gewesen und er damit die Benutzung der Arbeit von Jahn auch noch verschleiern wollte. Ficker widersprach dieser Darstellung aufs Heftigste und versicherte, dass er selbst das Manuskript schon vor der Drucklegung gekannt habe. Ficker schreibt weiter, dass er nach Bekanntwerden der Vorwürfe Wildauers Manuskript, besonders die zweifelhaften Stellen, nochmals kontrolliert habe und keine Unregelmäßigkeiten feststellen konnte, was die Unschuld Wildauers beweise. Um der falschen Darstellung entgegenzutreten, hatte sich Ficker entschlossen, persönlich an den Minister zu schreiben, er wollte nämlich verhindern, dass eine mögliche Berufung von Wildauer auf den Lehrstuhl für Philosophie durch die Angelegenheit gefährdet würde. Ficker befürchtete sogar, dass hinter der Rezension ein gezielter Akt stünde, die „Ernennung W[ildauer]'s zu hindern oder zu verzögern"[616]. Dieser Anklage durch Ludwig stellte Ficker eine Lobrede auf Wildauer gegenüber und bat den Minister, in der Frage der Vertretung des Lehrstuhls für Philosophie endlich eine Entscheidung herbeizuführen. Denn obschon Wildauer „mit einem Eifer, welcher mich [Ficker, C.A.] für seine Gesundheit fürchten machte", die Vertretung der Lehrkanzel ausübte, entmutigte ihn zunehmend die Unsicherheit seiner Stellung. Und Angriff und Verleumdungen gegen seine Person hätten ihn nun noch härter getroffen, so Ficker abschließend.

Was nun die Befürchtungen Fickers betreffen, Wildauer sei gezielt und mit Absicht angegriffen worden, so lassen sich diese auf die Briefe von seinem Freund Anton Goebel zurückführen, der ihm im Jahr zuvor berichtet hatte, wie sehr Bonitz und seine Schüler die Fäden in Wien zögen und jeden, der nicht aus der Bonitz'schen Schule kam, diskreditierten und zu behindern suchten. Denn der Autor der Rezension, Alfred Ludwig, war ebenso ein Schüler Bonitz' wie der ‚Plagiierte', Eduard Jahn. Ludwig hatte im Übrigen auch Jahns Ausgabe in der Gymnasialzeitschrift rezensiert.[617] Bonitz selbst wusste

615 Ludwig, Platon's Protagoras.

616 Ficker an Thun, Innsbruck 15.06.1858, Nachlass Leo Thun-Hohenstein, A3 XXI D453, Staatliches Gebietsarchiv Leitmeritz, Zweigstelle Tetschen-Bodenbach.

617 Siehe Alfred Ludwig, Platon's Protagoras mit Einleitungen und Anmerkungen von Ed.

jedenfalls von dem Vorhaben Wildauers, eine Ausgabe des Protagoras vorzubereiten. Im August 1856 schrieb er nämlich in verschiedenen Angelegenheiten an Wildauer und unterstützte darin auch dessen Plan, besagten Platonischen Dialog für den Schulgebrauch aufzubereiten. Er konnte allerdings nicht, wie Wildauer es sich erhofft hatte, versprechen, dass das Buch als offizielles Schulbuch empfohlen werde, zumal auch ein eigener Schüler[618] schon an der Herausgabe der Platonischen Dialoge arbeite und er die Empfehlung nicht allein zu entscheiden hätte. Er ermunterte Wildauer daher etwas zögerlich, dennoch an dem Plan festzuhalten, weil schließlich jeder Bearbeiter andere Aspekte hervorhebe.[619] Als maßgeblicher Herausgeber der Gymnasialzeitung duldete er dann zwei Jahre später zumindest die Anschuldigungen gegen Wildauer. Daraus aber eine Intrige gegen Wildauer zu konstruieren, ginge wohl zu weit: Die Affäre zeigt allerdings einmal mehr den großen Einfluss Bonitz' und seiner Schüler in Wien. Es bestätigt sich dadurch aber, was Goebel an Ficker geschrieben hatte, dass sich die Studenten von Bonitz gegenseitig rühmten und gegen Außenstehende über die Maße kritisch agierten.

Allerdings hatte auch Ficker großen Einfluss auf Thun und (nicht nur) deshalb hatte die Sache für Wildauer keine Konsequenzen. Thun ließ Ficker schon bald nach Erhalt des Schreibens aus Innsbruck wissen, dass die Rezension Wildauer nicht schaden werde, obschon er verstünde, dass „sie in Inspruck übles Blut"[620] gemacht hatte. Vielmehr versicherte Thun dem Professor, dass er Wildauer nicht vergessen und die Sache bald einer Lösung zuführen werde.

Inzwischen hatten wohl auch noch Georg Schenach und der mittlerweile zum Fürstbischof von Brixen geweihte Vinzenz Gasser Thun mit der Bitte bedrängt, Wildauer in Innsbruck definitiv zu ernennen. Zumindest behauptet Alois Flir in einem Brief, dass ihm Selbiges der Fürstbischof bei einem Besuch in Rom erzählt habe. Gleichzeitig rühmte sich Gasser dort auch seines Einflusses beim Minister und verkündete, dass er mit Thun „im besten Verhältnisse" stünde.[621]

Damit hatte sich eine Reihe von Personen, darunter mit Ficker und Schenach zwei einflussreiche Berater von Thun, für Wildauer ausgesprochen. Thun selbst hatte dies dem Kaiser gegenüber erwähnt, wenn er im Majes-

---

Jahn, Wien, C. Gerold's Sohn, 1857, in: Zeitschrift für die Österreichischen Gymnasien (1857), S. 212–217.

618 Gemeint ist wohl Eduard Jahn.

619 Bonitz an Wildauer, Gmunden 17.08.1856, Nachlass Tobias Wildauer, Tiroler Landesmuseum Ferdinandeum.

620 Thun an Ficker, Wien 19.06.1858, Nachlass Ficker, Institut für Österreichische Geschichtsforschung.

621 Rapp, Alois Flir, S. 141.

tätsgesuch schreibt, dass er von „competenten Seiten“ die Bestätigung von Wildauers Fähigkeiten erhalten habe. Aus diesem Grund zögerte Thun nicht mehr lange und nur knapp einen Monat nach Fickers Brief an Thun schlug der Minister dem Kaiser die Ernennung von Wildauer auf den Lehrstuhl für Philosophie vor. Ob es ernsthafte andere Kandidaten gegeben bzw. ob Thun die Ernennung anderer Kandidaten ins Auge gefasst hat, ist nicht bekannt.

Der Kaiser bewilligte die Ernennung am 1. August 1858. Am 13. August wurde die Ernennung in der Wiener Zeitung veröffentlicht. Einer der ersten schriftlichen Gratulanten an Wildauer war Josef Fessler[622], der durch seinen Ratschlag an Thun die Personalrochade erst ermöglicht hatte.

5.13.2.3. Warum Wildauer?

Die Angelegenheit um die Wiederbesetzung des Innsbrucker Lehrstuhls für Philosophie hatte sich lange verzögert, wenn man bedenkt, dass Thun schon im Winter 1855 an Fessler herangetreten war. Vor allem das Beharren auf Wildauer von Tiroler Seite ist hervorzuheben. Dies ist umso beachtlicher als Wildauer ja kein ausgewiesener Philosoph, sondern eigentlich Gymnasiallehrer für klassische Philologie war. Allerdings scheint die wissenschaftliche Eignung eine eher nachgeordnete Wichtigkeit eingenommen zu haben. Stets betont wurden hingegen Wildauers hohe moralische Gesinnung, dessen gutes Verhältnis zu den Studenten und dessen pädagogische Fähigkeiten. Abgesehen von der mantrahaft angepriesenen hohen moralischen Gesinnung Wildauers, ist Wildauers Leben recht gut dokumentiert.

Am treffendsten zusammengefasst hat die Biografie und die Geisteswelt Wildauers Peter Goller.[623] Wildauer wurde 1825 in Fügen im Zillertal geboren und absolvierte bei den Franziskanern in Hall in Tirol seine Gymnasialstudien. Ab 1841 besuchte er die philosophischen Vorbereitungskurse und absolvierte anschließend die Studien an der philosophischen Fakultät der Universität Innsbruck. In dieser Zeit und auch noch während seiner Jahre als Lehrer am Gymnasium in Innsbruck gehörte er der losen literarischen Gruppe *Aurora* an, die sich vor allem sentimentaler Naturlyrik widmete, aber anders als andere literarische Gruppen im Tiroler Vormärz politisch farblos blieb.[624] Wildauers eigenes literarisches Schaffen orientierte sich aus

622 Fessler an Wildauer, Wien 29.08.1858, Nachlass Wildauer – Nachlassteil Dr. Bitschmann, Tiroler Landesmuseum Ferdinandeum.

623 Goller, Die Lehrkanzeln für Philosophie an der Philosophischen Fakultät der Universität Innsbruck, S. 36–47.

624 Vgl. dazu bei Goller, Die Lehrkanzeln für Philosophie an der Philosophischen Fakultät der Universität Innsbruck, S. 36–37.

der Sicht von Peter Goller vor allem am Dichter Oskar Redwitz[625] im Sinne von belehrenden und idyllisierenden Heimaterzählungen auf fest katholischem Boden.[626]

Politisch galt Wildauer als konservativ, ohne aber öffentlich damit in Erscheinung zu treten. Allerdings entwickelte er nach seiner Berufung zum Professor ein starkes politisches Engagement, das ihn 1873 bis in den Reichsrat führte. Dabei wandte er sich – entsprechend dem allgemeinen Trend durch das Februarpatent 1861 – der liberalen Partei zu.[627] Das verstärkte politische Interesse führte allerdings dazu, dass er für seine wissenschaftliche Laufbahn nur noch wenig Zeit aufbrachte. Goller charakterisiert Wildauer daher – seinen politischen Gesinnungswandel als auch seine politischen Ambitionen im Auge habend – als „Halbzeitphilosoph" und politischen Opportunisten. Ein Ereignis, das in die Zeit eben jenes politischen Wandels fällt, verdeutlicht Wildauers Haltung besonders: nämlich seine Rede bei der Schillerfeier, anlässlich des hundertsten Geburtstags des Dichters, 1859 in Innsbruck.[628] Die akademische Rede wurde dabei zum politischen Manifest, in dem Wildauers großdeutsches Denken sich voll entfaltete und er die deutsche Kultur und Wissenschaft als Wegbereiterin einer deutschen Einigung pries.

In der Folge engagierte sich Wildauer dann vor allem als Vertreter einer liberal-konstitutionellen Richtung, die sich jedoch stets mit loyaler Haltung gegenüber dem Kaiserhaus bewegte.[629] Er trat dabei, wenngleich nicht

625 Oskar Redwitz war auch von Thun nach Österreich berufen worden, unter anderem deshalb, um „jungen Philologen, deren spätere Bestimmung es ist, als Lehrer der Jugend an öffentlichen Anstalten zu wirken, die ächten und im Christenthum einzig mögliche Auffassung des Heidenthums und seiner Werke zu lehren". Majestätsvortrag (Konzept), Wien 11.01.1852, MCU Präs., 18 ex 1852, Österreichisches Staatsarchiv, Allgemeines Verwaltungsarchiv. Adolf Pichler drückt sich salopper aus, wenn er schreibt, dass man sich von Redwitz, „damals in Wien die Umkehr der Wissenschaft erwartete." Pichler, Aus Tagebüchern.

626 Vgl. Goller, Die Lehrkanzeln für Philosophie an der Philosophischen Fakultät der Universität Innsbruck, S. 38.

627 Vgl. dazu auch die Einschätzung von Götz, Bürgertum und Liberalismus in Tirol 1840–1873, S. 452.

628 Im Druck: Tobias Wildauer, Festrede zu Schillers hundertjährigem Geburtstag bei der k.k. Universität zu Innsbruck veranstalteten Feier in der Aula am 10. November 1859, Innsbruck 1859.

629 Vgl. dazu vor allem auch Götz, Bürgertum und Liberalismus in Tirol 1840–1873, S. 422–425; Goller, Die Lehrkanzeln für Philosophie an der Philosophischen Fakultät der Universität Innsbruck, S. 41; Martin E. Urmann, Isolierte Aufklärung, marginaler Liberalismus? Überlegungen zur intellektuell-ideologischen Geschichte der Universität Innsbruck im ‚langen' 19. Jahrhundert, in: Klaus Müller-Salget/Sigurd Paul Scheichl/Werner M. Bauer (Hgg.), Nachklänge der Aufklärung im 19. und 20. Jahrhundert. Für Werner M. Bauer zum 65. Geburtstag, Innsbruck [1]2008, S. 151–164, S. 164.

vollkommen, für eine Trennung von Staat und Kirche in Unterrichtsfragen ein, etwa als es 1874 um die staatliche Ernennung von Schulräten in Tirol ging.[630] In der Frage der Unabhängigkeit von Wissenschaft und Kirche korrespondierte er im Übrigen auch mit Jakob Frohschammer[631], der sich mit seiner Schrift *Über die Freiheit der Wissenschaft* (1861) die Feindschaft der Kirche und letztlich die Suspension von allen geistlichen Ämtern und 1871 sogar die Exkommunikation zuzog.[632] Neben seinen öffentlichen Auftritten und Reden haben vor allem die Äußerungen von Adolf Pichler die Erinnerung an Wildauer geprägt[633]. Pichler hatte nämlich zeitlebens das Wirken Wildauers kommentiert, vor allem aber kritisiert. Von ihm stammt auch die Charakterisierung Wildauers als Opportunisten, der sich durch seine Anbiederung an die katholische Restauration den Posten als Professor verschafft hatte – womit sich Pichler deutlich absetzen konnte, zumal er selbst fast zwei Jahrzehnte auf eine Professur warten musste, weil er eine solche Anbiederung nicht vollzogen hatte.[634]

Wie Thun auf diesen Umschwung und Wildauers Hinwendung zu den Liberalen reagiert hat, ist nicht bekannt, jedenfalls ist nicht zu erwarten, dass Wildauer – eingeschränkt durch seine zahlreichen politischen Verpflichtungen – sein im Vorfeld seiner Berufung stets gelobtes ausgezeichnetes und inniges Verhältnis zu den Studierenden aufrechterhalten konnte. Auch wissenschaftlich trat er einzig mit einer Monographie zur *Psychologie des Willens bei Sokrates, Platon und Aristoteles*[635] und einem Aufsatz in den *Philosophischen Monatsheften* hervor.[636] Eine gewisse Prominenz erlangte Wildauer daher nicht auf wissenschaftlicher Ebene, sondern auf dem politischen Parkett. Schlagartig bekannt machte ihn sein Auftritt beim *Allgemei-*

630 Vgl. besonders Josef Fontana, Der Kulturkampf in Tirol, Bozen 1978, S. 258–262; Goller, Die Lehrkanzeln für Philosophie an der Philosophischen Fakultät der Universität Innsbruck, S. 42.

631 Jakob Frohschammer (Illkofen 1821–1893 Kreuth), Priester und Theologe, ab 1855 Prof. für Philosophie an der Universität München.

632 Frohschammer an Wildauer, München 19.03.1861, Nachlass Wildauer – Korrespondenz A–H, Tiroler Landesmuseum Ferdinandeum; Frohschammer an Wildauer, München 22.05.1861, Nachlass Wildauer – Korrespondenz A–H, Tiroler Landesmuseum Ferdinandeum.

633 Auch Goller hat besonders die gedruckten Briefe und Tagebücher benutzt.

634 Vgl. Pichler, Aus Tagebüchern, S. 27.

635 Tobias Wildauer, Psychologie des Willens bei Sokrates, Platon und Aristoteles, Innsbruck 1877/1879.

636 Tobias Wildauer, Beiträge zur Geschichte der Philosophie. Ob Plato ein Begehrungsvermögen angenommen habe, in: Philosophische Monatshefte 9 (1874), S 229–245. Vgl. zu wissenschaftlichen Leistungen Wildauers insgesamt bei Goller, Die Lehrkanzeln für Philosophie an der Philosophischen Fakultät der Universität Innsbruck, S. 44–49.

nen deutschen Schützenfest in Frankfurt 1862, als er in einer flammenden Rede die Bedeutung Österreichs für Deutschland hervorgehoben hatte. Es folgten mehrere Ehrenbürgerschaften und die Erhebung in den Ritterstand. Außerdem wurde Wildauer von Erzherzog Ferdinand Maximilian mit der Zusammenstellung eines Berichts über dessen Amtszeit als General-Gouverneur von Lombardo-Venetien betraut.[637]

5.13.2.4. Fazit

Je mehr Berufungen nun untersucht wurden, desto deutlicher lassen sich verbindende Kriterien in der Personalpolitik von Thun erkennen. Zunächst veranschaulicht die Berufung von Wildauer aber die Situation an der Innsbrucker Universität. Besonders die Briefe von Julius Ficker zeigen, wie sehr engagierte Professoren mit den Zuständen an der Universität unzufrieden waren. Besonders erwähnt werden muss der stockende Ausbau der Lehrkanzeln, was zum einen dazu führte, dass nur wenige Studenten in der philosophischen Fakultät studierten und zum anderen befeuerte diese Tatsache das Gerücht, die Innsbrucker Universität würde vor ihrer Auflassung stehen. Dieses Gerücht hing offenbar wie ein Damoklesschwert über der Universität und lähmte sowohl Studenten als auch Professoren. Um den Ausbau der Lehrkanzeln nicht noch weiter zu stoppen, opponierte Ficker besonders gegen eine interne Vertretung für den nach Wien versetzten Schenach.

Julius Ficker tritt nach der Berufung von Schenkl einmal mehr als einflussreicher Berater von Thun hervor. Fickers Engagement unterstreicht sein Interesse an einer gedeihlichen Zukunft der Innsbrucker Universität – ein Interesse, das er anderen Professoren abspricht – es handelt sich aber auch um ein persönliches Interesse, zumal er mehrfach Rufe an andere Universitäten abgelehnt hatte und nun offenbar das Beste aus seiner Situation machen wollte. Thun konnte er damit auch auf einer persönlichen Ebene ansprechen und den Minister in die Pflicht nehmen. Neben Ficker und Moy traten erstmals andere Berater in den Vordergrund: Hier ist Fürstbischof Gasser, der im konkreten Fall eine gewisse Rolle gespielt haben mag, aber sonst weniger in Erscheinung trat, zu nennen. Insbesondere ist aber Josef Fessler herauszustreichen, der seit 1852 als Professor in Wien wirkte und seither regelmäßig mit Thun verkehrte. Auf Grund des persönlichen Kontakts fehlen allerdings weitgehend schriftliche Zeugnisse. Indes gibt es im umfangreichen Nachlass von Fessler zahlreiche Briefe, in denen Fessler um Vermittlung bei Thun gebeten wird. Zudem hatte sich für Wildauer auch

637 Vgl. dazu Clemens Weber, Das Italienbild von Erzherzog Ferdinand Maximilian. Diplomarbeit, Wien 2008, S. 159–162.

Alois Flir eingesetzt, dessen Rolle als Ratgeber Thuns bereits durch seine Mitarbeit an der Schrift *Die Neugestaltung der österreichischen Universitäten* erwähnt wurde.[638] Es zeigt sich damit einmal mehr, dass sich zwar etliche Personen für die Anstellung von Wildauer ausgesprochen hatten, die Universität selbst, abgesehen von dem zurückgewiesenen Vorschlag und den beiden Gesuchen um Anstellung von Wildauer, aber neuerlich ziemlich passiv agierte. Gefördert wurde dies freilich dadurch, dass das Ministerium die ganze Sache an sich gezogen hatte.

Der Minister bzw. dessen Vorgehen bei der Wahl von Wildauer bestätigen die Ansicht, dass Thun das Fach der Philosophie wenig geschätzt hat. Dafür spricht einerseits, dass er die definitive Besetzung der Lehrkanzel derart lange hinausgeschoben hat, andererseits hat er mit Wildauer einen Kandidaten gewählt, bei dem vor allem dessen moralische Integrität im Vordergrund stand und weniger die wissenschaftliche Eignung. Wildauer besaß nicht einmal die eigentlich notwendige Habilitation und wurde dennoch auf den Lehrstuhl gehievt. Gerade das Fehlen von einwandfreien katholischen Philosophen, wie es beispielsweise Schenach war, machte in den Augen Thuns diese Notlösung notwendig. Dass sich allerdings gerade Wildauer nur bald nach seiner Ernennung zum Professor auf die liberale Seite geschlagen hat, obwohl dessen Integrität zuvor stets hervorgehoben worden war, ist freilich eine Ironie der Geschichte.

5.14. Die Schaffung des Lehrstuhls für deutsche Philologie und die Berufung von Ignaz Zingerle

5.14.1. Einleitung

Anlässlich des Hundertsten Todestages von Ignaz Zingerle erschien 1992 in der Reihe der *Mitteilungen aus dem Brenner-Archiv* ein Heft, das Zingerle gewidmet ist und in dem auch ausführlich Zingerles Berufung auf den Lehrstuhl für deutsche Philologie behandelt worden ist.[639] In seinem Beitrag sieht Michael Gebhardt die Ernennung von Zingerle auf den Lehrstuhl insbesondere vor dem Hintergrund der Rivalität zwischen Adolf Pichler und Ignaz

638 Vgl. etwa Lentze, Die Universitätsreform des Ministers Graf Leo Thun-Hohenstein, S. 198–202. Lentze geht allerdings davon aus, dass Flir nur wenig Inhaltliches zur Denkschrift beigetragen hat.

639 Michael Gebhardt, Ignaz Vinzenz Zingerle, Adolf Pichler und der Germanistische Lehrstuhl an der Universität Innsbruck, in: Mitteilungen aus dem Brenner-Archiv (1992), S. 28–38.

Zingerle.[640] Adolf Pichler, studierter Mediziner, war nämlich schon 1851 von der Fakultät als Kandidat für eine zu errichtende Lehrkanzel für deutsche Philologie vorgeschlagen, aber nicht berufen worden. Im Jahr 1859 wurde indes Ignaz Zingerle als Professor dieser Kanzel berufen. Die Errichtung der Lehrkanzel war seit der nicht erfolgten Berufung von Pichler 1851 auf Eis gelegt und nur gelegentlich wieder angestoßen worden. Gebhardt fragt in seinem Beitrag daher zu Recht, warum Pichler nicht, Zingerle aber schon berufen worden war. Ohne sich eine eindeutige Antwort zu erlauben, lässt Gebhardt erkennen, dass Pichler wegen seiner liberalen politischen und religiösen Einstellung nicht gewählt worden war und umgekehrt, Zingerle eben wegen seiner einwandfreien religiösen Haltung und seines wissenschaftlichen Ansehens die Kanzel verliehen wurde. Allerdings muss hinzugefügt werden, dass beide nicht direkte Konkurrenten um den Posten gewesen waren, denn 1851 war nur Pichler im Gespräch und 1858/59 nur Zingerle.[641] Die Perspektive von Gebhardt deckt sich somit zu einem Großteil mit der Frage nach den Kriterien der Personalpolitik Thuns und seine Ergebnisse sollen daher im Auge behalten und als vorläufige Bilanz festgehalten werden. Im Folgenden wird die Berufung Zingerles jedoch anhand bisher nicht beachteter Quellen neu aufgeworfen und akzentuiert.

5.14.2. Vorgeschichte – der gescheiterte Versuch 1851

Im Frühjahr 1851 wurde die philosophische Fakultät aufgefordert ein „Individuum“ zu benennen, das auf die neu zu errichtende Lehrkanzel für deutsche Sprache und Literatur berufen werden könnte.[642]

Schon kurz vor Weihnachten 1850 hatte sich Staatssekretär Helfert an die Universität gewandt und angedeutet, dass man im Ministerium gedenke, in Innsbruck eine Lehrkanzel für deutsche Sprache und Literatur einzurichten. Helfert betonte dabei, dass dies auch als Zeichen der Förderung der Innsbrucker Universität anzusehen sei:

> Es ist mein lebhaftester Wunsch, die philosophische Fakultät zu Innsbruck mit Lehrkräften genügend auszustatten, um sie in den Stand zu setzen ihre

640 Ähnlich im Übrigen 2009 beim 150-jährigen Jubiläum der Gründung des Instituts für Germanistik. Siehe Scheichl, 150 Jahre Germanistik in Innsbruck.

641 Der Beitrag von Gebhardt erweckt diesen Eindruck nicht, wenngleich er – was mir legitim erscheint – Pichler und Zingerle einander gegenüberstellt.

642 Böhm an das MCU, Innsbruck 08.06.1851, Statthalterei Studien 5303 ad 198/1851, Tiroler Landesarchiv.

> wichtige Stellung gegenüber den übrigen Fakultäten und den Forderungen der Wissenschaften würdig zu behaupten und durch ihre innere Trefflichkeit die Ungunst mancher äußerer Verhältnisse zu überwinden.[643]

Helfert war zugleich mit einem möglichen Kandidaten zur Hand, einem „Landeseingeborenen" wie er schrieb, dessen Eignung die Universität prüfen und anschließend an das Ministerium mitteilen sollte. Dieser Kandidat war ein gewisser Konrad Halder, der in den 1840er-Jahren die Söhne des bayerischen Königs in München unterrichtet hatte, seit 1848 aber ohne feste Anstellung war.[644]

Das Rektorat hatte daraufhin aber offenbar nichts unternommen. Im folgenden Frühjahr trat das Ministerium daher neuerlich an die Universität heran und forderte die philosophische Fakultät auf, einen Kandidaten für den Lehrstuhl der deutschen Sprache und Literatur zu benennen. Erst zu diesem Zeitpunkt, ein halbes Jahr nach dem Auftrag Helferts, hatte sich Dekan Böhm über Konrad Halder bei Friedrich Thiersch[645] und dem in München weilenden Kollegen Phillips erkundigt.[646] Die Fakultät wartete allerdings die möglichen Antworten der Herren gar nicht erst ab, sondern glaubte nach internen Beratungen, das Ministerium auf den Gymnasiallehrer und vormaligen Supplenten an der Universität Adolf Pichler aufmerksam machen zu dürfen: Pichler, so Böhm im Namen der Fakultät, habe durch seine Supplierung am Innsbrucker Gymnasium sowohl sein Talent als auch seine Kenntnisse unter Beweis gestellt. Außerdem habe er mehrere wissenschaftliche Arbeiten veröffentlicht, von denen besonders jene über das Drama im Mittelalter in Tirol[647], das auch in die Veröffentlichungen der kaiserlichen Akademie aufgenommen worden war, besonders hervorzuheben sei. Dem Kollegium war allerdings offenbar bewusst, dass der Kandidat Pichler nicht unumstritten war, denn jener war während der Revolution

---

643 10991/78. Helfert an das Professorenkollegium der philosophischen Fakultät, Wien 21.12.1850, Akten der Philosophischen Fakultät, PH 16, 48 ex 1850/51, Universitätsarchiv Innsbruck.

644 Konrad Halder (Langen 1813–1872), Sprachforscher und Pädagoge, ab 1858 Schulrat in Ungarn, ab 1862 in Tirol. Laut einem Brief von Matthias Koch an Feil war Halder ein Bekannter und Anhänger von Ludwig Steub, was ihn wohl weniger als Professor für Innsbruck empfohlen hatte. Vgl. Koch an Feil, Frankfurt 17.03.1856, 129.658, Wienbibliothek, Handschriftenabteilung.

645 Friedrich Wilhelm Thiersch (Kirchscheidungen 1784–1860 München), ab 1809 Prof. am Wilhelmsgymnasium München, 1812 Gründung des Philologischen Instituts der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, ab 1826 Prof. an der Universität München.

646 Böhm an Thiersch, Spengel und Phillips (Konzept), Innsbruck 07.06.1851, Akten der Philosophischen Fakultät, 16, ad 48 ex 1850/51, Universitätsarchiv Innsbruck.

647 Adolf Pichler, Ueber das Drama des Mittelalters in Tirol, Innsbruck 1850.

von 1848 in Wien führend unter den Studenten hervorgetreten.[648] Während des Schleswig-Holsteinischen Kriegs machte er von sich reden, als er auf eigene Faust nach Norddeutschland gereist war, um sich, wie man glaubte, am Krieg zu beteiligen. Seine deutschnationale Gesinnung war allgemein bekannt. Daher versuchten die Professoren etwaige Bedenken gegen Pichler von vornherein zu zerstreuen, indem das Kollegium versicherte, dass man sich zwar des zweifelhaften öffentlichen Rufes Pichlers bewusst sei, der persönliche Umgang mit ihm seither aber gezeigt habe, dass dieser vollkommen harmlos sei. Das Professorenkollegium versicherte, „daß seine [Pichlers, C.A.] Gesinnung zwar vorwiegend deutsch, aber lauter und gemäßigt ist, und daß sein Einfluß, den er auf junge Leute ausüben dürfte, fort und fort ein günstiger“[649] werden dürfte.

Nachdem die Fakultät ihren Vorschlag nach Wien gesandt hatte, geschah allerdings nichts. Weder wurde die Fakultät informiert, ob nun eine Lehrkanzel eingerichtet werden würde oder nicht, noch äußerte man sich zum Vorschlag – zumindest lässt sich in den Akten nichts nachweisen. Auch für Innsbruck lässt sich weiter keine Reaktion mehr feststellen. Die Fakultät plagten damals allerdings andere Sorgen, vor allem versuchte man beim Ministerium zu erreichen, dass die bereits bestehenden Lehrkanzeln versorgt würden. Man denke an die lange sich hinziehenden Querelen um die Wiederbesetzung des Lehrstuhls für Geschichte.[650] Außerdem besorgte Joseph Nowotny zu der Zeit Vorlesungen über deutsche Sprache für italienische Studenten, sodass zwar nicht für eine wissenschaftliche Behandlung der deutschen Sprache und Literatur gesorgt, das Fach aber zumindest einigermaßen vertreten war.[651]

Gleichzeitig ist auch anzunehmen, dass das Votum für Pichler im Ministerium auf wenig Gegenliebe gestoßen war, denn im Jahr zuvor hatte Thun

---

648 Pichler hatte damals auch eine Kompanie von Tiroler Studenten aus Wien angeführt. Diese zog gemeinsam mit den Tiroler Schützen und der Studentenkompanie aus Innsbruck an die Südgrenzen des Landes, um Tirol vor einem Übergreifen der Aufstände in Norditalien zu schützen. Vgl. dazu auch die Bitte der Studenten an den Kaiser, Wien o.D. [05.04.1848], MCU. Präs. 25 ex 1848, AVA und Pichlers Selbstzeugnisse aus den Jahren: Adolf Pichler, Das Sturmjahr. Erinnerungen aus den März- und Oktobertagen 1848, Innsbruck 1850.

649 Böhm an das MCU, Innsbruck 08.06.1851, Statthalterei Studien 5303 ad 198/1851, Tiroler Landesarchiv.

650 Vgl. auch Hauptbericht über den Zustand der philosophischen Fakultät im Studienjahr 1850/51, Innsbruck 23.12.1851, Akten der Philosophischen Fakultät 16, 72/PH ex 1851/52, Universitätsarchiv Innsbruck, wo die Einrichtung des Lehrstuhls für deutsche Sprache nicht erwähnt wird.

651 Vgl. dazu Kapitel 3.4.1. Siehe auch Bericht über das Studienjahr 1848/49 (Konzept), Innsbruck 11.11.1849, Akten der Philosophischen Fakultät 16, 22/PH ex 1849/50, Universitätsarchiv Innsbruck.

noch die Entfernung von Adolf Pichler aus dem Lehramt gefordert, was bisher in der Literatur nur am Rande erwähnt worden ist.[652] Sehen wir uns daher diese Episode etwas genauer an. Am 21. November 1850 hatte Thun den Statthalter in Innsbruck Cajetan Bissingen telegrafisch um eine Auskunft über Adolf Pichler, im Besonderen über dessen Einfluss auf die Jugend, gebeten.[653] Am 3. Dezember wiederholte er diese Bitte auf brieflichem Weg.[654] Am 15. Dezember forderte Thun Bissingen schließlich auf, Pichler so schnell es die Umstände zuließen aus dem Lehramt zu entfernen. Diese Entlassung Pichlers kam für Bissingen überraschend, denn noch am 7. Dezember hatte er mittels Brief versucht, Thuns Bedenken zu zerstreuen.[655] Bissingen hatte darin zwar bestätigt, dass Pichler sich in den Wiener Märztagen führend hervorgetan hatte, aber der Statthalter tat das als Schwärmerei eines jungen Mannes ab. Seither habe Pichler aber eine „weit ruhigere, conservativere Haltung angenommen“[656], teilte Bissingen mit. Der Statthalter schilderte anschließend eindrücklich, was er über Pichler in Erfahrung bringen konnte. So wie im Übrigen der ganze Text eine eindrucksvolle Bestätigung ist, wie sehr die Überwachungsmethoden des Vormärzes auch noch in diesen Jahren praktiziert wurden, wenn nicht nur Pichlers Einfluss auf die Jugend beschrieben wird, sondern auch dessen Äußeres und seine privaten Verhältnisse referiert werden:

> Als Dozent wird er nur gelobt: er habe Eifer für sein Fach, und scheint auch wirklich mit anderen Gegenständen nicht viel sich zu befassen, so wie auch sein äußeres Erscheinen darauf hindeutet, daß er mehr für sich und seine Studien lebt. [...] In sittlicher Beziehung ist mir nie eine Klage über Pichler zugekommen, ebenso nicht in religiöser. Ich werde mich aber nicht täuschen, wenn ich in ihm gerade keinen Eiferer für die katholische Sache zu erkennen glaube. Wenigstens erstrecken sich – meiner Erfahrung gemäß – liberale politische Grundsätze auch gewöhnlich auf das religiöse Feld. Von einem besonderen Einfluß Pichlers auf die Jugend konnte ich durchaus nichts erfahren. Die Naturwissenschaften, die er am Obergymnasium lehrt, geben auch nicht leicht Anlaß, politische Grundsätze in den Vortrag einzuweben. Auch lebt er

652 Nur Bundsmann, Die Landeschefs von Tirol und Vorarlberg in der Zeit von 1815–1913, S. 35.

653 421/1444. Thun an Bissingen (Telegramm), Wien 21.11.1850, Gubernium, Geheime Präsidiale, Serie II, Sign. XXVII1, Fasz. III, Tiroler Landesarchiv.

654 558/M.U. Thun an Bissingen, Wien 03.12.1850, Gubernium, Geheime Präsidiale, Serie II, Sign. XXVII1, Fasz. III., Tiroler Landesarchiv.

655 157/Geh. Präs. Bissingen an Thun (Konzept), Innsbruck 07.12.1850, Gubernium, Geheime Präsidiale, Serie II, Sign. XXVII1, Fasz. III., Tiroler Landesarchiv.

656 Ebenda.

> ziemlich zurückgezogen, sey wenig in Gesellschaft, und gehe in freien Tagen öfter nach Hall – 1 1/2 Stunden von hier – wo er ein Verhältnis haben soll.[657]

Alles in allem musste Bissingen aber feststellen, dass er Pichler zwar nicht die Erziehung seiner eigenen Söhne anvertrauen würde, dieser aber insgesamt keinen schlechten Einfluss auf die Studierenden und Schüler habe.[658]

Thun hatte sich durch dieses eigentlich positive Zeugnis jedoch nicht beeindrucken lassen und hatte trotzdem die Entfernung von Pichler verlangt. Daher schrieb Bissingen noch einmal an Thun und bat den Minister, seine Entscheidung zu überdenken und gegebenenfalls zu revidieren.[659] Um Thun zu einem Umdenken zu bewegen, ergriff der Statthalter in diesem zweiten Schreiben klar Partei für Pichler. Bissingen berichtet in dem Brief, dass er nach dem Schreiben von Thun persönlich mit Pichler gesprochen habe, und dass er nun noch mehr von dessen Unbedenklichkeit überzeugt sei. Auch im Hinblick auf Pichlers Erinnerungen an das Jahr 1848[660], die im Jahr 1850 im Druck erschienen waren und die im Ministerium wohl erst den Entschluss reifen ließen, Pichler zu entlassen, äußerte sich Bissingen in dem Brief. Gerade dieses Buch, so Bissingen, zeige, da es – wie Pichler ihm selbst berichtet hatte – aus Tagebuchaufzeichnungen zusammengestellt worden war, die innerliche Abkehr Pichlers von der Revolution, indem er dort seinen „zum Ekel sich steigernde[n] Unwillen über die traurigen Verirrungen des menschlichen Geistes und Herzens wie sie sich in den Oktobertagen offenbarten" bekannte. Bissingen schätzte auch Pichlers Offenheit, wenn er schrieb: „sehr viele seines Alters haben damals gedacht und gefühlt wie er, nicht alle aber waren so ehrlich es auch nach der Hand offen zu bekennen."[661] Um danach zu fragen, ob man ihn deshalb bestrafen solle, wo er doch „indirect eingesteht, sich geirrt zu haben?"[662] Neben diesen Argumenten, die direkt auf die Person Pichlers zielten, fügte Bissingen am Ende schließlich noch an, dass bei dem Mangel an Lehrern Pichler der Einzige sei, der das Fach Naturgeschichte lehren könne. Dabei stützte er sich auf das Urteil des Schulrates

657 Ebenda.

658 In diesem Zusammenhang kann auch ein Brief von Paul an Gottfried Giovanelli, 27.01.1849 erwähnt werden: „Pichler lebt ganz seine Naturgeschichte, mitten unter den Mineralien ist ihm die ganze Welt nur Wurst." Wiedergegeben in Giovanellische Familiengeschichte, Microfilm 1231, Tiroler Landesarchiv, S. 8296.

659 175/Geh. Präs. Bissingen an Thun, Innsbruck 26.12.1850, Gubernium, Geheime Präsidiale, Serie II, Sign. XXVII1, Fasz. III., Tiroler Landesarchiv.

660 Pichler, Das Sturmjahr.

661 175/Geh. Präs. Bissingen an Thun, Innsbruck 26.12.1850, Gubernium, Geheime Präsidiale, Serie II, Sign. XXVII1, Fasz. III., Tiroler Landesarchiv.

662 Ebenda.

Johann Mayr[663], der Bissingen ebenfalls versichert hatte, dass Pichlers Umgang mit der Jugend bisher keinerlei Anlass zur Besorgnis gegeben hatte und dass weder kurz- noch mittelfristig ein geeigneter Ersatzmann für Pichler gefunden werden könne, da die Naturwissenschaften bisher vernachlässigt worden waren.[664]

Die doppelte Versicherung von Pichlers Unbedenklichkeit und der Lehrermangel konnten Thun letzten Endes umstimmen und Pichler wurde nicht entlassen. Allerdings scheint es wenig wahrscheinlich, dass bei Thun sämtliche Zweifel zerstreut worden waren und wohl eher der Mangel an Lehrern dazu geführt hatte, dass Pichler auf seinem Posten bleiben konnte. Das Fach Naturgeschichte bot (zumindest zu diesem Zeitpunkt) außerdem wenig Gelegenheit für die Behandlung von weltanschaulichen Fragen. Beide Gründe dürften umgekehrt aber auch dazu geführt haben, dass der Vorschlag, ihm die Lehrkanzel für deutsche Sprache zu verleihen, nicht angenommen worden war. Denn eine Ernennung auf den Lehrstuhl hätte im Grunde zum selben Problem geführt, keinen Ersatz für ihn am Gymnasium zu haben. Und die ausreichende Versorgung der Gymnasien mit Lehrern hatte sicherlich Priorität, zumal an der philosophischen Fakultät nur wenige Studenten studierten, wohingegen die Gymnasien sich über zu geringe Schülerzahlen nicht beschweren konnten.

Letztlich ist jedoch nicht klar, warum die Kanzel nicht errichtet wurde. Als Erklärungen dafür erscheint jedoch eine Reihe von Gründen als plausibel: Der Vorschlag der Universität stieß nicht auf Zustimmung im Ministerium und andere Kandidaten waren offenbar schwer zu finden, zudem war der Bedarf nach einer solchen Kanzel nicht so groß. Dass für Thuns Ansprüche geeignete Kandidaten schwer zu finden waren, zeigt auch der alleruntertänigste Vortrag Thuns für die Ernennung von Oskar Redwitz auf den Lehrstuhl für deutsche Sprache und Literatur an der Wiener Universität. In dem Vortrag hob er nämlich eigens hervor, wie schwer es sei, Professoren für diese Disziplin zu finden, und gerade die Wichtigkeit des Faches nötige zu großer Vorsicht, denn, so schreibt Thun:

---

663 Johann Nepomuk Mayr (Brixen 1792–1853 Feldkirch), Priester, ab 1815 Prof. humanitates am Gymnasium in Innsbruck, ab 1841 Gymnasialpräfekt in Feldkirch, 1848 Gymnasialpräfekt in Innsbruck, 1849–1851 Schulrat in Innsbruck. Siehe Hans Hintermaier, Fallmerayers Briefe an Anselm Prugger von Pruggheim und Valentin Forer, in: Festschrift zur Ehren Hofrat Prof. Dr. Otto Stolz (=Veröffentlichungen des Museum Ferdinandeum 31), Innsbruck 1951, S. 279–288, hier S. 287.

664 Nr. 175/Geh. Präs. Bissingen an Thun (Konzept), Innsbruck 20.12.1850, Gubernium, Geheime Präsidiale, Serie II, Sign. XXVII1, Fasz. III, Tiroler Landesarchiv.

> es läßt sich nicht in Abrede stellen, daß der Lehrer dieser Wissenschaften es vorzugsweise in seiner Macht hat, auf die Heranbildung jugendlicher Charaktere einen tiefen, nachhaltigen Einfluß zu nehmen. Wohlthätig oder verderblich, je nachdem er seiner Auffassung der genannten Literatur eine tiefe sittliche und religiöse Ansicht zu Grunde legt oder mit einen den anderen Wissenschaften nur zu häufig anklebenden Indifferentismus jene Richtung fördert, welche der religiösen Überzeugung jeden Einfluß auf die Beurtheilung der Kulturzustände entzieht und daher den schwankenden Zeitereignissen unbegränzten Spielraum gewährt.[665]

Diesen Ansprüchen konnte Pichler wahrscheinlich nicht genügen, denn der Vorwurf der Liberalität in religiösen Dingen haftete ihm ja trotz aller Beruhigungen von Seiten Bissingens noch immer an. Auch Adolf Pichler selbst glaubte, dass er ebengerade wegen seiner liberalen Gesinnung nicht berufen wurde und schrieb seine „Nichtanstellung als Professor nur klerikalen Einflüssen zu“[666] wie er noch 1861 dem Publizisten Karl Thaler schrieb. Umgekehrt glaubte er, dass Zingerle 1859 gerade wegen ‚klerikaler Einflüsse‘ auf den Lehrstuhl gesetzt wurde.[667]

5.14.3. Der zweite Anlauf zur Schaffung einer Lehrkanzel

Wie schon eingangs erwähnt, wurde die Absicht, eine germanistische Lehrkanzel in Innsbruck zu errichten, nach dem gescheiterten Versuch vorerst nicht weiter verfolgt. Wir haben zwar gelegentliche Nachrichten[668] über Versuche zur Einrichtung eines Lehrstuhls, konkrete Pläne hierzu lassen sich indes nicht feststellen.[669]

Erst im Herbst 1857 ergriff man im Unterrichtsministerium neuerlich die Initiative. Im November unterbreitete man nämlich dem Finanzministerium den Plan, in Innsbruck eine Kanzel für deutsche Sprache und Literatur zu schaffen und den Gymnasiallehrer Ignaz Vinzenz Zingerle[670] darauf zu beru-

---

665 Majestätsvortrag (Konzept), Wien 11.01.1852, MCU Präs., 18 ex 1852, Österreichisches Staatsarchiv, Allgemeines Verwaltungsarchiv.

666 Pichler an Thaler, Innsbruck 21.03.1861, 90344, Wienbibliothek, Handschriftenabteilung.

667 Vgl. bei Pichler, Aus Tagebüchern, S. 29. Auch bei Gebhardt, Ignaz Vinzenz Zingerle, Adolf Pichler und der Germanistische Lehrstuhl an der Universität Innsbruck, S. 34.

668 Vgl. etwa den Brief Zingerle an Holland, Innsbruck 12.07.1856, Nachlass Zingerle, Kassette 1, Forschungsinstitut Brenner-Archiv.

669 In den Akten des Unterrichtsministeriums findet sich in dem Akt zur Lehrkanzel der deutschen Sprache kein Zeugnis von einem derartigen Versuch.

670 Ignaz Vinzenz Zingerle (Meran 1825–1892 Innsbruck), 1848–1858 Lehrer am akademi-

fen, und bat um die Zustimmung des Ministeriums.[671] Der Finanzminister gab schon wenige Tage später dem Wunsch Thuns statt und machte damit den Weg für einen Antrag an den Kaiser frei.[672] Daraufhin verfasste man im Unterrichtsministerium noch im Dezember ein Konzept für einen alleruntertänigsten Vortrag, den Thun allerdings erst im Mai des folgenden Jahres dem Kaiser unterbreitete.[673] In dem Antrag betonte Thun die Notwendigkeit eines Lehrstuhls für deutsche Sprache, da Innsbruck die einzige Universität des Reiches sei, an der keine derartige Kanzel bestand. Der Minister rechtfertigte den Antrag auch damit, dass die Errichtung einer solchen Lehrkanzel geradezu die notwendige Folge einer früheren Entscheidung des Kaisers sei. Denn der Kaiser hatte in seiner allerhöchsten Entschließung vom 17. April 1856 festgeschrieben, dass die Prüfung der Gymnasiallehrer auch „die grammatisch genaue Kenntnis des Mittelhochdeutschen, und namentlich die Fähigkeit, mittelalterliche Dichtungen, wie das Nibelungenlied, Gudrun und so weiter, in der Ursprache mit gründlichem Verständnisse zu lesen, zu umfassen“[674] habe. Thun wandte nun aber ein, dass man dies nur verlangen könne, wenn die Kandidaten Unterricht darin erhalten hätten. Als einen weiteren Grund nannte Thun den positiven Effekt auf die südtirolischen (also italienischsprachigen) Studenten, die in großer Zahl an der Innsbrucker Universität studierten. An Zingerle selbst lobte Thun vor allem dessen umfassende Kenntnisse im Fach und sein bisheriges erfolgreiches Wirken am Innsbrucker Gymnasium und als interimistischer Bibliotheksvorstand.

Der Kaiser ließ sich von Thuns Argumenten indes nicht überzeugen und stellte den Antrag vorerst zurück, da er zunächst wissen wollte, ob ein Bedarf für eine solche Kanzel vorhanden sei.[675] Schon der Finanzminister hatte im Dezember bei seiner Zustimmung zu Thuns Vorhaben denselben Einwand erhoben, sodass es als möglich erscheint, dass der Kaiser auch auf Anraten seines Finanzministers den Antrag zunächst zurückstellen ließ.

---

schen Gymnasium in Innsbruck, 1858 Leiter der Universitätsbibliothek Innsbruck, 1859–1890 Prof. für deutsche Sprache und Literatur an der Universität Innsbruck.

671 Thun an Finanzministerium, Wien 17.11.1857, MCU Allg., Sig. 5, Fasz. 1023 (Karton 1083), Österreichisches Staatsarchiv, Allgemeines Verwaltungsarchiv.

672 Bruck an Thun, Wien 27.11.1857, MCU Allg., Sig. 5, Fasz. 1023 (Karton 1083), Österreichisches Staatsarchiv, Allgemeines Verwaltungsarchiv.

673 Majestätsvortrag, 25.05.1858, MCU Allg., Sig. 5, Fasz. 1018, Österreichisches Staatsarchiv, Allgemeines Verwaltungsarchiv.

674 Ebenda.

675 Ebenda. Die Ablehnung erfolgte am 8. August 1858. Im Übrigen ist dies auch einer der wenigen mir bekannten Majestätsvorträge in Personalfragen, die der Kaiser nicht (sofort) bewilligt hatte.

Die konkrete Initiative zur Errichtung des Lehrstuhls – abgesehen von den mehrfach vorgetragenen allgemeinen Wünschen zum Ausbau der Universität – ging also auch in diesem Fall vom Ministerium selbst aus, die Universität scheint weder einbezogen worden zu sein, noch von dem Vorstoß von Thun Kenntnis besessen zu haben. Denn noch am 1. Jänner 1859 schlug Julius Ficker als amtierender Rektor in einem Antrag an die Statthalterei vor, Zingerle zum definitiven Leiter der Bibliothek zu ernennen.[676] Es erscheint wenig plausibel, dass Ficker die Ernennung von Zingerle zum Bibliothekar vorgeschlagen hätte, hätte er vom Ansinnen Thuns gewusst, einen neuen Lehrstuhl einrichten zu wollen und eben Zingerle auf diesen zu befördern. Dies ist umso wahrscheinlich, weil gerade Ficker in diesen Jahren einer der vehementesten Verfechter des Ausbaus der Universität gewesen war.

Zingerle war seit September 1857 provisorischer Leiter der Universitätsbibliothek gewesen[677] und wurde damals in den höchsten Tönen als vielseitig gebildet und intensiv wissenschaftlich tätig gepriesen.[678] Zingerle musste Thun allerdings bereits seit dem Jahr 1853 bekannt sein, denn damals hatte Ernst von Moy sich nämlich in einem Brief an Thun erfreut über die Pläne des Ministers für Zingerle geäußert, „zumal", wie Moy schreibt, „ich dem wackeren, aber allzugemütlichen und phantasiereichen jungen Manne nichts Besseres wünschen kann, als dass er aus der Nähe des Herrn Adolph Pichler wegkomme."[679] Dies könnte freilich ein Hinweis darauf sein, dass die Errichtung einer Lehrkanzel für deutsche Sprache zwischenzeitlich dennoch im Gespräch war, allein es gibt sonst keine weiteren Hinweise darauf, zudem ist es durchaus möglich, dass Zingerle auch für eine andere Universität in Betracht gezogen worden war – und damit dem Umfeld von Pichler entzogen worden wäre.

Zingerle war zu diesem Zeitpunkt, im Jahr 1853, wie Pichler Lehrer am akademischen Gymnasium in Innsbruck und hatte sich durch seine Sagen- und Märchensammlung aus Tirol[680] in der jungen germanistischen Forschung breite Anerkennung verschafft, wie sein Briefverkehr mit den

676 Ficker an Statthalterei, Innsbruck 01.01.1859, Statthalterei Studien 660/1859 (einsortiert unter 4726/1858), Tiroler Landesarchiv.

677 15716/899. Helfert an Karl Ludwig, Wien 22.09.1857, Statthalterei, Präsidium, 2718 ad 1129/1857, Tiroler Landesarchiv.

678 Vgl. Siebinger an Präsidium, Innsbruck 10.06.1857, Statthalterei, Präsidium 1624 ad 1129/1857, Tiroler Landesarchiv.

679 Moy an Thun, Innsbruck 21.07.1853, Nachlass Leo Thun-Hohenstein, A3 XXI D219, Staatliches Gebietsarchiv Leitmeritz, Zweigstelle Tetschen-Bodenbach.

680 Ignaz Vinzenz Zingerle, Sagen aus Tirol, Innsbruck 1850.

Brüdern Grimm[681] und Karl Simrock[682] bezeugen.[683] Zingerle hatte zuvor das Gymnasium in Meran besucht, das von den Benediktinern aus Marienberg geführt wurde. Durch seinen Lehrer und Onkel Pius Zingerle[684] wurde schon in frühen Jahren sein Interesse für die Tiroler Sagenwelt geweckt. Die philosophischen Kurse besuchte Zingerle in Trient und Innsbruck. Dort schloss er sich auch dem *Aurora-Bund* an. Ab 1844 studierte er Theologie in Brixen, wo unter anderem die bereits bekannten Vinzenz Gasser und Josef Fessler als Professoren wirkten. Ein Jahr später, 1845, trat er sogar in den Benediktinerorden ein, verließ das Kloster allerdings nach einem knappen Jahr wieder. Als Grund für seinen Eintritt ins Kloster wird vor allem seine tiefe Religiosität angeführt, allerdings offenbart dieser Entschluss auch das Schicksal zahlreicher begabter junger Männer in der Ära des Vormärzes, für die der Weg über die Theologie oder der Eintritt in ein Kloster oft die beste Aussicht bot, zumindest als Lehrer an einer geistlichen Schule ein Auskommen zu finden.[685] Im Revolutionsjahr übernahm er schließlich die Lehrerstelle am neu gestalteten Innsbrucker Gymnasium. Neben seiner Tätigkeit als Lehrer betrieb er eigene literaturhistorische Forschungen, besonders zu den Tiroler Sagen und Märchen, und seit 1850 gab er gemeinsam mit Tobias Wildauer die Tiroler Literaturzeitschrift *Phönix* heraus.[686] Besonders seine rege sammlerische Tätigkeit und seine Veröffentlichungen brachten ihn in Kontakt mit den Koryphäen der noch jungen Disziplin Germanistik.[687] Dieses breite Netzwerk an Kontakten im gesamten deutschen Sprachraum war auch ein zentraler Grund, warum Zingerle 1859 auf den neuen Innsbrucker Lehrstuhl berufen worden ist.[688]

---

681 Jacob Grimm (Hanau 1785–1863 Berlin), Wilhelm Grimm (Hanau 1786–1859 Berlin), Sprachforscher.

682 Karl Joseph Simrock (Bonn 1802–1876 Bonn), zunächst als Schriftsteller und Übersetzer tätig, ab 1850 Prof. für deutsche Sprache und Literatur an der Universität Bonn.

683 Vgl. dazu auch Helga Rogenhofer-Suitner, Ignaz Vinzenz Zingerle 1825–1892. Ein Lebensbild. Gedenkschrift zum 100. Todesjahr, Meran 1992, S. 22–23. Der Brief von Wilhelm Grimm ist dort abgedruckt.

684 Pius Zingerle OSB (Meran 1801–1881 Marienberg), 1818 Eintritt ins Benediktinerstift Marienberg, ab 1827 Lehrer am Benediktinergymnasium in Meran, 1851–1862 dessen Direktor, 1862–1866 Prof. der orientalischen Sprachen an der Sapienza in Rom.

685 Vgl. dazu bei Adolf Pichler, Zur tirolischen Literatur, München 1908, S. 255.

686 Siehe dazu Leopold Wagner, Ignaz Vinzenz Zingerle. Inauguraldissertation, Innsbruck 1962, S. 204–244.

687 Vgl. zur Biografie von Zingerle vor allem Wagner, Ignaz Vinzenz Zingerle, S. 1–18; Wagner bespricht auch die meisten Werke Zingerles ausführlich. Vgl. auch Rogenhofer-Suitner, Ignaz Vinzenz Zingerle 1825–1892. Die Arbeit ist besonders auf Grund ihrer reichen Bebilderung hervorzuheben.

688 Majestätsvortrag, 25.05.1858, MCU Allg., Sig. 5, Fasz. 1018, Österreichisches Staatsarchiv, Allgemeines Verwaltungsarchiv. Vgl. auch die Einschätzung von Gebhardt, Ignaz Vinzenz

Michael Gebhardt arbeitete für seinen Beitrag insbesondere mit dem Briefwechsel zwischen Hyacinth Holland[689] und Zingerle, darin tauschten sich die beiden regelmäßig über Personalfragen aus. Zingerle wollte 1855/56 offenbar auch Holland eine Stelle in Österreich verschaffen und hatte hierzu seinen Freund Vinzenz von Erhart, Ministerialrat im MCU, kontaktiert.[690] Während Holland aber keine Stelle in Österreich erhielt[691], durfte Zingerle selbst sich jedoch schon bald über eine Beförderung freuen. Und es darf als wahrscheinlich gelten, dass Erhart neben den ansonsten günstigen Zeugnissen für Zingerle empfehlend gewirkt hatte, wie auch Gebhardt glaubt.[692]

Wie erwähnt, hatte Zingerle schon im Sommer 1856 an Holland geschrieben, dass die Universität Innsbruck Schritte unternehme, in Wien eine Lehrkanzel für deutsche Sprache zu erwirken. Damals dachte Zingerle jedoch in erste Linie an den Münchener Kollegen. Denn er selbst hatte gerade erst den Doktorgrad erlangt: ein Ehrendoktorat der Universität Tübingen, das ihm wie er selber bemerkte, Karl Simrock für sein Werk über die Oswaldlegende[693] verschafft hatte.[694] Im Herbst des Jahres 1856 wollte Zingerle den Titel in Innsbruck nostrifizieren lassen, allerdings glaubte sich die Universität in dem Fall nicht zuständig, da niemand im Kollegium sich als berechtigt und kompetent erachtete, darüber entscheiden zu können.[695] Im Frühjahr des folgenden Jahres beschwerte sich Zingerle daher auch bei seinem Freund Holland bitter über die Innsbrucker Professoren und unterstellte ihnen Neid auf seinen Ehrentitel. Gleichzeitig teilte er dem Freund mit, dass er gedenke, sich in Innsbruck zu habilitieren und sich dort als Privatdozent zu versuchen.[696]

Zingerle, Adolf Pichler und der Germanistische Lehrstuhl an der Universität Innsbruck, S. 34–35.

689 Hyacinth Holland (München 1826–1918 München), Literaturhistoriker und Publizist.

690 Vgl. Gebhardt, Ignaz Vinzenz Zingerle, Adolf Pichler und der Germanistische Lehrstuhl an der Universität Innsbruck, S. 36. Dort einige Zitate aus den Briefen zwischen Holland und Zingerle.

691 Holland hatte sich im Juni 1856 mit der Bitte um eine Anstellung an Thun gewandt. Dieser hatte ihm im November desselben Jahres allerdings beschieden, ihm keine Stelle anbieten zu können. Vgl. Thun an Holland, Wien 29.11.1856, Hollandiana 1A, Bayerische Staatsbibliothek.

692 Gebhardt, Ignaz Vinzenz Zingerle, Adolf Pichler und der Germanistische Lehrstuhl an der Universität Innsbruck, S. 36–38.

693 Ignaz Vinzenz Zingerle, Die Oswaldlegende und ihre Beziehung zur deutschen Mythologie, München 1856.

694 Siehe bei Gebhardt, Ignaz Vinzenz Zingerle, Adolf Pichler und der Germanistische Lehrstuhl an der Universität Innsbruck, S. 35.

695 Senat an Statthalterei, Innsbruck o.D., Akten des Rektorats 20, 480/R ex 1855/56, Universitätsarchiv Innsbruck.

696 Vgl. bei Gebhardt, Ignaz Vinzenz Zingerle, Adolf Pichler und der Germanistische Lehrstuhl an der Universität Innsbruck, S. 35.

Ein anderer Fall wirft aber ein ähnliches Licht auf die Entscheidung der Professoren und liefert gleichzeitig weitere Indizien für die Deutung von Zingerles Ansuchen. Es ist dies das Gesuch Karl Thalers, sich an der Universität Innsbruck habilitieren zu dürfen. Thaler hatte im Herbst 1858 bei der Innsbrucker Universität um die Nostrifizierung seines Doktordiploms aus Heidelberg gebeten und gleichzeitig ein Gesuch eingereicht, sich an der Innsbrucker Universität zu habilitieren. Dabei war er allerdings auf ähnliche Schwierigkeiten gestoßen wie Zingerle im Jahr zuvor. Das Professorenkollegium hatte immerhin noch ein polizeiliches Führungszeugnis über Thaler angefordert. Die Behörde hatte diesem zwar einen einwandfreien Leumund bescheinigte, allerdings auch „eine gewisse Selbstüberschätzung und etwas karikierte Manieren zur Last“[697] gelegt. Das Kollegium gab die Angelegenheit dann jedoch mit der Erklärung an das Ministerium, dass man über die Habilitation nicht entscheiden könne, da in den Reihen des Professorenkollegiums „kein wissenschaftlich gebildeter Fachmann“[698] bereitstünde, um über die Rechtmäßigkeit des Aktes zu urteilen. Thun sanktionierte diese Entscheidung der Universität und verwies Thaler mit seinem Gesuch an eine andere österreichische Universität[699], was Thaler aber offensichtlich nicht getan hat.

Der Fall von Karl Thaler zeigt somit, dass wohl nicht Neid die Professoren bestimmt hatte, Zingerles Diplom nicht zu nostrifizieren, sondern wie im Fall Thaler rechtliche Gründe dagegensprachen. Er ist aber auch dahingehend von Interesse, weil Thaler sich eben für das Fach der deutschen Sprache und Literatur in Innsbruck habilitieren wollte und damit nicht nur rechtliche Bedenken auslöste, wie ein Brief von Moy de Sons zeigt. Moy fühlte sich nämlich verpflichtet, nachdem er aus den Akten der philosophischen Fakultät Thalers Gesuch, „hier als Privatdozent für deutsche Sprache und Literatur auftreten zu dürfen“[700], erfahren hatte, an Thun zu schreiben und den Minister vor Thaler zu warnen. Er schrieb, dass für die Universität ein Privatdozent für dieses Fach zwar sehr erfreulich wäre, allerdings würde der Privatdozent Thaler diese Freude nicht hervorrufen. Denn Thaler

697 Occioni an MCU, Innsbruck 06.11.1858, Unterricht, Allgemein, Fasz. 1017, Sign. 5, Österreichisches Staatsarchiv, Allgemeines Verwaltungsarchiv; Polizeibehörde an Statthalterei, Innsbruck 26.11.1858, MCU Allg., Sig. 5, Fasz. 1018, Österreichisches Staatsarchiv, Allgemeines Verwaltungsarchiv.

698 21367/1272. Thun an die philosophische Fakultät, Wien 20.12.1858, Akten der Philosophischen Fakultät 16, 40/PH ex 1858/59, Universitätsarchiv Innsbruck.

699 Personalakte Karl Thaler, Wien 09.12.1858–22.12.1858, MCU Allg., Sign. 5, Fasz. 1018, Österreichisches Staatsarchiv, Allgemeines Verwaltungsarchiv.

700 Moy an Thun, Innsbruck 07.01.1859, Nachlass Leo Thun-Hohenstein, A3 XXI D491, Staatliches Gebietsarchiv Leitmeritz, Zweigstelle Tetschen-Bodenbach.

sei durch seine Mutter, eine „fanatische Anhängerin der Revolution“[701], zu eben einem solchen Anhänger geworden und zudem schon als Student in Heidelberg durch seine arrogante Haltung negativ aufgefallen.[702] Der Minister hatte die Sache zum Zeitpunkt des Briefes allerdings schon im oben erwähnten Sinn entschieden, was Moy vielleicht wegen der Weihnachts- und Neujahrsfeiertage, die zwischen der Entscheidung Thuns und dem Brief Moys lagen, noch nicht erfahren hatte.

Die Reaktion von Thaler ist uns nicht bekannt. Adolf Pichler, der mit Thaler regelmäßig korrespondierte, versicherte diesem indes, dass sein Gesuch in Innsbruck und Wien „ordentlich eingeschlagen“ hatte, konnte ihn aber nur wenig trösten, sondern verwies auf sein eigenes Schicksal, den klerikalen Einflüssen an der Universität selbst gleich mehrmals zum Opfer gefallen zu sein.[703] Auch in Thalers ‚Wurzbach-Biografie‘[704] wurde der gescheiterte Versuch, sich in Innsbruck zu habilitieren, mit einer Spitze gegen das Unterrichtsministerium kommentiert:

> Seine [Thalers, C. A.] nächste Absicht ging nun dahin, sich an der Innsbrucker Hochschule als Privatdozent für germanistische Fächer zu habilitieren. Aber es waltete eben damals in Oesterreich in Schul- und Unterrichtssachen die denkwürdige Aera, in welcher man alles Mögliche aus dem ‚Reiche draußen‘ importierte, die tauglichsten Talente im Vaterlande unberücksichtigend lassend, oder, wie es dem Schreiber dieses geschah, geradezu abweisend, und so schlug auch Thaler’s Versuch, im Lehramte festen Fuß zu fassen fehl.[705]

Dies sowie die Klage Thalers zeugen davon, dass Thaler die Abweisung des Gesuchs nicht auf rechtliche Bedenken, sondern auch auf den politischen Einfluss und auf die Bedenken gegen seine Person zurückgeführt hatte. Die Warnung von Moy würde hierzu freilich gut ins Bild passen, allerdings war, wie bereits erwähnt, die Entscheidung im Ministerium schon vor der Warnung des Professors getroffen worden. Die Warnung von Moy verdeutlicht neuerlich, dass man in Innsbruck nichts vom Vorstoß Thuns, eine Lehr-

701 Ebenda.

702 Ebenda.

703 Vgl. Pichler an Thaler, Innsbruck 21.031861, Wienbibliothek, Handschriftenabteilung.

704 Wurzbach stützte sich bei seinen Biografien meist auf einen Lebenslauf, den er von der entsprechenden Person erbeten hatte. Vgl. zur Arbeitsweise von Wurzbach bei Elisabeth Lebensaft/Hubert Reitterer, Wurzbach-Aspekte, in: Österreichisches Biographisches Lexikon (= Sonderdruck aus Wiener Geschichtsblätter 47.1), 1991, S. 11–12. Vgl. Thaler an Wurzbach, Wien 25.06.o.J., 25685, Wienbibliothek, Handschriftenabteilung.

705 Thaler, Karl von, in: Constant Wurzbach, Biographisches Lexikon des Kaiserreichs Österreich, Bd. 44, Wien 1882, S. 138–140.

kanzel für deutsche Sprache einzurichten, wusste. Denn auch Moy sprach nur sehr allgemein von einem „Interesse der Wissenschaft und der Sparsamkeit“[706] welches durch einen Privatdozenten Thaler gleich gestillt werden könne, erwähnt aber mit keinem Wort die in Verhandlung befindliche Einrichtung eines Lehrstuhls. Die Frage, ob sich Thun durch das Gesuch Thalers in seinem Plan, den verdienstvollen und konservativen Zingerle auf den neu zu errichtenden Lehrstuhl zu setzen, gestört fühlte und er daher auch aus diesen Gründen eine Habilitierung Thalers in Innsbruck abgelehnt hat, ist aus den Akten des MCU nicht zu klären.

Bald darauf, im Februar 1859, wiederholte Thun sein Gesuch an den Kaiser, in Innsbruck eine Lehrkanzel für deutsche Sprache zu errichten und Zingerle diese Stelle zu verleihen. Diesmal bewilligte der Kaiser das Vorhaben seines Ministers (14.04.1859), ohne dass dieser, wie eigentlich im Sommer zuvor gefordert, nachweisen konnte, dass in Innsbruck ausreichend Studenten für einen solchen Lehrstuhl vorhanden waren. Thun rechtfertigte dies allerdings nachvollziehbar damit, dass ein solcher Nachweis nicht möglich sei, da ja gerade eben kein Lehrstuhl vorhanden war. Er legte dem Gesuch jedoch eine Tabelle bei, in der die Zahl der Studierenden an den restlichen Universitäten in diesem Fach seit Beginn des Jahrzehnts aufgeführt war. Gleichzeitig mit der Errichtung des Lehrstuhls und Zingerles Ernennung wurde im Übrigen Zingerles Ehrendoktorat anerkannt.[707] Zingerle sollte noch im laufenden Semester mit seinen Vorlesungen beginnen.[708] Zum Nachfolger von Zingerle als Bibliotheksvorstand wurde im Mai Eduard Kögeler ernannt.[709]

Ebenfalls im Mai traf ein Erlass von Thun ein, der zur Berufung von Zingerle noch einen wichtigen Nachsatz darstellt. Im Jahr zuvor (29.05.1858) war nämlich Josef Nowotny verstorben, der bis kurz vor seinem Tod Unterricht in deutscher Sprache, vorwiegend für italienische Studenten, erteilt hatte. Seit dem Tod des Honorarprofessors war dieser Unterricht aber unterblieben. Die Universität hatte sich zwar im Ministerium nach einem Nachfolger für Nowotny erkundigt,[710] das Ministerium ordnete aber nach der Er-

706 Moy an Thun, Innsbruck 07.01.1859, Nachlass Leo Thun-Hohenstein, A3 XXI D491, Staatliches Gebietsarchiv Leitmeritz, Zweigstelle Tetschen-Bodenbach.

707 Majestätsvortrag, Wien 25.02.1859, MCU Allg., Sign. 5, Fasz. 1018, Österreichisches Staatsarchiv, Allgemeines Verwaltungsarchiv.

708 Thun an die Statthalterei, Wien 18.04.1859, Statthalterei Studien 8217/1859, Tiroler Landesarchiv.

709 Thun an Karl Ludwig, Wien 16.05.1859, Statthalterei Studien 10279 ad 660/1859 (einsortiert bei 4276/1858), Tiroler Landesarchiv.

710 Philosophische Fakultät an MCU, Innsbruck 09.06.1858, MCU Allg., Sign. 5, Fasz. 1023 (Karton 1083), Österreichisches Staatsarchiv, Allgemeines Verwaltungsarchiv.

nennung von Zingerle zum Professor der deutschen Sprache und Literatur an, dass die Lehrkanzel des deutschen Stils und der italienischen Sprache von Nowotny nicht neu besetzt werden solle. Als Begründung für diese Entscheidung nannte man im Ministerium:

> Für die wissenschaftliche Pflege der italienischen wie der deutschen Sprache ist nunmehr durch würdige Vertreter dieser Fächer vorgesehen [sic]. Ein Bedürfnis nach einem elementaren Unterricht in diesen beiden Sprachen kann für die Studierenden der Universität wohl nicht mehr bestehen, nachdem an den südtirolischen Gymnasien die deutsche Sprache obligater Unterrichtsgegenstand ist und umgekehrt an den meisten übrigen Gymnasien des Landes auch die italienische Sprache gelehrt wird.[711]

Das Ministerium hatte mit der Ernennung von Zingerle die klare Trennung zwischen der Lehre einer Wissenschaft und dem Unterricht von Fertigkeiten und Sprachen vollzogen, die bereits am Beginn des Jahrzehnts angestrebt worden war: Die Universität sollte nun eine Stätte der Wissenschaft sein. Nowotny war daher, wie es der Studienreferent in der Statthalterei ausdrückte, seit der Reform „nur noch geduldet“[712] gewesen und sein Tod markierte nun in drastischer Weise den Übergang vom alten zum neuen Verständnis der philosophischen Fakultät.

Zingerle wirkte nachmals bis 1890 an der Universität Innsbruck. Sein wissenschaftlicher Schwerpunkt blieb weiterhin die Erforschung von lokalen Sagen sowie der literarischen Werke des Mittelalters im Raum Tirol. Er entdeckte dabei das bis heute einzige Lebenszeugnis Walthers von der Vogelweide, was ihn weithin bekannt machte.[713] Zingerle verortete auch dessen Geburtsort in Ried bei Lajen im Südtiroler Eisacktal und förderte in der Folge einen wahren Waltherkult, der in der Errichtung des Walther-Denkmals in Bozen gipfelte.[714] Durch seine Forschungen blieb er damit zwar dem

711 10284/577. Thun an die philosophische Fakultät, Wien 10.05.1859, Akten der Philosophischen Fakultät 16, 74/PH ex 1858/59, Universitätsarchiv Innsbruck.

712 5961/625 Studien. Bericht der Statthalterei an Karl Ludwig, Innsbruck 23.02.1860, Statthalterei, Präsidialakten, 1039 ad 495/1860, Tiroler Landesarchiv.

713 Ignaz Vinzenz Zingerle, Reiserechnungen Wolfger's von Ellenbrechtskirchen, Bischofs von Passau, Patriarchen von Aquileja. Ein Beitrag zur Waltherfrage, Heilbronn 1877.

714 Vgl. dazu Oswald Egger/Hermann Gummerer (Hgg.), Walther. Dichter und Denkmal, Wien, Lana 1990; Reinhard Johler, Walther von der Vogelweide. Erinnerungskultur und Bürgertum in Südtirol, in: Hanns Haas/Hannes Stekl (Hgg.), Bürgerliche Selbstdarstellung. Städtebau, Architektur, Denkmäler, Wien, Köln, Weimar 1995, S. 185–204; Helmut Birkhan, … swer des vergeze, der tete mir leide. Walther-Gedächtniskultur in den Gästebüchern des Vogelweidhofes in Lajen, in: Helmut Birkhan (Hg.), Der Achthundertjährige Pelzrock. Walther von der Vogelweide – Wolfger von Erla – Zeiselmauer, Wien 2005, S. 25–82.

lokalen Raum verhaftet, zugleich versuchte er jedoch durch die Anbindung seiner Forschung und die Verortung der Tiroler Literatur im Gesamtkontext der deutschen Nationalliteratur eine Brücke nach außen zu schlagen.[715]

5.14.4. Fazit

Die Berufung von Zingerle und die Errichtung des ersten Lehrstuhls für deutsche Sprache und Literatur wurde in der Vergangenheit – insbesondere anlässlich des Jubiläums von Zingerles Todestag und der Gründung des Instituts 1992 und 2009 – besonders als Konkurrenzkampf zwischen Adolf Pichler und Ignaz Zingerle gedeutet: Hier der klerikale Zingerle, dort der liberale Pichler[716]. Allerdings sollte nicht außer Acht gelassen werden, dass es, obschon diese Gegenüberstellung durchaus berechtigt erscheint, keine direkte Wahl zwischen Zingerle oder Pichler gegeben hat. Das Gegensatzpaar Pichler und Zingerle, liberal und katholisch, kondensiert aber exemplarisch die Personalpolitik Thuns im konkreten Beispiel. Darüber darf jedoch nicht vergessen werden, dass diese Sicht verkürzt ist und man Zingerle auch Karl Thaler gegenüberstellen könnte: Beide wollten sich am Ende des Jahrzehnts in Innsbruck habilitieren und beide lassen sich in ihrer politischen und religiösen Einstellung auf ähnlich entgegengesetzten Positionen verorten wie Pichler und Zingerle.

Letztlich fiel die Wahl auf Zingerle, was im Kontext der übrigen Personalentscheidungen Thuns den Schluss berechtigt erscheinen lässt, dass die Wahl deshalb auf ihn fiel, weil er erstens konservativ und, wie sein Theologiestudium und seine kurze Zeit im Kloster bezeugten, religiös war. Zweitens war er bestens in seinem Fach vernetzt und für seine Forschungen mehrfach und öffentlich gelobt worden.

---

715 Vgl. zu seinem Werk vor allem Wagner, Ignaz Vinzenz Zingerle, prägnanter bei Scheichl, 150 Jahre Germanistik in Innsbruck, S. 41–43. Zu Walter von der Vogelweide und Zingerle siehe Achim Masser, Walther von der Vogelweide und die Innsbrucker Germanistik seit Ignaz Vinzenz Zingerle, in: Sieglinde Klettenhammer (Hg.), Kulturraum Tirol. Literatur – Sprache – Medien. Jubiläumsband „150 Jahre Germanistik in Innsbruck", Innsbruck 2009, S. 27–53.

716 Zur politischen Verortung Pichlers als Liberalen muss gesagt, werden, dass er 1848 Anhänger der liberal-konstitutionellen Partei war, im Laufe der Jahre aber mehr von der Position der Liberalen abrückte, weil er deren Anhänglichkeit an das Herrscherhaus verabscheute. Konstant blieb jedoch Pichlers deutschnationale Gesinnung. Vgl. dazu auch bei Johann Holzner/Gerhard Oberkofler, Ausbruch aus der Provinz. Adolf Pichler – Alois Brandl Briefwechsel (1876–1900) (= Innsbrucker Beiträge zur Kulturwissenschaft, Germanistische Reihe 16), Innsbruck 1983; Goller et al., Mineralogie und Geologie an der Leopold-Franzens-Universität Innsbruck (1867–1945), S. 13–14.

Wie bei anderen Personalentscheidungen zeigt sich auch in diesem Fall, dass der aktive Part beim Ministerium lag und nicht bei der Universität. 1851 hatte man die Universität zwar noch um einen Vorschlag gebeten und achtete damit das verbriefte Vorschlagsrecht der Universität. Im Vorfeld der Ernennung von Zingerle war die Universität aber gar nicht mehr informiert worden und das Ministerium suchte sich selbst einen geeigneten Kandidaten aus. Außerdem verdeutlicht die Wahl Zingerles, dass Thun durchaus bestrebt war, Literaturwissenschaftler zu berufen und nicht begabte Literaten und Dichter.[717]

Abschließend kann noch einmal eine Brücke zu Adolf Pichler geschlagen werden, denn diesen hatte gerade das intransparente Vorgehen bei der Besetzung – neben der persönlichen Kränkung, die er durch seine Zurücksetzung erfahren hatte – vergrämt. Er klagte daher, nachdem er 1860 ein drittes Mal nicht zum Zug gekommen war, damals allerdings nach einem offiziellen Berufungsverfahren, dem ebenfalls abgewiesenen Thaler sein Leid:

> Es ist das drittemal, daß ich an der Innsbrucker Universität suppliere. Als die Kanzel der Philosophie und deutschen Literatur zu besetzen war, und sie ohne vorausgegangene Ausschreibung an Wildauer und Zingerle, von denen der erstere in der Philosophie absolut nichts geleistet hatte, verliehen. Die Kanzel der Naturgeschichte wurde ausgeschrieben, obwohl mich die hiesige Fakultät an erster Stelle vorschlug, wurde doch Kerner, der als der zweite vorgeschlagen wurde, ernannt. H. Kerner[718] war von H. L. v. Heufler[719], den Sie vielleicht kennen, protegiert.[720]

Pichler vergaß diese Kränkung nie, wie Gerhard Oberkofler und Peter Goller meinen, und revanchierte sich für seine Zurücksetzung hinter Zingerle, indem er nach dessen Emeritierung die gewünschte Ernennung von Zingerles Sohn Oswald[721] als seinen Nachfolger sabotierte und hinter den

---

717 Vgl. dazu Surman, Leon (sic!) Thun in der polnischen Historiographie: zur Tradition der Geschichte. Als Ausnahme davon kann Oskar Redwitz in Wien gelten, der auf den Lehrstuhl für deutsche Sprache in Wien berufen worden ist. Allerdings hatte Redwitz sein Amt rasch aufgegeben, nachdem sich seine wissenschaftliche Tätigkeit auf dem Lehrstuhl mit seinem literarischen Schaffen nicht vereinbaren ließ. Dies könnte auch für Thun eine Warnung gewesen sein.

718 Anton Kerner von Marilaun, siehe Kapitel 5.5.3.

719 Ludwig Heufler (1817–1885), damals Sektionsrat im MCU.

720 Pichler an Thaler, Innsbruck 21.03.1861, 90344, Wienbibliothek, Handschriftenabteilung. Mit einer ähnlichen Klage auch Pichler an Thaler, o.O. o.D. [1861], 50352, Wienbibliothek, Handschriftenabteilung.

721 Oswald Zingerle (Innsbruck 1855–1927 Innsbruck), Germanist, 1894–1918 Prof. für Germanistik an der Universität Czernowitz.

Kulissen die Wahl von Josef Eduard Wackernell[722] zum Ordinarius vorantrieb.[723]

5.15. Die Lehrkanzeln für Zivilrecht

5.15.1. Theodor Michel

Beim Amtsantritt von Thun hatte die Vertretung im Fach des österreichischen Privatrechts Franz Cajetan Prockner inne, der schon seit dem Jahr 1818 an der Innsbrucker juridischen Fakultät lehrte und damit der dienstälteste Professor war.[724] Im Laufe der 1850er-Jahre häuften sich allerdings die Klagen über Prockners Lehrtätigkeit, die auf Grund seines fortgeschrittenen Alters den Ansprüchen nicht mehr genügen konnte.[725] Mit Entschließung vom 10. August 1855 stellte ihm das Ministerium daher Albert Theodor Michel[726] zur Seite, ein Jahr später wurde Prockner pensioniert.

Michel wurde 1821 geboren und hatte in Prag studiert. Nach seinem Studium hatte er in Krakau und Prag gelehrt, bis er schließlich zum Professor an der Universität Olmütz ernannt wurde.[727] Nachdem dort 1855 auch die juridische Fakultät aufgehoben worden war, wurden die meisten Professoren, darunter auch Michel, an andere Universitäten des Reiches versetzt.[728] Michel traf damit dasselbe Schicksal wie seinen vormaligen Kollegen Karl Kopetzky – allerdings wissen wir von Michel nicht, ob er seine Versetzung nach Innsbruck als einen ähnlichen Schicksalsschlag empfunden hat wie Kopetzky.

722 Josef Eduard Wackernell (Göflan 1850–1920 Innsbruck), ab 1888 Prof. für Neuere Deutsche Literaturgeschichte an der Universität Innsbruck.

723 Siehe bei Oberkofler et al., Geschichte der Universität Innsbruck (1669–1945), S. 217. Ähnlich jedoch schon anlässlich der Ernennung zum außerordentlichen Professor von Wackernell deutet dies Gebhardt, Ignaz Vinzenz Zingerle, Adolf Pichler und der Germanistische Lehrstuhl an der Universität Innsbruck, S. 28.

724 Zu Leben und Werk von Prockner siehe Gerhard Oberkofler, Die Vertretung des österreichischen Zivilrechts an der Innsbrucker Universität. Von den Anfängen bis zum beginnenden 20. Jahrhundert, in: Tiroler Heimat 40 (1976), S. 111–133, hier S. 114–115.

725 Ebenda, S. 116.

726 Adalbert Theodor Michel (Prag 1821–1877 Axenfels), 1847–48 Dozent an der Universität Krakau, ab 1850 Prof. an der Universität Olmütz, ab 1855 ao. Prof. an der Universität Innsbruck, ab 1858 Prof. für bürgerliches Recht und Bergrecht an der Universität Graz.

727 Siehe zu Michel ebenfalls Oberkofler, Die Vertretung des österreichischen Zivilrechts an der Innsbrucker Universität, S. 116–117.

728 Zimprich, Die Professoren der k.k. Franzensuniversität zu Olmütz (1828–1855), S. 31.

Der Minister kannte Michel noch aus gemeinsamen Jahren in Prag. In seinem Vortrag gegenüber dem Kaiser betonte Thun besonders Michels Fleiß und seine didaktischen Fähigkeiten.[729] Michel war zwar noch durch seine Ausbildung im Vormärz in der exegetischen Methode des Zivilrechts beheimatet, er versuchte allerdings auch die historische Methode anzuwenden, worin er jedoch nach Ansicht von Joseph Unger, dem Wegbereiter der historischen Methode im Bereich des österreichischen Privatrechts, gescheitert war.[730] Für Thun war Michels Abkehr von der vormärzlichen Tradition hin zu der von ihm präferierten historischen Richtung allerdings offenbar das richtige Signal.

Michel wirkte indes nicht lange in Innsbruck, er wurde bereits im Jahr 1858 an die Grazer Universität versetzt. Für die vakante Stelle in Graz hatte sich eigentlich auch der Innsbrucker Advokat Ignaz Pfaundler beworben. Auf Grund des Wechsels von Michel nach Graz, konnte Pfaundler dann jedoch dessen Nachfolge in Innsbruck antreten.

5.15.2. Ignaz Pfaundler

Ignaz Pfaundler, geboren 1808 in Innsbruck, hatte in Innsbruck studiert. Nach seinem Studium schlug er eine praktische Karriere als Richter und Advokat ein. Im Wintersemester 1836/37 supplierte er jedoch zusätzlich die vakante Kanzel für Natur- und Kriminalrecht an der Innsbrucker Universität, er konnte sich jedoch nicht, wie gewünscht, dauerhaft an der Universität festsetzen. Öffentlich in Erscheinung trat Pfaundler besonders 1843 mit einer Arbeit über mittelalterliche Hexenverbrennungen in Tirol.[731]

1848 versuchte Pfaundler erneut an der Universität Fuß zu fassen. Unterstützt wurde er dabei von der juridischen Fakultät, die – ermutigt durch die begonnenen Reformen – beim Ministerium die Errichtung einer neuen Lehrkanzel für juridisch-politische Enzyklopädie beantragte. Als Kandidaten für die neu zu errichtende Lehrkanzel schlug die Fakultät Pfaundler vor und sie begründete den Antrag damit, dass mit einem zusätzlichen Dozenten der eigentliche Professor für Natur- und Kriminalrecht Joseph Waser ent-

729 Vgl. Thuns Vortrag anlässlich Michels Versetzung nach Graz Majestätsvortrag, Wien 06.12.1857, MCU Präs. 514/1858, Österreichisches Staatsarchiv, Allgemeines Verwaltungsarchiv.

730 Vgl. dazu bei Werner Ogris, Die historische Schule der Zivilistik, in: Nikolaus Grass/Werner Ogris (Hgg.), Festschrift Hans Lentze. Zum 60. Geburtstage dargebracht von Fachgenossen und Freunden, Innsbruck, München 1969, S. 449–496, S. 467.

731 Siehe zum Leben von Pfaundler bei Oberkofler, Die Vertretung des österreichischen Zivilrechts an der Innsbrucker Universität, S. 117–118.

lastet werden könnte. Die Tiroler Landesbehörden standen dem Vorschlag der Fakultät allerdings ablehnend gegenüber und brachten im Ministerium mehrere Einwände gegen den Antrag vor: Man sprach sich einerseits gegen die Errichtung einer neuen Kanzel aus, da man nicht glaubte, dass Waser mit seinem Unterricht überlastet sei, zumal er damals zusätzlich zu seiner Tätigkeit an der Universität als unbesoldeter Referent beim Innsbrucker Stadt- und Landrecht diente. Man glaubte daher im Landespräsidium: „Er [Waser, C.A.] will daher mehr Zeit für Gegenstände, für welche er eigentlich nicht besoldet und angestellt ist.“[732] Andererseits hegte man gegenüber der Person Pfaundler Misstrauen, dieser sei nämlich zwar

> ein Mann nicht ohne Fleiß, Kenntnis und Literatur, namentlich auch publizistischer Thätigkeit, steht aber hierlands im Rufe zur radikal-liberalen Partei zu gehören, und ist bei Volk und Geistlichkeit nicht in gutem Geruche. Auch vernehme ich und sehe aus den Akten, daß er um die Supplierung der Lehrkanzel des wieder nach Frankfurt abgehenden Dr. und Professor Kerer ansuchte, aber vom jur. pol. Studien-Direktor hierzu nicht gewählt worden ist.[733]

Überdies glaubte man, dass die Universität nach der neuen gesetzlichen Regelung lediglich befugt sei, Besetzungsvorschläge für bereits bestehende Lehrkanzeln zu vergeben. Das Ministerium bewilligte nach diesen zahlreichen Einwänden den Antrag nicht, sondern verwies in der Antwort vom 8. Jänner den Antragsteller auf die Verordnung zur Anstellung von Privatdozenten[734], die in der Zwischenzeit am 19. Dezember 1848 erlassen worden war: Demnach stünde es der Universität frei, habilitierte Privatdozenten anzustellen. Damit war der Wunsch von Pfaundler auf eine akademische Laufbahn neuerlich nicht in Erfüllung gegangen, denn er hätte sich erst habilitieren und dann die unsichere Laufbahn eines Privatdozenten einschlagen müssen, was ihm offenbar wenig attraktiv erschien.

Wenig später erhielt er allerdings eine Stelle in der öffentlichen Verwaltung. Im Jahr 1850 trat er eine Stelle als Staatsanwalts-Substitut an, die er jedoch auf Grund der Reorganisation des Justizwesens 1854 verlor. Als Ersatz wurde ihm eine Advokatenstelle in Innsbruck verliehen.[735]

732 Brandis an MCU, Innsbruck 26.11.1848, MCU Allg. Sign. 5, Fasz. 996, Österreichisches Staatsarchiv.

733 Ebenda.

734 Erlass des provisorischen Ministers für Unterricht vom 19. Dezember 1848, RGBl 37/1848.

735 Majestätsvortrag, Wien 06.12.1857, MCU Präs. 514/1858, Österreichisches Staatsarchiv, Allgemeines Verwaltungsarchiv. Vgl. auch Oberkofler, Die Vertretung des österreichischen Zivilrechts an der Innsbrucker Universität, S. 118.

Die Eindrücke der Wiener Oktoberereignisse 1848 hatten zudem eine gewisse innerliche Kehrtwende Pfaundlers hervorgerufen, sodass sich seine liberalen Ansichten des Vormärz – ähnlich wie bei Johann Schuler – deutlich abschwächten. Gerhard Oberkofler sieht sogar ein Übertreten „in den Dienst der Reaktion“[736], was er vor allem an Pfaundlers publizistischer Tätigkeit in den Jahren nach 1848 ablesen will. Weniger deutlich ist Thomas Götz, der Pfaundler in der Zeit des Neoabsolutismus zur Gruppe des erwachenden Bildungsbürgertums zählt, das gemeinsam mit dem finanziell potenten Wirtschaftsbürgertum zur führenden Gruppe in den Städten werden sollte und bei dem sich gemäßigt liberale Ansichten verbunden mit einem neuen bürgerlichen Selbstbewusstsein finden lassen.[737]

Mit Entschließung vom 9. Jänner 1858 wurde Pfaundler schließlich die Lehrkanzel für österreichisches Zivilrecht an der Innsbrucker Universität verliehen. Die Abkehr von radikal-liberalen Ansichten war dafür eine notwendige Voraussetzung gewesen. Es war allerdings auch die Not an geeigneten Kandidaten für die Lehre des österreichischen Zivilrechts, die eine Ernennung von Pfaundler ermöglichten.[738] Das zeigt auch, dass Pfaundler bei seiner Berufung das Höchstalter für die Aufnahme in den Staatsdienst eigentlich schon überschritten hatte.[739] Die Berufung Pfaundlers wurde spätestens mit Bekanntmachung derselben in der *Wiener Zeitung* am 22. Jänner 1858 in Innsbruck bekannt. Dies rief umgehend Baron von Moy auf den Plan, der schon am 28. Jänner 1858 bei Thun gegen die Ernennung von Pfaundler protestierte.[740] Moy betonte gegenüber dem Minister, dass „unter den Freunden“[741] der Universität die Ernennung von Pfaundler wenig Freude hervorgerufen habe, da dessen liberale Gesinnung im Jahr 1848 bei Moy und seinen Freunden offenbar noch lebhaft in Erinnerung war. Außerdem, so Moy weiter, sei der Ruf Pfaundlers als Jurist durchaus zweifelhaft. Um die Wirkung seines Protests zu verstärken, schrieb Moy zwei Tage darauf an Josef Fessler, damit dieser ebenfalls Thun gegenüber sein Missfallen gegen die Ernennung von Pfaundler ausspreche:

> Ich komme, im Interesse der guten Sache und unserer Universität, Sie um Ihre Verwendung beim Grafen Thun zu ersuchen. Sie werden nicht ohne eini-

736 Vgl. ebenda, S. 118.

737 Vgl. dazu Götz, Bürgertum und Liberalismus in Tirol 1840–1873, S. 254–255 auch S. 313.

738 Majestätsvortrag, Wien 06.12.1857, MCU Präs. 514/1858, Österreichisches Staatsarchiv, Allgemeines Verwaltungsarchiv.

739 Vgl. dazu Oberkofler, Die Vertretung des österreichischen Zivilrechts an der Innsbrucker Universität, S. 119. Im Allgemeinen lag dieses zwischen 18 und 40 Jahren.

740 Moy an Thun, Innsbruck 28.01.1858, Nachlass Leo Thun-Hohenstein, A3 XXI D445, Staatliches Gebietsarchiv Leitmeritz, Zweigstelle Tetschen-Bodenbach.

741 Ebenda.

> ges Befremden erfahren haben, daß Dr. Pfaundler – der Pfaundler des Jahres 48, der verunglückte Justizbeamte und Advocat, zum Professor des allg.-bürgerl. Gesetzbuches ernannt worden sey. Das ist geschehen, nachdem Graf Thun mir in Interlaken im vorigen August versprochen hatte, nur Männer von [unleserlich, C.A.] und meiner Gesinnung in unser Professorencollegium zu ernennen.[742]

Moy bat Fessler aber nicht nur gegen die Ernennung von Pfaundler zu protestieren, gleichzeitig bat Moy den Kirchenhistoriker auch, er möge sich für eine Ernennung des jungen Privatdozenten Josef Oberweis[743] zum Professor stark machen: Dieser warte nämlich schon lange vergebens auf die in Aussicht gestellte Ernennung auf einen Lehrstuhl. Moy glaubte zudem, dass Oberweis – anders als Pfaundler – eine ähnliche Richtung wie Joseph Unger in Wien einschlagen werde: nämlich das Privatrecht in seiner historischen Entwicklung darzustellen und damit auch im Bereich des Privatrechts eine rechtsgeschichtliche Perspektive einzunehmen.[744] Die Ernennung von Oberweis sollte aus Sicht von Moy daher ein Gegengewicht zum „Mißgeist“[745] bilden, der mit der Berufung von Pfaundler in die Universität getragen worden war.

5.15.3. Josef Oberweis

Josef Oberweis hatte ebenfalls in Innsbruck studiert und dort 1851 sein Doktorat der Rechte erworben. Im April 1855 hatte er sich mit einer Arbeit *Über die Hauptgrundsätze des römischen und germanischen Erbrechtes mit Berücksichtigung der Tiroler Landesordnung* für die Habilitation beworben. Allerdings stieß er dabei auf erheblichen Widerstand von Seiten einiger Professoren.[746] Cajetan Prockner als schärfster Kritiker griff dabei be-

742 Moy an Fessler, Innsbruck 30.01.1858, Nachlass Fessler 5, Diözesanarchiv St. Pölten.

743 Josef Oberweis (Innsbruck 1826–1870 Innsbruck), 1855 Habilitation für deutsches Privatrecht an der Universität Innsbruck, ab 1858 Prof. des deutschen Privatrechts dort, ab 1869 Prof. der deutschen Reichs- und Rechtsgeschichte.

744 Vgl. Moy an Fessler, Innsbruck 30.01.1858, Nachlass Fessler 5, Diözesanarchiv St. Pölten. Zu Unger und dessen Werk siehe Lentze, Die Universitätsreform des Ministers Graf Leo Thun-Hohenstein, S. 138–142.

745 Moy an Fessler, Innsbruck 30.01.1858, Nachlass Fessler 5, Diözesanarchiv St. Pölten.

746 Der Vorgang und die Schwierigkeiten sind beschrieben bei Gerhard Oberkofler, Josef Oberweis, Inhaber der Lehrkanzel für Deutsches Privatrecht und Deutsche Reichs- und Rechtsgeschichte mit italienischem Vortrag. Ein Beitrag zur Geschichte der Pflege des Deutschen Rechts und der Habilitationspraxis an der Innsbrucker Juristenfakultät, in: Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte. Germanistische Abteilung 88 (1971), S. 204–210, hier S. 205–207. Die folgende Beschreibung bezieht sich auf diese Quelle.

sonders die von Oberweis vertretene Ansicht an, das germanische Recht sei dem römischen sittlich überlegen und damit zu bevorzugen. Ernest Theser schlug in dieselbe Kerbe, wenngleich er weniger kritisch war als Prockner und zugestehen musste, dass Oberweis mit dieser Meinung unter neueren Zivilrechtlern nicht allein dastand. Theser glaubte außerdem, dass Oberweis seine Ansichten bei einem eingehenderen Studium des Römischen Rechts sicherlich relativieren werde. Indes fand Oberweis in Professor Moy einen einflussreichen Unterstützer seines Gesuchs. Dieser beurteilte das Gesuch und die Arbeit von Oberweis vollkommen positiv, indem er erklärte, dass Oberweis' Darstellung dem Stand der Wissenschaft entspreche. Außerdem habe er es geschafft, sich dem „noch herrschenden philosophischen Rationalismus"[747] zu entziehen.

In der Fakultätsdebatte zur Frage, ob Oberweis zum mündlichen Kolloquium zugelassen werde, zeigte sich überdies, dass es unterschiedliche Auffassungen im Kollegium gab, was eine Habilitationsarbeit leisten müsse. Oberweis war nämlich der erste Kandidat, der eine Habilitation nach der neuen Habilitationsordnung vom 19. Dezember 1848 an der juridischen Fakultät beantragt hatte.[748] Während Prockner die Ansicht vertrat, dass der Kandidat einen Teil seines künftigen Vortragsprogramms erschöpfend bearbeiten müsse, damit dieser auch im Kolloquium eingehend geprüft werden könne, glaubte Johann Schuler hingegen, dass der Kandidat einzig die Fähigkeit beweisen müsse, dass er Sinn für die Wissenschaft habe und die Fähigkeit besitze, eine wissenschaftliche Frage aufzufassen und sie umfassend zu würdigen.[749] Schließlich stimmte nur Prockner gegen eine Zulassung von Oberweis zur mündlichen Prüfung, in der Oberweis dann ohne Gegenstimme ein erfolgreiches Abschneiden beschieden wurde. Im April 1856 erfolgte die Zustimmung des Ministeriums und die Erteilung der Venia für das deutsche

747 Zit. bei Oberkofler, Josef Oberweis, Inhaber der Lehrkanzel für Deutsches Privatrecht und Deutsche Reichs- und Rechtsgeschichte mit italienischem Vortrag, S. 206.

748 Ähnliche Unstimmigkeiten gab es im Übrigen auch bei der Habilitation von Alfons Huber im Jahr 1859. Vgl. dazu Oberkofler, Die geschichtlichen Fächer an der philosophischen Fakultät der Universität Innsbruck 1850–1945, S. 30–36; Gerhard Oberkofler/Peter Goller (Hgg.), Alfons Huber, Briefe (1859–1898). Ein Beitrag zur Geschichte der Innsbrucker Historischen Schule um Julius Ficker und Alfons Huber, Innsbruck 1995. Als erste Habilitation eines Privatdozenten wird in den Annalen der Universität jene von Rudolf Kink im Jahr 1851 angeführt. Siehe dazu Akademischer Senat, Die Leopold-Franzens-Universität zu Innsbruck in den Jahren 1848–1898, S. 246. Allerdings zeigen Dokumente aus dem UAI, dass das Gesuch hierzu noch vor dem Erlass der neuen Ordnung eingebracht worden war und außerdem das vorgesehene Verfahren nicht eingehalten worden ist. Vgl. die Dokumente bei Oberkofler et al., Alfons Huber, Briefe (1859–1898), S. 455–456.

749 Siehe dazu bei Oberkofler, Josef Oberweis, Inhaber der Lehrkanzel für Deutsches Privatrecht und Deutsche Reichs- und Rechtsgeschichte mit italienischem Vortrag, S. 206–207.

Privatrecht mit Berücksichtigung des dermaligen österreichischen Zivilrechts und der früheren, insbesondere tirolischen Partikularrechte. Wie Gerhard Oberkofler betont, hatte Oberweis damit den Wünschen des Ministeriums, die historische Methode in allen Bereichen des Rechts zur Geltung zu bringen, vollkommen entsprochen. Die Habilitation von Oberweis erfolgte zudem zu einem günstigen Zeitpunkt, denn das deutsche Privatrecht war erst mit dem neuen juridischen Studienplan in das Curriculum aufgenommen worden.[750]

Oberweis nahm schon im Sommersemester 1856 seine Lehrtätigkeit auf, blieb zunächst aber noch im Dienst der Staatsanwaltschaft. Nach drei Semestern als Privatdozent beantragte Oberweis schließlich mit Unterstützung der Fakultät die Verleihung eines Extraordinariates, um sich vollkommen der Wissenschaft widmen zu können. Moy als Dekan empfahl Oberweis wärmstens und betonte mehrfach dessen Fleiß und edle Gesinnung. Wie wir bereits aus dem genannten Brief von Moy an Fessler wissen, verzögerte sich die Ernennung allerdings. Moy hatte daher in demselben Brief, in dem er bei Thun gegen die Ernennung von Pfaundler protestiert hatte, auch noch einmal auf privatem Wege darum gebeten, den Antrag von Oberweis voranzutreiben. Der Baron verbürgte sich darin nochmals für Oberweis und bescheinigte ihm neuerlich tadellose moralische Haltung sowie regen Eifer für die Wissenschaft.[751]

Fast gleichzeitig hatte Moy auch an Fessler in Wien geschrieben, von dem man in Innsbruck annahm, dass er Einfluss auf Thun habe. Wie erwähnt, stellte Moy die Berufung von Oberweis als eine Möglichkeit zur Kompensation für die Ernennung von Pfaundler dar. Denn Oberweis würde das bürgerliche Gesetzbuch wie Joseph Unger in Wien in seiner historischen Entwicklung in Verbindung mit dem deutschen Recht lehren. Er schlug daher vor, dass Fessler Thun dahingehend raten solle, Oberweis als zweiten Professor für österreichisches Zivilrecht zu ernennen und ihm gleichzeitig die Kanzel für das deutsche Recht zu übertragen. Moy glaubte auch, dass man im Ministerialrat Eduard Tomaschek[752] einen Verbündeten für diese Ansicht finden könne, Helfert hingegen sei „der Protector des Pfaundler; vor dem also wäre sich zu hüten“[753].

750 Vgl. Oberkofler, Josef Oberweis, Inhaber der Lehrkanzel für Deutsches Privatrecht und Deutsche Reichs- und Rechtsgeschichte mit italienischem Vortrag, S. 208.

751 Siehe Moy an Thun, Innsbruck 28.01.1858, Nachlass Leo Thun-Hohenstein, A3 XXI D445, Staatliches Gebietsarchiv Leitmeritz, Zweigstelle Tetschen-Bodenbach.

752 Eduard Tomaschek war seit 1849 im Unterrichtsministerium und ein enger Vertrauter von Thun. Vgl. Tomaschek, Eduard, in: Constant von Wurzbach (Hg.), Biographisches Lexikon des Kaiserthums Österreich, Bd. 46, Wien 1882, S. 39–45.

753 Moy an Fessler, Innsbruck 30.01.1858, Nachlass Fessler 5, Diözesanarchiv St. Pölten.

Ob es tatsächlich der Einfluss von Moy oder die Fürsprache von Fessler waren, lässt sich nicht eruieren, jedenfalls kam die Angelegenheit kurz nach der Intervention ins Rollen. Noch im Februar 1858 holte das Unterrichtsministerium die Zustimmung des Finanzministers zur Schaffung eines Extraordinariates für Oberweis ein und bereits am 28. März unterbreitete Thun dem Kaiser den Vorschlag zu dessen Ernennung. Thun argumentiert darin – neben der üblichen Versicherung der wissenschaftlichen und moralischen Eignung des Kandidaten – in erster Linie damit, dass man durch die Aufnahme des deutschen Privatrechtes in den juridischen Studienplan die Notwendigkeit geschaffen hatte, das Fach auch an jeder Universität durch einen eigenen Lehrstuhl vertreten zu wissen.[754]

Am 11. April 1858 bewilligte der Kaiser den Vorschlag seines Ministers. Erst mehr als zehn Jahre später erhielt Oberweis allerdings eine ordentliche Professur für deutsches Privatrecht und deutsche Reichs- und Rechtsgeschichte. Verbunden war damit der Unterricht in deutscher Reichs- und Rechtsgeschichte für italienische Hörer. Oberweis starb überraschend 1870.[755] Pfaundler indes wurde bereits 1860 von seinem Amt beurlaubt und starb schon im folgenden Jahr. Für die Nachfolge von Pfaundler bewarb sich auch Oberweis, die Fakultät bevorzugte jedoch Peter Harum.[756]

5.15.4. Fazit

Die Quellenlage zu den Berufungen auf die Lehrstühle für Privatrecht in Innsbruck ist weniger gut als für andere Lehrstühle. Geht man allerdings mit Hans Lentze davon aus, dass weltanschaulich wichtige Lehrstühle wie beispielsweise jene für Geschichte und Philosophie besonders im Fokus von Thun standen, dann würde das Fehlen einer umfangreichen Korrespondenz im Vorfeld der zuletzt behandelten Berufungen dafür sprechen, dass Thun diese als weltanschaulich weniger problematisch angesehen hat. Diese Sichtweise kann auch damit untermauert werden, dass sowohl Michel als auch Pfaundler – letzterer insbesondere – als Notlösungen angesehen wurden, weil jüngere Kandidaten noch fehlten. Besonders Pfaundler war noch in der exegetischen Methode der vormärzlichen Juristenausbildung beheimatet. Ger-

754 Majestätsvortrag, Wien 27.03.1858, MCU Allg. Sign. 5., Fasz. 995, Österreichisches Staatsarchiv, Allgemeines Verwaltungsarchiv.

755 Siehe dazu bei Oberkofler, Josef Oberweis, Inhaber der Lehrkanzel für Deutsches Privatrecht und Deutsche Reichs- und Rechtsgeschichte mit italienischem Vortrag, S. 209–210.

756 Peter Harum (Graz 1824–1875 Wien), ab 1850 Prof. an der Rechtsakademie in Hermannstadt, ab 1852 Prof. des österreichischen Zivilrechts in Pest. Siehe Oberkofler, Die Vertretung des österreichischen Zivilrechts an der Innsbrucker Universität, S. 119–120.

hard Oberkofler betonte daher zu Recht, dass Thun eigentlich Kandidaten nach dem Vorbild seines „Lieblingsjuristen“[757] Joseph Unger bevorzugte, die besonders die historische Perspektive betonten.[758] Daher war Oberweis schon eher nach dem Wunsch von Thun. Interessanterweise hatte Moy in seinem Brief an Josef Fessler, der Oberweis an den Minister empfehlen sollte, eigenes hervorgehoben, dass Oberweis Unger nacheifern wolle. Ob der Hinweis auf Unger bei Thun gewirkt hat, lässt sich auf Grund von fehlenden Quellen allerdings nicht sagen. Die Intervention von Moy und Fessler bei Thun fällt jedenfalls zeitlich eng zusammen. Der Fall verdeutlicht jedoch einmal mehr, dass Fessler allgemein als Berater von Thun wahrgenommen worden war.[759]

Moy zeigt sich dabei neuerlich als Mahner im Kampf gegen den Liberalismus und als Befürworter für den Aufschwung der Universität. Pfaundler als Vertreter des liberalen Bürgertums war ihm dabei ein Dorn im Auge. Die Warnung Moys zeigt auch, wie sehr die Erinnerung an das Jahr 1848 – wenngleich die Revolution in Innsbruck sehr gemäßigt verlaufen war – weiterhin als Schreckgespenst in konservativen Kreisen präsent war.

5.16. Die Berufung von August Geyer nach Innsbruck

Die Berufung von August Geyer[760] auf den Lehrstuhl für Strafrecht und Rechtsphilosophie an die Universität Innsbruck wurde bereits 1971 von Gerhard Oberkofler[761] auf Grund der Akten im Universitätsarchiv und Allgemeinen Verwaltungsarchiv dargestellt. Oberkofler sah darin dezidiert eine Fortführung des Werks von Hans Lentze, da er die Berufung von Geyer als „sehr deutliches Beispiel“[762] für die von Lentze erstmals ausführlich thematisierte Personalpolitik Thuns wertete. Da Oberkofler die offiziellen Quellen weitgehend ausgeschöpft hat, sei besonders auf seine Ausführungen verwiesen. Allerdings brachte die Untersuchung des Nachlasses des bereits mehrfach erwähnten Josef Fessler einige Briefe ans Tageslicht, die einen noch tieferen Einblick in die Angelegenheit erlauben, und auf die im Folgenden näher eingegangen wird.

757 Goller, Naturrecht, Rechtsphilosophie oder Rechtstheorie?, S. 15.

758 Oberkofler, Die Vertretung des österreichischen Zivilrechts an der Innsbrucker Universität, S. 119.

759 Das zeigen auch andere Briefe im Nachlass von Fessler.

760 August Johann Geyer (Asch 1831–1885 München), ab 1857 PD an der Universität Prag, ab 1860 Prof. des Kriminalrechts und der Rechtsphilosophie an der Universität Innsbruck, ab, 1872 Prof. an der Universität München.

761 Oberkofler, August Geyers Berufung nach Innsbruck (1860).

762 Ebenda, S. 127.

5.16.1. Der Tod Schulers

Am 12. Oktober 1859 starb überraschend der Professor für Strafrecht und Rechtsphilosophie Johann Schuler. Schon am Tag von Schulers Beerdigung am 15. Oktober trat die Fakultät daher an das Ministerium heran, um die einstweilige Vertretung für Schuler zu regeln. Karl Ernst Moy de Sons bot sich darin an, die Kollegien aus dem Fach Rechtsphilosophie für den Verstorbenen zu übernehmen. Für die Vertretung aus dem Bereich des Strafrechts nannte die Fakultät drei mögliche Kandidaten, die das Fach bis zu einer definitiven Besetzung supplieren sollten. An erster Stelle reihte die Fakultät Professor Ignaz Pfaundler, an die zweite Stelle Johann Rapp[763] und schließlich einen jungen Absolventen der Innsbrucker Universität, Anton Fetz.[764] Letzterer hatte die strengen Prüfungen erst im vorigen Winter („unanimiter cum applausu") bestanden und war dem Ministerium von der Fakultät für ein Reisestipendium empfohlen worden, damit er die Befähigung zum Lehrfach anstreben könne. Moy hatte Fetz zudem privatim an Thun empfohlen und ihn dabei als einen „der begabtesten jungen Männer"[765], die ihm je untergekommen waren, bezeichnet. Um seine Empfehlung zu verstärken, verwies Moy auch darauf, dass er mit seinen Ratschlägen bisher meist richtig gelegen hatte und dies für Fetz nun umso mehr gelten dürfe. Das Stipendium für Fetz war allerdings nicht bewilligt worden.[766]

Das Ministerium zeigte sich indes am 17. November 1859 mit dem Vorschlag der Fakultät einverstanden, dass Pfaundler einstweilen das Strafrecht supplieren und Moy die rechtsphilosophischen Kollegien übernehmen sollte. Gleichzeitig forderte das Unterrichtsministerium die Fakultät auf, sobald als möglich Vorschläge für eine definitive Besetzung des vakanten Lehrstuhls im Ministerium zu deponieren.[767]

Moy hatte in der Zwischenzeit – kurz nachdem die Fakultät die Vorschläge für die Supplierung nach Wien gesendet hatte – versucht, sich auf privatem Wege für den oben erwähnten, allerdings lediglich drittgereihten

763 Johann Rapp (Innsbruck 1829–1908 Kaltern), 1851 Dr. jur., zunächst Konzipist, ab 1865 Advokat in Kaltern, 1877–1880 Bürgermeister ebendort, 1870–1895 Tiroler Landtagsabgeordneter, 1873–1898 Mitglied des Reichstages.

764 Anton Fetz (*Bezau 1835), Student der Rechte, ab 1860 Auskulant beim Kreisgericht in Wels. Fetz war ein Neffe des Propstes von St. Florian und Historikers Jodok Stülz. Zu Fetz kurz bei Goller, Die Matrikel der Universität Innsbruck.

765 Moy an Thun, Innsbruck 13.02.1859, Nachlass Leo Thun-Hohenstein, A3 XXI D497, Staatliches Gebietsarchiv Leitmeritz, Zweigstelle Tetschen-Bodenbach.

766 Vgl. dazu Moy an Fessler, Innsbruck 16.10.1859, Nachlass Fessler 5, Diözesanarchiv St. Pölten.

767 Oberkofler, August Geyers Berufung nach Innsbruck (1860).

Anton Fetz einzusetzen und schrieb daher an seinen Freund Josef Fessler in Wien. Fessler sollte sich bei Thun um die Ernennung von Fetz bemühen: „Wenn Sie etwas dazu thun können, daß er [Fetz, C. A.] verwendet werde, so ist es ein großer Dienst, den sie der Wissenschaft und unserer Universität erweisen, vorausgesetzt, daß Fetz in Wien der Gesinnung treu geblieben sei, die er hier an den Tage legte."[768] Der Grund für die Intervention Moys lag wohl besonders darin, dass er kein Sympathisant von Pfaundler war, was schon sein Protest bei Thun anlässlich von dessen Ernennung ein Jahr zuvor deutlich gemacht hatte. Nun wollte Moy eine neuerliche Ausdehnung von dessen Einfluss auf die Studenten abermals verhindern. Außerdem kann man durchaus annehmen, dass Moy darauf vertraut hatte, Thun werde ohnehin selbst eine Entscheidung über die Besetzung der Lehrkanzel treffen, weshalb er offenbar frühzeitig auf Thuns Entscheidungsprozess Einfluss nehmen wollte. Und der Baron sollte Recht behalten, wenn auch nur teilweise: Denn Thun forderte wie beschrieben zwar einen Besetzungsvorschlag von der Fakultät an, er sollte sich allerdings nicht an diesen halten. Fetz spielte, nachdem die Supplierung trotz der versuchten Intervention von Moy an Pfaundler übertragen worden war, im Übrigen in den weiteren Diskussionen keine Rolle mehr.

5.16.2. Die definitive Besetzung der Lehrkanzel

Nachdem Thun die Fakultät im November 1859 aufgefordert hatte, eine Terna für die Nachfolge von Schuler einzubringen, traf sich das Kollegium am 31. Dezember zur Beratung und fasste bei der Gelegenheit zwei Entscheidungen: Zunächst sollte im Ministerium die Trennung der Rechtsphilosophie vom Strafrecht beantragt werden und in weiterer Folge einigte man sich auf einen Besetzungsvorschlag für die jeweiligen Fächer. Ausgangspunkt dieser Entscheidung war ein Vorschlag von Karl Ernst Moy gewesen, die Kanzel aufzuspalten und die Lehre der Rechtsphilosophie Professor Wildauer zu übertragen, denn seiner Meinung nach war Wildauer vollkommen dazu geeignet und würde in seinen Kollegien über praktische Philosophie die Rechtsphilosophie jetzt schon behandeln.[769] Wildauer erklärte sich daraufhin umgehend bereit,

768 Vgl. dazu Moy an Fessler, Innsbruck 16.10.1859, Nachlass Fessler 5, Diözesanarchiv St. Pölten.

769 Sitzungsprotokoll, Innsbruck 31.12.1859, Akten der juridischen Fakultät 17, 304 ex 1859/60, Universitätsarchiv Innsbruck. Über den Grund von Moys Vorschlag lässt sich nur spekulieren, allerdings ist Moys Ablehnung der naturrechtlich orientierten Rechtsphilosophie bekannt. Es ist daher denkbar, dass er bei einer Übertragung der Lehre der Rechtsphilosophie auf Wildauer oder gegebenenfalls auf sich selbst eine Chance sah, die

besagte Kollegien zu übernehmen. Am 12. Jänner 1860 sandte die Fakultät schließlich die Anträge auf Trennung der Kanzel, jene auf Übertragung des Unterrichts in der Rechtsphilosophie an Wildauer sowie die Terna zur Besetzung der Kanzel für Strafrecht an das Unterrichtsministerium.[770]

Bereits zehn Tage zuvor hatte Moy privat an den Minister geschrieben und die Entscheidung der Fakultät angekündigt und betont, wie groß die Sympathien im Kollegium für Karl Indermauer[771] waren, sodass sie schließlich den Ausschlag für die Reihung an der Spitze der Terna gaben. Gleichzeitig kündigte Moy auch schon den Antrag der Fakultät an, die Kanzel zu teilen und Wildauer den Part der Rechtsphilosophie zu übertragen, wobei er betonte, dass er den (seinen) Vorschlag unterstütze: „Diesem Antrage würde ich, wenn nicht Wildauer auch Jurist wäre, mich principiell widersetzt haben. Unter den gegebenen Verhältnissen ist nichts dagegen einzuwenden, zumal Wildauer auch ein sehr wohlgesinnter Mann ist.“[772]

Für die Nachfolge von Schuler hatten sich drei Kandidaten beworben, die von der Fakultät folgendermaßen gereiht wurden: An die erste Stelle ihres Berufungsvorschlages setzte das Innsbrucker Kollegium den bereits von Moy erwähnten Karl Indermauer, ihm folgte Ignaz Neubauer[773] und als letzten reihte die Fakultät August Geyer.[774]

Karl Indermauer stammte aus Schwaz in Tirol. Zur Zeit der Verhandlungen war er Ministerialkonzipist im Unterrichtsministerium. Ignaz Neubauer aus Parauch in der Steiermark hatte zu diesem Zeitpunkt bereits ein Extraordinariat des österreichischen Strafrechts an der Universität Graz inne.[775] Der 1831 in Asch/Böhmen geborene August Geyer war der jüngste der

---

Rechtsphilosophie in naturrechtlicher Tradition durch eine religiös-restaurative Rechtsphilosophie zu ersetzen. Vgl. zu Moys Ansichten besonders bei Goller, Naturrecht, Rechtsphilosophie oder Rechtstheorie?, S. 61–65.

770 Kerer an MCU (Konzept), Innsbruck 12.01.1860, Akten der Juridischen Fakultät 17, 306 ex 1859/60, Universitätsarchiv Innsbruck.

771 Karl Indermauer (*Schwaz 1823), 1847 Dr. jur., anschließend in verschiedenen Positionen bei der Staatsanwaltschaft in Bozen, Wien und Wiener Neustadt, ab 1856 Konzipist im MCU.

772 Moy an Thun, Innsbruck 02.01.1860, Nachlass Leo Thun-Hohenstein, A3 XXI D544, Staatliches Gebietsarchiv Leitmeritz, Zweigstelle Tetschen-Bodenbach.

773 Ignaz Neubauer (Barauch 1816–1888 Graz), ab 1845 Adjunkt der jur.-pol. Studienabteilung in Wien, ab 1847 Präfekt am Theresianum in Wien, 1848/49 Mitglied der Frankfurter Nationalversammlung, ab 1850 ao. Prof. des öst. Strafrechts an der Universität Graz, ab 1860 o. Prof. ebendort. Siehe Karlheinz Probst, Geschichte der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Graz. Band 3. Strafrecht – Strafprozessrecht – Kriminologie (= Publikationen aus dem Archiv der Universität Graz 9), Graz 1987.

774 Das Gesuch von Geyer, vom 17.10.1859 liegt im AVA, MCU Allg. Sign. 5, Fasz. 994.

775 Siehe zu den Kompetenten Oberkofler, August Geyers Berufung nach Innsbruck (1860), S. 128–129.

drei Bewerber. Er hatte seine Studien 1856 in Wien mit dem Doktorat der Rechte abgeschlossen und konnte anschließend mit einem Reisestipendium des Ministeriums seine Kenntnisse in Berlin und London vertiefen. Seit 1857/58 lehrte er als Privatdozent österreichisches Strafrecht an der Universität Prag. Geyer hatte bis zu seiner Bewerbung mehrere Abhandlungen veröffentlicht, darunter auch eine Schrift zur Lehre der Notwehr, auf deren Basis er seine Venia erlangt hatte und in welcher er die Herbart'sche Philosophie auf das Strafrecht angewandt hatte.

Die Angelegenheit lag nun beim Ministerium. Bevor es dort allerdings zu einer Entscheidung kam, versuchte Professor Wildauer auf privatem Wege die Sache in seinem Sinne zu beeinflussen. Er schrieb am 4. Februar nämlich an Josef Fessler in Wien und bat diesen, „den bereits dem Ministerium vorliegenden Antrag, der meine innigen Wünsche enthält, gütigst unterstützen zu wollen"[776]. Wildauer berief sich dabei auch auf die Zustimmung des Statthalters Erzherzogs Karl Ludwig.[777] In dem Brief erfahren wir auch noch einiges dazu, warum die Trennung der Lehrkanzel aus der Sicht von Moy, Wildauer und der Fakultät notwendig war: Die Bewerber, allen voran der erstgereihte Indermauer, hatten sich nämlich nur für das Strafrecht beworben und daher sei zu befürchten, dass die Rechtsphilosophie zu einem bloßen Nebenfach degradiert werden würde.

> Eine Vereinigung der Rechtsphilosophie mit der philosophischen Kanzel, der sie ihrer Natur nach angehört, hätte meines Erachtens auch den Vortheil, die philosophischen Vorlesungen überhaupt den Juristen näher zu bringen und ihre Theilnahme noch bedeutend zu steigern. Und gut dürfte es jedenfalls sein, wenn sie nicht bloß lederne Beetstudenten bleiben, sondern sich auch angelegentlicher und allgemeiner um das Höhere kümmerten. Wird die Rechtsphilosophie einem Professor des Strafrechts mit in den Kauf gegeben, so ist wohl fast 100 auf 1 zu setzen, daß sie die Rolle eines ‚Nebenfaches' spielt, und daß das alte Zeiller'sche Naturrecht (diese noch kahler gemachte Kant'sche Rechtslehre mit einigen römischchristlichen Fragmenten ausgestopft) wieder auf die Katheder stiege. Was damit geleistet wäre in einer Zeit, wo die Rechtsbegriffe mehr als je ins Schweben gerathen und Pfiffigkeit und momentane Gewalt sich an die Stelle des Themis setzen, ist leicht einzusehen.[778]

776 Wildauer an Fessler, Innsbruck 04.02.1860, Nachlass Fessler 8, Diözesanarchiv St. Pölten.

777 Wildauer hatte im November 1859 eine vielbeachtete Rede bei der Schillerfeier in Innsbruck gehalten und bei der Überreichung eines gedruckten Exemplars dieser Rede hatte ihn der Statthalter in seinem Ansinnen bestärkt. Wildauer an Fessler, Innsbruck 04.02.1860, Nachlass Fessler 8, Diözesanarchiv St. Pölten.

778 Wildauer an Fessler, Innsbruck 04.02.1860, Nachlass Fessler 8, Diözesanarchiv St. Pölten.

Interessant ist dabei – neben dem Argument Wildauers, den Juristen auch eine philosophische Bildung anheim kommen zu lassen (und damit wohl auch den Wegfall der bis wenige Jahre zuvor bestehenden alten philosophischen Fakultät zu kompensieren) – insbesondere Wildauers Geringschätzung der bis 1848 dominierenden Rechtslehre in Österreich. Aus seiner Sicht führte eine am Naturrecht inspirierte Rechtsauffassung zu Unsicherheit und zu Relativismus bei den Studenten. Der Relativismus würde aber seiner Ansicht nach die traditionelle Ordnung und das göttliche Recht zerstören, von Wildauer als Kenner der griechischen Philosophie hier mit Themis,[779] der griechischen Gottheit der traditionellen Ordnung, bezeichnet. Wildauer hoffte wohl auch, durch eine gezielt gesteuerte Lehre der Rechtsphilosophie diesem Relativismus gegensteuern zu können, auch indem er sich an den Lehren seines Mentors Georg Schenach orientierte.[780]

Thun musste eine solche Absicht zwar zusagen, denn er bevorzugte ohnehin die historische Perspektive der Rechtswissenschaft und hatte die Rechtsphilosophie aus den relevanten Fächern der Staatsprüfungen entfernt, dennoch ging er in seinem Vortrag[781] an den Kaiser nicht auf den Vorschlag der Fakultät ein. Ob Fessler bei Thun in der Angelegenheit vorgesprochen hat, ist im Übrigen nicht zu eruieren. Noch dazu setzte Thun sich über die von der Fakultät eingesandte Terna hinweg und schlug den drittgereihten August Geyer dem Kaiser als Kandidaten für die Besetzung der Stelle vor. Dem Kaiser gegenüber erklärte er diesen Schritt damit, dass er die Argumente der Fakultät zwar schätze, er jedoch einen anderen Schwerpunkt setze als das Innsbrucker Kollegium:

> Dasselbe legt nämlich das entscheidende Gewicht auf die praktische Ausbildung im Gebiete des österreichischen Strafrechtes, während ich für die Professur das Hauptgewicht auf die Befähigung zu wissenschaftlicher Behandlung des bezüglichen Lehrfaches legen muss.[782]

Denn während die philosophische Fakultät in dieser Hinsicht bereits in der Vergangenheit versorgt worden war, benötige „die rechts- und staatswissenschaftliche Fakultät dieser Universität einen Zuwachs wissenschaftlich strebsamer Männer dringend.“[783] In dieser Hinsicht musste Thun Geyer den

779 Vgl. dazu Lutz Käppel, Themis, in: Der Neue Pauly, Bd. 12/1, Stuttgart, Weimar 2002.

780 Vgl. Wildauer an Fessler, Innsbruck 04.02.1860, Nachlass Fessler 8, Diözesanarchiv St. Pölten.

781 Der Vortrag ist zum Großteil abgedruckt bei Oberkofler, August Geyers Berufung nach Innsbruck (1860), S. 130–131.

782 Majestätsvortrag, Wien 08.04.1860, MCU Präs. 5962/1860, Österreichisches Staatsarchiv, Allgemeines Verwaltungsarchiv.

783 Ebenda.

beiden vor ihm Gereihten klar den Vorzug geben, wenn er auch anerkannte, dass der erstgereihte Indermauer – Neubauer wird von Thun als ungeeignet angesehen – , hätte er sich länger wissenschaftlichen Studien gewidmet und wäre er nicht in den praktischen Verwaltungsdienst gewechselt, dies zu leisten im Stande gewesen wäre. Indermauer fehle dadurch auch „ein tieferes Verständniß der verschiedenen Theile des positiven Rechtes und die Einsicht in ihren wissenschaftlichen Zusammenhang“[784], der insbesondere durch die neue Studienordnung von 1855 gefördert werden sollte, so Thun. Nicht zuletzt konnte Indermauer, so Thun schließlich, nur das Strafrecht vertreten, wohingegen Geyer auch die Lehre der Rechtsphilosophie abdecken könne. Damit war auch die Übertragung des Faches an Wildauer vom Tisch. Hinsichtlich des Lebenswandels konnte Thun sowohl Indermauer als auch Geyer ein vollkommen tadelloses Zeugnis ausstellen.

Der Kaiser ernannte Geyer daher am 14. April 1860 zum Professor des Strafrechts und der Rechtsphilosophie in Innsbruck. Schulers Titulatur des Lehrstuhls hatte noch gelautet: „Professor für Rechtsphilosophie und Strafrecht“, somit zeigte sich schon in der Bezeichnung des Lehrstuhls, welchen Schwerpunkt Thun gesetzt wissen wollte.[785] Es sollte dies die letzte Berufung in Innsbruck sein, die unter der Ägide von Thun vollzogen wurde.

Geyer führte sein wissenschaftliches Werk in Innsbruck fort. Wie Peter Goller in seiner Arbeit zur Geschichte der österreichischen Rechtsphilosophie[786] zeigte, versuchte Geyer schon kurz nach seinem Amtsantritt eine Erneuerung der Rechtsphilosophie in Österreich anzustoßen. Geyer stieß sich vor allem am sich entwickelnden Monopol der historischen Methode in den Rechtswissenschaften. Er kritisierte an der historischen Perspektive, dass sie den Begriff und den Ursprung des Rechts selbst im Dunkeln lasse. Geyer konnte allerdings die Zweifel an der spekulativen, naturrechtlich orientierten Rechtsphilosophie verstehen. Er war sogar ganz auf der Linie von Thun, wenn er das Naturrecht als revolutionär wirkende Kraft deutete, die geltendes Recht in Frage stelle und Revolution und Krieg mit der „Erhebung natürlicher und ethischer Forderungen“ rechtfertige.[787] Er versuchte daher eine realistische Rechtsphilosophie zu etablieren, die sich ganz an Herbarts Philosophie orientierte, indem er das „Recht vom ethischen Standpunkt aus“[788] beurteilt wissen wollte. Damit erteilte er freilich auch einer religiösen

784 Ebenda.

785 Auch Goller weist auf diese Verschiebung in der „Präferenzgewichtung“ bei der Berufung von Geyer hin. Vgl. Goller, Naturrecht, Rechtsphilosophie oder Rechtstheorie?, S. 358.

786 Goller, Naturrecht, Rechtsphilosophie oder Rechtstheorie?

787 Zit. ebenda. S. 83

788 Zit. ebenda, S. 83.

Rechtsphilosophie, wie sie etwa Thuns Berater Jarcke entworfen hatte und wie sie auch Moy vorschwebte, eine Absage.[789]

Geyer wurde 1872 an die Universität München berufen, wo er bis zu seinem Tod 1885 lehrte.[790]

5.16.3. Fazit

Die Berufung von Geyer war die letzte, die während Thuns Amtszeit in Innsbruck vollzogen wurde. Die Vorgehensweise im Falle von Geyer unterscheidet sich von den bisher betrachteten Fällen dadurch, dass die Fakultät tatsächlich ihr verbrieftes Recht, einen Dreiervorschlag einreichen zu dürfen, wahrgenommen hat. Thun setzte sich dann allerdings über diesen hinweg. Damit wahrte er nicht nur in dieser Hinsicht Kontinuität, auch die Wahl von Geyer ist durchaus symptomatisch, war Geyer doch derjenige, den Thun in wissenschaftlicher Hinsicht für am besten geeignet ansah und der gleichzeitig auch weltanschaulich die Ansprüche von Thun befriedigen konnte.

Beinahe eine Konstante bildet auch die versuchte Einflussnahme von Karl Ernst Moy de Sons, der in diesem Fall allerdings mit seinen Argumenten nicht bis zu Thun vordringen konnte. Dabei ist interessant, dass Moy sowohl den direkten Weg zu Thun, als auch den indirekten Weg über Josef Fessler wählte, um sich bei Thun Gehör zu verschaffen. Diesen indirekten Weg über Fessler wählte auch Wildauer bei seiner Bewerbung um den Auftrag, die Lehre der Rechtsphilosophie übernehmen zu können. Neuerlich weist dies darauf hin, dass Fessler in Innsbruck großer Einfluss auf Thun zugeschrieben wurde.

Moys Initiative – im Hinblick auf die Abtrennung der Rechtsphilosophie von der Kanzel des Strafrechts – wurde wohl insbesondere dadurch motiviert, dass er die Rechtsphilosophie einem vertrauenswürdigen Professor anvertrauen wollte. Wohl schon bei Schuler, der als vergleichsweise liberal galt, musste ihm die Verbindung des naturrechtlich inspirierten österreichischen Strafrechts und der Rechtsphilosophie ein Dorn im Auge gewesen sein. Er selbst hatte sich daher auch angeboten, die Kanzel nach dem Tod Schulers zu übernehmen, ausgestattet mit dem Wunsch, der naturrechtlich inspirierten Rechtsphilosophie endgültig den Garaus zu machen und sie stattdessen in seinem Sinn, ausgehend von der göttlichen Offenbarung zu lehren. Thun,

789 Vgl. insgesamt dazu ebenda, S. 81–86. Zu Geyer als Strafrechtler kurz bei Oberkofler, August Geyers Berufung nach Innsbruck (1860), S. 131–132.

790 Siehe dazu auch bei Albert Teichmann, Geyer, August, in: Allgemeine Deutsche Biographie, Bd. 49, Leipzig 1904, S. 339–340.

der diesen Weg eigentlich selbst gefördert hatte, entschied sich dennoch für die Beibehaltung der bestehenden Kombination – eine Kombination, die im Übrigen auch an anderen Universitäten durchaus üblich war.[791] Gerhard Oberkofler glaubt hingegen, dass Thun die Rechtsphilosophie lediglich als „belangloses Anhängsel“[792] betrachtet hat und es ihm vielmehr darum ging einen tüchtigen Strafrechtler zu gewinnen. Diese Ansicht wird durch den Majestätsvortrag Thuns gestützt, in dem fast ausschließlich vom Strafrecht gesprochen wird. Außerdem drückt sich die Schwerpunktsetzung in der Titulatur des Lehrstuhls aus.

Geyer hat allerdings auch als Rechtsphilosoph „überlokale Wirkung“[793] erzielt. Festzuhalten ist zudem, dass Geyer sich in seiner Rechtsphilosophie stark an Herbart orientierte. Die Lehren Herbarts fanden in Österreich besonders durch Exner und dann vor allem Hermann Bonitz Eingang. Durch Exner und dessen Entwurf der Unterrichtsreform fand Herbarts Lehre auch institutionellen Ausdruck, so wird etwa die ausgewogene Verteilung der Lehrfächer, die Aufnahme auch der Realien und Naturwissenschaften in den Gymnasiallehrplan – im Gegensatz etwa zu den preußischen Gymnasien – auf den Einfluss von Herbart zurückgeführt. Durch gezielte Besetzungspolitik auf verschiedene österreichische Lehrstühle fand die Lehre Herbarts auch institutionelle Anknüpfung und Verbreitung.[794] Der Herbartianismus stieg so geradezu zur „Staatsphilosophie“[795] auf, einer Philosophie die sich von idealistischem Schwärmertum distanzierte, wissenschaftlichen Ansprüchen genügte und die gleichzeitig keinen universellen Anspruch – das heißt auch hinsichtlich ihrer Wirksamkeit auf die Lebenswelt der Menschen – erhob. Auch in seiner Ablehnung von Kant war Geyer voll auf der Linie des Unterrichtsministeriums.[796]

---

791 Die Verbindung war in Österreich und Deutschland verbreitet und datiert – so wie in Innsbruck – meist in die Zeit der Aufklärung. Vgl. dazu Tanja Hörnle, Strafrecht und Rechtsphilosophie. Traditionen und Perspektiven, in: Stefan Grundmann (Hg.), Festschrift 200 Jahre Juristische Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin, Berlin, New York 2010, S. 1265–1281, hier S. 1265–1266. Eine kursorische Untersuchung einiger Biografien von Rechtsphilosophen des Vormärzes erweist die Verbindung von „Vernunft- und österreichischem Criminalrecht“ als üblich. Dies gilt etwa für Franz Egger in Graz, Johann Nepomuk Berger am Theresianum, Moritz Heyssler ebenda und Eduard Herbst in Lemberg, u. a. m. Für die Zeit nach 1848 gilt es zumindest noch eingeschränkt, in Graz etwa wurden die Kanzeln 1860, nachdem sie vorübergehend geteilt waren, wieder vereint. Vgl. Goller, Naturrecht, Rechtsphilosophie oder Rechtstheorie?, S. 372–373.

792 Oberkofler, August Geyers Berufung nach Innsbruck (1860), S. 128.

793 Goller, Naturrecht, Rechtsphilosophie oder Rechtstheorie?, S. 385.

794 Vgl. Feichtinger, Wissenschaft als reflexives Projekt, S. 148–151.

795 Goller, Naturrecht, Rechtsphilosophie oder Rechtstheorie?, S. 83; Feichtinger, Wissenschaft als reflexives Projekt, S. 146.

796 Vgl. dazu bei Goller, Naturrecht, Rechtsphilosophie oder Rechtstheorie?, S. 83.

Die Berufung von Geyer muss daher auch im Lichte der Etablierung des Herbartianismus als „Staatsphilosophie“ gesehen werden.

5.17. Thuns Personalpolitik. Resümee

Hans Lentze hat mit seinem Werk zur Thun'schen Reform die Personalpolitik des Ministers erstmals eingehend erforscht: Sein Urteil lautete damals mit Blick auf einige wenige Ernennungen, dass Thun in Personalfragen ein autoritäres Regime geführt hat. Dieses Regime diente einerseits dazu, eine personelle Erneuerung an den österreichischen Universitäten einzuleiten und andererseits dazu, sein wissenschaftliches Programm, besonders die Stärkung der Rechtsgeschichte, umzusetzen.

Dieses Urteil kann auf Grundlage der vorliegenden Untersuchungen voll bestätigt werden, gleichzeitig lässt sich Lentzes Auffassung weiter differenzieren. Beinahe alle Berufungen in seiner Ministerzeit an der Universität Innsbruck hat Thun eigenständig entschieden. Eine Ausnahme bilden nur die universitätsinternen Umbesetzungen von Kanzeln im Falle von Anton Baumgarten und Ernest Theser. Ansonsten hatte Thun entweder die Universität erst gar nicht über einen laufenden Besetzungsprozess informiert – das war vor allem der Fall, als es um die Einrichtung neuer Kanzeln ging –, oder er hat sich über die Vorschläge der Fakultäten hinweggesetzt. Dabei lässt sich gleichzeitig feststellen, dass die Universität gerade am Beginn seiner Amtszeit, in einer Zeit, als die Euphorie über die neuen Selbstverwaltungsrechte noch bestand, gegen diese Einflussnahme bzw. Nicht-Beachtung ihrer Vorschläge protestiert hatte. Nach und nach fügte man sich aber offenbar der Politik Thuns und die Proteste fanden nur noch auf privatem Wege statt. Inwieweit die nachlassenden Proteste von offizieller Seite auch als Zustimmung zu Thuns Politik gewertet werden können, muss offenbleiben. Vergleiche zum Verhalten an anderen Universitäten können nur begrenzt gezogen werden, weil ähnliche Untersuchungen, bis auf jene von Manfred Bauer[797] weitgehend fehlen. Letztere lässt aber durchaus eine ähnliche Tendenz – zumindest in Graz – erkennen.

Mit ‚privat‘ ist zudem ein weiteres wichtiges Stichwort für das Verständnis der Besetzungspolitik des Ministers genannt, da die Personalpolitik Thuns nur richtig gedeutet werden kann, wenn man auch die Quellen einbezieht, die abseits der offiziellen ministeriellen und universitären Bahnen verliefen.[798] Lentze hat die Existenz eines Systems von „Vertrau-

797 Bauer, Eine Reform unter dem Mikroskop.

798 Vgl. hier besonders die Arbeit von Zikulnig, die die Berufungspolitik anhand der Majes-

ensmännern“ hinter den Kulissen bereits thematisiert und dabei vor allem die Rolle von Karl Ernst Jarcke und George Phillips betont. Ebenfalls erwähnt hat er Karl Ernst Moy, Konstantin Höfler, Julius Ficker und Johann Friedrich Schulte.[799] Die vorliegenden Untersuchungen konnten dieses System klar bestätigen und darüber hinaus zeigen, dass es neben den von Lentze genannten noch weitere wichtige Vertrauensmänner gegeben hat.

Für Innsbruck kann man in einer ersten Phase von Thuns Amtszeit vor allem Karl Ernst Moy nennen, der Thun vielfach beraten hatte und auch unaufgefordert seine Meinung zu den Reformen und Personalentscheidungen in Innsbruck und andernorts kundgetan hat. Daneben war es vor allem Julius Ficker, dem man großen Einfluss auf Thuns Entscheidungen zuerkennen kann. Für Ficker ist zudem besonders erwähnenswert, dass er sich im Namen des Ministers in seiner Heimat nach Kandidaten erkundigte und somit zu einem Mittelsmann zwischen dem Minister und seinen Bekannten wurde. Ähnliches gilt für den Frankfurter Staatsrat Justin Linde, den Thun mehrfach in Personalfragen kontaktierte und der sich seinerseits wieder bei Bekannten erkundigte. Unbedingt nennen muss man den Kirchenhistoriker und späteren Bischof von St. Pölten Josef Fessler, der offenbar im Ruf stand, großen Einfluss auf Thun zu besitzen und daher mehrfach von Tirol aus gebeten wurde, bei Thun zu intervenieren. Da er in Wien lebte und lehrte muss man allerdings davon ausgehen, dass er in direktem Kontakt zu Thun stand, sodass nur wenige Briefe von Thun und Fessler erhalten sind und so der Einfluss Fesslers nur indirekt nachvollziehbar ist. Nennen kann man zudem die Statthalter von Tirol, Graf Bissingen und Erzherzog Karl Ludwig, die Thun von amtlicher Seite mehrfach beraten haben. So ergibt sich das Bild eines weiten Netzwerkes, dessen sich Thun bedienen konnte, um geeignete Kandidaten zu finden.

Auffällig ist, wie bereits am Beginn dieses Teils angedeutet wurde, dass es zu manchen Besetzungen einen ausgedehnten Briefverkehr gegeben hat, zu anderen hingegen nicht. Lässt man nun die Möglichkeit außen vor, dass dies allein dem Zufall der Überlieferung geschuldet sei, so lassen sich bei diesen beiden Gruppen auffällige Unterschiede feststellen. Bei Besetzungen von Lehrstühlen, denen Thun hohe Bedeutung zumaß, weil sie seiner Ansicht nach besonders auf den Charakter und die Weltanschauung der Studenten

tätsvorträge bearbeitet hat. Ohne die verdienstvolle Arbeit schmälern zu wollen, greift sie damit aber aus meiner Sicht meist zu kurz. Zikulnig, Restrukturierung, Regeneration und Reform: Die Prinzipien der Besetzungspolitik der Lehrkanzeln in der Ära des Ministers Leo Graf Thun-Hohenstein.

799 Lentze, Die Universitätsreform des Ministers Graf Leo Thun-Hohenstein, S. 119–121.

Einfluss besaßen, gibt es deutlich mehr Quellen. An erster Stelle kann man hier die Berufung von Julius Ficker auf den Lehrstuhl für Geschichte nennen. Bei ihm kommt außerdem hinzu, dass er nicht aus Österreich stammte und daher seine Berufung noch besser abgesichert werden musste als die eines Inländers. Ähnlich ist es im Fall der klassischen Philologie, der Kanzel für deutsche Sprache und Literatur und dem Lehrstuhl für Philosophie. Zu all diesen Fällen lassen sich zahlreiche Quellen finden, wohingegen zu den Berufungen auf die naturwissenschaftlichen Kanzeln innerhalb der philosophischen Fakultät weniger Material greifbar ist. Die Unterschiede zwischen den, um den heutigen Sprachgebrauch zu verwenden, geistes- und naturwissenschaftlichen Fächern verdeutlichen auch, dass die großen weltanschaulichen Auseinandersetzungen wie etwa die Evolutionstheorie Darwins, die in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wissenschaftliche Debatten beherrschen sollten, zum damaligen Zeitpunkt noch nicht virulent waren.[800] Für die juridische Fakultät lässt sich ein solcher Trend weniger festmachen, wenngleich die Berufung von Friedrich Maassen auf den Lehrstuhl für Römisches Recht und somit für ein Fach, das Thun besonders am Herzen lag, hervorsticht. Ähnlich ist es mit den Berufungen von Moy und Phillips. Die auch von Lentze geäußerte These, dass Thun vor allem Wert auf die weltanschaulichen Fächer gelegt hatte, ließe sich durch diese Beobachtungen also stützen.

Die Ära Thun bedeutete für die Innsbrucker Universität vor allem eine personelle Umstrukturierung. Von den zwölf Professoren, die am Beginn von Thuns Ministerschaft in Innsbruck gelehrt hatten waren 1860 nur drei übrig geblieben: Es waren dies die Professoren Baumgarten, Kerer und Theser. Alle übrigen waren entweder pensioniert oder versetzt worden. Durch Thuns Besetzungspolitik hat sich die Zahl der Professoren von zwölf auf 18 erhöht, dazu kamen noch zwei Privatdozenten. Damit hat sich die Zahl der Professoren in den beiden schon 1848 bestehenden Fakultäten um die Hälfte erhöht. Dazu kamen noch acht Professoren der 1857 neu gegründeten theologischen Fakultät. [801]

Blickt man nun nur auf die juridische und philosophische Fakultät, so

800 Vgl. dazu auch Werner Michler, Darwinismus und Literatur (= Literaturgeschichte in Studien und Quellen), Wien 1999; auch Andrea Albrecht, „Stockphilologen einerseits“ und „blos beobachtende Naturforscher andrerseits“. Zu Wilhelm Diltheys (1833–1911) Vorstellungen von der universitas litterarum und seinem Ideal disziplinärer Konzilianz, in: Brigitte Peters/Erhard Schütz (Hgg.), 200 Jahre Berliner Universität. 200 Jahre Berliner Germanistik 1810–2010, Bern, Berlin, Brüssel, Frankfurt a.M., New York, Oxford, Wien 2011, S. 81–104.

801 Von diesen wurde vorerst aber abgesehen, da das Ministerium bei deren Ernennung keine Rolle gespielt hatte. Siehe dazu das Kapitel 6.

lassen sich auch abgesehen von der Zahl der Professoren zusätzlich einige Veränderungen feststellen. Betrachtet man die Herkunft der Professoren, so zeigt sich, dass es zu einer räumlichen Erweiterung bei der Rekrutierung der Professoren kam, damit sank die Zahl der Tiroler im Kollegium auf fünf. Waren 1848 noch die Hälfte der Professoren Tiroler gewesen, so hatte sich das Verhältnis nun deutlich zugunsten der Nicht-Tiroler verschoben. Zudem gab es 1860 – anders als 1848 – wieder Professoren, die nicht aus den österreichischen Kronländern stammten: zwei aus dem Königreich Bayern und zwei aus Preußen. Im Vergleich zu anderen Universitäten der Monarchie blieb die Universität dennoch stark von lokalen Professoren geprägt.[802] Für die philosophische Fakultät lässt sich zudem ein klarer Generationenwechsel feststellen: Drei Professoren (Jäger, Schenach, Böhm) erhielten einen Ruf an eine andere Universität, Flir und Haidegger wurden andere Betätigungsfelder zugewiesen. Baumgarten, der jüngste im Kollegium im Jahr 1848, war der einzige Professor, der auch 1860 noch an der Fakultät lehrte. Der überwiegende Teil der Professoren (sieben von zehn), die Thun in den 1850er-Jahren an die philosophische Fakultät berufen hatte, war zwischen 1825 und 1830 geboren worden. Die beiden Professoren Glax und Kopetzky waren jeweils 15 bis 20 Jahre älter als ihre Kollegen. Gleichzeitig war ihre Versetzung eher eine Notlösung gewesen – für Kopetzky brauchte Thun nach der Auflösung der Olmützer Universität einen neuen Betätigungsort und er wurde daher (widerwillig) nach Innsbruck versetzt; Glax war eher aus der Not an geeigneten österreichischen Historikern berufen worden. Hinzufügen könnte man noch Anton Kerner, dessen Berufung noch unter Thun vorbereitet wurde, der aber erst 1861 seine Stelle antrat. Er wurde 1831 geboren und war damit der jüngste Professor im Kollegium, zugleich löste er Joseph Köhler (geb. 1792), den ältesten Professor im Kollegium ab.

An der juridischen Fakultät lässt sich ein solcher Generationenwechsel nur in Ansätzen feststellen. Hier hatte Thun durchaus auch ältere Professoren berufen, so z.B. Phillips, Moy, Schuler und Pfaundler, die alle um das Jahr 1800 geboren worden waren. Daneben gab es mit Maassen, Oberweis, Kleinschrod und Geyer jedoch auch Professoren, die im Durchschnitt ungefähr eine Generation jünger waren.

Auch wenn es unter der bisherigen Professoren Anhänger der Reform gab, kann man grundsätzlich feststellen, dass die neuberufenen – wie gesehen – oft jüngeren Professoren, letztlich auch als Träger der Reform betrachtet werden können und als ein Grund für den Erfolg der Reformen. Die neuen Professoren kannten oftmals entweder nur das reformierte österreichische Unterrichtssystem oder waren bereits in Deutschland in einem ähnlichen

802 Vgl. Surman, Habsburg Universities 1848–1918, S. 213.

System wissenschaftlich sozialisiert worden. Diese personelle Erneuerung war wohl letztlich auch nur möglich durch die weitgehend zentrale Steuerung der Berufungspolitik durch das MCU.[803]

Für den Großteil der neu ernannten Professoren an der philosophischen Fakultät war es der erste Ruf an eine Universität, während an der juridischen auch in diesem Fall das Verhältnis ausgeglichener war. Einige der jungen Professoren, die Thun nach Innsbruck berufen hatte, erhielten späterhin auch einen Ruf an eine größere, prestigeträchtigere Universität: Hlasiwetz, Waltenhofen, Kerner und Maassen wurden jeweils nach Wien berufen (Waltenhofen über den Umweg nach Prag, Maassen lehrte kurz in Graz); Karl Schenkl erhielt einen Ruf nach Graz, August Geyer folgte einem Ruf nach München, Occioni lehrte zuletzt in Rom. Die älteren Professoren blieben hingegen meist bis zu ihrer Emeritierung in Innsbruck. Innsbruck, als die damals kleinste Universität des Reiches, erweist sich für die 1850er-Jahre damit als eine „Einstiegsuniversität“[804] für den Beginn einer akademischen Karriere.[805]

Die Zahl der Professoren mit kirchlichen Weihen hatte sich durch die Gründung der theologischen Fakultät seit 1848 zwar genau verdoppelt, jedoch waren nun alle geistlichen Professoren an eben dieser Fakultät beschäftigt. An der philosophischen Fakultät lehrte nun kein Priester oder Mönch mehr, einzig Ignaz Vinzenz Zingerle hatte 1847 die niederen Weihen empfangen. Er war jedoch kurz darauf aus dem geistlichen Stand ausgetreten und hatte geheiratet.

Mit der Reform sind auch einige neue Lehrstühle etabliert worden. An der Rechtsfakultät ist in erster Linie der Lehrstuhl für deutsche Reichs- und Rechtsgeschichte zu nennen. Zudem wurde die Kanzel für Römisches Recht vom Kirchenrecht getrennt und doppelt besetzt, sodass hier deutlich das Thun'sche Programm der Förderung der historischen Richtung innerhalb

803 Vgl. dazu auch die Hinweise bei William Clark, der mit Blick auf die Abschaffung der sog. ‚Familienuniversität' die zentrale Steuerung der Berufungspolitik durch das Ministerium betont hat und meinte: „In this case, the professor would reproduce not a group in the first instance, but a system“. Clark, Academic charisma and the origins of the research university, S. 17.

804 Vgl. dazu auch die Terminologie von Marita Baumgarten, Professoren und Universitäten im 19. Jahrhundert. Zur Sozialgeschichte deutscher Geistes- und Naturwissenschaftler (= Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 121), Göttingen 1997. Baumgarten schlägt auf Grund ihrer Untersuchung von Karriereverläufen an deutschen Universitäten im 19. Jahrhundert eine Einteilung der deutschen Universitäten in Einstiegs-, Durchgangs- und Zieluniversitäten vor.

805 Für das spätere 19. Jahrhundert hat Jan Surman hingegen eine differenziertere Perspektive offengelegt. Vgl. Surman, Habsburg Universities 1848–1918, ab S. 245, besonders dann S. 258–260 und die Grafiken S. 495–496.

der Rechtswissenschaften deutlich wird. In der philosophischen Fakultät ist die Entwicklung noch klarer. Hier wurde das Fach Chemie aus dem medizinisch-chirurgischen Studium herausgelöst und als selbstständige Kanzel etabliert. Ähnliches erfolgte auch an den meisten anderen Universitäten, wo zudem die Naturgeschichte in mehrere Kanzeln aufgespalten wurde, was in Innsbruck nicht geschehen war. Weitere neue Lehrkanzeln waren jene für deutsche Sprache und Literatur und jene für italienische Sprache und Literatur. Erstere wurde vollkommen neu geschaffen, für die Kanzel der italienischen Sprache gab es einen Anknüpfungspunkt im italienischen Sprachunterricht, der im Rahmen des philosophischen Studiums angeboten worden war. Mit der Einrichtung einer eigenen Lehrkanzel sollte der Unterricht in italienischer Sprache und Literatur allerdings auf eine wissenschaftliche Stufe gehoben werden, parallel dazu sollte ein Lehrer weiterhin die italienische Sprache vermitteln. Abgeschafft wurde hingegen die Kanzel für Religionswissenschaft und Erziehungskunde, deren Unterricht an die Gymnasien abgetreten wurde.

Die meisten neu ernannten Professoren waren demnach auch Fachwissenschaftler modernen Typs, die Spezialisten in ihren Fächern waren und an die anders als etwa im philosophischen Kurs ein höherer wissenschaftlicher Anspruch gestellt wurde. Während des Vormärzes kam es beispielsweise häufiger vor, dass Professoren ihr Fachgebiet wechselten oder ein anderes Fach über mehrere Semester supplierten. Der eingangs erwähnte Michael Haidegger, Professor für Religionswissenschaften, supplierte in den Jahren 1835 und 1839 etwa zeitweise auch die Kanzel für Physik.[806] Derartiges gab es nach 1848 zwar vereinzelt, Thun verwahrte sich aber grundsätzlich gegen ein solches Vorgehen: Als etwa der Professor für klassische Philologie, Kopetzky, das Fach Philosophie supplieren wollte, lehnte er dies ab. Alois Flir war Professor für klassische Philologie und Ästhetik, veröffentlichte aber zuletzt Bücher über Shakespeare und Goethe und war gleichzeitig als Dichter tätig. Seine Nachfolger hingegen widmeten sich ausschließlich der Lehre und Forschung in ihrem Fach klassische Philologie. Allerdings herrschte gerade in der Übergangszeit ein gewisses Nebeneinander von älteren noch im Vormärz ausgebildeten Professoren und der jungen Generation an Fachwissenschaftlern.

Wie das Briefnetzwerk und die Majestätsvorträge deutlich zeigen, zählte für Thun neben der wissenschaftlichen Eignung besonders die tadellose politische und moralische Haltung der zu ernennenden Personen. Dies gilt für Innsbruck umso mehr, als das streng katholische Milieu in Tirol die Ernennung von protestantischen Professoren nicht zuließ, was etwa an anderen

806 Steinmaurer, Die Lehrkanzel für Experimentalphysik, S. 70.

Universitäten, wenn auch vereinzelt, aber doch vorgekommen war. Vielmehr ernannte Thun gerade in Innsbruck einige streng katholische, geradezu ultramontane ‚Aushängeschilder', wie George Phillips und Karl Ernst Moy de Sons und mit Friedrich Maassen und August Tewes zwei Konvertiten.

Mit seiner Personalpolitik hat Thun auch die Entwicklung einzelner wissenschaftlicher Disziplinen bzw. der Universität auf längere Zeit geprägt, zumal einige der jüngeren Professoren lange an der Universität lehrten. Außerdem dominierten einige von jenen Professoren, die Thun protegiert und gefördert hatte, auch noch Jahrzehnte nach seiner Amtszeit durch ihre Schüler bzw. durch ihren Einfluss die personelle Entwicklung an den Universitäten. Der Einfluss von Hermann Bonitz wurde dabei erwähnt. Aber es gibt auch andere Beispiele. So wurde etwa dem von Thun berufenen Karl Schenkl großer Einfluss bei der Besetzung von Lehrstühlen und Positionen im Bereich der klassischen Philologie nachgesagt.[807]

Insgesamt lässt sich auch eine Parallele zu Preußen herstellen, wo der Universitätsreferent Friedrich Althoff gegen Ende des 19. Jahrhunderts ein ähnliches System an Vertrauenspersonen besaß, das ihn besonders in Personalfragen beraten hatte. So wie in Österreich hatten die preußischen Universitäten das eigentliche Vorschlagsrecht bei der Ernennung von Professoren inne, das Ministerium musste der Ernennung dann zustimmen. Ähnlich wie Thun nahm sich Althoff jedoch regelmäßig heraus, das Recht der Fakultäten zu umgehen, und ernannte Kandidaten, die aus seiner Sicht am besten geeignet waren. Während Thun allerdings großen Wert auf die moralische Einstellung der Kandidaten legte, war für Althoff der ausschlaggebende Grund die wissenschaftliche Qualität der Kandidaten. Er wollte durch seine Eingriffe die Vetternwirtschaft und den Klüngel an den Universitäten minimieren.[808] Obschon in dieser Hinsicht doch ein bedeutender Unterschied besteht, so zeigt vor allem die Methode des inoffiziellen Vorgehens und der Unterhaltung eines Informantennetzwerkes interessante Parallelen. Auch in der Bewertung von Althoff lassen sich Ähnlichkeiten feststellen, die sich

807 Vgl. dazu die Hinweise bei Oberkofler et al., Geschichte der Universität Innsbruck (1669–1945), S. 219.

808 Vgl. zu Althoff besonders Bernhard Brocke, Hochschul- und Wissenschaftspolitik in Preußen und im Deutschen Kaiserreich 1882–1907: das „System Althoff", in: Peter Baumgart (Hg.), Bildungspolitik in Preußen zur Zeit des Kaiserreichs, Stuttgart 1980, S. 9–118; Brocke, Von der Wissenschaftsverwaltung zur Wissenschaftspolitik. Friedrich Althoff (19.2.1839–20.10.1908); zuletzt Bernhard Brocke, Berufungspolitik und Berufungspraxis im Deutschen Kaiserreich, in: Christian Hesse/Rainer Christoph Schwinges/Melanie Kellermüller (Hgg.), Professorinnen und Professoren gewinnen. Zur Geschichte des Berufungswesen an den Universitäten Mitteleuropas, Basel 2012, S. 55–103. Einen ähnlichen Vergleich zieht auch Surman, Habsburg Universities 1848–1918, S. 42.

bis in die Formulierung gleichen, so erkannte etwa Friedrich Naumann 1907 im Wirken Althoffs ein „fast diktatorisches Regime“[809] ohne sich klar zu positionieren, ob dieses zum Vor- oder Nachteil der Universitäten und der Wissenschaften gereicht hatte. Umgekehrt sprach Gary Cohen 90 Jahre später von Leo Thuns Amtsführung, die dieser mit „virtually dictatorial authority“[810] ausgeübt habe.

Eine andere, ähnliche Parallele lässt sich zu Justin Linde – und damit einem Mitglied von Thuns Netzwerk – ziehen, der als Kanzler der Universität Gießen während der 1830er- und 1840er-Jahre die Geschicke der dortigen Universität lenkte und der, beschränkt auf den engeren Kreis seiner Universität, ein ähnlich rigides Regiment führte, wohl ebenfalls im Glauben, damit am besten der Universität und den Wissenschaften dienen zu können.[811] Er erkannte daher in einem Brief an Thun auch dessen Vorgehen und Methode bei der Besetzung offener Stellen an und lobte es ausdrücklich:

> Ein Kultus und Unterrichtsminister macht Grundlagen, die leicht auf Jahrhunderte nach ihm, und stellt Personen an, die im Großen und Ganzen wenigstens ein Menschenleben hindurch oft noch in kommenden Generationen die Richtung des sittlichen und geistigen Lebens der ganzen Nation so unwiederstehlich bestimmen, daß ein nachfolgender Minister, wenn er ein System des Vorgängers durchgeführt findet, sich nur auf die Fortführung zu beschränken hat. E. Excellenz haben diese Aufgabe für eine unermeßliche Monarchie und wie es mir scheint unter schwierigen Verhältnissen als Erbschaften der Vergangenheit. Wo man aber mit weniger tauglichen Einrichtungen der Vorzeit, mit tief eingewurzelten Vorurtheilen für alte und gegen neue Systeme zu kämpfen hat und wo einem dennoch bei den unfahrbarsten Wegen oft der rechte Wegweiser und guter Vorspann fehlt, da gehört mehr als menschliche Kraft dazu, bald und sicher zum Ziele zu kommen. Das war schon lange die Ansicht, welche ich von der großen Aufgabe E. Excellenz hatte, und bei der ich deshalb so sehr wünschte, mit meinen geringen Kräften hochderselben zur Disposition zu sein.[812]

809 Zit bei Brocke, Berufungspolitik und Berufungspraxis im Deutschen Kaiserreich, S. 96.
810 Cohen, Education and Middle-Class Society in Imperial Austria 1848–1918, S. 26.
811 Felschow et al., Universität und Ministerium im Vormärz, S. XVIII–XXIV.
812 Linde an Thun (Konzept), Frankfurt a.M. 31.05.1854, N 1759, 51, Bundesarchiv Koblenz.

6 DIE EINRICHTUNG DER THEOLOGISCHEN FAKULTÄT IM JAHR 1857

Im September 1856 eröffnete Leo Thun Julius Ficker[1] brieflich seinen Plan, die Innsbrucker Universität zu erweitern und sie mit einer theologischen Fakultät auszustatten. Mit diesem Brief beantwortete der Minister eine Anfrage Fickers, wie es um die Zukunft der Innsbrucker Universität bestellt sei. Die Sorge um eben diese Zukunft wurde nämlich von dem Gerücht genährt, in Salzburg würde eine katholische Universität errichtet werden. In so einem Fall, so die Befürchtung Fickers, wäre der Fortbestand der Innsbrucker Universität durch die neu erwachsene Konkurrenz aus Salzburg mehr als fraglich.[2] Das von Ficker angesprochene Gerücht beflügelte damals nicht nur die Gedanken von Ficker, sondern beunruhigte weite Kreise in Tirol, wie zahlreiche besorgte Stimmen aus dieser Zeit beweisen, die sich an den scheinbar beschlossenen Plänen abarbeiteten.[3] Gleichzeitig war dies nicht das einzige Gerücht dieser Art in Österreich. Vielmehr kursierten während der gesamten Amtszeit von Leo Thun in unterschiedlicher Vehemenz Nachrichten mit ähnlichem Inhalt bzw. gab es Debatten und Forderungen, die in diese Richtung zielten. Das Spektrum reichte dabei vom oben erwähnten Gerücht bis hin zur Forderung nach einer (Re-)Katholisierung aller österreichischen Universitäten. Im folgenden Kapitel soll daher die Einrichtung der theologischen Fakultät im Hinblick auf die Debatte um die Errichtung einer katholischen Universität bzw. um die Frage nach der Stellung der Universität zur katholischen Kirche untersucht werden.

Die Gründung der theologischen Fakultät in Innsbruck wurde bisher insbesondere von Angehörigen selbiger Fakultät untersucht. Zu nennen sind dabei besonders die Arbeiten von Emerich Coreth SJ[4] und Hugo Rahner SJ[5], welche die Gründung vorwiegend im Zusammenhang mit der Wiederansiedlung der Jesuiten in Innsbruck bzw. im Rahmen der Geschichte des Jesuitenkollegs in der Stadt untersucht haben. Des Weiteren sind die Arbeiten

1 Thun an Ficker, Wien 22.09.1856, Nachlass Ficker, Institut für Österreichische Geschichtsforschung.

2 Siehe Ficker an Thun, Innsbruck 19.09.1856, Nachlass Leo Thun-Hohenstein, A3 XXI D387, Staatliches Gebietsarchiv Leitmeritz, Zweigstelle Tetschen-Bodenbach.

3 Siehe dazu Kapitel 6.6.

4 Coreth, Das Jesuitenkolleg in Innsbruck; Emmerich Coreth, Die Theologische Fakultät Innsbruck. Ihre Geschichte und wissenschaftliche Arbeit von den Anfängen bis zur Gegenwart (= Veröffentlichungen der Universität Innsbruck 212), Innsbruck 1995.

5 Rahner, Die Geschichte eines Jahrhunderts.

von Peter Goller von Wichtigkeit in diesem Zusammenhang.[6] Die Verschiebung der Perspektive und die Einbeziehung neuer Quellen ermöglicht es aber, nicht nur die Gründung der theologischen Fakultät zu untersuchen, sondern auch der Frage nachzugehen, welche Vorstellungen von der Universität Innsbruck sich hinsichtlich deren Stellung zur katholischen Kirche bzw. im Gesamtverbund des österreichischen Universitätssystems ablesen lassen.

Um die Situation im Jahre 1857 umfassend beurteilen zu können, ist es daher notwendig, den Blick zuvor noch einmal einige Jahre zurück zu werfen. Besonders in das Jahr 1848 und die frühen 1850er-Jahre fallen mehrere Entwicklungen, die für das Verständnis und die Vorgänge im Jahr 1857 konstitutiv sind.

6.1. Bitte um Vervollständigung der Universität Innsbruck und Ansiedlung der Jesuiten

Schon im Jahr 1848/49 hatte es im Zuge der Debatte um die Vervollständigung der Innsbrucker Universität einen Versuch gegeben, eine theologische (und eine medizinische) Fakultät zu errichten, um somit die Gefahr einer Aufhebung der Universität zu bannen.[7] Zu diesem Zeitpunkt gab es erste Verhandlungen zur Gründung einer theologischen Fakultät, die letztlich jedoch insbesondere daran scheiterten, dass der Brixner Bischof das dortige Seminar nicht nach Innsbruck transferieren wollte. Auch die damals diskutierte Verlegung des Bischofsstuhls nach Innsbruck lehnte er ab. Nachdem 1848/49 die Verhandlungen gescheitert waren, jedoch auch die akute Gefahr der Aufhebung der Universität gebannt war, wurde das Projekt zur Einrichtung einer theologischen Fakultät zunächst nicht weiter verfolgt. Erst mit dem Tod des Prälaten des Stifts Wilten Alois Röggl[8] wurde neuerlich die Möglichkeit diskutiert, den Sitz der Diözese von Brixen in die Landeshauptstadt Innsbruck zu verlegen oder die Diözesangrenzen neu zu ziehen und in Innsbruck eine eigene Diözese zu errichten.[9] Mit einem solchen Schritt hätte man das wesentliche Hindernis für das Bestehen einer theologischen Fakul-

6 Goller, Die Matrikel der Universität Innsbruck.

7 Vgl. dazu Kapitel 3.3.

8 Alois Röggl OPraem (Innsbruck 1782–1851 Innsbruck), 1805 Priesterweihe, 1817–20 Subprior von Stift Wilten, 1820 Abt, 1822–32 General Gymnasialdirektor für Tirol und Vorarlberg und Direktor des Innsbrucker Gymnasiums, 1830–1842 Direktor des Theresianums in Innsbruck.

9 Vgl. Moy an Unbekannt, Innsbruck o.D. [06.06.1851], Nachlass Leo Thun-Hohenstein, A3 XXI D118, Staatliches Gebietsarchiv Leitmeritz, Zweigstelle Tetschen-Bodenbach.

tät aus dem Weg geräumt, da der Bischof berechtigt war, die Aufsicht über die Fakultät zu führen. Karl Ernst Moy de Sons, der damals kurz vor seiner Ernennung zum Professor in Innsbruck stand und den Minister erst kurz zuvor persönlich kennen gelernt hatte, versuchte sofort seine neuen Kontakte im Ministerium auszunützen und auszuloten, was die Meinung des Ministers zu diesem Vorhaben sei. Allerdings haben wir weiter keine Mitteilungen, ob die Angelegenheit wirklich ernsthaft verfolgt worden ist oder Moy, wie in anderen Fällen auch, lediglich versucht hatte, sich Bedeutung zu verschaffen.

In die folgenden Jahre fallen allerdings einige Entwicklungen, die für die spätere Errichtung der theologischen Fakultät in Innsbruck eine Voraussetzung bildeten bzw. den Boden dafür ebneten. Am 23. Juni 1851 hob der Kaiser nämlich das Verbot auf, das den Jesuiten im Jahr 1848 neuerlich die Wirkung in Österreich verboten hatte. Die Jesuiten waren seit 1838 wieder in Innsbruck gewesen.[10] Im Jahr 1852 erwarb der Orden sein ehemaliges Kollegiengebäude (Nicolaihaus) in Innsbruck und eröffnete dort neuerlich ein Hausstudium für den Orden. Im Jahr 1853 wurde der Gottesdienst in der Universitätskirche den Jesuiten übertragen.[11] Die Strategie der katholischen Kirche war es offenbar, Tirol als eine Art Stützpunkt für die Errichtung weiterer Kollegien und die neuerliche Ausbreitung des Ordens in Österreich zu benützen: In Tirol, so der Rat des Wiener Nuntius, fänden die Jesuiten „favore presso il vescovo, presso le autorità governative e presso la popolazione, per aspettare il momento favorevole onde potersi estendere in altre Diocesi.“[12] Diese Ausbreitung fand in den folgenden Jahren tatsächlich statt. Außerdem begannen bald darauf die ersten Verhandlungen zwischen dem Orden und dem MCU über die Frage, ob der Orden bereit sei, einige Gymnasien in Österreich zu übernehmen. Diese Verhandlungen zogen sich jedoch einige Zeit hin, da Thun den Jesuiten nur bedingt Sonderrechte bei der Führung der Gymnasien zukommen lassen wollte.[13] Thun schien zwar

10 Zur Debatte der Wiederansiedlung der Jesuiten und zur Auseinandersetzung um die Stellung der Religion in der Öffentlichkeit in dieser Zeit bei vgl. Götz, Bürgertum und Liberalismus in Tirol 1840–1873.

11 Siehe Rahner, Die Geschichte eines Jahrhunderts, S. 4–7; Probst, Geschichte der Universität Innsbruck seit ihrer Entstehung bis zum Jahre 1860, S. 359–360.

12 Nuntiaturbericht, Wien 21.04.1851, Arch. Nunz. Vienna, Vol. 323 (IV), Nr. 541, Vatikanisches Geheimarchiv. In Tirol fänden die Jesuiten „Anerkennung von Seiten des Bischofs, der Regierung und seitens der Bevölkerung, und sie könnten den richtigen Moment abwarten, um sich auch auf andere Diözesen auszubreiten.“ [Übersetzung C.A.]

13 Vgl. Thun an Beckx (Abschrift), Wien 20.11.1853, AASI, Provinzialatsarchiv, Österr. Provinz bis 1919, II/04, Archiv der Österreichischen Provinz der Gesellschaft Jesu; Beckx an Thun (Abschrift), Rom 15.07.1854, Prov. Ger. Arch. A3, V.C. 5, Archiv der Deutschen Provinz der Jesuiten; Beckx an Thun (Abschrift), o.O. 30.10.1855, Prov. Ger. Arch. A3, V.C. 13, Archiv der Deutschen Provinz der Jesuiten; Thun an Beckx (Konzept), Wien 23.03.1857,

gewillt, den Jesuiten so weit als möglich entgegenzukommen, er beharrte aber in gewissen Punkten (Anpassung des Lehrplans, Lehramtsprüfungen und staatliche Aufsicht durch Schulräte) auf einem Einlenken der Gesellschaft Jesu. Damit kam es zu keiner grundsätzlichen Einigung, was die Jesuiten aber nicht hinderte, Gymnasien in Österreich zu eröffnen (Bsp. Gymnasium Feldkirch[14]). Diese besaßen jedoch nicht das Recht, Maturitätszeugnisse auszustellen. Außerdem war Thun im Laufe der Verhandlungen und auf Wunsch des Kaisers dem Orden hinsichtlich der Lehramtsprüfungen und der Beibehaltung der *ratio studiorum* entgegengekommen.[15]

6.2. Die Debatte um die Gründung einer katholischen Universität

Die Wiederzulassung der Jesuiten im Jahr 1851 bildete eine wesentliche Voraussetzung für die Gründung der theologischen Fakultät. Die Einrichtung derselben muss allerdings auch im Hinblick auf eine allgemeine Debatte zur Hebung der Bildung in katholischen Kreisen untersucht werden. Diese Debatte fokussierte sich spätestens seit den 1830er-Jahren in den katholischen Rheinprovinzen sowie in Baden, Württemberg und Bayern auf die Frage der Gründung einer katholischen Universität bzw. der Re-Katholisierung der ehemals katholischen Universitäten.[16] Beispielgebend, wenngleich nicht unumstritten, war hierfür die 1834/35 eröffnete katholische Universität in Löwen. Die Diskussion kulminierte schließlich 1848 in der Forderung und dem Plan des katholischen Juristen Joseph Buß[17] zur Gründung einer *Freien Katholischen Universität* in Deutschland. Buß war es auch, der diesen Plan auf die Tagesordnung der Würzburger Bischofskonferenz[18] im Oktober 1848 ge-

MCU Präs. 458/1857, Österreichisches Staatsarchiv, Allgemeines Verwaltungsarchiv; Beckx an Thun, Rom 26.06.1858, Nachlass Leo Thun-Hohenstein, A3 XXI D457, Staatliches Gebietsarchiv Leitmeritz, Zweigstelle Tetschen-Bodenbach.

14 Vgl. Bernhard Löcher, Das österreichische Feldkirch und seine Jesuitenkollegien „St. Nikolaus“ und „Stella Matutina“. Höheres Bildungswesen und Baugeschichte im historischen Kontext 1649 bis 1979, Frankfurt am Main 2008, S. 131–134.

15 Vgl. auch das Urteil von Lentze, Die Universitätsreform des Ministers Graf Leo Thun-Hohenstein, S. 260.

16 Siehe zur ganzen Debatte um die Gründung einer katholischen Universität noch immer Brandt, Eine katholische Universität in Deutschland?.

17 Joseph Buß (Zell am Harmersbach 1803–1878 Freiburg i.B.), ab 1833 ao. Prof., ab 1836 o. Prof. für Staatswissenschaft an der Universität Freiburg, 1848/49 Mitglied der Frankfurter Nationalversammlung, 1848 Präsident des ersten Deutschen Katholikentags.

18 Zu dieser Versammlung zuletzt Hermann-Josef Scheidgen, Der deutsche Katholizismus in der Revolution von 1848/49. Episkopat – Klerus – Laien – Vereine (= Bonner Beiträge zur Kirchengeschichte 27) 2008, S. 127–150.

bracht hatte.[19] Buß war gemeinsam mit George Phillips und Moritz Lieber[20] einer von drei Laienvertretern auf dieser Versammlung. Der Plan wurde von den Bischöfen allerdings nur am Rande diskutiert und auch in der Folge verfolgte der Episkopat die Frage der Gründung einer katholischen Universität nur zögerlich bzw. gar nicht. Daher waren es erneut Laien, die sich im folgenden Jahrzehnt maßgeblich in dieser Sache engagierten. Indes kam ohne die bischöfliche Unterstützung nur wenig Schwung in die Angelegenheit und auf den seit 1848 jährlich stattfindenden Katholikentagen[21] (*Generalversammlung des katholischen Vereins Deutschlands*) beschränkte sich die Debatte meist darauf, die Forderung nach der Gründung einer katholischen Universität zu wiederholen.[22] Gleichzeitig war sich selbst die Gruppe der engagierten katholischen Gelehrten nicht einig und regelmäßig kam es zu Differenzen über die Frage nach dem Sinn eines solchen Projekts: Prominente katholische Gelehrte wie Ignaz Döllinger befürchteten etwa, dass die Schaffung einer katholischen Universität zur vollständigen Säkularisierung aller übrigen Universitäten führen werde. Außerdem gab es bei einigen katholischen Gelehrten Bedenken, ob in einer katholischen Universität die Freiheit der Wissenschaft nicht allzu sehr beschnitten werden würde, da sich im Plan von Buß „unter dem Schutz der Kirche eine sog. kirchlich-positive Wissenschaft“[23] entwickeln sollte.[24]

Buß' Ansinnen, eine deutsche katholische Universität zu gründen, besonders aber seine Forderungen, den katholischen Charakter der Universitäten wiederherzustellen, wurden in den 1850er-Jahren, wie Lentze gezeigt hat, auch in Österreich rezipiert, allerdings deutlich stärker von den Gegnern der Thun'schen Reformen.[25] Diese von Lentze als Anhänger des Josephinismus identifizierte Gruppe erblickte in den Reformen nach 1848 nämlich eine unreflektierte Übernahme des preußisch-protestantischen Universitätsmodells und damit eine Abkehr von einer katholisch und österreichisch geprägten Idee der Universität, wie sie bis 1848 vorgeherrscht hatte. Bei

19 Siehe bei Brandt, Eine katholische Universität in Deutschland?, S. 144–150.

20 Moritz Joseph Lieber (Burg Blankenheim 1790–1860 in Camberg), Jurist und Politiker, Mitbegründer des Bonifatiusvereins, Präsident des zweiten Deutschen Katholikentags.

21 Vgl. zur Politisierung der katholischen Laien bzw. die verstärkte Partizipation von Laien in der Kirche und deren Rolle im Prozess einer „zweiten Konfessionalisierung“ (Olaf Blaschke, Konfessionen im Konflikt. Deutschland zwischen 1800 und 1970: ein zweites konfessionelles Zeitalter, Göttingen 2002) Klaus Schatz, Der päpstliche Primat. Seine Geschichte von den Ursprüngen bis zur Gegenwart, Würzburg 1990, S. 183.

22 Siehe Brandt, Eine katholische Universität in Deutschland?, S. 155–159.

23 Brandt, Eine katholische Universität in Deutschland?, S. 133.

24 Vgl. Brandt, Eine katholische Universität in Deutschland?, S. 349.

25 Hans Lentze, Leo Graf Thun-Hohenstein, in: Neue Österreichische Biographie ab 1815, Wien, München, Zürich 1963, S. 74–81, S. 156–164.

Buß fanden sie ein Lob auf die österreichischen Universitäten, die ihren katholischen Charakter, der ihnen kraft ihrer Stiftungen von jeher inne war, weitestgehend bewahrt hatten.[26] In der Folge diente die Argumentation Buß' und dessen Betonung des mittelalterlichen Ideals der korporativen universitären Gemeinschaft auf der Basis von vielfach kirchlichen Stiftungen den Gegnern der Reform zur Kritik an den neuen Universitätsgesetzen im Kaiserstaat. Besonders instrumentalisierte man die Argumente des Freiburger Professors daher auch im Kampf um den Erhalt der Doktorenkollegien in Wien und Prag.[27] Der Verweis auf die korporativen Rechte und den katholischen Ursprung der Universitäten diente dabei aber weniger der wirklichen Re-Katholisierung der Universitäten im Sinne von Buß als der Verteidigung der Doktorenkollegien und der Abwehr des mit der Revolution assoziierten preußischen Modells.

Sinnbildlich wurde dies auch anlässlich der massiven Proteste gegen die Wahl des Protestanten Hermann Bonitz zum Dekan der philosophischen Fakultät der Wiener Universität. Auch hier war das wesentliche Argument nämlich der katholische Charakter der Universität.[28] Der Sturm des Protests ließ Thun in diesem Fall einlenken und er verweigerte der Wahl die Bestätigung.[29] Thun selbst betonte bei diesem Anlass den katholischen Charakter der Universität, da es ihm – trotz der Anlehnung an das preußische System – grundsätzlich daran gelegen war, den österreichischen Universitäten eine „katholische Richtung zu geben".[30]

Die Frage des allgemeinen katholischen Charakters der Universität wird weiter unten noch einmal aufgegriffen. Zunächst aber noch einmal zurück zu den Katholikentagen, denn dort blieb das Thema, wie erwähnt, während der gesamten 1850er-Jahre mit wechselnder Intensität auf der Tagesordnung.[31] Der vierte Katholikentag fand 1850 in Linz und damit erstmals in Österreich statt. Es folgten noch drei weitere Katholikentage in Österreich während der 1850er-Jahre: 1853 in Wien, 1856 erneut in Linz und 1857 in Salzburg. Ohne näher auf das komplexe Verhältnis und die damit verbun-

26 Franz-Joseph Buss, Die Reform der katholischen Gelehrtenbildung in Teutschland an Gymnasien und Universitäten, Schaffhausen 1852, S. 185–186.

27 Zu dieser Auseinandersetzung besonders auch Heindl, Universitätsreform – Gesellschaftsreform.

28 Vgl. etwa Frankfurter, Graf Leo Thun-Hohenstein, Franz Exner und Hermann Bonitz, S. 127–128; Die Dekanatswahl der philosophischen Fakultät an der Universität Wien.

29 Vgl. dazu bei Frankfurter, Graf Leo Thun-Hohenstein, Franz Exner und Hermann Bonitz, S. 127–128.

30 Vgl. dazu eine Aussage Thuns in Thun an Ficker, Wien 22.09.1856, Nachlass Ficker, Institut für Österreichische Geschichtsforschung.

31 Vgl. dazu Brandt, Eine katholische Universität in Deutschland?, S. 150–166.

denen kirchlichen und politischen Vorstellungen zwischen deutschen und österreichischen Katholiken einzugehen, zeigt diese Einbindung Österreichs doch zumindest den Versuch, auf kirchlicher Ebene eine gewisse Einigkeit zu zeigen, wenn auch nur um einen gemeinsamen Block gegen den Protestantismus zu bilden.[32] Die Frage der Wissenschaft spielte dabei eine wenngleich nicht wesentliche so doch eine wichtige Rolle, da gerade in diesem Bereich die Übermacht der Protestanten als besonders groß und beschränkend empfunden worden war.[33]

Auf den Katholikentagen 1850 in Linz und 1853 in Wien wurde das Thema der Gründung einer katholischen Universität nur am Rande behandelt. Bei der 1856 erneut in Linz stattfindenden Generalversammlung hatte sich die Situation durch das Konkordat zwischen Österreich und dem Vatikan vom August 1855 dann allerdings deutlich verändert. Mit dem Konkordat gewährte der österreichische Staat der Kirche nämlich nicht nur große Freiheiten und Rechte, der Abschluss des Konkordats befeuerte in katholischen Kreisen insbesondere die Hoffnung auf einen neuen Glanz sowohl der Kirche als auch des Kaiserreichs.[34] Von dieser Hoffnung waren auch die Verhandlungen des Katholikentages 1856 beflügelt[35]. Ein Tagesordnungspunkt der Versammlung war die Frage der Gründung einer katholischen Universität. Ausgangspunkt dazu war der Antrag des *Katholischen Centralvereins Linz*: „Die Metropole Salzburg wird von dem katholischen Vereine Deutschlands zum Sitze einer rein katholischen Universität für Oesterreich und Deutschland dem hochwürdigen Episkopate vorgeschlagen.“[36] In der anschließenden Debatte unter der Leitung des Kölner Pfarrers Eugen Theodor Thissen[37] gab

32 Vgl. Johann Joseph Döllinger, Rede, gehalten auf der Generalversammlung des katholischen Vereins Deutschlands zu Linz am 26. September 1850, in: Johann Joseph Döllinger (Hg.), Kleinere Schriften. Gedruckte und ungedruckte, Stuttgart 1890, S. 105–116.

33 Vgl. dazu Michael Klöcker, Katholizismus und Bildungsbürgertum. Hinweise zur Erforschung vernachlässigter Bereiche der deutschen Bildungsgeschichte im 19. Jahrhundert, in: Reinhart Koselleck (Hg.), Bildungsbürgertum im 19. Jahrhundert. Teil II. Bildungsgüter und Bildungswesen, Stuttgart 1990, S. 117–138; Heribert Raab, „Katholische Wissenschaft“ – Ein Postulat und seine Variationen in der Wissenschafts- und Bildungspolitik Deutscher Katholiken während des 19. Jahrhunderts, in: Anton Rauscher (Hg.), Katholizismus, Bildung und Wissenschaft im 19. und 20. Jahrhundert, Paderborn, München, Wien, Zürich 1987, S. 59–91.

34 Vgl. dazu auch Mayer, Österreich als „katholische Großmacht“.

35 Besonders eindrucksvoll sind die verschiedenen Grußworte an die Versammlung; besonders Verhandlungen der achten Generalversammlung des katholischen Vereines Deutschlands am 23., 24. und 25. September 1856 zu Linz, Linz 1857, S. 19–21 und S. 24–28.

36 Verhandlungen der achten Generalversammlung des katholischen Vereines Deutschlands am 23., 24. und 25. September 1856 zu Linz, S. 116.

37 Eugen Theodor Thissen (Aachen 1813–1877 Limburg), Priester, 1847 bis 1858 Pfarrer sowie Sekretär des Dombau-Vereins in Köln, dann Domkapitular, Stadtpfarrer und geistli-

es mehrere Wortmeldungen zu diesem Antrag, wobei unterschiedliche Standpunkte zu Tage traten. Insbesondere die verschiedenen Ansichten der Delegierten aus Österreich und jenen aus den rheinischen Provinzen prallten dabei aufeinander. Zunächst beantragte jedoch der Vorsitzende des Bildungskomitees der Versammlung die Abänderung des Antrags dahingehend, „die Generalversammlung wolle dem hochwürdigen Episkopate Oesterreichs die Wiederherstellung der ehemaligen Universität Salzburg ehrerbietigst empfehlen."[38] Er rechtfertigte diesen Antrag damit, dass es durch die vormalige Existenz einer Universität in Salzburg nur darum ginge, die Universität dort wiederherzustellen. Von diesem Schritt erhoffte sich Thissen eine Vorbildwirkung für andere deutsche Staaten, in denen in der Vergangenheit katholisch gestiftete Universitäten und deren Fonds „häufig zu Gunsten sogenannter paritätischer oder gar protestantischer Anstalten alieniert worden" waren.[39] In seinem Antrag und der vorausgegangenen Begründung lässt sich aber auch das Unbehagen erkennen, dass die mehrfach geforderte zu gründende katholische Universität gerade in Österreich errichtet werden solle. Ähnlich drückte sich auch Friedrich Michels aus, der dem Antrag nicht zustimmen wollte und seiner Sorge unvermittelt Ausdruck verlieh, indem er fragte: „Wie sollten wir Preußen an einer Universität in Oesterreich Theil nehmen können?"[40] Andere Delegierte aus den deutschen Ländern wie Johann Kreuser[41] aus Köln oder Heinrich Himioben[42] aus Mainz argumentierten ausweichend, indem sie darauf verwiesen, dass es der Versammlung nicht gebühre, dem Episkopate irgendwelche Vorschläge zu unterbreiten.[43]

Auf der anderen Seite sprachen sich die österreichischen Vertreter geschlossen dafür aus, den Antrag in die Schlussakte aufzunehmen und durch die zahlenmäßige Überlegenheit der Österreicher bei der Versammlung in Linz fand sich auch eine Mehrheit dafür. Doch auch innerhalb dieser Gruppe gab es nicht vollste Einigkeit, denn nachdem Thissen seinen Vorschlag unterbreitet hatte, schaltete sich der Vertreter aus der Diözese Brixen, Cle-

---

cher Kammerherr in Frankfurt a.M., ab 1861 päpstlicher Geheimkämmerer, ab 1874 Regens des Priesterseminars Limburg.

38 Verhandlungen der achten Generalversammlung des katholischen Vereines Deutschlands am 23., 24. und 25. September 1856 zu Linz, S. XXX.

39 Ebenda, S. 118.

40 Ebenda, S. 121.

41 Johann Kreuser (Köln 1795–1870 Köln), ab 1820 Lehrer am Gymnasium an Marzellen in Köln.

42 Heinrich Joseph Himioben (Mainz 1807–1860 Mainz), Priester, ab 1834 Subregens des Priesterseminars in Mainz, ab 1843 Pfarrer von St. Christoph ebendort, ab 1837 Domkapitular, 1842–1860 Redakteur der *Katholischen Sonntagsblätter*.

43 Verhandlungen der achten Generalversammlung des katholischen Vereines Deutschlands am 23., 24. und 25. September 1856 zu Linz, S. 118–121.

mens Brandis, in die Debatte ein. Er wollte eine vorschnelle Festlegung auf Salzburg verhindern und wies daher auf die Vorteile von Innsbruck als möglichen Sitz einer katholischen Universität hin. Neben den eher allgemeinen Hinweisen auf die ähnliche Größe der beiden Städte sowie das Vorhandensein einer Universität, von Bibliotheken und Museen, bemühte Brandis insbesondere das Motiv der Tiroler „Glaubenseinheit“[44], das Innsbruck vor Salzburg auszeichnen würde:

> Es sind große historische Erinnerungen, katholische Erinnerungen, die sich an Tyrol knüpfen. Tyrol ist das Land, welches durch die göttliche Gnade vor ganz Deutschland das voraus hat, den Glauben ganz rein und unvermischt zu haben. Es ist die bekannte katholische Gesinnung des ganzen Landes. [...] Wo könnte der katholische Glauben und der katholische Geist mehr in die jungen Leute gepflanzt werden, als in Mitte einer solchen katholischen Bevölkerung?[45]

Der Vertreter aus Salzburg, Matthias Lienbacher[46], wollte dies jedoch nicht so einfach auf sich sitzen lassen und führte ebenfalls die besondere „Katholizität“ Salzburgs ins Feld, wobei er sich insbesondere darauf bezog, dass Salzburg der Sitz des *Primas Germaniae* war und durch die zahlreich vertretenen Orden auch ein reges geistiges Leben und ein hohes Maß an finanziellen Mitteln aufbieten könne. Etwas skurril wird das Wortduell freilich, wenn Lienbacher in weiterer Folge als Vorteil Salzburgs gegenüber Innsbruck sogar anführt: „Was die Lage anbelangt, so hat Salzburg eine der schönsten in der Welt. Die gesunde Luft ist anerkannt, da nach Salzburg noch nie die Cholera kam.“[47]

---

44 Dieses Motiv der „Glaubenseinheit Tirols“ wurde in den 1850er-Jahren immer stärker öffentlich propagiert, war aber historisch betrachtet indes ein Wunschbild. Zum Begriff „Glaubenseinheit“ und dessen politische Instrumentalisierung als Schlagwort im Prozess einer identitätsstiftenden Selbstbeschreibung des politischen Katholizismus in Tirol, siehe besonders Florian Huber, Konfessionelle Identitätsbildung in Tirol: Antiprotestantismus ohne Protestanten (1830–1848), in: Geschichte und Region. Storia e Regione 19 (2010), S. 28–52, hier S. 46–49; zuletzt Florian Huber, Grenzkatholizismen. Religion, Raum und Nation in Tirol 1830–1848 (= Schriften zur politischen Kommunikation, Bd. 23), Göttingen 2016.

45 Verhandlungen der achten Generalversammlung des katholischen Vereines Deutschlands am 23., 24. und 25. September 1856 zu Linz, S. 119.

46 Matthias Lienbacher (Kuchl 1807–1884 Salzburg), Priester, 1848/49 Mitglied der Frankfurter Nationalversammlung, 1852–1859 Prof. für Pastoraltheologie in Salzburg, 1859–1874 Dechant in Köstendorf, ab 1874 Domkapitular in Salzburg und Domdechant, Landeshauptmannstellvertreter von Graf Lamberg. Siehe Johann Pritz, Kirchliche Nachrichten, in: Salzburger Chronik, Nr. 88, 17.04.1934, S. 6.

47 Verhandlungen der achten Generalversammlung des katholischen Vereines Deutschlands am 23., 24. und 25. September 1856 zu Linz, S. 120.

Allerdings einigte man sich letztlich doch auf Salzburg als den Ort, den man dem Episkopat als Sitz einer zu gründenden katholischen Universität vorschlagen wollte. Der Beschluss wurde als Punkt 5 in die Beschlüsse der Generalversammlung aufgenommen.[48] Die Einwände von Clemens Brandis hatten bei den Delegierten nicht die erwünschte Wirkung gezeigt. Brandis war im Übrigen bis zum Jahre 1849 Gouverneur von Tirol und seither zwar teilweise politisch aktiv gewesen,[49] insbesondere betätigte er sich jedoch schriftstellerisch[50] und beteiligte sich aktiv an der katholischen Laienbewegung. Ein Projekt, das er dabei besonders forcierte, war eben die Gründung einer katholischen Universität. Bei der Generalversammlung der katholischen Vereine in Linz trat er erstmals öffentlich dafür ein, besonders nach 1860 bis zu seinem Tode 1863 war er gemeinsam mit George Phillips, dem Mainzer Bischof Wilhelm Emanuel Ketteler[51] sowie Joseph Buß eine treibende Kraft, dem zu diesem Zeitpunkt eingeschlafenen Projekt wieder neues Leben einzuhauchen.[52]

Im Jahr 1856 herrschte innerhalb der katholischen Laienbewegung jedoch noch Hoffnung und auch im folgenden Jahr war diese Zuversicht noch nicht ganz verflogen, zumal sich die Delegierten auf dem Katholikentag in diesem Jahr persönlich von der Zweckmäßigkeit Salzburgs für den Sitz einer katholischen Universität überzeugen konnten. Bei dieser Versammlung war die Debatte wieder ähnlich gelagert, wobei erneut die Frage auftauchte, ob es die Generalversammlung sich überhaupt anmaßen dürfe, dem Episkopat einen Vorschlag zu unterbreiten bzw. inwieweit eine wiederhergestellte Uni-

48 Ebenda, S. 272.

49 Vgl. dazu bei Schober, Geschichte des Tiroler Landtages im 19. und 20. Jahrhundert, S. 36–37.

50 In dieser Zeit entstanden Titel wie Clemens Franz Brandis, Die Grundlagen der Gesellschaft vom historischen Standpunkt betrachtet, Regensburg 1860 oder Clemens Franz Brandis, Der Staat auf christlicher Grundlage, Regensburg 1860. In beiden geht er auch auf die Rolle der Kirche für die Kontrolle der Wissenschaft ein, warnt vor den Schäden des blinden Vertrauens in die Vernunft und hebt auch die wichtige Rolle der Jesuiten bei der Erziehung der Kinder und in ihrer Rolle für die Wissenschaften hervor. Er stützt sich dabei auch teilweise auch Karl Ernst Jarcke. Siehe Brandis, Der Staat auf christlicher Grundlage, S. 148–149.

51 Wilhelm Emmanuel Ketteler (Münster 1811–1877 Burghausen), 1850–1877 Bischof von Mainz.

52 Vgl. dazu etwa einen Unterstützungsaufruf des Quartetts, etwa im Nachlass von Fessler. Brandis an Fessler, o.O. 08.12.1862, Nachlass Fessler 1, Diözesanarchiv St. Pölten; sowie in der Übersicht bei Brandt, Eine katholische Universität in Deutschland?, S. 225, 243–249. Vgl. dazu auch die mehrfachen Einträge zum Thema im Tagebuch von Egbert Belcredi, als führendem österreichischen Konservativen, die über einen langen Zeitraum das periodische Aufflammen dieser Idee zeigen. Siehe Lothar Höbelt/Johannes Kalwoda/Jiří Malíř (Hgg.), Die Tagebücher des Grafen Egbert Belcredi 1850–1894. Nach editorischen Vorarbeiten von Antonín Okáč, Wien, Köln, Weimar 2016.

versität in Salzburg überhaupt eine katholische Universität für die gesamten deutschen Katholiken sein könne[53]. Letztlich einigten die Delegierten sich darauf, dem Episkopat neuerlich und „auf's wärmste"[54] die Wiederherstellung der Universität Salzburg zu empfehlen. Dabei bezog man sich auch explizit auf den 4. Separatartikel zum Konkordat von 1855.

Auch wenn der Beschluss nicht einstimmig war und wir neuerlich eine gewisse Bruchlinie zwischen den deutschen und österreichischen Delegierten ausmachen können, so versuchte man zumindest innerösterreichisch auf dieser Versammlung den im Jahr zuvor offenbar gewordenen Konflikt zu bereinigen, wenn Karl Ernst Moy[55], als Tiroler Vertreter, die „kleine Rivalität in der Universitätsfrage"[56] begraben und sie, entsprechend dem Beschluss in die Hände des Episkopats legen wollte. Die versöhnliche Haltung Moys ist wohl auch darauf zurückzuführen, dass zum Zeitpunkt der Versammlung Ende September die baldige Eröffnung der theologischen Fakultät in Innsbruck schon bekannt gewesen sein dürfte. Eine Wiederherstellung der Universität Salzburg wäre in so einem Falle also weniger gefährlich für die Zukunft der Innsbrucker Universität gewesen. Noch im Jahr zuvor hatte der Beschluss zu einem öffentlichen Aufschrei in Tirol geführt, wie wir weiter unten sehen werden. Zunächst wird jedoch auf die Rolle des bereits mehrfach erwähnten Episkopats eingegangen – in diesem Fall allerdings nur auf den österreichischen Episkopat, wenngleich der Katholikentag grundsätzlich wohl den ganzen Episkopat des Deutschen Bundes im Auge hatte.[57]

6.3. Der österreichische Episkopat und der Vatikan

Die Revolution von 1848 und die Verfassung von 1849 bedeuteten für die österreichische Kirche eine Abschaffung der josephinischen Kirchenordnung. Angeregt durch die Würzburger Bischofskonferenz veranstaltete auch der österreichische Episkopat unter der Schirmherrschaft von Innenminister Franz Stadion 1849 eine Bischofsversammlung in Wien (30. April bis 17.

53 Verhandlungen der neunten General-Versammlung des katholischen Vereins Deutschlands am 21., 22., 23. und 24. September 1857 zu Salzburg, Salzburg 1858, S. 109–116.

54 Ebenda, S. 276.

55 Moy de Sons war 1857 beim Katholikentag in Salzburg Vizepräsident der Versammlung gewesen, außerdem fungierte er 1859 und 1861 in diesem Amt. 1864 war er in Würzburg sogar Präsident des Katholikentages.

56 Verhandlungen der neunten General-Versammlung des katholischen Vereins Deutschlands am 21., 22., 23. und 24. September 1857 zu Salzburg, S. 134.

57 Zur Rolle des deutschen Episkopats in der Universitätsfrage siehe auch bei Brandt, Eine katholische Universität in Deutschland?

Juni).[58] Eines von mehreren Themen, welches die österreichischen Bischöfe dabei behandelten, war die Frage des Einflusses der Kirche auf den Unterricht an Schulen und Universitäten. Zu einem Zeitpunkt, als die Schrecken der Revolution noch nicht vergessen waren, stellten die Bischöfe dort fest, dass es vor allem die falsche Erziehung an Schulen und Universitäten gewesen war, welche die Jugend zum Aufruhr verleitet hatte. Um einen solchen Ausbruch für die Zukunft zu verhindern, empfahl der Episkopat den staatlichen Behörden, die Erziehung wieder dem mäßigenden Einfluss der Kirche zu unterstellen.[59] Ausgehend von diesen Verhandlungen wurden schließlich mehrere Anträge an den Kaiser verfasst, der diese im Ministerrat beraten ließ.[60]

Das Resultat waren zwei kaiserliche Verordnungen vom 18. und vom 23. April 1850[61], die das Verhältnis der katholischen Kirche zum Staat sowie die Rechte der Kirche in Fragen des Unterrichtswesens neu festlegten. Leo Thun, der damals erst wenige Monate im Amt gewesen war, unterstützte dabei zwar nicht vorauseilend, aber doch beharrlich die Forderungen der Bischöfe.[62] Denn nachdem das Thema im Ministerrat zunächst nicht vorangekommen war und sich die Bischöfe – allen voran Kardinal Schwarzenberg – mehrfach beschwert hatten, intervenierte Thun direkt beim Kaiser und bot diesem sogar seine Demission an, sollten die Anträge der Bischofsversammlung nicht angenommen werden.[63] Daraufhin wurde der Kaiser selbst aktiv: Thun sollte einen Entwurf für eine Verordnung verfassen, die den Forderungen der Bischöfe weitgehend entgegenkam. Das Ergebnis wurde am 21. und 22. März 1850 im Ministerrat besprochen[64] und mündete ohne größere Korrekturen in die erwähnten kaiserlichen Verordnungen. Für das Unterrichtswesen ist dabei besonders die Verordnung vom 23. April von Bedeutung. Unter anderem wurde darin festgelegt, dass die Lehrerlaubnis

58 Siehe dazu Mayer, Österreich als „katholische Großmacht", S. 149–157; Weinzierl-Fischer, Die österreichischen Konkordate von 1855 und 1933, S. 35–48, S. 133–144. Thomas Klecka/Anatol Schmied-Kowarzik, Einleitung, in: Die Protokolle des österreichischen Ministerrates (1848–1867). II. Abteilung (Das Ministerium Schwarzenberg) Bd. 2, Wien 2005, S. IX–XXXIX, S. XIII–XVII; Scheidgen, Der deutsche Katholizismus in der Revolution von 1848/49, S. 156–185.

59 Vgl. dazu bei Leisching, Die Bischofskonferenz, S. 137–138; Scheidgen, Der deutsche Katholizismus in der Revolution von 1848/49, S. 175–176.

60 Zu den Verhandlungen im Ministerrat siehe Die Protokolle des österreichischen Ministerrates (1848–1867). II. Abteilung (Das Ministerium Schwarzenberg) Bd. 2, Wien 2005.

61 RGBl 156/1850 und RGBl 157/1850.

62 Vgl. dazu auch das Urteil Leisching, Die Bischofskonferenz, S. 150 und S. 163–165.

63 Siehe Kletecka et al., Einleitung, S. XIX.

64 Siehe die Die Protokolle des österreichischen Ministerrates (1848–1867). II. Abteilung (Das Ministerium Schwarzenberg) Bd. 2, Wien 2005, S. 238–242.

von Religionslehrern und Professoren der Theologie an die Zustimmung des zuständigen Bischofs geknüpft wird.[65] Damit war Thun den Bischöfen ein gutes Stück entgegengekommen, allerdings hatte er die von den Bischöfen geforderte Überwachung der philosophischen Fakultäten nicht zugelassen. Der Minister erkannte zwar die Überlegung der Bischöfe an, wonach

> in einer Zeit, wo auch die Wissenschaften nicht selten eine der Religion feindliche Richtung genommen haben, die katholische Kirche sich insbesondere berufen fühlen muss, auch an der philosophischen Fakultät die Sache des Christenthums zu führen, seinen Zusammenhang mit den wahrhaften Errungenschaften der Wissenschaft nachzuweisen, und Missverständnisse und Vorurtheile zu berichtigen,[66]

er hob jedoch gleichzeitig hervor:

> durch die freiere Einrichtung des Universitätsstudiums, welche das Lehramt nicht zum ausschließlichen Rechte angestellter Professoren macht, ist zwar ohnehin auch der Kirche die Gelegenheit geboten, ihre Anschauungsweise wissenschaftlich geltend zu machen.[67]

In diesen Aussagen findet sich verkürzt eine Leitlinie von Thun wieder, die seine Politik gegenüber den Rechten der Kirche an den Universitäten auch in den folgenden Jahren kennzeichnen sollte: nämlich eine grundsätzliche Anerkennung der Freiheit der Lehre an den Universitäten, die nicht durch die Unterdrückung der „feindlichen Richtungen" gekennzeichnet war, sondern vielmehr darauf setzte, durch gezielte Förderung von katholischen Wissenschaftlern der Kirche die Möglichkeit zu bieten, „ihre Anschauungsweisen" zu verbreiten. Die Lehrfreiheit sollte damit durch die Berufung der richtigen Personen bereits im Vorfeld auf ein gewisses Spektrum an wissenschaftlichen Ansichten kanalisiert werden. Thun betonte allerdings dennoch, dass sich die Lehre an den Universitäten grundsätzlich an den Lehren der katholischen Kirche orientieren solle[68], um sich von einer falsch verstan-

65 Mit der Verordnung vom 30. Juni 1850 wurden die Rechte der Bischöfe an den Diözesan- und Klosterlehranstalten sowie neuerlich für die theologischen Fakultäten im Einzelnen geregelt. Siehe RGBl 319/1850.

66 Ministerialerlass 91/M.C., Wien 29.04.1850, Arch. Nunz. Vienna, Vol 338, f. 8r–14v, Vatikanisches Geheimarchiv.

67 Ministerialerlass 91/M.C., Wien 29.04.1850, Arch. Nunz. Vienna, Vol 338, f. 8r–14v, Vatikanisches Geheimarchiv.

68 Vgl. dazu Die Neugestaltung der österreichischen Universitäten über Allerhöchsten Befehl dargestellt von dem k.k. Ministerium für Kultus und Unterricht, S. 21–27. So dürfe etwa

denen Lehrfreiheit in Preußen abzugrenzen, welche aus seiner Sicht die Grundfeste von Staat und Kirche ohne Weiteres in Frage stellen konnte.[69] Thun folgte damit einem Ratschlag von Karl Ernst Jarcke kurz vor seinem Amtsantritt im Sommer 1849, wenn jener schrieb: „nicht durch Unterdrückung und Sperrung der wissenschaftlichen Freiheit, sondern durch Hebung der andern, in den Hintergrund gedrängten Tendenzen“[70] müsse ein Aufschwung der Wissenschaften in Österreich erzielt werden. Eingeschränkt sollte die Freiheit der Lehre nur dort werden, wo sich der „bewusste und böswillige Kampf gegen die Fundamente von Staat und Kirche mit directen Aufreizungen und Verführungskünsten an die Leidenschaften der Jugend wenden wollte“[71].

Obschon die Bischöfe mit ihren Maximalforderungen also nicht durchgedrungen waren, begrüßte man im Vatikan die gewährten Freiheiten für die Kirche Österreichs und die neue Haltung des Staates. Der Wiener Nuntius Michele Viale-Prelà lobte nach dem Erlass der Aprilverordnungen die österreichische Regierung ausdrücklich und pries sie als kirchlich gesinnt („governo che è, e si gloria di essere, cattolico“[72]). Dabei hatte der Nuntius zunächst noch Sorge gehabt, ob der nur wenige Monate zuvor ernannte Minister für Kultus und Unterricht, Leo Thun, überhaupt auf der Seite der Kirche stünde. Mehrfach äußert sich diese Sorge in seinen Nuntiaturberichten, wenn er etwa noch im Jänner 1850 über Thun schrieb:

> cioè esser lui [Thun, C.A.] uomo di buone intenzioni, di molta moralità, ma d’idee non lucide, e forse non sane in fatto di religione, essendo che fine alla sua giovinezza egli è stato sempre a contatto con individui infetti di Bolzanismo. Sotto il rapporto dei talenti credo sia il meno distinto tra tutti i Ministri

nichts gelehrt werden, was sich „der Kontrolle der ewigen Wahrheit, wie sie die chritliche Offenbarung lehrt“ entziehe. Ebenda, S. 27.

69 Vgl. dazu Leo Thun-Hohenstein, Konzept für einen Zeitungsartikel. Thun verteidigt die Berufung von Joseph Unger. Er kritisiert gleichzeitig die Augsburger Postzeitung, dass sie die Reform in Österreich ständig kritisiere. Thun schildert Ungers Werdegang und erklärt dessen politische und wissenschaftliche Wandlung vom Hegelianer und Revolutionär zum Konservativen. Außerdem betont er sein Programm der Erneuerung der Rechtswissenschaften und die Abgrenzung von einem protestantischen Modell einer absoluten Lehrfreiheit an den Universitäten. Wiener Zeitung. Abendblatt 209 (14.09.1853), S. 836.

70 Memorandum Jarckes über die Aufgaben eines Unterrichtsministers in Österreich, München 5.8.1849, Nachlass Leo Thun-Hohenstein, A3 XXI C133, Staatliches Gebietsarchiv Leitmeritz, Zweigstelle Tetschen-Bodenbach.

71 Ebenda.

72 Nuntiaturbericht, Wien 21.04.1850, Arch. Nunz. Vienna, Vol. 322 (III), Nr. 333, Vatikanisches Geheimarchiv. „Eine Regierung die sich rühmt katholisch zu sein und es auch ist“ [Übersetzung C.A.].

e questa sua mediocrità lo rende soggetto all'influenza di quelli che lo circondano, che disgrazialmente sono cattivi.[73]

Die Aprilverordnungen änderten dann aber die Ansichten des Nuntius zu Thun deutlich: „Anche il ministro del culto ha dato in quest'occasione una bella prova di sentimenti cattolici, dei quali finora si era in dubbio."[74] Diese Auffassung über Thun setzte sich in der Folge beim Nuntius zunehmend durch und dominierte die folgenden Berichte an die Kurie.

6.4. Die Konkordatsverhandlungen

Die Gewährung der Freiheit für die Kirche, dieser „Bruch mit der josephinischen Tradition"[75], bahnte schließlich auch den Weg für eines der zentralen Projekte der neoabsolutistischen Ära, das Konkordat mit dem Heiligen Stuhl.[76] Die Verhandlungen zum Konkordat begannen am Anfang des Jahres 1853. Von Seiten der österreichischen Regierung führte der Wiener Erzbischof die Verhandlungen, unterstützt wurde er dabei von einem kaiserlichen Komitee, dem neben Reichsratspräsident Kübeck, Innenminister Bach, dem Minister des Äußeren Buol-Schauenstein und Reichsrat Salvotti[77] auch

73 Nuntiaturbericht, Wien 27.01.1850, Arch. Nunz. Vienna, Vol. 322 (III), Nr. 284, Vatikanisches Geheimarchiv. „Thun ist zwar ein Mann von guten Absichten und hoher Moralität, aber nicht von glänzenden Vorstellungen, im Hinblick auf die Religion sogar vielleicht von ungesunden, da er bis in seine Jugend von Personen umgeben war, die mit den Ideen von Bolzano infiziert waren. Innerhalb des Ministerkollegiums scheint er das geringste Talent zu besitzen und diese Mittelmäßigkeit macht ihn anfällig für den Einfluss von denen, die ihn umgeben und die zu allem Überfluss auch noch schlechte Menschen sind." [Übersetzung C.A.] Ähnlich auch Nuntiaturbericht, Wien 10.12.1849, Arch. Nunz. Vienna, Vol. 322 (III), Nr. 250, Vatikanisches Geheimarchiv. Im Übrigen spiegelt sich in diesen Ansichten die in der Literatur mehrfach – und zwar sowohl von katholischer als auch liberaler Seite – geäußerte Anschuldigung, Thun sei nur ein Spielball von unterschiedlichen Gruppen gewesen.

74 Nuntiaturbericht, Wien 16.03.1850, Arch. Nunz. Vienna, Vol. 322 (III), Nr. 326, Vatikanisches Geheimarchiv. „Auch der Minister des Kultus hat in diesem Zusammenhang einen schönen Beweis seiner katholischen Gesinnung geliefert, an welcher man bisher zweifeln musste." [Übersetzung C.A.].

75 Weinzierl-Fischer, Die österreichischen Konkordate von 1855 und 1933, S. 60.

76 Vgl. dazu Hussarek, Die Verhandlungen des Konkordats vom 18. August 1855; Weinzierl-Fischer, Die österreichischen Konkordate von 1855 und 1933, S. 60–76; Leisching, Die Bischofskonferenz, S. 177–182. Am ausführlichsten und mit zahlreichen abgedruckten Quellen zuletzt Andrea Zanotti, Il concordato Austriaco del 1855, Milano 1986.

77 Anton Salvotti von Eichenkraft und Bindeburg (Mori 1789–1866 Trient), Jurist, ab 1846 Vizepräsident des Appellationsgerichtes in Innsbruck, 1849 Vorsitzender des italienischen

Thun angehörte.[78] Der Vatikan baute dabei vor allem auf den Wiener Erzbischof Rauscher und Thun, von dessen guten Willen in Fragen der Rechte der Kirche man in Rom mittlerweile überzeugt war:

> Possiamo contare sulle ottime intenzioni del Conte di Thun, che come più volte ho avuto occasione di fare conoscere all'Eminenza Vostra, è penetrato da sentimento cattolico, egli ha finora cooperato al ben della Chiesa.[79]

Innerhalb der Verhandlungen zum Konkordat waren die wichtigsten Fragen die Reform der Ehegesetze sowie die Verwaltung der Kirchengüter und -fonds. Thematisiert wurden allerdings auch Fragen des Unterrichtswesens, worauf in der Folge das Hauptaugenmerk liegen wird.

Die Forderungen des Vatikans waren in diesem Themenkomplex, angeregt von den jüngst gewonnen Freiheiten, dabei zunächst sehr weitreichend, indem in der vom Nuntius ausgearbeiteten Verhandlungsgrundlage sogar der Anspruch erhoben wurde, dass das gesamte Unterrichtswesen – von den Volksschulen bis zu den Universitäten – wieder der Autorität der Kirche unterstellt werden sollte.[80] Viale-Prelà hatte somit die Forderung aus dem Jahr 1849 sogar noch ausgeweitet, als er in den Instruktionen für die Bischofsversammlung lediglich angeregt hatte, die Überwachung der Lehrer an theologischen und philosophischen Fakultäten zu fordern.[81]

Die Verhandlungen zum Konkordat kamen insgesamt nur schleppend voran, was vor allem an der Haltung des Heiligen Stuhls lag, der mit Maximalforderungen in die Verhandlungen ging und von diesen nur sehr zögernd abrückte. Gerade im Hinblick auf die Universitäten konnte die anfangs strikte Linie des Vatikans aber nicht durchgehalten werden. Zunächst beharrte der Vatikan nämlich auf der genannten Forderung nach der Überwachung der Lehre an allen Bildungseinrichtungen durch die Bischöfe, wobei man sich im Vatikan darauf geeinigt hatte, diese Forderung ähnlich wie im Konkordat mit Bolivien (1851) zu formulieren, dass jegliche Lehre in Übereinstimmung mit den Lehren des katholischen Glaubens erfolgen

---

Senates des Innsbrucker Oberlandesgerichtes in Trient, 1851 in den Reichsrat in Wien berufen.

78 Vgl. Hussarek, Die Verhandlungen des Konkordats vom 18. August 1855, S. 86.

79 Nuntiaturbericht, Wien 22.12.1851, Arch. Nunz. Vienna, Vol. 323 (IV), Nr. 692, Vatikanisches Geheimarchiv. „Wir können auf die besten Absichten Thuns zählen, die ich bisher bereits mehrfach erwähnt habe. Thun ist durchdrungen vom katholischen Glauben und er hat bisher zum Guten der Kirche gehandelt." [Übersetzung C.A.].

80 Siehe Nuntiaturbericht, Wien 05.02.1853, Arch. Nunz. Vienna, Vol 324 (V), Nr. 1020, Vatikanisches Geheimarchiv.

81 Siehe die Forderungen abgedruckt bei Leisching, Die Bischofskonferenz, S. 133–134.

müsse („sarà conforme alle dottrine della Religione cattolica“[82]). Daraus ergab sich allerdings zugleich die Forderung, dass an den österreichischen Gymnasien und Universitäten nur Katholiken angestellt werden sollten.[83] Allerdings erteilte die *Congregazione per gli affari ecclesiastici straordinari* dem Nuntius in „geheimen Instruktionen“[84] die Vollmacht, diese Forderung bei Widerstand von Seiten der österreichischen Regierung dahingehend abzuschwächen, dass nur an Lehranstalten für Katholiken die Professoren ausnahmslos katholisch sein mussten. Im Hinblick auf die Überwachung der Universitäten war der Heilige Stuhl nötigenfalls bereit, der Einrichtung einer Kommission zur Überwachung der Studien unter der Führung des jeweiligen Bischofs zuzustimmen.[85]

Erst als der Nuntius seine Bedenken zu diesen Forderungen geäußert hatte, gab die römische Kurie diese Maximalposition weitgehend auf. Der Nuntius machte diese nämlich darauf aufmerksam, dass die kaiserliche Regierung in so einem Fall genötigt wäre, bereits angestellte Professoren zu entlassen, und außerdem befürchtete Viale-Prelà einen Aufschrei unter den Protestanten und eine noch stärkere Unterdrückung der Katholiken in Deutschland.[86] Der Heilige Stuhl beschränkte sich daher auf die vage Formulierung, dass die Lehre an den Universitäten im Einklang mit der katholischen Religion sein solle. Allerdings sollte der Nuntius in den Verhandlungen klar machen, dass im Falle der Anstellung von Protestanten diejenigen Universitäten, welche im Besitz von päpstlichen Privilegien waren, was in Wien, Prag, Olmütz, Krakau, Padua und Pavia der Fall war, diese verlieren würden.[87] Im Dezember 1853 erteilte Kardinalstaatssekretär Antonelli[88]

82 Sitzungsprotokolle, Rom, Arch. Nunz. Vienna, Vol. 404, Vatikanisches Geheimarchiv, f. 28r.

83 Sitzungsprotokolle, Rom, Arch. Nunz. Vienna, Vol. 404, Vatikanisches Geheimarchiv, f. 28v; Istruzione ostensibile, Rom 09.08.1853, Arch. Nunz. Vienna, Vol. 404, Vatikanisches Geheimarchiv, f. 79r–v. Letzteres auch im Druck bei Zanotti, Il concordato Austriaco del 1855, S. 261–271, hier S. 265–266.

84 Ebenfalls abgedruckt bei Zanotti, Il concordato Austriaco del 1855, S. 273–282.

85 Istruzioni segreti, Rom 09.08.1853, Arch. Nunz. Vienna, Vol. 404, Vatikanisches Geheimarchiv, f. 117v–118r.

86 Ebenda, f. 171r–v.

87 Ebenda, f. 171r–v; auch Appendice all'istruzione in data 9. Agosto 1853, Vatikan 26.12.1853, Arch. Nunz. Vienna, Vol. 404, f. 190r–199r, Vatikanisches Geheimarchiv. Zu den Privilegien gehörten etwa für Wien insbesondere die selbstständige geistliche Jurisdiktion in Zivil- und Kriminalsachen, die Exemption der Universitätsangehörigen von der Jurisdiktion durch den Bischof oder die Erlaubnis für Magister und Studenten der Universität sich für fünf Jahre abwesend von ihren Benefizien aufhalten zu dürfen. Vgl. Geschichte der Kaiserlichen Universität zu Wien. Zweiter Band. Statutenbuch der Universität, Wien 1854.

88 Giacomo Antonelli (Sonnino 1808–1876 Rom), ab 1847 Kardinalstaatssekretär.

dem Nuntius für den äußersten Notfall sogar die Erlaubnis, die Forderung dahingehend abzuschwächen, dass sie nur für die Universität Pest aufrecht erhalten werden sollte.[89]

Die Verhandlungen kamen dann allerdings fast ein Jahr nicht weiter und erst im Winter 1854/1855 erneut in Fahrt, sodass im Sommer 1855 der Abschluss des Konkordats kurz bevorstand. In den abschließenden Verhandlungen in Rom und Wien einigte man sich schließlich darauf, dass die Universitäten im Konkordat nicht eigens erwähnt werden sollten, da dies nur zu Problemen führen werde, zumal die Entlassung der protestantischen Professoren nicht zu erreichen sei. Allerdings drohte der Vatikan neuerlich mit dem Entzug der päpstlichen Privilegien für Universitäten, an denen auch Akatholiken angestellt würden. Im Gegenzug hatte man Rauscher jedoch vorgeschlagen, dass es den Bischöfen erlaubt werde, eine eigene kirchliche Universität nach dem Vorbild von Löwen zu gründen, in der sämtliche Wissenschaften gelehrt werden sollten.[90] Rauscher hatte außerdem in der Endphase der Verhandlungen den Vorschlag ins Spiel gebracht, das Amt des Universitätskanzlers zu stärken und es dem jeweiligen Bischof zu übertragen, damit dieser auf diesem Wege die Aufsicht über die Universität führen konnte.[91]

Am 18. August 1855, dem 25. Geburtstag des Kaisers, wurde das Konkordat schließlich unterzeichnet. Wie ein Blick auf den endgültigen Text des Konkordats zeigt, war von den hochfliegenden Forderungen des Vatikans zu den Rechten der Kirche an den Universitäten am Ende wenig übrig geblieben. In Fragen des Unterrichts (Art. 5–8)[92] blieb es weitgehend bei den Verordnungen vom April 1850, allerdings war nun auch von Seiten des Vatikans die Gründung einer katholischen Universität unter der Schirmherrschaft der Bischöfe Österreichs ausgesprochen worden. Dieses Recht wurde in den *Chiarimenti intorno al Concordato* unter Punkt 4, festgehalten: „Liberum

89 Die Universität Pest war 1635 eine Gründung des Primas von Ungarn und sollte der Sicherung der katholischen Religion in Ungarn dienen. Die ständige Betonung der Universität Pest in den Verhandlungen ist wohl auch darauf zurückzuführen, dass der Primas von Ungarn während der Verhandlungen in Rom weilte und mehrfach auf seine Vorrechte hingewiesen hatte und auf die Wahrung dieser Recht blickte. Vgl. dazu die Briefe aus Rom von Johann Simor an Thun aus dem Spätherbst 1854, Nachlass Leo Thun-Hohenstein, A3 XXI D296, Staatliches Gebietsarchiv Leitmeritz, Zweigstelle Tetschen-Bodenbach.

90 Ulteriori Istruzioni, Rom 25.05.1855, Arch. Nunz. Vienna, Vol. 404, f. 346–390, Vatikanisches Geheimarchiv, hier f. 357r–358v.

91 Vgl. Modificazioni e cambiamenti proposti in seguito di conferenze avute fra Emo Sig. Cardinale Santucci e Monsignor Rauscher per proseguire le trattative del Concordato, Rom 06.03.1855, Arch. Nunz. Vienna, Vol. 404, f. 242–281 r, Vatikanisches Geheimarchiv.

92 RGBl 195/1855; der Text des Konkordats ist auch abgedruckt bei Weinzierl-Fischer, Die österreichischen Konkordate von 1855 und 1933, S. 250–258.

erit Episcopis studiorum Universitatem catholicam sub eorum dependentia constitutam fundare.“[93] Minister Thun hatte im Übrigen bereits während der Verhandlungen zu diesem Wunsch sein grundsätzliches Einverständnis gegeben, indem er seine Ansicht geäußert hatte, die Regierung werde der Forderung wohl nicht entgegentreten. Er bemerkte jedoch einschränkend, dass er ohne einen konkreten Plan kein definitives Urteil abgeben könne.[94]

Insgesamt trat Thun während der gesamten Verhandlungen nicht herausragend in Erscheinung. In den Fragen des Unterrichtswesens betonte er bei aller Wichtigkeit des Glaubens und der Anerkennung der Rechte der Kirche jedoch stets die Rolle des Staates und die Wichtigkeit des Bildungswesens für die Monarchie. Exemplarisch für Thuns Haltung kann seine Stellungnahme in der Endphase der Verhandlungen gesehen werden, als er zwar das Recht der Bischöfe zur Gründung einer katholischen Universität anerkannte, aber gleichzeitig die Mitsprache der Bischöfe bei der Ernennung von Professoren für Kirchenrecht an den juridischen Fakultäten nicht befürwortete.[95] Außerdem äußerte sich Thun skeptisch, was die Stärkung des Universitätskanzlers betraf, zumal ein solches Amt nicht an allen Universitäten bestand, bzw. nicht an allen Universitätsstandorten, etwa in Innsbruck, auch ein Bischof residierte.[96] Wie Hans Lentze bemerkt hat, musste Thun in den Forderungen des Vatikans nach einer Konfessionalisierung der Universitäten auch eine Gefahr für die Umsetzung der Reformen sehen – insbesondere was die Frage der Anstellung von nicht-katholischen Professoren betraf.[97] In Fragen der Universität beharrte Thun damit weitgehend auf seiner Haltung und den Zugeständnissen vom April 1850, die den Einklang der Lehre an allen Bildungseinrichtungen mit den Lehren der katholischen Kirche, Überwachungsfunktion der Bischöfe über die Rechtmäßigkeit der Lehre an den theologischen Fakultäten sowie das Mitwirkungs- und Einspruchsrecht der Bischöfe bei der Wahl der Professoren an den theologischen Fakultäten festschrieben.

93 Chiarimenti intorno al Concordato conchiuso tra la S. Sede e il Governo Austriaco Intorno algi affari religiosi nell'Austria, Rom o.D., Arch. Nunz. Vienna, Vol. 339, f. 196–218, Vatikanisches Geheimarchiv. Abgedruckt bei Zanotti, Il concordato Austriaco del 1855, S. 433–442, hier S. 434.

94 Vgl. dazu bei Hussarek, Die Verhandlungen des Konkordats vom 18. August 1855, S. 645.

95 Vgl. dazu auch das Urteil von Hussarek, Die Verhandlungen des Konkordats vom 18. August 1855, S. 674, der das Urteil des zwiespältigen Thuns wiederholt und dessen Abhängigkeit von Beratern herausstreicht.

96 Materialien zu Fragen der Neuordnung der Kirche, o.O. o.D. [1850–1855], Nachlass Leo Thun-Hohenstein, A3 XXI D90, Staatliches Gebietsarchiv Leitmeritz, Zweigstelle Tetschen-Bodenbach.

97 Vgl. Lentze, Die Universitätsreform des Ministers Graf Leo Thun-Hohenstein, S. 208–210.

Die Forderung nach der Gründung einer katholischen Universität wurde dann abermals im Jahr 1856 im Rahmen der Bischofsversammlung behandelt. Bereits im Vorfeld der Sitzung hatte der Episkopat den Wunsch zu einer solchen Gründung beim Ministerium deponiert und dies besonders damit gerechtfertigt, dass die Aufklärung des 18. Jahrhunderts und die damit verbundenen antireligiösen Strömungen innerhalb der Wissenschaften die katholische Lehre unterminiert hätten. Gleichzeitig betonten die Bischöfe, dass diese antireligiöse Stimmung auch den Staat gefährden werde und daher katholisch geprägte Universitäten sowohl ein Schutz für den Glauben als auch für Staat sein könnten. In der Vorstellung der Bischöfe würde Österreich damit auch weit über die eigenen Grenzen hinaus positiven Einfluss erlangen.[98] Gerade diese letzte Aussicht spiegelt auch die allgemeine Hochstimmung in katholischen Kreisen wider, die nach dem Abschluss des Konkordats herrschte und die beinahe den Eintritt in ein neues Zeitalter beschwor, in dem die katholische Kirche und „Österreich als katholische Großmacht“[99] ein Bollwerk gegen Liberalismus und Protestantismus bilden sollten.[100]

Auf der Versammlung selbst wurde das Thema der katholischen Universität dann gar nicht oder nur am Rand diskutiert. Für die Bischöfe standen dort andere Themen – etwa die geistliche Gerichtsbarkeit, die Reform der Ehegesetze und die Verwaltung der Kirchenfonds – im Vordergrund.[101] In Fragen des Unterrichts wiederum hatten der Elementarunterricht und der Unterricht an den Gymnasien Vorrang.[102] Bei zahlreichen Laien hatte die kurze Passage in den Erläuterungen zum Konkordat allerdings große Hoffnung geweckt, wie die geschilderten Reaktionen auf dem Katholikentag 1856 zeigten. Ähnlich positiv äußerten sich die *Katholischen Blätter aus Tirol*: obschon zwar zunächst bedauert wurde, dass die Universitäten nicht re-katholisiert worden waren, begrüßte der Redakteur Martin Huber, dass den Bischöfen in Aussicht gestellt worden war, eine eigene katholische Universität zu gründen, was er als eine „höchst bedeutungsvolle, tröstliche Con-

98 Vgl. Protokoll der Bischofsversammlung April 1856, Wien 16.06.1856, Arch. Nunz. Vienna, Vol. 340, f. 84–111, Vatikanisches Geheimarchiv.

99 Mayer, Österreich als „katholische Großmacht“.

100 Vgl. auch Matthias Rettenwander, Nachwirkungen des Josephinismus, in: Helmut Reinalter (Hg.), Josephinismus als aufgeklärter Absolutismus, Wien, Köln, Weimar 2008, S. 317–425, 401–402, der allerdings stark auf Mayer, Österreich als „katholische Großmacht“ aufbaut und diesem über Absätze teils wörtlich folgt.

101 Vgl. bei Leisching, Die Bischofskonferenz, S. 214–215 und S. 222–223.

102 Vgl. dazu die Eingaben der Bischöfe an das MCU, Nachlass Leo Thun-Hohenstein, A3 XXI D383, Staatliches Gebietsarchiv Leitmeritz, Zweigstelle Tetschen-Bodenbach.

cession, deren Realisierung die herrlichsten Früchte verspricht“[103] bezeichnete.

Allerdings spiegelt sich in diesem Auseinandergehen der Hoffnungen auch das von Mayer festgestellte Auseinanderdriften von katholischer Laienbewegung und Episkopat nach dem Abschluss des Konkordats wider. Die Bischöfe bauten nun in vielen Diözesen weniger auf die im Jahr 1848 entstandene Laienbewegung, sondern verfolgten stattdessen stärker machtpolitische Ziele.[104] Daher spielte der österreichische Episkopat in der Frage der Gründung einer katholischen Universität in Österreich nur noch eine nachgeordnete Rolle, während engagierte Laien, darunter auch die bereits mehrfach genannten George Phillips oder Clemens Brandis, sich weiterhin für das Projekt stark machten.[105]

Die Verhandlungen um das Konkordat zeigten auch, dass es von Seiten der Kurie zunächst das Bestreben gab, den katholischen Charakter der Universitäten zu stärken bzw. zu erneuern. Dabei argumentierte der Vatikan auch historisch und verwies auf die päpstlichen Privilegien einzelner Universitäten und die historische Verbindung aller Wissenschaften mit der Kirche bzw. der Theologie. Allein dieses Vorhaben, die geschichtliche Entwicklung zurückzudrehen, musste im Laufe der Verhandlungen fast vollkommen aufgegeben werden. Letztlich scheiterten sogar die alternativen Pläne, das Amt des Universitätskanzlers zu stärken und den Bischöfen zu übertragen bzw. es an manchen Universitäten – wie beispielsweise in Innsbruck – überhaupt erst (wieder) einzuführen.[106] Der Plan zur Gründung einer katholischen Universität, wie er von Rom ins Spiel gebracht worden war, war letzten Endes für die katholische Laienbewegung von größerem Interesse als für den österreichischen Episkopat und für Thun.[107] Dass der Minister den katholischen Charakter der österreichischen Universitäten grundsätzlich

103 Martinus Huber, Beitrag zur Verständigung über das österreichische Concordat, Innsbruck 1857, S. 348. Die Beiträge von Huber erschienen erstmals als Artikelserie in den *Katholischen Blättern aus Tirol* im Herbst 1856.

104 Vgl. Mayer, Österreich als „katholische Großmacht“, S. 206–207.

105 Vgl. hierzu vor allem die Arbeit von Brandt, Eine katholische Universität in Deutschland?

106 Vgl. dazu die Verhandlungen um ein neues Statut der Wiener Universität, Entwürfe, Akten und Stellungnahmen zur Ausarbeitung eines neuen Statuts der Universität Wien, Nachlass Leo Thun-Hohenstein, A3 XXI D407, Staatliches Gebietsarchiv Leitmeritz, Zweigstelle Tetschen-Bodenbach. Das Amt gab es damals nur in Prag und Wien. In Innsbruck war das Amt unter Joseph II. bzw. unter bayerischer Herrschaft aufgehoben worden. Vgl. Oberkofler et al., Geschichte der Universität Innsbruck (1669–1945), S. 28–29. Im Übrigen gab es in Innsbruck zu der Zeit keinen Bischofssitz.

107 Vgl. dazu Thuns prägnante Aussage in Die Neugestaltung der österreichischen Universitäten über Allerhöchsten Befehl dargestellt von dem k.k. Ministerium für Kultus und Unterricht, S. 22.

nicht ablehnte, sondern sogar selbst betonte, gehört zu einer der weiteren Eigenheiten der Debatte um die Universitätsreform in den 1850er-Jahren. Während aus der Sicht des Vatikans und anderer Katholiken dieses Attribut allerdings jegliche andere Konfession von den Universitäten exkludieren musste, verstand Thun dasselbe zwar als genuines Merkmal der Universität, was aber nicht bedeuten musste, andere Konfessionen vollkommen auszuschließen. Im Übrigen betonte Thun, dass eine Re-Konfessionalisierung der Universitäten gegen das Toleranzpatent von 1781 verstoße.[108] Dieses Argument scheint von Thun jedoch eher selektiv eingesetzt worden zu sein, um die in seinen Augen notwendigen Berufungen von Protestanten zu rechtfertigen.[109] Denn wie bereits dargestellt, argumentierte Thun bei anderen Gelegenheiten, z.B. bei der Wahl von Bonitz zum Dekan, mit dem stiftungsmäßigen Verbot der Wahl eines Akatholiken bzw. der Unwirksamkeit des Toleranzpatentes für Korporationen, wie es die Doktorenkollegien an der Wiener Universität waren.[110] Als mögliches Vorbild im Hinblick auf den katholischen Charakter der Universitäten nannte Thun auch einmal die Münchener Universität.[111]

Festzuhalten bleibt daher, dass Thun den grundsätzlichen katholischen Charakter der Universitäten sowie die Rechte der Kirche zur Überwachung der Lehre an den Universitäten anerkannte. Thun wollte sich dadurch aber nicht das Recht nehmen lassen, Nicht-Katholiken an Universitäten zu berufen, um damit den wissenschaftlichen Aufschwung in Österreich sicherstellen zu können. Etwas anders verhielt es sich aber teilweise mit der Universität Innsbruck, an der eine Berufung von Protestanten grundsätzlich nicht erfolgte, weil dies zu sehr den Traditionen des Landes widersprochen hätte. Innsbruck besaß in der Diskussion, nicht nur bei Thun, eine besondere Stellung.

6.5. Die Stellung der Universität Innsbruck

Innsbruck war spätestens seit dem Katholikentag 1856 als Standort für eine katholische Universität im Gespräch. Allerdings gab es bereits früher Pläne,

108 Vgl. dazu Die Neugestaltung der österreichischen Universitäten über Allerhöchsten Befehl dargestellt von dem k.k. Ministerium für Kultus und Unterricht, S. 12–13.

109 Vgl. ebenda, S. 58–61.

110 Vgl. dazu bei Zikulnig, Restrukturierung, Regeneration und Reform: Die Prinzipien der Besetzungspolitik der Lehrkanzeln in der Ära des Ministers Leo Graf Thun-Hohenstein, S. 282–284.

111 Vgl. Die Neugestaltung der österreichischen Universitäten über Allerhöchsten Befehl dargestellt von dem k.k. Ministerium für Kultus und Unterricht, S. 22.

der Innsbrucker Universität eine besondere Rolle im System der österreichischen hohen Schulen zu verschaffen, nämlich die einer besonders katholischen Universität. Das erste Mal tauchte dieses Projekt – und als solches kann man es wohl am ehesten bezeichnen[112] – in einem Memorandum von Karl Ernst Jarcke auf.[113] Dieser hatte am 5. August 1849, also kurz nach dem Amtsantritt von Leo Thun, dem frischgebackenen Minister einige Ratschläge für seine zukünftige Rolle als Minister mit auf den Weg gegeben. Neben einigen allgemeinen Ratschlägen zu seinen Ansichten über die zukünftige Gestaltung des österreichischen Unterrichtswesens, findet sich dort unter Punkt 5 der Vorschlag:

> Will die Regierung eine Universität schaffen, auf welcher kirchlich und politisch conservative Tendenzen vorzugsweise gepflegt werden, so ist vorläufig Inspruck der einzige dazu geeignete Ort in der Monarchie. Ein Versuch solcher Art, der in Wien und Prag vielleicht höchst bedenklich wäre, jedenfalls dort aber schwerlich einen Boden für eine bessere Saat fände, würde in Tirol mit begeistertem Jubel aufgenommen werden und nach dem Süden von Deutschland wie nach Italien hin nur wohltätig wirken.[114]

Jarckes Vorschlag ist zwar nicht ganz eindeutig, jedoch scheint dieser eine gewisse Mittelstellung einzunehmen zwischen den bisher gesehenen Forderungen zur Gründung einer katholischen Universität und der Re-Katholisierung sämtlicher Universitäten. Die Universität, Innsbruck in dem Fall, sollte jedenfalls ein Alleinstellungsmerkmal besitzen, nämlich die Pflege kirchlich und politisch konservativer Tendenzen. Im Hinblick auf das Attribut „kirchlich" bedeutet konservativ wohl eine Orientierung an Rom. Die Lage Tirols war in diesem Zusammenhang wesentlich, zumal Tirol (der „Kirchenstaat Habsburgs"[115]) den Ruf als besonders katholisches Land innerhalb der Monarchie besaß und es in der Mitte zwischen Deutschland und Italien lag und so – um im Bild zu bleiben – ein Stück des Weges über die Berge nach Rom bereits vollbracht war.[116] Seit der Revolution von 1848 hatte sich

112 Vgl. Daniel Defoe, Ein Essay über Projekte. London 1697 (= Edition Transfer), Wien 2006. Vgl. dazu auch die Wahrnehmung von Gasser selbst: Gasser an Fessler, Brixen 07.04.1857, Nachlass Fessler 3, Diözesanarchiv St. Pölten.

113 Abgedruckt bei Lentze, Die Universitätsreform des Ministers Graf Leo Thun-Hohenstein, S. 295–299.

114 Ebenda.

115 Rupert Klieber, Jüdische, christliche, muslimische Lebenswelten der Donaumonarchie. 1848–1918, Wien 2010, S. 131.

116 Auf die Konstruktion dieses Bildes kann hier nicht näher eingegangen werden, verwiesen sei auf Florian Huber, „Kulturkämpfer". Vinzenz Gasser und der Katholizismus in Tirol

dieses Selbstverständnis der besonders glaubenstreuen Tiroler zudem noch verstärkt und schon in der Debatte um eine mögliche Vervollständigung der Universität im Jahr 1848/49 wurde mehrfach hervorgehoben, dass gerade in Tirol eine Universität besonders fruchtbar wirken könne.

Dass Jarcke dem Minister einen solchen Rat gab, verwundert auch deshalb nicht, da der Görreskreis, dem Jarcke auch zuzurechnen ist, bereits im Vormärz enge Verbindungen nach Tirol geknüpft hatte.[117] Dass mit Jarcke ausgerechnet ein ehemaliger Mitarbeiter der Staatskanzlei Fürst Metternichs den neuen Unterrichtsminister beriet, ist zwar symptomatisch für die sich anbahnende Restauration nach der Revolution, dennoch riet Jarcke in seinem Memorandum Thun nicht zu einer Rückkehr zum Unterrichtssystem des Vormärz, vielmehr kanzelte er dieses System ab und empfahl einen radikalen Neubeginn. Ob der Vorschlag, der Innsbrucker Universität einen besonders katholischen Charakter zu verleihen, von ihm selbst stammt, er von der allgemeinen Debatte um die Errichtung einer katholischen Universität inspiriert war oder man aus seinen Worten vielleicht sogar schließen könnte, dass es in der Regierung selbst einen solchen Plan gab, lässt sich nicht klären.

Dass die Universität Innsbruck eine besonders katholische Universität werden sollte, wurde indes auch bald darauf öffentlich ventiliert. Kurz nach der Berufung von George Phillips[118] freute sich nämlich ein anonymer Schreiber in den *Akademischen Monatsschriften*, dass mit der Berufung von Phillips ein erster Schritt getan sei, aus „Innsbruck die katholische Universität *κατ' exochην* "[119] zu machen.

Außerdem wurde das Projekt nicht nur von Jarcke propagiert, sondern auch vom Wiener Nuntius Viale-Prelà, der im Frühjahr 1851 einen ausführlichen Bericht[120] über die Situation der Universitäten in Süddeutschland und der Habsburgermonarchie an das Staatssekretariat des Vatikans sandte. Ausgehend vom Befund, dass in den meisten Universitäten Süddeutschlands der Pantheismus herrsche, hob er lobend einige Entwicklungen hervor, die in Österreich durch den Amtsantritt von Leo Thun erreicht worden waren. Der Nuntius kam zwar auch in diesem Bericht nicht umhin, zunächst die zwiespältige Haltung Thuns in Fragen des Unterrichtswesens

1830–1876, in: Der Schlern 84 (2010), S. 39–59; Huber, Konfessionelle Identitätsbildung in Tirol. Vgl. auch ein zeitgenössisches Urteil o. Autor, Aus Tirol, in: Der Katholik. Eine religiöse Zeitschrift zur Belehrung und Warnung, Neue Folge 3/4 (1851), S. 180–184.

117 Siehe Priesching, Maria von Mörl (1812–1868), S. 301–318; Grass et al., Görres und Tirol.

118 Vgl. dazu Kapitel 5.2.

119 Akademische Monatsschrift 1850, S. 300.

120 Nuntiaturbericht, Wien 10.05.1851, Arch. Nunz. Vienna, Vol. 323 (IV), Nr. 567, Vatikanisches Geheimarchiv.

zu beanstanden: Er kritisiert dabei besonders die Berufung von einigen Professoren aus Deutschland („alcuni de' quali eran' protestanti, altri che sebbene cattolici non eran' migliori dei primi"[121]). Im zweiten Teil des Berichts betonte er jedoch, dass sich nunmehr eine Kehrtwende in Thuns Politik abzeichne. Diese neue Richtung machte er besonders an der Berufung von George Phillips nach Wien (zunächst Innsbruck) und jener Karl Ernst Moy de Sons' nach Innsbruck fest. In der Folge kam Viale-Prelà eben auf diese Universität zu sprechen und berichtete, dass schon vor einiger Zeit dem Minister der Vorschlag unterbreitet worden war, dieser Universität einen vollends katholischen Charakter zu verleihen („di dare all'Università d'Innsbruck un carattere del tutto cattolico"[122]), und zwar durch Berufung von ausgezeichneten katholischen Professoren. Er selbst, so Viale-Prelà weiter, habe Thun in dieser Idee bestärkt und werde sie auch weiterhin dem Minister näherbringen.[123] Jedoch hören wir in den folgenden Jahren nichts mehr von Seiten des Nuntius zu diesem Projekt. Dies kann man aber auch darauf zurückführen, dass bereits im folgenden Jahr die ersten Sondierungsgespräche für den Abschluss eines Konkordats begannen, in denen sich der Vatikan mit solchen minimalen Erfolgen nicht zufriedengegeben hatte und zunächst die Re-Katholisierung aller Universitäten verlangte.

Ein anderes Indiz dafür, dass das Projekt oder die „Idee" wie es Viale-Prelà nennt, in ultramontanen Kreisen einige Bekanntheit besaß, ist auch ein Brief von Karl Ernst Moy an Leo Thun vom Herbst 1851, in dem er zwar nicht explizit den Plan anspricht, aber doch die besondere Eignung Tirols („die Tirolische Atmosphäre ist eine mächtig conservirende"[124]) für eine Universität hervorkehrt und die Dominanz der christlichen Philosophie ebendort betont.

Deutlicher wird Moy wenige Jahre später. Im Jahr 1855 begrüßte er in seiner Funktion als Rektor und in der Euphorie des kurz zuvor abgeschlossenen Konkordats den neuen Statthalter in Innsbruck, den Bruder des Kaisers, Karl Ludwig, und betonte in seiner Rede den katholischen Charakter der Innsbrucker Universität. In seiner Begrüßungsansprache blickte Moy mehrfach zurück auf die Gründungsphase der Universität. Aus seiner Sicht erfolgte die Gründung der Universität nämlich an der Schwelle zu einer beschwerlichen Zeit und aus dem Grund, „um Tirol auch durch die Waffen der

121 Ebenda. „Manche von diesen war Protestanten, andere, wenngleich Katholiken, waren nicht bessere als jene." [Übersetzung C.A].

122 Ebenda.

123 Ebenda.

124 Moy an Thun, Innsbruck 09.11.1851, Nachlass Leo Thun-Hohenstein, A3 XXI D128, Staatliches Gebietsarchiv Leitmeritz, Zweigstelle Tetschen-Bodenbach.

Wissenschaft zu schützen und zu befestigen im alten Glauben“ und „zur Vertheidigung des katholischen Glaubens“[125]. Denn schon bald nach der Gründung stürzte die Welt aus Moys Sicht in mehrere politische, aber auch wissenschaftliche Krisen. Stellvertretend für letztere nennt er Hugo Grotius[126] und René Descartes, die aus seiner Sicht Subjektivismus und Rationalismus förderten und damit der Aufklärung – mit allen Folgen für Menschheit und Kirche – den Weg bahnten. Rektor Moy betonte jedoch, dass die Innsbrucker Universität dagegen stets eine Bastion des Glaubens geblieben war und auch in der aktuellen Situation den Kampf gegen die Aufklärung noch nicht beendet habe. Damit spannte Moy einen Bogen zur Gegenwart, indem er die historische „Vertheidigung des katholischen Glaubens“[127] in seine Zeit verlagerte und die Innsbrucker Universität als Bollwerk des Glaubens gegen die Strömungen der Zeit pries. Gedanklich schlug er damit auch die Brücke von der Epoche der Konfessionalisierung und Kaiser Leopolds zu seiner eigenen Zeit und Kaiser Franz Joseph, der sich durch den Abschluss des Konkordats ebenfalls zur Verteidigung der Kirche aufgeschwungen habe.[128] Gleichzeitig bediente Moy damit eine damals in Tirol vorherrschende Rhetorik, die das Land zu einer Festung bei der Verteidigung des wahren Glaubens erklärte.[129]

Dass allerdings nicht nur bekannte ultramontane Professoren wie Karl Ernst Moy die Vorstellung von Innsbruck als katholischer Universität hegten, zeigt ein Brief von Julius Ficker, der sich, wie eingangs geschildert, im Spätsommer 1856 bei Thun über die Zukunft der Innsbrucker Universität erkundigte. Allerdings ist dieser Wunsch bei Ficker etwas anders gelagert

125 Die Rede von Rektor Moy anlässlich der Ankunft Erzherzog Karl Ludwigs ist abgedruckt in: Katholische Blätter aus Tirol, 41 (10.10.1855), S. 961–968. Vgl. auch den Text der Stiftungsurkunde in Österreichische Hochschülerschaft an der Universität Innsbruck, 300 Jahre Universitas Oenipontana, S. 20.

126 Die Werke von Hugo Grotius waren von 1748 vorgeschriebene Lehrbücher an der Universität. Siehe dazu etwa im Reformdekret von 1748 abgedruckt bei Probst, Geschichte der Universität Innsbruck seit ihrer Entstehung bis zum Jahre 1860, S. 395.

127 Zur ‚Verteidigungs‘- und ‚Bollwerk‘-Rhetorik des Ultramontanismus und der damit verbundenen Identifikationsstiftung siehe auch kurz bei Volker Speth, Katholische Aufklärung und Ultramontanismus, Religionspolizey und Kultfreiheit, Volkseigensinn und Volksfrömmigkeitsformierung. Das rheinische Wallfahrtswesen von 1826 bis 1870. Teil 1: Die kirchliche Wallfahrtspolitik im Erzbistum Köln (= Europäische Wallfahrtsstudien 7), Frankfurt, Berlin, Bern, Brüssel, New York, Oxford, Wien 2011, S. 8–9.

128 Durch die Aussagen von Moy wird auch die These von Olaf Blaschke von einem zweiten konfessionellen Zeitalter im 19. Jahrhundert und dessen Hinweis auf eine sorgsame Konstruktion der Geschichte für die gezielte Bewältigung der Gegenwart gestützt. Vgl. Blaschke, Konfessionen im Konflikt.

129 Vgl. dazu Huber, Konfessionelle Identitätsbildung in Tirol.

als bei Moy und verdeutlicht damit erneut, welche unterschiedlichen Vorstellungen und Implikationen sich hinter dem Begriff der ‚katholischen Universität' verbergen konnten. Denn wenn Ficker dem Minister dazu riet, die Innsbrucker Universität nicht, wie es das mehrfach erwähnte Gerücht besagte, nach Salzburg zu verlegen, dann trieb ihn einerseits ein persönliches Interesse an, andererseits war es der Wunsch, dass in Österreich eine Universität geschaffen werde, die besonders auch für katholische Studenten aus dem Süden und dem Westen Deutschlands attraktiv wäre:

> Für den Gesammtstaat würde Innsbruck allerdings immer eine unbequem gelegene Universität bleiben und die bloße Rücksicht auf ein einzelnes Kronland dürfte kaum genügen, eine Erweiterung, so wünschenswerth sie immer sein möchte, als nothwendig erscheinen zu lassen, aber ich glaubte immer von dem Gedanken ausgehen zu müssen, daß Oesterreich sowohl, wie dem Katholizismus gleich sehr daran liegen dürfte, wenn eine Hochschule bestände, die geeignet wäre, den Einfluß auszugleichen, den Preußen und der Protestantismus offenbar dadurch gewinnen, daß auch von den katholischen Studirenden des westlichen Deutschland die meisten ihre Bildung auf protestantischen Hochschulen suchen, da Freiburg unbedeutend ist, Würzburg fast nur von fremden Medizinern gesucht wird, und auch die Verhältnisse Münchens, das noch wohl am meisten von norddeutschen Katholiken besucht wird, nicht allen Wünschen entsprechen dürften.[130]

Fickers Vorstellungen speisten sich dabei besonders aus den Erfahrungen an seiner Heimatuniversität Bonn, wo konfessionelle Spannungen den Betrieb der Universität massiv beeinflussten, und anderen preußischen Universitäten, an denen katholische Studenten nach Abschluss des Studiums oft nur geringe Aussichten auf eine akademische Karriere besaßen.[131] Ähnlich äußerte sich Ficker auch in einem Zeitungsartikel im Jahr 1858:

> Stark in's Gewicht fallen dürfte dann auch der Umstand, daß Innsbruck eine durchaus katholische Universität ist. Man kann sehr verschiedener Meinung über den Werth einer Berücksichtigung der konfessionellen Interessen bei Besetzung mancher Lehrstühle sein, wird es aber wenigstens gegenüber der

130 Ficker an Thun, Innsbruck 19.09.1856, Nachlass Leo Thun-Hohenstein, A3 XXI D387, Staatliches Gebietsarchiv Leitmeritz, Zweigstelle Tetschen-Bodenbach.

131 Das ist eines der bekanntesten Motive bei den Klagen von Katholiken. Allerdings fehlen bis heute verlässliche Untersuchungen zum Ausmaß dieses Vorwurfs. Vgl. auch Klöcker, Katholizismus und Bildungsbürgertum. Inwieweit dies also ein Alibi-Argument war, das zur katholischen Selbstvergewisserung diente, muss daher offen bleiben.

> Thatsache, daß der großen Mehrzahl der deutschen Universitäten ihr ausschließlich oder doch ganz vorwiegend protestantischer Charakter sorgsam gewahrt wird, nur billig und wünschenswerth finden können, wenn wenigstens die Besetzung einzelner Hochschulen katholischen Eltern, welche darauf Werth legen, Garantien bietet, daß der Sohn, zumal in der ersten Studienzeit nicht vorwiegend unter dem Einflusse von Lehrern steht, welche den religiösen Anschauungen, in welchen er erzogen ist, wenn nicht feindlich, mindestens fremd gegenüberstehen.[132]

Um die Hegemonie des Protestantismus an den Universitäten zu brechen, war es aus seiner Sicht daher nötig, katholischen Studenten eine gute Ausbildung zu ermöglichen, ohne dass sie durch konfessionelle Beschränkungen darin beeinträchtigt würden. Die Perspektive, die Ficker hier einnimmt, ist ähnlich zu jener, die sein wissenschaftliches Werk kennzeichnet, nämlich, dass das vormals bestandene Reich die partikularen Bestrebungen der einzelnen Teile aufgefangen hatte.[133] Österreich sollte in dieser Hinsicht, gewissermaßen in Fortführung dieses Reichsgedankens, jenen eine (geistige) Heimat bieten, die in ihren eigentlichen Heimatländern keine mehr fanden. Gleichzeitig lässt sich im Wunsch, die protestantische Hegemonie in wissenschaftlichen aber auch weltanschaulichen Fragen zu brechen, bereits die wenige Jahre später folgende Kontroverse zwischen Julius Ficker und Heinrich Sybel erahnen.[134]

Dieses Motiv äußert sich auch in Briefen des bereits mehrfach genannten Justin Linde. Dieser betonte wiederholt die Notwendigkeit eines katholischen Gegengewichts zu den protestantischen Universitäten und sah in dem Aufschwung der österreichischen Hochschulen den ersten Schritt, um die

132 Julius Ficker, Die Universität, in: Volks- und Schützenzeitung für Tirol und Vorarlberg, 136 (12.11.1858), S. 789–791. Jung, Julius Ficker (1826–1902), S. 288–289 erwähnt auch, dass Ficker diesen Artikel auch an Freunde in Westfalen versandt hatte, um damit die Werbetrommel für die Innsbrucker Universität zu rühren.

133 Vgl. dazu auch die Einschätzung der Position Fickers bei Thomas Brechenmacher, Julius Ficker. Ein deutscher Historiker in Tirol, in: Geschichte und Region. Storia e Regione 5 (1996), S. 53–92; Thomas Brechenmacher, „Österreich steht außer Deutschland, aber es gehört zu Deutschland." Aspekte der Bewertung des Faktors Österreich in der Deutschen Historiographie, in: Michael Gehler/Rainer F. Schmidt/Harm-Hinrich Brandt/Rolf Steininger (Hgg.), Ungleiche Partner? Österreich und Deutschland in ihrer gegenseitigen Wahrnehmung. Historische Analysen und Vergleiche aus dem 19. und 20. Jahrhundert, Stuttgart 1996, S. 31–53, hier S. 36–38.

134 Vgl. dazu Thomas Brechenmacher, Wieviel Gegenwart verträgt historisches Urteilen? Die Kontroverse zwischen Heinrich von Sybel und Julius Ficker über die Bewertung der Kaiserpolitik des Mittelalters (1859–1862), in: Ulrich Muhlack (Hg.), Historisierung und gesellschaftlicher Wandel in Deutschland im 19. Jahrhundert, Berlin 2003, S. 87–112.

protestantische Hegemonie zu brechen.[135] Der Brief von Julius Ficker spiegelt zwar Fickers politische Anschauungen wider, er ist allerdings in erster Linie die unmittelbare Folge des Gerüchts, man plane in Salzburg die Gründung einer katholischen Universität. Ficker war allerdings nicht der einzige, der besorgt auf die Zukunft der Universität blickte, vielmehr kam es infolge des Beschlusses des achten Katholikentages in Linz in verschiedenen Teilen Tirols zu Protesten gegen den Plan.

6.6. Sorgen in Tirol

Am 13. März 1857 hatte sich der Innsbrucker Magistrat und Bürgerausschuss mit einer Petition[136] an den Statthalter Erzherzog Karl Ludwig gewandt und gefordert, entweder den Versuch zu unternehmen, den Episkopat von den Vorteilen Innsbrucks zu überzeugen oder die Innsbrucker Universität zu vervollständigen, um gegen die in Gründung begriffene Konkurrenz-Universität in Salzburg bestehen zu können. In den darauffolgenden Wochen und Monaten trafen noch weitere Petitionen aus verschiedenen Teilen des Landes in der Statthalterei ein,[137] der Tenor derselben war im Wesentlichen ähnlich und auch in der Argumentation glichen sich die Petitionen: In beinahe allen Bittgesuchen wurde der katholische Charakter des Landes Tirols hervorgehoben, das sich deswegen auch vorzüglich als Standort für eine (katholische) Universität eigne. Außerdem wurde mehrfach betont, dass die Innsbrucker Professoren und Studenten stets ihre Treue zum Herrscherhaus gezeigt hätten. Nicht zuletzt hoben die jeweiligen Verfasser hervor, dass in Innsbruck alles bereits vorhanden sei, was in Salzburg erst geschaffen werden müsse. Der Gemeindevorsteher des Meraner Bezirks war in seinen Forderungen noch konkreter, indem er verlangte, der Erzherzog möge sich dafür einsetzen,

> daß der zu vervollständigenden Universität Innsbruck der Charakter einer rein katholischen Hochschule thatsächlich durch Berufung aller Professoren

135 Vgl. besonders Linde an Thun (Konzept), Frankfurt a.M. 31.05.1854, N 1759, 51, Bundesarchiv Koblenz.

136 Stadtmagistrat an Karl Ludwig, Innsbruck 13.03.1857, MCU Präs. ad 550/1857, Österreichisches Staatsarchiv, Allgemeines Verwaltungsarchiv.

137 Stadtmagistrat an Karl Ludwig, Kufstein 29.03.1857, Statthalterei, Präsidialakten, 942 ad 886/1857, Tiroler Landesarchiv; Gemeindevorsteher des Pustertales an Karl Ludwig, Bruneck 04.05.1857, Statthalterei, Präsidium, 1308 ad 886/1857, Tiroler Landesarchiv; Gemeindevorsteher des Bezirkes Meran an Karl Ludwig, Meran 10.08.1857, Statthalterei, Präsidialakten, 2367 ad 886/1857, Tiroler Landesarchiv.

vom katholischen Bekenntnisse beigelegt werde, wodurch sie dann mit gutem Erfolge wird, ohne zur katholischen Universität proklamiert zu werden.[138]

Nur durch diese Maßnahme, so glaubte man in Meran, könne die Innsbrucker Universität sich gegen Salzburg behaupten. Die Rolle von katholischen Professoren hob auch der Innsbrucker Bürgerausschuss hervor, der überdies betonte, wie sehr die Universität in Innsbruck auch durch ihre geografische Lage helfen könne „die deutsche Wissenschaft mit der italienischen zu vermitteln und dadurch höchstwirksam dazu beizutragen, die Kluft zwischen deutschen und italienischer Volksthümlichkeit mehr einzuebnen."[139] Schon im Dezember 1856 hatte Clemens Brandis bei einer Rede auf der Generalversammlung des *Katholischen Vereins für Tirol und Vorarlberg* auf die wichtige Angelegenheit der Errichtung einer katholischen Universität in Innsbruck hingewiesen und beantragt, der Verein möge dazu eine Petition an den Kaiser richten.[140] Vieles in den Argumenten erinnert damit an die Situation von 1848/49, als man in Tirol schon einmal um die Universität fürchtete, allerdings war das öffentliche Aufbegehren im Jahre 1857 deutlich größer und zudem durch die Forderung nach Errichtung einer katholischen Universität in Innsbruck nun etwas anders gelagert. Während im Jahr 1848/49 mehr noch auf den wirtschaftlichen und politischen Schaden hingewiesen worden war, den eine Auflassung der Universität angerichtet hätte, argumentieren die Petitionen aus dem Jahr 1857 deutlicher auch mit dem katholischen Charakter des Landes. Hier zeigt sich auch der fortgeschrittene Prozess der Konstruktion des Bildes, das Tirol als *das* katholische Land der Monarchie imaginierte, der seit 1848 massiv zugenommen hatte und der schließlich im „Kampf um die Glaubenseinheit"[141] ihren Höhepunkt erreicht hatte.[142] Die Debatte um die Errichtung der katholischen Universität muss daher durchaus auch als Begleiterscheinung oder Teildiskurs dieses Prozesses betrachtet werden.

Selbst der Brixner Bischof Vinzenz Gasser, einer der führenden Köpfe in dieser Auseinandersetzung, war durch die Meldungen in den Zeitungen aufgeschreckt worden. Er schrieb am 7. April 1857 daher besorgt an seinen

138 Gemeindevorsteher des Bezirkes Meran an Karl Ludwig, Meran 10.08.1857, Statthalterei, Präsidialakten, 2367 ad 886/1857, Tiroler Landesarchiv.

139 Stadtmagistrat an Karl Ludwig, Innsbruck 13.03.1857, MCU Präs. ad 550/1857, Österreichisches Staatsarchiv, Allgemeines Verwaltungsarchiv.

140 Vgl. Innsbrucker Nachrichten, 292 (19.12.1856), S. 2032–2033.

141 Diese Formel ist zeitgenössisch. Die „Kampf"-Metapher unterstreicht die intensive Auseinandersetzung.

142 Huber, „Kulturkämpfer". Zur Frage der Glaubenseinheit siehe auch Fontana, Der Kulturkampf in Tirol, S. 43–80.

Freund Josef Fessler in Wien. Gasser unterstrich darin zwar, dass er nach der Bischofskonferenz in Wien den Plan eigentlich „für ein bloßes Projekt, dessen Verwirklichung nie zu erwarten“[143] war, gehalten hatte. Durch die zahlreichen Meldungen, insbesondere durch die „Zeitungsnachricht, Card. Rauscher sey dem Projekte, der Errichtung der kath. Universität in Salzburg sehr gewogen und habe diesfalls Conferenzen mit dem Grafen Thun gehabt?“[144] wollte Gasser aber nun doch sichergehen, wie es um das Projekt tatsächlich bestellt sei, um nötigenfalls Schritte zu dessen Verhinderung in die Wege leiten zu können. Aber nicht nur der Bischof, sondern auch der Statthalter schien durch das Gerücht verunsichert gewesen zu sein, zumindest leitete der Erzherzog die Petitionen aus Tirol umgehend an das Unterrichtsministerium weiter und bat den Minister um Aufklärung in der Sache, um gegebenenfalls seine „Ansichten und Wünsche hierüber sowohl im Interesse des Landes als auch einer solchen Unterrichts-Anstalt selbst geltend“ machen zu können.[145]

Am 11. Juni 1857 beruhigte Thun jedoch den Statthalter und erteilte ihm gleichzeitig die Vollmacht, für eine geplante Eröffnung einer theologischen Fakultät an der Universität Innsbruck bzw. die Übergabe derselben an die Gesellschaft Jesu die nötigen Verhandlungen mit dem Provinzial der Jesuiten und den Diözesanbischöfen in die Wege zu leiten.[146] Thun selbst hatte mit dem General der Jesuiten Petrus Beckx[147] in Vorverhandlungen eine grundlegende Vereinbarung für eine solche Gründung getroffen und auch die grundsätzliche Bewilligung des Kaisers eingeholt.[148]

Dem Ministerrat hatte Thun das Projekt in der Sitzung vom 24. März 1857 zum ersten Mal präsentiert und die grundsätzliche Zustimmung erhalten, einzig Justizminister Karl Krauß stimmte gegen den Vorschlag mit dem Hinweis, dass er zwar die Eröffnung der Fakultät, aber nicht die Übergabe an die Jesuiten befürworte. In der folgenden Sitzung, in der das Thema neuerlich verhandelt wurde, verlangte schließlich Ministerpräsident

143 Gasser an Fessler, Brixen 07.04.1857, Nachlass Fessler 3, Diözesanarchiv St. Pölten.

144 Ebenda.

145 886/Pr. Karl Ludwig an Thun (Konzept), Innsbruck 05.04.1857, Statthalterei, Präsidialakten, 886/1857, Tiroler Landesarchiv.

146 Vgl. zu den Verhandlungen auch Peter Leisching, Zur Rechtsgeschichte der Innsbrucker Jesuitenfakultät, in: Tiroler Heimat 39 (1976), S. 101–124, hier S. 106–109.

147 Pierre Jean Beckx SJ (Zichern bei Löwen 1795–1887 Rom), ab 1851 Rektor des Priesterkollegs in Löwen, 1852 Superior von Ungarn, Provinzial der Provinz Österreich, ab 1853 22. General der SJ.

148 699/CUM. Thun an Karl Ludwig, Wien 11.06.1857, Statthalterei, Präsidialakten, 1655 ad 886/1857, Tiroler Landesarchiv.

Buol-Schauenstein[149], dass die Fakultät der Oberaufsicht des Staates unterstellt bleiben sollte, dem Thun zustimmte, aber auf die noch nicht abgeschlossenen Verhandlungen mit dem Provinzial verwies. Die bisherige Vereinbarung zwischen dem Orden und Thun bestand zunächst darin, dass sich die Gesellschaft Jesu bereit erklärte, die theologische Fakultät in Innsbruck für einen jährlichen Betrag von 8.000 fl. vollständig zu übernehmen und mit acht Professoren aus dem Orden auszustatten. Nun ging es im Grunde nur noch darum, die Zustimmung der Bischöfe zu erlangen und die genauen Bedingungen der Übernahme mit den Jesuiten zu erörtern. Diese Verhandlungen sollte Karl Ludwig vor Ort führen.[150]

Dem Projekt selbst sehr zugetan, brachte der Erzherzog diese alsbald zum Abschluss, sodass er bereits einen Monat später an Thun schreiben konnte, die Bischöfe hätten nichts gegen die Errichtung einer theologischen Fakultät und die Übergabe dieser an die Jesuiten einzuwenden. Nur der Bischof von Salzburg, Maximilian Tarnóczy[151], hatte leichte Bedenken anklingen lassen. Er befürchtete, die zu gründende Fakultät würde nur wenige Studenten anziehen können, da es an allen drei Bischofssitzen ein Priesterseminar gab. Außerdem gab er zu bedenken, dass die Jesuiten womöglich die besten Priesterkandidaten aus den Diözesen abziehen würden. Der Brixner Bischof – anerkanntermaßen ein Freund des Ordens[152] – versuchte, diese Bedenken zu zerstreuen. Er wies nämlich darauf hin, dass der Orden auf Grund seiner Prominenz besonders Studenten aus dem benachbarten Süddeutschland und der Schweiz anziehen werde, sodass die Universität den Seminaren keine Studenten und Priesteramtskandidaten wegnehmen würde.[153] Die Forderungen des Ordens waren indes ziemlich weitreichend: Der Pater Provinzial Anton Schwitzer[154] machte es zur Bedingung, dass die päpstlichen Privilegien des Ordens zur Gänze anerkannt würden, beispielsweise das Promotionsrecht des Ordens. Außerdem verlangte der Provinzial, dass ihm das alleinige Recht zustehen solle, Professoren und den Dekan der Fakultät zu ernennen. Dem Bischof von Brixen, als dem für Innsbruck zu-

149 Karl Ferdinand Buol-Schauenstein (Wien 1797–1865 Wien), Politiker, 1852–1859 österr. Außenminister.

150 1655/Pr. Karl Ludwig an die Fürstbischöfe von Brixen, Trient, Salzburg, Innsbruck 18.06.1857, Statthalterei, Präsidialakten, 1655 ad 886/1857, Tiroler Landesarchiv.

151 Maximilian Tarnóczy (Schwaz 1806–1876 Salzburg), 1850–1876 Erzbischof von Salzburg.

152 Vgl. auch Gasser an Fessler, Brixen 24.09.1854, Nachlass Fessler 3, Diözesanarchiv St. Pölten. Gasser verrät Fessler in dem Brief, selbst mit dem Gedanken gespielt zu haben, in die Gesellschaft Jesu einzutreten.

153 1908/Pr. Karl Ludwig an Thun (Konzept), Innsbruck 13.07.1857, Statthalterei, Präsidialakten, 1908 ad 886/1857, Tiroler Landesarchiv.

154 Anton Schwitzer (1811–1898), 1856–1860 Provinzial der österreichischen Jesuitenprovinz.

ständigen Bischof, kam man mit der Änderung des Studienplans entgegen, sodass dieser auch der Ausbildung von Theologen für die Bedürfnisse der Brixner Diözese genügte.[155] Außerdem benötigte der Orden Räumlichkeiten von der Universität, da das bestehende Kollegiengebäude und die Räume, in denen der Orden sein Hausstudium untergebracht hatte, nicht für den Betrieb einer Fakultät geeignet waren. Der Provinzial versicherte aber, sollten die Bedingungen erfüllt werden, noch im Herbst mit den Vorlesungen beginnen zu wollen.[156]

Der Erzherzog wollte all diesen Forderungen entsprechen und versicherte dem Minister zudem, die nötigen Räumlichkeiten zur Verfügung zu stellen. Außerdem unterstrich er nochmals die Wichtigkeit der Gründung, insbesondere für die „Erhaltung der Landesuniversität in Innsbruck“[157], wohl eine Anspielung auf die befürchtete Konkurrenz in Salzburg.

In der Folge ging es in der Angelegenheit zügig voran. Am 31. Juli unterrichtete Thun den Ministerrat und bekräftigte, dass der Ordensprovinzial

> die vollkommene Einfügung der Fakultät in die Universität, den Lehrplan und sonstige Einrichtungen, allen bestehenden und künftigen Anordnungen und Vorschriften gegen dem zu unterwerfen, daß dem Orden das erbetene Pauschale von jährlich 8.000 f. und das Recht, die Professoren und Dekane der Fakultät zu ernennen, gewährt werde[158]

zugesichert hatte. Thun hatte dies geschickt formuliert, zumal die „vollkommene Einfügung“ der Fakultät bei den gleichzeitig gewährten Ausnahmeregelungen freilich mehr als dürftig war. Der Ministerpräsident war damit einverstanden und schon zwei Wochen später legte Thun dem Kaiser den entsprechenden Antrag vor. Dort wurden alle Punkte genau geschildert und außerdem die finanziellen Bedürfnisse des Projekts neuerlich erläutert, zumal das Finanzministerium mit Verweis auf den geringeren Finanzbedarf der theologischen Fakultäten in Olmütz und Graz nur widerwillig seine Zustimmung gegeben hatte.[159] Am 4. November gab der Kaiser seine

155 Vgl. zur Rolle von Vinzenz Gasser auch bei Rahner, Die Geschichte eines Jahrhunderts, S. 6–7.

156 Schwitzer an Karl Ludwig (Abschrift), Wien 28.06.1857, Statthalterei, Präsidialakten ad 1908 ad 886/1857, Tiroler Landesarchiv. Die Forderungen sind auch abgedruckt in: Hundert Jahre Theologische Fakultät Innsbruck 1857–1957, S. 8–10.

157 1908/Pr. Karl Ludwig an Thun (Konzept), Innsbruck 13.07.1857, Statthalterei, Präsidialakten, 1908 ad 886/1857, Tiroler Landesarchiv.

158 Die Protokolle des österreichischen Ministerrates (1848–1867). IV. Abteilung (Das Ministerium Rechberg) Bd. 6, Wien 2014, S. 184.

159 Majestätsvortrag (Konzept), Wien 12.08.1857, MCU Präs. 1096/1857, Österreichisches

Zustimmung.[160] Die Frage des Promotionsrechts der Fakultät, das sich der Provinzial ausbedungen hatte, wurde allerdings offengelassen, und die Entscheidung darüber dem akademischen Senat in Innsbruck überantwortet.[161] Dieses Manöver hatte zwar eine zügige Eröffnung der Fakultät ermöglicht, damit wurde jedoch auch der Keim für künftigen Streit innerhalb der Universität gelegt. Nach dem Abgang Thuns, in der liberalen Ära bis 1879, war die Frage des Promotionsrechtes nämlich ein zentrales Streitthema, das neben der Frage der Rektorswahl die Spannungen innerhalb der Universität forcierte.[162]

Am 7. November 1857, vier Tage vor der bevorstehenden feierlichen Eröffnung, machte der offiziöse *Bothe für Tirol und Vorarlberg* die Bewilligung des Kaisers öffentlich.[163] Schon einen Monat zuvor – wohl in Vorfreude auf die erhoffte Bewilligung – hatte das Blatt eine Meldung des Journals *Deutschland* veröffentlicht, wonach die Eröffnung der Fakultät und deren Übertragung an die Jesuiten bereits beschlossene Sache sei. Am besten informiert zeigten sich allerdings die *Innsbrucker Nachrichten*, die bereits im Mai, also noch bevor die Verhandlungen zwischen dem Statthalter und dem Pater Provinzial überhaupt erst begonnen hatten, bereits meldete: „Nunmehr ist die theologische Fakultät den PP. Jesuiten übergeben und der Vertrag ist mit ihnen entgiltig abgeschlossen.“[164] Außerdem, so vermeldete das Blatt, sei auch die Errichtung einer medizinischen Fakultät bereits beschlossene Sache. Damit, so das Blatt weiter, werde auch einem beliebten Ausspruch des Volks die Grundlage entzogen, wonach die Innsbrucker Universität als die „heil- und gottlose“[165] bezeichnet wurde. Die Nachricht war im Übrigen die Folge eines Protests der *Augsburger Postzeitung* gewesen, die sich gegen die Berufung der Jesuiten nach Innsbruck ausgesprochen hatte. Damit ist die Nachricht im Kontext der vorliegenden Untersuchung in doppelter Hinsicht interessant: Zunächst verdeutlicht sie den Ruf der Jesuiten, die in liberaleren Kreisen als Inbegriff eines reaktionären und streng katholischen Bildungswesens galten, andererseits zeigt diese Nachricht auch, dass eine mögliche Berufung der Jesuiten bereits vor den Verhandlungen

Staatsarchiv, Allgemeines Verwaltungsarchiv.

160 Siehe 19265/295. Thun an Karl Ludwig, Wien 06.11.1857, Statthalterei, Präsidialakten, 3028 ad 886/1857, Tiroler Landesarchiv.

161 Präsidial-Erinnerung, Innsbruck 11.11.1857, Statthalterei Studien 20699/1857, Tiroler Landesarchiv.

162 Siehe dazu auch Oberkofler, Die Petition der drei weltlichen Fakultäten um Aufhebung der Jesuitenfakultät von Jahr 1873; Rahner, Die Geschichte eines Jahrhunderts, S. 17–25.

163 Bothe für Tirol und Vorarlberg 43 (7.11.1857), S. 1131.

164 Innsbrucker Nachrichten 112 (18.05.1857), S. 873–874.

165 Ebenda, S. 873.

zwischen dem Statthalter, den Bischöfen und den Jesuiten in breiteren Kreisen bekannt war. Thun selbst hatte ja Julius Ficker bereits im Herbst zuvor über das Projekt informiert.

Der Bürgerausschuss von Innsbruck hatte im Juni 1857 im Übrigen Leo Thun das Ehrenbürgerrecht der Stadt Innsbruck angetragen.[166] Man darf wohl annehmen, dass auch dieser Schritt im Zusammenhang mit der Debatte um die Eröffnung der katholischen Fakultät in Innsbruck stand, zumal die Verhandlungen zu diesem Zeitpunkt bereits von Erzherzog Karl Ludwig geführt wurden und, wie der Artikel in der *Innsbrucker Zeitung* verdeutlicht, gab es in der Stadt wohl bereits gewisse Hoffnungen. Thun nahm die Ehrenbürgerschaft an und betonte,

> daß ich mich mit Stolz zu den Bürgern der Hauptstadt eines Landes zählen werde, das sich durch seine unerschütterliche Treue und erprobte Tapferkeit, durch die Reinheit seiner Sitten und die Festigkeit seines Glaubens ein unvergängliches ruhmvolles Andenken in der Geschichte gesichert hat.[167]

Indem auch Thun den Topos der Glaubenseinheit betonte, durfte man in Innsbruck die Eröffnung der Fakultät wohl auch durchaus als Folge dieser Standhaftigkeit im Glauben deuten, was einer weiteren Festigung dieser Vorstellung sicherlich nicht abträglich war.

6.6.1. Die Eröffnung der Fakultät

Die feierliche Eröffnung der Fakultät fand am 16. November 1857 mit einem Hochamt in der Universitätskirche und einem anschließenden Festessen statt. Bei dieser Gelegenheit hielt der amtierende Rektor der Universität Karl Ernst Moy de Sons die Festrede. Darin rühmte er insbesondere den Kaiser für seine „ritterliche That“[168] und nannte die Eröffnung ein Ereignis „von nicht zu berechnender Tragweite“.[169] In weiterer Folge griff er auf ähnliche Motive zurück, die bereits seine Rede zum Amtsantritt von Erzherzog Karl Ludwig dominiert hatten, indem er einerseits die besonders innige Beziehung der Tiroler zum Herrscherhaus und zum katholischen Glauben

166 Spiegelfeld an Thun (Konzept), Innsbruck 07.06.1857, Statthalterei, Präsidialakten 1513/1857, Tiroler Landesarchiv.

167 Thun an Spiegelfeld, Wien 21.06.1857, Statthalterei, Präsidialakten, 1513/1857, Tiroler Landesarchiv.

168 Festrede gehalten vom Rector Magnificus Freiherrn v. Moy de Sons, in: Bothe für Tirol und Vorarlberg 43 (18.11.1857), S. 1172–1173, hier S. 1172.

169 Festrede gehalten vom Rector Magnificus Freiherrn v. Moy de Sons, S. 1172.

hervorkehrte und andererseits die historische Rolle der Universität Innsbruck seit den Tagen ihrer Stiftung durch Kaiser Leopold als Verbindungsglied zwischen Deutschland und Italien und als Bollwerk gegen jegliche Irrlehren betonte.[170] Moy zeigte sich überzeugt davon, dass die Universität mit der neuen theologischen Fakultät diese historische Mission vollends erfüllen könne. Die Übergabe der Fakultät an die Jesuiten wertete Moy darüber hinaus als besonders positiv, da der Kaiser aus seiner Sicht damit ein doppeltes Zeichen gesetzt hatte: Einerseits hatte er den durch das Konkordat bereits vorgezeichneten Weg der Förderung der katholischen Kirche fortgesetzt, andererseits konnte er „auch der katholischen Kirche in seinen Staaten die volle, rückhaltslose Entfaltung ihrer geistigen Kampfesmittel einräumen“[171]. Moy sah darin ein Bekenntnis des Kaisers für den Orden, der sich stets unzähligen Feinden gegenübersah. In weiterer Folge ging Moy auf die historischen Leistungen des Ordens ein und bediente sich dabei einer Kampfesrhetorik, in der die Jesuiten als Verteidiger des wahren Glaubens und des päpstlichen Gehorsams dargestellt werden. Erinnert man sich an seine Rede vom Jahre 1855, erscheint die Berufung der Jesuiten nach Innsbruck auch als die denkbar beste Lösung: Denn wer könnte die in jener Rede geschilderte historische Mission der Universität Innsbruck als Verteidigerin der rechten Lehre besser erfüllen und das glaubensstarke Tirol und die wahre Wissenschaft besser verteidigen als die Gesellschaft Jesu? In diesem Sinn musste für Moy die Innsbrucker Universität nun wohl endgültig zu einer der „Festungen und Burgen katholischen Geistes und katholischer Wissenschaft“[172] geworden sein, deren Errichtung ein nicht näher genannter Schreiber in *Der Katholik* im Jahr zuvor verlangt hatte, um die Hegemonie der Protestanten in den Wissenschaften endlich zu brechen. Derselbe Autor hatte ähnlich wie Moy katholische Universitäten und Akademien als die notwendigen „Mittel“ im „großen Kampf für die Wahrheit Gottes und der Menschheit“[173] angesehen. Dass auch der Wiener Nuntius erfreut über die Eröffnung der Fakultät und die Übergabe an die Jesuiten nach Rom berichtet hatte, dürfte nicht überraschen.[174] Zur gleichen Zeit wurden außerdem durch die Vermittlung von Kardinal Rauscher zwei Professoren aus Rom

170 Vgl. Kapitel 6.5.

171 Festrede gehalten vom Rector Magnificus Freiherrn v. Moy de Sons, S. 1172.

172 o. Autor, Die Universitätsfrage, in: Der Katholik, Neue Folge, Bd. 13/8 und 10 (1856) , S. 337–350 und S. 433–444, hier S. 348.

173 o. Autor, Die Universitätsfrage, S. 348.

174 Nuntiaturbericht (Konzept), Wien 29.11.1857, Arch. Nunz. Vienna, Vol. 406, f. 134–135, Vatikanisches Geheimarchiv.

(Filippo Maria Guidi OP[175] und Clemens Schrader SJ[176]) an die theologische Fakultät der Wiener Universität berufen, sodass die Freude beim Nuntius gleich zweifach war. Dementsprechend war auch die Euphorie in katholischen Kreisen groß. Die Symbolik dieser beiden Ereignisse war eindeutig: Einerseits manifestierte sich darin der gewachsene Einfluss der Kirche nach dem Abschluss des Konkordats, gleichzeitig waren es nicht moderate, sondern mit den Jesuiten in Innsbruck und den beiden neu berufenen Professoren in Wien dezidiert papsttreue Kräfte, die nach Österreich berufen worden waren. In theologischer Hinsicht verwies die Berufung der Jesuiten sowie Schraders und Guidis auf die zukünftige Entwicklung der zunehmenden Verbreitung der jesuitischen/römischen Richtung der Neuscholastik.[177]

Diese Symbolik war auch ein Grund, warum die Eröffnung der Fakultät in liberalen Kreisen auf heftige Kritik gestoßen war. Die Übergabe der Fakultät an die Jesuiten war eine wesentliche Ursache, warum Leo Thun von Zeitgenossen und der Geschichtsschreibung oftmals negativ beurteilt worden war.[178] So wird etwa Grillparzers berühmtes Epigramm von 1857 auf Leo Thun:

> Einen Selbstmord habe ich euch anzusagen,
> Der Kultusminister hat den Unterrichtsminister totgeschlagen.[179]

als Reaktion auf dieses Ereignis gedeutet. Für Innsbruck lässt sich neuerlich Adolf Pichler nennen, der seine Kritik an den Jesuiten zu dieser Zeit nur in Briefen geäußert hatte. An Karl Thaler, der sich bei Pichler über die Lehrtätigkeit der Jesuiten in Innsbruck erkundigte[180], schrieb Pichler, dass von den Professoren der theologischen Fakultät keiner einen wissenschaftlichen Ruf besäße und beklagte sich darüber, dass die Jesuiten ihren Studenten verbieten würden, Vorlesungen an anderen Fakultäten zu besuchen. Pichler war

175 Filippo Maria Guidi (Bologna 1815–1879 Rom), ab 1857 Prof. an der Universität Wien, ab 1863 Kardinal.

176 Clemens Schrader SJ (Itzum 1820–1875 Poitiers), ab 1857 Prof. für Dogmatik an der Universität Wien, 1870 Enthebung vom Amt, anschließend Prof. am Collegium Romanum, ab 1872 am Priesterseminar in Poitiers.

177 Vgl. zur Ausrichtung der Innsbrucker theologischen Fakultät auch bei Goller, Katholisches Theologiestudium an der Universität Innsbruck vor dem Ersten Weltkrieg (1857–1914), S. 46–47; zu Schrader bei Manfred Weitlauff, Schrader, Clemens, in: Neue Deutsche Biographie, Bd. 23, Berlin 2007, S. 510–511.

178 Besonders Molisch, Die deutschen Hochschulen in Österreich und die politisch-nationale Entwicklung nach dem Jahre 1848, S. 17 nennt explizit die Innsbrucker theologische Fakultät. Vgl. dazu Kapitel 1.3.2.

179 Grillparzer, Sämtliche Werke, S. 550.

180 Thaler an Pichler, Wien 03.12.[1860], GSK 74/IV, 5, 3, Goethe- und Schiller-Archiv, Weimar.

daher wenig optimistisch, was den wissenschaftlichen Ruf der Universität betraf. Außerdem scheint er die Übertragung der Fakultät an die Jesuiten nicht nur als Einzelereignis, sondern als ein Symptom einer sich verdüsternden politischen und gesellschaftlichen Lage in Tirol gesehen zu haben. Dass er damit offenbar nicht allein war, verdeutlicht eine Liedstrophe, die Pichler in seinem Brief mitsandte:

> Die Stimmung ist in Nord- und Südtirol gräulich. In Innsbruck geht ein Lied von Hand zu Hand, von dem ich nur die erste Strophe kenne, Sie mögen daraus auf anderes schließen.
> Tirol
> Du hast Jesuiten und Orden
> und Grafen ein ganzes Heer,
> Du bist wieder ständisch geworden,
> schlaf weiter, was willst du mehr.[181]

In einem anderen, nicht überlieferten Brief an Karl Thaler äußerte sich Pichler offenbar ähnlich, wenn ihn Thaler zitiert:

> Und als der erste kam von diesem Orden,
> Ist es im ganzen Land schwarz geworden![182]

Zu diesem Zeitpunkt nahm die Kampagne um die „Glaubenseinheit Tirols" bereits Fahrt auf[183] und Pichler spielte wohl auch darauf an. Dass die Jesuiten als Symptom der Abkehr von der Aufklärung angesehen wurden, wurde bereits im Hinblick auf das Bozner Lichtfest erwähnt, ähnlich sah es auch das humoristische Wochenblatt *Figaro*, das im Mai 1861 ankündigte: „Freitag: Unentgeldliche Vorlesung im Jesuiten-Kollegium zu Innsbruck für Landleute über die zweckmäßigste Errichtung von Scheiterhaufen."[184]

Ein Brief von Vinzenz von Erhart an Pichler zeigt zudem, dass auch im

181 Pichler an Thaler, Innsbruck 07.12.1860, 90343, Wienbibliothek, Handschriftenabteilung. Pichler hatte Thaler in einem anderen Brief den Rest des Liedes mitgeteilt. Vgl. dazu Thaler an Pichler, Wien, 30. Dezember [1860], GSK 74/IV, 5, 3, Goethe- und Schiller-Archiv, Weimar. Das Lied erschien dann gemeinsam mit einem kurzen Text über die Situation in Tirol in der von Adolph Kolatschek herausgebenen Zeitschrift: Stimmen der Zeit. Monatsschrift für Politik und Literatur, 2 (1861), S. 36–37. Im selben Artikel war auch das Gedicht Der Jesuit in Österreich von Hermann von Gilm abgedruckt.

182 Thaler an Pichler, Wien 03.12.[1860], GSK 74/IV, 5, 3, Goethe- und Schiller-Archiv, Weimar.

183 Vgl. Fontana, Der Kulturkampf in Tirol, S. 43–49.

184 Tagesordnung für die künftige Woche, in: Figaro 21 (25.05.1861), S. 81.

Ministerium nicht alle mit der Entscheidung zufrieden waren, die Fakultät den Jesuiten zu übertragen, wenn er schreibt, er sei davon überzeugt, „daß die Jesuiten der Universität Innsbruck kein neues Licht anzünden werde[n]“[185]. Und fügte noch einen Seitenhieb auf Rektor Moy hinzu: „So etwas glauben höchstens Herr von Moÿ und ein paar andere verbrannte Gehirne.“[186]

Neben der wohl kleineren Gruppe in Tirol, die die Berufung der Jesuiten nicht gutgeheißen hatte, und der großen Gruppe, die dies freudig begrüßte, darf man aber auch noch mit einer dritten Gruppe rechnen, die vor allem die weitere Vervollständigung der Universität mit Zufriedenheit wahrgenommen hatte und damit zumindest die mittelfristige Sicherung der Universität in Tirol erkannte, der nun bloß noch die medizinische Fakultät zur Vollständigkeit fehlte.

Knapp zwei Jahrzehnte später, als sich die Auseinandersetzungen um die Rechte und die Existenzberechtigung der theologischen Fakultät mit der Einbringung einer Petition der übrigen Fakultäten zur Aufhebung der theologischen Fakultät bzw. dem Entzug der Fakultät von den Jesuiten auf einen Höhepunkt zustrebte[187], bedauerte Armand Dumreicher die damalige Entscheidung Thuns, die Innsbrucker Universität den Jesuiten zu übertragen und so gewissermaßen „Rosenkränze nach Tirol zu tragen“[188], anstatt die Universität zu einer Stätte der Aufklärung gemacht zu haben:

> In einem Lande, welches nur an wenig Punkten sich eines entwickelten Städtewesens erfreut und welches erst seit kurzem vom großen Weltverkehr berührt wird, unter einer Bevölkerung, welcher Gebirge den Horizont verengen und die Berührung mit der Außenwelt erschweren, hat diese Universität die stolze aber schwere Mission zu erfüllen, eigensinniger Selbstgenügsamkeit zum Trotze die allumfassende, freie Wissenschaft einzubürgern, den geistlichen geistige Interessen gegenüberzustellen, die Mittelclasse der Gesellschaft in eine weitere und reichere Ideenwelt einzuführen und durch Herstellung und Erhaltung des Contactes mit dem gebildeten Deutschland, das von bäuerlicher Beschränktheit und clerikaler Unduldsamkeit mundtodt gemachte und von irregeleiteten Massen majorisierte städtische Bürgerthum allmälig zu kräftigen, zu ermuthigen und zu vergrößern.[189]

185 Ehrhart an Pichler, Wien 09.12.1857, GSA 74/I, 7, 1, Goethe- und Schiller-Archiv, Weimar.
186 Ebenda.
187 Siehe Oberkofler, Die Petition der drei weltlichen Fakultäten um Aufhebung der Jesuitenfakultät von Jahr 1873.
188 Dumreicher, Die Verwaltung der Universitäten seit dem letzten politischen Systemwechsel in Österreich, S. 41.
189 Ebenda, S. 41.

7 DIE UNIVERSITÄT UND DIE NATIONALEN AUSEINANDERSETZUNGEN

7.1. Nationalisierungstendenzen der Studentenschaft

Die Universität in Innsbruck war seit ihrer Gründung ein Kontaktpunkt zwischen deutsch- und italienischsprachigen Studenten, wenngleich es in Norditalien mit Padua und Pavia zwei prestigeträchtige Universitäten gab, die große Anziehungskraft ausübten. Die Zahl der italienischen Studenten blieb deshalb meist hinter jener der Deutschsprachigen zurück. Außerdem erklärt sich die höhere Zahl an deutschsprachigen Studenten mit dem Übergewicht, welches die Bevölkerung mit deutscher Muttersprache in Tirol und Vorarlberg besaß. Orientiert man sich – Ungenauigkeiten eingeschlossen – an den Bevölkerungszahlen der einzelnen Kreise und nimmt die Kreise Rovereto und Trient als überwiegend italienischsprachig an, so kommt man auf ein Verhältnis von etwa fünf zu drei zwischen deutsch- und italienischsprachiger Bevölkerung in den 1840er-Jahren. Die erste Volkszählung, bei der die „Umgangssprache" der Bevölkerung erhoben wurde, fand im Jahr 1880[1] statt und bestätigt größtenteils dieses Bild: Ca. 533.000 gaben damals Deutsch, ca. 363.000 Italienisch/Ladinisch als Umgangssprache an, das entspricht einem Anteil von ca. 40 % italienischsprachiger Bevölkerung im Kronland Tirol und Vorarlberg.[2]

Die deutschsprachigen Studenten bildeten dementsprechend im Jahr 1848 die Mehrheit an der Universität. Ein Blick auf das folgende Studienjahr weist einen Anteil von etwa 30 % italienischsprachiger Studenten aus.[3] So verwundert es auch nicht, dass beim kurzen Aufflammen der Re-

1 Vgl. zur Problematik der Volkszählung und der Frage der Umgangssprache und der damit verbundenen Konstruktion von Differenz bei Michaela Wolf, Die vielsprachige Seele Kakaniens. Übersetzen und Dolmetschen in der Habsburgermonarchie 1848 bis 1918, Wien 2012, S. 67–73.

2 K.k. Statistische Central-Commission (Hg.), Statistisches Jahrbuch für das Jahr 1881, Wien 1884, S. 60–61.

3 Die Zahl stammt von Stefan Malfèr, Italienische Studenten in Wien, Graz und Innsbruck 1848–1918, in: Richard Georg Plaschka/Karlheinz Mack (Hgg.), Wegnetz europäischen Geistes II. Universitäten und Studenten. Die Bedeutung Studentischer Migration im Mittel- und Südosteuropa vom 18. bis zum 20. Jahrhundert, Wien 1987, S. 183–195. Er hat diesen Anteil den Tafeln zur Statistik der österreichischen Monarchie entnommen, wobei jedoch nicht nachvollziehbar ist, wie er seine Daten gewonnen hat, da in diesen statistischen Berichten keine Angaben zur Sprache der Studenten ausgewiesen sind. Eine stichpunktartige Überprüfung der Zahlen Malfèrs anhand der Matrikel der Universität

volution in Innsbruck im März 1848 deutschnationale Äußerungen bei den Studenten dominierten, national geprägte Spannungen innerhalb der Studentenschaft sind zu diesem Zeitpunkt jedoch nicht bekannt.[4] Zumindest am Beginn der revolutionären Ereignisse in Innsbruck scheint die Solidarität innerhalb der Studentenschaft auch nicht durch sprachliche Unterschiede beschränkt gewesen zu sein. Alois Flir schreibt etwa, er habe in den ersten Tagen der Demonstrationen beim Gouverneur beantragt, „eine kleine Rotte von Wälschen"[5] aus der Studentenschaft auszuschließen, die versucht hatten, in ein Schulzimmer der Jesuiten einzudringen. Damit habe er jedoch den Unmut der gesamten Studentenschaft auf sich gezogen und seine Popularität bei den Studenten vollkommen verloren. Spätestens als es jedoch darum ging, die Einheit des Landes auf dem Feldzug gegen die italienischen Freischärler an den Südgrenzen Tirols zu schützen, und nicht zuletzt als die Forderungen nach politischer Autonomie Südtirols, also des heutigen Trentinos, innerhalb des Landes Tirols lauter wurden, wurden auch die nationalen Spannungen in der Studentenschaft größer.[6]

Nach dem Ende des Feldzuges und nachdem die Studenten sich im Herbst 1848 zur Wiedereröffnung des Semesters in Innsbruck eingefunden hatten, ließ sich die einmal in Gang gesetzte Politisierung der Studenten nicht wieder vollkommen rückgängig machen. Dabei waren es insbesondere die deutschnationalen Töne, die bei den politischen Autoritäten im Land für Unruhe sorgten. Das zeigen die Klagen über Ausflüge der Studenten nach Hall in Tirol, bei denen politische Lieder gesungen wurden und einmal auch eine schwarz-rot-goldene Flagge in einem Garten aufgepflanzt worden war.[7] Die deutschnationale Gesinnung in der Studentenschaft kommt auch in einem offenen Brief zum Ausdruck, den der Ausschuss der Studenten im Frühjahr 1849 an die Tiroler Abgeordneten in der Frankfurter Paulskirche gerichtet hatte.[8] Anlass war die Debatte über die Frage nach dem An-

---

Innsbruck bei Goller, Die Matrikel der Universität Innsbruck, hat jedoch das Bild grundsätzlich bestätigt. Dort ist lediglich der Herkunftsort der Studenten angegeben, worauf auf die sprachliche Zugehörigkeit geschlossen wurde. Eine eindeutige sprachliche Zuordnung war daher nicht möglich, entsprach aber wohl auch nicht der sprachlichen Realität Tirols.

4 Vgl. dazu im Kapitel 3.1. Vgl. auch Egger, „Für Gott, Kaiser und Vaterland zu Stehen und zu Fallen…", S. 52–56.

5 Flir, Briefe aus Innsbruck, Frankfurt und Wien, S. 194.

6 Vgl. auch das Urteil von Goller, Jeder Notariat-Akt (…) Anlaß zu neuer Mißstimmung, S. 522.

7 Vgl. dazu Oberkofler et al., Geschichte der Universität Innsbruck (1669–1945), S. 154–155.

8 Eine differenzierte Haltung mit einer klaren Zuordnung nach Gruppen im Hinblick auf die Frage der Vereinigung Deutschlands lässt sich erst im Laufe der 1860er- und den folgenden Jahren festmachen, als sich eine Reihe von unterschiedlichen studentischen Verbin-

schluss Tirols an den Zollverein. Die Studenten plädierten lebhaft für einen Zusammenschluss und schrieben pathetisch: „Die Universität kennt keine anderen Worte als: Hoch die Freiheit, Einheit, Größe Deutschlands!“[9]

Abgesehen von diesen wenigen Schlaglichtern lässt sich jedoch wenig zur politischen Stimmung innerhalb der Studentenschaft sagen, zumal die Reaktion die Überwachung der Studenten rasch wieder intensivierte und öffentliche politische Meinungsäußerungen, das Tragen von Abzeichen sowie die Gründung bzw. das Weiterbestehen von Studentenverbindungen verbot.[10] Daneben gab es, wie das Beispiel Adolf Pichler und Joseph Hundegger zeigen, auch eine bewusste Abkehr von politischer Meinungsäußerung als Folge der enttäuschten Hoffnungen im Revolutionsjahr. Beide nahmen – der eine von Wien, der andere von Innsbruck aus – am Feldzug der Tiroler an die Südgrenze des Landes teil. Joseph Hundegger zog am Ende des Jahres 1848 aber ernüchtert Bilanz und fasste den Vorsatz, nicht mehr politisieren zu wollen.[11] Adolf Pichler, der seine politischen Überzeugungen und seine deutschnationalen Ansichten im Revolutionsjahr offen vor sich hergetragen hatte und damit auch zu einer Ikone der Studentenbewegung – zumindest in Tirol – geworden war, hatte sich, nachdem er sein Studium abgeschlossen hatte und sich die politische Überwachung im aufziehenden Neoabsolutismus wieder verschärfte, mit seinen öffentlichen politischen Meinungsäußerungen zurückgehalten.[12]

Erst mit der österreichischen Niederlage im Krieg von 1859, den folgenden politischen Reformen und den staatlichen Zugeständnissen im Hinblick auf das Vereinswesen blühte in Innsbruck das Verbindungswesen auf und rasch etablierten sich mehrere Studentenverbindungen. Anhand dieser lassen sich auch tragfähige Urteile zur politischen Einstellung innerhalb der Studentenschaften fällen, wobei eine zunehmende Betonung der deutschnationalen Gesinnung ein wesentliches Charakteristikum darstellt.[13] Besonders Andreas Bösche[14] hat anhand der Studentenverbindungen in Innsbruck die zunehmende Radikalisierung und Nationalisierung der Studenten in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts untersucht. Letztlich waren dies

---

dungen etablierte, die sich klar in ihrer politischen Haltung festmachen lassen. Vgl. dazu bei Bösche, Zwischen Kaiser Franz Joseph I. und Schönerer.

9 Die Presse 63 (15.03.1849), S. 2.

10 Vgl auch bei Bösche, Zwischen Kaiser Franz Joseph I. und Schönerer, S. 47.

11 Vgl. Egger, „Für Gott, Kaiser und Vaterland zu Stehen und zu Fallen…“, S. 194.

12 Vgl. dazu den Bericht von Statthalter Bissingen über Adolf Pichlers politische Gesinnung: 157/Geh. Präs. Bissingen an Thun (Konzept), Innsbruck 07.12.1850, Gubernium, Geheime Präsidiale, Serie II, Sign. XXVII1, Fasz. III, Tiroler Landesarchiv.

13 Vgl. besonders Bösche, Zwischen Kaiser Franz Joseph I. und Schönerer, S. 54–57.

14 Bösche, Zwischen Kaiser Franz Joseph I. und Schönerer.

Entwicklungen, die sich schon 1848 angedeutet hatte. In den 1850er-Jahren wurde die Politisierung der Studenten durch neuerliche Unterdrückung, aber auch durch Zugeständnisse im Jahr 1848 kurzzeitig abgeschwächt, um sich dann in den 1860er-Jahren, angeregt durch die italienischen Einigungskriege und die Gründung des deutschen Kaiserreichs, massiv zu beschleunigen. Im Hinblick auf die Universität äußert sich das besonders hervorstechend in der Auseinandersetzung um die Etablierung einer italienischen Rechtsfakultät in Innsbruck, im Zuge derer die Universität Innsbruck zunehmend als eine ‚deutsche Universität' apostrophiert wird und jegliche Zugeständnisse an die italienischsprachigen Professoren und Studenten abgelehnt wurden.[15]

Für Letztere gilt im Übrigen Ähnliches wie für die deutschsprachigen Studenten – wobei es wohl zu weit ginge, die deutsch- und italienischsprachigen Studenten zu diesem Zeitpunkt als zwei streng voneinander getrennte Gruppen anzusehen. Ähnlich wie bei den deutschsprachigen Kommilitonen ist es schwierig, die politische Einstellung der italienischsprachigen Studierenden zu fassen, bevor sich diese in Studentenverbindungen organisierten und damit Quellenmaterial produzierten bzw. für die Obrigkeiten gezielt greifbar wurden. Erst Anfang der 1870er-Jahre wurden auch Studentenvereine von italienischsprachigen Studenten gegründet, dazu gehörten etwa die *Società degli Studenti e Candidati Trentini* (1876 wieder aufgelöst) oder auch der Verein *Unione e Progresso*, welcher 1870 als nicht politischer Studentenverein gegründet worden ist.[16] Die einflussreichste studentische Organisation war die 1894 gegründete *Società degli studenti trentini*, die jedoch nicht an Innsbruck gebunden war, sondern sich länderübergreifend organisierte.[17]

Das numerische Verhältnis von deutsch- und italienischsprachigen Studenten veränderte sich im Laufe der 1850er-Jahre fortschreitend zu Ungunsten der Italienischsprachigen. Von einem Anteil von knapp 30 % in den Jahren 1850/51 sank er auf knapp 15 % im Jahr 1858/59. Auf diesem Niveau pendelte sich das Zahlenverhältnis, mit Ausreißern nach oben und unten, in den folgenden Jahrzehnten ein. In den 1890er-Jahren sank der

15 Vgl. dazu bei Bösche, Zwischen Kaiser Franz Joseph I. und Schönerer, S. 110–119.

16 Siehe etwa Eva Maria Bauer, Kameraden, Kommilitonen und Komplizen. Organisationsstruktur der italienischen Studentenbewegung der Habsburgermonarchie im Vorfeld der Fatti di Innsbruck, in: Michael Gehler/Günther Pallaver (Hgg.), Universität und Nationalismus. Innsbruck 1904 und der Sturm auf die italienische Rechtsfakultät, Trient 2013, S. 133–163, hier S. 140–144; Akademischer Senat, Die Leopold-Franzens-Universität zu Innsbruck in den Jahren 1848–1898, S. 263.

17 Vgl. dazu bei Günther Pallaver, Die „fatti di Innsbruck" – Die traditionellen Parteien und die nationalen Fronten, in: Anzeiger der philosophischen Klasse 147 (2012), S. 103–118, S. 107. Ihr bekanntestes Mitglied war Cesare Battisti.

Anteil italienischsprachiger Studenten auf unter 10 %, und reduzierte sich nach 1904 noch weiter auf durchschnittlich etwa 4 %. In jenem Jahr und dem Jahr zuvor war der Wert allerdings noch einmal kräftig in die Höhe geschnellt, weil zahlreiche italienische Studenten auf Grund der Devise „Alle nach Innsbruck“[18] an der Universität inskribierten, um die Eröffnung einer italienischsprachigen Fakultät zu erzwingen.[19]

Die zunächst große Zahl von italienischen Studenten am Beginn der 1850er-Jahre korrespondiert durchaus mit dem Verhältnis von deutsch- und italienischsprachiger Bevölkerung im Land. Hinzu kommt, dass die Universitäten von Padua und Pavia erst im Wintersemester 1852/53 wieder für Studenten offen waren, die nicht aus dem Königreich Lombardo-Venetien stammten, und daher ein Ausweichen der Trentiner Studenten dorthin nicht möglich war.[20] Die Abnahme der Zahl italienischsprachiger Studenten seit den 1860er-Jahren erklärt Gerhard Oberkofler besonders mit dem zunehmenden Nationalitätenkonflikt an der Universität. Die sinkenden Zahlen in Innsbruck korrelieren dabei mit einer Zunahme von italienischen Studenten in Graz, wo seit 1861 eine italienische Prüfungskommission bestand, bei der die italienischsprachigen Studenten in ihrer Muttersprache die juridischen Prüfungen ablegen konnten.[21]

7.2. Sprachen und Sprachenfrage als Konfliktpunkt innerhalb der Universität

7.2.1. Grundzüge der neoabsolutistischen Sprachenpolitik

Gerade die Frage der Prüfungssprache war ein regelmäßiger Streitpunkt, an dem sich der Widerstand gegen die Sprachenpolitik in der Ära des Neoabsolutismus entzündete. Über die Sprachenpolitik von Leo Thun ist in der Ver-

18 Siehe dazu bei Goller, Jeder Notariat-Akt (…) Anlaß zu neuer Mißstimmung, S. 523–524.

19 Eine Übersicht zur Zahl der italienischsprachigen Studenten findet sich bei Malfèr, Italienische Studenten in Wien, Graz und Innsbruck 1848–1918, S. 186–187. Vgl. auch zur Rekrutierung der italienischsprachigen Studenten imVorfeld der „Fatti di Innsbruck“ Bauer, Kameraden, Kommilitonen und Komplizen, S. 151–161.

20 Vgl. dazu auch eine Notiz in der Innsbrucker Zeitung, 247 (8.11.1852), S. 985. Dort wird eine Nachricht aus Salzburg wiedergegeben und kommentiert, in der die Abnahme der italienischsprachigen Studenten in Innsbruck mit der Wiedereröffnung der Universitäten Pavia und Padua, besonders aber mit dem „Nationalitätsfieber“ erklärt wird.

21 Siehe Gerhard Oberkofler, Die Rechtslehre in italienischer Sprache an der Universität Innsbruck (= Forschungen zur Innsbrucker Universitätsgeschichte 11), Innsbruck 1975, S. 17.

gangenheit Vieles geschrieben worden.[22] Thun wurde dabei von Zeitgenossen und Historikern eine Politik der Germanisierung vorgeworfen.[23] In neuerer Zeit wurde die Sprachenpolitik Thuns besonders als Teilaspekt der neoabsolutistischen Politik gesehen, mit Hilfe derer die Zentralisierung und Vereinheitlichung des Staates vorangetrieben werden sollte.[24] Zuletzt wurden außerdem Ansätze der *postcolonial-studie*s zur Untersuchung der habsburgischen Sprachenpolitik nach 1848 diskutiert.[25] Thuns viel erörterte Absicht, durch die Festschreibung des Deutschen als Unterrichtssprache ein verbindendes und gemeinsames Element im Unterricht zu etablieren, passt in dieses Bild.[26] Neben diesen politischen Aspekten gab es für Thun pragmatische Gründe für die Förderung des Deutschen: Viele der landesüblichen Sprachen, etwa das Kroatische, das Ruthenische und das Slowenische wurden hauptsächlich von der Landbevölkerung gesprochen, und es mangelte daher an einer Terminologie, die einen wissenschaftlichen Diskurs erlaubt hätte. Für Sprachen wie das Tschechische galt dies nur eingeschränkt, gleichwohl gab es hier Probleme, weil es an Lehrbüchern für die Schulen und Gymnasien fehlte, die erst im Laufe der Ministerschaft Thuns geschaffen wurden.[27]

Mit der Revolution von 1848 war die Forderung nach sprachlicher Gleichberechtigung erhoben worden. Das Prinzip sprachlicher Gleichberechtigung wurde sogar in der oktroyierten Verfassung vom März 1849 aufgenommen (§ 5) und jedem Volksstamm das „Recht auf Wahrung und Pflege seiner Na-

22 Grundsätzlich und zusammenfassend Gerald Stourzh, The Ethnicizing of Politics and „National Indifference" in Late Empirial Austria, in: Gerald Stourzh (Hg.), Der Umfang der österreichischen Geschichte. Ausgewählte Studien 1990–2010, Wien, Graz 2011, S. 283–323; Hannelore Burger, Sprachenstreit und Sprachengerechtigkeit im österreichischen Unterrichtswesen 1867–1918 (= Studien zur Geschichte der österreichisch-ungarischen Monarchie 26), Wien 1995.

23 Die Anschuldigungen finden sich bereits in der Korrespondenz Thuns wieder, vgl. Thun an Jelacic (Abschrift), o.O. 30.03.1850, Nachlass Leo Thun-Hohenstein, A3 XXI D164, Staatliches Gebietsarchiv Leitmeritz, Zweigstelle Tetschen-Bodenbach; Goluchowski an Thun, Lemberg 20.09.1851, Nachlass Leo Thun-Hohenstein, A3 XXI D122, Staatliches Gebietsarchiv Leitmeritz, Zweigstelle Tetschen-Bodenbach. Bekannt ist besonders die Anschuldigung von Eduard Herbst, siehe Kapitel 1.3.2.1.

24 Vgl. zum politischen Programm des Neoabsolutismus Berger Waldenegg, Vaterländisches Gemeingefühl und nationale Charaktere, und zuletzt besonders Brandt, Der österreichische Neoabsolutismus als Verfassungs- und Verwaltungsproblem.

25 Vgl. dazu etwa Wolf, Die vielsprachige Seele Kakaniens, S. 25–35; Jan Surman, Imperial Knowledge? Die Wissenschaften in der späten Habsburger-Monarchie zwischen Kolonialismus, Nationalismus und Imperialismus, in: Wiener Zeitschrift für Geschichte der Neuzeit 2 (2009), S. 119–133.

26 Vgl. dazu etwa Thuns Rede beim Philologentag 1858 in Wien Thun-Hohenstein, Rede bei der Philologenversammlung.

27 Zu dieser Thematik gibt es zahlreiche Briefe im Nachlass von Thun.

tionalität und Sprache“ garantiert. Mit dem Silvesterpatent von 1851 wurde dieses Zugeständnis jedoch wieder kassiert, blieb aber gewissermaßen, wie Hannelore Burger schreibt, stets im Gedächtnis der Bevölkerung und damit von politischer Relevanz.[28] Für das Unterrichtswesen bedeutete dies, dass zwar die landesüblichen[29] Sprachen und die Muttersprachen der Schüler an den Volks- und Unterrealschulen die Unterrichtssprache waren, gleichzeitig jedoch das Deutsche als verbindlicher Lehrgegenstand und in den höheren Klassen der Gymnasien sogar als vorherrschende Unterrichtssprache vorgeschrieben wurde. Diese Regelung blieb bis 1859 in Kraft, sodann wurde die Vorschrift, wonach in den höheren Klassen Deutsch die Unterrichtssprache sein müsse, aufgehoben und „die sprachliche Klammer im Habsburgerreich“[30] damit gelöst.

An den Universitäten war grundsätzlich Deutsch die Unterrichtssprache, hier folgte die sprachliche Gleichberechtigung erst später und für einzelne Universitäten zu unterschiedlichen Zeitpunkten. Die Universitäten in Lemberg und Krakau erhielten etwa 1868 bzw. 1870/71 das Recht, alle Vorlesungen in Polnisch bzw. Ruthenisch abzuhalten und Prüfungen in diesen Sprachen abzunehmen, nachdem schon Thun in den 1850er-Jahren dort die gleichberechtigte Verwendung von Polnisch und Deutsch angestrebt hatte.[31] Die Teilung der Prager Universität in eine deutsche und eine tschechische Universität 1882 markiert die Wende in der Sprachen- und Nationalitätenfrage nach dem Scheitern der neoabsolutistischen Ära am deutlichsten, wonach allen Nationalitäten Bildung von der Volksschule bis zur Universität in der Muttersprache ermöglicht werden sollte.[32]

28 Vgl. Burger, Sprachenstreit und Sprachengerechtigkeit im österreichischen Unterrichtswesen 1867–1918, S. 33.

29 Zum Begriff siehe auch bei Thomas Wallnig, Language and power in the Habsburg Empire: The historical context, in: Rosita Rindler Schjerve (Hg.), Diglossia and power. Language policies and practice in the 19th century Habsburg Empire, Berlin 2003, S. 15–32, hier S. 23–24.

30 Burger, Sprachenstreit und Sprachengerechtigkeit im österreichischen Unterrichtswesen 1867–1918, S. 35, insgesamt S. 34–35.

31 Siehe die gesetzlichen Regelungen hierzu bei Beck Mannagetta et al., Die österreichischen Universitätsgesetze, S. 16–20. Vgl. besonders auch Heindl, Universitätsreform und politisches Programm.

32 Vgl. dazu Ferdinand Seibt (Hg.), Die Teilung der Prager Universität 1882 und die intellektuelle Desintegration in den böhmischen Ländern. Vorträge der Tagung des Collegium Carolinum in Bad Wiessee vom 26. bis 28. November 1982, München 1984; Burger, Sprachenstreit und Sprachengerechtigkeit im österreichischen Unterrichtswesen 1867–1918, S. 130–131.

7.2.2. Italienisch als Prüfungssprache an der Universität Innsbruck

Obschon die Universität Innsbruck in einem gemischtsprachigen Kronland lag, wurde die Universität gemeinhin als deutsche Universität angesehen. Unter Joseph II. wurde Latein als Unterrichtssprache im Jahre 1783[33] abgeschafft und allgemein Deutsch (abgesehen von den theologischen Fakultäten) als Lehrsprache verordnet. Die Einführung des Deutschen als Unterrichtssprache verlief jedoch nicht problemlos. Bereits kurz nach der Einführung gab es Proteste von Seiten der Lehranstalt und auch das Gubernium sprach sich für Latein als Unterrichtssprache aus. Das Gubernium begründete dies zweifach: Einerseits könne damit die Benachteiligung der italienischen Studenten verhindert werden, andererseits könne damit die Qualität des Unterrichts gehalten werden, zumal die Terminologie in den meisten Fächern lateinisch sei. Seit 1794 wurden daher neben den medizinischen Vorträgen besonders in der Logik auch Vorlesungen in lateinischer Sprache angeboten. Somit lässt sich festhalten, dass die Etablierung von Deutsch als Unterrichtssprache ein langer Prozess war, der sich letztlich bis zum Jahr 1848 hinzog.[34]

Außerdem hatten die italienischsprachigen Studenten die Möglichkeit, ihre Prüfungen in ihrer Muttersprache zu absolvieren, sofern der Prüfer ausreichende Kenntnis der italienischen Sprache besaß. Doch wie Gerhard Oberkofler betont, wurde damals bei der Besetzung eines Lehrstuhls sehr genau darauf geachtet, dass Kandidaten beider Landessprachen mächtig waren, sodass die Möglichkeit, die Prüfung auf Italienisch zu absolvieren meist bestand. Auch in ihrem Umgang mit den universitären Behörden konnten sich die italienischsprachigen Studenten ihrer Muttersprache bedienen.[35]

Mit dem politischen Programm des Neoabsolutismus und dem auch von Thun unterstützten Plan, die deutsche Sprache als verbindendes Element

33 Siehe Probst, Geschichte der Universität Innsbruck seit ihrer Entstehung bis zum Jahre 1860, S. 228–229.

34 Mit der Verordnung der deutschen Unterrichtssprache unter Joseph II. hörte auch das (lateinische) Dissertationswesen auf. Tilg und Korenjak führen dies vor allem darauf zurück, dass die Disserationen, die eine feierliche Festgabe bei den Disputationen darstellten, durch die Verordnung der deutschen Sprache ihren repräsentativen und feierlichen Charakter verloren hatten und daher auf die Abfassung von Dissertationen verzichtet wurde. Vgl. dazu bzw. insgesamt zur weiteren Verwendung von Latein an der Universität bei Stefan Tilg/Martin Korenjak, Philosophie und Naturwissenschaften, in: Martin Korenjak/Florian Schaffenrath/Lav Subaric/Karlheinz Töchterle (Hgg.), Tyrolis Latina. Geschichte der lateinischen Literatur in Tirol. Band II: Von der Gründung der Universität Innsbruck bis heute, Wien, Köln, Weimar 2012, S. 1022–1045, hier: S. 1022–1033.

35 Siehe Oberkofler, Die Rechtslehre in italienischer Sprache an der Universität Innsbruck, S. 9.

der vielsprachigen Monarchie zu etablieren, waren solche Ausnahmeregelungen nicht mehr vereinbar. Dass die Durchsetzung der Vereinheitlichungsbestrebungen allerdings nicht ohne Probleme verlief, lässt sich erahnen. Das Beispiel von Innsbruck zeigt dabei, welche unterschiedlichen Interessen sich mit der Politik des Neoabsolutismus verbanden und wie sehr auch die unterschiedlichen politischen Instanzen, die an der Verwaltung und Gestaltung der Universität beteiligt waren, unterschiedliche Konzepte und Ziele verfolgten.

Nachdem sich im Zuge der Reform zunächst keine Änderungen für die Verwendung der Sprachen an der Universität Innsbruck abgezeichnet hatten, forderte der Statthalter von Tirol und Vorarlberg, Cajetan Bissingen, im Oktober 1852 die Universität überraschend auf, den Studenten künftighin nicht mehr zu erlauben, ihre strengen Prüfungen nach Wunsch auch in italienischer Sprache absolvieren zu dürfen. Bissingen argumentierte dabei einerseits mit einer entsprechenden ministeriellen Verordnung, die Deutsch als Prüfungssprache vorsah, andererseits mit der Aufhebung des Verbots, die Universitäten Padua und Pavia zu besuchen (September 1852). Daher, so schrieb Bissingen weiter, könne man die Sonderbehandlung der italienischsprachigen Studenten nicht mehr aufrechterhalten, und außerdem sei die Sonderregelung gegenüber den Eltern, die wohl wünschten, ihre Söhne würden in Innsbruck Deutsch lernen, nicht zu rechtfertigen.[36]

Bereits zwei Wochen darauf wies Leo Thun den Statthalter allerdings darauf hin, dass er zwar grundsätzlich im Sinne der Regierung agiert habe, die Angelegenheit jedoch größere Behutsamkeit erfordere und das Verbot der italienischen Sprache im universitären Bereich mit größtem Bedacht erfolgen müsse. Thun befürchtete nämlich, dass bei der gleichzeitigen Aufhebung der Zugangsbeschränkungen zu den Universitäten im Königreich Lombardo-Venetien nur noch wenige Studenten aus dem südlichen Tirol nach Innsbruck kämen. Daher müsse die Regelung mit Vorsicht umgesetzt werden, damit nicht die „gänzliche Verscheuchung der Wälschtiroler von der deutschen Universität ihres Kronlandes“[37] eintrete. Er empfahl dem Statthalter daher, bei den Professoren mündlich darauf hinzuwirken, dass diese zwar die Studenten mit Verweis auf die beruflichen Vorteile anspornen sollten, die deutsche Sprache zu erlernen und in den Prüfungen zu verwenden, aber

36 9905/Studien, Innsbruck 25.10.1852, Akten des Rektorats 18, 79/R ex 1852/53, Universitätsarchiv Innsbruck.

37 Thun an Bissingen, Wien 13.11.1852, Statthalterei Studien 10839 ad 41/1852, Tiroler Landesarchiv. Die Stimmung an den italienischen Universitäten wurde in Wien sehr kritisch gesehen. Mehrfach gab es Warnungen aus Mailand, dass die Professoren nicht loyal zum Kaiserstaat stünden. Vgl. dazu Mazohl-Wallnig, Die Österreichische Unterrichtsreform in Lombardo-Venetien 1848–1854, S. 118–119.

dabei keinen Zwang auszuüben.[38] Thun war sich also offenbar der Sprengkraft der neuen Sprachenpolitik bewusst und versuchte, eine Abwanderung der Südtiroler Studenten an die norditalienischen Universitäten zu verhindern und damit auch den Kontakt mit den Ideen des italienischen Nationalismus zu begrenzen.

Umso überraschender ist es, dass Thun zwei Jahre später von seiner entgegenkommenden Regelung abwich und die Universität im November 1854 aufforderte, die Rigorosen beginnend mit dem Studienjahr 1856/57 lediglich in deutscher Sprache abzunehmen:

> Nachdem nun der Unterricht an der Innsbrucker Universität in deutscher Sprache ertheilt wird, so ist die Erlernung dieser Sprache die unerlässliche Bedingung daran Theil zu nehmen.[39]

Den Ausschlag für die neue Gangart gab die Tatsache, dass die von Thun geforderte „Behutsamkeit" von den Professoren offenbar so gedeutet worden war, dass die italienischen Studenten nach Wunsch weiterhin und ausschließlich in Italienisch geprüft worden waren.[40] In dem Erlass kritisierte Thun mit deutlichen Worten sowohl das Vorgehen der Professoren als auch die Bequemlichkeit der Studenten: Letzteren wurden Vorhaltungen gemacht, den notwendigen Ernst für die Studien vermissen zu lassen, den Professoren wurde indes die Vernachlässigung ihrer Pflichten vorgeworfen. Außerdem, so liest man weiter in dem Erlass, sei durch die lasche Prüfungshandhabung (nur eine Reprobation bei 300 Prüfungen) die „Ehre der Universität"[41] beschädigt worden.

Die Reaktionen auf diese harsche Kritik ließen nicht lange auf sich warten: Wie die Sitzungsprotokolle der Fakultät zeigen, befasste man sich am 4. Dezember 1854 mit dem Erlass. Die Fakultät beharrte dabei auf dem tradi-

38 Ebenda.

39 14061/898. Thun an die juridische Fakultät (Abschrift), Wien 16.11.1854, Statthalterei, Präsidialakten 3486/1854, Tiroler Landesarchiv.

40 Dass viele Studenten ihre Prüfungen „blos in italienischer Sprache abzulegen im Stande sind", verdeutlicht auch ein Antrag des Präsidenten der theoretischen Staatsprüfungskommission in Innsbruck, Cajetan Prockner, der um die Ernennung von Prüfern bat, die „der italienischen Sprache vollkommen mächtig sind." Prockner an Thun, Innsbruck 01.01.1853, Statthalterei Studien 1932/1851, Tiroler Landesarchiv. Dass die Praxis, die italienischen Studenten ihre Prüfungen in ihrer Muttersprache ablegen zu lassen, allgemein bekannt war, zeigt auch ein Schreiben von Anton Widmann, Anwalt in Innsbruck, der die Stelle als Prüfungskommissar mit der Begründung abgelehnt hatte, nur schlecht Italienisch zu sprechen. Siehe Statthalterei Studien 169/1851, Tiroler Landesarchiv.

41 14061/898. Thun an die juridische Fakultät (Abschrift), Wien 16.11.1854, Statthalterei, Präsidialakten 34 86/1854, Tiroler Landesarchiv.

tionellen Recht der italienischen Studenten und betonte die Notwendigkeit auf Italienisch zu prüfen, schon aus dem Grund, weil ansonsten zahlreiche Studenten nicht im Stande wären, eine Prüfung abzulegen. Außerdem verwies man darauf, dass es für eine Anstellung als Professor in Innsbruck seit jeher notwendig gewesen war, Italienisch zu sprechen, sodass auch jeder Professor, mit Ausnahme des Polen Josaphat Zielonacki, Italienisch spreche.[42] Zur Abwendung des Erlasses beschloss die Fakultät mit Unterstützung des Vorsitzenden der Prüfungskommission, Johann Nepomuk Ebner-Rofenstein, Protest beim Ministerium einzulegen. Außerdem mussten die Sitzungsberichte der Fakultät regelmäßig an das Ministerium nach Wien gesendet werden, sodass der heftige Widerspruch, der in der Sitzung der Fakultät zum Ausdruck gebracht worden war, auch auf diesem Weg im Ministerium bekannt werden würde.

Zudem wandte sich Karl Ernst Moy de Sons auf privatem Weg an Thun. Moy hoffte wohl, dass ein privater Brief gepaart mit seinem erhofften Einfluss bei Thun mehr Erfolg haben werde als der offizielle Protest der Universität. Dies ist insofern von Interesse, weil das Beschreiten dieser drei unterschiedlichen Kommunikationskanäle auch verdeutlicht, dass den Professoren bewusst war, welche Mechanismen bei der Entscheidungsfindung in universitären Fragen von Bedeutung waren. Eine ähnliche Strategie – offizielle Eingaben verstärkt mit privaten Bitten – konnte auch bei Personalentscheidungen beobachtet werden und dort war diese vielfach erfolgreich gewesen. Moy äußerte sich also gegenüber Thun verstimmt zu dem Erlass und beschwerte sich auch über die darin ausgesprochene Kritik an den Professoren, indem er sowohl auf den Grundsatz „der Gleichberechtigung der Sprachen“[43] als auch auf die Lehr- und Lernfreiheit verwies. Moy glaubte sogar, dass der Erlass dem Minister von einem übereifrigen Beamten untergeschoben worden sei. Er betonte jedoch in gewohnt devoter Haltung, sich jedem Erlass des Ministers fügen zu wollen, sollte er dem Willen desselben entsprechen. Die Antwort Thuns ist nicht überliefert, aber der darauffolgende Brief Moys[44] lässt keinen Zweifel daran, dass es Thun durchaus ernst mit dem Erlass gewesen war. Moy gestand in der Folge zwar ein, dass er sich mit dem Hinweis auf die Gleichberechtigung der Sprachen „auf Schlagwörter des Jahres [18]48“[45] berufen hatte, was Thun nicht gelten las-

42 Sitzungsprotokoll, Innsbruck 04.12.1854, Sitzungsprotokolle der Juridischen Fakultät, 1854/55, Nr. 263, Universitätsarchiv Innsbruck.

43 Moy an Thun, Innsbruck 08.12.1854, Nachlass Leo Thun-Hohenstein, A3 XXI D308, Staatliches Gebietsarchiv Leitmeritz, Zweigstelle Tetschen-Bodenbach.

44 Moy an Thun, Innsbruck, Nachlass Leo Thun-Hohenstein, A3 XXI D322, Staatliches Gebietsarchiv Leitmeritz, Zweigstelle Tetschen-Bodenbach.

45 Ebenda.

sen wollte, dennoch hielt er an der Bitte fest, die Verordnung, zumindest in Teilen, zurückzunehmen. Er argumentierte dabei, dass die Universität als „Landesanstalt“[46] beiden Sprachgruppen gerecht werden müsse und keine der beiden benachteiligen dürfe. Als Kompromiss schlug Moy daher vor, dass die Professoren dazu angehalten würden, ihre Fragen auf Deutsch zu stellen, den italienischsprachigen Studenten es jedoch freigestellt sei, auf Italienisch zu antworten. Aufschlussreich sind auch die weiteren Ausführungen Moys, in denen er auf den besonderen Fleiß der italienischen Studenten hinweist. Dies ist insofern von Interesse, da von anderen Professoren meist umgekehrt argumentiert wurde und demgegenüber die Faulheit und Vergnügungssucht der italienischen Studenten betont worden war.[47]

Thun ließ sich jedoch nicht umstimmen, und kurz vor dem Ablaufen der Übergangsfrist im Dezember 1856 erinnerte man die Universität nochmals an die nun in Geltung tretende Regelung, wonach der Gebrauch der italienischen Sprache bei Prüfungen nur noch in Ausnahmefällen erlaubt war. Als Ausnahme von der Regel galt dabei der Fall, dass der Kandidat bereits die Hälfte der Prüfungen in Italienisch abgelegt hatte bzw. seine Deutschkenntnisse anderweitig bewiesen waren. Thun betonte dabei nochmals seine Auffassung:

> Von Kandidaten des juridischen Doktorates, die durch mehrere Jahre an einer deutschen Universität studierten, dortselbst nur deutsche Vorträge hörten und denen die dort zugebrachten Semester ohne Anstand in die gesetzliche Studienzeit eingerechnet wurden, muß es als Bedingung des erfolgreichen Betreibens dieser Universitätsstudien vorausgesetzt werden, daß sie die deutsche Sprache in hinreichendem Maße sich eigen gemacht haben, um auch in dieser Sprache Rechenschaft von ihrer erworbenen Kenntniß ablegen zu können.[48]

Der mehrfache Hinweis auf den Besuch der deutschen Vorlesungen muss dabei wohl auch dahingehend gedeutet werden, dass zahlreiche italienische Studenten bis 1848, die Möglichkeit des Privatstudiums nützend, lediglich die Prüfungen in ihrer Muttersprache absolvierten und somit trotz Besuch einer deutschsprachigen Universität nur geringen Kontakt mit der deutschen Spra-

46 Ebenda.

47 Etwa bei Jäger an Feil, Innsbruck 26.05.1854, 129.637, Wienbibliothek, Handschriftenabteilung; Vgl. auch die stereotypenhaften Schilderung bei Petter an Thun, Split 14.04.1850, Nachlass Leo Thun-Hohenstein, A3 XXI D45, Staatliches Gebietsarchiv Leitmeritz, Zweigstelle Tetschen-Bodenbach.

48 Thun an die Statthalterei, Wien 25.12.1856, Statthalterei Studien 1109/1856, Tiroler Landesarchiv. Der Erlass ist auch im RGBl 8/1857 abgedruckt.

che hatten. Mit der Studienordnung von 1850 wurde die Möglichkeit des Privatstudiums abgeschafft, so „daß ein Studium ohne Besuch der öffentlichen Vorlesungen künftig weder zur Ablegung einer strengen Prüfung, noch zur Bestehung einer Staatsprüfung, welche ein Fakultätsstudium voraussetzt, befähigt."[49] In der juridischen Studienordnung von 1855 wurde dies grundsätzlich bestätigt, die dort angeführten Möglichkeiten diese Regelung zu umgehen, sollten nur „ausnahmsweise" angewendet werden.[50] Auch fällt neuerlich der Verweis auf die Universität als „deutsche" Institution auf, während Moy neutraler von einer „Landesanstalt" im zweisprachigen Tirol gesprochen hatte.

Ein Nebenschauplatz der Auseinandersetzung war im Übrigen die Frage, ob den Studenten der Erlass im Wintersemester 1854 ausreichend angekündigt worden war, zumal man in Innsbruck nun überrascht reagierte. Der Vorwurf lautete, dass Carl Beidtel, der im Studienjahr 1854/55 Dekan der juridischen Fakultät war, das Dekret den Studenten nicht genügend bekannt gemacht hatte.[51] Die Anschuldigung wurde jedoch im Februar durch eine Stellungnahme seitens des Professorenkollegiums entkräftet.[52]

Moy, nun selbst Dekan, hatte sich, nachdem sein Vorsprechen bei Thun wenig gefruchtet hatte, mit der Bitte an den Statthalter Erzherzog Karl Ludwig gewandt, ein Aufweichen der strengen Handhabung zu beantragen. Karl Ludwig, der um drei Jahre jüngere Bruder des Kaisers, kam diesem Ansuchen nach und wandte sich noch im Jänner 1857 an Thun und unterbreitete diesem nochmals Moys Antrag, die Regelung für die Südtiroler Studenten zu lockern. Auch er anerkannte zwar den Erlass und die Regelung, dass an einer deutschen Universität der Unterricht in Deutsch erteilt werde, er befürchtete jedoch, dass die italienischsprachigen Studenten dann nach Padua und Pavia ausweichen würden, wo sie

> der Bekanntschaft der deutschen Sprache, und dem deutschen Leben völlig entfremdet und überdies der Universität viele der besten Studenten entzogen werden, abgesehen davon, dass durch eine allzustrenge Durchführung dieser Maßregel wohl auch das Nationalgefühl des italienischen Antheils von Tirol etwas gereizt werden könnte.[53]

49 Erlaß des Ministeriums für Kultus und Unterricht vom 1. Oktober 1850, RGBl 370/1850, § 50.

50 Siehe Erlass des Ministeriums für Cultus und Unterricht vom 2. October 1855, RGBl 172/1855, § 7.

51 Thun an die Statthalterei, Wien 25.12.1856, Statthalterei Studien 1109/1856, Tiroler Landesarchiv.

52 Kiechl an die Statthalterei, Innsbruck 07.02.1857, Statthalterei Studien 2292 ad 1109/1857, Tiroler Landesarchiv.

53 Karl Ludwig an Thun (Konzept), Innsbruck 14.01.1857, Statthalterei, Präsidialakten, 33/1857, Tiroler Landesarchiv.

Die Sache lag nun wieder bei Thun, dieser stellte jedoch ohne große Umschweife klar, dass er nicht gewillt sei, weitere Ausnahmen zu genehmigen. Er betonte darüber hinaus, dass es keinen Anlass zur Sorge gäbe, viele Studenten würden nun Innsbruck meiden: Vielmehr war er überzeugt, dass die meisten Eltern ihre Söhne bewusst nach Innsbruck schickten, um diesen die Erlernung der deutschen Sprache zu ermöglichen. Die Sorge vor dem italienischen Nationalismus an den norditalienischen Universitäten bewegte Thun nun offenbar nicht mehr. Vielleicht hielt Thun dieses Problem auch für mittlerweile gelöst, nachdem man in den Jahren zuvor die Professorenkollegien an den norditalienischen Universitäten einer rigiden Kontrolle unterzogen hatte und einige neue, regierungstreue Professoren in Padua und Pavia angestellt hatte.[54]

Einzig bei den theoretischen Staatsprüfungen signalisierte Thun ein Entgegenkommen, das jedoch lediglich von Fall zu Fall entschieden werden könne und nicht zur allgemeinen Regel erhoben werden dürfe.[55] Die Staatsprüfungen waren für jene Studenten gedacht, die nicht das Doktorat anstrebten, sich jedoch für die Aufnahme in den Staatsdienst bewerben wollten.[56] Außerdem verwies Thun den Erzherzog für weitere Eingaben an seinen Bruder, den Kaiser. Für einen solchen Antrag hatte der Statthalter in Innsbruck dann auch die Mitglieder der Prüfungskommission befragt und sie um ihr Urteil gebeten. Die Mehrheit der Mitglieder der Staatsprüfungskommission sprach sich für die Beibehaltung der deutschen Sprache aus. Lediglich Johann Schuler warnte vor Zwang. Als Anreiz zur Verwendung der deutschen Sprache hatte Cajetan Prockner indes vorgeschlagen, die verwendeten Sprachen bei den Prüfungen auch im Zeugnis auszuweisen und damit den zweisprachigen Absolventen Vorteile bei Bewerbungen zu verschaffen. Ein anderer Vorschlag lautete, die Zuerkennung von Stipendien an die Kenntnis der deutschen Sprache zu knüpfen und damit die Bereitschaft zur Erlernung der deutschen Sprache zu fördern.[57] Letzteren Vorschlag lehnte Thun jedoch im Juni ab, zumal, wie er selbst zugeben musste, und damit offenbar auch

54 Herbert H. Egglmaier, Graf Thun und das Rechtsstudium an den oberitalienischen Universitäten Padua und Pavia. Ein Beitrag zur Bildungs- und Wissenschaftspolitik im Alpen-Adria-Raum, in: Herwig Ebner/Ingeborg Wiesflecker-Friedhuber (Hgg.), Forschungen zur Geschichte des Alpen-Adria-Raumes. Festgabe für em.o.Univ.-Prof. Dr. Othmar Pickl zum 70. Geburtstag, Graz 1997, S. 107–118.

55 1084/53. Thun an Karl Ludwig, Wien 07.02.1857, Statthalterei, Präsidialakten, 429/1857, Tiroler Landesarchiv.

56 Vgl. dazu bei Lentze, Die Universitätsreform des Ministers Graf Leo Thun-Hohenstein, S. 76–77.

57 Siehe Karl Ludwig an Thun (Konzept), Innsbruck 17.03.1857, Statthalterei, Präsidialakten, 724 ad 33/1857, Tiroler Landesarchiv.

den Erfolg seiner Politik kritisch beurteilte, „die Gymnasien nicht volle Gelegenheit biethen, die deutsche Sprache gründlich zu erlernen“[58]. Mit diesem Schreiben aus dem Juni 1857 war die Angelegenheit weitgehend erledigt, Thun zeigte sich erfreut über das Einlenken und kam auch der Universität entgegen, indem er es erlaubte, dass bei den ersten beiden Staatsprüfungen, „die eine oder andere“[59] Frage auch auf Italienisch beantwortet werden dürfe, da ja gerade im Staatsdienst die Kenntnis der italienischen Sprache von großer Wichtigkeit sei. Gerhard Oberkofler deutete dies als Niederlage Thuns und der neoabsolutistischen Politik. Dem ist allerdings nur teilweise zuzustimmen, weil Thun grundsätzlich in der Sache hart geblieben war und nur bei den rechtshistorischen und theoretischen Staatsprüfungen, also den ersten beiden Prüfungen, diese Ausnahme gelten ließ, nicht aber bei den judiziellen und staatswissenschaftlichen Prüfungen[60] am Ende des Studiums, wie Oberkofler[61] und auch Klein-Bruckschwaiger[62] konstatieren.

Das Drängen Thuns auf die Verwendung der deutschen Sprache bei den Rigorosen und Staatsprüfungen an der Universität Innsbruck ist im Rahmen der Sprachenpolitik des neoabsolutistischen Systems zu sehen und dem Anspruch der Etablierung einer einigenden Wissenschafts- und Verwaltungssprache geschuldet. Gleichwohl darf nicht vergessen werden, dass Thun mit seinen Anordnungen auch auf eine Steigerung der Qualität der Rigorosen und des Ansehens des Doktorats abzielte. Mehrfach weist Thun nämlich darauf hin, dass die lasche Haltung der Professoren „die Ehre der Universität und die Würde des österreichischen Doktorates“[63] verletzten. Auch Karl Ernst Moy erkannte hinter der rigiden Haltung Thuns dieses Ziel.[64] Die Härte, mit der Thun die Rigorosenordnung durchsetzen wollte, speiste sich daher wohl auch zum Teil aus dem Ärger über die nachlässige Haltung der Professoren.

Nicht zuletzt muss der Konflikt auch mit Blick auf die verschiedenen Interessenlagen, die zwischen Wien und Tirol herrschten, betrachtet werden,

58 5102/283. Thun an Karl Ludwig, Wien 07.06.1857, Statthalterei, Präsidialakten, 1632 ad 33/1857, Tiroler Landesarchiv.

59 5102/283. Thun an Karl Ludwig, Wien 07.06.1857, Statthalterei, Präsidialakten, 1632 ad 33/1857, Tiroler Landesarchiv.

60 Die Erlaubnis hierzu konnte nur das Ministerium geben.

61 Oberkofler, Die Rechtslehre in italienischer Sprache an der Universität Innsbruck.

62 Franz Klein-Bruckschwaiger, Zur Geschichte des Sprachenrechts an der Universität Innsbruck, in: Theodor Veiter (Hg.), Volkstum zwischen Moldau, Etsch und Donau. Festschrift für Franz Hieronymus Riedl, Wien, Stuttgart 1971, S. 198–216, hier S. 202.

63 1084/53. Thun an Karl Ludwig, Wien 07.02.1857, Statthalterei, Präsidialakten, 429/1857, Tiroler Landesarchiv.

64 Moy an Thun, Innsbruck 08.12.1854, Nachlass Leo Thun-Hohenstein, A3 XXI D308, Staatliches Gebietsarchiv Leitmeritz, Zweigstelle Tetschen-Bodenbach.

womit ein Grundzug und ein Hauptproblem der neoabsolutistischen Politik deutlich wird. Während man in Wien nämlich vor allem die Zentralisierung der Monarchie im Blick hatte, sah man umgekehrt in Tirol historische Rechte des Landes bzw. einer zentralen Institution desselben bedroht. Dies betrifft nicht nur das mehrfach thematisierte Recht, im Umgang mit der Universität die italienische Sprache gebrauchen zu dürfen, das die Mitglieder der Universität als selbstverständliches und wichtiges Gut im zweisprachigen Land ansahen, sondern auch die Problematik, dass mit der Reform der Universitäten im Jahr 1849 das Ministerium für Kultus und Unterricht zur zentralen übergeordneten Instanz der Universität geworden war. Die Kompetenzen der Behörden des Landes, das Gubernium bis 1850 und die Statthalterei im Anschluss daran, wurden dementsprechend abgewertet und dienten nun hauptsächlich als ‚Zwischenschaltung' zwischen Ministerium und Universität. So lief etwa der gesamte amtliche Verkehr über die Statthalterei. Schon Statthalter Cajetan Bissingen versuchte durch seine Initiative, den gestalterischen Einfluss der Landesbehörden wieder zu stärken, und noch deutlicher wird diese Absicht bei Erzherzog Karl Ludwig, der nicht nur in der Sprachenfrage mehrfach versucht hatte, aktiv die Geschicke des Landes zu verbessern und dessen Sonderrechte zu verteidigen. Der Erzherzog musste mit seinen Versuchen, die Zentralisierungsbestrebungen der Regierung abzuschwächen, notwendigerweise in Konflikt mit dem Ministerium geraten. Dass diese Spannungen in diesem Fall nicht allzu heftig ausgefallen waren, liegt wohl auch daran, dass just zu derselben Zeit Thun bzw. der Kaiser Erzherzog Karl Ludwig damit beauftragt hatten, mit der Gesellschaft Jesu über die Eröffnung der theologischen Fakultät an der Universität zu verhandeln und damit dem jungen Erzherzog ermöglicht wurde, ein Projekt voranzutreiben, das ihm auch persönlich am Herzen lag.

Schließlich sollte auch nicht außer Acht gelassen werden, dass zwar sowohl Professoren als auch die Statthalterei stets die Gefahr betont hatten, die Studenten würden bei einem Besuch der Universitäten in Padua und Pavia mit dem italienischen Nationalismus in Kontakt geraten, vor dem sie in Innsbruck gefeit wären. Nicht zuletzt spielte auch die Sorge vor ökonomischen Einbußen eine Rolle in diesem Konflikt. Denn sowohl für die Universität als auch für Professoren hätte ein Ausbleiben eines bedeutenden Teils der Studenten einen Ausfall an Kollegiengeldern, die in Innsbruck durch Befreiung zahlreicher Studenten an sich schon nicht hoch waren, und Prüfungstaxen einen finanziellen Verlust bedeutet.[65] Und auch für zahlreiche Gewerbetreibende in der Stadt waren die Studenten eine wichtige Einnahmenquelle.

65 Vgl. dazu die Andeutungen in Akademischer Senat an MCU (Konzept), Innsbruck 09.11.1856, Akten des Rektorates 21, 81/R ex 1856/57, Universitätsarchiv Innsbruck.

Nachdem der Konflikt im Juni 1857 großteils behoben war, scheint sich Deutsch als Prüfungssprache weitgehend durchgesetzt zu haben, wenn auch immer wieder italienische Studenten unter Angabe von unterschiedlichen Gründen die Ablegung der Prüfung in Italienisch beantragten, was von Fall zu Fall auch bewilligt wurde.[66] Die Regelung war aber nicht lange von Relevanz, da bereits mit dem Ende der neoabsolutistischen Ära wenige Jahre später zunächst die strenge Regelung Thuns aufgehoben und mit dem Staatsgrundgesetz von 1867 die Gleichberechtigung der Sprachen anerkannt wurde. Den Ländern wurde damit wieder größere Freiheit in dieser Frage eingeräumt.[67]

Auf der Grundlage des Februarpatentes von 1861 hatte der Landtag in Innsbruck im Jahr 1864 dem Antrag des Trientner Abgeordneten Vincenz Consolati[68] zugestimmt und beschlossen, in einigen Fächern italienische Parallelkurse abzuhalten. Zunächst nur für die ersten beiden Jahrgänge des Studiums vorgesehen, wurde diese Regelung nach dem Verlust Venetiens und damit der Universität Padua und dem Staatsgrundgesetz von 1867 auf das gesamte Studium der Rechtswissenschaften ausgedehnt.[69] Damit kehrte die Universität nach einer Phase, in der eine von Wien verordnete Betonung des Deutschen geherrscht hatte, wieder zu einer stärkeren Gleichberechtigung der beiden Landessprachen an der Universität zurück. Die Regelung für die Parallelkurse hatte lange Bestand und wurde auch mehrfach ausgeweitet, doch schon kurz nach deren Einführung regte sich – diesmal besonders innerhalb der Universität und des Landes – Widerstand gegen die Parallelkurse. Ein Großteil der deutschen Professoren und Studenten erblickte darin eine allmähliche „Verwälschung“[70] der Universität und des Landes. Bezeichnend ist auch eine Wortmeldung von Vizebürgermeister Eduard Erler[71] bei einer von den Stadtoberen einberufenen Versammlung der „deutschgesinnten Wählerschaft“ in Innsbruck im Jahr 1903, wo eine Klärung der Universitätsfrage dringend angeraten wurde, da „der deutsche Charakter

66 Vgl. etwa Statthalterei Studien 3278/1858, Tiroler Landesarchiv.

67 Vgl. Burger, Sprachenstreit und Sprachengerechtigkeit im österreichischen Unterrichtswesen 1867–1918, S. 35–36.

68 Vincenz Consolati von und zu Heiligenbrunn und Pauhof (Trient 1803–1863 Wien), Großgrundbesitzer und Politiker, 1863 Abgeordneter des Reichsrats.

69 Vgl. Oberkofler, Die Rechtslehre in italienischer Sprache an der Universität Innsbruck.

70 Siehe dazu ein Zitat von Prof. Emil Kleinschrod vom Februar 1869, zit. Oberkofler, Die Rechtslehre in italienischer Sprache an der Universität Innsbruck, S. 13–14.

71 Eduard Erler (Innsbruck 1861–1949 Innsbruck), Anwalt und Politiker, Vizebürgermeister von Innsbruck,1901–1908 sowie 1911–1918 Abgeordneter des Reichsrats.

der Universität gefährdet“[72] sei. Die versammelte Wählerschaft fasste daher die Resolution, sich gegen „den Fortbestand und die weitere Ausgestaltung der an der Innsbrucker Universität eingeführten italienischen Parallelkurse“[73] zu verwahren. Umgekehrt empfanden die italienischsprachigen Studenten und Professoren diese Lösung als unbefriedigend und drängten zunehmend auf eine eigene Universität („Trieste o nulla“).[74] Die Auseinandersetzungen hierzu sind in jüngster Vergangenheit ausführlich dargestellt worden, mit einem besonderen Fokus auf die heftigen Konflikte im Vorfeld der Eröffnung der italienischen Rechtsfakultät in Innsbruck im Jahr 1904.[75] Die Ursachen hierzu finden sich letztlich bereits in der Ära Thun.

7.3. Die Universität Innsbruck als ‚deutsche Universität‘?!

Das Revolutionsjahr 1848 war für Tirol besonders im Hinblick auf die konfessionelle Identitätsbildung eine wesentliche Zäsur. Seither wurde die „exklusive Konfessionalität Tirols“[76] intensiv propagiert und Tirol zum katholischen Bollwerk des Habsburgerreiches stilisiert. Gleichzeitig trifft das Diktum des Völkerfrühlings für das Revolutionsjahr auch für Tirol zu, wo besonders in den italienischsprachigen Gebieten im Süden des Kronlandes die Proteste und Demonstrationen rasch von der Forderung nach Selbstbestimmung beherrscht wurden. Dass beide – sowohl die konfessionelle als auch die nationale – Identitätsbildung Hand in Hand gingen und sich gegenseitig beeinflussten, hat Thomas Götz bereits vor einiger Zeit gezeigt.[77] Während im Trentino der Ultramontanismus weniger bedeutend war als etwa in den deutschsprachigen Gebieten und sowohl der Klerus als auch das Bürgertum vielfach liberaler eingestellt waren, bedeuteten die damit verbundenen liberalen Forderungen nach politischen Reformen einiger Trentiner Geistlicher gleichzeitig auch einen Bruch entlang der Sprache.[78] Dieser Bruch zeigte

72 Zur Universitätsfrage. Große Versammlung der deutschgesinnten Wählerschaft, in: Innsbrucker Nachrichten, 87 (18.04.1903), S. 6–7, hier S. 6.

73 Ebenda.

74 Pallaver, Die „fatti di Innsbruck“ – Die traditionellen Parteien und die nationalen Fronten, S. 106–108.

75 Michael Gehler/Günther Pallaver (Hgg.), Universität und Nationalismus. Innsbruck 1904 und der Sturm auf die italienische Rechtsfakultät (= Grenzen/Confini 16), Trient 2013.

76 Huber, Konfessionelle Identitätsbildung in Tirol, S. 29.

77 Thomas Götz, Gratwanderung – liberale Katholiken deutscher und italienischer Nationalität im ultramontanen Tirol zwischen Restauration und liberalem Konstitutionalismus (1830–1880), in: Heinz-Gerhard Haupt/Dieter Langewiesche (Hgg.), Nation und Religion in der deutschen Geschichte, Frankfurt/Main 2001, S. 446–479.

78 Vgl. Götz, Gratwanderung – liberale Katholiken deutscher und italienischer Nationalität

sich auf politischer Ebene deutlich durch die Forderung nach einer Autonomie für die italienischsprachigen Gebiete innerhalb des Kronlandes Tirol. Offensichtlich wurde dies in der Frankfurter Paulskirche, als die Frage der Grenzen des Deutschen Bundes und die Gewährung einer unabhängigen Verwaltung behandelt wurden und die deutschtiroler Abgeordneten die Einheit Tirols dabei besonders betonten. Die Nationalversammlung wurde bald darauf aufgelöst, die politischen Forderungen blieben jedoch aufrecht, und die politische Spaltung des Landes nahm ihren Lauf.[79]

Die Universität war eine wichtige Institution innerhalb des Landes, in dem italienischsprachige und deutschsprachige Studenten aufeinandertrafen. Der nationale Konflikt wurde damit an diesem Ort besonders sichtbar. Die Universität als öffentlicher Ort, als prestigeträchtige Institution bot gleichzeitig eine prädestinierte Bühne für die nationalen Auseinandersetzungen.[80] Noch dazu verwundert es nicht, dass nationale Konflikte gerade auf dem Boden der Universität gediehen, zumal der Nationalismus als intellektuelles Produkt in akademischen Kreisen besonders heimisch war. Parallel zur im vorigen Kapitel behandelten Konstruktion des Bildes der Universität als Bollwerk des katholischen Glaubens wurde die Universität seit den 1850er-Jahren und in den folgenden Jahrzehnten zunehmend als ‚deutsche Universität' apostrophiert.[81] Den Ausgang nahm diese Entwicklung in der Ära des Neoabsolutismus, ihren Höhepunkt fand sie in der Abwehr der Gründung einer italienischen Fakultät für Rechte an der Universität, die im November 1904 in blutigen Unruhen anlässlich der bevorstehenden Eröffnung derselben endete.[82] Die zunehmende Nationalisierung der Studenten, die einen Ursprung in der Feuertaufe der Studenten während des Feldzugs der akademischen Legion im Jahr 1848 hatte, wurde bereits angesprochen.

---

im ultramontanen Tirol zwischen Restauration und liberalem Konstitutionalismus (1830–1880).

79 Vgl. dazu etwa bei Heiss et al., Am Rand der Revolution, S. 109–130.

80 Vgl. dazu Wolf, Die vielsprachige Seele Kakaniens, S. 369.

81 Vgl. dazu auch Überlegungen zur Universität Wien Felicitas Seebacher, Das Fremde im „deutschen" Tempel der Wissenschaften. Brüche in der Wissenschaftskultur der Medizinischen Fakultät der Universität Wien (= Veröffentlichungen der Kommission für Geschichte der Naturwissenschaften, Mathematik und Medizin/Österreichische Akademie der Wissenschaften, Mathematisch-Naturwissenschaftliche Klasse 65), Wien 2011, S. 32–36.

82 Vgl. dazu bei Bösche, Zwischen Kaiser Franz Joseph I. und Schönerer, S. 112–127; zuletzt besonders bei Michael Gehler/Günther Pallaver (Hgg.), Universität und Nationalismus. Innsbruck 1904 und der Sturm auf die italienische Rechtsfakultät (= Grenzen/Confini 16), Trient 2013; Pallaver, Die „fatti di Innsbruck" – Die traditionellen Parteien und die nationalen Fronten; schon etwas älter, aber mit zahlreichen Dokumenten Maria Kostner, Die Geschichte der italienischen Universitätsfrage in der Österreichisch-Ungarischen Monarchie von 1864 bis 1914. Phil. Diss., Innsbruck 1970.

Deutschnationale Töne dominierten bald die Stimmungslage der Studenten. Allerdings konnten die Verbote zur Gründung von Studentenverbindungen und zur politischen Meinungsäußerung die Politisierung der Studenten in den 1850er-Jahren noch einmal ausbremsen.

Auch das Beispiel zur Sprachenpolitik an der Universität verdeutlicht, dass Innsbruck in den 1850er-Jahren als deutsche Universität apostrophiert worden war. Die Betonung der Zweisprachigkeit an der Universität wurde demgegenüber zunehmend in den Hintergrund gedrängt. Während bis zum Jahr 1848 die Kenntnis der italienischen Sprache notwendige Voraussetzung für den Erhalt einer Professur gewesen war, hatte Thun in der Folge nur noch geringen Wert darauf gelegt. Lediglich in wenigen Fällen hatte der Minister bei Berufungen eigens auf Italienischkenntnisse verwiesen.

Eine Verschiebung in der Wahrnehmung der Universität zeigt sich auch bei einigen Professoren und politischen Autoritäten des Landes[83]. Julius Ficker beschrieb die Universität Innsbruck 1858 ausführlich in einem Zeitungsartikel. Der Text wurde auch an deutsche Bekannte in Westfalen versandt und diente gewissermaßen als Werbeschrift für die Universität. Ficker hatte Thun gegenüber nämlich den Wunsch geäußert, die Universität für deutsche Studenten attraktiver zu machen. Eine notwendige Voraussetzung hierzu war die Abschaffung eines Gesetzes, wonach preußischen Studenten die Studienjahre in Österreich nicht anerkannt worden waren. Ficker hatte dies mehrfach bei Thun urgiert und er hatte auch versprochen, dies mit seinen preußischen Amtskollegen zu besprechen.[84] In seiner Beschreibung der Universität situierte Ficker die Innsbrucker Universität nun im Kontext des deutschen Kulturraums und zeichnete sie als deren südlichste Hochschule.[85] Zwar besaß die Universität für ihn auch eine vermittelnde Rolle zu Italien – was wohl auch durch Fickers persönliche Forschungsinteressen, das mittelalterliche Reich, motiviert war –, dennoch dominiert das deutsche Element. Diese Rolle als vermittelnde Institution zwischen Nord und Süd,

83 Vgl. 9905/Studien, Innsbruck 25.10.1852, Akten des Rektorats 18, 79/R ex 1852/53, Universitätsarchiv Innsbruck; Akademischer Senat an MCU (Konzept), Innsbruck 09.11.1856, Akten des Rektorates 21, 81/R ex 1856/57, Universitätsarchiv Innsbruck. Vgl. auch Oberkofler, Die Rechtslehre in italienischer Sprache an der Universität Innsbruck, S. 13; Bösche, Zwischen Kaiser Franz Joseph I. und Schönerer, S. 111.

84 Vgl. dazu MCU Präs. 722/1859, 1112/1859 und 1115/1859, Österreichisches Staatsarchiv.

85 Ficker, Die Universität. Die Rolle der Universität als verbindendes Element zwischen deutschem und italienischem Kulturkreis war im Übrigen schon während der Verhandlungen zur Gründung der Universität thematisiert worden. Siehe etwa bei Gerhard Oberkofler/Peter Goller, Geschichte der Universität Innsbruck (1669–1945) (= Schriftenreihe des Ludwig-Boltzmann-Instituts für Internationale Kultur- und Wirtschaftsbeziehungen. Rechts- und sozialwissenschaftliche Reihe 14), Frankfurt a.M., Berlin, Bern, New York, Paris, Wien 1996, S. 14.

zwischen deutschem und italienischem Kulturraum[86] gelangte in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts mehr und mehr aus dem Blick. Kulturelle Wechselseitigkeiten wurden zunehmend ausgeblendet und durch die Vorstellung einer ‚kulturellen Einbahnstraße' ersetzt, in der Wissen und Kultur lediglich von Nord nach Süd transferiert werden. So betonte etwa auch Karl Ernst Moy, der ansonsten die Universität als Brückenpfeiler zwischen deutschen Katholiken und Rom ansah, in den 1850er-Jahren die Funktion der Universität als Vermittlerin deutscher Wissenschaft nach Italien. Dermaßen rechtfertigte er beispielsweise die Anschaffung bestimmter wissenschaftlicher Werke für die Universitätsbibliothek.[87] Bei der Schillerfeier 1859 betonte Tobias Wildauer die Rolle der deutschen Kultur und der deutschen Wissenschaft, die zu einer Vorreiterin einer nationalen Einigung werden könne.[88]

Das Attribut der ‚deutschen' Universität bezog sich seit den 1850er-Jahren daher zunehmend nicht mehr bloß auf die Unterrichtssprache, sondern wurde national aufgeladen und implizierte nun auch ein Herrschaftsverhältnis. Außerdem verband sich mit der Attribuierung als deutsche Universität[89] auch die Zugehörigkeit der Universität zum deutschen Kulturkreis sowie zur deutschen Wissenschaft und schloss damit selbstredend all jene aus, die nicht dem deutschen Kulturkreis entstammten.[90] Die Wurzeln des Bildes der ‚deutschen Wissenschaft', das seit den 1840er-Jahren verstärkt Konjunktur hatte,[91] gehen zurück in die Romantik und Ära der Napoleonischen

86 Vgl. etwa Magistrat an Karl Ludwig, Innsbruck 13.03.1857, MCU Präs. ad 550/1857, Österreichisches Staatsarchiv, Allgemeines Verwaltungsarchiv; Moy de Sons, Rede von Rektor Moy anlässlich der Ankunft Erzherzog Karl Ludwigs.

87 Moy an das MCU, Innsbruck 21.11.1856, Statthalterei Studien 23402/1856, Tiroler Landesarchiv.

88 Wildauer, Festrede zu Schillers hundertjährigem Geburtstag bei der k.k. Universität zu Innsbruck veranstalteten Feier in der Aula am 10. November 1859, S. 31. Vgl. auch zur Wahrnehmung der Rede bei Oberkofler et al., Alfons Huber, Briefe (1859–1898), S. 27.

89 Vgl. dazu auch Bösche, Zwischen Kaiser Franz Joseph I. und Schönerer, S. 111.

90 Vgl. dazu beispielhaft die anlässlich des in Innsbruck tagenden Deutschen Juristentags herausgegebene Arbeit von Alfred Wretschko zur Geschichte der Juridischen Fakultät. „Seinem [Thuns, C.A.] Walten [...] verdanken wir es, daß wir österreichische Forscher trotz der bestehenden staatlichen Grenzscheide uns mit den Fachgenossen im deutschen Reiche als wissenschaftliche Arbeiter eins fühlen, daß wir mit ihnen ein gemeinsames Ziel vor Augen haben dürfen, in gemeinsamer Arbeit einzutreten für das Erblühen und die Macht der deutschen Wissenschaft." Wretschko, Die Geschichte der juristischen Fakultät an der Universität Innsbruck 1671–1904, S. 40.

91 Dies zeigt etwa eine kursorische Suche über den Volltext-Suchmodus des Portals ANNO der Österreichischen Nationalbibliothek. Während das Begriffspaar bis in die 1840er-Jahre nur vereinzelt vorkommt, zeigt sich besonders ab den 1850er-Jahren eine vermehrte Verwendung desselben.

Kriege und auf die Vorstellung einer genuinen „Eigenthümlichkeit deutscher Geistesbildung“[92], wie Adam Müller es während der napoleonischen Kriege bezeichnet hatte. In diese Zeit wurde auch der Aufschwung der Wissenschaft in Deutschland angesiedelt – parallel zu einem diagnostizierten Erwachen der deutschen Nation und des deutschen Geistes. Deutsche Wissenschaft wurde so zu einer Emanation des Volksgeistes. Ihren Ausdruck fand sie in den reformierten preußischen Universitäten, wobei besonders die Freiheit von Lehre und Forschung von Zeitgenossen als wichtigstes Element angesehen wurden.[93] Im Bild der deutschen Wissenschaft vermengten sich damit die Vorstellung eines durch einen spezifisch deutschen Geist erwachten wissenschaftlichen Aufschwungs, der mit besonderer Bevorzugung der historischen Methode neue Fächer wie etwa die Germanistik hervorbrachte, wobei Letztere wiederum selbst eine spezielle deutsche Kulturtradition herausarbeitete und damit reziprok zum Erstarken der Vorstellung einer deutschen Wissenschaft beitrug. Aus diesem als Emanation verstandenen Prozess der deutschen Wissenschaft erwuchs auch die teilweise propagierte Vorstellung des Führungsanspruches der deutschen Wissenschaften („Weltgeltung deutscher Wissenschaft“) im Allgemeinen[94] und im Speziellen auf einzelnen Gebieten, beispielsweise der klassischen Philologie.[95] Aber auch in anderen Zweigen der Wissenschaft, etwa der Medizin[96], gab es entspre-

92 Adam Müller, Vorlesungen über die deutsche Wissenschaft und Literatur, Dresden 1806.

93 Vgl. Sylvia Paletschek, Was heißt „Weltgeltung deutscher Wissenschaft?“. Modernisierungsleistungen und -defizite der Universitäten im Kaiserreich, in: Michael Grüttner (Hg.), Gebrochene Wissenschaftskulturen. Universität und Politik im 20. Jahrhundert, Göttingen 2010, S. 29–54, hier S. 32.

94 Vgl. Held, Universität, S. 786.

95 Vgl. dazu z.B. aus der Zeit Thuns eine Rezension Bernhard Jülgs von Ján Kollárs staroitalia slavjanská, in der Wiener Zeitung, 271 (28.11.1853), S. 276–278, dort: „Die Philologie und die klassische Alterthumskunde ist eine Deutsche Wissenschaft. Das schließt nicht aus anzuerkennen, was Franzosen und besonders Italiener Großes geleistet haben, und ebenso wenig, wenn unter andern Völkern sich hie und da ein großer Geist erhob. Was Deutsche, Holländer, Engländer geleistet, ist von keinem Volke geschehen; in Deutschland ist die Philologie eine Wissenschaft geworden und auf dem jetzigen Standpunkte ist sie eine rein Deutsche Wissenschaft.“ S. 278. Zum Bild der „Weltgeltung deutscher Wissenschaft“ siehe bei Paletschek, Was heißt „Weltgeltung deutscher Wissenschaft?“ Paletschek glaubt, dass das Bild der „Weltgeltung deutscher Wissenschaft“ um 1900 eine nachträgliche Zuschreibung – besonders durch den gefürchteten Verlust derselben nach dem Ersten Weltkrieg und auch nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs war.

96 Vgl. dazu etwa bei Seebacher, Das Fremde im „deutschen“ Tempel der Wissenschaften. Sie verweist dabei besonders auf das Werk Theodor Billroth, Über das Lehren und Lernen der medicinischen Wissenschaften an den Universitäten der deutschen Nation nebst allgemeinen Bemerkungen über Universitäten. Eine culturhistorische Studie, Wien 1876. Der zweite Abschnitt ist mit „Jetzige deutsche Methode des Lehrens der medicinischen Wissenschaft“ überschrieben.

chende Vorstellungen. Wesentlich erscheint auch die Vorstellung einer homogenen deutschen Wissenschaft, welche alle wissenschaftlichen Institutionen umfasste und gewissermaßen nach außen abgeschottet war.[97] Gerade in den zeitgenössischen Lexika findet sich die Vorstellung von einer einheitlichen deutschen Universitätslandschaft und einer einheitlichen deutschen Wissenschaft, die eine nationale Einigung Deutschlands nicht nur angestoßen hätten, sondern – als kollektives Subjekt und imaginierte Gemeinschaft – die nationale Einigung als deutsche Wissenschaft bereits vollzogen hätten.[98] Mit wachsendem Nationalismus im 19. Jahrhundert, insbesondere auch mit der Gründung des Deutschen Reichs, wurde auch die Wissenschaft zunehmend als nationales Prestigeprojekt gefeiert.[99] Die Ambivalenz zwischen Wissenschaft als einem universalen, internationalen Projekt und der Vorstellung einer nationalen Wissenschaft traten nun immer offener zu Tage.[100]

Als man sich 1848 in Österreich bei der Inangriffnahme der Universitätsreformen an den „blühenden deutschen Universitäten"[101] orientierte, wie es der damalige Minister Sommaruga den Studenten in der Aula im April 1848 versprochen hatte, bedeutete das in erster Linie die Orientierung an einem diffus imaginierten Universitätsmodell. Durch die Berufung zahlreicher Professoren und Dozenten aus Preußen und Bayern wurden auch Methoden und Praktiken importiert, die an den Heimatuniversitäten dieser Männer eingesetzt wurden. Inwieweit damit eine bewusste Übernahme einer eben als deutsch konnotierten Wissenschaft erfolgte bzw. ob für das deutsche Vorbild nicht bloß die ungeheure Attraktivität, die dieses System weltweit zum Vorbild für viele Reformen hatte werden lassen, maßgeblich war, sondern eben auch die Möglichkeit einer nationalen Vereinigung auf dem Gebiet der Wis-

97 Vgl. dazu besonders bei Fritz K. Ringer, Die Gelehrten. Der Niedergang der deutschen Mandarine 1890–1933, Stuttgart 1983, S. 41; auch bei Pierangelo Schiera, Laboratorium der bürgerlichen Welt. Deutsche Wissenschaft im 19. Jahrhundert, Frankfurt a.M. 1992, S. 24.

98 Vgl. Marquardsen, Universitäten, S. 696–698, „bei aller sonstigen Zerrissenheit der deutschen Dinge die nationale Gemeinschaft des Universitätslebens sich auch in ihrer Organisation ausprägt." Ebendort, S. 697. Vgl. auch Langewiesche, Die ‚Humboldtsche Universität' als nationaler Mythos, S. 90.

99 Vgl. Ralph Jessen/Jacob Vogel, Die Naturwissenschaften und die Nation. Perspektiven einer Wechselbeziehung in der europäischen Geschichte, in: Ralph Jessen (Hg.), Wissenschaft und Nation in der europäischen Geschichte, Frankfurt a.M. 2002, S. 7–37, hier S. 10–13; für Österreich besonders Ash et al., The Nationalization of Scientific Knowledge in Nineteenth-Century Central Europe.

100 Ash, Wissenschaft und Politik als Ressourcen für einander, S. 35.

101 Vgl. Sommarugas Rede in Engelbrecht, Geschichte des österreichischen Bildungswesens, Bd. 4, S. 516.

senschaft angestrebt wurde, ist bisher kaum untersucht. Als ein Indiz für die Gültigkeit der letzteren These kann die *Versammlung deutscher Universitätslehrer über die Reform der deutschen Hochschulen*[102] im September 1848 angesehen werden, wo zwar vorwiegend die rechtliche Vereinheitlichung bei der Organisierung von Universitäten und Studien debattiert wurde, aber eben unter nationalen Prämissen. In der Praxis entfaltete die Anlehnung an das deutsche Wissenschaftssystem, die Eingliederung zahlreicher deutscher Professoren und damit auch die Übernahme von Methoden und Praktiken eine enorme Sprengkraft: Die Kritik an den Reformen entzündete sich zwar teilweise an Sachfragen, aber im Kern scheint sich hinter der Abwehrhaltung von Professoren und politischen Entscheidungsträgern, z.B. dem Ministerrat, gegenüber den Neuerungen eine diffuse Sorge vor dem Verlust eines spezifisch österreichischen Universitätsmodells zu verstecken.[103] Einen Vergleich hierzu bietet auch ein Blick auf das 18. Jahrhundert und der damaligen Einbeziehung von wissenschaftlichen Methoden im Bereich der Geschichtswissenschaften aus dem norddeutschen, protestantischen Bereich in den Benediktinischen Klöstern an, was ähnliche Sorgen auslöste. Thomas Wallnig sah den Ursprung dieser vor allem in der Furcht des eigenen Selbstverständnisses und der eigenen (geistigen/religiösen) Position und Unabhängigkeit, „weil die Tradition so eng mit der eigenen politischen Erinnerung und Identität verwoben war, dass mit dem Zulassen des ‚Neuen' die eigene Institutionalität in Frage geraten musste."[104]

Für Thun – um damit wieder in das 19. Jahrhundert zurückzukehren – war eine nationale Vereinigung im Sinne eines großen deutschen Nationalstaates kein Ziel, allerdings hoffte er, dass es durch die Reformen und seine Personalpolitik zu einer stärkeren Verbindung innerhalb des Deutschen Bundes kommen würde[105]. Gerade Letzteres wurde – trotz der zwiespältigen Wahrnehmung Thuns in deutschnationalen Kreisen – doch als dessen

102 Domrich et al., Verhandlungen deutscher Universitätslehrer über die Reform der deutschen Hochschulen in der Versammlung zu Jena vom 21. bis 24. September 1848. Vgl. auch Allgemeine Zeitung, 271 (27.09.1848), S. 4292–4293 und Allgemeine Zeitung, 278 (4.10.1848), S. 4394–4397.

103 Vgl. dazu besonders die Ministerkonferenzen aus dem Jahr 1853/54, in der die Frage der Fortsetzung der Reformen diskutiert worden ist. Abgedruckt bei Lentze, Die Universitätsreform des Ministers Graf Leo Thun-Hohenstein, S. 306–346; vgl. auch Probst, Geschichte der Universität Innsbruck seit ihrer Entstehung bis zum Jahre 1860, S. 341.

104 Thomas Wallnig, Ordensgeschichte als Kulturgeschichte? Wissenschaftshistorische Überlegungen zur Historizität in der benediktischen Geschichtsforschung des 18. Jahrhunderts, in: Thomas Wallnig/Thomas Stockinger/Ines Peper/Patrick Fiska (Hg.), Europäische Geschichtskulturen um 1700 zwischen Gelehrsamkeit, Politik und Konfession, Berlin, Boston 2012, S. 193–212, hier S. 195.

105 Vgl. etwa Thun-Hohenstein, Rede bei der Philologenversammlung.

Verdienst angesehen, wenn etwa im Jahr 1893 die Reformen Thuns folgendermaßen gewürdigt wurden:

> Es war eine geistige Wiedergeburt für Österreich. Die höhere wissenschaftliche Bildung drang in weite Kreise, die fachliche Bildung vertiefte sich, die *deutsche Wissenschaft* [Hervorhebung C.A.] drang immer tiefer in den Osten ein, die Culturgemeinschaft der Stammverwandten Oesterreichs und Deutschlands kam zum lebendigen Ausdruck.[106]

Das Zitat ist freilich eine spätere Deutung der Politik Thuns, als die nationalen Spannungen in der Habsburgermonarchie sich noch weiter gesteigert hatten, doch ließen sich Ansätze dieser Vorstellung, ersetzte man Osten durch Süden, für Innsbruck durchaus schon während der Ministerschaft Thuns erkennen. Damals, so muss man festhalten, dominierte jedoch noch stärker die Vorstellung eines positiven Einflusses der deutschen Wissenschaft auf die italienischsprachigen Studenten, wenngleich das Gefühl einer kulturellen Überlegenheit nicht fremd war. In diesem Sinne wurde mehrfach der Vorteil eines Studiums in Innsbruck für italienische Studenten darin gesehen, dass sie dort etwa auch „deutschen Fleiß und deutsche Gründlichkeit"[107] erlernen könnten.[108] Diese zumindest in Ansätzen positive Sicht wuchs sich allerdings spätestens nach der Einrichtung der italienischen Parallelkurse bis zur Vorstellung aus, die deutsche Universität Innsbruck müsse aktiv das romanische Element zurückdrängen. Ein eindrückliches Beispiel für eine solche Sichtweise lieferte der Ministerialbeamte und Bildungspolitiker Armand Dumreicher[109], der 1873 forderte, dass „der Innsbrucker Hochschule außer ihrem humanen auch noch ein nationaler Beruf zukömmt."[110] Dumreicher hatte dabei sowohl die Abwehr des vermeintlich vordringenden romanischen Elementes nach Norden im Blick als auch die Neugestaltung der theologischen Fakultät, die von den Jesuiten geführt wurde und somit das romanische Element ganz besonders verkörperte. Andernfalls würde man zulassen, dass an der Universität „jene Waffen ge-

106 Der Philologentag.

107 Akademischer Senat an MCU (Konzept), Innsbruck 09.11.1856, Akten des Rektorates 21, 81/R ex 1856/57, Universitätsarchiv Innsbruck.

108 Vgl. auch Petter an Thun, Split 14.04.1850, Nachlass Leo Thun-Hohenstein, A3 XXI D45, Staatliches Gebietsarchiv Leitmeritz, Zweigstelle Tetschen-Bodenbach.

109 Zu Dumreichers politischen Vorstellungen siehe in seinen Erinnerungen. Armand von Dumreicher, Aus meiner Studentenzeit, Wien 1909, S. 3.

110 Dumreicher, Die Verwaltung der Universitäten seit dem letzten politischen Systemwechsel in Österreich, S. 41.

schmiedet [werden], welche das Deutschthum besiegen."[111] Dass ähnliche Aussagen auch von Professoren vertreten wurden, zeigt eine Äußerung Emil Kleinschrods aus dem Jahr 1869: Mit Blick auf die Universität müsse die „offenbar systematisch betriebene Verwälschung eines Kronlandes, und dem offen wie geheim betriebenen Vernichtungskrieg gegen das deutsche Element"[112] aufgehalten werden. Die weitere Entwicklung verlief dann in den vorgezeichneten Bahnen und steuerte auf die nationalen Auseinandersetzungen im Jahr 1904 zu.

111 Ebenda, S. 42.

112 Die Rede Emil Kleinschrods vom Februar 1869 ist in Auszügen zit. bei Oberkofler, Die Rechtslehre in italienischer Sprache an der Universität Innsbruck, S. 13–14.

8 DIE UNIVERSITÄTSBIBLIOTHEK INNSBRUCK IN DER REFORMÄRA

8.1. Die Gründung der Universitätsbibliothek

Die Universität besaß bei ihrer Gründung 1669 keine eigene Bibliothek im Sinn eines zentralen Aufbewahrungsortes, sondern die (wenigen) vorhandenen Bücher waren auf die einzelnen Lehrkanzeln verteilt.[1] Gleichzeitig war die Zahl der Bücher noch 30 Jahre nach der Gründung der Universität mit etwa 700 Bänden relativ gering. Dem jährlichen Zuwachs waren durch das kleine Budget für Bücher enge Grenzen gesetzt, zudem wechselten sich die Fakultäten bei den Bücheranschaffungen ab, sodass für die einzelnen Fakultäten keine kontinuierliche Anschaffungspolitik möglich war.[2] Ein Ansuchen des Senats, die Reste der 1665 nach Wien verbrachten Ambraser Bibliothek zu nutzen, scheiterte 1695.[3]

Erst ab 1731 wurde das Projekt einer Universitätsbibliothek erneut aufgenommen. Forciert wurde das Unternehmen damals vom Universitätsnotar Anton Roschmann.[4] Auch zu diesem Zeitpunkt war es das Ansinnen, die Ambraser Bibliothek für die Universität nutzbar zu machen, Roschmann selbst hatte diese nämlich seit den 1720er-Jahren geordnet und katalogisiert. Dies zog sich jedoch hin: Anträge wurden gestellt, Gutachten gewechselt, finanzielle Fragen erörtert. Der Plan scheiterte schließlich doch, insbesondere an finanziellen

1 Die damals die Universität dominierenden Jesuiten besaßen allerdings eine eigene Bibliothek, vgl. dazu Emmerich Beneder, Aus der Geschichte der Innsbrucker Jesuitenbibliothek, in: Zeitschrift für katholische Theologie (1991), S. 214–221.

2 Vgl. Anton Hittmair, Geschichte der k.k. Universitätsbibliothek in Innsbruck, Innsbruck 1911, S. 3–16; Walter Neuhauser, Organisation der Bibliotheken in Tirol in der Mitte des 18. Jahrhunderts, in: Convengo Girolamo Tartarotti (1706–1761). Un intelletuale roveretano nelle cultura europea del Settecento, Rovereto 1997, S. 389–410, hier S. 391. Zum Werk von Hittmair: Nach wie vor das umfangreichste Werk zur Geschichte der Bibliothek. Gegliedert ist es nach den Amtszeiten der Bibliotheksvorstände. Es behandelt daher auch vorwiegend die Leistungen der einzelnen Bibliothekare, nennt Mitarbeiter und Bücherzuwächse bzw. -minderungen.

3 Vgl. Sieglinde Sepp, Die Bibliothek entsteht und wächst, in: Vom Codex zum Computer. 250 Jahre Universitätsbibliothek Innsbruck. Ausstellungskatalog, Innsbruck 1995, S. 21–46, hier S. 22. Die Ambraser Bibliothek war zum Großteil aus der intensiven Sammlungstätigkeit von Erzherzog Ferdinand (1529–1595) hervorgegangen.

4 Anton Roschmann (Hall 1694–1760 Innsbruck), Polyhistor und Bibliothekar. Zur Person Anton Roschmanns vor allem Alfred Auer, Anton Roschmann 1694–1760. Aspekte eines Polyhistors – Leben und Werk. Diss. phil., Innsbruck 1979 und zuletzt Florian M. Müller/Florian Schaffenrath (Hgg.), Anton Roschmann (1694–1760), Innsbruck 2010.

Hürden (Türkenkriege), und dem Widerstand des Ambraser Schlosshauptmannes und jener der Professorenschaft. Denn die Universität wäre zwar für die Finanzierung zuständig, aber nicht der einzige Nutznießer gewesen, da die Bibliothek als öffentliche Bibliothek konzipiert worden war.[5]

Im Jahr 1745 unternahm Roschmann, unterstützt von Graf Rudolph Chotek[6], einen erneuten Versuch zur Gründung der Universitätsbibliothek und diesmal war dem Vorhaben Erfolg beschert. Maria Theresia bewilligte am 22. Mai 1745 die Gründung einer Bibliothek in Innsbruck, die „zur öffentlichen Benützung offen stehe, sozusagen als ewiges Monument der Förderung und Festigkeit der Forschung und Wissenschaft."[7] Den Grundstock dieser neuen Bibliothek bildeten drei Bestände: Bücher aus der Wiener Hofbibliothek, die dort als Dubletten aussortiert worden waren, Bücher aus der Bibliothek Ferdinand II. in Schloss Ambras und schließlich die Bibliothek aus der Innsbrucker Hofburg („Bibliothek im Wappenturm" und die „Bibliotheca Regiminalis").[8] Insgesamt belief sich der Urbestand der neuen Bibliothek auf etwa 13.000 Bände.

Die neue Bibliothek war zwar öffentlich[9], kam aber in erster Linie der Universität zugute und so bürgerte sich bald der Name Universitätsbibliothek ein.[10] Walter Neuhauser sieht in der Innsbrucker Bibliothek den Prototyp eines neuen Typus, der in den folgenden Jahren in mehreren Städten der Monarchie verwirklicht wurde, die Ideen der Aufklärung widerspiegelte und eingebettet war in die Theresianischen Bildungsreformen.[11]

Bis zum Jahr 1848 war die Bibliothek auf etwa 40.000[12] Bände ange-

5 Vgl. Neuhauser, Organisation der Bibliotheken in Tirol in der Mitte des 18. Jahrhunderts, S. 403; Sepp, Die Bibliothek entsteht und wächst, S. 22–24; Walter Neuhauser, Anton Roschmann als Bibliothekar und Handschriftenforscher, in: Florian M. Müller/Florian Schaffenrath (Hgg.), Anton Roschmann (1694–1760), Innsbruck 2010, S. 15–24, hier S. 17–19.

6 Rudolph Chotek (Gut Jeniowes 1706–1771 Wien), ab 1747 Oberster Landeskämmerer, 1749–1760 Präsident der Finanzkammer, 1761–1765 Statthalter von Böhmen, danach Oberster Kanzler der Vereinigten Hofkanzlei in Wien.

7 Übersetzung des lateinischen Textes der „Gründungskartusche" bei Sepp, Die Bibliothek entsteht und wächst, S. 21.

8 Zu Umfang und Beschreibung der einzelnen Bestände siehe Sepp, Die Bibliothek entsteht und wächst, S. 28–36.

9 Die Frage der „Öffentlichkeit" zu dieser Zeit müsste natürlich auch gestellt werden.

10 Vgl. Neuhauser, Organisation der Bibliotheken in Tirol in der Mitte des 18. Jahrhunderts, S. 405.

11 Vgl. Neuhauser, Organisation der Bibliotheken in Tirol in der Mitte des 18. Jahrhunderts, S. 405–406.

12 Vgl. Hittmair, Geschichte der k.k. Universitätsbibliothek in Innsbruck, S. 109. Durch die unterschiedliche Zählung und das vielfache Um- und Zusammenbinden von Werken ergaben sich immer wieder verschiedene Zahlen und teilweise bedeutende Schwankungen bei der Angabe der Bücheranzahl. Die hier verwendeten Zahlen sollten daher als Richt-

wachsen. Die größten Zuwächse bis dahin kamen durch die Aufhebung des Jesuitenordens 1773 und die Klosteraufhebungen während der Josephinischen Reformen sowie die weiteren Klosterauflassungen während der bayerischen Herrschaft zustande. Zuletzt sorgte das Bücherlegat des ehemaligen Staatsarchivars Baron Reinhart[13] 1843 für einen größeren Zuwachs.[14]

8.2. Die Bibliothek nach 1848

Eine der ersten revolutionären Taten nach dem Märzsturm war die Aufhebung der Zensur.[15] In der Folge wurde durch einen Erlass der Studienhofkommission auch die Konsultation wissenschaftlicher Bücher in Bibliotheken wesentlich erleichtert:

> Nunmehr hat zur Richtschnur zu dienen, dass wissenschaftliche Werke, wenn sie auch bisher verboten waren, unbedenklich auszufolgen sind und nur offenbar unsittliche oder irreligiöse Werke, wie auch jene, welche zur Nichtbeobachtung der Gesetze aufreizen, zu verweigern sind.[16]

Außerdem wurde im Dezember 1849 Professoren und Studenten das Ausleihen von Büchern gestattet, was bisher untersagt war.[17] Im Vormärz wurde der

---

werte und nicht als absolute Zahlen verstanden werden. Vgl. zur Problematik Hittmair, Geschichte der k.k. Universitätsbibliothek in Innsbruck, S. 109.

13 Ignaz Reinhart zu Thurnfels und Ferklehen (Innsbruck 1782–1843 Wien), seit 1803 Mitarbeiter im Geheimen Hausarchiv in Wien, ab 1838 Direktor des Archivs.

14 Vgl. Sepp, Die Bibliothek entsteht und wächst, S. 36–43. Zu Reinhart siehe bei Franz Huter, Biographien der Archivbeamten seit 1749, in: Ludwig Bittner (Hg.), Gesamtinventar des Wiener Haus-, Hof- und Staatsarchivs. Aufgebaut auf der Geschichte des Archivs und seiner Bestände. Erster Band, Wien 1936, S. 1–166, hier S. 108–111.

15 Einen Überblick zur Zensur im Vormärz siehe bei Werner Ogris, Die Zensur in der Ära Metternich, Berlin 2006; Thomas Olechowski, Das Preßrecht in der Habsburgermonarchie, in: Helmut Rumpler/Peter Urbanitsch (Hgg.), Die Habsburgermonarchie 1848–1918. Politische Öffentlichkeit und Zivilgesellschaft. Teil 2: Die Presse als Faktor der politischen Mobilisierung, Wien 2003, S. 1493–1534; Rumpler, Eine Chance für Mitteleuropa, S. 273–275.

16 Erlass der k.k. Stud. Hof-Commission vom 1. April 1848, Z. 2248/542, abgedruckt bei: Ferdinand Grassauer, Handbuch für österreichische Universitäts- und Studienbibliotheken sowie für Volks-, Mittel- und Bezirks-Lehrerbibliotheken. Mit einer Sammlung von Gesetzen, a.h. Entschliessungen, Verordnungen, Erlässen, Acten und Actenauszügen, Wien 1883, S. 230.

17 Siehe Vorschrift über das Ausleihen der Bücher aus Universitäts- und Lyceal-Bibliotheken vom 20. Dezember 1849, Z. 6244, auch abgedruckt bei: Grassauer, Handbuch für österreichische Universitäts- und Studienbibliotheken sowie für Volks-, Mittel- und Bezirks-Lehrerbibliotheken, S. 232–236.

Unterricht großteils nach vorbestimmten Büchern vorgetragen, Forschung fand nicht in der Universität statt. Die Studenten hatten sich an vorgeschriebene Lehrbücher zu halten. Die Bibliothek hatte dadurch sowie durch die Einschränkungen durch Zensur eine untergeordnete Wichtigkeit.[18] Durch die Reform sollten nun jedoch auch die Universitäten zu Stätten der Forschung werden, durch die Lehr- und Lernfreiheit war der Zugang zu Büchern erleichtert. Damit kam der Bibliothek eine wichtige Rolle bei der Umsetzung der Reformen zu.

8.2.1. Klagen über den schlechten Zustand

Der Zustand und die Ausstattung der Innsbrucker Bibliothek wurden von Zeitgenossen nach 1848 allerdings mehrfach kritisch kommentiert. Alois Flir, als Senior der philosophischen Fakultät, bat 1850 um die Erhöhung der Bibliotheksdotation, denn „ohne Genehmigung dieser Bitte bleibe es dem Lehrkörper der hiesigen Universität fast unmöglich, den wissenschaftlichen Forderungen der Gegenwart zu entsprechen."[19] Zwei Jahre später wandte sich Professor Karl Ernst Moy de Sons direkt an Thun und beklagte dort unter anderem den schlechten Zustand und den Umfang der Bibliothek, insbesondere im Hinblick auf die Berufung eines Historikers: „Solange diese in ihrem dermaligen Zustande verbleibt, ist aus Innsbruck eine wissenschaftliche Anstalt zu machen rein unmöglich."[20] Schon ein Jahr zuvor hatte er Thun in einem Brief auf den schlechten Zustand der Bibliothek hingewiesen, insbesondere in den Fächern, die er selbst unterrichtete, nämlich dem kanonischen Recht und der Kirchengeschichte.[21]

Im Jahr 1855 schrieb sogar der Frankfurter Historiker Johann Böhmer, der Mentor Julius Fickers, an Ministerialrat Joseph Feil, dass er von dem schlechten Zustand der Bibliothek in Innsbruck gehört habe und dass diese derart nur geringen Nutzen haben könne. Böhmer empfahl daher die Erhöhung des Bibliotheksfonds.[22]

Gerade für neu geschaffene Lehrkanzeln fehlte es oft an den notwendigen Büchern, was auch aus den Klagen des 1857 nach Innsbruck berufenen Philo-

18 Vgl. zur Situation an der Universität beispielhaft Pichler, Zu meiner Zeit, S. 96.

19 Senatssitzungsprotokoll, Innsbruck 11.08.1850, Senatssitzungsprotokolle 3, 536/XI ex 1849/50, Universitätsarchiv Innsbruck.

20 Moy an Thun, Innsbruck 01.02.1852, Nachlass Leo Thun-Hohenstein, A3 XXI D155, Staatliches Gebietsarchiv Leitmeritz, Zweigstelle Tetschen-Bodenbach.

21 Vgl. Moy an Thun, Innsbruck 09.11.1851, Nachlass Leo Thun-Hohenstein, A3 XXI D128, Staatliches Gebietsarchiv Leitmeritz, Zweigstelle Tetschen-Bodenbach.

22 Vgl. Böhmer an Feil, Frankfurt 14.01.1855, in: Johannes Janssen (Hg.), Johann Friedrich Böhmer's Briefe und kleinere Schriften, Freiburg i. B. 1868, S. 133–135.

logen Karl Schenkl zu erfahren ist. Schenkl hatte sich in seinen Innsbrucker Jahren mehrfach an den Altphilologen und Bibliothekar der königlichen Bibliothek in München, Karl Halm, gewandt um sich von dort Bücher ausleihen zu können, begleitet von regelmäßigen Klagen über die schlechte Ausstattung der Bibliothek: „Es ist hier wahrlich zu verzweifeln, da man für jede Arbeit eine Unmasse Bücher einkaufen muß und dann immer noch Mangel leidet."[23]

Klagen über den schlechten Zustand der Universitätsbibliothek beschränkten sich im Übrigen aber nicht auf Innsbruck, sondern auch an anderen Universitäten mangelte es an guten Studienbibliotheken.[24]

8.2.2. Die neue Rolle der Bibliothek

Den Klagen über diesen Missstand folgten in den kommenden Jahren zunehmend Bittgesuche an das Unterrichtsministerium, um dort Sonderdotationen für Bücherankäufe für einzelne Fächer erwirken zu können. Im Jahr 1856 stellten beispielsweise die Professoren Friedrich Maassen und Ernest Theser einen Antrag beim Ministerium für Kultus und Unterricht um eine Sonderdotation für das Fach Römisches Recht. Das Fach war kurz zuvor durch die neue juridische Studienordnung von 1855 aufgewertet worden und aktuelle Fachbücher in den Bibliotheken waren folglich rar. In ihrem Antrag gingen die beiden Rechtsprofessoren zunächst auf die allgemeine Situation in ihren Fächern ein, um dann schließlich auf die zweifache Rolle der Bibliothek im Unterricht hinzuweisen:

> Sie soll nämlich einmal den Studierenden die Hülfsmittel gewähren, auch außerhalb des Hörsaals sich zu unterrichten, sich durch Vergleichung verschiedener Lehrmeinungen und Systeme und durch Einsicht in die Quellen [...] selbständige Ansichten zu bilden.[25]

Diesem Zweck könne man mit recht geringen Mitteln dienen und dazu seien nur einige Lehrbücher und Quellensammlungen notwendig. Doch komme der Bibliothek auch noch ein anderer Zweck zu:

---

23 Schenkl an Halm, Innsbruck 07.10.1862, Halmiana VIII, Schenkl, Bayerische Staatsbibliothek. Ähnlich auch in anderen Briefen, etwa Schenkl an Halm, Innsbruck 27.12.1858, Halmiana VIII, Schenkl, Bayerische Staatsbibliothek.

24 Vgl. dazu die Klagen über die Situation in Olmütz in Akademische Monatsschrift. Centralorgan für die Gesamtinteressen deutscher Universitäten (März 1850), S. 106–113, hier S. 109.

25 Theser und Maassen an das Ministerium für Cultus und Unterricht, Innsbruck 10.10.1856, Statthalterei Studien Beilage zu 23402/1856, Tiroler Landesarchiv.

„Die Universitätsbibliothek soll zweitens aber auch dem akademischen Lehrer den für die Erfüllung seines Berufes unentbehrlichen literarischen Apparat bieten.“[26] Der Beruf des Professors erfordere es, dass er sich ständig am Prozess der Wissenschaft beteilige, „und bei dem einmal erlernten nicht stehen bleibt, sondern rüstig fortstrebe. Wie sollte es ihm gelingen, die Jugend zu wissenschaftlichem Streben zu begeistern, wenn er selbst bereits mit seinem Streben abgeschlossen hat?“[27] Diese Äußerungen erinnern damit stark an das Ideal, das wir aus Humboldts Charakterisierung eines Universitätsprofessors kennen, der „immer im Forschen bleiben“ sollte und „die Wissenschaft als etwas noch nicht ganz Gefundenes und nie ganz Aufzufindendes“[28] auffassen müsse. Die Antragsteller präzisierten auch ihre Vorstellungen von dem, was an wissenschaftlichen Werken erforderlich sei, nämlich nicht allein allgemeine Werke, sondern auch spezielle Werke. Außerdem sei es unbedingt erforderlich, dass einem in der Bibliothek zahlreiche wissenschaftliche Zeitschriften zur Verfügung stehen müssen, denn gerade jene sind es „mittelst derer der Gelehrte in ständigem lebendigen Zusammenhang mit den Fortschritten seiner Wissenschaft steht. Wer von ihnen gänzlich abgeschnitten ist, für den wird trotz des regsten Eifers die Folge unausweichlich eintreten, daß die Zeit ihn hinter sich zurückläßt.“[29]

8.2.3. Anwachsen des Bücherbestandes

Ein Hinweis für den wachsenden Stellenwert der Bibliothek ist auch ihr Bücherbestand: 1838 besaß sie 32.700 Bände, durch die jährlichen Ankäufe und die erwähnte Schenkung des Archivars Reinhart war die Bücherzahl bis zum Revolutionsjahr auf etwa 40.000 Bände angewachsen.[30] Im Jahr 1866 sind dann bereits 67.100 Bände in der Bibliothek verzeichnet[31], was einem Zuwachs um gut zwei Drittel in weniger als 20 Jahren entspricht.

26 Ebenda.

27 Ebenda.

28 Humboldt, Über die innere und äußere Organisation der höheren wissenschaftlichen Anstalten in Berlin, S. 379.

29 Theser und Maassen an MCU, Innsbruck 10.10.1856, Statthalterei Studien Beilage zu 23402/1856, Tiroler Landesarchiv.

30 Vgl. Oswald Stranzinger, Die Universitätsbibliothek Innsbruck von 1826 bis 1975, in: Vom Codex zum Computer. 250 Jahre Universitätsbibliothek Innsbruck. Ausstellungskatalog, Innsbruck 1995, S. 147–153, hier S. 147. Hittmair, Geschichte der k.k. Universitätsbibliothek in Innsbruck, S. 109–111. Siehe zu Reinhart in Gertrud Pfaundler-Spat, Tirol-Lexikon. Ein Nachschlagewerk über Menschen und Orte des Bundeslandes Tirol, Innsbruck, Wien, Bozen 2005, S. 457.

31 Vgl. Stranzinger, Die Universitätsbibliothek Innsbruck von 1826 bis 1975, S. 147.

Zum Vergleich wuchs die Bibliothek von 1817 bis 1838, also in einem ähnlichen Zeitraum, von 26.000 Bänden auf besagte 32.700, als nur um knapp 7.000 Bände, was einem Viertel entspricht.[32] In den Jahren nach 1866 ging das Wachstum ähnlich rasch weiter (1880: 91.800 Bände), um schließlich um 1900 dann sprunghaft anzusteigen (1900: 171.000, 1911: 250.000)[33].

Die Gründe für das Anwachsen des Bücherbestandes sind unterschiedlich. Einerseits wurde der Bestand durch die neue *Preß-Ordnung* von 1852 jährlich erweitert, da Verlage nun zur Abgabe von Pflichtexemplaren genötigt waren.[34] Andererseits profitierte die Bibliothek auch von Dublettenabgaben der Hofbibliothek.[35] Nicht zuletzt waren es aber Schenkungen bzw. der Kauf von ganzen Bibliotheken und Sonderdotationen, die den Aufschwung der Bibliothek beförderten. Dabei haben sich auch zwei enge Berater Thuns um die Zuwächse für die Bibliothek verdient gemacht: nämlich George Phillips und Karl Ernst Jarcke. Ersterer verzichtete 1850 für die Dauer eines von Thun gewährten Urlaubs auf sein Gehalt als Professor in Innsbruck und ließ damit eine Reihe von Büchern anschaffen.[36] Im Jahr 1853 wurde der Universitätsbibliothek von der Witwe Karl Ernst Jarckes die Bibliothek ihres verstorbenen Gatten überlassen. Vermittelt hatte in dieser Sache Professor Moy de Sons, ein Bekannter der Familie Jarcke, der ja bereits im Jahr zuvor Thun persönlich auf die schlechte Situation der Bibliothek aufmerksam gemacht hatte.[37] Die Sammlung umfasste laut Bericht des Bibliothekars Scherer ca. 2.800 Werke, von denen 400 als Dubletten verkauft werden konnten. Sie bestand vorwiegend aus juristischen, theologischen und geschichtlichen Werken.[38] Eine noch umfangreichere Sammlung gelangte 1860 in den Besitz der Universitätsbibliothek, nämlich die Bibliothek des im Jahr zuvor verstorbenen Professors Johann Schuler. Seine Bibliothek umfasste damals ungefähr 8.000 Bücher. Professor Schuler war bei der Benutzung seiner Bibliothek schon zu

32 Vgl. dazu die Zahlen bei Sepp, Die Bibliothek entsteht und wächst, S. 43.

33 Stranzinger, Die Universitätsbibliothek Innsbruck von 1826 bis 1975, S. 147. Ein wesentlicher Grund für diesen Aufschwung war auch die rasch steigende Zahl an Buchveröffentlichungen im 19. Jahrhundert.

34 Preß-Ordnung, 27.05.1852, RGBl 122/1852, §4.

35 Vgl. Helfert an die Statthalterei, Wien 28.06.1858, Statthalterei Studien 13359 ad 10233/1858, Tiroler Landesarchiv.

36 Scherer an die Statthalterei, Innsbruck 30.09.1851, Statthalterei Studien 8740 ad 2500/1851, Tiroler Landesarchiv. Mit ca. 600 fl. war diese außerordentliche Zuwendung so hoch wie das reguläre Jahresbudget der Bibliothek.

37 Siehe Moy an die Statthalterei, Innsbruck 02.03.1853, Statthalterei Studien 2156/1853, Tiroler Landesarchiv; vgl. auch [Friedrich Leithe], Die k.k. Universitäts-Bibliothek in Innsbruck, in: Bothe für Tirol und Vorarlberg, 129 (10.06.1874), S. 986.

38 Scherer an Statthalterei, Innsbruck 07.06.1853, Statthalterei Studien 5920/1853, Tiroler Landesarchiv.

Lebzeiten sehr freigebig gewesen, sodass die Bibliothek „in manchen Richtungen die Lücken der k.k. Universitätsbibliothek so wirksam ausfüllte“.[39] Ein Faktum, das auch Adolf Pichler in seinen Lebenserinnerungen herausstreicht, wenn er schreibt: „hier fand ich die neueste deutsche Literatur aus allen Zweigen, der Poesie, Geschichte und Philosophie. Ich schöpfte [daraus, C.A.] mit unersättlichem Durst“[40]. Die Universität erbat sich für den Ankauf der Bibliothek vom MCU eine Sonderdotation von 2.000 fl. und wollte selbst 1.000 fl. beisteuern. Die Bibliothek, so schrieb der Vorstand, der damalige Rektor Andreas Kobler[41], in den Antrag an das Unterrichtsministerium, würde einige Lücken schließen, damit „die k.k. Universitätsbibliothek den wissenschaftlichen Bedürfnissen der Lehrer und Lernenden nach Maßgabe der einer Universität gestellten Aufgaben genügen sollte.“[42]

1864 kam schließlich durch Vermittlung von Julius Ficker ein Teil der Bibliothek des Frankfurter Historikers Johann Friedrich Böhmer in den Besitz der Universitätsbibliothek, die vorwiegend historische und rechtshistorische Werke umfasste.[43]

Sonderdotationen, die von verschiedenen Professoren beim MCU beantragt wurden, waren zudem eine Möglichkeit, die Bibliothek gezielt zu erweitern. Der Antrag der Professoren Maassen und Theser wurde bereits erwähnt. Im Laufe der Jahre folgten dann mehrere Professoren diesem Beispiel. Meist waren sie gerade erst für ein Fach berufen worden und fanden für ihr Fach zu wenige Bücher vor. Diese Situation erlebten z.B. der oben erwähnte Altphilologen Karl Schenkl, der Professor für Italienisch Onorato Occioni oder der Germanist Ignaz Zingerle.[44]

8.3. Bibliothekare, Stellung und Benutzung der Bibliothek

Obschon der Bibliothek von Seite der Professoren eine wichtige Rolle für die Universität und deren wissenschaftlicher Forschung zuerkannt wurde,

39 Kobler an das MCU, Innsbruck 06.03.1860, Statthalterei Studien 6338/1860, Tiroler Landesarchiv.

40 Pichler, Zu meiner Zeit, S. 136.

41 Andreas Kobler SJ (Mühldorf 1816–1892 Klagenfurt), ab 1848 Missionstätigkeit in Amerika, ab 1857 Prof. für Kirchengeschichte an der Universität Innsbruck, ab 1887 Leiter des Seminars in Klagenfurt.

42 Kobler an das MCU, Innsbruck 06.03.1860, Statthalterei Studien 6338/1860, Tiroler Landesarchiv.

43 Leithe, Die k.k. Universitäts-Bibliothek in Innsbruck.

44 Eingabe an das MCU wegen einer Sonderdotation für Bücher, Innsbruck 24.06.1862, Statthalterei Studien 15869/1862, Tiroler Landesarchiv.

blieb die rechtliche Stellung der Bibliothek als öffentliche Bibliothek durch die Universitätsreform unangetastet. Dies führte teilweise zu Unstimmigkeiten und Auseinandersetzungen zwischen Bibliotheksvorstand und dem Professorenkollegium der Universität. Dabei kollidierten die unterschiedlichen Vorstellungen der Professoren und des Bibliothekars darin, wer vorzugsweise das Recht der Benützung der Bibliothek hatte und welchen Zweck die Bibliothek besaß: vorwiegend den Ansprüchen der Professoren und Studenten zu dienen oder der Öffentlichkeit zur Verfügung zu stehen.

In der ersten Hälfte des Untersuchungszeitraums war Martin Scherer[45] Bibliothekar der Universitätsbibliothek. Scherer versah diesen Dienst seit 1832, davor hatte er zeitweise auch die Lehrkanzel für Religionslehre an der Universität suppliert. Als das zentrale Verdienst Scherers wird die Herstellung eines neuen Kataloges angeführt, da der alte Katalog an vielen Stellen ungenau war und der alphabetische Katalog nicht mehr mit den vorhandenen Büchern übereinstimmte. Zentral war die Schaffung eines wissenschaftlichen Katalogs, der die Bücher systematisch nach Wissenschaftsgebieten ordnete. In 51 Bänden wurden die Bücher auf 244 Abteilungen verteilt und ermöglichten so einen systematischen Zugriff auf die Bibliothek.[46]

45 Martin Scherer (Satteins 1787–1865 Innsbruck), Priester, 1815–1832 Katechet an der Innsbrucker Normalschule, bis zur Aufhebung des theolog. Studiums in Innsbruck Vorlesungen über Katechetik, Pädagogik und Methodik am Lyzeum und Supplent der Lehrkanzel für Religionslehre, ab 1832 Direktor (Bibliothekar) der Universitätsbibliothek, 1844/45 Dekan der philosophischen Fakultät der Universität. Zu Scherers Wirken siehe auch Hittmair, Geschichte der k.k. Universitätsbibliothek in Innsbruck, S. 103–120; auch Scherers eigenhändigen Lebenslauf, den er aus Anlass seines Pensionierungsgesuchs an Karl Ludwig sandte, Scherer an Karl Ludwig, Innsbruck 01.06.1857, Statthalterei, Präsidium, 1625 ad 1129/1857, Tiroler Landesarchiv.

46 Hittmair, Geschichte der k.k. Universitätsbibliothek in Innsbruck, S. 107–108. Walter Neuhauser, Biblioteca semper renovanda, restauranda, reformanda. Ein Beitrag zur Geschichte der Bibliotheksverwaltung am Beispiel der Universitätsbibliothek Innsbruck, in: Claudia Schretter/Peter Zerlauth (Hgg.), In Libris. Beiträge zur Buch- und Bibliotheksgeschichte Tirols von Walter Neuhauser, Innsbruck 2010, S. 249–262. Vgl. auch den Bericht Scherer zum Fortschritt der Katalogisierung, Scherer an die Statthalterei, Innsbruck 06.12.1855, Statthalterei Studien 23007 ad 2038/1855, Tiroler Landesarchiv. Pongratz sieht insgesamt eine etwas verspätete Entwicklung in Österreich, was das Anlegen von systematischen Katalogen anbelangt, von offizieller Seite wurde insbesondere die Anfertigung eines guten Grundkataloges gefordert. Ebenda, S. 50.

8.3.1. Exkurs: Kataloge

Die Vorgaben zur Erstellung eines solchen wissenschaftlichen Katalogs waren in den allgemeinen Bibliotheksinstruktionen von 1825 angeführt.[47] Dort wird für die Systematik auf die Werke von Johann Michael Francke[48] und Jeremias David Reuss[49], besonders aber auf Johann Samuel Erschs[50] Repertorium der deutschen Literatur von den Jahren 1785–1800 verwiesen. Damit griff man auf relativ alte Systematiken zurück, die sich jedoch bewährt hatten und nachfolgend, zwar ergänzt, bis ins 20. Jahrhundert verwendet wurden. Der Zugriff auf die Bibliothek war damit abhängig von der Kenntnis der Systematik, das heißt aber, dass man bereits Vorwissen brauchte, um die Bibliothek nutzen zu können. Der Systematische Katalog setzte allerdings auch eine relativ stabile Wissenschaft voraus, was sich gerade im Laufe des 19. Jahrhundert, als sich die Disziplinen immer rascher verzweigten, mehr und mehr als eine unzeitgemäße Vorstellung erwies. Seit den 1890er-Jahren wurde daher vermehrt die Reformierung der Systematiken bzw. die Ablösung der Systematiken durch die Einführung von Schlagwortkatalogen diskutiert.[51] Seit den 1920er-Jahren wurden solche dann, parallel zu den Nominalkatalogen, mehrheitlich eingeführt.[52]

Zwar hatte schon zu Beginn des 19. Jahrhunderts der Münchener Bibliothekar Martin Schrettinger[53] Kritik an den systematischen Katalogen geäu-

47 Vgl. Instruction für die k.k. Universitäts- und Studienbibliotheken, provisorisch erlassen mit Stud. Hof-Comm.-Decrete vom 23. Juli 1825, Z. 2930, in: Ferdinand Grassauer (Hg.), Handbuch für österreichische Universitäts- und Studienbibliotheken sowie für Volks-, Mittel- und Bezirks-Lehrerbibliotheken. Mit einer Sammlung von Gesetzen, a.h. Entschliessungen, Verordnungen, Erlässen, Acten und Actenauszügen, Wien 1883, S. 191–225, §§ 40–42. Pongratz bezeichnet diese provisorische Verordnung, die dennoch beinahe 100 Jahre in Geltung war, als die „Magna Charta des österreichischen Bibliothekswesens". Walter Pongratz, Geschichte der Universitätsbibliothek Wien, Wien, Köln, Graz 1977, S. 53.

48 Johann Michael Francke, Catalogus bibliothecae Bunavianae, Leipzig 1750–1756.

49 Jeremias David Reuss, Repertorium commentationum a societatibus literariis editarum, Göttingen 1801–1822. Der Wiener Bibliothekar Wilhelm Ridler, der maßgeblich an der Ausarbeitung der provisorischen Instruktionen beteiligt war, stand im Übrigen mit diesem in Kontakt, vgl. Pongratz, Geschichte der Universitätsbibliothek Wien, S. 50–51.

50 Johann Samuel Ersch (Großglogau 1766–1828 in Halle), Bibliothekar in Halle.

51 Vgl. Beiträge im Zentralblatt für Bibliothekswesen, etwa von Luitgard Camerer, Die Diskussion über den Sachkatalog im Spiegel des „Zentralblattes für Bibliothekswesen" (1894–1944), Köln 1967; Dirk Klotz, Die Entwicklung der Sacherschließung in deutschen Öffentlichen Bibliotheken von 1900 bis 1945, in: Bibliothek. Forschung und Praxis (1977), S. 71–93.

52 Vgl. dazu Uwe Jochum, Kleine Bibliotheksgeschichte, Stuttgart 32007, S. 141–144; für Innsbruck kurz Stranzinger, Die Universitätsbibliothek Innsbruck von 1826 bis 1975, S. 149, für Wien Pongratz, Geschichte der Universitätsbibliothek Wien, S. 114–115.

53 Martin Willibald Schrettinger (Neumarkt 1772–1851 München), Priester, ab 1806 Bibliothekar an der Hofbibliothek in München.

ßert, da diese zeitabhängig und aufwendig waren. Er brach daher auch mit der Übereinstimmung von Katalog und Aufstellung. Aus seiner Sicht sollte es nicht nötig sein, die Systematik zu kennen, um ein gewünschtes Buch zu finden, eine Vorstellung, die modern anmutet und einen mehrfachen Zugriff auf ein Buch erlaubte.[54] Durchgesetzt hat sich sein Ansatz jedoch nur in wenigen Fällen und dann auch oft modifiziert. Allerdings wurde die Wiener Universitätsbibliothek ab 1838 teilweise nach dem Vorbild Schrettingers umorganisiert.[55]

In Österreich war man allerdings von Seiten der Regierung weniger auf die Anlegung eines wissenschaftlichen Katalogs als auf die Erhaltung der alphabetischen Kataloge erpicht.[56] Dies erscheint für die Zeit, in der eine strenge Zensur herrschte, auch konsequent. Mit Gewährung der Lehr- und Lernfreiheit und der Aufhebung der Zensur und somit erleichtertem Bücherzugang bekam der systematische Katalog jedoch eine viel höhere Bedeutung. Ein Bibliothekar war damit durch sein Wissen um Systematik, Katalog und Aufstellung auch Vermittler des Wissens.[57]

8.4. Die Bibliothek als wissenschaftliches Instrument

Durch die Ermöglichung eines systematischen Zugangs zu den Büchern hatten die Bibliotheken auch ihren musealen Charakter verloren und wurden zu einem wissenschaftlichen Gebrauchsinstrument. Zudem war durch die Aufhebung der Zensur der Zugang zu Büchern enorm erleichtert.[58] Dieser

54 Vgl. Uwe Jochum, Bibliotheken und Bibliothekare 1800–1900, Würzburg 1991, S. 32–33. Schrettinger hat bis zu seinem Tod 1851 an einem Schlagwortkatalog gearbeitet, der jedoch nur Fragment geblieben ist. Vgl. Harald Kleinschmidt, Über den Umgang mit Büchern. Hilfswissenschaftliche Prolegomena zur Geschichte der Katalogregeln, in: Archiv für Kulturgeschichte (1982), S. 453–480, hier S. 460–461. Vgl. auch Jeffrey Garrett, Redefining Order in the German Library, 1775–1825, in: Eighteenth-Century Studies 33 (1999), S. 103–123.

55 Hans Striedl, 150 Jahre Münchener Aufstellungsschema, in: Rupert Hacker (Hg.), Beiträge zur Geschichte der Bayerischen Staatsbibliothek, München 2000, S. 153–176, hier S. 171–173.

56 Vgl. Pongratz, Geschichte der Universitätsbibliothek Wien, S. 50–51. Vgl. auch Instruction für die k.k. Universitäts- und Studienbibliotheken, provisorisch erlassen mit Stud. Hof-Comm.-Decrete vom 23. Juli 1825, Z. 2930. Dort wird der Bibliothekar angewiesen, dass erst bei Vorhandensein eines vollständigen alphabetischen Katalogs an die Bearbeitung eines wissenschaftlichen Kataloges geschritten werden solle. Gleichzeitig überwiegen in den Instructionen auch die formalen Regeln zu Ordnung und Beschreibung von Büchern und Katalogen.

57 Vgl. dazu auch bei Jochum, Bibliotheken und Bibliothekare 1800–1900, S. 33–34.

58 Vgl. auch die Anordnung des Unterrichtsministeriums vom August 1848, die Landesstellen

Entwicklung scheint der damalige Innsbrucker Bibliothekar Scherer jedoch nicht unkritisch gegenübergestanden zu haben. So beargwöhnte er etwa das Entlehnungsrecht seit 1848 und äußerte sich wiederholt leicht vergrämt darüber: Einerseits, weil er und seine Mitarbeiter dadurch in ihren anderen Aufgaben aufgehalten bzw. gestört wurden („Kaum hat man die Feder in der Hand, muß man sie wieder hindanlegen um Begehrenden zu Diensten zu sein.“[59]), andererseits, weil der Umgang mit entlehnten Büchern ihm vielfach Anlass zur Sorge und Kritik bereitete:

> Der unterthänigst Gefertigte hat im Bücherausleihen eine Menge Erfahrung gemacht, die er zur Ehre der Entlehner und zur Vermeidung des eigenen Schadens lieber nicht gemacht hätte. Das Vertrauen wird nicht leicht in irgend einer anderen Sache so unbedenklich mißbraucht, wie beim Bücherentleihen, wie jeder der selbst eine Bibliothek hat, und davon ausleiht, sich überzeugen kann.[60]

Gleichzeitig glaubte er, festgestellt zu haben, dass „die entlehnten Bücher beim Entlehner oft lange unbenützt liegen […] wie nicht selten der Staub zu erkennen gibt, womit es bedeckt zurückgegeben wird.“[61] Scherer sprach sich daher auch 1853 gegen eine nochmalige Erweiterung der Ausleihmöglichkeiten aus, die damals vom Ministerium in Aussicht gestellt worden war.

Für die Erlaubnis ein Buch entlehnen zu dürfen, war das Hinterlegen einer Kaution von 15 fl. erforderlich.[62] Aus diesem Grund hielten sich die Entlehnungen auch in Grenzen, von 1850 bis 1853 wurden lediglich 375 Bücher entlehnt. Durchschnittlich benützten in diesem Zeitraum etwa 50 Leser täglich die Bibliothek (60 bis 70 bei schlechter Witterung). Scherer stellt diese Menge jedoch in Relation zur geringen Zahl an Studenten und führt die niedrige Zahl der Entlehnungen auch darauf zurück, dass „die Mehrzahl

---

mögen die baulichen und notwendigen Voraussetzungen schaffen, die die „liberalere Administration“ der Bibliotheken verlange. Die Bibliothekare wurden gleichzeitig gebeten mit „Einsicht und Humantität“ diesen Maßregeln nachzukommen. Siehe Wiener Zeitung, 222 (13.08.1848), S. 390.

59 Scherer an die Statthalterei, Innsbruck 06.12.1855, Statthalterei Studien 23007 ad 2038/1855, Tiroler Landesarchiv.

60 Scherer an die Statthalterei, Innsbruck 14.08.1853, Statthalterei Studien 8623 ad 6845/1853, Tiroler Landesarchiv.

61 Scherer an die Statthalterei, Innsbruck 14.08.1853, Statthalterei Studien 8623 ad 6845/1853, Tiroler Landesarchiv. Roschmann gebrauchte 100 Jahre zuvor ganz ähnliche Argumente, um sich gegen ein Ausleihrecht – nur für Professoren – zu wehren. Hittmair, Geschichte der k.k. Universitätsbibliothek in Innsbruck, S. 30–31.

62 Vgl. Scherer an die Statthalterei, Innsbruck 14.08.1853, Statthalterei Studien 8623 ad 6845/1853, Tiroler Landesarchiv.

der Studenten arm ist“[63]. Für säumige Buchentlehner wurde vom Ministerium übrigens eine Praxis empfohlen, die man in Wien begonnen hatte: War die Entlehnfrist für ein Buch überschritten, sandte man einen Boten zu dem Ausleiher, der ihn an sein Versäumnis erinnerte. Dem Boten musste man dann einen Botenlohn entrichten.[64]

Die Zahl der Entlehnungen und Benutzer stieg in der Folge dennoch jährlich an: Wurden im Zeitraum von 1850–1853 lediglich 375 Bücher ausgeliehen, waren es allein im Jahr 1864 bereits 2687 Bände.[65]

Um wieder auf Scherer selbst und dessen professionelles Selbstverständnis zurückzukommen, so erklärt sich dessen Unzufriedenheit mit der neuen Situation auch dadurch, dass er als Bibliothekar zum „scientifischen Personal“[66] der Universität gezählt wurde und daher wohl auch Tätigkeiten wie das Versehen von Ausleihdiensten nicht seinem Rang und seiner Qualifikation entsprechend ansah.

Scherer, und auch das erscheint als Gemeinplatz bibliothekarischen Selbstverständnisses der Zeit,[67] betonte jedoch auch mehrfach die großen Anstrengungen und die Opferbereitschaft, die mit seiner Tätigkeit verbunden waren und unterstreicht etwa die „Selbstaufopferung“[68], die für die Arbeit an den Katalogen nötig war.

Die Bibliothekare waren im Übrigen bis zur Thun’schen Reform den Professoren in ihrem Gehalt gleichgestellt. Mit der Reform wurde das Grundgehalt der Professoren erhöht, nicht aber das der Bibliothekare, was dann auch Scherers Nachfolger Ignaz Zingerle veranlasste, eine Angleichung auch für das Bibliothekspersonal zu fordern. Die Begründung sah Zingerle sowohl in der Qualifikation des Personals als auch in dem erhöhten Arbeitsaufwand.[69]

---

63 Ebenda.

64 Vgl. Thun an Statthalterei, Wien 16.04.1856, Statthalterei Studien 7868/1856, Tiroler Landesarchiv.

65 Siehe Kögeler an die Statthalterei, Innsbruck 29.03.1865, Statthalterei Studien 11306 ad 1583/1865, Tiroler Landesarchiv.

66 Scherer an die Statthalterei, Innsbruck 24.10.1851, Statthalterei Studien 9314 ad 3003/1851, Tiroler Landesarchiv.

67 Vgl. dazu eine der einflussreichsten Schriften zur Bibliothekskunde im 19. Jahrhundert, Friedrich Adolf Ebert, Die Bildung des Bibliothekars, Leipzig 1820, S. 9 und S. 56.

68 Scherer an die Statthalterei, Innsbruck 06.12.1855, Statthalterei Studien 23007 ad 2038/1855, Tiroler Landesarchiv. Vgl. auch Kögeler an die Statthalterei, Innsbruck 29.03.1865, Statthalterei Studien 11306 ad 1583/1865, Tiroler Landesarchiv. Dieser schreibt: „Überladen mit gewöhnlichen Bibliotheksgeschäften mußte der Gefertigte, obwohl mannigfach angeregt, bisher auf die Ausführung so mancher längst beschlossener, im Interesse der Bibliothek beinahe unerläßlicher Arbeiten verzichten.“

69 Zingerle an die Statthalterei, Innsbruck 14.06.1858, Statthalterei Studien 12116 ad 47276/1858, Tiroler Landesarchiv.

8.4.1. Die Qualifikation der Bibliothekare

Ein klares Berufsbild, im Sinne von geregelter Aus- und Weiterbildung und reglementierten Anforderungs- und Zugangsbestimmungen, gab es zu dieser Zeit für Bibliothekare nicht. Zwar wurde in den schon mehrmals genannten Instruktionen von 1825 vom Personal verlangt, dass es neben allgemeiner Gelehrsamkeit und Wissen um den Zustand der Wissenschaften insbesondere bibliographische Kenntnisse besitzen solle, genaue Qualifikationen wurden jedoch nicht erwähnt.[70] Unterschieden wurde darin allerdings zwischen den „scientifischen" und den „Kanzlei-Individuen".[71]

Im Jahr 1856 wurde in einem Ministerialerlass des Unterrichtsministeriums von leitenden Bibliotheksbeamten verlangt, dass die Bibliothekare wenigstens diejenigen Kenntnisse vorweisen müssten, die für die Zulassung zu den Prüfungen für das Gymnasiallehramt berechtigten.[72] Wenige Jahre später wird dies in einer Verordnung wiederholt, gleichzeitig wurde zudem empfohlen, dass auch Bibliotheksdiener („Amanuensen") wissenschaftliche Bildung vorweisen sollten.[73] Eine besondere bibliothekarische Ausbildung gab es jedoch nicht, der übliche Weg in ein höheres Bibliothekarsamt führte über die Tätigkeit als Scriptor oder Amanuensis.[74] Zwar waren noch in der

70 Instruction für die k.k. Universitäts- und Studienbibliotheken, provisorisch erlassen mit Stud. Hof-Comm.-Decrete vom 23. Juli 1825, Z. 2930, § 2.

71 Ebenda, § 124.

72 Vgl. Ministerial-Erlass vom 10. Oktober 1856, Z. 9040/650, an das General-Gouvernement in Verona, in: Ferdinand Grassauer (Hg.), Handbuch für österreichische Universitäts- und Studienbibliotheken sowie für Volks-, Mittel- und Bezirks-Lehrerbibliotheken. Mit einer Sammlung von Gesetzen, a.h. Entschliessungen, Verordnungen, Erlässen, Acten und Actenauszügen, Wien 1883, S. 253; vgl. auch Ministerial-Erlass vom 4. August 1860, Z. 10274, an die Statthalterei in Galizien, in: Ferdinand Grassauer (Hg.), Handbuch für österreichische Universitäts- und Studienbibliotheken sowie für Volks-, Mittel- und Bezirks-Lehrerbibliotheken. Mit einer Sammlung von Gesetzen, a.h. Entschliessungen, Verordnungen, Erlässen, Acten und Actenauszügen, Wien 1883, S. 261.

73 Vgl. Ministerial-Erlass vom 4. August 1860, Z. 10274, an die Statthalterei in Galizien. Auch hierzu ließe sich ein Beispiel aus Innsbruck anführen, wenn der Bibliothekar Scherer bei der Nachbesetzung der Scriptorenstelle einen wissenschaftlich gebildeten Mann bevorzugte, dem man „nebst den verschiedenen Copierungsgeschäften auch eigentlich bibliothekarische Arbeiten zutheilen kann". Scherer an die Statthalterei, Innsbruck 24.10.1851, Statthalterei Studien 9314 ad 3003/1851, Tiroler Landesarchiv.

74 Vgl. dazu Instruction für die k.k. Universitäts- und Studienbibliotheken, provisorisch erlassen mit Stud. Hof-Comm.-Decrete vom 23. Juli 1825, Z. 2930, §124. Vgl. auch die Beispiele an der Bibliothek in Innsbruck, wo innerhalb des untersuchten Zeitraums drei Scriptoren/Diener zu Bibliotheksvorständen aufstiegen, Eduard Kögeler in Innsbruck und Johann Lang und Alois Josef Hammerle in Salzburg. Vgl. dazu auch Hittmair, Geschichte der k.k. Universitätsbibliothek in Innsbruck, S. 104 und 121. Gleichzeitig scheint es jedoch auch so

Ära Thun, angeregt von dessen Unterstaatssekretär Helfert, Pläne für den geregelten Zugang zum Bibliotheksdienst diskutiert worden, eine definitive Regelung fand jedoch nicht statt.[75] Im Entwurf für die angedachte Zugangsprüfung waren sowohl die Zugangsbestimmungen (im Wesentlichen Sprachkenntnisse und abgeschlossene Studien) als auch die verlangten bibliothekarischen Kenntnisse angeführt. In erster Linie waren dies: die Enzyklopädie der Wissenschaften, Sprachen, Bibliographie und Diplomatik und Bibliothekswissenschaft im engeren Sinn, worunter man „die Kenntnisse der hervorragendsten Bibliotheken der Gegenwart und der verschiedenen Arten, eine Bibliothek einzurichten und zu verwalten“[76] verstand. Der leitende Grundsatz bei dem Vorhaben war nach Ansicht von Salomon Frankfurter jener, „dass der Nachweis allgemeiner wissenschaftlicher Vorbildung und sprachlicher Kenntnisse von dem Nachweise der speciellen Bildung für den Bibliotheksdienst zu unterscheiden sei.“[77] Dies zeigt, dass man zwar durchaus eine Vorstellung eines eigenen Berufsbildes ‚Bibliothekar‘ besaß, zu einer Verabschiedung des Gesetzesentwurfs und der damit verbundenen Anerkennung des Berufsbildes ist es allerdings nicht gekommen. Als Grund gibt Ferdinand Grassauer das negative Gutachten Professor Franz Miklosichs an, der eine derartige Regelung als zu weitgehend betrachtete und die damalige Praxis als ausreichend empfand.[78] So wurde die Bibliothekarausbildung auch in der Folge nicht geregelt, vielmehr war es üblich geworden, „an der Wiener Universitätsbibliothek den Nachwuchs für die österreichischen Staatsbibliothekare heranzubilden.“[79] Zugleich prägte das ‚Handbuch

gewesen zu sein, dass der Bibliotheksdienst eine Art Auffangbecken oder Übergangsstadium für Akademiker war, die (vorerst) keine Stelle an einer Universität fanden. Vgl. Salomon Frankfurter, Die Qualification für den staatlichen Bibliotheksdienst in Österreich. Vortrag gehalten im Österreichischen Verein für Bibliothekswesen in Wien am 19. Februar 1898, Wien 1898, S. 16; auch bei Lhotsky, Geschichte des Instituts für Österreichische Geschichtsforschung 1854–1954, S. 129.

75 Vgl. Frankfurter, Die Qualification für den staatlichen Bibliotheksdienst in Österreich, S. 6–8.

76 Entwurf einer Vorschrift über die Prüfung der Candidaten des Bibliotheksdienstes, in: Salomon Frankfurter (Hg.), Die Qualification für den staatlichen Bibliotheksdienst in Oesterreich. Vortrag gehalten im oesterreichischen Verein für Bibliothekswesen in Wien, Wien 1898, S. 27–31, § 4.

77 Frankfurter, Die Qualification für den staatlichen Bibliotheksdienst in Österreich, S. 8, vgl. dazu auch die begründenden Notizen zum Entwurf des Gesetzes, siehe ebenda S. 7.

78 Siehe Frankfurter, Die Qualification für den staatlichen Bibliotheksdienst in Österreich, S. 8–9.

79 Alois Jesinger, Die Universitätsbibliothek Wien, in: Zentralblatt für das Bibliothekswesen 43 (1926), S. 438–460.

für Universitäts- und Studienbibliotheken'[80] des Wiener Bibliothekars Ferdinand Grassauer in der Folgezeit eine Generation von Bibliothekaren und Bibliotheken, ohne jedoch amtlichen Charakter zu besitzen.[81] Außerdem hatte das Institut für Österreichische Geschichtsforschung in Wien in seinen Statuten den Auftrag, „die fachmännische Heranbildung von Bibliotheksbeamten" zu besorgen.[82] Wichtig für das Selbstverständnis und Ausdruck der Ausbildung eines eigenen Berufsbildes war auch die Herausgabe der Zeitschrift *Mitteilungen des Österreichischen Vereines für Bibliothekswesen* des *Österreichischen Vereins für Bibliothekswesen* seit 1897.

Alles in allem ergeben sich damit zwei zentrale Tendenzen: zum einen ein zunehmender Akademisierungsgrad bei den Bibliotheksbeamten, das heißt nicht nur bei den leitenden Bibliothekaren, bei denen das schon vorher der Fall war, und zum anderen eine weitgehende Trennung der Berufe Wissenschaftler/Professor und Bibliothekar.[83] Diese Entwicklung hing zwar nicht ursächlich mit der Reform von Thun-Hohenstein zusammen – sie hatte bereits früher eingesetzt – erscheint jedoch als Ausdruck desselben Prozesses einer Professionalisierung und Spezialisierung im universitären Bereich. Dass in dieser Zeit unterschiedliche Vorstellungen von Anforderungen bzw. Tätigkeiten eines Bibliothekars herrschten, verwundert daher nicht.

---

80 Grassauer, Handbuch für österreichische Universitäts- und Studienbibliotheken sowie für Volks-, Mittel- und Bezirks-Lehrerbibliotheken.

81 Siehe Pongratz, Geschichte der Universitätsbibliothek Wien, S. 98–102. Grassauer selbst hatte an der Wiener Universitätsbibliothek bei dem vormaligen Innsbrucker Bibliothekar Friedrich Leithe sein Handwerk verfeinert. Leithe hatte noch in Innsbruck eine neue, für Wien und Innsbruck geltende, Bibliotheksordnung ausgearbeitet, die dann auch durch Grassauer verbreitet wurde. (In Leithes Privatexemplar von Grassauers Handbuch, das heute im regulären Bestand der UB Innsbruck ausleihbar ist, findet sich auch eine Widmung von Grassauer an seinen „hochgeehrten Herrn Chef".) Vgl. auch Hugo Alker, Aufstellung und Signaturen der Universitätsbibliothek Wien. Ein Beitrag zur Geschichte des Numerus currens, in: Zentralblatt für das Bibliothekswesen 68 (1954), S. 241–252, hier S. 251.

82 Grassauer, Handbuch für österreichische Universitäts- und Studienbibliotheken sowie für Volks-, Mittel- und Bezirks-Lehrerbibliotheken, S. 44. Vgl. dazu auch Lhotsky, Geschichte des Instituts für Österreichische Geschichtsforschung 1854–1954, S. 129–131, dort auch die neuen Statuten des IÖG. Im § 1.2. heißt es, „Eine weitere Aufgabe des Instituts ist es, die fachmännische Heranbildung von Beamten für Bibliotheken, Archive und Museen zu erzielen." Der Grund für diese erweiterte Zielsetzung war nicht bloß der, die Bibliothekarsausbildung zu verbessern, sondern auch die bisweilen schlechten Berufsaussichten der Absolventen zu verbessern.

83 Vgl. Jochum, Kleine Bibliotheksgeschichte, S. 125, allerdings mit dem Unterschied zu den preußischen Verhältnissen, dass dort die Bibliotheken meist direkt den Universitäten unterstanden und nicht, wie es in Österreich vielfach üblich war, die Bibliotheken und Universitäten zwar eng gebunden, aber formal unabhängig voneinander waren.

Dazu seien im Folgenden einige Beispiele aus Innsbruck angeführt, die diese Tendenzen veranschaulichen: Fast alle Bibliothekare bis zum Amtsantritt von Martin Scherer versahen ihren Dienst in der Bibliothek neben ihrer Tätigkeit als Professor an der Universität oder am Lyzeum. Scherer selbst war bis zu seinem Antritt Supplent der Lehrkanzel für Religionslehre, nachdem die Lehrkanzel aber definitiv mit einem anderen Kandidaten besetzt worden war, versah er lediglich das Amt des Bibliotheksdirektors.[84] Seine Nachfolger (bis auf den interimistischen Vorstand Zingerle) hatten allesamt eine Bibliothekarslaufbahn eingeschlagen und gelangten so in die leitende Stellung des Bibliothekars.[85]

Ähnliches zeigen die Verhandlungen zur definitiven Nachbesetzung der Stelle von Martin Scherer 1859. Julius Ficker vertrat damals die Ansicht, ein Universitätsbibliothekar solle ein Mann der Wissenschaft sein, und empfahl daher Ignaz Zingerle. Dieser hatte nach der Pensionierung von Scherer interimistisch die Leitung der Bibliothek übernommen.[86] Als einen von mehreren Gründen führt Ficker in seinem Gutachten an, dass Zingerle als Wissenschaftler besonderen Nutzen aus der Tätigkeit ziehen könne und sowohl der Wissenschaft als auch der Bibliothek dienen würde.[87] Im Ministerium folgte man dieser Ansicht nicht und ernannte den vormaligen Scriptor der Bibliothek des Ferdinandeums und der Universitätsbibliothek Eduard Kögeler, der sich hauptsächlich durch bibliothekarische Leistungen und Sprachkenntnisse auszeichnete und nicht durch wissenschaftliche Erfolge glänzte.[88]

---

84 Vgl. Scherer an Karl Ludwig, Innsbruck 01.06.1857, Statthalterei, Präsidium, 1625 ad 1129/1857, Tiroler Landesarchiv.

85 Vgl. dazu die biographischen Anmerkungen zu den einzelnen Bibliothekaren bei Hittmair, Geschichte der k.k. Universitätsbibliothek in Innsbruck.

86 Bei diesem Anlass wurde der Gymnasialdirektor Siebinger um ein Gutachten gebeten, ob Zingerle für den Posten geeignet sei. Dieser empfahl Zingerle deshalb, weil er ein Mann der Wissenschaft sei und zahlreiche Sprachen beherrsche, und zog ihn dem Scriptor der Bibliothek Hammerle vor. Gleichzeitig musste er jedoch eingestehen, dass sein Urteil mit Bedacht aufzunehmen sei, da er nicht wisse, welche genauen Ansprüche man an einen Bibliothekar stelle. Siehe Siebinger an das Präsidium, Innsbruck 10.06.1857, Statthalterei, Präsidium 1624 ad 1129/1857, Tiroler Landesarchiv.

87 Ficker an Statthalterei, Innsbruck 01.01.1859, Statthalterei Studien 660/1859 (einsortiert unter 4726/1858), Tiroler Landesarchiv. Ficker war hier wohl auch durch seine Zeit an der Bonner Universität geprägt, wo mit Friedrich Wilhelm Ritschel ein Professor zugleich Oberbibliothekar war. Vgl. Jochum, Kleine Bibliotheksgeschichte, S. 124–125. In Deutschland fand die Trennung von Bibliothekarsposten und Lehramt erst ab den 1870er-Jahren und auch dann nur zaghaft statt. Vgl. dazu auch Anton Klette, Die Selbständigkeit des bibliothekarischen Berufs. Mit Rücksicht auf die deutschen Universitätsbibliotheken, Leipzig 1871.

88 Scherer an die Statthalterei, Innsbruck 24.10.1851, Statthalterei Studien 9314 ad 3003/1851, Tiroler Landesarchiv; Thun an Karl Ludwig, Wien 16.05.1859, Statthalterei Studien 10279 ad 660/1859 (einsortiert bei 4276/1858), Tiroler Landesarchiv. Vgl. dazu auch die Ansichten

Zingerle wurde zum ersten Professor der deutschen Philologie in Innsbruck ernannt.

Das letzte Beispiel ist die Regelung der Nachfolge von Eduard Kögeler 1867. Damals konnte der Senat seinen Wunschkandidaten erfolgreich in Stellung bringen.[89] Schon bei der Ausschreibung des Postens hatte er durchsetzen können, dass ein abgeschlossenes Universitätsstudium für diese Stelle vorauszusetzen sei.[90] Die Statthalterei hatte dies erst nicht in die Ausschreibung aufnehmen wollen, weil es bis dahin nicht als Voraussetzung galt, wie der zuständige Beamte in der Statthalterei mit Verweis auf Eduard Kögeler notierte. Im Ministerium dagegen folgte man allerdings der Ansicht des Senats und bestätigte damit auch den Trend zur Akademisierung des Bibliothekarstandes.[91] Hinsichtlich eigener wissenschaftlicher Leistungen des Bibliothekars beharrte der Senat auch in diesem Fall darauf, dass ein Bewerber solche vorzuweisen habe. Er lehnte daher auch das Gesuch des provisorischen Vorstandes Anton Foregg auf definitive Anstellung ab[92], da dieser in seiner Bewerbung prononciert darauf hingewiesen hatte, dass eigene wissenschaftliche Leistungen des Bibliothekars weniger als Beweis für dessen Fähigkeiten, sondern vielmehr als Hinweis auf fehlgeleiteten Fleiß anzusehen seien. Am Rande kann man anmerken, dass Foregg dabei den bereits erwähnten Klassikern der Bibliothekswissenschaft des 19. Jahrhundert Schrettinger und Ebert folgte:

> Was Schriftstellerische Arbeiten anbelangt, so lehrt die Erfahrung, daß durch dieselben der Bibliothekar von der emsigen Bearbeitung und Verwaltung der Bibliothek gewöhnlich abgelenkt wird, daher nach dem dafürhalten der berühmtesten Bibliothekare, eines Ebert, Schrettinger u. a. ein Schriftsteller von Profession zum Bibliothekar verdorben ist.[93]

Martin Schrettingers in seinem Handbuch. Auch er vertrat die Ansicht, der Bibliothekar solle weder Fachgelehrter noch Schriftsteller sein. Zit. bei. Adolf Hilsenbeck, Martin Schrettinger und die Aufstellung in der Kgl. Hof- und Staatsbibliothek München, in: Rupert Hacker (Hg.), Beiträge zur Geschichte der Bayerischen Staatsbibliothek, München 2000, S. 128–151, S. 147. Dies zeigt auch, dass auf Seite der Bibliothekare schon ein gewisses Selbstverständnis für die eigene Profession herrschte, das jedoch noch nicht klar definiert war.

89 Im Übrigen ist der Vorgang auch interessant für das folgende Kapitel hinsichtlich der Stellung der Bibliothek und der Mitsprache der Universität.

90 Siehe Geyer an die Statthalterei, Innsbruck 11.07.1867, Statthalterei Studien 14751 ad 2276/1867, Tiroler Landesarchiv.

91 Vgl. Erlass zur Nachbesetzung der Stelle Kögelers, Wien 10.08.1867, Statthalterei Studien 17341 ad 2276/1867, Tiroler Landesarchiv.

92 Siehe Stellungnahme des Senats, Innsbruck 16.10.1867, Statthalterei Studien 21681 ad 2276/1867, Tiroler Landesarchiv.

93 Foregg bittet um Bibliothekarstelle, Innsbruck 25.09.1867, Statthalterei Studien 20000 ad

Die drei Beispiele zeigen die unterschiedlichen Vorstellungen von Qualifikation und Aufgaben eines Bibliothekars und bezeugen auch, dass der Prozess der Herausbildung eines eigenen Berufsbildes damals noch nicht abgeschlossen, sondern vielmehr noch im Fluss war. Zudem weisen die Beispiele auch auf den im Folgenden zu behandelnden Punkt hin, nämlich auf das Verhältnis von Universität und Bibliothek und die Einflussmöglichkeiten der Universität auf deren Geschicke.

8.4.2. Die Stellung der Bibliothek

Die Bibliothek war eine selbständige Staatsanstalt, dem Wirkungskreis des Ministeriums für Kultus und Unterricht zugeordnet und der Statthalterei für Tirol und Vorarlberg untergeordnet.[94] Wie am Beginn des Kapitels gezeigt, wurde die Bibliothek als öffentliche Bibliothek errichtet, in der Titulierung und Wahrnehmung war sie jedoch bald ‚Universitätsbibliothek' geworden. Eine formale Eingliederung der Bibliothek hatte es jedoch nicht gegeben – diese fand tatsächlich erst mit dem UOG 1993 statt.[95] Allerdings gab es vielfältige Verbindungen zwischen Universität und Bibliothek. Wie oben bereits geschildert, gab es personelle Verschränkungen, da die Bibliothekarsstelle bis zu Beginn des 19. Jahrhunderts oft in den Händen von Universitätsprofessoren lag. Zudem waren in den allgemeinen Instruktionen von 1825 auch einige wenige Fälle geregelt, die den Einfluss der Universität auf die Bibliothek festlegten: etwa die Übernahme der Bibliothek im Todesfall des Vorstandes und die Übergabe der Bibliothek bei einer Amtsübergabe. Die Möglichkeiten der Einflussnahme vermehrten sich 1862 und

2267/1867, Tiroler Landesarchiv. Vgl. dazu eben die von Foregg angesprochene Ansicht von Ebert, „nicht für sich, sondern für andre muss er arbeiten und willig muss er sich selbst Genüsse versagen, die er andern bereitet." Ebert, Die Bildung des Bibliothekars, S. 55–56. Vgl. dazu auch das Kapitel 100 in Musils Mann ohne Eigenschaften, General Stumm dringt in die Staatsbibliothek ein. Der Bibliothekar meint dort, dass ein guter Bibliothekar keine Bücher lese, sondern nur deren Titel kenne. „‚Wer sich auf den Inhalt einläßt, ist als Bibliothekar verloren!' hat er mich belehrt. ‚Er wird niemals einen Überblick gewinnen!'" Robert Musil, Der Mann ohne Eigenschaften, Reinbek bei Hamburg 1978 (1930), S. 462.

94 Grassauer, Handbuch für österreichische Universitäts- und Studienbibliotheken sowie für Volks-, Mittel- und Bezirks-Lehrerbibliotheken, S. 40–41.

95 Siehe Walter Neuhauser, Am Anfang stand die Biblioteca publica (Oenipontana). Zur Entstehung des staatlichen Bibliothekswesens in Österreich im 18. Jahrhundert. Abgesang oder Neubeginn?, in: Birgit Schneider/Felix Heinzer/Vera Trost (Hgg.), Bücher, Menschen und Kulturen. Festschrift für Hans-Peter Geh zum 65. Geburtstag, München 1999, S. 188–205, hier S. 195–196; auch Hittmair, Geschichte der k.k. Universitätsbibliothek in Innsbruck, S. 3.

insbesondere im Jahr 1870: Im letztgenannten Jahr erhielt der akademische Senat ein Vorschlagsrecht bei Nachbesetzung von Bibliotheksbeamten und erweiterten Einfluss bei Bücheranschaffungen[96] In beiden Angelegenheiten besaß die Universität in Innsbruck allerdings bereits in den 1850er-Jahren ein gewisses – wenn auch nicht reglementiertes – Mitspracherecht, was sowohl die jährlichen Zustandsberichte der Bibliothek bezeugen als auch ein Gutachten über die Nachbesetzung der Stelle von Martin Scherer.[97] Außerdem hatte das Professorenkollegium die Bücheranschaffungen seit 1862 stärker mitbestimmt, nachdem man sich über einige Anschaffungen des Bibliothekars Kögeler beschwert hatte.[98] Da der Bibliothek in demselben Jahr auch die Matrikelgelder der Universität zugewiesen wurden, ist es verständlich, wenn die universitären Gremien sich ein explizites Mitspracherecht bei Bücherankäufen ausbedungen haben.[99]

Zu Unstimmigkeiten kam es auch dadurch, dass die Bibliotheksinstruktion von 1825 hinsichtlich der Stellung der Bibliothek nicht vollkommen eindeutig war. Dort ist nämlich geregelt, dass die Bibliothek und deren Vorsteher „in ämtlichen Verhältnissen zu der Landesstelle“[100] standen, und gleichwohl „nichtsdestoweniger […] die Bibliotheken als Bestandtheil der Universität oder des Lyceum“[101] anzusehen waren. Die Bibliothekare hatten daher auch die Weisungen des Senats zu beachten und waren formal doch unabhängig von der Universität.

96 Vgl. Verordnung des k.k. Ministers für Cultus und Unterricht vom 1. März 1870, Z. 7330 ex 1869, betreffend den Wirkungskreis der akademischen Senate in Angelegenheiten der Universitätsbibliothek, in: Ferdinand Grassauer (Hg.), Handbuch für österreichische Universitäts- und Studienbibliotheken sowie für Volks-, Mittel- und Bezirks-Lehrerbibliotheken. Mit einer Sammlung von Gesetzen, a.h. Entschliessungen, Verordnungen, Erlässen, Acten und Actenauszügen, Wien 1883, S. 279. Vgl. auch Hittmair, Geschichte der k.k. Universitätsbibliothek in Innsbruck, S. 132.

97 Ficker an Statthalterei, Innsbruck 01.01.1859, Statthalterei Studien 660/1859 (einsortiert unter 4726/1858), Tiroler Landesarchiv.

98 Vgl. Hittmair, Geschichte der k.k. Universitätsbibliothek in Innsbruck, S. 123. Hittmair erwähnt, dass die Professoren damals sogar die Aufsicht über „Instandhaltung und Aufstellung der Bücher [… und] freien Zutritt in die Magazine“ verlangten. Ebenda. Im Jahr 1866 wurde von den Professoren dann noch einmal eine Untersuchungskommission verlangt und eingerichtet, die die Anschaffungspolitik und die allgemeine Führung der Bibliothek untersuchen sollte. Auch in diesem Fall konnte Kögeler persönlicher Missbrauch nachgewiesen werden. Vgl. Kögeler an die Statthalterei, Innsbruck 28.01.1867, Statthalterei Studien 2276/1867, Tiroler Landesarchiv. Die Angelegenheit zeigt auch, wie der Senat die Arbeit des Bibliothekars beaufsichtigte.

99 Vgl. Hittmair, Geschichte der k.k. Universitätsbibliothek in Innsbruck, S. 122.

100 Instruction für die k.k. Universitäts- und Studienbibliotheken, provisorisch erlassen mit Stud. Hof-Comm.-Decrete vom 23. Juli 1825, Z. 2930, § 126.

101 Ebenda, § 128.

Nach 1848, noch während der Amtszeit von Martin Scherer, war es jedoch regelmäßig zu Auseinandersetzungen zwischen Universität und Bibliothekar gekommen. Dabei spielen mehrere Faktoren zusammen. Einerseits war der Bibliothekar Scherer nicht gleichzeitig auch Professor der Universität, damit war der bis dahin vorherrschende Status einer Personalunion von Professoren und Bibliothekaren aufgelöst und somit auch der Zugriff der Universität auf die Bibliothek erschwert. Mit der Thun'schen Reform wurde zudem die Stellung der Professoren aufgewertet, was zu einem gesteigerten Selbstvertrauen der Professorenschaft geführt hat. Scherer musste im Gegenzug zahlreiche Eingriffe in ‚seine' Bibliothek erdulden, was ihm gar nicht behagte. Damit stand auf der einen Seite eine gestärkte Professorenschaft, im Glauben um historische ‚Ansprüche' auf die Bibliothek und auf der anderen Seite ein gekränkter Bibliothekar, der sich zunehmenden Eingriffen in seinen Wirkungsbereich ausgesetzt sah und daher die Unabhängigkeit der Bibliothek stärker zu verteidigen begann. Daraus ergab sich in den folgenden Jahren ein schwelender Streit mit wechselnder Beteiligung zwischen Bibliothek und Universität. Nachzeichnen kann man dies insbesondere anhand von Bücheranschaffungen und der Besetzung von Bibliothekarsstellen, überdies werden dabei auch die unterschiedlichen Auffassungen von den Aufgaben der Bibliothek erkennbar.

Als es etwa um die, bereits mehrfach erwähnte, Anschaffung von Büchern für die juridischen Studien ging, betonte der Bibliothekar Scherer, dass man zwar die Dotation für die Bibliothek erhöhen, aber nicht einzelne Fächer bevorzugen sollte, da die Bibliothek ja eine öffentliche sei und man die Interessen der Allgemeinheit nicht gegen jene einiger Weniger ausspielen dürfe.[102] Die beiden Professoren, die den Antrag gestellt hatten, sahen jedoch in ihrem Gesuch – im Gegensatz zu Scherer und auch im Gegensatz zu den Bibliotheksinstruktionen von 1825 – nicht den öffentlichen Charakter der Bibliothek im Vordergrund[103], sondern betonten nur einen zweifachen Wert

102 Scherer an die Statthalterei, Innsbruck 24.12.1856, Statthalterei Studien 24188 ad 7602/1856, Tiroler Landesarchiv, vgl. dazu auch die Instruction für die k.k. Universitäts- und Studienbibliotheken, provisorisch erlassen mit Stud. Hof-Comm.-Decrete vom 23. Juli 1825, Z. 2930, §§ 82–88. Das Argument des usus publicus hatte im Übrigen bereits der Gründer der Bibliothek Roschmann gegen die Professoren angeführt, die für sich ein Recht auf Entlehnung in Anspruch nehmen wollten. Vgl. Neuhauser, Anton Roschmann als Bibliothekar und Handschriftenforscher, S. 20.

103 Vgl. Instruction für die k.k. Universitäts- und Studienbibliotheken, provisorisch erlassen mit Stud. Hof-Comm.-Decrete vom 23. Juli 1825, Z. 2930, § 88; siehe auch Grassauer, Handbuch für österreichische Universitäts- und Studienbibliotheken sowie für Volks-, Mittel- und Bezirks-Lehrerbibliotheken, S. 37–38.

der Bibliothek, jenen für die Studenten und jenen für die Professoren.[104] In der Folge scheint es durch das Gesuch auch zu einer gewissen Missstimmung zwischen Akademischem Senat und Bibliotheksvorstand über die Ausrichtung bzw. den Zugriff des Senats auf die Bibliothek gekommen zu sein. So schreibt etwa Rektor Kopetzky an die Statthalterei, dass die besagten Professoren Theser und Maassen mit ihrem Antrag zum Wohl der Universität und der Wissenschaft gehandelt hätten, einem Eifer der auch dem Wunsch geschuldet sei, „das Wesen der Universitäts-Bibliothek, als eines wissenschaftlichen Gesamt-Institutes, in den Bereich ihrer akademischen Gründe gezogen“[105] zu sehen. Kopetzky thematisiert in diesem Brief auch die Unklarheiten über Zuständigkeiten und Kommunikation zwischen Ministerium, Statthalterei, Bibliothek und Universität.[106] Scherer erscheint in diesem Zusammenhang allerdings durchaus selbstbewusst in seiner Stellung und tritt den aus seiner Sicht wohl ungerechtfertigten Versuchen einer Einflussnahme in die Anschaffungspolitik entgegen.[107] In der Folge wurde die Angelegenheit vom Unterrichtsministerium klargestellt, in einem Erlass vom 9. März 1857 heißt es:

> Der Bibliothekar ist […] sowohl in der Auswahl der anzuschaffenden Werke wie auch der Mittel unbeschränkt, durch welche er zur Kenntniß der für die Bibliothek gewünschten und benöthigten Anschaffungen gelangt.[108]

Allerdings solle das Professorenkollegium jedes Jahr ein Verzeichnis mit Wünschen vorlegen, an die sich der Bibliothekar nach Möglichkeit halten solle. Zugleich solle auch ein „Desideratenbuch“ aufgelegt werden, in das jeder Anschaffungswünsche eintragen könne.[109] Somit entschied das MCU zwar im Sinne Scherers, gestand den Professoren aber dennoch ein gewisses Mitspracherecht zu.

---

104 Theser und Maassen an das Ministerium für Cultus und Unterricht, Innsbruck 10.10.1856, Statthalterei Studien Beilage zu 23402/1856, Tiroler Landesarchiv.

105 Kopetzky an Statthalterei, Innsbruck 10.12.1856, Statthalterei Studien 23402/1855, Tiroler Landesarchiv.

106 Siehe Kopetzky an Statthalterei, Innsbruck 10.12.1856, Statthalterei Studien 23402/1855, Tiroler Landesarchiv.

107 Scherer an die Statthalterei, Innsbruck 24.12.1856, Statthalterei Studien 24188 ad 7602/1856, Tiroler Landesarchiv.

108 Erlass des k.k. Ministeriums für Cultus und Unterricht vom 9. März 1857, Z. 18619, in: Ferdinand Grassauer (Hg.), Handbuch für österreichische Universitäts- und Studienbibliotheken sowie für Volks-, Mittel- und Bezirks-Lehrerbibliotheken. Mit einer Sammlung von Gesetzen, a.h. Entschliessungen, Verordnungen, Erlässen, Acten und Actenauszügen, Wien 1883, S. 253–254.

109 Ebenda.

Der Vergleich zu anderen Universitäten zeigt, dass der Vorgang nicht einzigartig war, sondern etwa auch an der Wiener Universität der Senat versuchte, mit Zuerkennung des Selbstverwaltungsrechts durch die Reformen von 1848/49 mehr Einfluss auf die Bibliothek zu gewinnen, insbesondere bei der Nachbesetzung vakanter Stellen.[110]

Für Bibliothekar Scherer hatte die unnachgiebige Haltung im Übrigen auch Konsequenzen, denn noch während der Streit um die Anschaffung der Bücher schwelte, teilte Unterstaatssekretär Joseph Alexander von Helfert dem Statthalter Erzherzog Karl Ludwig mit, man möge Martin Scherer die Pensionierung nahe legen. Denn, so liest man in dem Schreiben:

> Leider hat aber die Erfahrung gelehrt, daß der Vorstand dieser Universitäts-Bibliothek Martin Scherer, so sehr auch seine Thätigkeit und sein unverdrossener Eifer anerkannt werden muß, bei seinem vorgerückten Alter nicht mehr der Mann sei, welcher die erforderlichen Geschäftseinsichten und Elasticität des Geistes besitzt, um einem so wichtigen Institute, wie das einer Universitäts-Bibliothek mit gedeihlichem Erfolg vorzustehen und es zu leiten. Scherer hat zu wiederholten malen bewiesen, daß es ihm an der unerläßlichen Eigenschaft eines jeden Geschäftsmannes gebreche, Gesetze und Verordnungen richtig aufzufassen und anzuwenden.[111]

Helfert nannte als Grund für diese Entscheidung ausdrücklich auch die wichtige Rolle der Bibliotheken für die Universitäten, denn „durch die neuen Reformen der höheren Studien haben auch die Bibliotheken als vornehmliche Hilfsmittel derselben, eine erhöhte Bedeutung erlangt."[112] Daher benötige die Innsbrucker Bibliothek eine neue tüchtige Führung, so Helfert.

Als nach erfolgter Pensionierung Scherers die Nachbesetzung der Bibliothekarsstelle anstand, versuchte der Innsbrucker Senat abermals Einfluss auf das MCU zu nehmen und schlug in einem langen Gutachten Ignaz Zingerle, der die vorläufige Leitung der Bibliothek übernommen hatte, als definitiven Vorstand vor. Neben dem oben schon erwähnten Grund wurde das besonders gute Verhältnis von Zingerle zum Professorenkollegium angeführt: Zingerle sei schließlich vorher schon hier an der Anstalt gewesen und daher auch mit den Professoren und deren Bedürfnissen sehr vertraut.[113]

110 Vgl. Pongratz, Geschichte der Universitätsbibliothek Wien, S. 77.

111 Scherer an Karl Ludwig, Innsbruck 01.06.1857, Statthalterei, Präsidium, 1625 ad 1129/1857, Tiroler Landesarchiv.

112 6890/365. Helfert an Karl Ludwig, Wien 21.04.1857, Statthalterei, Präsidialakten, 1129/1857, Tiroler Landesarchiv.

113 Ficker an Statthalterei, Innsbruck 01.01.1859, Statthalterei Studien 660/1859 (einsortiert unter 4726/1858), Tiroler Landesarchiv.

Auf der anderen Seite gab es allerdings auch gelegentlich Klagen von Seiten des Ministeriums. Staatssekretär Helfert monierte etwa in einer Stellungnahme die Anschaffungspolitik der Bibliothek und sah die Dotation zum Ankauf von Büchern schlecht bzw. falsch verwendet,

> indem sich unter den diesfälligen Anschaffungen Werke befinden, welche entweder gar keinen oder nur einen sehr geringen wissenschaftlichen Werth besitzen, ein Umstand, welcher bei einer Bibliothek, welche bestimmt ist, einer Hochschule als wissenschaftliches Hilfsmittel zu dienen, gewiß nicht gleichgültig sein kann.[114]

Auch hier offenbart sich, dass man im Ministerium den Wert der Bibliothek für die Universität über jenen für die Allgemeinheit gestellt hat.

Ein weiterer und interessanter Konfliktpunkt zwischen Universität und Bibliothek, der nicht nur die Stellung der Bibliothek berührt, sondern auch etwas über ein unterschiedliches Wissenschaftsverständnis verrät, war die Frage, ob und in welchem Ausmaß man wissenschaftliche Zeitschriften anschaffen solle. Die Fakultäten vertraten dabei die Ansicht, dass Zeitschriften ein notwendiges Mittel seien, um „die Fortschritte und neuesten Erscheinungen auf dem Gebiete der eigenen und verwandten Wissenschaften in der Ausdehnung verfolgen zu können“[115]. Ähnlich hatten es ja auch Theser und Maassen in ihrem Antrag formuliert. Scherer hingegen sah darin vorwiegend eine Belastung seines Budgets und einen Mehraufwand bei seiner Tätigkeit. Außerdem äußerte er Bedenken dahingehend, dass die Schnelllebigkeit des Mediums auch auf den Inhalt zutreffe.[116] Scherer wurde in seiner Ansicht vom MCU nicht bestärkt, denn dort teilte man die Ansicht der Professoren, dass man Zeitschriften „als zweckmäßigstes Organ eines raschen und ersprießlichen wissenschaftlichen Verkehrs und Austausches“ anerkennen müsse und glaubte, dass „kein Gelehrter der sich auf der Höhe seiner Wissenschaft erhalten will, [...] heute die Zeitschrift seines Faches unberücksichtiget“[117] lassen könne.

---

114 Helfert an die Statthalterei, Wien 24.06.1859, Statthalterei Studien 12842 ad 660/1859 (einsortiert unter 4726/1858), Tiroler Landesarchiv.

115 Ficker an das MCU, Innsbruck 28.12.1854, Akten der Philosophischen Fakultät, PH 16, 47 ex 1854/55, Universitätsarchiv Innsbruck.

116 Scherer an die Statthalterei, Innsbruck 24.12.1856, Statthalterei Studien 24188 ad 7602/1856, Tiroler Landesarchiv.

117 Akademischer Senat an die juridische Fakultät, Innsbruck 06.03.1856 [1857], Akten der Juridischen Fakultät 15, 234/J ex 1856/57, Universitätsarchiv Innsbruck.

8.4.3. Das Allgemeine und das Spezielle

Wie Walter Neuhauser erwähnt, sollten sich die Spannungen zwischen Universität und Bibliothek auch noch in den folgenden Jahrzehnten regelmäßig wiederholen.[118] Vordergründig erscheint der Konflikt daraus zu resultieren, dass die Bibliothek ihre Unabhängigkeit bewahren, die Universität im Gegensatz dazu ihre Einflussnahme stärken wollte. Im Hintergrund scheint jedoch auch ein anderes Spannungsverhältnis die Beziehungen beeinflusst zu haben. Während nämlich die Professoren zunehmend zu Spezialisten ihrer Disziplin und ihres Faches wurden, sollte der Bibliothekar ein Spezialist des Allgemeinen bleiben bzw. werden.[119] Scherer meinte in dieser Hinsicht symptomatisch auch, der Bibliothekar hat „für Erhaltung aller Fächer zu sorgen, er darf kein Fach vorzüglich begünstigen“[120]. Daher wollte er auch „den immer mehr erwachenden Sonderstreben einzelner Fächer und Zweige des Wissens über andere“[121] entgegentreten und betrachtete deshalb auch jüngere Publikationsformen wie Zeitschriften und Monografien kritisch. Mit seiner Anschaffungspolitik wollte er daher dafür sorgen, „über dem Besonderen das Allgemeine der Wissenschaft nicht zu weit aus dem Auge zu verlieren.“[122]

In einem gewissen Sinn verkörperte damit der Bibliothekar auch das alte System der philosophischen Fakultät oder das eines Studium Generale, die beide auf Grundlegung eines möglichst breiten Wissens abzielten. Wurde mit der Thun-Hohenstein’schen Reform das allgemeinbildende Element der philosophischen Fakultät zugunsten einer disziplinären Entwicklung aufgegeben, wurde im Gegenzug bei den Bibliothekaren daran festgehalten. Als die erste und wesentliche Anforderung für Bibliothekare, die im Übrigen auch zusehends Akademiker waren, sollten die Kandidaten neben Sprachkenntnissen auch Kenntnisse in der „Enzyklopaedie der Wissenschaften“ vorweisen können.[123] Gleichzeitig fand allerdings auch auf der Ebene der Bi-

118 Neuhauser, Am Anfang stand die Biblioteca publica (Oenipontana), S. 195.

119 Vgl. auch Uwe Jochum, Die Idole der Bibliothekare, Würzburg 1995, S. 21; Jochum, Kleine Bibliotheksgeschichte, S. 120–122. Vgl. auch die Kritik des Bibliothekars Eduard Kögeler an den Anschaffungswünschen des Professors Zingerle für Werke eines Fachs, das „ziemlich isoliert“ stehe. Vgl. Stellungnahme zum Gesuch von Zingerle, Innsbruck 09.07.1862, Statthalterei Studien 17180 ad 15869/1862, Tiroler Landesarchiv.

120 Scherer an die Statthalterei, Innsbruck 24.12.1856, Statthalterei Studien 24188 ad 7602/1856, Tiroler Landesarchiv.

121 Ebenda.

122 Scherer an die Statthalterei, Innsbruck 24.12.1856, Statthalterei Studien 24188 ad 7602/1856, Tiroler Landesarchiv.

123 Vgl. den „Entwurf einer Vorschrift über die Prüfung der Candidaten des Bibliotheksdienstes“ vom 30. 12.1860, § 3 und 4. Abgedruckt in Frankfurter, Die Qualification für den staatlichen Bibliotheksdienst in Österreich, S. 27–31.

bliotheken nach und nach eine gewisse Spezialisierung statt, ein Ausdruck hierfür ist die Gründung von Seminar- und Institutsbibliotheken, parallel zur Einrichtung der einzelnen Seminare.

Ein weiterer Punkt, der die Rolle der Bibliothek gewandelt hatte, war der Transformationsprozess der Wissenschaft, der seit der Aufklärung stattgefunden hatte und dem mit der Thun'schen Reform nun auch an den Österreichischen Universitäten Bahn gebrochen wurde: Die Universitäten wurden von reinen Lehranstalten zunehmend zu Forschungsstätten. Während es nicht mehr um die Weitergabe kanonischen Wissens ging, stand nun die Hervorbringung von neuem Wissen im Mittelpunkt. Zur Aufgabe der Bibliothek wurde nun weniger das Bewahren als das Zugänglichmachen von Büchern und das Ermöglichen möglichst rasch zu den gewünschten Informationen zu gelangen. Johannes Feichtinger kommentiert diesen Strukturwandel der Wissenschaft in dieser Zeit prägnant mit der Formel: „Was Systematisierung war, sollte nun Innovation werden."[124]

Der Bibliothekar hatte damit auch gewissermaßen seine Sonderstellung als Vermittler des Wissens mehr und mehr eingebüßt. Die Professoren wollten sich selber ihre Bücher suchen und auf den bürokratischen Apparat verzichten und der Katalog ersetzte nach und nach das Wissen des Bibliothekars, der schon bei der rasch wachsenden Masse an Büchern nicht mehr jedes Buch kennen konnte. Die Entwicklung hin zum Massenbetrieb der Forschung, in der das Individuum, der geniale Forscher nur noch eingeschränkte Wichtigkeit gegenüber den Heerscharen an wissenschaftlichen Fachkräften hat, ist freilich noch weit entfernt, scheint sich in den Klagen Scherers jedoch bereits anzukündigen.

8.5. Resümee

Die Universitätsbibliothek war bei ihrer Gründung als eine „Bibliothek für die Universität […] nicht als Bibliothek der Universität"[125] konzipiert worden. Die Bibliothek sollte ein Spezialinstitut für die Universität sein, aber nicht Teil der Universität. Dies führte insbesondere nach 1848 vermehrt zu Spannungen, da der Bibliothek für Professoren und Studenten eine neue Bedeutung zukam und insbesondere die Professoren mehr Einfluss auf die Ausrichtung der Bibliothek verlangten. Regelmäßig wird sie in diesen Jahren als zentrales Institut der Universität beschrieben, als „das wichtigste

124 Feichtinger, Wissenschaft als reflexives Projekt, S. 111.

125 Neuhauser, Am Anfang stand die Biblioteca publica (Oenipontana), S. 195.

und ansehnlichste Attribut der Universität“[126]. Außerdem wurde die Verbesserung der Bibliothek wiederholt direkt mit dem Erfolg der Reform in Verbindung gebracht: Ein Aufschwung der Universität und der Erfolg der Reform wurden abhängig gemacht vom Zustand bzw. von der Verbesserung der Bibliothek.[127] Die angedeutete neue Rolle ergab sich insbesondere daraus, dass die Professoren der Universität nunmehr nicht mehr bloß Lehrende waren, sondern sich auch aktiv der Forschung widmen sollten. Die Bibliothek stellte dazu ein notwendiges Mittel dar. Gleichzeitig wurde mit der Aufhebung der Zensur und der Erlaubnis Bücher zu entleihen die Bibliothek auch für die Studenten attraktiver gemacht. All diese Faktoren schlagen sich im jährlich steigenden Benutzeraufkommen nieder, zugleich konnte die Bibliothek seit der Reform ein starkes Wachstum in ihrem Bücherbestand verzeichnen.

Die Spannungen zwischen Bibliotheksvorstand und Professoren resultierten zwar vorwiegend daraus, dass Erstere sich vor zu großer Einflussnahme der Professoren schützen und den öffentlichen Charakter der Bibliothek bewahren wollten. Doch scheinen die unterschiedlichen Vorstellungen auch daraus erwachsen zu sein, dass die Bibliotheksvorstände – hier wurde insbesondere der Bibliothekar Scherer genannt – der zunehmenden Spezialisierung und Zersplitterung der Wissenschaft entgegentraten und das Allgemeine der Wissenschaft gegenüber den Wissenschaften bzw. den einzelnen Fächern verteidigten. Gleichzeitig scheint Scherer auch den musealen Charakter der Bibliothek gegenüber ihrer neuen Aufgabe als wissenschaftliches Instrument verteidigt zu haben.[128] Der Nachfolger Scherers, Eduard Kögeler[129], der zuvor kurz unter Scherer als Scriptor gedient hatte, erscheint in dieser Hinsicht weniger eigenständig. Er trat weniger selbstbewusst den

126 Zingerle an die Statthalterei, Innsbruck 14.06.1858, Statthalterei Studien 12116 ad 47276/1858, Tiroler Landesarchiv.

127 Vgl. Moy an Thun, Innsbruck 21.07.1853, Nachlass Leo Thun-Hohenstein, A3 XXI D219, Staatliches Gebietsarchiv Leitmeritz, Zweigstelle Tetschen-Bodenbach; Moy an das MCU, Innsbruck 21.11.1856, Statthalterei Studien 23402/1856, Tiroler Landesarchiv; Kopetzky an Statthalterei, Innsbruck 10.12.1856, Statthalterei Studien 23402/1855, Tiroler Landesarchiv.

128 Vgl. dazu das etwas andere Urteil von Neuhauser, der Scherer von der romantischen Vorstellung und dem staatlich verordneten Wunsch des Aufbaus einer „Bibliotheca patria“ geprägt sieht, aber auch dessen Willen aus der Bibliothek eine moderne Gebrauchsbibliothek zu machen. Vgl. Neuhaus, Biblioteca semper renovanda, restauranda, reformanda, S. 255–256.

129 Eduard Kögeler (1818–1878), 1851–1854 Skriptor im Ferdinandeum, anschließend Bibliothekar in Salzburg, 1859–1866 Direktor der Universitätsbibliothek Innsbruck, anschließend Scriptor an der Bibliothek in Olmütz, ab 1875 Kustos der Universitätsbibliothek in Graz.

Forderungen der Professoren entgegen und musste sich, auch durch die vermehrten Möglichkeiten der Einflussnahme seitens des Senats, stärker den Wünschen der Professorenschaft fügen.[130] Zugleich erweckt die Betrachtung der beiden unterschiedlichen Persönlichkeiten den Anschein, dass hier auch ein Generationenwechsel stattgefunden hat: Denn Scherer erscheint, in vielfacher Hinsicht noch dem System des Vormärzes und einem Wissenschaftsverständnis verbunden zu sein, das nun nicht mehr zeitgemäß war.

Die Disziplinenentwicklung des 19. Jahrhunderts zeigt sich schließlich besonders deutlich in der Entwicklung von Seminar- und Institutsbibliotheken, die für einzelne Disziplinen angelegt wurden. In Innsbruck vollzog sich diese Entwicklung in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts im Zuge der Gründung der ersten Seminare. Parallel zur Einrichtung derselben erfolgte meist auch die – zunächst rudimentäre – Schaffung kleinerer Bibliotheken, die später immer weiter ausgebaut wurden.

Zieht man hingegen einen Vergleich vom ersten Bibliothekar Anton Roschmann zu den beiden letztgenannten, so lässt sich noch deutlicher der Wandel in den Aufgaben und dem Selbstverständnis der Bibliothekare und der Bibliothek zeigen. Während bei Roschmann die Bibliothek noch jene Gelehrtenbibliothek war, die der Bibliothekar verwaltete und insbesondere zu eigenen Forschungen nutzte[131], waren Scherer und Kögeler im Gegensatz zu Roschmann hauptsächlich damit beschäftigt, die Bibliothek zu verwalten.[132] Eigene wissenschaftliche Arbeiten waren durch einen erhöhten Verwaltungsaufwand und jährlich wachsende Bücherzahlen schwieriger geworden.

130 Kögeler wurde im Übrigen wegen zahlreicher persönlicher Verfehlungen in seiner Amtsausführung nach Olmütz strafversetzt. Zahlreiche Professoren hatten zuvor Anklage gegen ihn erhoben. Vgl. dazu Kögeler an die Statthalterei, Innsbruck 28.01.1867, Statthalterei Studien 2276/1867, Tiroler Landesarchiv.

131 Vgl. zu dem umfangreichen Werk Roschmanns Auer, Anton Roschmann 1694–1760 und Müller et al., Anton Roschmann (1694–1760).

132 Selbstverständlich sind solche Typisierungen auch mit Vorsicht zu behandeln, hängt doch viel von der jeweiligen Persönlichkeit ab. Dennoch zeigt sich bei dem Vergleich die Entwicklung vom Gelehrtenbibliothekar zum Bibliothekar als Vermittler von Informationen. Vgl. auch Kleinschmidt, Über den Umgang mit Büchern.

9 SCHLUSS

Die Ministerschaft Thuns endete im Oktober 1860. Der Minister war nicht bereit gewesen, den neuen Verfassungskurs des Kaisers mitzutragen und wurde daher demissioniert. Wie andere Universitäten auch[1], sandte die Innsbrucker Professorenschaft anlässlich des Rücktritts eine Dankadresse[2] an den ehemaligen Minister. Darin sprachen die Professoren dem Minister sowohl ihre Anerkennung für dessen Leistungen aus, den „sie als Vertreter der Wissenschaft ihm schuldig sind“[3], als auch ihre Hoffnung, dass die von Thun geschaffenen Einrichtungen Bestand haben würden. Die Professoren rühmten Thun in ihrem Schreiben als den Schöpfer eines geistigen Erwachens in der Monarchie, das letztlich auch für einen „Aufschwung des staatlichen Lebens“[4] gesorgt hatte. Mehrfach wird auf dieses geistige Erwachen verwiesen und damit neuerlich eine klare Zäsur zum Vormärz gezogen – ähnlich wie es die Studenten bereits in ihren Liedern für Thun im Jahre 1854 getan hatten.[5] Gleichzeitig ist bemerkenswert, dass die Professoren eine Verbindung zwischen den Reformen der Universitäten und einer allgemeinen Reform des Staates ziehen und somit Thuns eigene Ansicht bzw. dessen Reformanspruch widerspiegeln, nur eine Reform des geistigen Lebens könne eine Reform des Staates ermöglichen. Von Bedeutung ist außerdem der neuerliche Verweis auf die besondere Rolle der Universität „an den Grenzmarken des großen Vaterlandes und nahe der Berührungslinie Deutscher und Italienischer Zunge“[6].

Abgesehen vom Inhalt dieser Dankadresse ist auch die Art des Zustandekommens des Schreibens von Bedeutung. Die *Wiener Zeitung* hatte zwar angegeben, dass die Adresse „von sämmtlichen Professoren und Würdenträgern sowohl der theologischen als der juridischen und philosophischen Fakultät“[7] unterzeichnet worden sei, was allerdings nicht den Tatsachen entsprach. Denn wir erfahren aus einem Brief von Adolf Pichler, dass nicht alle Professoren das Dankschreiben unterzeichnet hatten:

---

1 Vgl. dazu die über 30 Dankadressen von Universitäten, Gymnasien und Privatpersonen im Nachlass Leo Thun-Hohenstein, A3 XXI D623 und D623a, Staatliches Gebietsarchiv Leitmeritz, Zweigstelle Tetschen-Bodenbach.

2 Die Dankadresse der Innsbrucker Universität ist abgedruckt in der Wiener Zeitung 277 (25.11.1860), S. 4682. Die Innsbrucker Dankadresse fehlt allerdings im Nachlass von Leo Thun. Die Adresse ist im Anhang der Dissertation abgedruckt.

3 Ebenda.

4 Ebenda.

5 Vgl. dazu Kapitel 4.2.2.

6 Wiener Zeitung 277 (25.11.1860), S. 4682.

7 Ebenda.

> Die Adresse an Thun wurde nicht unterzeichnet von der chirurgischen Facultät, in der philosophischen versagten die Unterschrift: 1. Kopetzki (dieser jedoch schwerlich aus liberalen sondern aus persönlichen Gründen) 2. Glax 3. Waltenhofen 4. Occioni 5. Baumgarten 6. Hlasiwetz 7. Pichler.[8]

Das würde bedeuten, dass mehr als die Hälfte der Professoren der philosophischen Fakultät die Adresse nicht unterzeichnet hatten. Über die jeweiligen Gründe ließe sich in den meisten Fällen nur spekulieren, Pichler deutet jedoch an, dass es vor allem die Liberalen innerhalb der Professorenschaft waren, welche die Adresse nicht unterschrieben hatten. Bei Onorato Occioni gesellten sich wohl auch persönliche Gründe hinzu. Er hatte auf Grund seiner schweren Stellung an der Universität um eine Versetzung nach Padua gebeten, die zunächst jedoch nicht bewilligt worden war.[9] Ähnlich war es wohl bei Heinrich Glax. Dieser hatte sich seit 1859 in einem Konflikt mit Julius Ficker und einigen Professoren der philosophischen Fakultät befunden, den Thun kurz vor seiner Entlassung und somit als eine seiner letzten Amtshandlungen im Sinn von Ficker entschieden hatte. Ausgangspunkt für den Streit waren die unterschiedlichen Auffassungen Fickers und Glax' bezüglich der Habilitation von Alfons Huber.[10] Glax fühlte sich durch die Entscheidung für Ficker offenbar brüskiert.

Im Fall von Karl Kopetzky sind wir indes nicht auf Spekulationen angewiesen, er äußert sich nämlich in einem Brief an Kardinal Rauscher selbst zu dem Fall: „Ich habe die Adresse, die man Thun hier glänzenst notierte, nicht unterschrieben; das war ich meinen Grundsätzen schuldig, und wenn er morgen wieder Unterrichtsminister würde."[11] Neben seinen persönlichen Gründen, wie z.B. die ungeliebte Versetzung nach Innsbruck[12], lässt er in dem Brief durchblicken, dass es besonders die liberalen Reformen und die Förderung der, seiner Ansicht nach, protestantischen Wissenschaft und damit die Untergrabung der katholischen Werte war, die er Thun übelnahm. Einige Auszüge aus dem Brief verdeutlichen das:

> Ich sehe kein Besserwerden, denn die protestantische Fortschritterei nimmt immer mehr überhand. Ich kann unmöglich an einer solchen Fakultät die-

8 Pichler an Thaler, Innsbruck 07.12.1860, 90343, Wienbibliothek, Handschriftenabteilung.

9 Vgl. Kapitel 5.9.1

10 Vgl. zur Auseinandersetzung die abgedruckten Dokumente und Erklärungen bei, Oberkofler et al., Alfons Huber, Briefe (1859–1898), S. 456–468; Thun an Ficker, Wien 20.10.1860, Nachlass Ficker, Institut für Österreichische Geschichtsforschung.

11 Kopetzky an Rauscher, Innsbruck 30.12.1860, Bischofsakten Rauscher, 1860, Diözesanarchiv Wien.

12 Vgl. Kapitel 5.12.2.

> nen, die als katholische ausgeschrieen; wo der Professor vor seinen Schülern behaupten darf: ‚Die Genesis ist eine herrliche Dichtung.' – ‚Die Bischöfe haben nicht die nöthige Bildung um den bonitzschen Organisations-Entwurf zu würdigen.' u.a. wo es nichts als Umtriebe, Parteilichkeit und Schwindeleien gibt, die man nicht ertragen kann. [...] Die Thunsche Wirtschaft wäre nicht so weit gegangen, wenn man seinem Heilswerke recht entgegengetreten wäre. Millionen sind vergeudet worden, um Professoren anzustellen und Institute einzuführen, die die katholische Kirche untergraben.[13]

Auch für die weitere Zukunft erhoffte sich Kopetzky keine Besserung, denn:

> Thun ist wohl fort, aber seine Maschinisten treibens wie ehedem. Wir habens weit gebracht. Jener absolute Ministerialismus, genährt durch den Servilismus elender Creaturen im heidnischen Opferdienst der Eitelkeit und hohlen Ehre, jene schöpferischen Halbgötter und imaginären Heilande der Cultur und des Fortschrittes u.s.f. haben Österreich an den Rand des Verderbens gebracht.[14]

Der Brief von Pichler, besonders aber die schonungslosen Worte von Kopetzky verdeutlichen somit die Bruchlinien, die trotz des erkennbaren Aufschwungs der Universität während der Ära Thun aufgerissen waren. Die Briefe zeigen gleichzeitig, dass Kritik an den Reformen und an Thun von verschiedenen Seiten kam. Je nach Standpunkt richtete sich die Kritik dabei meist auf verschiedene Teilaspekte von Thuns politischer Arbeit. So verurteilten etwa liberale Zeitgenossen Thuns Nähe zur katholischen Kirche, umgekehrt wurde Thuns Politik von katholischen Gruppen[15] als zu liberal betrachtet. An erster Stelle müssen dabei Anhänger einer kirchlich-romantischen Restauration im Sinne Anton Günthers um den Wiener Prediger und Publizisten Sebastian Brunner genannt werden, die mit der *Wiener Kirchenzeitung* ein weitreichendes Sprachrohr besaßen und mehrfach gegen ‚anti-katholische' Maßnahmen der Reformen Thuns protestierten.[16] Aber auch

13 Kopetzky an Rauscher, Innsbruck 30.12.1860, Bischofsakten Rauscher, 1860, Diözesanarchiv Wien.

14 Ebenda.

15 Vgl. zur Entwicklung der verschiedenen katholischen Gruppen/Milieus in Österreich Scheidgen, Der deutsche Katholizismus in der Revolution von 1848/49; Weiss, Bolzanisten und Güntherianer in Wien 1848–1851.

16 Ein markantes Beispiel ist die Polemik um die Wahl von Hermann Bonitz zum Rektor der Wiener Universität bzw. die Auseinandersetzung um Franz Ungers Vorlesungen. Vgl. dazu bei Sander Gliboff, Evolution, Revolution, and Reforms in Vienna: Franz Unger's Ideas on Descent and Their Post-1848 Reception, in: Journal of the History of Biology 31,2 (1998), S. 179–209, hier S. 196–207; Weiss, Bolzanisten und Güntherianer in Wien 1848–1851.

ultramontane Gruppen um Jarcke, Phillips[17], Moy de Sons und die (späteren) Bischöfe Ignaz Feigerle, Franz Joseph Rudigier, Josef Fessler, Vinzenz Gasser sowie der verehrte Freund Kopetzkys, Kardinal Joseph Othmar Rauscher, standen in manchen Punkten in Opposition zu Thuns Universitätspolitik. Allerdings wähnte diese Gruppe Thun grundsätzlich auf ihrer Seite, wie zahlreiche Briefe zeigen, außerdem fühlten sich die Ultramontanen durch das Konkordat in vielen ihrer Forderungen befriedigt (Kap. 6).

Der Brief von Kopetzky zeigt aber nicht zuletzt auch, dass gerade von katholischer Seite die Reformen als protestantisch erachtet wurden. Außerdem wird deutlich, dass die Förderung der klassischen Philologie und deren Lehre nach dem Vorbild Preußen als „heidnisches" Machwerk zur Untergrabung der katholischen Kirche angesehen worden waren. Das Ersetzen der österreichischen, katholischen Bildungstradition durch ein als protestantisch verstandenes neues Wissenschaftsethos wurde dabei auch als erster bzw. weiterer Schritt in den Ruin Österreichs diagnostiziert, der nach der Krise im Jahr 1859 auch äußerlich sichtbar geworden sei.

Die Episode um die Dankadresse aus Innsbruck steht sinnbildlich für die Ministerschaft Thuns und verdeutlicht auch das Zustandekommen der unterschiedlichen Deutungslinien in der Historiografie zu Thun. Am Beginn dieser Arbeit (Kap. 1.3.2.) wurde gezeigt, wie sehr sich die Urteile von Zeitgenossen und Historikern auf unterschiedliche ideologische Standpunkte derselben zurückführen lassen, wie sich bis weit ins 20. Jahrhundert eine gewisse Pfadabhängigkeit in der Deutung Thuns hielt und ein ambivalentes Bild der Person Thuns dominierte. Festzuhalten bleibt außerdem, dass zunächst die Bewertung der Reformen und jene der Person Thuns voneinander abhängig waren bzw. sich gegenseitig beeinflussten. Das änderte sich zunehmend mit der positiven Entwicklung der österreichischen Universitäten, die sich seit den späten 1860er-Jahren in einer Expansionsphase befanden. Die Reformen wurden nun weitgehend positiv bewertet, das ambivalente Bild von Thun blieb. Die passende Deutung hierzu lieferte Armand Dumreicher in den 1870er-Jahren, der den Erfolg der Reformen auf die überlegene Kraft des deutschen Universitätsmodells und des „modernen Geistes"[18] der Wissenschaften zurückführte. In diesem Sinn wären die Reformen nicht wegen, sondern trotz Thuns Wirken erfolgreich gewesen.

17 Vgl. dazu etwa auch den Beitrag in den von Phillips und Jarcke herausgegebenen *Historisch-politischen Blättern für das katholische Deutschland* gegen die Wahl Bonitz zum Dekan an der Wiener Universität: Die Dekanatswahl der philosophischen Fakultät an der Universität Wien. Der Autor ist auch nicht zu eruieren mit der Hilfe von Albrecht et al., Die Mitarbeiter der Historisch-Politischen Blätter für das Katholische Deutschland 1838–1923.

18 Dumreicher, Die Verwaltung der Universitäten seit dem letzten politischen Systemwechsel in Österreich, S. 8.

Erst nach dem Zweiten Weltkrieg wurde das Bild von Thun und den Reformen differenzierter gezeichnet, wenngleich auch dann noch eine gewisse Instrumentalisierung der Person Thuns feststellbar ist. Diese ist besonders mit dem Namen Richard Meister verbunden.[19] Er hob in den 1950er-Jahren Thuns Verdienste um die Verwissenschaftlichung der österreichischen Universitäten und die Befreiung der Universitäten aus den Zwängen des Vormärzes hervor und schuf damit einen Anknüpfungspunkt für einen Neuanfang nach dem Nationalsozialismus. Thun avancierte so gewissermaßen zum Humboldt Österreichs und sollte Pate stehen für die Existenz eines eigenen österreichischen Universitätsmodells, mit dem man sich von Deutschland abgrenzen konnte. Das (vermeintliche) Eintreten Thuns für Lehr- und Lernfreiheit wurde gleichzeitig mit der Forderung nach der notwendigen Autonomie der Universitäten, die nach dem Nationalsozialismus deutlicher denn je geworden war, verknüpft.[20] Erst Hans Lentze hat das Bild Thuns zu Beginn der 1960er-Jahre differenziert gezeichnet.

Die Strahlkraft Thuns als Ikone war insgesamt aber begrenzt und so ist Thun anders als Humboldt aus öffentlichen Bildungsdebatten heute weitgehend verschwunden. Historische Umbrüche und Reformphasen an den Universitäten haben zwar immer wieder das Interesse an den Thun'schen Reformen befeuert, im öffentlichen Diskurs ist Thun indes nicht angekommen. Zuletzt verdeutlichten dies die Debatten zur Reorganisation der Universitäten im Zuge des Bologna-Prozesses sowie die jüngste Protestwelle von Studierenden an den österreichischen Universitäten im Herbst 2009 (*uni brennt*)[21]. In diesen war lediglich ein Rekurrieren auf die mit Wilhelm von Humboldt verbundenen Vorstellungen vom Ideal einer Universität erkennbar. Gleichzeitig zeigt sich hier – ähnlich wie bei Thun nach dem Zweiten Weltkrieg – dass das Bild von Humboldt in der breiteren Wahrnehmung sehr selektiv ist und vor allem dessen neuhumanistisches Bildungsideal, nicht aber die auch mit der Reform der preußischen Universitäten verbundene Einführung der Ordinarienuniversität gemeint war: Denn das hätte

19 Vgl. dazu besonders Franz Leander Fillafer/Johannes Feichtinger, Leo Thun und die Nachwelt.

20 Vgl. dazu die Debatten um eine unabhängige Forschungsförderung in Österreich in den 1950er-Jahren in Rupert Pichler/Michael Stampfer/Reinhold Hofer, Forschung, Geld und Politik. Die staatliche Forschungsförderung in Österreich (= Innovationsmuster in der österreichischen Wirtschaftsgeschichte 3), Innsbruck, Wien 2007.

21 Siehe unibrennt, [www.unibrennt.at], 26.09.2014; Regina Rampetzreiter, Brennt die Uni noch?! Eine Darstellung des Bildungsprotestes 2009 und seiner Auswirkungen, Graz 2012; Martin Johannes Haselwanter, Gesellschaft – Bildung – Protest. Studentischer Aktionismus in Zeiten der Instrumentalisierung von Bildung: Die Uni brennt! Innsbruck, Diss., Innsbruck 2014.

geradezu eine (noch weitergehende) Entdemokratisierung der Universitäten bedeutet, die ja in den Bildungsprotesten gegen das UG 2002 unter anderem bekämpft worden ist.[22]

Die Untersuchung der Umsetzung der ersten Reformschritte in Innsbruck, die in Kapitel 3 behandelt wurde, verdeutlichte vornehmlich, dass die Implementation der Reformen nicht reibungslos verlief, sondern von Anfang an verschiedene Auffassungen über die Richtung der Reformen vorhanden waren. Dies veranschaulichte besonders die Reform der philosophischen Fakultät, die gemeinsam mit der Gewährung der Lehr- und Lernfreiheit, der Abschaffung der Studiendirektoren und der Neuorganisation der Akademischen Behörden die zentralen Reformvorhaben nach der Revolution waren. Erst unter Thun verschob sich der Blick zunehmend auch auf die juridische Fakultät, was jedoch nicht heißt, dass Thun sich überwiegend für die juridische Fakultät interessierte, wie die Arbeiten von Lentze es nahelegen.[23]

Die Reform der philosophischen Fakultät wurde zwar in Innsbruck grundsätzlich begrüßt, von Anfang an mischten sich jedoch auch Sorgen um den Verlust einer allgemeinbildenden Instanz an der Universität, zumal die Professoren dem Gymnasium diesen Auftrag nicht zutrauten. Das bisherige philosophische Studium wurde zudem als Übergangseinrichtung von der behüteten Lehre an den Gymnasien zu der freien Lehre an der Universität betrachtet und, sollte diese wegfallen, dann wäre der Übergang zu abrupt und ebenfalls mit schlechten Auswirkungen auf die Bildung der Studenten verbunden. Außerdem warnten die Professoren auch vor einer allzu großen Zersplitterung der Wissenschaften, was auch auf die Gemüter der Studenten eine verheerende Auswirkung haben würde. Die Professoren konnten mit diesen Sorgen allerdings nicht beim Ministerium durchdringen, die Lernfreiheit wurde zwar mit fortschreitender Reform eingeschränkt, aber die disziplinäre Aufspaltung der Studienfächer vollzog sich nach und nach. Während die Professoren sich offenbar damit abgefunden hatten, meldete sich jedoch bald der Universitätsbibliothekar und kritisierte den wachsenden Verlust der allgemeinbildenden Funktion der Universität und die disziplinäre Zersplitterung.

Was die neu erlangten Freiheiten an der Universität betrifft, zeigt sich, dass die Professoren hier differenzierend argumentierten. Während sie nämlich ihre eigenen, durch die Revolution errungenen Freiheiten argwöhnisch verteidigten – was anhand der Episode um die Entmachtung der Studiendirektoren dargestellt wurde (Kap. 3.2.2.) –, waren sie bei den Studenten we-

22 Vgl. dazu auch Schibany, Bildung im Würgegriff der Ökonomie?

23 Lentze hatte sich als Rechtshistoriker überwiegend auf die juridischen Studien konzentriert und in seinen Arbeiten dementsprechend auch den Fokus darauf gelegt.

niger zimperlich, deren Freiheiten nach dem Ende der revolutionären Phase wieder einzuschränken. Letzteres verdeutlichte besonders die Diskussion um eine neue Disziplinarordnung. Diese Debatte ist im Übrigen auch noch für zwei weitere Entwicklungen von Interesse: Zunächst macht sie deutlich, dass die Reform im Hinblick auf den Rechtscharakter der Universitäten – Korporation oder Staatsanstalt – keine klare Positionierung vollzog. Während an der Universität Wien die beabsichtigte Auflösung der Doktorenkollegien einerseits eine klare Abkehr vom korporativen Charakter zu bedeuten schien, so bot die Gewährung von Selbstverwaltungsrechten für die Fakultäten umgekehrt die Möglichkeit zu einer entgegengesetzten Deutung.[24] An der Innsbrucker Universität gab es allerdings keine Doktorenkollegien und damit scheint sich bei den Professoren auch eine gewisse Hoffnung eingestellt zu haben, mit der Übertragung der Universitätsverwaltung auf den Lehrkörper würde die Universität wieder als Korporation definiert. Die Professoren betonten daher auch mehrfach, dass die Überwachung der Studenten am besten im Rahmen einer Organisierung der Universität als Korporation funktionieren könne.

Darüber hinaus offenbart das Ringen um eine neue Disziplinarordnung auch, wie sehr die Revolution von 1848 als Argument während der gesamten Reformphase verwendet wurde. Dabei agierten die Professoren sehr selektiv: Einerseits argumentierten sie, wie erwähnt, dass eine korporative Organisation die bessere Überwachung und positive Beeinflussung der Studenten ermögliche – und somit einen Schutz vor einer neuerlichen Revolution gewährleiste. Andererseits betrachteten sie den friedlichen Verlauf der Revolution und das ruhige Verhalten der Studenten während der Revolution als Beweis für ihre gute Arbeit und dafür, dass Innsbruck mit seinem positiven Umfeld für die Studenten einen idealen Universitätsstandort bilde. Gerade letzteres Argument begegnete während der gesamten 1850er-Jahre und diente besonders auch in der Debatte um die Errichtung einer katholischen Universität im deutschsprachigen Raum als Rechtfertigung zur Unterstützung dieses Plans. Innsbruck wird dabei als optimale Studentenstadt gezeichnet: nicht zu groß und daher vor Ablenkung und Verführungen schützend, mit gesunder Luft, genügend kulturellen Einrichtungen und, was besonders betont wurde, durch seine Lage im katholischen Tirol, auch den moralischen, religiösen Sinn der Studenten bewahrend.

Die Studenten (Kap. 4.2.) begrüßten insbesondere die neuen Freiheiten und empfanden die Reformen durchaus als Beginn einer neuen Ära – man

24 Vgl. dazu bei Heindl, Universitätsreform–Gesellschaftsreform, S. 138–142; Winkler, Die Rechtspersönlichkeit der Universitäten, S. 255–266, der zeigt, dass die Frage bis weit ins 20. Jahrhundert unklar blieb.

denke nur an das Huldigungsgedicht an Thun, das die Studenten im Rahmen eines Besuchs des Ministers dargebracht hatten. Ansonsten lässt sich aber über die Wahrnehmung der Reform durch die Studenten wenig sagen, diese waren vielfach meist Verhandlungsobjekte bei den anvisierten Veränderungen. Zeugnisse für die politische Einstellung der Studenten gibt es besonders für die Phase der Revolution, und diese deuten bereits die aufkommende deutschnationale Stimmung der folgenden Jahrzehnte an. Mit Beginn des Neoabsolutismus werden diese seltener und erst mit der Gründung erster Studentenverbindungen nach dem Ende der Ära Thun lassen sich wieder tragfähigere Urteile zur politischen Einstellung der Studenten bilden.

Von Gruppen außerhalb der Universität finden sich wenig Aussagen zur Wahrnehmung der Reformen. Einzig in der Debatte um die mögliche Auflassung der Universität 1848/49 bzw. im Vorfeld der Eröffnung der theologischen Fakultät lassen sich mehrfach Stellungnahmen ausmachen, in denen die Rolle der Universität artikuliert wird. Bezeichnenderweise erscheinen die Universität und die Studenten dabei einerseits als Wirtschaftsfaktor, andererseits wird häufig betont, dass durch die Universität in Tirol auch die Möglichkeit bestünde, die Studenten im Lande und damit in einem sicheren Umfeld zu erziehen.

Die Implementation der ersten Reformschritte in Innsbruck zeigt außerdem, wie sehr die Wünsche der Reformer sich von der Realität an der Universität unterschieden. Das offenbart namentlich die geringe Anzahl an Studenten, denn in den ersten Jahren wurden die Studien an der philosophischen Fakultät auf Grund von mangelnden Berufsaussichten großteils gemieden. Auch der quantitative Ausbau bei den Lehrstühlen vollzog sich nur zögerlich, obschon gerade im Revolutionsjahr große Aufbruchsstimmung innerhalb der Universität herrschte und zahlreiche Personen sich dafür interessierten, sich zu habilitieren bzw. einen Lehrauftrag zu erhalten. Außerdem mangelte es nicht an Klagen über den schlechten Zustand der Bibliothek oder die mangelhafte Ausstattung von Sammlungen und Laboratorien während der gesamten 1850er-Jahre, was als Hemmnis für eine erfolgreiche Umsetzung der Reformen identifiziert wurde. Zumal mit den Reformen auch eine Verwissenschaftlichung, das heißt auch eine stärkere Aufforderung zur Forschung an den Universitäten verbunden war, wurden diese Probleme von den Professoren als Hindernis für die Erreichung dieses Ziels gedeutet.

Gerade anhand der Bibliothek, deren Rolle im Kapitel 8 untersucht wurde, lässt sich die Entwicklung der Universität zu einer Stätte der Lehre und Forschung in Ansätzen erkennen. Nun stand nicht mehr hauptsächlich die Weitergabe kanonischen Wissens im Vordergrund, stattdessen wurde die Hervorbringung von neuem Wissen betont. Zur Aufgabe der Bibliothek

wurde nicht mehr das Bewahren, sondern das Zugänglichmachen von Büchern und die Garantie, möglichst rasch zu den gewünschten Informationen zu gelangen. Daher kam es immer wieder zu Auseinandersetzungen zwischen den Professoren und dem leitenden Bibliothekar Martin Scherer, dem vielmehr die Vervollständigung der Bibliothek am Herzen lag als der Ankauf neuester Literatur bzw. wissenschaftlicher Zeitschriften. Die disziplinäre Differenzierung sah er ebenso kritisch und betonte stattdessen die wichtige allgemeinbildende Funktion der Bibliothek. Während Scherer die Stellung der Bibliothek als Landesbibliothek betonte, empfanden die Professoren hingegen die Bibliothek als Instrument ihrer Forschung und verlangten daher Einfluss auf die Anschaffungen.

Neben diesen unterschiedlichen Vorstellungen von der Aufgabe der Bibliothek bzw. der Universität lässt sich die Auseinandersetzung zwischen Bibliothekar und Professoren auch als Generationenkonflikt deuten, in dem die Ansichten des Vertreters vormärzlicher Wissenschaft und die Vorstellungen einer neuen Generation von jungen Wissenschaftlern aufeinanderprallten, und so sinnbildlich für die ganze Ära Thun als Umbruchsära steht. Die neue Forschungsorientierung zeigte sich außerdem auch auf der Ebene der Veröffentlichungen: Während die meisten Professoren der Universität im Vormärz nur wenig publizierten, veröffentlichten die vielfach jungen und neuberufenen Professoren verstärkt und regelmäßig wissenschaftliche Arbeiten.

Das Jahr 1848 bildete nicht nur in Österreich den Ausgangspunkt für eine intensive Bildungsdebatte, sondern auch in den benachbarten deutschen Bundesstaaten. In Bayern etwa hatte diese bereits im Jahr 1847 begonnen und zog sich über das Revolutionsjahr hinaus fort. Die Debatte ähnelt dabei in vielerlei Hinsicht jener in Österreich. Dies gilt etwa für die Frage nach dem Zweck oder dem Rechtscharakter der Universitäten. Wesentlich war in beiden Fällen auch die Auseinandersetzung mit den preußischen Hochschulen – und damit verbunden die Frage nach der eigenen, katholischen Bildungstradition.[25] Eine besondere Parallele zwischen Österreich und Bayern ergibt sich auch dadurch, dass hier wie dort der Plan, ein katholisches Gegengewicht zu Preußen auf dem Feld der Wissenschaften zu etablieren, verfolgt worden ist.[26]

25 Vgl. König, Universitätsreform in Bayern in den Revolutionsjahren 1848/49, S. 29–55; Rainer A. Müller, Der bayerische „Sonderweg" in der deutschen Hochschulentwicklung, in: Gert Schubring (Hg.), Einsamkeit und Freiheit neu besichtigt. Universitätsreformen und Disziplinenbildung in Preußen als Modell für Wissenschaftspolitik im Europa des 19. Jahrhunderts, Stuttgart 1991, S. 255–267, hier S. 263.

26 Vgl. dazu bei Sing, Die Wissenschaftspolitik Maximilians II. von Bayern (1848–1864), S. 83–85.

In Preußen selbst kamen von verschiedenen Universitäten Forderungen nach Veränderungen, die unter anderem bei den *Verhandlungen deutscher Universitätslehrer*[27] in Jena im Herbst 1848 diskutiert worden sind. Zu einer Teilnahme von Innsbrucker Professoren kam es – trotz ausdrücklichen Wunsches der Professoren – aufgrund mangelnder finanzieller Unterstützung durch das Ministerium aber nicht. Aus Österreich nahmen daher nur Vertreter der Wiener Universität teil. Der Kongress sollte vor allem dazu dienen, eine Vereinheitlichung bei den Universitäten innerhalb des Deutschen Bundes zu erzielen. Außerdem begehrten die Nicht-Ordinarien auf und verlangten größere Mitsprache. So lässt sich diese Versammlung auch als Parallele zur Frankfurter Paulskirche auf universitärer Ebene interpretieren und verdeutlicht die politische Dimension der Reformen. Die Frage nach der Mitbestimmung der Nicht-Ordinarien verweist zudem auf Auseinandersetzungen, die besonders die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts prägen sollten.

Ein weiterer Punkt der damals in Jena diskutiert wurde und auf das 20. Jahrhundert bzw. die Gegenwart verweist, war die Frage der Einführung der Kollegiengelder. Die Professoren der deutschen Universitäten regten damals die Einführung des Kollegiengeldes auch in Österreich an, was dann auch – unabhängig von der Anregung in Jena – geschah. Doch das Argument der Angleichung der Universitätssysteme im Deutschen Bund wurde durchaus verwendet. Das wesentliche Ziel Thuns war, mit dieser Angleichung auch in einen Wettbewerb um die besten Köpfe mit den deutschen Universitäten treten zu können. Dies war aus seiner Sicht nur möglich, wenn annähernd gleiche finanzielle Anreize für Professoren bestünden. Gleichzeitig wurde damit auch ein finanzielles Anreizsystem innerhalb der Universitäten um den Zuspruch der Studenten geschaffen, das heutige Universitätsmanager sicherlich befürworten würden. Gleichzeitig passen die damaligen Diskussionen bzgl. der Schaffung von materiellen Anreizsystemen und dem Wettbewerb mit ökonomische Mitteln nicht in das häufig anzutreffende Bild einer idealisierten Vorstellung der reinen Wissenschaften im 19. Jahrhundert und dem Narrativ der Ökonomisierung der Universität im späten 20. bzw. im 21. Jahrhundert, sondern zeigen, dass der Gedanke des Wettbewerbs damals bereits vorhanden war.[28]

Die Vorbildfunktion der deutschen Universitäten wurde in der Literatur häufig thematisiert und auch in der vorliegenden Untersuchung, in Kapitel

27 Domrich et al., Verhandlungen deutscher Universitätslehrer über die Reform der deutschen Hochschulen in der Versammlung zu Jena vom 21. bis 24. September 1848.

28 Vgl. dazu auch bei Stadler et al., Die Universität Wien im Kontext von Wissens- und Wissenschaftsgesellschaft, S. 232.

2.3., ausführlich erörtert. Festzuhalten bleibt, dass es eine Orientierung an den preußischen Universitäten gab. Sowohl der erste Unterrichtsminister Franz Sommaruga als auch Franz Exner hatten dies explizit hervorgehoben – beide hatten allerdings auch auf die Respektierung österreichischer Eigenheiten gepocht. In den Quellen wird meist allgemein von deutschen Universitäten gesprochen. Bewusst wurde in der Arbeit nicht von einem deutschen ‚Modell' gesprochen, denn eine solche Vorstellung von einem einheitlichen ‚deutschen Modell' oder eben eines ‚Humboldt'schen Modells' existierte zu der Zeit nicht. Dennoch wurden einige Merkmale herausgearbeitet, die von Zeitgenossen als typisch für die deutschen Universitäten galten. Besonders wurde dabei die akademische Freiheit betont. Wie Mitchell Ash zuletzt noch einmal deutlich gemacht hat, bedeutete die Orientierung an Preußen besonders auch die Übernahme der Ordinarienuniversität. Allerdings betont er auch, dass gerade im Hinblick auf die Etablierung des Forschungsimperativs an den Universitäten eher eine parallele und wechselseitig beeinflusste Entwicklung stattfand, als „eine Übernahme bzw. eine Imitation des einen (noch kaum ausgeformten) ‚Systems' durch das andere"[29].

Darüber hinaus finden sich – das zeigen auch die Vorschläge der Innsbrucker Professoren bei der Implementation der Reformen – Anklänge an die Bildungsideale des Neuhumanismus und der Romantik. Dazu zählt besonders die Förderung der antiken Sprachen im Gymnasium. Zentral war auch die Übernahme der Seminare als Ausbildungsstätten für Lehrer.[30] In Innsbruck wurden die ersten Seminare erst nach der Ära Thun eingerichtet, zunächst ein Seminar für klassische Philologen[31], dann auch eines für Historiker. Allerdings hatte Julius Ficker, der die Seminaridee an seiner Heimatuniversität in Bonn kennengelernt hatte, bereits in den 1850er-Jahren spezielle Übungen für angehende Gymnasiallehrer angeboten. Neben diesem positiven Wissenstransfer zeigt sich deutlich in der Politik Thuns, dass die preußischen Universitäten gleichzeitig auch zur Abgrenzung verwendet wurden. Einerseits sollte Österreich nämlich ein qualitativ gleichwertiges Universitätssystem wie Preußen erhalten und damit in Wettbewerb mit diesem treten und ein katholisches Gegengewicht etablieren. Andererseits

29 Ash, Wurde ein „deutsches Universitätsmodell" nach Österreich importiert? Offene Forschungsfragen und Thesen.

30 Vgl. dazu auch bei Walter Höflechner, Bemerkungen zu Charakter und Funktion des Seminars im Studium der Geschichte, vornehmlich am Beispiel der Universität Graz, in: Herwig Ebner/Ingeborg Wiesflecker-Friedhuber (Hgg.), Forschungen zur Geschichte des Alpen-Adria-Raumes. Festgabe für em.o.Univ.-Prof. Dr. Othmar Pickl zum 70. Geburtstag, Graz 1997, S. 227–240.

31 Muth, Die Begründung des heutigen Instituts für Klassische Philologie der Universität Innsbruck im Jahre 1860.

grenzte Thun sich mehrfach von der Lehrfreiheit ab, wie sie in Preußen galt, und propagierte eine Lehrfreiheit „im Einklang mit dem Geiste der Kirche und mit besonderer Beachtung der Interessen des Staates."[32]

Für die meisten Zeitgenossen war die Orientierung an Preußen eindeutig, allzu oft werden die Reformen mit Preußen, noch viel stärker allerdings mit dem Protestantismus assoziiert. Das zeigen der zuletzt zitierte Brief von Kopetzky oder die Aussagen von Jakob Probst, der die Reformen in Innsbruck aus nächster Nähe verfolgte.[33] Letztlich scheint sich gerade an dieser Orientierung an Preußen bzw. der als protestantisch gedeuteten Wissenschaft der Großteil der Kritik entzündet zu haben. Kritiker, wie etwa Kopetzky, befürchteten, dass damit „protestantischer Fortschritterei"[34] Tür und Tor geöffnet würde und der Verlust einer österreichischen Bildungstradition vorangetrieben werde. Diese Kritik begleitet uns letztlich bis in die Gegenwart[35], wenngleich an die Stelle von Preußen heute oft das amerikanische Universitäts- und Wissenschaftssystem wechselseitig als Feind- oder Idealbild getreten ist.[36]

Dieses Spannungsverhältnis von Übernahme und Abgrenzung von Preußen auf universitätspolitischer Ebene, das auch einen großen Teil der Geschichte der Habsburgermonarchie in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhundert kennzeichnet, schlug sich auch in der Historiografie zu Thun und den Reformen nieder und äußerte sich immer besonders in Krisenzeiten bzw. in Phasen einer Neuorientierung auf universitätspolitischer Ebene.

Wenn die Frage nach dem Verhältnis von preußischen und österreichischen Universitäten für alle Universitäten der Habsburgermonarchie von Interesse ist, so lässt sich für die Innsbrucker Hochschule noch eine zusätzliche Entwicklung festhalten. Hier, in einem zweisprachigen Kronland, entfaltete der Diskurs von der Orientierung an der deutschen Wissenschaft, parallel zu einem wachsenden Deutschnationalismus, langfristig auch eine starke politische Dimension, wie in Kapitel 7.3. gezeigt wurde. Das führte dazu, dass die Universität, die in der Vergangenheit oft als Kontaktpunkt von italienischer und deutscher Kultur angesehen wurde, zunehmend zur

32 Die Neugestaltung der österreichischen Universitäten über Allerhöchsten Befehl dargestellt von dem k.k. Ministerium für Kultus und Unterricht, S. 23.

33 Vgl. Probst, Geschichte der Universität Innsbruck seit ihrer Entstehung bis zum Jahre 1860, S. 341.

34 Kopetzky an Rauscher, Innsbruck 30.12.1860, Bischofsakten Rauscher, 1860, Diözesanarchiv Wien.

35 Otmar Lahodynsky, Verdrängungsbeschwerden, in: Profil (29.03.2013).

36 Vgl. etwa Konrad H. Jarausch, Amerika – Alptraum oder Vorbild? Transatlantische Bemerkungen zum Problem der Universitätsreform, in: Ulrich Sieg (Hg.), Die Idee der Universität heute, München 2005, S. 87–102.

‚deutschen Universität', zur südlichsten Festung deutscher Wissenschaft stilisiert wurde. So wurden die italienischen Studenten immer mehr ausgegrenzt, umgekehrt pochten sie selbst zunehmend auf die Gleichberechtigung ihrer Nationalität an der Universität bzw. die Gründung einer italienischen Fakultät/Universität. Für beide Sprachgruppen wurde Wissenschaft zunehmend als nationales Projekt figuriert und gerade für Italiener, die sich ja selbst als Kulturvolk verstanden, war es eine Demütigung, dass sie hinsichtlich einer nationalen Universität von anderen Nationalitäten des Reiches, sogar von „den geschichtslosen Nationen überholt"[37] wurden. Die Auseinandersetzungen zwischen deutsch- und italienischsprachigen Akademikern gipfelten 1904 in den *fatti di Innsbruck*. Die grundlegenden Ursachen finden sich in der Ära Thun begründet.

Parallel, aber in vielfacher Hinsicht entgegengesetzt zur zunehmenden Apostrophierung der Universität als deutscher Universität lässt sich jedoch auch feststellen, dass gerade ultramontane Gruppen und Professoren eine alternative Konnotation der Universität forcierten und diese als Stützpfeiler zwischen den deutschsprachigen Katholiken und dem Papst in Rom definierten. Diese Absicht wurde besonders anlässlich der Eröffnung der theologischen Fakultät erkennbar, die hier im Rahmen der Debatten um die Gründung einer katholischen Universität im deutschsprachigen Raum in Kapitel 6 dargestellt worden ist. Innsbruck war ja damals immer wieder als möglicher Standort für eine solche katholische Universität im Gespräch gewesen. Im Zuge dieser Debatte wurde die Innsbrucker Universität als Festung des wahren Glaubens beschrieben, mehrfach auch auf die historische Mission der Universität verwiesen und diese dabei auf gegenreformatorische Aspekte reduziert und damit auch eine antiaufklärerische Tradition konstruiert.[38] In diesem Sinn sollte die Universität nach der Reform durch Thun wieder an diese historische Mission anknüpfen, die protestantische Wissenschaft zurückdrängen und ihr eine katholische Wissenschaft entgegenstellen. Die Untersuchung – bzw. auch der oben zitierte Brief von Kopetzky – verdeutlichten dabei, dass unter einer protestantischen Wissenschaft insbesondere eine wissenschaftliche Beschäftigung und Lehre in absoluter Freiheit, ohne Rücksicht auf die Lehren der (katholischen) Kirche angesehen worden ist.

Die Gleichsetzung von protestantischer und deutscher Wissenschaft war vielfach gegeben. Hinsichtlich dessen, was unter katholischer Wissenschaft

37 Pallaver, Die „fatti di Innsbruck" – Die traditionellen Parteien und die nationalen Fronten, S. 107.

38 Vgl. dazu auch für das Beispiel der Universität Tübingen: Paletschek, Die permanente Erfindung einer Tradition, S. 483–484.

zu verstehen sei, gab es unterschiedliche Vorstellungen. Die Diskussionen um den katholischen Charakter der Universität zeigten, dass es jedoch eher diffuse Vorstellungen von einer katholischen Wissenschaft gab, die sich hauptsächlich in Abgrenzung zum Protestantismus und den Universitäten in protestantischen Gebieten Deutschlands definierte. Für Thun bedeutete dies etwa eine Lehre, die sich an den Dogmen der Kirche orientierte und nichts Entgegengesetztes verbreitete. Allerdings glaubte er, dass nur eine staatliche Anstalt und nicht eine kirchliche Universität der mittlerweile enorm differenzierten Wissenschaft genügen könne.[39] George Phillips, Ultramontaner und Berater Thuns, näherte sich der Bestimmung von den Aufgaben einer katholischen Wissenschaft über die Abgrenzung von einer „auf dem Boden des Protestantismus erwachsenen Behandlungsweise“[40] der Wissenschaften, wobei er besonders David Friedrich Strauß' Forschungen zur historischen Person Jesus von Nazareth und dessen Nachfolgern im Blick hatte.[41] Vor allem sah er im Rationalismus und einer Abkehr von historischer Überlieferung und göttlichem Ursprung der Menschheit sowie deren prägenden Institutionen den zentralen Fehler der protestantischen Wissenschaften und forderte für die katholischen Wissenschaftler eben eine bewusste Abgrenzung von diesen Tendenzen. Andere Gelehrte, wie der Bayer Jakob Frohschammer, dessen Ansichten in Tirol zum Beispiel von Tobias Wildauer rezipiert wurden, waren deutlich liberaler und forderten eine Unabhängigkeit von den Dogmen und der päpstlichen Autorität bei gleichzeitigem Bekenntnis zur katholischen Religion. Die Debatte hinsichtlich der Innsbrucker Universität orientierte sich jedoch deutlich an den strengeren Vorstellungen ultramontaner Kreise, auch die Übertragung der theologischen Fakultät an die Jesuiten und deren Orientierung an einer neuscholastischen Theologie und deren strenge Romtreue verdeutlichen das. Die Jesuiten selbst hatten mit der *ratio studiorum* ein klares katholisches Bildungsprogramm, das sie mit Thuns Förderung in den 1850er-Jahren in aktualisierter und angepasster Form auch in Österreich wieder lehren konnten.

Die Debatte zur Gründung einer katholischen Universität in Tirol verdeutlicht überdies das Mobilisierungspotential der Kirche und der erstarkenden katholischen Laiengruppen, die sich massiv für die Errichtung einer katholischen Universität in Tirol engagierten. Die Debatte verweist somit

39 Die Neugestaltung der österreichischen Universitäten über Allerhöchsten Befehl dargestellt von dem k.k. Ministerium für Kultus und Unterricht, S. 22.

40 George Phillips, Über den Geschichtsunterricht, in: Historisch-politische Blätter für das katholische Deutschland (1851), S. 1–20, hier S. 7.

41 Ebenda.

auch auf die anbrechende Auseinandersetzung um die Glaubenseinheit Tirols, in der sich dieses Mobilisierungspotential eindrücklich unter Beweis stellen sollte. Die Diskussion um die Errichtung einer katholischen Universität in Tirol bzw. um die Festschreibung des katholischen Charakters der Innsbrucker Universität lassen sich dabei insgesamt als Teilbereich der Auseinandersetzung um die Glaubenseinheit Tirols verstehen. Das breite öffentliche Engagement für die Universität ist dabei durchaus ein interessantes Phänomen, wenn man bedenkt, dass die Universität von großen Teilen der Bevölkerung wohl nur am Rande wahrgenommen bzw. durchaus kritisch gesehen wurde. Man denke etwa an die distanzierte Haltung der Bevölkerung gegenüber den Studenten während der Kundgebungen im Jahr 1848. Noch deutlicher zeigt sich diese kritische Haltung am Vorgehen gegen einige Professoren während des Tiroler Aufstandes wenige Jahrzehnte zuvor.[42]

Festhalten kann man außerdem, dass in der Diskussion zur Gründung einer katholischen Universität schon vieles vorweggenommen wurde, was im späten 19. Jahrhundert ausgehend von Deutschland/Bayern intensiv als „katholisches Bildungsdefizit“[43] diskutiert worden ist und zu einer Reihe von Initiativen katholischer Laiengruppen zur Hebung des allgemeinen Bildungstandes in den katholischen Ländern bzw. zur Vermittlung von Wissenschaft an interessierte Bürger führte.[44] In diesem Zusammenhang muss besonders auch auf einen führenden Mitarbeiter Thuns, Joseph Alexander von Helfert, verwiesen werden, der als Gründer der *Österreichischen Leo-Gesellschaft* (1892), die sich der Förderung und Vermittlung katholischer Wissenschaft verschrieb, von Bedeutung sein wird.[45] Erst in dieser Zeit gab es dann auch eine intensivere Auseinandersetzung mit der Frage, was eine katholische Wissenschaft überhaupt zu bedeuten habe.[46]

Die Eröffnung der theologischen Fakultät, besonders aber die Übertragung an die Jesuiten, wurde Thun vor allem in liberalen Kreisen kritisch angerechnet und wurde gleichsam zum Sinnbild von Thuns reaktionärer Politik. Spätestens in der liberalen Ära brachen dann auch die bislang weitgehend unter der Oberfläche brodelnden Konflikte um die Stellung und die Sonderrechte der Jesuiten an der Universität offen hervor. Diese gipfelten in einer Petition der drei weltlichen Fakultäten, in welcher sie die Entfernung

42 Urmann, Isolierte Aufklärung, marginaler Liberalismus?

43 Vgl. dazu Laetitia Boehm, Katholizismus, Bildungs- und Hochschulwesen nach der Säkularisation, in: Anton Rauscher (Hg.), Katholizismus, Bildung und Wissenschaft im 19. und 20. Jahrhundert, Paderborn, München, Wien, Zürich 1987, S. 9–59.

44 Vgl. dazu etwa Klöcker, Katholizismus und Bildungsbürgertum.

45 Zur Leo-Gesellschaft fehlen leider neuere Forschungen. Vgl. unterdessen Martin Schindler, Die Leo-Gesellschaft 1891–1901, Wien 1902.

46 Vgl. auch Surman, Habsburg Universities 1848–1918, S. 336–340.

der Jesuiten von der Fakultät verlangten, um die Freiheit von Lehre und Forschung sicherstellen zu können.[47] Während 15 Jahre zuvor die Eröffnung der Fakultät und die Übertragung an die Jesuiten von vielen Professoren freudig begrüßt bzw. allgemein der katholische Charakter der Universität evoziert worden war, sah man in der theologischen Fakultät nun die Gefahr, „die ganze Universität als eine confessionelle Anstalt zu stigmatisieren“[48]. Die Jesuiten überstanden diesen Angriff, lediglich das Vorrecht des Ordens zur eigenmächtigen Besetzung der Professuren wurde vom Ministerium gekippt.[49]

Dass sich die Unzufriedenheit bei zahlreichen Professoren damit nicht gelegt hatte, zeigen noch mehrere Episoden. Eine davon war die Absage der Feier zum 200-Jahr-Jubiläum der Universität. Im Vorfeld der Feierlichkeiten war nämlich ein Streit darüber entbrannt, ob eine Festmesse Teil des offiziellen Festprogramms sein sollte. Die Frage entzweite sowohl Professoren als auch Studentenschaft dermaßen, dass das Fest letzten Endes abgesagt wurde.[50] Das wohl bekannteste Ereignis in diesem Zusammenhang war die Affäre um Ludwig Wahrmund, dessen öffentliches Eintreten für die freie Wissenschaft einen monarchieweiten Skandal erzeugte. Die Universität stand damals mehrheitlich auf der Seite Wahrmunds, offen angefeindet wurde er jedoch vom katholischen Klerus und katholischen Studentenverbindungen.[51] Dies verdeutlicht, wie sehr sich die Diskurse um den katholischen Charakter der Universität und jene zur Glaubenseinheit in Tirol, die in den 1850er-Jahren noch parallel geführt wurden und sich gegenseitig stimulierten, nun voneinander entfernt hatten bzw. von einer neuerlichen Skepsis gegenüber der Universität von Seiten der breiten Bevölkerung abgelöst worden war.

Der Schwerpunkt der Arbeit lag auf der Untersuchung der Personalpolitik Thuns an der Universität Innsbruck im Kapitel 5. Den Ausgangspunkt bildete dabei die These Hans Lentzes, dass die Personalpolitik ein zentrales Instrumentarium Thuns zur Implementation der Reformen war, mit de-

47 Oberkofler, Die Petition der drei weltlichen Fakultäten um Aufhebung der Jesuitenfakultät von Jahr 1873.

48 Aus der Petition der drei weltlichen Fakultäten, abgedruckt bei: Oberkofler, Die Petition der drei weltlichen Fakultäten um Aufhebung der Jesuitenfakultät von Jahr 1873, S. 91.

49 Die SJ besitzt indes bis heute ein Mitspracherecht bei der Berufung von Professoren an die theologische Fakultät.

50 Vgl. Bösche, Zwischen Kaiser Franz Joseph I. und Schönerer, S. 59–60.

51 Vgl. zum Skandal Hermann J. W. Kuprian, „Machen Sie diesem Skandal ein Ende. Ihre Rektoren sind eine nette Gesellschaft“, in: Michael Gehler/Hubert Sickinger (Hgg.), Politische Affären und Skandale in Österreich. Von Mayerling bis Waldheim, Innsbruck, Wien, Bozen 2007, S. 99–127; Bösche, Zwischen Kaiser Franz Joseph I. und Schönerer, S. 135–154; Surman, Habsburg Universities 1848–1918, S. 346–350.

ren Hilfe eine gezielte Förderung gewisser Schulen, Paradigmen und Forschungsschwerpunkte erzielt und auch die Lehrfreiheit implizit begrenzt werden konnte. Als zentrales Ergebnis dieser Untersuchung kann festgehalten werden, dass Thuns starke Hand bei Personalentscheidungen für die Universität unverkennbar ist. In beinahe allen Berufungen bzw. bei allen neu errichteten Lehrstühlen entschied er allein und eigenmächtig über die zu ernennenden Kandidaten. In den meisten Fällen holte er dazu nicht einmal einen Vorschlag der eigentlich zuständigen Fakultät ein, sondern stellte diese vor vollendete Tatsachen. Für die Grazer Universität hatte Manfred Bauer – trotz des kürzeren Untersuchungszeitraums – Ähnliches festgehalten, wenngleich dort die Fakultät aber offenbar stärker versucht hatte, Entscheidungen mitzugestalten. Für andere Universitäten fehlen systematische Untersuchungen.[52]

Ein gewisses Maß an Einflussnahme versuchte die Innsbrucker Universität sich indes zu erhalten, indem einige Professoren der Universität bei Thun als private/persönliche Ratgeber auftraten. An der Universität hatte man offenbar recht schnell verstanden, dass der amtliche Weg bei Thun nur bedingt zielführend war. Deshalb wurden Anträge der Universität meist auch noch mit privaten Briefen unterstützt oder teilweise gar nur dieser Weg eingeschlagen. Ein wichtiger Berater Thuns war in diesem Sinn der Historiker Julius Ficker. Dieser beriet den Minister nicht nur in Personalfragen der Universität Innsbruck, sondern war allgemein ein wichtiger Ratgeber Thuns, wenn es um die Bestellung von Historikern und Gymnasiallehrern aus Fickers Heimatland Westfalen ging. Erwähnen muss man auch Karl Ernst Moy de Sons, dessen Einfluss bei Thun allerdings begrenzt gewesen zu sein scheint, der sich dessen ungeachtet jedoch in einer Vielzahl von Situationen an Thun wandte, um dessen Entscheidungen zu beeinflussen oder zu beschleunigen. Vielfach wurde auch der Umweg über Ministerialbeamte und/oder Tiroler in Wien gewählt, die bei Thun vorsprechen sollten. Beredtes Beispiel hierfür gibt eine Aussage des Ministerialrates Vinzenz von Ehrhart, der sich bei Adolf Pichler darüber beschwerte, dass er laufend mit Anliegen aus der Heimat konfrontiert sei. Bei der Besetzung der Stelle eines Skriptors der Universitätsbibliothek wurde er etwa von sechs Kandidaten um Einflussnahme bei Thun gebeten.[53] Mehrfach um Vermitt-

52 Nennen muss man jedoch die Arbeit von Zikulnig, Restrukturierung, Regeneration und Reform: Die Prinzipien der Besetzungspolitik der Lehrkanzeln in der Ära des Ministers Leo Graf Thun-Hohenstein. Da sie jedoch nicht Aussagen für einzelne Universitäten trifft, eignet sich die Arbeit schwer für einen zwischenuniversitären Vergleich.

53 Siehe Erhart an Pichler, Wien 07.01.1860, GSK 74/I, 7, 1, Goethe- und Schiller-Archiv, Weimar.

lung für Anliegen der Universität ersucht wurde auch Josef Fessler.

Die Untersuchung von Thuns Personalpolitik offenbart dessen weit verzweigtes Netzwerk, das er sich im Laufe seiner Amtszeit aufgebaut hat. Die Analyse verdeutlicht dabei auch, dass er sich seine Berater vor allem im katholischen, teils ultramontanen Milieu suchte. Sein Netzwerk umfasste zahlreiche Exponenten der katholischen Laienbewegung, aber auch zahlreiche hochrangige Geistliche. Dass sich erst nach Thuns Rücktritt das eigentlich bereits 1848 festgeschriebene Selbstrekrutierungsrecht der Professoren durchsetzte, verdeutlichen die Untersuchungen Jan Surmans, der auch die Professorenernennungen zwischen 1860 und 1918 analysiert hat. Gemäß seiner Forschung wurde in dieser Zeit bei 501 Ernennungen in 58 % der Fälle der im Dreiervorschlag erstgereihte Professor ernannt, ein Wert der – ohne einen Prozentsatz zu nennen aber mit Hinweis auf die Untersuchung der Personalpolitik in Innsbruck – für die Ära Thun undenkbar ist.[54]

Thun betrieb eine aktive Wissenschaftspolitik und lag damit durchaus auf einer Linie mit bildungspolitischen Auffassungen der Zeit, die staatliche Eingriffe in die Universitäten bzw. allgemein in das Bildungssystem als notwendig für die Entwicklung dieses Bereichs betrachteten.[55] Dem gegenüber steht freilich die gezielte Bevorzugung gewisser Gruppen bei der Personalpolitik, die das negative Image dieser Vorgehensweise erklären. Außerdem speist sich die negative Beurteilung von Thuns Politik eben auch aus der Forderung nach universitärer Autonomie, die nach 1945 erhoben worden ist und in der auch maßgeblich das Bild von Thun geprägt worden ist.

Die Ministerzeit Thuns bedeutete einen Generationenwechsel innerhalb der Professorenschaft der Innsbrucker Universität. Am Ende von Thuns Ministerschaft waren lediglich drei Professoren noch in Innsbruck tätig, die auch schon zu Beginn von dessen Amtszeit dort gewirkt hatten. Zahlreiche ältere Professoren wurden in den Ruhestand versetzt oder erhielten den Ruf an eine andere Universität. Ihnen folgten meist junge Professoren nach, für die es in der überwiegenden Zahl der erste Ruf an einen Lehrstuhl war. In diesem Sinn kann man mit Marita Baumgarten[56] in der Ära Thun von einer Einstiegsuniversität sprechen, die als Stätte der Qualifikation betrachtet werden kann.[57] Dies verdeutlicht auch das Gehaltsschema, in welchem Innsbruck mit anderen Universitäten der Monarchie an unterster Stelle

54 Siehe Surman, Habsburg Universities 1848–1918, S. 219.

55 Vgl. dazu Sing, Die Wissenschaftspolitik Maximilians II. von Bayern (1848–1864), S. 65–69.

56 Baumgarten, Professoren und Universitäten im 19. Jahrhundert.

57 Vgl. zuletzt auch Surman, Habsburg Universities 1848–1918, S. 245–257.

rangierte. Allerdings, und das zeigt Jan Surman in seiner Dissertation[58], kann dieses Modell von Baumgarten nicht einfach auf Österreich umgelegt werden. Lässt sich für die Zeit bis 1867 noch eine gewisse gesamtstaatliche Fluktuation zwischen den Universitäten erkennen, der auch dem Versuch der Etablierung eines gesamtstaatlichen, verbindenden Wissenschaftsraums geschuldet war, verschob sich die wissenschaftliche Topographie nach 1867 und der Etablierung von nicht-deutschsprachigen Universitäten zunehmend. Surman zeigt das besonders für die Universitäten Galiziens, die sich – der gemeinsamen Sprache geschuldet – nun auch gegenüber Wissenschaftlern aus Russland (Polen) öffneten und sich so auch von den übrigen Universitäten der Monarchie abgrenzten. Außerdem weist Surman auf die Eigenheit der medizinischen Fakultäten hin, bei denen die Mobilität nur eingeschränkt vorhanden war. Daneben lässt sich zumindest in drei Fällen (Kopetzky, Małecki, Zielonacki) Innsbruck gewissermaßen als Verbannungsort beschreiben. Kopetzky empfand dies selbst so, nachdem er seine Stelle in Olmütz verloren hatte, als die dortige Universität geschlossen worden war. Die beiden anderen Professoren sollten, nachdem sie wegen angeblicher polnischer und anti-habsburgischer Propaganda ihre Stelle an der Universität Krakau verloren hatten, in Innsbruck rehabilitiert werden.

Die Ära Thun bedeutete eine Differenzierung im Fächerkanon sowohl an der juridischen als auch an der philosophischen Fakultät. Im Hinblick auf Erstere kann die Etablierung der historischen Methode und die damit verbundene Einführung der deutschen Reichs- und Rechtsgeschichte bzw. die Stärkung des Römischen Rechts genannt werden. An der philosophischen Fakultät wurden vor allem die philologischen Disziplinen neu verankert und damit die Möglichkeit einer folgenden Differenzierung in diesem Bereich geschaffen. Gerade die Lehre der deutschen und italienischen Sprache verdeutlichte dabei den Trend zu einer Verwissenschaftlichung dieser Fächer und eine Abkehr von der Vermittlung von Sprachkenntnissen. Ähnliches galt für die Pharmazie, die in den Rang eines Universitätsstudiums gehoben wurde. Besonders durch die finanziellen Begrenzungen, die die Haushaltspolitik der Monarchie mit sich brachten, dauerte der Ausbau und die rasche Differenzierung der Disziplinen in Innsbruck allerdings länger als an anderen Universitäten, was erneut Innsbrucks Position als kleine Universität der Monarchie unterstreicht.

Die Personalpolitik Thuns zeitigte zwar auch in Innsbruck einen wissenschaftlichen Aufschwung, und einige Professoren, die er berufen hatte, wirkten sehr erfolgreich und lange in Innsbruck – das gilt besonders für die phi-

58 Ebenda. Vgl. jüngst und für das Beispiel der Universität Wien: SURMAN, Vom „akademischen Altersheim".

losophische Fakultät. Wirkmächtig war etwa die Schule von Julius Ficker, aus der eine Reihe von späteren Professoren hervorging.[59] Gerade Julius Fickers Wirken veranschaulicht jedoch auch das Dilemma von Thuns Personalpolitik überdeutlich: Fickers Konzentration auf eine solide hilfswissenschaftliche und quellenkundliche Ausbildung seiner Studenten, mit der er durchaus auch in Konkurrenz zur Prestigeinstitution der österreichischen Geschichtswissenschaft, dem *Institut für Österreichische Geschichtsforschung,* trat, ging zwar konform mit Thuns Ansinnen, hochqualifizierte Wissenschaftler an den Universitäten auszubilden. Gleichzeitig steht Fickers weitgehender Rückzug aus öffentlichen Debatten nach seiner bekannten Kontroverse mit Heinrich Sybel[60] sinnbildlich für den begrenzten weltanschaulichen Einfluss, den er und viele andere von Thun ernannte Professoren auf die Studenten hatten, den Thun sich jedoch von seiner Personalpolitik so sehr erhofft hatte. Die konservative Wende, die Umerziehung der Studenten (die „‚Altweibermühle'"[61] Thuns) nach 1848 blieb weitgehend aus.[62] Der allgemeine liberale Zeitgeist setzt sich auch bei vielen Studenten in Innsbruck durch und die Rede von der deutschen Wissenschaft implizierte schließlich auch die Kräftigung einer deutschnationalen Stimmung unter den Studenten.[63]

Thuns „Vertrauen auf Außenseiter"[64], und, wie gezeigt, waren einige von Thuns prominenten Ernennungen eben solche, war letztlich nicht zielführend. Während es bei Ficker auch persönliche Gründe waren, die ihn zu einem Rückzug aus öffentlichen wissenschaftlichen Debatten veranlassten, steht Karl Ernst Moy de Sons hingegen symptomatisch für einen solchen Außenseiter, der zwar in der katholischen Laienbewegung großes Ansehen genoss und auch wissenschaftlich produktiv war[65], der aber bei der Mehrzahl der Studenten mit seinen katholisch-konservativen Ansichten nicht mehr durchdringen konnte. Moy gestand sich dies selbst ein und verfiel daher in

59 Vgl. dazu Oberkofler, Die geschichtlichen Fächer an der philosophischen Fakultät der Universität Innsbruck 1850–1945, S. 49–56; Brechenmacher, Julius Ficker; Surman, Habsburg Universities 1848–1918, S. 354.

60 Siehe Brechenmacher, Wieviel Gegenwart verträgt historisches Urteilen?

61 Lentze, Die Universitätsreform des Ministers Graf Leo Thun-Hohenstein, S. 271. Lentze hat sein Abschlusskapitel „Der Erfolg der ‚Altweibermühle'" benannt. Er bezog sich dabei auf eine Aussage von Jarcke, der den Versuch, die österreichische Jugend umzuerziehen, mit dem Versuch verglich, aus alten Frauen junge Mädchen zu machen – ein Wunsch, der sich nur im Ballett erfülle.

62 Vgl. auch Heindl, Universitätsreform–Gesellschaftsreform, S. 146.

63 Vgl. Bösche, Zwischen Kaiser Franz Joseph I. und Schönerer, S. 68–73.

64 Lentze, Die Universitätsreform des Ministers Graf Leo Thun-Hohenstein, S. 271.

65 Allerdings geriet Moys Philosophie rasch in Vergessenheit. Vgl. Goller, Naturrecht, Rechtsphilosophie oder Rechtstheorie?, S. 63–64.

die Pose des christlichen Märtyrers, der für seinen Glauben „den Spott der Weltweisen“ geduldig erträgt.[66] Ein anderer, Tobias Wildauer, den Thun besonders gefördert hatte, vollzog eine Wende zum Liberalismus und konnte so wohl auch nicht die Hoffnungen erfüllen, die Thun und seine Förderer um Bischof Vinzenz Gasser in ihn gesetzt hatten. Umgekehrt genoss Adolf Pichler, obschon mehrfach für unterschiedliche Lehrkanzeln vorgeschlagen, aber von Thun nicht berufen, bei den Studierenden großes Ansehen.

Wie Johannes Feichtinger mehrfach betont hat[67], war auf wissenschaftlicher/epistemologischer Ebene die Förderung des Positivismus und eine Abkehr vom Subjektivismus des Idealismus ein zentrales Ziel bzw. Folge von Thuns Wissenschaftspolitik. Ausgangspunkt hierzu war Franz Exners Förderung der Lehren Johann Friedrich Herbarts bzw. dessen eigene antiidealistische Psychologie, die er aufbauend auf der Lehre Herbarts entwickelt hatte und so auch die verfemte Philosophie Bernard Bolzanos wiederbelebte. Für den Neoabsolutismus war die Trennung von Philosophie und Politik attraktiv, um so auch die Entpolitisierung der Universitäten zu erreichen und eine neuerliche Revolution zu verhindern.

So wie Thun mit seiner Personalpolitik letztlich gescheitert ist, war auch das neoabsolutistische System nur von kurzer Dauer. Anders als zahlreiche andere Projekte des Jahres 1848 hatte die Universitätsreform jedoch den Neoabsolutismus überdauert, und es herrscht in der Literatur durchaus Einigkeit darüber, dass dies ein zentrales Verdienst Thuns war.[68] Die vorliegende Untersuchung legt nahe, dass die Reformen durchaus im Rahmen des Neoabsolutismus gedeutet werden können, dies gilt sowohl für die Inhalte als auch die Art, wie die Reform umgesetzt worden ist. Gerade die zentralistische und autoritäre Personalpolitik Thuns ist hierfür das beste Beispiel. Die eigentliche Selbstrekrutierung der Universitäten wurde von Thun zugunsten einer zentral gesteuerten Personalpolitik ausgehebelt. Damit sollte nicht nur das Erreichen der oben erwähnten Ziele Thuns sichergestellt wer-

66 Moy an Thun, Innsbruck 6.01.1855, Nachlass Leo Thun-Hohenstein, A3 XXI D322, Staatliches Gebietsarchiv Leitmeritz, Zweigstelle Tetschen-Bodenbach. Ähnliches gilt im Übrigen auch für Phillips, der Thun deswegen um Beurlaubung bat. Vgl. Phillips an Thun, Wien 08.09.1854, Nachlass Leo Thun-Hohenstein, A3 XXI D280, Staatliches Gebietsarchiv Leitmeritz, Zweigstelle Tetschen-Bodenbach.

67 Feichtinger, Positivismus in der österreichischen Philosophie; Feichtinger, Wissenschaft als reflexives Projekt; Johannes Feichtinger, ‚Staatsnation‘, ‚Kulturnation‘, ‚Nationalstaat‘: The Role of National Politics in the Advancement of Science and Scholarship in Austria from 1848 to 1938, in: Mitchell G. Ash/Jan Surman (Hgg.), The Nationalization of Scientific Knowledge in Nineteenth-Century Central Europe, New York 2012, S. 57–82, hier S. 68–70.

68 Vgl. etwa Meister, Entwicklung und Reformen des österreichischen Studienwesens, Abhandlung, S. 113; Heindl, Universitätsreform – Gesellschaftsreform.

den, sondern eben auch die Vereinheitlichung der Monarchie durch die Etablierung eines weitgehend homogenen wissenschaftlichen Raumes innerhalb der Grenzen der Monarchie ermöglicht werden. Zudem bezweckte Thuns Politik eine gezielte Förderung einiger bevorzugter Paradedisziplinen, wie die Geschichtswissenschaften bzw. Schulen, wie die historische Methode in den Rechtswissenschaften, die Wissen produzieren sollten, das der Stabilisierung des Gesamtstaates diente.[69] Die Reform der juridischen Fakultät, an der insbesondere Beamte für den Aufbau einer effektiven Verwaltung ausgebildet wurden, die das Rückgrat einer gesamtstaatlichen Verwaltung bildeten, ist hier ebenfalls zu nennen. Das gilt jedoch für alle Universitäten und nicht nur für Innsbruck. Der Neoabsolutismus als Modernisierungsphase wird auch besonders deutlich bei der Förderung von naturwissenschaftlichen Fächern – hier hatte Thun etwa mehrfach auf die notwendige Modernisierung landwirtschaftlicher Methoden etwa durch chemische Forschung hingewiesen. Die Sprachenpolitik Thuns mit der Förderung des Deutschen als der zentralen Wissenschaftssprache war ebenfalls ein Mittel zur Etablierung eines einheitlichen Gesamtstaates. Das Beispiel der Sprachenpolitik bei den Prüfungen der italienischen Studenten in Innsbruck veranschaulicht zudem die Widerstände gegen den zentralistischen Kurs Wiens (Kap. 7.2.). Während man in Tirol auf traditionelle Rechte und landestypische Eigenheiten pochte, zählte in Wien vor allem eine Vereinheitlichung von Standards.

Für die Frage der Verwaltung der Universitäten bzw. für die Gestaltung einer eigenständigen Universitätspolitik ist besonders das Verhältnis zwischen dem Statthalter und dem Ministerium von Interesse. Hier zeigte sich, dass die beiden Statthalter der Ära Thun, Cajetan Bissingen und Erzherzog Karl Ludwig, mehrfach versucht hatten, an der Universitätspolitik Anteil zu nehmen. Beide versuchten zum Beispiel Personalentscheidungen zu beeinflussen. Karl Ludwig, der Bruder des Kaisers, besaß dabei den größeren Ehrgeiz und versuchte auch in der Sprachenfrage – hier mit Hinweis auf den aufkeimenden italienischen Nationalismus – zu vermitteln. Außerdem engagierte er sich besonders für die Vervollständigung der Universität durch die Eröffnung der fehlenden medizinischen und theologischen Fakultät. Allerdings machen beide Beispiele deutlich, dass der Erzherzog dabei einen relativ kleinen Spielraum besaß, der von Wien aus vorgegeben wurde, und dass eine eigenständige Universitätspolitik im Land nur begrenzt möglich war.

Den Neoabsolutismus als Modernisierungsphase zu betrachten, wie es jüngst mehrfach geschehen ist, kann durchaus auch für die Universitäten

69 Vgl. auch Feichtinger, ‚Staatsnation', ‚Kulturnation', ‚Nationalstaat': The Role of National Politics in the Advancement of Science and Scholarship in Austria from 1848 to 1938, S. 65–66.

gelten. Allerdings bestand der größte Modernisierungsschub in der Schaffung neuer Universitätsstrukturen und einer Neuorganisation des Bildungssystems, beides waren Errungenschaften der Revolution. Dass die Reformen jedoch nicht zurückgenommen wurden und weitgehend während des Neoabsolutismus' mit Leben gefüllt wurden, lässt eine solche Deutung auch zu. So verliefen nun Modernisierung und Thuns Versuch einer konservativen Umerziehung der Studenten parallel, was zu Widersprüchen führen musste, die letztlich kennzeichnend sind für die ganze Reformära. So wie Thun den Grundstein für einen allgemeinen Aufschwung der Universität legte, so bildeten die Reformen gleichzeitig auch den Ausgangspunkt für zahlreiche Konflikte in den kommenden Jahrzehnten.

Nicht nur durch diese Konflikte wirkten die Reformen lange nach, die Reformen selbst prägten überdies für mehr als ein Jahrhundert maßgeblich die österreichische Universitätslandschaft und wie deutlich geworden ist, bestimmen sie auch heute noch bildungspolitische Debatten mit. Darüber hinaus sind viele damals diskutierte Fragen – etwa jene nach der allgemeinbildenden Funktion der Universitäten – heute so aktuell wie zu Zeiten Thuns. So kann die Arbeit auch einen Beitrag zur historischen Verortung aktueller Debatten liefern und vielleicht zum besseren Verständnis gegenwärtiger Entwicklungen beitragen.

Die Arbeit an der Dissertation hat auch gezeigt, dass in vielen Bereichen der österreichischen Universitätsgeschichte des 19. Jahrhunderts bereits gute Grundlagen geschaffen sind. Dennoch gibt es noch viele lohnende Untersuchungsfelder: So wäre eine vergleichende Untersuchung der Umsetzung der Reformen an einzelnen Universitäten sicherlich aufschlussreich und böte die Möglichkeit, die Entwicklungen der Innsbrucker Universität noch stärker im gesamtstaatlichen Kontext zu verorten. Doch auch im Bereich der Universität Innsbruck mussten einige Fragen, die diese Epoche betreffen, offenbleiben. Das betrifft beispielsweise ganz allgemein die Geschichte der Universität im Vormärz. Denn so wie in der Historiografie zu den Universitäten Preußens die Ablehnung der düsteren Zustände des 18. Jahrhunderts lange als Kontrastschema für den Aufschwung und die Reformen nach 1800 in Deutschland herhalten mussten („all was darkness – and then came Humboldt"[70]), so lässt sich das auch für die Abgrenzung vom Vormärz für die Reformen in Österreich nach 1848 zumindest in Ansätzen zeigen. Die Mängel des Studiensystems des Vormärzes dienten dabei als greller Kontrast zur Darstellung des Aufschwunges bzw. auch zur Rechtfertigung der Reformen. Allerdings ist gerade der Vormärz, besonders auch für die Universitäten, eine vielfach wenig beforschte Epoche, und wie erst

70 Josephson/Karlsohn/Östling, Introduction, S. 4.

kürzlich Franz Fillafer zeigte, war die vormärzliche österreichische Wissenschaft nicht in allen Fächern so schlecht aufgestellt, wie es manche Kritiken vermuten lassen[71], sodass weiterführende Untersuchungen wohl auch ein differenziertes Bild ergeben würden und auch den Blick auf die Thun'schen Reformen neu justieren könnten. Daneben böte sich auch eine Untersuchung der wissenschaftlichen Sammlungen der Universität und deren Einfluss auf die Praxis der Forschung an. Außerdem erscheinen weiterführende Untersuchungen zur Sozialgeschichte der Studenten von Interesse. Auch die Frage der öffentlichen Wahrnehmung der Universität und der gesellschaftlichen Beziehungen müsste noch intensiver erforscht werden. Zu hoffen steht somit, dass durch die Arbeit nicht nur neue Erkenntnisse zu einer zentralen Epoche der Geschichte der Leopold-Franzens-Universität gewonnen werden konnten, sondern durch sie auch neue Forschungen angestoßen werden können.

71 Vgl. dazu bei Franz Leander Fillafer, Leo Thun und die Aufklärung. Wissenschaftsideal, Berufungspolitik und Deutungskämpfe, in: Christof Aichner/Brigitte Mazohl (Hgg.), Die Thun-Hohenstein'schen Universitätsreformen 1849–1860. Konzeption – Umsetzung – Nachwirkungen, Wien, Köln, Weimar 2017, S. 55–75.

10 QUELLEN- UND LITERATURVERZEICHNIS

10.1. Archivalische Quellen

10.1.1. Benutzte Archive und Bibliotheken[1]

Archiv der Deutschen Provinz der Jesuiten, München

Archiv des Kollegs Santa Maria dell'Anima, Rom
Nachlass Flir

Archiv der Universität Wien
Nachlass Anton Kerner

Bayerische Staatsbibliothek, München
Abteilung Handschriften und Alte Drucke

Bundesarchiv Koblenz
Nachlass Justin Linde

Diözesanarchiv St. Pölten
Nachlass Fessler

Diözesanarchiv Wien
Bischofsakten Rauscher

Goethe- und Schiller-Archiv, Weimar
Nachlass Adolf Pichler

Institut für Österreichische Geschichtsforschung, Wien
Nachlass Ficker

Österreichische Nationalbibliothek, Wien
Handschriftensammlung

Österreichisches Staatsarchiv, Wien
Allgemeines Verwaltungsarchiv, Ministerium für Cultus und Unterricht, Präsidium

1 Hier werden nur die untersuchten Bestände angeführt. In den Fußnoten finden sich die genauen Verweise, dort werden die Quellen jeweils mit einem Kurzbetreff und der genauen Angabe von Bestand, Signatur und Archiv bezeichnet.

Allgemeines Verwaltungsarchiv, Ministerium für Cultus und Unterricht, Allgemeine Reihe
Allgemeines Verwaltungsarchiv, Nachlass Hye
Haus-, Hof- und Staatsarchiv, Sonderbestände Nachlass Braun

Staatliches Gebietsarchiv Leitmeritz, Zweigstelle Tetschen-Bodenbach (Státní oblastní archiv v Litoměřicích)
Familienarchiv Thun-Hohenstein, Linie Tetschen, Nachlass Leo Thun-Hohenstein

Stiftsarchiv Kloster Marienberg

Tiroler Landesarchiv, Innsbruck
Gubernium, Geheime Präsidiale
Gubernium, Studien
Statthalterei, Studien
Statthalterei, Präsidialakten
Giovanellische Familienchronik

Tiroler Landesmuseum Ferdinandeum, Innsbruck
Nachlass Tobias Wildauer

Tschechisches Literaturarchiv, Prag (Literární archiv Památníku národního písemnictví)
Nachlass Vaclav Hanka

Tschechisches Nationalmuseum, Prag (Archiv Národního muzea)
Nachlass Tomek

Universitätsarchiv Innsbruck
Akten des Rektorats
Akten der philosophischen Fakultät
Akten der juridischen Fakultät
Senatssitzungsprotokolle

Universitätsbibliothek Innsbruck, Sondersammlungen
Nachlass Karl Ernst von Moy de Sons
Akten Bibliotheksdirektor

Vatikanisches Geheimarchiv (Archivio Segreto Vaticano)
Archivio Nunziatura Vienna

Wienbibliothek
Handschriftenabteilung

10.2. Zeitgenössische Zeitungen und Zeitschriften[2]

Akademische Monatsschrift. Centralorgan für die Gesamtinteressen deutscher Universitäten
Allgemeine Zeitung
Bothe für Tirol und Vorarlberg
Constitutionelle Donau-Zeitung
Das Vaterland
Der Humorist und Wiener Punch
Der Katholik
Die Presse (Neue Freie Presse)
Figaro
Historisch-politische Blätter für das katholische Deutschland
Innsbrucker Nachrichten
Innsbrucker Zeitung
Katholische Blätter aus Tirol
Tiroler Schützenzeitung
Tiroler Zeitung
Volks- und Schützenzeitung für Tirol und Vorarlberg
Wiener Abendblatt
Wiener Zeitung
Wiener Zuschauer. Zeitschrift für Gebildete

10.3. Gedruckte Quellen und Gesetzessammlungen

Leo von Beck Mannagetta/Carl von Kelle (Hgg.), Die österreichischen Universitätsgesetze. Sammlung der für die österreichischen Universitäten gültigen Gesetze, Verordnungen, Erlässe, Studien und Prüfungsordnungen usw., Wien 1906.
Ferdinand Grassauer, Handbuch für österreichische Universitäts- und Studienbibliotheken sowie für Volks-, Mittel- und Bezirks-Lehrerbibliotheken. Mit einer Sammlung von Gesetzen, a.h. Entschliessungen, Verordnungen, Erlässen, Acten und Actenauszügen, Wien 1883.
Hof- und Staatshandbuch des österreichischen Kaiserthums, I. Theil, Wien 1848.
Reichs-gesetz-blatt für das Kaiserthum Österreich (RGBL), verschiedene Jahrgänge.

2 Einzelne Artikel sind auch gesondert in die allgemeine Bibliografie (10.6.) aufgenommen.

Seiner k.k. apostolischen Majestät Ferdinand des Ersten politische Gesetze und Verordnungen, Wien 1848.

K.k. Statistische Central-Commission (Hg.), Statistisches Jahrbuch für das Jahr 1881, Wien 1884.

Stenographische Protokolle über die Sitzungen des Hauses der Abgeordneten des Österreichischen Reichsrates, I. Session: 29.04.1861–18.12.1862, Bd. 4, Wien 1864.

10.4. Lexika und Nachschlagewerke

Allgemeine Deutsche Biographie, 45 Bände, Leipzig 1875–1910.

Heinrich Best/Wilhelm Weege (Hgg.), Biographisches Handbuch der Abgeordneten der Frankfurter Nationalversammlung 1848/49, Düsseldorf 1998.

Biographisch-Bibliographisches Kirchenlexikon, 34 Bände, Hamm, Herzberg, Nordhausen 1975–2013.

Deutsches Adelsarchiv E.V. (Hg.), Genealogisches Handbuch des Adels, Bd. 109 (= Freiherrliche Häuser, Bd. 18), Limburg an den Lahn 1995.

Dizionario Biografico degli Italiani, Bd. 79, Rom 2013.

Fritz Fellner/Doris A. Corradini, Österreichische Geschichtswissenschaft im 20. Jahrhundert. Ein biographisch-bibliographisches Lexikon (= Veröffentlichungen der Kommission für Neuere Geschichte Österreichs 99), Wien 2006.

Jacob Grimm/Wilhelm Grimm, Deutsches Wörterbuch, Bd. 3, Leipzig 1862.

Franz Huter, Biographien der Archivbeamten seit 1749, in: Ludwig Bittner (Hg.), Gesamtinventar des Wiener Haus-, Hof- und Staatsarchivs. Aufgebaut auf der Geschichte des Archivs und seiner Bestände. Erster Band, Wien 1936, S. 1–166.

Neue Deutsche Biographie, 25 Bände, Berlin 1953–2013.

Österreichisches Biographisches Lexikon, 13 Bände, Graz, Köln, Wien 1957–2013.

Gertrud Pfaundler-Spat, Tirol-Lexikon. Ein Nachschlagewerk über Menschen und Orte des Bundeslandes Tirol, Innsbruck, Wien, Bozen 2005.

Constant von Wurzbach, Biographisches Lexikon des Kaiserthums Österreich, 60 Bände, Wien 1856–1891.

10.5. Internetquellen

Arbeitsgemeinschaft Historische Netzwerkforschung, [http://www.historicalnetworkresearch.org/], 23.10.2014.

Badische Landesbibliothek, Digitale Liedersammlung der Badischen Landesbibliothek, [http://digital.blb-karlsruhe.de/blbihd/content/pageview/1070039], 23.10.2014.

Forschungsinstitut Brenner-Archiv, Lexikon Literatur in Tirol, [http://orawww.uibk.ac.at/apex/uprod/f?p=TLL:2:0::::P2_ID:748], 27.02.2014.

Max-Planck-Institut für Wissenschaftsgeschichte Berlin, Abteilung Artefacts, Action,

and Knowledge, [http://www.mpiwg-berlin.mpg.de/de/forschung/projects/departmentSchaefer], 23.09.2014.
Thun-Web, Familiengeschichte Thun, [http://www.thunweb.com/], 06.08.2014.
University of Stanford, Mapping the Republic of Letters, [http://republicofletters.stanford.edu/index.html], 10.10.2014.
Universität Innsbruck, Website des Universitätsarchivs Innsbruck, [http://www.uibk.ac.at/universitaetsarchiv/literatur/], 05.09.2014.
unibrennt, [www.unibrennt.at], 26.09.2014.
u:monuments, Denkmal Leo Graf Thun und Hohenstein, [https://monuments.univie.ac.at/index.php?title=Denkmal_Leo_Graf_Thun_und_Hohenstein], 11.11.2014

10.6. Literatur[3]

Allgemeine Zeitung, 271 (27.09.1848), S. 4292–4293.
Allgemeine Zeitung, 278 (4.10.1848), S. 4394–4397.
Innsbruck, in: Akademische Monatsschrift. Centralorgan für die Gesamtinteressen deutscher Universitäten (Juli 1850), S. 300–301.
Aus dem Hörsaal. Studienbilder aus Österreich, Leipzig 1848.
Bothe für Tirol und Vorarlberg, 24 (23.03.1848), S. 113.
Gruß an die Studenten Wiens von den Studenten Innsbrucks, in: Bothe für Tirol und Vorarlberg, 27 (03.04.1848), S. 138.
Die Jesuiten in Innsbruck, in: Wiener Abendblatt, 30 (29.04.1848), S. 124.
Entwurf der Grundzüge des öffentlichen Unterrichtswesens in Österreich, in: Wiener Zeitung, 197–200 (18.–21.07.1848), S. 169–171; 177–179; 187–189; 195–197.
Wiener Zeitung, 222 (13.08.1848), S. 390.
Die Universität, eine Lebensfrage für Innsbruck, in: Innsbrucker Zeitung, 62 (17.09.1848), S. 271–272.
Bothe für Tirol und Vorarlberg, 123 (18.09.1848), S. 572.
Ein Wort zur Innsbrucker Universitätsfrage, in: Katholische Blätter aus Tirol, 50 (22.09.1848), S. 1153–1161.
Wiener Zeitung, 257 (23.09.1848), S. 723.
Die Presse, 63 (15.03.1849), S. 2.
Bothe für Tirol und Vorarlberg, 134 (13.06.1849), S. 599.
Collegiengelder, oder nicht? Eine Lebensfrage des österreichischen Universitätswesens, in: Bothe für Tirol und Vorarlberg, 140 (20.06.1849), S. 625–626.
Auch ein Wort über die Reform des Unterrichts, in: Wiener Zuschauer. Zeitschrift für Gebildete, 180 (07.08.1849), S. 1434–1436.
Innsbrucker Zeitung, Extra-Beilage zu 282 (07.12.1849), S. 1161.

3 Beiträge ohne AutorIn werden am Beginn des Verzeichnisses in chronologischer Reihenfolge angeführt.

Bothe für Tirol und Vorarlberg, 282 (07.12.1849), S. 1306.
Akademische Monatsschrift. Centralorgan für die Gesamtinteressen deutscher Universitäten (Februar 1850).
Akademische Monatsschrift. Centralorgan für die Gesamtinteressen deutscher Universitäten (März 1850), S. 106–113.
Die Dekanatswahl der philosophischen Fakultät an der Universität Wien, in: Historisch-politische Blätter für das katholische Deutschland (1851), S. 327–332.
Innsbrucker Zeitung, 235 (13.10.1851), S. 966.
Aus Tirol, in: Der Katholik. Eine religiöse Zeitschrift zur Belehrung und Warnung, Neue Folge 3/4 (1851), S. 180–184.
Tiroler Zeitung, 236 (14.10.1851), S. 988.
Innsbrucker Zeitung, 237 (15.10.1851), S. 974.
Innsbruck. Die Zustände der Universität, Gerücht über eine Universität in Salzburg, Chirurgische Akademie, v. Moy, Unbegründete Befürchtungen, Wohlthätigkeit, in: Akademische Monatsschrift. Centralorgan für die Gesamtinteressen deutscher Universitäten (März 1852), S. 127–128.
Innsbrucker Zeitung, 247 (8.11.1852), S. 985.
Bothe für Tirol und Vorarlberg, 96 (28.04.1852), S. 491.
Die Neugestaltung der österreichischen Universitäten über Allerhöchsten Befehl dargestellt von dem k.k. Ministerium für Kultus und Unterricht, Wien 1853.
Wiener Zeitung, Abendblatt 209 (14.09.1853), S. 836.
Geschichte der Kaiserlichen Universität zu Wien. Zweiter Band. Statutenbuch der Universität, Wien 1854.
An den Herrn Unterrichtsminister Leo Grafen v. Thun. Gruß aus Tirol, in: Bothe für Tirol und Vorarlberg, 150 (04.07.1854), S. 791.
Bothe für Tirol und Vorarlberg, 152 (06.07.1854), S. 803.
Innsbrucker Nachrichten, 133 (06.07.1854), S. 837.
Rede von Rektor Moy anlässlich der Ankunft Erzherzog Carl Ludwigs, in: Katholische Blätter aus Tirol (10.10.1855), S. 961–968.
Das ständisch-polytechnische Institut zu Prag. Programm zur fünfzigjährigen Erinnerungs-Feier an die Eröffnung des Institutes. Im Auftrage des Lehrkörpers redigirt von Carl Jelinek, Prag 1856.
Die Universitätsfrage, in: Der Katholik, Neue Folge, 13/8 und 10 (1856), S. 337–350; 433–444.
Innsbrucker Nachrichten, 292 (19.12.1856), S. 2032–2033.
Verhandlungen der achten Generalversammlung des katholischen Vereines Deutschlands am 23., 24. und 25. September 1856 zu Linz, Linz 1857.
Innsbrucker Nachrichten, 112 (18.05.1857), S. 873–874.
Innsbruck, in: Bothe für Tirol und Vorarlberg, 43 (07.11.1857), S. 1131.
Festrede gehalten vom Rector Magnificus Freiherrn v. Moy de Sons, in: Bothe für Tirol und Vorarlberg, 43 (18.11.1857), S. 1172–1173.

Verhandlungen der neunten General-Versammlung des katholischen Vereins Deutschlands am 21., 22., 23. und 24. September 1857 zu Salzburg, Salzburg 1858.
Bothe für Tirol und Vorarlberg, 72 (31.03.1858), S. 311.
Innsbrucker Nachrichten, 94 (29.04.1858), S. 750.
Kein Licht, in: Die Presse, 104 (07.05.1858).
Gesammelte Schriften von Johannes Schuler. Nebst einem kurzen Lebensabrisse des Verstorbenen, Innsbruck 1861.
Zwei Lieder aus Tirol, in: Stimmen der Zeit. Monatsschrift für Politik und Literatur, 2 (1861), 36–37.
Tagesordnung für die künftige Woche, in: Figaro, 21 (25.05.1861), S. 81.
Bothe für Tirol und Vorarlberg, 261 (13.11.1861).
Leo Thun +, in: Neue Freie Presse, Morgenblatt (18. 12. 1888), S. 1–2.
Schuler, Johannes, in: Constant von Wurzbach, Biographisches Lexikon des Kaiserthums Österreich, Bd. 32, Wien 1876, S. 152–156.
Tewes, August, in: Constant von Wurzbach, Biographisches Lexikon des Kaiserthums Österreich, Bd. 44, Wien 1882, S. 103–104.
Thaler, Karl von, in: Constant Wurzbach, Biographisches Lexikon des Kaiserthums Österreich, Bd. 44, Wien 1882, S. 138–140.
Tomaschek, Eduard, in: Constant von Wurzbach, Biographisches Lexikon des Kaiserthums Österreich, Bd. 46, Wien 1882, S. 39–45.
Der Philologentag, in: Neue Freie Presse, 10323 (20.05.1893), S. 1–2.
Die 42. Versammlung deutscher Philologen und Schulmänner, in: Das Vaterland, 141 (24.05.1893), S. 1.
Versammlung deutscher Philologen und Schulmänner, in: Wiener Zeitung, 121 (28.05.1893), S. 4.
Gottfried Freiherr von Giovanelli, in: Der Schlern 10 (1929), S. 278–280.
Beer, Adolph, in: Österreichisches Biographisches Lexikon 1815–1950, Bd. 1, Graz, Köln 1957, S. 63.
Dumreicher, Armand Fr. v., in: Österreichisches Biographisches Lexikon 1815–1950, Bd. 1, Graz, Köln 1957, S. 203–204.
Feil, Joseph, in: Österreichisches Biographisches Lexikon 1815–1950, Bd. 1, Graz, Köln 1957, S. 291.
Fessler, Josef, in: Österreichisches Biographisches Lexikon 1815–1950, Bd. 1, Graz, Köln 1957, S. 305.
Glax, Heinrich, in: Österreichisches Biographisches Lexikon 1815–1950, Bd. 2, Graz, Köln 1959, S. 5.
Hlasiwetz, Heinrich, in: Österreichisches Biographisches Lexikon 1815–1950, Bd. 2, Graz, Köln 1959, S. 340.
Hochegger, Franz, in: Österreichisches Biographisches Lexikon 1815–1950, Bd. 2, Graz, Köln 1959, S. 343.
Kerer, Johann, in: Österreichisches Biographisches Lexikon 1815–1950, Bd. 3, Wien 1964, S. 298.

Koller, P. Marian (Wolfgang), in: Österreichisches Biographisches Lexikon 1815–1950, Bd. 4, Wien 1966, S. 88–89.

Die Protokolle des österreichischen Ministerrates (1848–1867). III. Abteilung (Das Ministerium Buol-Schauenstein) Bd. 1, Wien 1975.

Die Protokolle des österreichischen Ministerrates (1848–1867). III. Abteilung (Das Ministerium Buol-Schauenstein) Bd. 2, Wien 1979.

Die Protokolle des österreichischen Ministerrates (1848–1867). III. Abteilung (Das Ministerium Buol-Schauenstein), Bd. 3, Wien 1984.

Die Protokolle des österreichischen Ministerrates (1848–1867). III. Abteilung (Das Ministerium Buol-Schauenstein), Bd. 5, Wien 1993.

Die Protokolle des österreichischen Ministerrates (1848–1867). II. Abteilung (Das Ministerium Schwarzenberg), Bd. 1, Wien 2002.

Die Protokolle des österreichischen Ministerrates (1848–1867). IV. Abteilung (Das Ministerium Rechberg) Bd. 1, Wien 2003.

Die Protokolle des österreichischen Ministerrates (1848–1867). II. Abteilung (Das Ministerium Schwarzenberg) Bd. 2, Wien 2005.

Die Protokolle des österreichischen Ministerrates (1848–1867). II. Abteilung (Das Ministerium Schwarzenberg), Bd. 5, Wien 2013.

Die Protokolle des österreichischen Ministerrates (1848–1867). IV. Abteilung (Das Ministerium Rechberg) Bd. 6, Wien 2014.

[Julius Ficker], Die Universität, in: Volks- und Schützenzeitung für Tirol und Vorarlberg, 136 (12.11.1858), S. 789–791.

[Friedrich Leithe], Die k.k. Universitäts-Bibliothek in Innsbruck, in: Bote für Tirol und Vorarlberg, 129 (10.06.1874), S. 986.

Evelyn Adunka, Salomon Frankfurter (1856–1941), in: Stefan Alker (Hg.), Bibliotheken in der NS-Zeit. Provenienzforschung und Bibliotheksgeschichte, Wien 2008, S. 209–220.

Christof Aichner, Die Umsetzung der Thun-Hohensteinschen Universitätsreform an der Universität Innsbruck (1849–1860), in: historia.scribere 5 (2013), S. 397–407, [http://historia.scribere.at], 2012–2013, 11.11.2014.

Akademischer Senat (Hg.), Die Leopold-Franzens-Universität zu Innsbruck in den Jahren 1848–1898. Festschrift aus Anlass des 50-jährigen Regierungsjubiläums Sr. Majestät des Kaisers Franz Joseph I., Innsbruck 1899.

Akademischer Senat der Wiener Universität (Hg.), Geschichte der Wiener Universität von 1848 bis 1898. Huldigungsfestschrift zum Fünfzigjährigen Regierungsjubiläum seiner K.u.K. Apostolischen Majestät des Kaisers Franz Josef I., Wien 1898.

Andrea Albrecht, „Stockphilologen einerseits“ und „blos beobachtende Naturforscher andrerseits“. Zu Wilhelm Diltheys (1833–1911) Vorstellungen von der universitas litterarum und seinem Ideal disziplinärer Konzilianz, in: Brigitte Peters/Erhard Schütz (Hgg.), 200 Jahre Berliner Universität. 200 Jahre Berliner Germanistik

1810–2010, Bern, Berlin, Brüssel, Frankfurt a.M., New York, Oxford, Wien 2011, S. 81–104.

Dieter Albrecht/Bernhard Weber, Die Mitarbeiter der Historisch-Politischen Blätter für das Katholische Deutschland 1838–1923. Ein Verzeichnis (= Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe B: Forschungen 52), Mainz 1990.

Hugo Alker, Aufstellung und Signaturen der Universitätsbibliothek Wien. Ein Beitrag zur Geschichte des Numerus currens, in: Zentralblatt für das Bibliothekswesen 68 (1954), S. 241–252.

Johann Christoph Allmayer-Beck, Vom Gastwirtssohn zum Ministermacher. Anton Beck und seine Brüder, Wien 2008.

Robert D. Anderson, European Universities from Enlightenment to 1914, Oxford 2004.

Viktor Franz Freiherr von Andrian-Werburg, Österreich und dessen Zukunft, Hamburg 1843.

Viktor Franz Freiherr von Andrian-Werburg, Österreich wird meine Stimme erkennen lernen wie die Stimme Gottes in der Wüste. Tagebücher 1839–1858, 3 Bände, hg. von Franz Adlgasser, Wien, Köln, Weimar 2011.

Martin OSB Angerer, Abt Karl Mayr und der Neubeginn des Klosters im 19. Jahrhundert, in: Südtiroler Kulturinstitut (Hg.), 900 Jahre Benediktinerabtei Marienberg 1096–1996. Festschrift zur 900 Jahrfeier des Klosters St. Maria (Schuls-Marienberg), Lana 1996, S. 387–414.

Mitchell G. Ash, Wurde ein „deutsches Universitätsmodell" nach Österreich importiert? Offene Forschungsfragen und Thesen, in: Die Thun-Hohenstein'schen Universitätsreformen 1849–1860. Konzeption – Umsetzung – Nachwirkungen, Wien, Köln, Weimar 2017, S. 76–98.

Mitchell G. Ash, Wissenschaft und Politik als Ressourcen für einander, in: Rüdiger Vom Bruch/Brigitte Kaderas (Hgg.), Wissenschaften und Wissenschaftspolitik. Bestandsaufnahmen zu Formationen, Brüchen und Kontinuitäten im Deutschland des 20. Jahrhunderts, Stuttgart 2002, S. 32–51.

Mitchell G. Ash/Jan Surman (Hgg.), The Nationalization of Scientific Knowledge in Nineteenth-Century Central Europe, New York 2012.

Mitchell G. Ash, Die Universität Wien in den politischen Umbrüchen des 19. und 20. Jahrhunderts, in: Mitchell G. Ash/Josef Ehmer (Hgg.), Universität – Politik – Gesellschaft – Wirtschaft, Göttingen [1]2015, S. 29–172.

Alfred Auer, Anton Roschmann 1694–1760. Aspekte eines Polyhistors – Leben und Werk. Dissertation, Innsbruck 1979.

Peter Barta, Die politisch verfolgten Professoren des österreichischen Vormärz, phil. Diss. Wien 1966.

Eva Maria Bauer, Kameraden, Kommilitonen und Komplizen. Organisationsstruktur der italienischen Studentenbewegung der Habsburgermonarchie im Vorfeld der Fatti di Innsbruck, in: Michael Gehler/Günther Pallaver (Hgg.), Universität

und Nationalismus. Innsbruck 1904 und der Sturm auf die italienische Rechtsfakultät, Trient 2013, S. 133–163.

Manfred Bauer, Eine Reform unter dem Mikroskop. Die Umsetzung der „Thun-Hohensteinschen" Universitätsreform an der Philosophischen Fakultät der Karl-Franzens-Universität Graz, Graz 2012.

Marita Baumgarten, Professoren und Universitäten im 19. Jahrhundert. Zur Sozialgeschichte deutscher Geistes- und Naturwissenschaftler (= Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 121), Göttingen 1997.

Thomas Becker, Diversifizierung eines Modells? Friedrich-Wilhelms-Universitäten 1810, 1811, 1818, in: Rüdiger vom Bruch (Hg.), Die Berliner Universität im Kontext der deutschen Universitätslandschaft um 1800, um 1860 und um 1910, München 2010, S. 43–69.

Adolph Beer/Franz Hochegger, Die Fortschritte des Unterrichtswesens der Kulturstaaten Europas. Band 1. Frankreich und Österreich, Wien 1867.

Ignaz Beidtel, Geschichte der österreichischen Staatsverwaltung 1790–1848, 2 Bände, hg. von Alphons Huber, Innsbruck 1896–1898.

Emmerich Beneder, Aus der Geschichte der Innsbrucker Jesuitenbibliothek, in: Zeitschrift für katholische Theologie (1991), S. 214–221.

Georg Christoph Berger Waldenegg, Mit vereinten Kräften! Zum Verhältnis von Herrschaftspraxis und Systemkonsolidierung im Neoabsolutismus am Beispiel der Nationalanleihe von 1854 (= Veröffentlichungen der Kommission für Neuere Geschichte Österreichs 94), Wien 2002.

Georg Christoph Berger Waldenegg, Vaterländisches Gemeingefühl und nationale Charaktere. Die kaiserliche Regierung im Neoabsolutismus und die Erfindung einer österreichischen Nationalgeschichte, in: Hans Peter Hye/Brigitte Mazohl/Jan Paul Niederkorn (Hgg.), Nationalgeschichte als Artefakt, Wien 2009, S. 135–178.

Friedrich von Bezold, Geschichte der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität. Von der Gründung bis zum Jahre 1870, Bonn 1920.

Reinhold Bichler, 100 Jahre Alte Geschichte in Innsbruck. Franz Hampl zum 75. Geburtstag (= Forschungen zur Innsbrucker Universitätsgeschichte 13), Innsbruck 1985.

Johann Melchior von Birkenstock, Johann Melchior von Birkenstocks kurzgefaßte Geschichte der in den k.k. Erblanden im Schul- und Studienwesen bisher gemachten öftern neuen Einrichtungen und Versuche (= Retrospektiven in Sachen Bildung. Übersehene Quellen 4), Klagenfurt 1996.

Helmut Birkhan, …swer des vergeze, der tete mir leide. Walther-Gedächtniskultur in den Gästebüchern des Vogelweidhofes in Lajen, in: Helmut Birkhan (Hg.), Der Achthundertjährige Pelzrock. Walther von der Vogelweide – Wolfger von Erla – Zeiselmauer, Wien 2005, S. 25–82.

Olaf Blaschke, Konfessionen im Konflikt. Deutschland zwischen 1800 und 1970: ein zweites konfessionelles Zeitalter, Göttingen 2002.

Jean-Paul Bled, Le comte Léo Thun et l'Institut für Österreichische Geschichtsforschung, in: Austriaca. Cahiers Universitaires d'Information sur l'Autriche (1978), S. 79–93.

Johann-Caspar Bluntschli, Lehrfreiheit und Lernfreiheit, in: Johann-Caspar Bluntschli/Carl Brater (Hgg.), Deutsches Staats-Wörterbuch, Stuttgart, Leipzig 1861, S. 367–374.

Laetitia Boehm, Katholizismus, Bildungs- und Hochschulwesen nach der Säkularisation, in: Anton Rauscher (Hg.), Katholizismus, Bildung und Wissenschaft im 19. und 20. Jahrhundert, Paderborn, München, Wien, Zürich 1987, S. 9–59.

Taras von Borodajkewycz, Deutscher Geist und Katholizismus im 19. Jahrhundert. Dargestellt am Entwicklungsgang Constantins von Höfler, Salzburg, Leipzig 1935.

Taras von Borodajkewycz, Leo Thun und Onno Klopp, in: Gesamtdeutsche Vergangenheit. Festgabe für Heinrich Ritter von Srbik, München 1938, S. 319–334.

Andreas Bösche, Zwischen Kaiser Franz Joseph I. und Schönerer. Die Innsbrucker Universität und ihre Studentenverbindungen 1859–1918, Innsbruck 2008.

Clemens Franz Brandis, Der Staat auf christlicher Grundlage, Regensburg 1860.

Clemens Franz Brandis, Die Grundlagen der Gesellschaft vom historischen Standpunkt betrachtet, Regensburg 1860.

Hans-Jürgen Brandt, Eine katholische Universität in Deutschland? Das Ringen der Katholiken in Deutschland um eine Universitätsbildung im 19. Jahrhundert, Köln, Wien 1981.

Harm-Hinrich Brandt, Der österreichische Neoabsolutismus. Staatsfinanzen und Politik 1848–1860 (= Schriftenreihe der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften 15), Göttingen 1978.

Harm-Hinrich Brandt (Hg.), Der österreichische Neoabsolutismus als Verfassungs- und Verwaltungsproblem. Diskussionen über einen strittigen Epochenbegriff (= Veröffentlichungen der Kommission für Neuere Geschichte Österreichs 108), Wien, Köln, Weimar 2014.

Bernhard Braun, Martin Deutinger (1815–1864), in: Emmerich SJ Coreth (Hg.), Christliche Philosophie im katholischen Denken des 19. und 20. Jahrhunderts, Graz 1988, S. 285–305.

Thomas Brechenmacher, Julius Ficker. Ein deutscher Historiker in Tirol, in: Geschichte und Region. Storia e Regione 5 (1996), S. 53–92.

Thomas Brechenmacher, „Österreich steht außer Deutschland, aber es gehört zu Deutschland." Aspekte der Bewertung des Faktors Österreich in der Deutschen Historiographie, in: Michael Gehler/Rainer F. Schmidt/Harm-Hinrich Brandt/Rolf Steininger (Hgg.), Ungleiche Partner? Österreich und Deutschland in ihrer gegenseitigen Wahrnehmung. Historische Analysen und Vergleiche aus dem 19. und 20. Jahrhundert, Stuttgart 1996, S. 31–53.

Thomas Brechenmacher, Wieviel Gegenwart verträgt historisches Urteilen? Die Kontroverse zwischen Heinrich von Sybel und Julius Ficker über die Bewertung der

Kaiserpolitik des Mittelalters (1859–1862), in: Ulrich Muhlack (Hg.), Historisierung und gesellschaftlicher Wandel in Deutschland im 19. Jahrhundert, Berlin 2003, S. 87–112.

Wolfgang Brezinka, Pädagogik in Österreich. Die Geschichte des Fachs an den Universitäten vom 18. Jahrhundert bis zum Ende des 20. Jahrhunderts, Bd. 1 (=Einleitung: Schulwesen, Universitäten und Pädagogik im Habsburger-Reich und in der Republik. Pädagogik an der Universität Wien), Wien 2000.

Bernhard Brocke, Hochschul- und Wissenschaftspolitik in Preußen und im Deutschen Kaiserreich 1882–1907: das „System Althoff", in: Peter Baumgart (Hg.), Bildungspolitik in Preußen zur Zeit des Kaiserreichs, Stuttgart 1980, S. 9–118.

Bernhard Brocke, Von der Wissenschaftsverwaltung zur Wissenschaftspolitik. Friedrich Althoff (19.2.1839–20.10.1908), in: Berichte zur Wissenschaftsgeschichte 11 (1988), S. 1–26.

Bernhard Brocke, Berufungspolitik und Berufungspraxis im Deutschen Kaiserreich, in: Christian Hesse/Rainer Christoph Schwinges/Melanie Kellermüller (Hgg.), Professorinnen und Professoren gewinnen. Zur Geschichte des Berufungswesen an den Universitäten Mitteleuropas, Basel 2012, S. 55–103.

Rüdiger vom Bruch, Friedrich-Wilhelms-Universität Berlin. Vom Modell „Humboldt" zur Humboldt-Universität 1810 bis 1949, in: Alexander Demandt (Hg.), Stätten des Geistes. Große Universitäten Europas von der Antike bis zur Gegenwart, Köln 1999, S. 257–278.

Rüdiger vom Bruch, Langsamer Abschied von Humboldt? Etappen deutscher Universitätsgeschichte 1820–1945, in: Mitchell G. Ash (Hg.), Mythos Humboldt. Vergangenheit und Zukunft der deutschen Universitäten, Wien, Köln, Weimar 1999, S. 29–57.

Rüdiger vom Bruch, Universitas semper reformanda. Grundzüge deutscher Universitäten in der Neuzeit, in: Manfred Rudersdorf (Hg.), Wissen und Geist. Universitätskulturen. Symposium anlässlich des 600-jährigen Jubiläums der Universität Leipzig, Leipzig 2009, S. 19–41.

Rüdiger vom Bruch, Zur Einführung, in: Rüdiger vom Bruch (Hg.), Die Berliner Universität im Kontext der deutschen Universitätslandschaft um 1800, um 1860 und um 1910, München 2010, S. VII–XVI.

Rüdiger vom Bruch/Rainer Christoph Schwinges (Hgg.), Universitätsreformen vom Mittelalter bis zur Gegenwart (= Jahrbuch für Universitätsgeschichte 13), Stuttgart 2010.

Friedhelm Brusniak, Der Deutsche Sängerbund und das „deutsche Lied", in: Helmut Loos (Hg.), Nationale Musik im 20. Jahrhundert. Kompositorische und soziokulturelle Aspekte der Musikgeschichte zwischen Ost- und Westeuropa, Leipzig 2004, S. 409–421.

Anton Bundsmann, Die Landeschefs von Tirol und Vorarlberg in der Zeit von 1815–1913 (= Schlern-Schriften 117), Innsbruck 1954.

Hannelore Burger, Sprachenstreit und Sprachengerechtigkeit im österreichischen Unterrichtswesen 1867–1918 (= Studien zur Geschichte der österreichisch-ungarischen Monarchie 26), Wien 1995.

Erhard Busek, Universitas Semper Reformanda, in: Falter. Heureka, 4 (2012).

Franz-Joseph Buss, Die Reform der katholischen Gelehrtenbildung in Teutschland an Gymnasien und Universitäten, Schaffhausen 1852.

Luitgard Camerer, Die Diskussion über den Sachkatalog im Spiegel des „Zentralblattes für Bibliothekswesen" (1894–1944), Köln 1967.

Louis Carlen/Fritz Steinegger (Hgg.), Festschrift Nikolaus Grass. Zum 60. Geburtstag dargebracht von Fachgenossen, Freunden und Schülern, Bd. 2, Innsbruck, München 1975.

William Clark, Academic charisma and the origins of the research university, Chicago, Ill. 2007.

Deborah R. Coen, Vienna in the age of uncertainty. Science, Liberalism, and Private Life, Chicago 2007.

Deborah R. Coen, Climate and Circulation in Imperial Austria, in: The Journal of Modern History 82 (2010), S. 839–875.

Gary B. Cohen, Education and Middle-Class Society in Imperial Austria 1848–1918, West Lafayette 1996.

Emmerich Coreth, Die Theologische Fakultät Innsbruck. Ihre Geschichte und wissenschaftliche Arbeit von den Anfängen bis zur Gegenwart (= Veröffentlichungen der Universität Innsbruck 212), Innsbruck 1995.

Emmerich SJ Coreth, Das Jesuitenkolleg in Innsbruck. Grundzüge seiner Geschichte (= Sonderdruck aus Zeitschrift für Katholische Theologie 113), Salzburg 1991.

Regina Dauser (Hg.), Wissen im Netz. Botanik und Pflanzentransfer in europäischen Korrespondenznetzen des 18. Jahrhunderts, Berlin 2008.

Daniel Defoe, Ein Essay über Projekte. London 1697 (= Edition Transfer), Wien 2006.

Johann Joseph Döllinger, Rede, gehalten auf der Generalversammlung des katholischen Vereins Deutschlands zu Linz am 26. September 1850, in: Johann Joseph Döllinger (Hg.), Kleinere Schriften. Gedruckte und ungedruckte, Stuttgart 1890, S. 105–116.

Sepp Domandl, Adalbert Stifters Lesebuch und die geistigen Strömungen der Zeit (= Schriftenreihe des Adalbert Stifter-Institutes des Landes Oberösterreich 29), Linz 1976.

Ottomar Domrich/Heinrich Häser (Hgg.), Verhandlungen deutscher Universitätslehrer über die Reform der deutschen Hochschulen in der Versammlung zu Jena vom 21. bis 24. September 1848, Jena 1848.

Heinrich Drimmel, Die Hochschulreform von Thun-Hohenstein, in: Österreich in Geschichte und Literatur (1959), S. 1–7.

Armand Freiherr von Dumreicher, Die Verwaltung der Universitäten seit dem letzten politischen Systemwechsel in Österreich, Wien 1873.

Armand Freiherr von Dumreicher, Aus meiner Studentenzeit, Wien 1909.

Friedrich Adolf Ebert, Die Bildung des Bibliothekars, Leipzig 1820.

Matthias Egger, Die I. Akademische Kompanie der k.k. Universität zu Innsbruck. Ein Beitrag zur Geschichte der Tiroler Landesverteidigung im Jahre 1848, in: Tiroler Heimat 74 (2010), S. 181–207.

Matthias Egger, „Für Gott, Kaiser und Vaterland zu Stehen und zu Fallen…". Die Aufzeichnungen Joseph Hundeggers aus dem Revolutionsjahr 1848 (= Erfahren – Erinnern – Bewahren 1), Innsbruck 2012.

Oswald Egger/Hermann Gummerer (Hgg.), Walther. Dichter und Denkmal, Wien, Lana 1990.

Herbert H. Egglmaier, Das medizinisch-chirurgische Studium in Graz. Ein Beispiel für den Wandel staatlicher Zielvorstellungen im Bildungs- und Medizinalwesen, Graz 1980.

Herbert H. Egglmaier, Die Bedeutung der Klassischen Philologie als Leitfach an den philosophischen Fakultäten der österreichischen Universitäten in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts, in: Bericht über den sechzehnten österreichischen Historikertag in Krems/Donau veranstaltet vom Verband Österreichischer Geschichtsvereine in der Zeit vom 3. bis zum 7. September, Wien 1985, S. 515–532.

Herbert H. Egglmaier, Naturgeschichte – Wissenschaft und Lehrfach. Ein Beitrag zur Geschichte des naturhistorischen Unterrichts in Österreich (= Publikationen aus dem Archiv der Universität Graz 22), Graz 1988.

Herbert H. Egglmaier, Reformansätze vor der Thunschen Reform, in: Mitteilungen der österreichischen Gesellschaft für Wissenschaftsgeschichte 18 (1998), S. 59–85.

Herbert H. Egglmaier, Graf Thun und das Rechtsstudium an den oberitalienischen Universitäten Padua und Pavia. Ein Beitrag zur Bildungs- und Wissenschaftspolitik im Alpen-Adria-Raum, in: Herwig Ebner/Ingeborg Wiesflecker-Friedhuber (Hgg.), Forschungen zur Geschichte des Alpen-Adria-Raumes. Festgabe für em.o.Univ.-Prof. Dr. Othmar Pickl zum 70. Geburtstag, Graz 1997, S. 107–118.

Helmut Engelbrecht, Geschichte des österreichischen Bildungswesens. Erziehung und Unterricht auf dem Boden Österreichs, Bd. 3 (Von der frühen Aufklärung bis zum Vormärz), Wien 1984.

Helmut Engelbrecht, Geschichte des österreichischen Bildungswesens. Erziehung und Unterricht auf dem Boden Österreichs, Bd. 4 (Von 1848 bis zum Ende der Monarchie), Wien 1986.

Anton Erdinger, Dr. Joseph Feßler. Bischof von St. Pölten und Sekretär des vaticanischen Concils. Ein Lebensbild, Brixen 1874.

Franz Exner, Die Reformen des öffentlichen Unterrichts in Österreich, in: Constitutionelle Donau-Zeitung (20., 22., 26., 29.04.1848).

Franz Exner, Bericht über die Tätigkeit des Ministeriums Sommaruga, in: Wiener Zeitung, 197–200 (18.07.–21.07.1848).

Heiner Fangerau/Thorsten Halling (Hgg.), Netzwerke. Allgemeine Theorie oder Universalmetapher in den Wissenschaften? Ein transdisziplinärer Überblick, Bielefeld 2009.

Johannes Feichtinger, Positivismus in der österreichischen Philosophie. Ein historischer Blick auf die frühe Positivismusrezeption, in: Newsletter Moderne. Zeitschrift des Spezialforschungsbereichs Moderne – Wien und Zentraleuropa um 1900 7 (2004), S. 24–29.

Johannes Feichtinger, Wissenschaft als reflexives Projekt. Von Bolzano über Freud zu Kelsen: Österreichische Wissenschaftsgeschichte 1848–1938 (= Science Studies), Bielefeld 2010.

Johannes Feichtinger, ‚Staatsnation', ‚Kulturnation', ‚Nationalstaat': The Role of National Politics in the Advancement of Science and Scholarship in Austria from 1848 to 1938, in: Mitchell G. Ash/Jan Surman (Hgg.), The Nationalization of Scientific Knowledge in Nineteenth-Century Central Europe, New York 2012, S. 57–82.

Johannes Feichtinger/Herbert Matis/Stefan Sienell/Heidemarie Uhl (Hgg.), Die Akademie der Wissenschaften in Wien 1938 bis 1945. Katalog zur Ausstellung, Wien 2013.

Fritz Fellner, Restauration oder Fortschritt, in: Heinz Fischer (Hg.), Versäumnisse oder Chancen. Beiträge zur Hochschulfrage in Österreich, Wien, Hannover 1967, S. 11–28.

Fritz Fellner, „… ein wahrhaft patriotisches Werk". Die Kommission für Neuere Geschichte Österreichs 1897–2000 (= Veröffentlichungen der Kommission für Neuere Geschichte Österreichs 91), Wien, Köln, Weimar 2001.

Eva-Marie Felschow/Emil Heuser, Universität und Ministerium im Vormärz. Justus Liebigs Briefwechsel mit Justin von Linde (= Studia Giessensia 3), Gießen 1992.

Adolf Ficker, Geschichte, Organisation und Statistik des Österreichischen Unterrichtswesens. Mit statistischen Tabellen von k.k. Hofsecretär Gustav Schimmer. I. Theil, Wien 1873.

Franz Leander Fillafer, Eine Gespenstergeschichte für Erwachsene. Überlegungen zu einer Geschichte des josephinischen Erbes in der Habsburgermonarchie, in: Christian Ehalt/Jean Mondodt (Hgg.), Was blieb vom Josephinismus? Zum 65. Geburtstag von Helmut Reinalter, Innsbruck 2010, S. 27–56.

Franz Leander Fillafer, Leo Thun und die Aufklärung. Wissenschaftsideal, Berufungspolitik und Deutungskämpfe, in: Christof Aichner/Brigitte Mazohl (Hgg.), Die Thun-Hohenstein'schen Universitätsreformen 1849–1860. Konzeption – Umsetzung – Nachwirkungen, Wien, Köln, Weimar 2017, S. 55–75.

Franz Leander Fillafer/Johannes Feichtinger, Leo Thun und die Nachwelt. Der Wissenschaftsreformer in der österreichischen Geschichts- und Kulturpolitik des 19. und 20. Jahrhunderts, in: Christof Aichner/Brigitte Mazohl (Hgg.), Die

Thun-Hohenstein'schen Universitätsreformen 1849–1860. Konzeption – Umsetzung – Nachwirkungen, Wien, Köln, Weimar 2017, S. 347–378.

Monika Fink-Lang, „Dem Geiste nach verpflichtet". Die Görres-Schüler Johann Nepomuk Sepp und Michael Strodl, in: Helmut Flachenecker/Dietmar Grypa (Hgg.), Schule, Universität und Bildung. Festschrift für Harald Dickerhof zum 65. Geburtstag, Regensburg 2007, S. 243–293.

Monika Fink-Lang, Joseph Görres. Die Biografie, Paderborn, München, Wien, Zürich 2013.

Heinz Fischer, Einer im Vordergrund, Wien 1966.

Marina Fischer-Kowalski/Hermann Strasser, Selbstbestimmung und Fremdbestimmung der österreichischen Universität. Ein Beitrag zur Soziologie der Universität. Im Auftrag des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung, Wien September 1973.

Alois Flir, Was gibt und verspricht uns die kaiserliche Proklamation?, Innsbruck 1848.

Alois Flir, Die Manharter. Ein Beitrag zur Geschichte Tirols im 19. Jahrhundert, Innsbruck 1852.

Alois Flir, Briefe aus Innsbruck, Frankfurt und Wien. Geschrieben in den Jahren 1825 bis 1853, Innsbruck 1865.

Alois Flir, Briefe über Shakespeare's Hamlet, Innsbruck 1865.

Josef Fontana, Der Kulturkampf in Tirol (= Schriftenreihe des Südtiroler Kulturinstitutes), Bozen 1978.

Johann Michael Francke, Catalogus bibliothecae Bunavianae, Leipzig 1750–1756.

Salomon Frankfurter, Graf Leo Thun-Hohenstein, Franz Exner und Hermann Bonitz, Wien 1893.

Salomon Frankfurter, Leo Thun-Hohenstein, in: Allgemeine Deutsche Biographie, Bd. 38, Leipzig 1894, S. 178–212.

Salomon Frankfurter, Entwurf einer Vorschrift über die Prüfung der Candidaten des Bibliotheksdienstes, in: Salomon Frankfurter (Hg.), Die Qualification für den staatlichen Bibliotheksdienst in Oesterreich. Vortrag gehalten im oesterreichischen Verein für Bibliothekswesen in Wien, Wien 1898, S. 27–31.

Salomon Frankfurter, Die Qualification für den staatlichen Bibliotheksdienst in Österreich. Vortrag gehalten im Österreichischen Verein für Bibliothekswesen in Wien am 19. Februar 1898, Wien 1898.

Karl Emil Franzos, Erinnerungen an Mommsen, in: Deutsche Dichtung, 35 (1903–1904).

Heinrich Friedjung, Österreich von 1848 bis 1860, Bd. 1 (Die Jahre der Revolution und der Reform von 1848 bis 1851), Stuttgart, Berlin 1908.

Heinrich Friedjung, Österreich von 1848 bis 1860, Bd. 2., Stuttgart, Berlin ^{2}1912.

Marian Füssel, Gelehrtenkultur als symbolische Praxis. Rang, Ritual und Konflikt an der Universität der Frühen Neuzeit, Darmstadt 2006.

Marian Füssel, Wie schreibt man Universitätsgeschichte?, in: NTM. Zeitschrift für Geschichte der Wissenschaften, Technik und Medizin (2015), S. 287–293.

Jeffrey Garrett, Redefining Order in the German Library, 1775–1825, in: Eighteenth-Century Studies 33 (1999), S. 103–123.

Georg Gärtner, Anton Kerner und die Botanik an der Universität Innsbruck in den Jahren 1860-1878, in: Maria Petz-Grabenbauer (Hg.), Anton Kerner von Marilaun (1831–1898), Wien 2004, S. 27–36.

Wolfgang Gasser (Hg.), Erlebte Revolution 1848/49. Das Wiener Tagebuch des jüdischen Journalisten Benjamin Kewall (= Quelleneditionen des Instituts für Österreichische Geschichtsforschung 3), Wien 2010.

Michael Gebhardt, Ignaz Vinzenz Zingerle, Adolf Pichler und der Germanistische Lehrstuhl an der Universität Innsbruck, in: Mitteilungen aus dem Brenner-Archiv (1992), S. 28–38.

Michael Gehler, Studenten und Politik. Der Kampf um die Vorherrschaft an der Universität Innsbruck 1918–1938 (= Innsbrucker Forschungen zur Zeitgeschichte 6), Innsbruck 1990.

Michael Gehler, Entstehung-, Organisations- und Wirkungsgeschichte österreichischer Studentenvereine unter besonderer Berücksichtigung des Vormärz (1815–1848), in: Jahrbuch der Hambach-Gesellschaft (1992/93), S. 37–67.

Michael Gehler/Günther Pallaver (Hgg.), Universität und Nationalismus. Innsbruck 1904 und der Sturm auf die italienische Rechtsfakultät (= Grenzen/Confini 16), Trient 2013.

Max-Emanuel Geis, Universitas Semper Reformanda. Kulturelle Verantwortung versus ökonomistische Relevanz, in: Deutscher Hochschulverband (Hg.), Glanzlichter der Wissenschaft. Ein Almanach, Saarwellingen 2009, S. 77–87.

Stefan Gerber, Wie schreibt man „zeitgemäße" Universitätsgeschichte?, in: NTM. Zeitschrift für Geschichte der Wissenschaften, Technik und Medizin (2015), S. 277–286.

Geschichte der Kaiserlichen Universität zu Wien. Zweiter Band. Statutenbuch der Universität, Wien 1854.

Sander Gliboff, Evolution, Revolution, and Reforms in Vienna: Franz Unger's Ideas on Descent and Their Post-1848 Reception, in: Journal of the History of Biology (1998), S. 179–209.

Peter Goller, Die Lehrkanzeln für Philosophie an der Philosophischen Fakultät der Universität Innsbruck (= Forschungen zur Innsbrucker Universitätsgeschichte 14), Innsbruck 1989.

Peter Goller, Die Matrikel der Universität Innsbruck. Die Matrikel der Theologischen Fakultät, 1. Bd. (1857–1900), Innsbruck 1995.

Peter Goller, Die Matrikel der Universität Innsbruck. Verzeichnis der Pharmaziestudenten an der Universität Innsbruck (1854–1918), Innsbruck 1996.

Peter Goller, Katholisches Theologiestudium an der Universität Innsbruck vor

dem Ersten Weltkrieg (1857–1914) (= Forschungen zur Innsbrucker Universitätsgeschichte 19), Innsbruck, Wien 1997.

Peter Goller, Naturrecht, Rechtsphilosophie oder Rechtstheorie? Zur Geschichte der Rechtsphilosophie an Österreichs Universitäten (1848–1945), Frankfurt a. M., Berlin, Bern, New York, Paris, Wien 1997.

Peter Goller, Jeder Notariat-Akt (…) Anlaß zu neuer Mißstimmung. Traditional-patrimoniale wider formal-rationalisierte Rechtspflege am Beispiel des Tiroler Notariats, in: Der Schlern 72 (1998), S. 519–533.

Peter Goller, Die Matrikel der Universität Innsbruck. Abteilung: Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät, Bd. 1 (1849–1918), Innsbruck 1998.

Peter Goller, Die Matrikel der Universität Innsbruck. Abteilung: Philosophische Fakultät. Erster Band (1850/51–1904/05), Innsbruck 2012.

Peter Goller/Gerhard Oberkofler, Mineralogie und Geologie an der Leopold-Franzens-Universität Innsbruck (1867–1945) (= Forschungen zur Innsbrucker Universitätsgeschichte 15), Innsbruck 1990.

Peter Goller/Georg Tidl, „Jubel ohne Ende …!". Die Universität Innsbruck im März 1938. Zur Nazifizierung der Tiroler Landesuniversität, Wien 2012.

Friedrich Gottas, Die Frage der Protestanten in Ungarn in der Ära des Neoabsolutismus. Das ungarische Protestantenpatent vom 1. September 1859, München 1965.

Thomas Götz, Bürgertum und Liberalismus in Tirol 1840-1873. Zwischen Staat und ‚Region', Staat und Nation 1840–1873 (= Italien in der Moderne 10), Köln 2001.

Thomas Götz, Gratwanderung – liberale Katholiken deutscher und italienischer Nationalität im ultramontanen Tirol zwischen Restauration und liberalem Konstitutionalismus (1830–1880), in: Heinz-Gerhard Haupt/Dieter Langewiesche (Hgg.), Nation und Religion in der deutschen Geschichte, Frankfurt/Main 2001, S. 446–479.

Nikolaus Grass, Die Kirchenrechtslehrer der Innsbrucker Universität von 1672 bis zur Gegenwart, in: Festschrift zu Ehren Hofrat Prof. Dr. Otto Stolz (=Veröffentlichungen des Museum Ferdinandeum 31), Innsbruck 1951, S. 157–212.

Nikolaus Grass, Österreichische Kanonistenschulen, in: Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte. Kanonistische Reihe (1955), S. 290–410.

Nikolaus Grass, Österreichische Historiker-Biographien. Beiträge zur Geschichte der historischen Forschung in Österreich, Innsbruck 1957.

Nikolaus Grass, Benediktinische Geschichtswissenschaft und die Anfänge des Instituts für österreichische Geschichtsforschung, in: Mitteilungen des Instituts für österreichische Geschichtsforschung (1960), S. 470–484.

Nikolaus Grass, Albert Jäger, in: Südtiroler Kulturinstitut (Hg.), Stifte und Klöster. Entwicklung und Bedeutung im Kulturleben Südtirols, Bozen 1962, S. 317–329.

Nikolaus Grass, Maassen, Friedrich Bernhard, in: Neue Deutsche Biographie, Bd. 15, Berlin 1987, S. 603–604.

Nikolaus Grass, Moy de Sons, Kraft Karl Ernst Frhr. v., in: Neue Deutsche Biographie, Bd. 18, Berlin 1997, S. 237–238.

Nikolaus Grass/Hans Hochenegg, Görres und Tirol, in: Tiroler Heimat 40 (1977), S. 93–109.

Franz Grillparzer, Sämtliche Werke, Bd. 1 (Gedichte – Epigramme – Dramen I), München 1960.

Helmut Gritsch, Die Familie Giovanelli von Hörtenberg und die Tiroler Freiheitskämpfe, in: Klaus Brandstätter/Julia Hörmann (Hgg.), Tirol – Österreich – Italien. Festschrift für Josef Riedmann zum 65. Geburtstag, Innsbruck 2005, S. 287–297.

Walther Haas, Erziehung und Bildung Kaiser Franz Josephs, Wien 1948.

Josef Freiherr von Hammer-Purgstall, Erinnerungen aus meinem Leben. 1774–1852, Wien, Leipzig 1940.

Ludwig Hammerstein (Hg.), Charakterbilder aus dem Leben der Kirche, vertheilt auf die Sonntage des Kirchenjahres, Trier 1897.

Notker Hammerstein, Die Universitäten in der Aufklärung, in: Walter Rüegg (Hg.), Geschichte der Universität in Europa, München 1996, S. 495–506.

Eduard Hanslick, Aus meinem Leben, Kassel, Basel 1987 (1894).

Jan Harasimowicz, Universitas litterarum Wratislaviensis 1811–1945. Commemorative Book for the 200th Anniversary of the Establishment of the State University of Wroclaw. Volume II (= Acta Universitatis Wratislaviens 3363), Wroclaw 2013.

Martin Johannes Haselwanter, Gesellschaft – Bildung – Protest. Studentischer Aktionismus in Zeiten der Instrumentalisierung von Bildung: Die Uni brennt! Innsbruck Dissertation, 2014.

Ellen Hastaba, „Für Freiheit, Wahrheit und Recht!“ Archivalische Trouvaillen aus dem Tiroler Landesarchiv und dem Ferdinandeum zur kurzen Geschichte der „Innsbrucker Zeitung“ (1848–1852), in: Wissenschaftliches Jahrbuch der Tiroler Landesmuseen 2008, S. 56–131.

Waltraud Heindl, Universitätsreform und politisches Programm. Die Sprachenfrage an der Universität Krakau im Neoabsolutismus, in: Österreichische Osthefte 20 (1978), S. 79–98.

Waltraud Heindl, Universitätsreform – Gesellschaftsreform. Bemerkungen zum Plan eines „Universitätsorganisationsgesetzes“ in den Jahren 1854/55, in: Mitteilungen des Österreichischen Staatsarchivs 35 (1983), S. 134–149.

Waltraud Heindl, Einleitung, in: Protokolle des Österreichischen Ministerrates (1848–1867). III. Abteilung (Das Ministerium Buol-Schauenstein), Bd. 3, Wien 1984, S. IX–XXXVII.

Waltraud Heindl, Josephinische Mandarine. Bürokratie und Beamte in Österreich. Bd. 2 1848–1914 (= Studien zu Politik und Verwaltung 107), Wien, Köln, Graz 2013.

Carl Heintl, Mittheilungen aus den Universitäts-Acten (vom 12. März 1848 bis 22. Juli 1848), Wien 1848.

Hans Heiss/Thomas Götz, Am Rand der Revolution. Tirol 1848/49, Wien, Bozen 1998.

A. Held, Universität, in: Carl Rotteck/Karl Theodor Welcker (Hgg.), Das Staats-Lexi-

kon: Encyklopädie der sämmtlichen Staatswissenschaften für alle Stände, Leipzig [3]1866, S. 776–800.

Joseph Alexander Helfert, Über Nationalgeschichte und den gegenwärtigen Stand ihrer Pflege in Österreich, Prag 1853.

Joseph Alexander Helfert, Graf Leo Thun +, in: Das Vaterland, 350 (19.12.1888), S. 1–2.

Marina Hilber, Institutionalisierte Geburt. Eine Mikrogeschichte des Gebärhauses (= Histoire 33), Bielefeld 2012.

Nikolaus Hilling, Zwei Notizen über die Kirchenrechtslehrer von Moy und Phillips aus den Jahren 1856 und 1858, in: Archiv für katholisches Kirchenrecht (1934), S. 500–501.

Adolf Hilsenbeck, Martin Schrettinger und die Aufstellung in der Kgl. Hof- und Staatsbibliothek München, in: Rupert Hacker (Hg.), Beiträge zur Geschichte der Bayerischen Staatsbibliothek, München 2000, S. 128–151.

Hans Hintermaier, Fallmerayers Briefe an Anselm Prugger von Pruggheim und Valentin Forer, in: Festschrift zur Ehren Hofrat Prof. Dr. Otto Stolz (= Veröffentlichungen des Museum Ferdinandeum 31), Innsbruck 1951, S. 279–288.

Anton Hittmair, Geschichte der k.k. Universitätsbibliothek in Innsbruck, Innsbruck 1911.

Lothar Höbelt, Die deutsche Presselandschaft, in: Helmut Rumpler/Peter Urbanitsch (Hgg.), Die Habsburgermonarchie 1848–1918. Politische Öffentlichkeit und Zivilgesellschaft. Teil 2: Die Presse als Faktor der politischen Mobilisierung, Wien 2003, S. 1819–1894.

Lothar Höbelt, Graf Karl Wolkenstein (1802–1875). Der Alte vom Berg oder das Gewissen der Rechtspartei, in: Robert Rebitsch/Elena Taddei (Hgg.), Innsbrucker Historische Studien. Politik – Konflikt – Gewalt, Innsbruck, Wien, Bozen 2007, S. 221–231.

Lothar Höbelt, Graf Leo Thun als Führer der konservativen Opposition, oder: Aufstieg und Fall der „Österreichischen Rechtspartei“ (1872–74), in: Dagmar Hajkova/Lubos Velek (Hgg.), Historik na sachvini dejin. K petasedemdesatinam Jana Galandauera, Prag 2011, S. 112–133.

Lothar Höbelt/Johannes Kalwoda/Jiří Malíř (Hg.), Die Tagebücher des Grafen Egbert Belcredi 1850–1894. Nach editorischen Vorarbeiten von Antonín Okáč, Wien, Köln, Weimar 2016.

Michael Hochedlinger/Thomas Just, „Diese Diebstähle sind einzig in der Geschichte aller Archive der Welt“. Die Affäre Grill 1951–1953. Ein Beitrag zur Personalgeschichte des Haus-, Hof- und Staatsarchivs zwischen 1. und 2. Republik, in: Mitteilungen des Instituts für österreichische Geschichtsforschung (2005), S. 362–388.

Josef Hochgerner, Studium und Wissenschaftsentwicklung im Habsburgerreich. Studentengeschichte seit Gründung der Universität Wien bis zum Ersten Weltkrieg, Wien 1983.

Walter Höflechner, Bemerkungen zu Charakter und Funktion des Seminars im Studium der Geschichte, vornehmlich am Beispiel der Universität Graz, in: Herwig Ebner/Ingeborg Wiesflecker-Friedhuber (Hgg.), Forschungen zur Geschichte des Alpen-Adria-Raumes. Festgabe für em.o.Univ.-Prof. Dr. Othmar Pickl zum 70. Geburtstag, Graz 1997, S. 227–240.

Walter Höflechner, Österreich: eine verspätete Wissenschaftsnation?, in: Karl Acham (Hg.), Geschichte der österreichischen Humanwissenschaften, Wien 1999, S. 93–114.

Walter Höflechner, Materialien zur Entwicklung der Physik und ihrer „Randfächer" Astronomie und Meteorologie an den österreichischen Universitäten 1752–1938, Graz, Wien, Köln 2002.

Walter Höflechner, Zum System Wissenschaft und seinen institutionellen Komponenten in Österreich bis zum Zweiten Weltkrieg, in: Karl Acham (Hg.), Geschichte der österreichischen Humanwissenschaften, Wien 2004, S. 481–544.

Walter Höflechner, Nachholende Eigenentwicklung? Der Umbau des habsburgischen Universitätssystems nach der Mitte des 19. Jahrhunderts, in: Rüdiger vom Bruch (Hg.), Die Berliner Universität im Kontext der deutschen Universitätslandschaft um 1800, um 1860 und um 1910, München 2010, S. 93–108.

Johann Holzner/Gerhard Oberkofler, Ausbruch aus der Provinz. Adolf Pichler – Alois Brandl Briefwechsel (1876–1900) (= Innsbrucker Beiträge zur Kulturwissenschaft, Germanistische Reihe 16), Innsbruck 1983.

Jochen Hörisch, Die ungeliebte Universität. Rettet die Alma mater! (= Edition Akzente), München 2006.

Tanja Hörnle, Strafrecht und Rechtsphilosophie. Traditionen und Perspektiven, in: Stefan Grundmann (Hg.), Festschrift 200 Jahre Juristische Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin, Berlin, New York 2010, S. 1265–1281.

Florian Huber, Konfessionelle Identitätsbildung in Tirol: Antiprotestantismus ohne Protestanten (1830–1848), in: Geschichte und Region. Storia e Regione 19 (2010), S. 28–52.

Florian Huber, „Kulturkämpfer". Vinzenz Gasser und der Katholizismus in Tirol 1830–1876, in: Der Schlern 84 (2010), S. 39–59.

Florian Huber, Grenzkatholizismen. Religion, Raum und Nation in Tirol 1830–1848 (= Schriften zur politischen Kommunikation, Bd. 23), Göttingen 2016.

Heinz Huber, Geschichte der Medizinischen Fakultät Innsbruck und der medizinisch-chirurgischen Studienanstalt, Wien 2010.

Martinus Huber, Beitrag zur Verständigung über das österreichische Concordat, Innsbruck 1857.

Wilhelm von Humboldt, Ideen zu einem Versuch, die Grenzen der Wirksamkeit des Staates zu bestimmen 1792.

Wilhelm von Humboldt, Über die innere und äußere Organisation der höheren wissenschaftlichen Anstalten in Berlin. Unvollendete Denkschrift, in: Ernst Anrich

(Hg.), Die Idee der deutschen Universität. Die fünf Grundschriften aus der Zeit ihrer Neubegründung durch klassischen Idealismus und romantischen Realismus, Darmstadt 1956, S. 375–386.

Max Hussarek, Die Verhandlungen des Konkordats vom 18. August 1855. Ein Beitrag zur Geschichte des österreichischen Staatskirchenrechts (= Archiv für österreichische Geschichte 109) 1922.

Franz Huter, Hundert Jahre Medizinische Fakultät Innsbruck 1869 bis 1969 (= Forschungen zur Innsbrucker Universitätsgeschichte 7), Innsbruck 1969.

Franz Huter, Salzburg oder Innsbruck? Ein Gerücht von der Verlegung der Universität aus der Inn- in die Salzachstadt, in: Tiroler Heimat 33 (1969), S. 33–51.

Franz Huter (Hg.), Die Fächer Mathematik, Physik und Chemie an der Philosophischen Fakultät zu Innsbruck bis 1945 (= Veröffentlichungen der Universität Innsbruck 66), Innsbruck 1971.

Herbert Irsara, Studentisch-wissenschaftliches Leben an der Universität Innsbruck. Das erste Dezennium des akademischen Historikerklubs in Innsbruck (1872–1882). Edition der Klubchronik mit Einleitung. Diplomarbeit, Innsbruck 2003.

Albert Jäger, Graf Leo Thun und das Institut für österreichische Geschichtsforschung, in: Österreichisch-Ungarische Revue, 8/Neue Folge (1889/1890), S. 1–22

Eduard Jahn, Platon's Protagoras. Mit Einleitungen und Anmerkungen, Wien 1857.

Heinz Janetschek, Aus der Geschichte der Zoologie in Innsbruck, in: Verhandlungen der Deutschen Zoologischen Gesellschaft in Innsbruck, Leipzig 1968, S. 56–65.

Johannes Janssen, Johann Friedrich Böhmer's Leben, Briefe und kleinere Schriften, Bd. 3 (Briefe von 1849-1863. Kleinere Schriften), Freiburg im Breisgau 1868.

Konrad H. Jarausch, Amerika – Alptraum oder Vorbild? Transatlantische Bemerkungen zum Problem der Universitätsreform, in: Ulrich Sieg (Hg.), Die Idee der Universität heute, München 2005, S. 87–102.

Alois Jesinger, Die Universitätsbibliothek Wien, in: Zentralblatt für das Bibliothekswesen 43 (1926), S. 438–460.

Ralph Jessen/Jacob Vogel, Die Naturwissenschaften und die Nation. Perspektiven einer Wechselbeziehung in der europäischen Geschichte, in: Ralph Jessen (Hg.), Wissenschaft und Nation in der europäischen Geschichte, Frankfurt/Main 2002, S. 7–37.

Uwe Jochum, Bibliotheken und Bibliothekare 1800–1900, Würzburg 1991.

Uwe Jochum, Die Idole der Bibliothekare, Würzburg 1995.

Uwe Jochum, Kleine Bibliotheksgeschichte, Stuttgart ^{3}2007.

Reinhard Johler, Walther von der Vogelweide. Erinnerungskultur und Bürgertum in Südtirol, in: Hanns Haas/Hannes Stekl (Hgg.), Bürgerliche Selbstdarstellung. Städtebau, Architektur, Denkmäler, Wien, Köln, Weimar 1995, S. 185–204.

William M. Johnston, Österreichische Kultur- und Geistesgeschichte. Gesellschaft und Ideen im Donauraum. 1848 bis 1938, Wien, Köln, Graz 1974.

Peter Josephson/Thomas Karlsohn/Johan Östling, Introduction: The Humboldtian

Tradition and Its Transformations, in: Peter Josephson/Thomas Karlsohn/Johan Östling (Hg.), The Humboldtian Tradition: origins and legacies, Leiden 2014, S. 1–21.

Julius Jung, Julius Ficker (1826–1902). Ein Beitrag zur deutschen Gelehrtengeschichte, Innsbruck 1907.

Josefine Justic, 125 Jahre Gasversorgung, in: Innsbrucker Stadtnachrichten. Offizielles Mitteilungsblatt der Landeshauptstadt, 6 (15.06.1983), S. 16.

Franz Kalde, Phillips, George, in: Biographisch-Bibliographisches Kirchenlexikon, Bd. 7, Herzberg 1994, Spalte 515–518.

Jürgen Kämmerer (Hg.), Heinrich Ritter von Srbik. Die wissenschaftliche Korrespondenz des Historikers 1912–1945 (= Deutsche Geschichtsquellen des 19. und 20. Jahrhunderts 55), Boppard am Rhein 1988.

Robert A. Kann, Hochschule und Politik im österreichischen Verfassungsstaat (1867–1918), in: Gerhard Botz/Hans Hautmann/Karl Stadler (Hgg.), Geschichte und Gesellschaft. Festschrift für Karl R. Stadler zum 60. Geburtstag, Wien 1974, S. 507–526.

Immanuel Kant, Der Streit der Fakultäten, Köln 1995 (1798).

Sieglinde Kapferer, Graf Leo von Thun und Hohenstein. Ein Böhme zwischen deutschem und tschechischem Kulturkreis. Diplomarbeit, Innsbruck 2013.

Lutz Käppel, Themis, in: Der Neue Pauly, Bd. 12/1, Stuttgart, Weimar 2002.

Gerald Kasemir, Spätes Ende für „wissenschaftlich" vorgetragenen Rassismus. Die Borodajkewycz-Affäre 1965, in: Michael Gehler (Hg.), Politische Affären und Skandale in Österreich. Von Mayerling bis Waldheim, Innsbruck [2]2007, S. 486–501.

Alois Kernbauer, Zwischen Zunft und Wissenschaft. Der österreichische Apotheker- und Pharmazeutenstand in der Krise. Von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis in das Jahr 1922 (= Geschichte der Pharmazeutischen Ausbildung in Österreich), Graz 1989.

Alois Kernbauer, Wissenschaft in Österreich um 1800, in: Karl Acham (Hg.), Geschichte der österreichischen Humanwissenschaften, Wien [1]1999, S. 51–91.

Michael Kiehn, Anton Kerner von Marilaun und seine Beschäftigung mit Botanischen Gärten, in: Maria Petz-Grabenbauer (Hg.), Anton Kerner von Marilaun. (1831–1898), Wien 2004, S. 37–47.

Rudolf Kink, Akademische Vorlesungen über die Geschichte Tirols bis zur Vereinigung mit Österreich, Innsbruck 1850.

Karl Klaar, Gründung und Fortschritt der Firma Marianische Vereinsbuchhandlung und Buchdruckerei A.G. Innsbruck. Die Jahre 1856–1936. Rückschau, Innsbruck 1936.

Franz Klein-Bruckschwaiger, Zur Geschichte des Sprachenrechts an der Universität Innsbruck, in: Theodor Veiter (Hg.), Volkstum zwischen Moldau, Etsch und Donau. Festschrift für Franz Hieronymus Riedl, Wien, Stuttgart 1971, S. 198–216.

Harald Kleinschmidt, Über den Umgang mit Büchern. Hilfswissenschaftliche Prolegomena zur Geschichte der Katalogregeln, in: Archiv für Kulturgeschichte (1982), S. 453–480.

Emil Kleinschrod, Die Preußische Politik und der italienische Krieg von 1859, Frankfurt a.M. 1859.

Emil Kleinschrod, Oesterreich und die italienischen Verträge, Frankfurt a.M. 1859.

Marianne Klemun, Space, State, Territory, Region and Habitat. Alpine Gardens in the Habsburg Countries, in: Designing Botanical Gardens: Science, Culture and Sociability (= Studies in the History of Gardens & Designed Landscapes, An International Quarterly) 28 (2008), S. 414–423.

Marianne Klemun, Introduction: ‚Moved' Natural Objects – ‚Spaces in Between', in: HOST. Journal of History of Science and Technology 5 (2012), S. 1–7.

Marianne Klemun/Ana Carneiro (Hgg.), Seeing and Measuring, Constructing and Judging: Instruments in the History of the Earth Sciences (= Centaurus, Special Issue 53/2) 2011.

Thomas Kletecka/Anatol Schmied-Kowarzik, Einleitung, in: Die Protokolle des österreichischen Ministerrates (1848–1867). II. Abteilung (Das Ministerium Schwarzenberg) Bd. 2, Wien 2005, S. IX–XXXIX.

Anton Klette, Die Selbständigkeit des bibliothekarischen Berufs. Mit Rücksicht auf die deutschen Universitätsbibliotheken, 1871 Leipzig.

Christa Kletter, Pharmazie an der Universität Innsbruck, in: Peter Dilg (Hg.), Pharmazie in Innsbruck. Historische und aktuelle Aspekte, Marburg 2012, S. 33–59.

Rupert Klieber, Jüdische, christliche, muslimische Lebenswelten der Donaumonarchie. 1848–1918, Wien 2010.

Michael Klöcker, Katholizismus und Bildungsbürgertum. Hinweise zur Erforschung vernachlässigter Bereiche der deutschen Bildungsgeschichte im 19. Jahrhundert, in: Reinhart Koselleck (Hg.), Bildungsbürgertum im 19. Jahrhundert. Teil II. Bildungsgüter und Bildungswesen, Stuttgart 1990, S. 117–138.

Dirk Klotz, Die Entwicklung der Sacherschließung in deutschen Öffentlichen Bibliotheken von 1900 bis 1945, in: Bibliothek. Forschung und Praxis (1977), S. 71–93.

Wolfgang König, Universitätsreform in Bayern in den Revolutionsjahren 1848/49 (= Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte, Beiheft 8), München 1977.

Maria Kostner, Die Geschichte der italienischen Universitätsfrage in der Österreichisch-Ungarischen Monarchie von 1864 bis 1914. Dissertation, Innsbruck 1970.

Hermann J. W. Kuprian, „Ein rauher Alpenwind, wie der Scheidegruss Nord-Tyrol's, weht aus den Felsklüften des Brenner". Zur Geschichte des Begriffes „Nordtirol", in: Geschichte und Region. Storia e Regione 9 (2000), S. 171–190.

Hermann J. W. Kuprian, „Machen Sie diesem Skandal ein Ende. Ihre Rektoren sind eine nette Gesellschaft.", in: Michael Gehler/Hubert Sickinger (Hgg.), Politische Affären und Skandale in Österreich. Von Mayerling bis Waldheim, Innsbruck, Wien, Bozen 2007, S. 99–127.

Otmar Lahodynsky, Verdrängungsbeschwerden, in: Profil (29.03.2013).
Dieter Langewiesche, Die ‚Humboldtsche Universität' als nationaler Mythos. Zum Selbstbildnis der deutschen Universitäten in ihren Rektoratsreden im Kaiserreich und in der Weimarer Republik, in: Historische Zeitschrift 290 (2010), S. 53–91.
Franz Anton O. Fr Min Lanznaster, Alois Flir. Eine biographisch-literarische Studie, Innsbruck 1899.
Ignaz Laschan, Lebensfrage über den Fortbestand der Innsbrucker Universität, in: Bothe für Tirol und Vorarlberg, 122 und 123 (16.09.1848), S. 566–567, 575-576.
Elisabeth Lebensaft/Hubert Reitterer, Wurzbach-Aspekte, in: Österreichisches Biographisches Lexikon (= Sonderdruck aus Wiener Geschichtsblätter 47.1), 1991.
Elmar Lechner, Die Klassiker der österreichischen pädagogischen Historiographie – Karl Wotke und Gustav Starkosch-Graßmann, in: Elmar Lechner/Helmut Rumpler/Herbert Zdarzil (Hgg.), Zur Geschichte des österreichischen Bildungssystems. Probleme und Perspektiven der Forschung, Wien 1992, S. 117–142.
Hedda Leeb, Geschichte der Universität Innsbruck von 1898 bis 1908. Dissertation, Innsbruck 1968.
Peter Leisching, Die Bischofskonferenz. Beiträge zu ihrer Rechtsgeschichte, mit besonderer Berücksichtigung ihrer Entwicklung in Österreich, Wien, München 1963.
Peter Leisching, Zur Rechtsgeschichte der Innsbrucker Jesuitenfakultät, in: Tiroler Heimat 39 (1976), S. 101–124.
Peter Leisching, Aus der Zeit des Aufstiegs der österreichischen Kirchenrechtswissenschaft, in: Kurt Ebert (Hg.), Festschrift Nikolaus Grass. Zum 70. Geburtstag dargebracht von Fachkollegen und Freunden, Innsbruck 1986, S. 303–316.
Erich Leitner, Richard Meister als Universitätshistoriker, in: Elmar Lechner/Helmut Rumpler/Herbert Zdarzil (Hgg.), Zur Geschichte des österreichischen Bildungssystems. Probleme und Perspektiven der Forschung, Wien 1992, S. 143–172.
Claire Lemercier, Formale Methoden der Netzwerkanalyse in den Geschichtswissenschaften: Warum und Wie?, in: Albert Müller/Wolfgang Neurath (Hgg.), Historische Netzwerkanalysen, Innsbruck, Wien 2012, S. 16–41.
Hans Lentze, Die romantisch-konservative Richtung der deutschen Rechtsgeschichte, in: Der Geschichtsfreund. Mitteilungen des historischen Vereins der fünf Orte (1953), S. 13–37.
Hans Lentze, Graf Thun und die deutsche Rechtsgeschichte, in: Mitteilungen des Instituts für österreichische Geschichtsforschung (1955), S. 500–521.
Hans Lentze, Graf Thun und die voraussetzungslose Wissenschaft, in: Helmut J. Mezler-Andelberg (Hg.), Festschrift Karl Eder zum siebzigsten Geburtstag, Innsbruck 1959, S. 197–209.
Hans Lentze, Die Universitätsreform des Ministers Graf Leo Thun-Hohenstein, in: Österreichische Akademie der Wissenschaften (Hg.), Sitzungsberichte, Wien 1962, S. 1–372.

Hans Lentze, Leo Graf Thun-Hohenstein, in: Neue Österreichische Biographie ab 1815, Wien, München, Zürich 1963, S. 74–81.

Hans Lentze, George Phillips, der große Kanonist des 19. Jahrhunderts, in: Viktor Flieder (Hg.), Festschrift Franz Loidl zum 65. Geburtstag, Wien 1970, S. 160–166.

Hans Lentze, Die österreichischen Universitäten als Nebenschauplatz im österreichischen Kulturkampf, in: Louis Carlen/Fritz Steinegger (Hgg.), Festschrift Nikolaus Grass. Zum 60. Geburtstag dargebracht von Fachgenossen, Freunden und Schülern, Innsbruck, München 1975, S. 347–360.

Josef Lenzenweger, Sancta Maria de Anima. Erste und zweite Gründung, Wien 1959.

Josef Lenzenweger, Der Kampf um eine Hochschule für Linz (= Schriftenreihe des Institutes für Landeskunde von Oberösterreich 15), Linz 1963.

Alphons Lhotsky, Geschichte des Instituts für Österreichische Geschichtsforschung 1854–1954. Festgabe zur Hundert-Jahr-Feier des Instituts (= Mitteilungen des Instituts für Österreichische Geschichtsforschung Ergänzungsband 17), Graz, Köln 1954.

Alphons Lhotsky, Das Ende des Josephinismus. Epilegomena zu Hans Lentzes Werk über die Reform des Ministers Grafen Thun, in: Hans Wagner/Heinrich Koller (Hgg.), Aufsätze und Vorträge, München 1972, S. 258–290.

Konrad Paul Liessmann, Theorie der Unbildung, Wien 2006.

Bernhard Löcher, Das österreichische Feldkirch und seine Jesuitenkollegien „St. Nikolaus“ und „Stella Matutina“. Höheres Bildungswesen und Baugeschichte im historischen Kontext 1649 bis 1979, Frankfurt a.M. 2008.

Ignatz de Luca, Versuch einer akademischen gelehrten Geschichte von der Kaiserl. Königl. Leopoldinischen Universität zu Insbruck (= Journal der Literatur und Statistik 1), Innsbruck 1782.

Alfred Ludwig, Platon’s Protagoras mit Einleitungen und Anmerkungen von Ed. Jahn, Wien, C. Gerold‘s Sohn, 1857, in: Zeitschrift für die Österreichischen Gymnasien (1857), S. 212–217.

Alfred Ludwig, Platon’s Protagoras. Mit Einleitung und Anmerkungen zum Schul- und Privatgebrauch von Tobias Wildauer. Innsbruck 1857, in: Zeitschrift für die Österreichischen Gymnasien (1858), S. 481–488.

Friedrich Maassen, Der Primat des Bischofs von Rom und die alten Patriarchalkirchen, Bonn 1853.

Friedrich Maassen, Civilistische Erörterungen. 1. Heft: Zur Lehre von den Bedingungen, Bonn 1854.

Ferdinand SJ Maass, Der Josephinismus. Quellen zu seiner Geschichte in Österreich 1760– 1790. Amtliche Dokumente aus dem Wiener Haus-, Hof- und Staatsarchiv und dem allgemeinen Verwaltungsarchiv in Wien . (= Fontes rerum Austriacarum. 2. Abteilung, Diplomataria et acta), Wien 1951–1961.

Ferdinand SJ Maass, Der Josephinismus. Die Geschichte des österreichischen Reformkatholizismus 1740–1848 von Eduard Winter, in: Historische Zeitschrift 198 (1964), S. 682–684.

Guido Machek, Die Lehrkanzeln und Institute für Chemie in Innsbruck, in: Franz Huter (Hg.), Die Fächer Mathematik, Physik und Chemie an der Philosophischen Fakultät zu Innsbruck bis 1945, Innsbruck 1971, S. 173–222.

Jens Maesse, Die vielen Stimmen des Bologna-Prozesses. Zur diskursiven Logik eines bildungspolitischen Programms, Bielefeld 2010.

Walter N. Mair, Die Romanische Philologie an der Universität Innsbruck, in: Tiroler Heimat (1982/83), S. 111–136.

Thomas Maisel, Alma mater auf den Barrikaden. Die Universität Wien im Revolutionsjahr 1848, Wien 1998.

Thomas Maisel, Gelehrte in Stein und Bronze. Die Denkmäler im Arkadenhof der Universität Wien, Wien 2007.

Thomas Maisel, Lehr- und Lernfreiheit und die ersten Schritte zu einer Universitäts- und Studienreform im Revolutionsjahr 1848, in: Christof Aichner/Brigitte Mazohl (Hgg.), Die Thun-Hohenstein'schen Universitätsreformen 1849–1860. Konzeption – Umsetzung – Nachwirkungen, Wien, Köln, Weimar 2017, S. 99–117.

Stefan Malfèr, Italienische Studenten in Wien, Graz und Innsbruck 1848–1918, in: Richard Georg Plaschka/Karlheinz Mack (Hgg.), Wegnetz europäischen Geistes II. Universitäten und Studenten. Die Bedeutung Studentischer Migration im Mittel- und Südosteuropa vom 18. bis zum 20. Jahrhundert, Wien 1987, S. 183–195.

Stefan Malfèr, Einleitung, in: Die Protokolle des österreichischen Ministerrates (1848–1867). IV. Abteilung (Das Ministerium Rechberg) Bd. 1, Wien 2003, S. IX–LXX.

Heinrich Marquardsen, Universitäten, in: Johann-Caspar Bluntschli/Carl Brater (Hgg.), Deutsches Staats-Wörterbuch. In Verbindung mit deutschen Gelehrten, Stuttgart, Leipzig 1867, S. 677–728.

Achim Masser, Walther von der Vogelweide und die Innsbrucker Germanistik seit Ignaz Vinzenz Zingerle, in: Sieglinde Klettenhammer (Hg.), Kulturraum Tirol. Literatur – Sprache – Medien. Jubiläumsband „150 Jahre Germanistik in Innsbruck", Innsbruck 2009, S. 27–53.

Gottfried Mayer, Österreich als „katholische Großmacht". Ein Traum zwischen Revolution und liberaler Ära (= Studien zur Geschichte der österreichisch-ungarischen Monarchie 24), Wien 1989.

Brigitte Mazohl-Wallnig, Die Österreichische Unterrichtsreform in Lombardo-Venetien 1848–1854, in: Römische Historische Mitteilungen 17 (1975), S. 104–138.

Brigitte Mazohl-Wallnig, Der Einfluss Bolzanos und der Bolzanisten auf die österreichische Universitätsreform der-Jahre 1848/49, in: Helmut Rumpler (Hg.), Bernard Bolzano und die Politik. Staat, Nation und Religion als Herausforderung für die Philosophie im Kontext von Spätaufklärung, Frühnationalismus und Restauration (= Beiträge des Bolzano-Symposions der Österreichischen Forschungsgemeinschaft und der Internationalen Bolzano-Gesellschaft, 17./18. Dezember 1999, Wien), Wien 2000, S. 221–246.

Richard Meister, Die Geschichte der Akademie der Wissenschaften in Wien 1847–1947. Festvortrag des Vizepräsidenten in der feierlichen Sitzung der Österreichischen Akademie der Wissenschaften anläßlich ihrer Jahrhundertfeier am 14. Mai 1947, Wien 1947.

Richard Meister, Die Universitätsreform des Ministers Graf Thun-Hohenstein. Inaugurationsrede gehalten am 23. November 1949, in: Die feierliche Inauguration des Rektors der Wiener Universität für das Studienjahr 1949/50, Wien 1949, S. 85–100.

Richard Meister, Feuchterslebens Anteil an der Unterrichtsreform 1848 und an der Akademie der Wissenschaften, in: Anzeiger der österreichischen Akademie der Wissenschaften 87 (1950), S. 214–237.

Richard Meister, Entwicklung und Reformen des österreichischen Studienwesens. Teil I: Abhandlung (= Sitzungsberichte der Akademie der Wissenschaften, Philosophisch-Historische Klasse 239, 1. Abhandlung, Teil I), Wien 1963.

Richard Meister, Entwicklung und Reformen des österreichischen Studienwesens. Teil II: Dokumente (= Sitzungsberichte der Akademie der Wissenschaften, Philosophisch-Historische Klasse 239, 1. Abhandlung, Teil II), Wien 1963.

Werner Michler, Darwinismus und Literatur (= Literaturgeschichte in Studien und Quellen), Wien 1999.

Hans Mikosch/Anja Oberkofler (Hgg.), Gegen üble Tradition, für revolutionär Neues. Festschrift für Gerhard Oberkofler, Innsbruck, Wien 2012.

Jürgen Mittelstrass, Der Streit der Fakultäten und die Philosophie, in: Volker Gerhardt (Hg.), Kant im Streit der Fakultäten, Berlin 2005, S. 39–60.

Jürgen Mittelstrass, Leibniz, Kant, Humboldt – die Universität in der Aufklärungswelt, in: Wolfgang Mantl (Hg.), Phänomenologie des europäischen Wissenschaftssystems, Baden-Baden 2010, S. 105–119.

Paul Molisch, Die deutschen Hochschulen in Österreich und die politisch-nationale Entwicklung nach dem Jahre 1848. Mit besonderer Berücksichtigung der Wiener Hochschulen zumeist nach urkundlichen Quellen dargestellt, München 1922.

Peter Moraw, Aspekte und Dimensionen älterer deutscher Universitätsgeschichte, in: Gesammelte Beiträge zur deutschen und europäischen Universitätsgeschichte. Strukturen, Personen, Entwicklungen, Leiden 2008, S. 4–54.

Peter Moraw, Der deutsche Professor vom 14. bis zum 20. Jahrhundert, in: Gesammelte Beiträge zur deutschen und europäischen Universitätsgeschichte. Strukturen, Personen, Entwicklungen, Leiden 2008, S. 353–368.

Adam Müller, Vorlesungen über die deutsche Wissenschaft und Literatur, Dresden 1806.

Albert Müller/Wolfgang Neurath (Hgg.), Historische Netzwerkanalysen (= Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaften 23/1), Innsbruck, Wien 2012.

Florian M. Müller, Das Archäologische Museum der Universität Innsbruck – Sammlung von Abgüssen und Originalen der Universität Innsbruck: Forschen – Lehren

– Vermitteln, in: Florian M. Müller (Hg.), Archäologische Universitätsmuseen und -sammlungen im Spannungsfeld von Forschung, Lehre und Öffentlichkeit, Wien 2013, S. 289–324.

Florian M. Müller/Florian Schaffenrath (Hgg.), Anton Roschmann (1694–1760), Innsbruck 2010.

Rainer A. Müller, Der bayerische „Sonderweg" in der deutschen Hochschulentwicklung, in: Gert Schubring (Hg.), Einsamkeit und Freiheit neu besichtigt. Universitätsreformen und Disziplinenbildung in Preußen als Modell für Wissenschaftspolitik im Europa des 19. Jahrhunderts, Stuttgart 1991, S. 255–267.

Winfried Müller, Die Exjesuiten. Eine Funktionselite ohne Aufgabe?, in: Rudolf Schieffer (Hg.), Kirche und Bildung vom Mittelalter bis zur Gegenwart. Generalversammlung der Görres-Gesellschaft in Eichstätt, 23. bis 27. September 2000, München 2001, S. 43–51.

Robert Musil, Der Mann ohne Eigenschaften, Reinbek bei Hamburg 1978 (1930).

Robert Muth (Hg.), Acta Philologica Aenipontana, Bd. 1, Innsbruck 1962.

Robert Muth, Die Begründung des heutigen Instituts für Klassische Philologie der Universität Innsbruck im Jahre 1860, in: Robert Muth (Hg.), Acta Philologica Aenipontana, Innsbruck 1962, S. 12–37.

Robert Muth, Karl Libor Kopetzky. Professor der Philologie, der klassischen Literatur und Ästhetik an der Universität Innsbruck 1852–1870, in: Robert Muth (Hg.), Acta philologica Aenipontana, Innsbruck 1967, S. 7–16.

Thomas OSB Naupp, P. Albert (Josef) Jäger (1801–1891) – ein gelehrter Benediktiner aus Schwaz, in: Schwazer Heimatblätter (1999), S. 4–12.

Jiri Nemec, Eduard Winter (1896–1982). „Eine der bedeutendsten Persönlichkeiten der österreichischen Geistesgeschichte unseres Jahrhunderts ist in Österreich nahezu unbekannt", in: Karel Hruza (Hg.), Österreichische Historiker 1900–1945. Lebensläufe und Karrieren in Österreich, Deutschland und der Tschechoslowakei in wissenschaftsgeschichtlichen Portraits, Wien, Köln, Weimar 2008, S. 619–675.

Walter Neuhauser, Biblioteca semper renovanda, restauranda, reformanda. Ein Beitrag zur Geschichte der Bibliotheksverwaltung am Beispiel der Universitätsbibliothek Innsbruck, in: Claudia Schretter/Peter Zerlauth (Hgg.), In Libris. Beiträge zur Buch- und Bibliotheksgeschichte Tirols von Walter Neuhauser, Innsbruck 2010, S. 249–262.

Walter Neuhauser, Organisation der Bibliotheken in Tirol in der Mitte des 18. Jahrhunderts, in: Convengo Girolamo Tartarotti (1706–1761). Un intelletuale roveretano nelle cultura europea del Settecento, Rovereto 1997, S. 389–410.

Walter Neuhauser, Am Anfang stand die Biblioteca publica (Oenipontana). Zur Entstehung des staatlichen Bibliothekswesens in Österreich im 18. Jahrhundert. Abgesang oder Neubeginn?, in: Birgit Schneider/Felix Heinzer/Vera Trost (Hgg.), Bücher, Menschen und Kulturen. Festschrift für Hans-Peter Geh zum 65. Geburtstag, München 1999, S. 188–205.

Walter Neuhauser, Anton Roschmann als Bibliothekar und Handschriftenforscher, in: Florian M. Müller/Florian Schaffenrath (Hgg.), Anton Roschmann (1694–1760), Innsbruck 2010, S. 15–24.

Joseph Novotny, Lehrbuch der italienischen Sprachwissenschaft. Zum Gebrauche an Gymnasien und Universitäten, Innsbruck 1850.

Gerhard Oberkofler, Die geschichtlichen Fächer an der philosophischen Fakultät der Universität Innsbruck 1850–1945 (= Forschungen zur Innsbrucker Universitätsgeschichte 6), Innsbruck 1969.

Gerhard Oberkofler, Geschichte und Bestände des Universitätsarchivs Innsbruck (= Forschungen zur Innsbrucker Universitätsgeschichte 8), Innsbruck 1970.

Gerhard Oberkofler, August Geyers Berufung nach Innsbruck (1860). Zur Grundlage des modernen Strafrechts an der Innsbrucker Rechtsfakultät, in: Tiroler Heimat 35 (1971), S. 127–133.

Gerhard Oberkofler, Josef Oberweis, Inhaber der Lehrkanzel für Deutsches Privatrecht und Deutsche Reichs- und Rechtsgeschichte mit italienischem Vortrag. Ein Beitrag zur Geschichte der Pflege des Deutschen Rechts und der Habilitationspraxis an der Innsbrucker Juristenfakultät, in: Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte. Germanistische Abteilung 88 (1971), S. 204–210.

Gerhard Oberkofler, Zur Geschichte der Innsbrucker Mathematikerschule, in: Franz Huter (Hg.), Die Fächer Mathematik, Physik und Chemie an der Philosophischen Fakultät zu Innsbruck bis 1945, Innsbruck 1971, S. 22–54.

Gerhard Oberkofler, Die Petition der drei weltlichen Fakultäten um Aufhebung der Jesuitenfakultät von Jahr 1873. Ein Beitrag zur Geschichte des Kampfes zwischen kirchlichem und freiem Denken an der Universität Innsbruck, in: Tiroler Heimat 36 (1973), S. 77–91.

Gerhard Oberkofler, Die Rechtslehre in italienischer Sprache an der Universität Innsbruck (= Forschungen zur Innsbrucker Universitätsgeschichte 11), Innsbruck 1975.

Gerhard Oberkofler, Die Vertretung des österreichischen Zivilrechts an der Innsbrucker Universität. Von den Anfängen bis zum beginnenden 20. Jahrhundert, in: Tiroler Heimat 40 (1976), S. 111–133.

Gerhard Oberkofler, Innsbrucker Romanisten im 19. und beginnenden 20. Jahrhundert. Ein Beitrag zur Geschichte der Juristenfakultät, in: Tiroler Heimat 39 (1976), S. 125–153.

Gerhard Oberkofler, Der italienische Sprachunterricht an der Philosophischen Fakultät Innsbruck im Vormärz, in: Tiroler Heimatblätter 57/58 (1982/83), S. 13–20.

Gerhard Oberkofler, Franz Huter (1899–1997). Soldat und Historiker Tirols, Innsbruck, Wien 1999.

Gerhard Oberkofler, Nikolaus Grass. Einige wissenschaftshistorische Miniaturen aus Briefen und seine Korrespondenz mit dem Prager Juden Guido Kisch, Innsbruck, Wien, Bozen 2008.

Gerhard Oberkofler/Peter Goller, Materialien zur Geschichte der naturhistorischen Disziplinen in Österreich. Die Botanik an der Universität Innsbruck (1860–1945) (= Forschungen zur Innsbrucker Universitätsgeschichte 17), Innsbruck 1991.

Gerhard Oberkofler/Peter Goller (Hgg.), Alfons Huber, Briefe (1859–1898). Ein Beitrag zur Geschichte der Innsbrucker Historischen Schule um Julius Ficker und Alfons Huber, Innsbruck 1995.

Gerhard Oberkofler/Peter Goller, Geschichte der Universität Innsbruck (1669–1945) (= Schriftenreihe des Ludwig-Boltzmann-Instituts für Internationale Kultur- und Wirtschaftsbeziehungen. Rechts- und sozialwissenschaftliche Reihe 14), Frankfurt a.M., Berlin, Bern, New York, Paris, Wien 1996.

Franz Freiherr von Oer, Fürstbischof Johannes Bapt. Zwerger von Sekau. In seinem Leben und Wirken dargestellt, Graz 1897.

Österreichische Hochschülerschaft an der Universität Innsbruck (Hg.), 300 Jahre Universitas Oenipontana. Die Leopold-Franzens-Universität zu Innsbruck und ihre Studenten, Innsbruck 1970.

Werner Ogris, Die historische Schule der Zivilistik, in: Nikolaus Grass/Werner Ogris (Hgg.), Festschrift Hans Lentze. Zum 60. Geburtstage dargebracht von Fachgenossen und Freunden, Innsbruck, München 1969, S. 449–496.

Werner Ogris, Die Zensur in der Ära Metternich, Berlin 2006.

Thomas Olechowski, Das Preßrecht in der Habsburgermonarchie, in: Helmut Rumpler/Peter Urbanitsch (Hgg.), Die Habsburgermonarchie 1848–1918. Politische Öffentlichkeit und Zivilgesellschaft. Teil 2: Die Presse als Faktor der politischen Mobilisierung, Wien 2003, S. 1493–1534.

Richard Olechowski, Zwei Forschungsparadigmen in der Pädagogik: der ‚transzendentalkritische' und der ‚empirische' Ansatz, in: Karl Fröschl/Gerd Müller/Thomas Olechowski/Brigitta Schmidt-Lauber (Hg.), 650 Jahre Universität Wien – Aufbruch ins neue Jahrhundert, Bd. 4 (=Reflexive Innensichten aus der Universität: Disziplinengeschichten zwischen Wissenschaft, Gesellschaft und Politik), Göttingen 2015, S. 385–399

Sylvia Paletschek, Die permanente Erfindung einer Tradition. Die Universität Tübingen im Kaiserreich und in der Weimarer Republik (= Contubernium 53), Stuttgart 2001.

Sylvia Paletschek, Die Erfindung der Humboldtschen Universität, in: Historische Anthropologie 10 (2002), S. 183–205.

Sylvia Paletschek, Was heißt „Weltgeltung deutscher Wissenschaft?" Modernisierungsleistungen und -defizite der Universitäten im Kaiserreich, in: Michael Grüttner (Hg.), Gebrochene Wissenschaftskulturen. Universität und Politik im 20. Jahrhundert, Göttingen 2010, S. 29–54.

Sylvia Paletschek, Stand und Perspektiven der neueren Universitätsgeschichte, in: NTM. Zeitschrift für Geschichte der Wissenschaften, Technik und Medizin 19 (2011), S. 169–189.

Günther Pallaver, Die „fatti di Innsbruck“ – Die traditionellen Parteien und die nationalen Fronten, in: Anzeiger der philosophischen Klasse 147 (2012), S. 103–118.

Hans Pechar, Universitas semper reformanda, in: Wiener Zeitung (05.01.2012).

Hans Karl Peterlini, Nach dem Abendrot die Nacht. Die Verdunkelung Tirols nach dem Revolutionsjahr 1848: Kulturkampf um Schule, Bildung, Universität und Weltbild, in: Hans Karl Peterlini (Hg.), Universitas est. Essays zur Bildungsgeschichte in Tirol/Südtirol vom Mittelalter bis zur Freien Universität Bozen, Bozen 2008, S. 89–111.

George Phillips, Über den Geschichtsunterricht, in: Historisch-politische Blätter für das katholische Deutschland (1851), S. 1–20.

Adolf Pichler, Das Sturmjahr. Erinnerungen aus den März- und Oktobertagen 1848, Innsbruck 1850.

Adolf Pichler, Ueber das Drama des Mittelalters in Tirol, Innsbruck 1850.

Adolf Pichler, Aus Tagebüchern. 1850–1899 (= Gesammelte Werke 3), München, Leipzig 1905.

Adolf Pichler, Zu meiner Zeit. Schattenbilder aus der Vergangenheit, München, Leipzig 1905.

Adolf Pichler, Zur tirolischen Literatur, München 1908.

Rupert Pichler/Michael Stampfer/Reinhold Hofer, Forschung, Geld und Politik. Die staatliche Forschungsförderung in Österreich (= Innovationsmuster in der österreichischen Wirtschaftsgeschichte 3), Innsbruck, Wien 2007.

Giorgio Piras, Occioni, Onorato, in: Dizionario Biografico degli Italiani, Bd. 79, Rom 2013, S. 84–86.

Götz Freiherr von Pölnitz, George P. Phillips. Ein großdeutscher Konservativer in der Paulskirche, in: Historische Zeitschrift 155 (1937), S. 51–97.

Walter Pongratz, Geschichte der Universitätsbibliothek Wien, Wien, Köln, Graz 1977.

Susanne Preglau-Hämmerle, Die Universität Innsbruck in der Geschichte Tirols, in: Heinz Fischer/Susanne Preglau-Hämmerle (Hgg.), Heile Welt in der Region? Beiträge zum politischen und sozialen System Tirols, Bregenz 1983, S. 108–146.

Susanne Preglau-Hämmerle, Die politische und soziale Funktion der österreichischen Universität (= Vergleichende Gesellschaftsgeschichte und politische Ideengeschichte der Neuzeit 5), Innsbruck 1986.

Simon Maria Prem, Geschichte der neueren deutschen Literatur in Tirol. Abt. 1, Innsbruck 1922.

Nicole Priesching, Maria von Mörl (1812–1868). Leben und Bedeutung einer „stigmatisierten Jungfrau“ aus Tirol im Kontext ultramontaner Frömmigkeit, Brixen 2004.

Friedrich Prinz, Prag und Wien 1848. Probleme der nationalen und sozialen Revolution im Spiegel der Wiener Ministerratsprotokolle (= Veröffentlichungen des Collegium Carolinum 21), München 1968.

Johann Pritz, Kirchliche Nachrichten, in: Salzburger Chronik, Nr. 88, 17.04.1934, S. 6.

Jakob Probst, Beiträge zur Geschichte der Gymnasien in Tirol, in: Zeitschrift des Ferdinandeums für Tirol und Vorarlberg (1858), S. 1–168.

Jacob Probst, Geschichte der Universität Innsbruck seit ihrer Entstehung bis zum Jahre 1860, Innsbruck 1869.

Karlheinz Probst, Geschichte der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Graz. Band 3. Strafrecht – Strafprozessrecht – Kriminologie (= Publikationen aus dem Archiv der Universität Graz 9), Graz 1987.

Heribert Raab, „Katholische Wissenschaft" – Ein Postulat und seine Variationen in der Wissenschafts- und Bildungspolitik Deutscher Katholiken während des 19. Jahrhunderts, in: Anton Rauscher (Hg.), Katholizismus, Bildung und Wissenschaft im 19. und 20. Jahrhundert, Paderborn, München, Wien, Zürich 1987, S. 59–91.

Hugo Rahner, Die Geschichte eines Jahrhunderts. Zum Jubiläum der Theologischen Fakultät der Universität Innsbruck 1857–1957, in: Hundert Jahre Theologische Fakultät Innsbruck 1857–1957, Innsbruck 1958, S. 1–65.

Regina Rampetzreiter, Brennt die Uni noch?! Eine Darstellung des Bildungsprotestes 2009 und seiner Auswirkungen. Masterarbeit, Graz 2012.

Ludwig Rapp, Alois Flir. Briefe aus Rom. Mit einem kurzem Lebensumriß des Verfassers, Innsbruck 1864.

Reinhold Rauh, Montez, Lola. Die königliche Mätresse, München 1992.

Stefan Rebenich/Gisa Franke, Theodor Mommsen und Friedrich Althoff. Briefwechsel 1882–1903 (= Deutsche Geschichtsquellen des 19. und 20. Jahrhunderts 67), München 2012.

Helmut Reinalter, Joseph Ennemosers Auseinandersetzung mit den „Katholischen Blättern aus Tirol" – eine frühe Form des Kulturkampfs?, in: Ellen Hastaba/Siegfried de Rachewiltz (Hgg.), Für Freiheit, Wahrheit und Recht! Joseph Ennemoser und Jakob Philipp Fallmerayer. Tirol von 1809 bis 1848/49, Innsbruck 2009, S. 291–302.

Ewald Reinhard, Joseph von Eichendorff und Karl Ernst Jarcke, in: Aurora – Ein romantischer Almanach (1934), S. 88–92.

Matthias Rettenwander, Nachwirkungen des Josephinismus, in: Helmut Reinalter (Hg.), Josephinismus als aufgeklärter Absolutismus, Wien, Köln, Weimar 2008, S. 317–425.

Franz Heinrich Reusch, Oischinger, Johann Nepomuk Paul, in: Allgemeine Deutsche Biographie, Bd. 24, Leipzig 1887, S. 210.

Jeremias David Reuss, Repertorium commentationum a societatibus literariis editarum, Göttingen 1801–1822.

Fritz K. Ringer, Die Gelehrten. Der Niedergang der deutschen Mandarine 1890–1933, Stuttgart 1983.

Helga Rogenhofer-Suitner, Ignaz Vinzenz Zingerle 1825–1892. Ein Lebensbild. Gedenkschrift zum 100. Todesjahr, Meran 1992.

Walter Rogge, Österreich von Vilàgos bis zur Gegenwart, Bd. 1 (Das Dezennium des Neoabsolutismus), Leipzig, Wien 1872.

Anne Rohstock, Hemmschuh Humboldt oder Warum scheitert die Hochschulreform? Universitäre Neuordnungsversuche zwischen Sputnik-Schock und Bologna-Prozess (1957–2009), in: Zeitschrift für historische Pädagogik (2009), S. 60–67.

Robert W. Rosner, Chemie in Österreich 1740–1914 (= Beiträge zur Wissenschaftsgeschichte und Wissenschaftsforschung 5), Wien, Köln, Graz 2004.

Julia Rüdiger, Die monumentale Universität. Funktioneller Bau und repräsentative Ausstattung des Hauptgebäudes der Universität Wien, Wien, Köln, Weimar 2015.

Julia Rüdiger/Dieter Schweizer (Hg.), Stätten des Wissens: Die Universität Wien entlang ihrer Bauten 1365–2015, Wien, Köln, Weimar 2015.

Walter Rüegg (Hg.), Geschichte der Universität in Europa, Bd. 3 (Vom 19. Jahrhundert zum Zweiten Weltkrieg), München 2004.

Walter Rüegg, Die Universität in der ‚Moderne' des 19. und 20. Jahrhunderts, in: Wolfgang Mantl (Hg.), Phänomenologie des europäischen Wissenschaftssystems, Baden-Baden 2010, S. 121–143.

Helmut Rumpler, Eine Chance für Mitteleuropa. Bürgerliche Emanzipation und Staatsverfall in der Habsburgermonarchie (= Österreichische Geschichte 6), Wien 1997.

Helmut Rumpler, Der österreichische Neoabsolutismus als Herrschafts- und Regierungssystem, in: Dusan Kovác (Hg.), Die Habsburgermonarchie und die Slowaken. 1849–1867, Bratislava 2001, S. 9–20.

Eugen Runggaldier, Johann Baptist Zwerger. Fürstbischof von Seckau (1867-1893). Leben und Wirken. Diplomarbeit, Innsbruck 1993.

Moritz Gottlieb Saphir, Der Ewige Jude oder „Der emancipirte Ahasver!", in: Der Humorist und Wiener Punch, 310 (28.12.1849), S. 1245–1246.

Karl F. M von Schabinger Frhr. Schowingen, Julius Ficker's Briefnachlass. Ein Bericht, in: Clemens Bauer (Hg.), Geschichte im Spiegel von Geschichtsschreibung und Geschichtsdeutung, Freiburg im Breisgau 1965, S. 736–748.

Marc Schalenberg, Humboldt auf Reisen? Die Rezeption des ‚deutschen Universitätsmodells' in den französischen und britischen Reformdiskursen (1810–1870) (= Veröffentlichungen der Gesellschaft für Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte 4), Basel 2002.

Klaus Schatz, Der päpstliche Primat. Seine Geschichte von den Ursprüngen bis zur Gegenwart, Würzburg 1990.

Sigurd Paul Scheichl, 150 Jahre Germanistik in Innsbruck. Streiflichter zu Geschichte und Gegenwart des Instituts für Germanistik, Innsbruck 2009.

Hermann-Josef Scheidgen, Der deutsche Katholizismus in der Revolution von 1848/49. Episkopat – Klerus – Laien – Vereine (= Bonner Beiträge zur Kirchengeschichte 27) 2008.

Helmut Schelsky, Einsamkeit und Freiheit. Idee und Gestalt der deutschen Universität und ihrer Reformen, Düsseldorf [2]1971.

Georg Schenach, Metaphysik: Ein System des konkreten Monismus, Innsbruck 1856.

Andreas Schibany, Bildung im Würgegriff der Ökonomie?, in: Der Standard (29.10.2009).

Pierangelo Schiera, Laboratorium der bürgerlichen Welt. Deutsche Wissenschaft im 19. Jahrhundert, Frankfurt am Main [1]1992.

Friedrich Schiller, Was heisst und zu welchem Ende studiert man Universalgeschichte? Reprint des Erstdruckes der Jenaer Antrittrsrede aus dem Jahre 1789, Jena 1996.

Martin Schindler, Die Leo-Gesellschaft 1891–1901, Wien 1902.

Friedrich Schleiermacher, Gelegentliche Gedanken über Universitäten im Deutschen Sinn, in: Ernst Anrich (Hg.), Die Idee der deutschen Universität. Die fünf Grundschriften aus der Zeit ihrer Neubegründung durch klassischen Idealismus und romantischen Realismus, Darmstadt 1956, S. 219–308.

Martin Schmeiser, Akademischer Hasard. Das Berufsschicksal des Professors und das Schicksal der deutschen Universität 1870–1920. Eine verstehende soziologische Untersuchung, Stuttgart 1994.

Richard Schober, Geschichte des Tiroler Landtages im 19. und 20. Jahrhundert (= Veröffentlichungen des Tiroler Landesarchivs 4), Innsbruck 1984.

Richard Schober, Von der Revolution zur Konstitution. Tirol in der Ära des Neoabsolutismus (1849/51–1860) (= Veröffentlichungen des Tiroler Landesarchivs 9), Innsbruck 2000.

Oskar Schönegger, Der Österreichische Kanonist Friedrich Maassen als Mensch, Gelehrter und Politiker. Inauguraldissertation, Graz 1963.

Elmar Schübl, Mineralogie, Petrographie, Geologie und Paläontologie. Zur Institutionalisierung der Erdwissenschaften an österreichischen Universitäten, vornehmlich an jener in Wien, 1848–1938 (= Scripta Geo-Historica. Grazer Schriften zur Geschichte der Erdwissenschaften 3), Graz 2010.

Elmar Schübl/Johannes Uray, Auf der Suche nach geeigneten Kräften: Aktivitäten, Strategien und Kriterien in Berufungsverfahren, in: Christian Hesse/Rainer Christoph Schwinges/Melanie Kellermüller (Hgg.), Professorinnen und Professoren gewinnen. Zur Geschichte des Berufungswesen an den Universitäten Mitteleuropas, Basel 2012, S. 415–440.

Gert Schubring, Spezialschulenmodell versus Universitätsmodell: Die Institutionalisierung von Forschung, in: Gert Schubring (Hg.), Einsamkeit und Freiheit neu besichtigt. Universitätsreformen und Disziplinenbildung in Preußen als Modell für Wissenschaftspolitik im Europa des 19. Jahrhunderts, Stuttgart 1991, S. 276–326.

Johann Friedrich Schulte (Hg.), Lebenserinnerungen. Mein Wirken als Rechtslehrer, mein Anteil an der Politik in Kirche und Staat, Gießen [4]1908, S. 86 (auszugsweise).

Johann Friedrich Schulte, Lebenserinnerungen. Mein Wirken als Rechtslehrer, mein Anteil an der Politik in Kirche und Staat, Gießen [4]1908

Johann Friedrich Schulte, Linde, Justin Freiherr von, in: Allgemeine Deutsche Biographie, Bd. 18, Leipzig 1883, S. 665–672.

Johann Friedrich Schulte, Moy de Sons, Ernst Freiherr von, in: Allgemeine Deutsche Biographie, Bd. 22, Leipzig 1885, S. 420–421.

Johann Friedrich Schulte, Herbst, Eduard, in: Allgemeine Deutsche Biographie, Bd. 50, Leipzig 1905, S. 216–217.

Rainer Christoph Schwinges (Hg.), Humboldt international. Der Export des deutschen Universitätsmodells im 19. und 20. Jahrhundert (= Veröffentlichungen der Gesellschaft für Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte 3), Basel 2001.

Felicitas Seebacher, Das Fremde im „deutschen" Tempel der Wissenschaften. Brüche in der Wissenschaftskultur der Medizinischen Fakultät der Universität Wien (= Veröffentlichungen der Kommission für Geschichte der Naturwissenschaften, Mathematik und Medizin/Österreichische Akademie der Wissenschaften, Mathematisch-Naturwissenschaftliche Klasse 65), Wien 2011.

Ferdinand Seibt (Hg.), Die Teilung der Prager Universität 1882 und die intellektuelle Desintegration in den böhmischen Ländern. Vorträge der Tagung des Collegium Carolinum in Bad Wiessee vom 26. bis 28. November 1982, München 1984.

Martin Sekera, Das Tschechische Pressewesen, in: Helmut Rumpler/Peter Urbanitsch (Hgg.), Die Habsburgermonarchie 1848-1918. Politische Öffentlichkeit und Zivilgesellschaft. Teil 2: Die Presse als Faktor der politischen Mobilisierung, Wien 2003, S. 1977–2036.

Senatskommission zur Aufarbeitung der Jenaer Universitätsgeschichte im 20. Jahrhundert (Hg.), Traditionen – Brüche – Wandlungen. Die Universität Jena 1850–1995, Köln 2009.

Senatskommission zur Erforschung der Leipziger Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte (Hg.), Geschichte der Universität Leipzig 1409–2009. Ausgabe in Fünf Bänden, Leipzig 2010.

Senatskommission zur Aufarbeitung der Jenaer Universitätsgeschichte im 20. Jahrhundert (Hg.), Traditionen – Brüche – Wandlungen. Die Universität Jena 1850–1995, Köln 2009.

Sieglinde Sepp, Die Bibliothek entsteht und wächst, in: Vom Codex zum Computer. 250 Jahre Universitätsbibliothek Innsbruck. Ausstellungskatalog, Innsbruck 1995, S. 21–46.

Ulrich Sieg (Hg.), Die Idee der Universität heute (= Academia Marburgensis 11), München 2005.

Achim Sing, Die Wissenschaftspolitik Maximilians II. von Bayern (1848–1864) (= Ludovico Maximilianea: Forschungen und Quellen/Universität Ingolstadt-Lands-

hut-München), Berlin 1996.

Heinrich Singer, Dekretalensammlungen vor und nach Bernhard von Pavia. Mit Benutzung der in Friedrich Maassens Nachlasse enthaltenen Vorarbeiten (= Sitzungsberichte der Akademie der Wissenschaften, Philosophisch-Historische Klasse 171.1), Wien 1913.

Kurt Smolak, Schenkl, Karl, in: Österreichische Akademie der Wissenschaften (Hg.), Österreichisches Biographisches Lexikon 1815–1950, Bd. 10, Wien 1990, S. 83–84.

Volker Speth, Katholische Aufklärung und Ultramontanismus, Religionspolizey und Kultfreiheit, Volkseigensinn und Volksfrömmigkeitsformierung. Das rheinische Wallfahrtswesen von 1826 bis 1870. Teil 1: Die kirchliche Wallfahrtspolitik im Erzbistum Köln (= Europäische Wallfahrtsstudien 7), Frankfurt a.M., Berlin, Bern, Brüssel, New York, Oxford, Wien 2011.

Heinrich Ritter von Srbik, Ein Schüler Niebuhrs: Wilhelm Heinrich Grauert (= Sitzungsberichte der Akademie der Wissenschaften, Philosophisch-Historische Klasse 176,4), Wien 1914.

Heinrich Ritter von Srbik, Gesamtdeutsche Geschichtsauffassung. Vortrag gehalten in der allgemeinen Sitzung der 57. Versammlung deutscher Philologen und Schulmänner in Salzburg am 28. September 1929, in: Deutsche Vierteljahrsschrift für Literaturwissenschaft und Geistesgeschichte (1930), S. 1–12.

Heinrich Ritter von Srbik, Deutsche Einheit. Idee und Wirklichkeit vom Heiligen Reich bis Königgrätz, Bd. 1–4, München 1935–1942.

Heinrich Ritter von Srbik, Geist und Geschichte. Vom deutschen Humanismus bis zur Gegenwart. II. Band, Salzburg 1951.

Peter Stachel, Das österreichische Bildungssystem zwischen 1749 und 1918, in: Karl Acham (Hg.), Geschichte der österreichischen Humanwissenschaften, Wien [1]1999, S. 115–146.

Friedrich Stadler (Hg.), 650 Jahr Universität Wien. Aufbruch ins neue Jahrhundert, 4 Bände, Göttingen 2015.

Friedrich Stadler/Bastian Stoppelkamp, Die Universität Wien im Kontext von Wissens- und Wissenschaftsgesellschaft, in: Katharina Kniefacz/Elisabeth Nemeth/Herbert Posch/Friedrich Stadler (Hgg.), 650 Jahre Universität Wien – Aufbruch ins neue Jahrhundert, Bd. 1 (= Universität–Forschung–Lehre. Themen und Perspektiven im langen 20. Jahrhundert), Göttingen 2015, S. 203–239.

Jiri Staif, Palackýs Partei der tschechischen Liberalen und die konservative Variante der böhmischen Politik, in: Robert Luft/Rudolf Jaworski (Hgg.), 1848/49 – Revolutionen in Ostmitteleuropa, München 1996, S. 57–74.

Rudolf Steinmaurer, Die Lehrkanzel für Experimentalphysik, in: Franz Huter (Hg.), Die Fächer Mathematik, Physik und Chemie an der Philosophischen Fakultät zu Innsbruck bis 1945, Innsbruck 1971, S. 55–119.

Rudolf Stichweh, Zur Entstehung des modernen Systems wissenschaftlicher Disziplinen. Physik in Deutschland 1740–1890, Frankfurt a.M. 1984.

Gerald Stourzh, The Ethnicizing of Politics and „National Indifference“ in Late Empirial Austria, in: Gerald Stourzh (Hg.), Der Umfang der österreichischen Geschichte. Ausgewählte Studien 1990–2010, Wien, Graz 2011, S. 283–323.

Gustav Strakosch-Grassmann, Geschichte des österreichischen Unterrichtswesens, Wien 1905.

Oswald Stranzinger, Die Universitätsbibliothek Innsbruck von 1826 bis 1975, in: Vom Codex zum Computer. 250 Jahre Universitätsbibliothek Innsbruck. Ausstellungskatalog, Innsbruck 1995, S. 147–153.

Rudolf Strasser, Jurist in bewegten Jahren. Erinnerungen, Wien [1]2007.

Josef Streiter, Studien eines Tirolers, Leipzig 1862.

Hans Striedl, 150 Jahre Münchener Aufstellungsschema, in: Rupert Hacker (Hg.), Beiträge zur Geschichte der Bayerischen Staatsbibliothek, München 2000, S. 153–176.

Eduard Suess, Karl Schwippel, in: Mitteilungen der Geologischen Gesellschaft in Wien (1911), S. 638.

Eduard Suess, Erinnerungen, Leipzig 1916.

Jan Surman, Imperial Knowledge? Die Wissenschaften in der späten Habsburger-Monarchie zwischen Kolonialismus, Nationalismus und Imperialismus, in: Wiener Zeitschrift für Geschichte der Neuzeit 2 (2009), S. 119–133.

Jan Surman, Habsburg Universities 1848–1918. Biography of a Space. Dissertation, Wien 2012.

Jan Surman, Vom „akademischen Altersheim“ zur Spitzenforschungsanstalt? Mobilität der Wiener Professoren 1848–1918, in: Mitchell G. Ash/Josef Ehmer (Hg.), 650 Jahre Universität Wien – Aufbruch ins neue Jahrhundert, Bd. 2 (= Universität – Politik – Gesellschaft), Göttingen 2015, S. 621–648.

Jan Surman, Leon (sic!) Thun in der polnischen Historiographie: zur Tradition der Geschichte, in: Christof Aichner/Brigitte Mazohl (Hgg.), Die Thun-Hohenstein'schen Universitätsreformen 1849–1860. Konzeption – Umsetzung – Nachwirkungen, Wien, Köln, Weimar 2017, S. 317–346.

Albrecht [Carl Beidtel] Tebeldi, Die Slawen im Kaiserthume Österreich, Wien 1848.

Heinz-Elmar Tenorth, Wilhelm von Humboldts (1767–1835) Universitätskonzept und die Reform in Berlin – eine Tradition jenseits des Mythos, in: Zeitschrift für Germanistik NF 20 (2010), S. 15–28.

Christoph Thienen-Adlerflycht, Grundlagen des „feudalen“ Konservativismus in Altösterreich. Weltbild und Werdegang des Grafen Leo von Thun. Dissertation, Graz 1964.

Christoph Thienen-Adlerflycht, Graf Leo Thun im Vormärz. Grundlagen des böhmischen Konservativismus im Kaisertum Österreich (= Veröffentlichungen des Österreichischen Ost- und Südosteuropa-Institutes 6), Graz, Wien, Köln 1967.

Christoph Thienen-Adlerflycht, Graf Leo Thun-Hohenstein als nachjosephinischer Vorkämpfer eines aufgeklärten Konservativismus, in: Ulrich E. Zellenberg (Hg.),

Konservative Profile. Ideen & Praxis in der Politik zwischen FM Radetzky, Karl Kraus und Alois Mock, Graz, Stuttgart 2003, S. 103–168.

Lars Maximilian Graf von Thun und Hohenstein, Bildungspolitik im Kaiserreich. Die Thun-Hohenstein'sche Universitätsreform insbesondere am Beispiel der Juristenausbildung in Österreich (= Europäische Hochschulschriften / European University Studies / Publications Universitaires Européennes v. 5772), Frankfurt a.M. 2015.

Leo Thun und Hohenstein, Offenes Schreiben des Grafen Leo Thun an den Prager Bürger Herrn Johann Slawik, in Betreff der Ereignisse in der Pfingstwoche 1848 zu Prag. Mit urkundlichen Belegen, Prag 1849.

Leo Thun-Hohenstein, Die Notwendigkeit der moralischen Reform der Gefängnisse mit Hinweisung auf die zur Einführung derselben in einigen Ländern getroffenen Maßregeln beleuchtet, Prag 1836.

Leo Thun-Hohenstein, Rede bei der Philologenversammlung, in: Zeitschrift für die Österreichischen Gymnasien 9 (1858), S. 715–717.

Leo Graf von Thun-Hohenstein, Betrachtungen über die Zeitverhältnisse, insbesondere im Hinblicke auf Böhmen. Aus dem Böhmischen, Prag 1849.

Stefan Tilg/Martin Korenjak, Philosophie und Naturwissenschaften, in: Martin Korenjak/Florian Schaffenrath/Lav Subaric/Karlheinz Töchterle (Hgg.), Tyrolis Latina. Von der Gründung der Universität Innsbruck bis heute. Band II: Von der Gründung der Universität Innsbruck bis heute, Wien, Köln, Weimar 2012, S. 1022–1045.

Jens Timmermann, Kants „Streit" und die Universität von morgen, in: Volker Gerhardt (Hg.), Kant im Streit der Fakultäten, Berlin 2005, S. 61–83.

Thomas Töpfer, „Bildungsräume" und „Bildungslandschaften" – Raumbezogene Forschungskategorien aus Sicht der Bildungsgeschichte Konzeptionelle und methodische Perspektiven, in: Zeitschrift für Erziehungswissenschaft 19 (2016), S. 83–99.

Helmuth Trischler/Cathryn Carson/Alexei Kojevnikov, Beyond Weimar Culture – Die Bedeutung der Forman-These für eine Wissenschaftsgeschichte in kulturhistorischer Perspektive, in: Berichte zur Wissenschaftsgeschichte 31 (2008), S. 305–310.

Universitätsarchiv Innsbruck, Caesarea Archiducalis Universitas Oenipontana. Archivalische Miniaturen zur Geschichte der Universität Innsbruck (1669–1800), Innsbruck 1990.

Karl Unterkircher, Chronik von Innsbruck, Innsbruck 1897.

Martin E. Urmann, Isolierte Aufklärung, marginaler Liberalismus? Überlegungen zur intellektuell-ideologischen Geschichte der Universität Innsbruck im ‚langen' 19. Jahrhundert, in: Klaus Müller-Salget/Sigurd Paul Scheichl/Werner M: Bauer (Hgg.), Nachklänge der Aufklärung im 19. und 20. Jahrhundert. Für Werner M. Bauer zum 65. Geburtstag, Innsbruck [1]2008, S. 151–164.

Hans Voltelini, Albert Jäger 1801–1891, in: Alois Lanner (Hg.), Tiroler Ehrenkranz.

Männergestalten aus Tirols letzter Vergangenheit, Innsbruck, Wien, München 1926, S. 174–175.

Friedrich Wilhelm Hermann Wagener (Hg.), Staats- und Gesellschafts-Lexikon. Neues Conversations-Lexikon in Verbindung mit deutschen Gelehrten und Staatsmännern Bd. 22, Berlin 1866.

Leopold Wagner, Ignaz Vinzenz Zingerle. Inauguraldissertation, Innsbruck 1962.

Emil Wahlberg, Gesammelte kleinere Schriften und Bruchstücke über Strafrecht, Strafprocess. Gefängnisskunde, Literatur und Dogmengeschichte der Rechtslehre in Österreich, Wien 1877.

Thomas Wallnig, Language and power in the Habsburg Empire: The historical context, in: Rosita Rindler Schjerve (Hg.), Diglossia and power. Language policies and practice in the 19th century Habsburg Empire, Berlin 2003, S. 15–32.

Thomas Wallnig, Ordensgeschichte als Kulturgeschichte? Wissenschaftshistorische Überlegungen zur Historizität in der benediktischen Geschichtsforschung des 18. Jahrhunderts, in: Thomas Wallnig/Thomas Stockinger/Ines Peper/Patrick Fiska (Hg.), Europäische Geschichtskulturen um 1700 zwischen Gelehrsamkeit, Politik und Konfession, Berlin, Boston 2012, S. 193–212.

Friedrich Walter (Hg.), Aus dem Nachlass des Freiherrn Carl Friedrich von Kübeck von Kübau. Tagebücher, Briefe, Aktenstücke (1841–1855) (= Veröffentlichungen der Kommission für Neuere Geschichte Österreichs 45), Graz 1960.

Adam Wandruzka, Einführung, in: Jürgen Kämmerer (Hg.), Heinrich Ritter von Srbik. Die wissenschaftliche Korrespondenz des Historikers 1912–1945, Boppard am Rhein 1988, S. XI–XXI.

Clemens Weber, Das Italienbild von Erzherzog Ferdinand Maximilian. Diplomarbeit, Wien 2008.

Michael Wedekind, Franz Huter (1899–1997). „Verfügen sie über mich, wann immer sie im Kampfe um die Heimat im Gedränge sind“, in: Karel Hruza (Hg.), Österreichische Historiker. Lebensläufe und Karrieren 1900–1945, Wien, Köln, Weimar 2012, S. 591–614.

Thomas Weidner (Hg.), Lola Montez oder eine Revolution in München, München 1999.

Erika Weinzierl-Fischer, Die österreichischen Konkordate von 1855 und 1933, Wien 1960.

Otto Weiss, Die Redemptoristen in Bayern (1790–1909). Ein Beitrag zur Geschichte des Ultramontanismus (= Münchener Theologische Studien 22), St. Ottilien 1983.

Otto Weiss, Strodl, Michael Anton, in: Biographisch-Bibliographisches Kirchenlexikon, Herzberg 1999, Spalte 1372–1375.

Otto Weiss, Bolzanisten und Güntherianer in Wien 1848–1851, in: Helmut Rumpler (Hg.), Bernard Bolzano und die Politik. Staat, Nation und Religion als Herausforderung für die Philosophie im Kontext von Spätaufklärung, Frühnationalismus und Restauration (= Beiträge des Bolzano-Symposions der Österreichischen For-

schungsgemeinschaft und der Internationalen Bolzano-Gesellschaft, 17./18. Dezember 1999, Wien), Wien 2000, S. 247–280.

Manfred Weitlauff, Schrader, Clemens, in: Neue Deutsche Biographie, Bd. 23, Berlin 2007, S. 510–511.

Gunter Wesener, Zu den Anfängen der historischen Rechtsschule romanistischer Richtung in Österreich – vornehmlich zu Ludwig Arndts von Arnesburg (1803–1878), in: Thomas Olechowski (Hg.), Grundlagen der österreichischen Rechtskultur. Festschrift für Werner Ogris zum 75. Geburtstag, Wien, Köln, Graz 2010, S. 577–599.

Tobias Wildauer, Platon's Protagoras. Mit Einleitung und Anmerkungen zum Schul- und Privatgebrauch, Innsbruck 1857.

Tobias Wildauer, Festrede zu Schillers hundertjährigem Geburtstag bei der k.k. Universität zu Innsbruck veranstalteten Feier in der Aula am 10. November 1859, Innsbruck 1859.

Tobias Wildauer, Beiträge zur Geschichte der Philosophie. Ob Plato ein Begehrungsvermögen angenommen habe, in: Philosophische Monatshefte 9 (1874), S. 229–245.

Tobias Wildauer, Psychologie des Willens bei Sokrates, Platon und Aristoteles, Innsbruck 1877/1879.

Günther Winkler, Die Rechtspersönlichkeit der Universitäten. Rechtshistorische, rechtsdogmatische und rechtstheoretische Untersuchungen zur wissenschaftlichen Selbstverwaltung (= Forschungen aus Staat und Recht 80), Wien, New York 1988.

Eduard Winter, Bernard Bolzano und sein Kreis. Dargestellt mit erstmaliger Heranziehung der Nachlässe Bolzanos und seiner Freunde, Leipzig 1933.

Eduard Winter, Graf Leo Thun, in: Erich Gierach (Hg.), Sudetendeutsche Lebensbilder, Prag 1934, S. 301–304.

Eduard Winter (Hg.), Der Briefwechsel Bernard Bolzanos mit Franz Exner (= Bernard Bolzano's Schriften 4), Prag 1935.

Eduard Winter, Das Sudetendeutschtum als Mittler zwischen Nord und Süd, in: Gesamtdeutsche Vergangenheit. Festgabe für Heinrich Ritter von Srbik, München 1938, S. 14–20.

Eduard Winter, Frühliberalismus in der Donaumonarchie. Religiöse, nationale und wissenschaftliche Strömungen von 1790–1868 (= Beiträge zur Geschichte des Religiösen und wissenschaftlichen Denkens 7), Berlin 1968.

Eduard Winter, Erinnerungen (1945–1976), herausgegeben von Gerhard Oberkofler, Frankfurt a.M., Berlin, Bern, New York, Paris, Wien 1994.

Joseph Winter, Das böhmische Sprachgesetz vom Jahre 1865, in: Mitteilungen des Vereins für Geschichte der Deutschen in Böhmen 6 (1868), S. 116–131.

Michaela Wolf, Die vielsprachige Seele Kakaniens. Übersetzen und Dolmetschen in der Habsburgermonarchie 1848 bis 1918, Wien 2012.

Peter Wozniak, Count Leo Thun: A Conservative Savior of Educational Reform in the Decade of Neoabsolutism, in: Austrian History Yearbook 26 (1995), S. 61–81.

Alfred Wretschko, Die Geschichte der juristischen Fakultät an der Universität Innsbruck 1671–1904, Innsbruck 1904.

Josef Wysocki, Die österreichische Finanzpolitik, in: Alois Brusatti (Hg.), Die Habsburgermonarchie 1848–1918. Die Wirtschaftliche Entwicklung, Wien 1973, S. 68–104.

Andrea Zanotti, Il concordato Austriaco del 1855, Milano 1986.

Ernst Zehetbauer, Geschichtsforschung und Archivwissenschaft. Das Institut für Österreichische Geschichtsforschung und die wissenschaftliche Ausbildung der Archivare in Österreich, Hamburg 2014.

Agnieszka Zięba, Professor Józefat Zielonacki – Ein polnischer Gelehrter des 19. Jahrhunderts und sein Rang in der romanistischen Rechtslehre, in: Zoran Pokrovac (Hg.), Rechtswissenschaft in Osteuropa, Frankfurt am Main 2010, S. 391–436.

Adelheid Zikulnig, Restrukturierung, Regeneration und Reform: Die Prinzipien der Besetzungspolitik der Lehrkanzeln in der Ära des Ministers Leo Graf Thun-Hohenstein. Disseration, Graz 2002.

Robert Zimmermann, Franz Exner, in: Transsilvania. Beiblatt zum Siebenbürger Boten, 219 (5.11.1855), S. 73–74.

Robert Zimmermann, Vinzenz von Ehrhart. Nekrolog, Wien 1873.

Richard Zimprich, Die Professoren der k.k. Franzensuniversität zu Olmütz (1828–1855), Steinheim am Main 1962.

Iganz Vinzenz Zingerle, Sagen aus Tirol, Innsbruck 1850.

Iganz Vinzenz Zingerle, Die Oswaldlegende und ihre Beziehung zur deutschen Mythologie, München 1856.

Iganz Vinzenz Zingerle, Reiserechnungen Wolfger's von Ellenbrechtskirchen, Bischofs von Passau, Patriarchen von Aquileja. Ein Beitrag zur Waltherfrage, Heilbronn 1877.

10.7. Abbildungsverzeichnis und Bildnachweis

Abbildung 1: Carl Kundmann, Denkmal für Leo Graf Thun und Hohenstein, Franz Exner und Hermann Bonitz, Arkadenhof der Universität Wien, Nr. 58, enthüllt 1893. Institut für Kunstgeschichte der Universität Wien, Fotografen: Armin Plankensteiner und René Steyer

Abbildung 2: Der maskierte Festzug anlässlich der Einführung der Gasbeleuchtung in Bozen 1861. Kolorierter Holzdruck von Carl Moser (1818–1982) und Ignaz Seelos (1827–1902). Landesbibliothek Dr. Friedrich Teßmann, „Dr. Friedrich Teßmann-Sammlung“ der Österreichischen Akademie der Wissenschaften.

11 ANHANG

11.1. Huldigungsgedicht der Innsbrucker Studentenschaft für Leo Thun, Juli 1854. Ein Gruß aus Tirol[1]

Seiner Excellenz
Dem Herrn Minister des Cultus und Unterrichtes
Leo Grafen von Thun ecc. ecc.

Ein Gruß aus Tirol

Geist ist Herrscher des Alls, über die Körperwelt
Schwingt sein Scepter der Fürst, Himmel gehorchen ihm,
Fügsam lenkt sich der Blitz nach seinem Winke,
Unantastbar erblüht sein Werk.

Zeus' allmächtiges Haupt, schaffend von Anbeginn,
Urquell ewiger Kraft, schuf und gebar zugleich:
Groß, goldhelmig entsprang der Gottesstirne
Pallas, fertig dem Vaterhaupt.

Doch nur innig vermählt leitender Wissenschaft
Kann glückförderndes Werk schaffen der Menschengeist;
Ihr im Schooße gehegt entkeimt die Weisheit,
Draus uns Freiheit und Glück erblüht.

Schön ist steigender Aar, der in der Sonne Glut
Taucht, hochstrebenden Aug's himmlisches Licht genießt:
Schöner – menschlicher Geist, im stolzen Fluge
Frei durchwallend des Wissens Bahn.

Rings ihm schließet sich auf goldener reicher Born,
Aus vielfältigem Schacht holt er die Perlen vor,
Fügt zur Krone sie dann, zur Glückeskrone,
Die er siegend der Menschheit reicht.

---

1 Huldigungsgedicht der Innsbrucker Studentenschaft für Leo Thun, Juli 1854. Nachlass Leo Thun-Hohenstein, A3 XXI D272, Staatliches Gebietsarchiv Leitmeritz, Zweigstelle Tetschen-Bodenbach. Abgedruckt in: Bothe für Tirol und Vorarlberg. Nr. 150, 04.07.1854, S. 791.

Frei sei Streben des Manns, frei in der Wissenschaft!
Kein engzwingender Pfad lenkt zu den Sternen auf,
Schranklos dehnt sich das All, zum Stein der Weisen
Führt uns nimmer Orakelspruch.

Jüngst noch hemmten den Geist Schranken auf seinem Flug
Nach methreichem Gefild, hielt ihn am Gängelband
Schulzwang nieder im Staub, sein Fittig lahmte,
Fern blieb Weisheit und Glück für uns.

Tantals sehnende Qual drückte des Jünglings Herz;
Ach, er blickte umsonst innig verlangend hin,
Wo aus ödem Gestein ein Schein von Golde
Ihm in's forschende Auge fiel.

Denn er musste den Weg wandeln, den man gebot,
Durft' nicht folgen dem Drang, der ihn in fremdes Reich
Zog nach neuem Gewinn; indeß entrollten
Dort Goldkörner der Weisheit uns.

Doch im Lande Tirol zwischen der Berge Schnee,
Drauf in ewiger Glut lodert der Freiheit Schein,
Blüht' ein altes Geschlecht im stillen Thale
Ruhmreich, adlig und groß und stark;

Und sein Enkel ergriff muthigen Geistes nun
lichtumhüllend Gewölk, riß es vom Himmel ab,
Daß auf unsere Stirn Prometheus milde
Sein hellstrahlendes Licht ergoß;

Schlug mit mächtigem Stab kühn auf die Felsenwand,
Draus sprang sprudelnd der Quell ewiger Weisheit vor,
Der frei, golden und klar nun in die Seele
Wahrheitdürstenden Jünglings fließt –

Sieh, schon rafft er sich auf, stammelt Begeisterung
Dir, o Retter! Indeß frei er den Fittig schlägt,
Und Siegstrahlenden Blickes und Mannatrinkend
Sich in's Land der Verheißung schwingt.

Sei uns, Retter! begrüßt jauchzend im Heimatland!
Fest noch stehst du am Bord, lenkest uns muthige
Argonauten dem Sturm zum Trotz und Klippen
Nach glückseligem goldnem Vließ.

Wohl wird krönen den Sieg dankbar das Kaiserreich.
Doch was biethet Tirol rettendem Sohn zum Dank?
Freiheit, die Du erkämpft und Du, sein Sprosse,
Sind sein einziger Reichthum fast!

Doch im Norden Tirols, rauschend aus jedem Thal,
Wo Du pflanztest das Reis bildender Lehre hin,
Tönt im Silberakkord der Alpenzither
Nie ausklingend den Preis Dir zu.

Mögst du lauschen mit Lust frommem Idyllenchor!
Hörst Du heißes Gebet? Segen und Glück für Dich
Landmann flehet und Hirt, in deren Hütte
Du frischaugige Kleine lehrst.

Liebreich denkendem Mann lohnet des Glückes Strahl
Aus dankjubelndem Aug'; nimm ihn als Pfand, indeß
Dir fruchtreicherer Süd Tirols den ew'gen
Lorbeer schlingt um die Siegerstirn!

11.2. Huldigungsgedichte der Innsbrucker Studentenschaft für Leo Thun, Juli 1854[2]

Seiner Excellenz
dem
Herrn Minister des Cultus und Unterrichtes
Leo Grafen von Thun etc. etc.
gewidmet
aus
Veranlassung eines von den Studierenden Innsbrucks
Hochdemselben dargebrachten Fackelzuges
Juli 1854

2 Huldigungsgedichte für Leo Thun, Innsbruck 07.1854, Nachlass Leo Thun-Hohenstein, A3 XXI D271, Staatliches Gebietsarchiv Leitmeritz, Zweigstelle Tetschen-Bodenbach.

A Sua Eccellenza
Il Conte Leone de Thun
Ministro del Culto e della pubblica Istruzione ecc. ecc.
tributo di omaggio
degli studenti d'Innsbruck
Luglio 1854.

Es grüßt Dich zum ersten Male
mit Jubelklang
Das Land, in dessen stillem Thale
Dein Stamm entsprang.
Gleich naht sich Dir in frohem Bunde
Der Jünger Kreis
Und es ertönt aus ihrem Munde
Dein Ruhm und Preis

Du leitetest der Weisheit Quelle
Durch's ganze Land,
In allen Thälern ward es helle,
Das Dunkel schwand;
Du pflanztest in des Landmanns Hütte
Der Bildung Reis,
Drum tönet laut aus uns'rer Mitte
Dein Ruhm und Preis.

Du hast befreit aus schwerem Zwange
Die Wissenschaft,
Gestählt zu kühnem hohem Drange
Die Jugendkraft,
Erschlossen hast Du neue Bahnen
Uns licht und frei:
Wir schaaren uns um Deine Fahnen,
Und bleiben treu!

Dem Kämpfer für die freie Lehre
Den Lorbeerkranz!
Dein Name bleibet Stolz und Ehre
Des Vaterland's!
O schreite fort auf Deinen Bahnen,
Und wanke nicht,
Und schwinge kühn die heil'gen Fahnen

Für Geist und Licht!
(Vorgetragen von der Liedertafel nach der Composition Calliwoda's: „Das deutsche Lied")

Guizzò un lampo! Qual luce divina
Si diffuse che ruppe ogni vel?
Chi l'ha mosso? Di pace o ruina
È messaggio inviato dal Ciel?

Sulla fronte d'un nato alla gloria
Quello sprazzo di luce posò . . .
Lo riscosse, e alla fosca memoria
D'un passato affannoso il fermò.

Benedetto! l'accento fu questo
Che strappava il felice pensier;
Pure il duol meno all'alma è funesto
Quando al genio è concesso il poter.

Vide il Grande un inutile pondo
Far contesa a una fronda d'allôr:
Egli il vide, – e il pensiero giocondo
Schiuse al grido che muove dal cor.

Or quel Grande quest'aura respira,
Or noi vede, a noi stende la man;
Quanto il core e la mente lo ammira
Egli il sappia, nè detto sia invan!

11.3. Dankadresse der Innsbrucker Universität anlässlich des Rücktritts Leo Thuns[3]

Die eingetretene Veränderung in der höchsten Leitung des öffentlichen Unterrichts legt den Unterzeichneten die Verpflichtung auf, ihrem obersten Chef bei seinem Scheiden noch ihre unwandelbare Verehrung kundzugeben und den Dank auszusprechen, den sie als Vertreter der Wissenschaft ihm schuldig sind.

In dem hochsinnigen Wirken Eu. Exzellenz prägt sich überall die klare und feste Ueberzeugung aus, daß geistige Güter in sich selbst einen unantastbaren inneren

3 Abgedruckt in: Wiener Zeitung 277 (25.11.1860), S. 4682.

Werth besitzen, und daß ihre Pflege auch für den Aufschwung des staatlichen Lebens von entscheidender Bedeutung sei: hängt ja die reale Macht der Staaten so innig mit der Entfaltung geistiger Kraft und dem Vorschreiten wissenschaftlicher Einsicht zusammen. Darum haben Eu. Exzellenz für die Gründung von Unterrichts-Institutionen gesorgt, welche die möglichste Ausbildung des Geistes begünstigen, um alle Güter einer gesunden läuternden Kultur über unser großes Vaterland auszubreiten. Das Leben der Universitäten wurde diesem Ziele gemäß erneut und ihm eine neue Form verliehen, welche innerhalb des Kaiserreiches schon ehrenvoll die Probe der Erfahrung bestanden hat, so wie sie in den Deutschen Bruderländern durch alte, ehrwürdige Traditionen geheiligt ist. Was unter dieser, ihres Zieles klar bewußten Leitung nicht nur für die Universitäten, sondern insbesondere auch für die so wichtigen Mittelschulen geschaffen worden ist, trägt die Gewähr fortdauernd segensreicher Wirksamkeit in sich; denn die gegründeten Institutionen wurzeln in den richtig erkannten Kulturbedürfnissen der Gegenwart und sind umgeben von der freudigen Zustimmung derer, die ihr Leben der Pflege der Wissenschaft widmen oder überhaupt den Werth geistiger Güter und die Bedingungen ihres fruchtbaren Wachsthums wohlwollend beurtheilen.

Zeugniß für den Werth dessen, was seit zwölf Jahren für den Unterricht geschaffen worden, gibt das gesteigerte geistige Leben und die rege literarische Thätigkeit Oesterreichs, das sich heute mehr als je auch produktiv am wissenschaftlichen Verkehre betheiligt; Zeugniß mag aber auch der Umstand geben, daß die Träger des öffentlichen Unterrichts ihrem Chef am Tage seines Scheidens noch mit derselben Innigkeit und dauernder Verehrung ergeben sind, wie in jenen Tagen, als die oberste Leitung der geistigen Interessen noch in seinen Händen ruhte. Wir in Innsbruck sind noch insbesondere für das hohe Wohlwollen zum Danke verpflichtet, womit Eu. Exzellenz für die Hebung und den allmäligen Ausbau einer Hochschule sorgten, die hier an den Grenzmarken des großen Vaterlandes und nahe der Berührungslinie Deutscher und Italienischer Zunge eine besonders wichtige zukunftsreiche Sendung haben dürfte.

Möge, was unter der bisherigen Leitung schon durch seine Früchte sich bewährt hat, weiterwachsen an Fruchtbarkeit und Gedeihen, möge was heute noch im Zustande des Keimens und Blühens ist, bald zur vollen Reife gelangen.

11.4. Übersicht über die Entwicklung der Professuren an der juridischen und an der philosophischen Fakultät der Universität Innsbruck in der Ministerschaft Thuns

Personalstand der juridischen Fakultät im Jahr 1848[4]

Professur/Fach	Name	in Ibk seit	versetzt/emeritiert
Allg. öffentliches bürgerliches Recht	Cajetan Prockner	1815	1856
Römisches Zivil- und Kirchenrecht	Johann Kopatsch	1832	1850
Natürliches Privatrecht, Allg. Staats-, Völker und öst. Criminalrecht	Joseph Eduard Waser	1838	1850
Gefälls-Gesetzkunde	Mathias Ingenuin Geiger	1838	1858[1]
Lehens- Handel und Wechselrecht, Geschäftsstyls	Ernest Theser	1846	1850[2]/1875
Österreichische Politische Gesetzeskunde	Johann Kerer	1847	1867[3]

4 Quellen: Hof- und Staats-Handbuch des österreichischen Kaiserthumes, I. Theil, Wien 1848; Vorlesungsverzeichnisse der Universität Innsbruck aus verschiedenen Jahren sowie eigene Recherchen.

Personalstand der juridischen Fakultät im Jahr 1860

Professur/Fach	Name	in Ibk seit	versetzt/emeritiert
Politische Gesetzeskunde und Statistik	Johann Kerer	1847	1867[4]
Handels- und Wechselrecht	Carl Beidtel	1850	1886
Römisches Recht	Ernest Theser	1846/1850	1875
Deutsche Reichs- und Rechtsgeschichte	Karl Ernst von Moy de Sons	1851	1867[5]
Römisches Recht	Friedrich Maassen	1855[6]/1857	1860
Österreichisches Zivilrecht	Ignaz Pfaundler	1858	1860
Deutsches Privatrecht und Reichs- und Rechtsgeschichte	Josef Oberweis	1856[7]/1858[8]	1870[9]
Gemeiner Deutscher Civilprozess	Emil Kleinschrod	1860	1877
Strafrecht und Rechtsphilosophie	August Geyer	1860	1872
Römisches Recht (Privatdozent)	August Tewes	1859	1861

Personalstand der philosophischen Fakultät im Jahr 1848

Professur/Fach	Name	in Ibk seit	versetzt/emeritiert
Lateinische und griechische Philologie, classische Literatur, Aesthetik	Alois Flir	1835	1853
Religionswissenschaften und Erziehungskunde	Michael Haidegger	1838	1849
Elementarmathematik, praktische Geometrie	Josef Böhm	1839	1852
Physik und angewandte Mathematik	Anton Baumgarten	1840	1852/1878
Theoretische und Moralphilosophie, Geschichte der Philosophie	Georg Schenach	1843	1857
Welt- und Österreichische Staatengeschichte und hist. Hilfswissenschaften	Albert Jäger	1846	1851

Personalstand der philosophischen Fakultät im Jahr 1860

Professur/Fach	Name	in Ibk seit	versetzt/emeritiert
Mathematik	Anton Baumgarten	1840	1852[10]/1878
Allgemeine Geschichte	Julius Ficker	1852	1879
Österreichische Geschichte	Heinrich Glax	1852	1870
Chemie	Heinrich Hlasiwetz	1851[11]/1854	1867
Physik	Adalbert Waltenhofen	1852	1867
Italienische Sprache und Literatur	Onorato Occioni	1853	1863
Latein. und Griechische Philologie	Karl Libor Kopetzky	1852	1870
Latein. und Griechische Philologie	Karl Schenkl	1858	1863
Philosophie	Tobias Wildauer	1857[12]/1858	1898[13]
Deutsche Sprache und Literatur	Ignaz Zingerle	1859	1890
Naturgeschichte	Anton Kerner	1860	1878

1 Verstorben.
2 Auf die Professur für Römisches Recht an der Universität Innsbruck versetzt.
3 Verstorben.
4 Verstorben.
5 Verstorben.
6 Ao. Professor.
7 Privatdozent.
8 Ao. Professor.
9 Verstorben.
10 Von der Kanzel für Physik auf die Kanzel für Mathematik versetzt.
11 Ao. Professor.
12 Supplent.
13 Verstorben.

PERSONENREGISTER

Abel, Karl 178, 185
Althoff, Friedrich 24, 334–335
Andrian-Werburg, Viktor 43–44, 78
Antonelli, Giacomo 352
Aschbach, Joseph 232, 234–235, 239
Aulike, Matthias 235

Bach, Alexander 95, 117, 167, 179, 350
Basslinger, Johann 210
Battaglia di Pontealto, Gianmaria 239
Battisti, Cesare 378
Baumgarten, Anton 114, 175, 203, 218–222, 224, 328, 330–331, 430, 503–504
Baumgartner, Andreas 95
Beckx, Petrus 158, 338
Beidtel, Carl 200–201, 387
Beidtel, Ignaz 200
Belcredi, Egbert 105, 345
Bernstorff, Albrecht 249
Billaudet, Alexandre 145
Birkenstock, Johann Melchior 140
Bissingen, Cajetan 33, 117, 122, 176, 179–180, 182–184, 188, 193–195, 220, 226, 228, 238, 239, 297–300, 329, 383, 390, 450,
Bluntschli, Johann-Caspar 85
Böhm, Josef Georg 64, 218–219, 295, 331
Böhmer, Johann Friedrich 234–235, 237, 239, 404, 408
Bole, Franz 233
Bolzano, Bernard 61, 66–67, 72, 98, 199, 277, 350
Bonitz, Hermann 47, 49–52, 54, 88, 90–91, 102, 199, 268–269, 271, 274, 286, 287–288, 327, 334, 341, 357, 431
Borodajkewycz, Taras 62–64
Borzaga, Carolina 190
Brandis, Clemens 117–118, 120, 132, 226, 344–345, 356, 365
Brater, Carl 85
Brunner, Sebastian 158, 431
Bücheler, Franz 270
Buckeisen, Friedrich 154
Buol-Schauenstein, Karl Ferdinand 350, 367
Bußß, Joseph 339–341, 345

Chassot von Florencour, Franz 249
Chmel, Josef 234
Chotek, Rudolph 402
Clam-Martinic, Heinrich Jaroslav 103–105, 134
Consolati, Vincenz 391
Coreth, Emmerich SJ 38

Darwin, Charles 330
de Luca, Ignaz 34, 140
Derffel, Joseph 221–222
Descartes, René 361
Deutinger, Martin 279
Diepenbrock, Melchior 178, 190
Dittrich, Joseph 180
Doblhoff, Anton 132
Döllinger, Ignaz 340
Drimmel, Heinrich 59
Dumreicher, Armand 46, 374, 399, 432

Ebert, Friedrich Adolf 418–419
Ebner-Rofenstein, Johann Nepomuk 385
Egger-Möllwald, Alois 52
Eichhorn, Friedrich 235
Eichhorn, Karl Friedrich 177
Endlich, Quirin 166–167
Endlicher, Stephan 74, 76, 111
Engelbrecht, Helmut 68
Erhart, Vinzenz 229, 304, 373
Erler, Eduard 391
Ersch, Johann Samuel 410
Exner, Franz Seraphin 49– 52, 54, 60–61, 72, 76, 80, 87–91, 94, 96, 101–102, 105, 107, 199, 327, 439

Feigerle, Ignaz 432
Feil, Joseph 29, 173, 227, 234–237, 239, 264, 295, 404
Fenzl, Eduard 207, 210
Ferdinand II., Erzherzog 402
Ferdinand I., Kaiser 74, 99, 111–112, 115, 121
Ferdinand Maximilian, Erzherzog 292

Fessler, Josef 29–30, 134, 173, 232–233, 277–278, 289, 292, 303, 314–315, 317–319, 321, 323–324, 326, 329, 366, 432, 446, 453
Fetz, Anton 320, 321
Feuchtersleben, Ernst 76, 88, 94
Fick, Heinrich 251
Ficker, Adolf 47
Ficker, Julius 29, 54, 153–154, 209, 224, 230–239, 246, 257–258, 265–269, 270–271, 274, 280–284, 286–288, 292, 302, 329–330, 336, 361–362, 363–364, 370, 394, 404, 408, 417, 430, 439, 445, 448, 453, 504
Firnberg, Herta 15, 38–39, 68
Flir, Alois 30–31, 38, 112, 113–115, 118, 122–123, 154, 175, 204, 246, 259, 261, 264, 277, 288, 293, 331, 333, 376, 404, 453, 503
Foregg, Anton 418, 419
Francke, Johann Michael 410
Frankfurter, Salomon 49, 52, 53
Franzos, Karl Emil 23
Franz Joseph, Kaiser 33, 39, 53, 91, 95, 101, 103–104, 138, 139, 147, 181, 187, 189, 192, 193, 195, 201, 203–204, 206, 210, 213, 215, 216, 217, 221, 222, 223, 227, 236, 237, 239, 242, 243, 244, 245, 246, 248, 252, 264, 271, 275, 288, 289, 301, 307, 312, 318, 324, 325, 338–339, 347, 353, 360–361, 365, 366, 368–371, 388, 429
Friedjung, Heinrich 54
Friese, Johann Nepomuk 203
Frohschammer, Jakob 291, 442
Fuchs, Adalbert 123, 151, 174–175, 203–205

Galura, Bernhard 136
Gasser, Vinzenz 277–279, 281, 288, 292, 303, 365–366, 432, 449
Geyer, August 319, 322–328, 331–332, 503
Giovanelli, Gottfried 189–191
Giovanelli, Heinrich 112
Giovanelli, Joseph 190–191
Giovanelli, verh. Moy de Sons, Maria 191
Glax, Heinrich 155, 224, 236–237, 239, 331, 430, 504
Goebel, Anton 267–271, 274, 287–288
Goebel, Eduard 267, 270
Goethe, Johann Wolfgang 333
Görres, Joseph 190–191, 233
Grassauer, Ferdinand 416
Grauert, Heinrich Wilhelm 64, 231
Grillparzer, Franz 48, 372
Grimm, Jacob 303
Grimm, Wilhelm 303
Grotius, Hugo 361
Guidi, Filippo Maria OP 372
Gumer, Karl 167
Günther, Anton 277, 431

Haase, Friedrich 269
Haidegger, Michael 122, 174–175, 331, 333, 503
Haidinger, Wilhelm 205–206
Halder, Konrad 295
Halm, Karl 261, 271, 405
Hammer-Purgstall, Joseph 107
Hanslick, Eduard 48
Harum, Peter 318
Hegel, Georg Wilhelm Friedrich 276
Helfert, Joseph Alexander 42, 65, 67–68, 96–97, 109, 146, 210–211, 213, 221, 238, 294–295, 317, 415, 423–424, 443
Heller, Camill 214
Herbart, Johann Friedrich 61, 66, 94, 323, 325, 327, 449
Herbst, Eduard 44–45, 327, 380
Heufler von Hohenbühel, Ludwig Ernst 211–214, 232, 250, 310
Himioben, Heinrich Joseph 343
Hlasiwetz, Heinrich 153–155, 215–218, 280, 332, 430, 504
Höfler, Konstantin 329
Holland, Hyacinth 304
Huber, Martin 355
Humboldt, Wilhelm 16, 58, 70, 80–83, 87, 406, 433, 439, 451
Hundegger, Joseph 112, 377
Hurter, Friedrich Emanuel 44
Huter, Franz 36
Hye, Anton 74, 76, 111

Indermauer, Karl 322–323, 325

Jäger, Albert 38, 114, 121–122, 132, 138,

154, 174, 224–228, 230, 238, 264, 277, 331, 503
Jahn, Eduard 286, 287
Jarcke, Karl Ernst 24, 30, 57, 80, 105–108, 164, 168, 177, 180, 189, 326, 329, 345, 349, 358–359, 407, 432, 448
Jelinek, Karl 218, 219, 220, 221
Joseph II., Kaiser 76, 77, 140, 159, 356, 382
Jósika, Samuel 95
Jülg, Bernhard 272, 396
Jung, Julius 54

Kalliwoda, Wenzel 168
Kant, Immanuel 67, 68, 82, 93, 128, 327
Karajan, Theodor 236
Karl Ludwig, Kaiser 33, 208, 323, 329, 360, 364, 367, 370, 387, 390, 423, 450
Kerer, Johann 115, 118, 175, 313, 330, 502, 503
Kerner, Joseph 212
Kerner von Marilaun, Anton 151, 155, 209–214, 310, 331–332, 504
Ketteler, Wilhelm Emanuel 345
Kink, Rudolf 38, 225, 227–228, 316
Klebelsberg, Hieronymus 204
Kleinschrod, Emil 255–256, 331, 400, 503
Kögeler, Eduard 307, 414, 417–418, 420, 427–428
Köhler, Joseph 155, 204–209, 212, 214–215, 331
Koller, Marian 205–206, 213
Kopatsch, Johann 201, 255, 502
Kopetzky, Karl Libor 259, 261–266, 272–275, 280–282, 284, 311, 331, 333, 422, 430–432, 440–441, 447, 504
Kopp, Josef 144
Krauß, Karl 196, 366
Krauß, Philipp 108, 135, 179
Kreuser, Johann 343
Kübeck von Kübau, Karl Friedrich 43, 350
Kundmann, Carl 50

Laschan, Ignaz 134
Lentze, Hans 53, 55–57, 59, 60
Leopold I., Kaiser 361, 370
Lhotsky, Alphons 53, 55, 57
Lieber, Moritz 340
Liebig, Justus 154, 216
Lienbacher, Matthias 344
Linde, Justin 250, 251–252, 258–259, 329, 335, 363
Lorenz, Josef 210
Löwe, Johann Heinrich 279
Ludwig, Alfred 286–287

Maassen, Friedrich 152, 247–255, 257–258, 330–332, 334, 405, 408, 422, 424, 503
Małecki, Anton 242–246, 264–267, 273, 282, 447
Marquardsen, Heinrich 77, 85, 86
Maria Theresia, Kaiserin 45, 200, 202, 402
Mauermann, Joseph 124
Mayr, Johann 299
Mayr, Karl 225, 226, 228
Meister, Richard 58, 59, 60
Mensi, Daniel 119–124, 204
Metternich, Klemens Wenzel Lothar 105, 359
Michel, Albert Theodor 311–312, 318
Michels, Friedrich 343
Miklosich, Franz 415
Molisch, Paul 56
Montez, Lola 177, 185–186, 190–191, 279
Moritz, David Stephan 134
Moser, Carl 157
Moy de Sons, Karl Ernst 30, 33, 38, 158, 185, 188–199, 230, 232–234, 238–239, 251, 257, 277, 279, 284, 285, 292, 302, 305–307, 314–323, 326, 329–331, 334, 338, 346, 360–362, 370–371, 374, 385–387, 389, 395, 404, 407, 432, 445, 448, 503
Müller, Adam 396
Muys, Joseph 232, 239

Naumann, Friedrich 335
Neubauer, Ignaz 322, 325
Nowotny, Josef 145–148, 155, 239–242, 296, 307–308

Oberweis, Josef 315–319, 331, 503
Occioni, Onorato 146, 155, 239–243, 305, 332, 408, 430, 504
Oertzen-Leppin, Jasper 249
Oischinger, Johann Nepomuk 279
Palacký, František 100

Pauly, Franz 270
Peche, Ferdinand 220–222
Perkmann, Peter 278–279
Petzval, Josef 222
Pfaundler, Ignaz 312–315, 317–321, 331, 503
Phillips, Charlotte 178
Phillips, George 30, 57, 176–188, 192, 195–199, 233, 235, 238, 239, 250, 279, 295, 329–331, 334, 340, 345, 356, 359–360, 407, 432, 442, 449
Pichler, Adolf 78, 151, 204–205, 209–211, 213–214, 220, 238, 277, 290–291, 293–300, 302, 304, 306, 309–311, 372–373, 377, 408, 429–431, 445, 449
Pierre, Victor 221–222
Pillersdorf, Franz 132
Pradella, Josef 191
Probst, Jakob 34–36, 38–39, 440
Prockner, Cajetan 175, 311, 315–316, 384, 388, 502
Prosser, Andreas 175
Puchta, Georg Friedrich 249

Rapp, Johann 320
Rauscher, Joseph Othmar 351, 353, 366, 371, 430, 432
Rechberg, Bernhard 104, 256
Redtenbacher, Joseph 210, 215–216
Redwitz, Oskar 232, 290, 299, 310
Reinhart zu Thurnfels und Ferklehen, Ignaz 403, 406
Reuss, Jeremias David 410
Riedinger, Ludwig Ernst 155
Ringseis, Johann Nepomuk 189
Ritschl, Friedrich Wilhelm 268–270
Rogge, Walter 43, 46–47
Röggl, Alois OPraem 337
Rohrweck, Johann 97
Roschmann, Anton 401–402, 421, 428
Rotteck, Karl 83–84
Rudigier, Franz Joseph 432
Ruf, Sebastian 277

Sailer, Michael 189
Salvotti von Eichenkraft und Bindeburg, Anton 350
Savigny, Friedrich Karl 177, 249
Schenach, Georg 121, 152, 221, 225, 264–266, 277–282, 284, 288, 292–293, 324, 331, 503
Schenkl, Karl 154, 259, 264, 266–267, 271–275, 282, 292, 332, 334, 405,408, 504
Scherer, Martin 165, 407, 409, 412–414, 417, 420–428, 437
Schiller, Friedrich 83, 156, 290, 323, 395
Schleiermacher, Friedrich 83, 132
Schmerling, Anton 95–96
Schnell, Josef 277
Schrader, Clemens SJ 372
Schrettinger, Martin 410–411, 418
Schuler, Johann 31, 114, 176, 183–184, 198, 238, 314, 316, 320–322, 326, 331, 388, 407
Schulte, Johann Friedrich 44, 251, 258, 266–267, 270–271, 274, 329
Schwarzenberg, Felix 96, 179
Schwarzenberg, Friedrich 347
Schwippel, Karl 221–222
Schwitzer, Anton 367
Seelos, Ignaz 157
Sepp, Johann Nepomuk 186
Shakespeare, William 261
Simrock, Karl 303–304
Sommaruga, Franz 75–76, 79, 84, 118, 164, 397, 439
Sonnklar, Karl 175
Srbik, Heinrich 62, 64–66
Stadion, Franz 95–96, 179, 204, 226, 346
Stifter, Adalbert 67–68
Stotter, Johann 174, 203–204
Strakosch-Graßmann, Gustav 54
Strasser, Rudolf 59
Strauß, David Friedrich 442
Streiter, Joseph 156, 184
Strodl, Michael 233, 239
Sueß, Eduard 55
Sybel, Heinrich 363, 448

Tarnóczy, Maximilian 367
Tewes, Heinrich August 255, 257–258, 334, 503
Thaler, Karl 300, 305–307, 309–310, 372–373, 430
Theser, Ernest 201, 246, 248, 252–253, 257, 316, 328, 330, 405, 408, 422, 424, 502–503

Thienen-Adlerflycht, Christoph 60
Thiersch, Friedrich 295
Thinnfeld, Ferdinand 95, 179
Thissen, Eugen Theodor 342–343
Thun-Hohenstein, Friedrich 97, 180
Thun-Hohenstein, Leo 15–16, 20–33, 35–38, 41–77, 80, 83, 85, 87, 89, 91, 93, 95–110, 123, 137–139, 141–142, 144–147, 149–150, 152–156, 157–161, 163–228, 230–294, 296–299, 301–312, 314–322, 324–341, 347–351, 353–364, 366–370, 372, 374, 377, 379–392, 394–396, 398–399, 404, 407, 413, 415–417, 421, 425–427, 429–452
Thun-Hohenstein (20.Jhd.), Franz Anton 63
Thun-Hohenstein (Bruder), Franz Anton 97
Thun-Hohenstein (Vater), Franz Anton 97
Thun-Hohenstein, geb. Brühl, Theresia Maria 97
Thun-Hohenstein, geb. Clam-Martinic, Caroline 98–99
Tocqueville, Alexis 47
Tomaschek, Eduard 317
Tschermak, Gustav 210

Unger, Franz 207, 211
Unger, Joseph 48, 312, 315, 317, 319, 349
Ürményi, József 95
Vahlen, Johannes 268–270, 274
Vangerow, Karl Adolph 255–256
Viale-Prelà, Michele 199, 349, 351–352, 359–360

Vogelsang, Karl 105
Volkmann, Wilhelm 280

Wackernell, Josef Eduard 311
Wagener, Friedrich Wilhelm 86
Wagenthaler, Franz 167
Wahlberg, Emil 45
Wahrmund, Ludwig 444
Waltenhofen, Adalbert 218, 221–224, 332, 430, 504
Waser, Joseph Eduard 184, 312–313, 502
Welcker, Carl Theodor 84
Wenig SJ, Johann Baptist 159
Wildauer, Tobias 155, 266, 275–277, 279–293, 303, 310, 321–326, 395, 442, 449, 504
Windisch-Grätz, Alfred 96
Winter, Eduard 61–64
Winter, Joseph 44, 54
Wolf, Franz Joseph 233
Wolkenstein, Karl 104–105
Wretschko, Alfred 36, 395

Zallinger, Franz Seraph 202
Zielonacki, Josaphat 242–246, 248, 253, 273, 385, 447
Zimmermann, Robert 279
Zingerle, Ignaz Vinzenz 293–294, 300–305, 307–311, 332, 408, 413, 417–418, 423, 425, 427, 504
Zingerle, Oswald 310
Zingerle, Pius 303
Zwerger, Johann 232